Juden in Ludwigshafen

Herausgegeben
vom Stadtarchiv
Ludwigshafen am Rhein



Juden inmitten der Stadtgesellschaft: Das Schuhhaus Durlacher in der Prinzregentenstraße in den 1920er Jahren

Juden in Ludwigshafen

Herausgegeben
vom Stadtarchiv
Ludwigshafen am Rhein

Mit Beiträgen von

Ulrike Minor
Stefan Mörz
Friedhelm Borggrefe
Frank Degler
Rainer Klein
Peter Ruf
Werner Transier

Ludwigshafen 2015

Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein
Band 42

ISBN: 978-3-924667-45-0

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Stadtverwaltung Ludwigshafen am Rhein

Buchgestaltung
Schmidd & Llux
Herstellung
Llux Agentur & Verlag
Ludwigshafen am Rhein 2015

Abbildungen Titel: Kaufhaus Rothschild, Ludwigstraße;
und Rückseite: Torawimpel aus Rheingönheim

Vorwort

Nachdem im Jahr 1973 mit der Gedenktafel am Ort der ehemaligen Synagoge erstmals eine Gedenkstätte für die Leiden und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung der Stadt geschaffen worden war, begannen in den Achtziger Jahren Überlegungen, deren Geschichte im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit darzustellen. Über die Landgemeinden im Raum der heutigen Stadt, Rheingönheim und Ruchheim, hatten schon seit den Siebziger Jahren die Ortshistoriker Pfarrer Barth und Kurt Kreiselmeier (Ruchheim) sowie Walter Schäfer und Pfarrer Hofmann (Rheingönheim) geforscht. In der Dissertation von Lothar Meinzer zur Machtergreifung in Ludwigshafen aus dem Jahr 1983 wurde das Thema der Judenverfolgung in der Stadt selbst aufgegriffen. 1987 forschte die junge Historikerin Ulrike Hauck (heute Minor) dann in ihrer Magisterarbeit ausschließlich über die Verfolgung der Juden in Ludwigshafen in den Jahren 1933 bis 1940. Sie wurde als Ko-Autorin für die Gesamtdarstellung gewonnen. Den ersten Teil zur Zeit bis 1933 verfasste der Leiter des Stadtmuseums, Peter Ruf. Im Oktober 1992 erschien, begleitet von einer Ausstellung im Stadtmuseum zum gleichen Thema, das Buch „Juden in Ludwigshafen" in der Reihe der Veröffentlichungen des Stadtarchivs.

Die Veröffentlichung und die sich stetig verstärkende Gedächtnisarbeit führten in den folgenden Jahren dazu, dass immer mehr Material zur Geschichte der Juden Ludwigshafens ans Tageslicht kam. Nachkommen von jüdischen Mitbürgern der Stadt übersandten Fotos und Erinnerungen, Ludwigshafener, die die Zeit erlebt hatten, begannen zu berichten. Die Digitalisierung überregionaler Zeitschriftenbestände zur allgemeinen jüdischen Geschichte und genealogische Websites eröffneten im neuen Jahrtausend zusätzliche Recherchemöglichkeiten über das „World Wide Web". Die seit 2007 laufende Aktion „Ludwigshafen setzt Stolpersteine" bahnte den Weg zu zahlreichen Angehörigen und Nachkommen jüdischer Mitbürger.

Der allgemeinen Tendenz der Geschichtsschreibung folgend, trat zu dem Gedenken an die Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Gemeinschaft auch zunehmend die Erinnerung an den wichtigen Beitrag, den jüdische Mitbürger zur Entwicklung der Stadt Ludwigshafen geleistet hatten. Ehrenbürger Dekan Dr. Borggrefe verfasste nicht nur im Jahr 2000 ein ebenfalls in der Reihe des Stadtarchivs publiziertes Werk zu den maßgeblichen „Juden in der BASF", sondern sorgte auch für die „Wiederentdeckung" von Leben und Werk des jüdischen Oberbaudirektors Markus Sternlieb, dem 2012 durch die Wohnungsbaugesellschaft GAG und das Archiv eine eigene umfangreiche Monographie gewidmet wurde.

Die hier vorliegende Darstellung, für die eine ganze Reihe von Autoren gewonnen werden konnte, bemüht sich ganz ausdrücklich um eine Gesamtdarstellung der Geschichte des jüdischen Lebens im Raum Ludwigshafen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Dabei soll es dem Leser ermöglicht werden, die Zeit vor 1933 und nach 1945 nicht nur allein im Licht oder eher der Verdunkelung durch den ungeheuren Kulturbruch des Dritten Reichs bzw. des Holocausts zu sehen. Der in vielen Fällen nur allzu gut gelungenen völligen Vernichtung der Erinnerung an die fruchtbare Rolle jüdischer Menschen in der „Stadt der Chemie", wie sie die Nationalsozialisten anstrebten, soll hier nun ein dauerhaftes Zeugnis der Wiederbesinnung entgegengesetzt werden. Selbstverständlich wird es ergänzt von einer ungeschminkten Darstellung der schrecklichen Folge von Ereignissen und Handlungen, die zum Ende der gerade in der jungen Stadt am Rhein friedlichen Lebenseinheit von jüdischen und nicht-jüdischen Bürgern führten. Ein Blick auf den oft steinigen Wegen zur „Entschädigung" der Opfer und zum Gedenken sowie auf das Wiedererwachen jüdischen Lebens in der Stadt in den letzten Jahren runden das Werk ab. Für die Geschichte ab dem Jahr 1933 konnte erneut Ulrike Minor gewonnen werden. Die Geschichte bis 1933 wurde unter Verwendung von Teilen der Darstellung von Peter Ruf, der 1992 insbesondere die Frühgeschichte der Gemeinde sehr anschaulich dargestellt hatte, mit großer Freude am Thema vom Leiter des Stadtarchivs verfasst.

Neben den Autoren haben eine ganze Reihe von Menschen zu dieser Darstellung beigetragen. An erster Stelle ist hier Bernhard Kukatzki zu nennen, der seit vielen Jahren zur Geschichte des (vorder-)pfälzischen Judentums und seiner Landgemeinden forscht. Über die Juden Ruchheims und Oppaus hat er eigene Publikationen vorgelegt. Berufliche Gründe haben es verhindert, dass er wie geplant zum Mitautor dieses Werks wurde. Seine Kenntnisse und Forschungen sind aber in vielerlei Weise in die Kapitel zu den Landgemeinden im Raum Ludwigshafen eingeflossen. Wertvolle Lebenszeugnisse, Hinweise und Informationen sind Nachkommen und Angehörigen von Ludwigshafener jüdischen Bürgern zu verdanken, vor allem Doris Diamant-Siebert, Judith Rhodes und Marion Koebner. Herbert Baum und Gerhard Kaufmann vermittelten ebenfalls wichtige Informationen und Quellen. Dank gilt auch den Archivkollegen in Speyer, Mannheim und Würzburg für schnelle und unbürokratische Hilfe.

So ist das Werk weit mehr geworden als eine überarbeitete Neuauflage der „Juden in Ludwigshafen" des Jahres 1992.

Ludwigshafen, im Herbst 2014
Stefan Mörz
Leiter des Stadtarchivs Ludwigshafen

Inhalt

Teil 1 **9**
Die Geschichte der Juden im Raum Ludwigshafen bis zum Jahr 1933

Stefan Mörz

I. Die Juden im Raum Ludwigshafen bis zur Entstehung Ludwigshafens **10**

Vom Mittelalter bis zum Ende des Ancien Regime 10

Von Revolution zu Revolution: die Juden im Raum Ludwigshafen zwischen 1792 und 1848 16

Seltene Zeugnisse jüdischer Religiosität und Volkskunst: Drei Torawimpel aus Rheingönheim (Werner Transier) *24*

Stefan Mörz/Peter Ruf

II. Die Juden im Raum Ludwigshafen von der Entstehung der Gemeinde Ludwigshafen bis 1870 **30**

Die Entstehung Ludwigshafens und die ersten Juden am Ort 30

Revolution und Gegenrevolution 31

Stürmische Entwicklung mit Hindernissen: Jüdische Ansiedlung in Ludwigshafen 34

Handelsleute aus Franken und der Pfalz: die Struktur der frühen jüdischen Gemeinde 37

Die Gründung einer jüdischen Kultusgemeinde 40

Das traurige Lied von einer Glocke: Die „Babette" läutete in drei Kirchen und wurde eingeschmolzen (Rainer Klein†) *44*

Streit, Krise, Schrumpfung 46

Konsolidierung und Zeichen des Neuaufbruchs 51

Die Entwicklung der „Landgemeinden" im Raum Ludwigshafen 58

Stefan Mörz

III. Die Juden Ludwigshafens im Zweiten Deutschen Kaiserreich **64**

Das Wachstum der jüdischen Gemeinde 64
Erwerbstätigkeit und Sozialstruktur 70
Das kulturelle und gesellschaftliche Leben 82
Erlöschen im Schatten der Großstadt: Das Schicksal der Landgemeinden im Raum Ludwigshafen 99
Im Ersten Weltkrieg 106

Stefan Mörz

IV. Die Juden Ludwigshafens in der Weimarer Republik **111**

Der „gesuchteste" Ort für Juden 111
Vom Warenhaus-Dachgarten zum Sackhandel: Jüdische Berufs- und Sozialstruktur in der Weimarer Zeit 115
West- und Ostjuden: Gräben in der Kultusgemeinde 131
Jüdisches Leben in Ludwigshafens Gesellschaft und Politik 138
Antisemitismus in Ludwigshafen? 144
Bald in Palästina, bald in Moskau. Markus Sternlieb und die antisemitischen Untertöne zum Flachdach. *147*
Wirtschaftliche und politische Krisenzeit 1929/30—1933 150
Das Ende der Weimarer Republik und die Machtergreifung 160

Teil 2 **165**
Schicksale und Schlaglichter

Stefan Mörz

I. Vier große jüdische Namen aus und in Ludwigshafen **166**

Ein fast schon höfisches Gebaren: Der Hoffaktor Lemle Moses Reinganum 166
Stichwortgeber einer ganzen Generation: Der Philosoph Ernst Bloch (*Frank Degler*) 169
Einer der renommiertesten Psychiater der Zeit des Ersten Weltkriegs: Fritz Kaufmann 172
Der Baumeister Ludwigshafens: Markus Sternlieb 174

Friedhelm Borggrefe

II. Juden in der BASF **177**

Einleitung: Juden und die BASF (*Stefan Mörz/Friedhelm Borggrefe*) 177

Kurzbiographien namhafter jüdischer Mitarbeiter und Gründer der BASF: 182

Seligmann Ladenburg: Bankier und Finanzexperte, Mitgründer *182*

Carl Ladenburg: Mitgründer und Aufsichtsratsvorsitzender der BASF *182*

Heinrich Caro: Vater der deutschen Teerfarbenchemie *182*

Kilian Steiner: BASF-Fusion von Produktion und Verkauf *183*

Fritz Haber: Ammoniak, Gas und Gold *183*

Ernst Schwarz: Freund und Sekretär von Carl Bosch *184*

Kurt H. Meyer: Brückenbauer zwischen Industrie und Universität *184*

Hermann Franz Mark: Pionier der Polymere *185*

Alfred Merton: Weltbürger, Händler, Industrieller *185*

Richard Merton: Europäer mit britischem Pass und deutschem Herzen *185*

Stefan Mörz

III. Vom Mitbürger zum Verfolgten **186**

Das Schicksal der jüdischen Haushaltsvorstände Ludwigshafens des Jahres 1912 186

Teil 3 **189**
Die Geschichte der Juden im Raum Ludwigshafen nach 1933

Ulrike Minor

I. Die Geschichte der Juden im Raum Ludwigshafen im Nationalsozialismus **190**

Die Verfolgung der Juden in Ludwigshafen 190
Verdrängung aus dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen 191
Der Zugriff auf die Schulen 195
Antisemitische Inhalte im Unterricht *197*
Druck auf jüdische Organisationen 202
Schutzhaft als Mittel der Einschüchterung: Die Verdrängung aus der Stadtgesellschaft 205
Die Presse als mächtige Propagandamaschine, seltene Beispiele von Zivilcourage 210
„Völkische und rassepolitische Gesichtspunkte" Die Ausmerzung „jüdischer" Straßennamen *220*
Die Verdrängung der Ludwigshafener Juden aus dem Wirtschaftsleben 221
Der Boykott des 1. April 1933 226
Schleichende Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz 228
Die Verfolgung der „Ostjuden" 233
Das Pogrom 238
Nach dem Pogrom: Die Schlinge zieht sich zu 245
Das Beispiel Emil Herz *250*
Verweigerung des Lebensraums: Die Bevölkerungsentwicklung in der jüdischen Gemeinde 252
Die Deportation am 22. Oktober 1940: Das Ende der jüdischen Gemeinde in Ludwigshafen 259
Die Nachfrage aus der Bevölkerung war groß: Ein Brief von Rechtsrat Schlich (Stefan Mörz) *265*
Nach der Deportation: Elend im Lager und Verfolgung in der Heimat 267

Ulrike Minor

II. Die Geschichte der Juden im Raum Ludwigshafen nach 1945 **275**

Nur wenige kehrten zurück: Juden in der Stadt nach Kriegsende 275
Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts 277
Weitere Quellen zur Wiedergutmachung *281*
Gedenkarbeit und Annäherung 284
Orte und Aktionen des Gedenkens und der Versöhnung
Von privater Initiative zum öffentlichen Gedenken 286
Die Hand zur Versöhnung reichen: Einladung ehemaliger Mitbürger durch die Stadtverwaltung 287
Auf vielen Schultern: Stolpersteine und andere Formen des Gedenkens 289
Die dunkle Gegenseite des Gedenkens: Antijüdische Haltungen und Handlungen in Ludwigshafen (Stefan Mörz) *290*
Neue jüdische Gemeinde in der Stadt 292

Anhang

Teil 1 Zur Bevölkerungsstatistik der Juden im Raum Ludwigshafen **323**

Juden in den Gemeinden des heutigen Stadtkreises [1791—1939] 323
Juden in der Gemeinde/Stadt Ludwigshafen [1845—1939] 324
Zahl der Juden in Ludwigshafen nach den Angaben in der jüdischen Publizistik der Jahre 1936/37 326
Zahl der Juden in Ludwigshafen 1937—1939 nach dem rassistischen Judenbegriff der Nationalsozialisten 326
Juden in Ludwigshafen nach 1945 327
Daten zur Bevölkerungsbewegung der jüdischen Gemeinde [1905—1932] 328

Teil 2 **330**
Zur jüdischen Wirtschaftsgeschichte in Ludwigshafen

Gewerbeanmeldungen (jüdische/ostjüdische) [1901—1929] 330

Berufsstatistik der jüdischen Familienhäupter bzw. Haushaltsvorstände 1912 331

Berufs- und Sozialstatistik der Ludwigshafener Juden 1933 333

„Arisierungen" 1933—1938 am Beispiel der Geschäfte in jüdischem Besitz in der Ludwigstraße 339

Das Verschwinden des jüdischen Hausbesitzes am Beispiel der Ludwigstraße 340

Teil 3 **342**
Die in Ludwigshafen wohnhaften jüdischen Haushaltsvorstände des Jahres 1912 und ihr Schicksal

Teil 4

Quellen und Bibliographie **361**

Abbildungsnachweis **370**

Abkürzungen **372**

Zu den Autoren **372**

Teil 1
Die Geschichte der Juden im Raum Ludwigshafen bis zum Jahr 1933

I.
Die Juden im Raum Ludwigshafen bis zur Entstehung Ludwigshafens

Vom Mittelalter bis zum Ende des Ancien Regime

Den am vorderpfälzischen und hessischen Rhein gelegenen „Heiligen Drei Gemeinden" Worms, Speyer und Mainz kam im Hoch- und Spätmittelalter eine Führungsrolle innerhalb des mitteleuropäischen Judentums zu. Wohlstand, Gelehrsamkeit und weitgehende Autonomie machten die Orte zu Leuchten jüdischen Lebens.[1] Doch ihr Schicksal war wie das der Judenheit in Europa generell nicht ohne Brüche. Die einzige dauerhaft auf dem christlichen Kontinent lebende nicht-christliche Minderheit musste neben Phasen der Wertschätzung bzw. Duldung auch Zeiten brutalster Verfolgung erleben. Die Haltung der Kirche zu ihrer jüdischen „Mutter" blieb zwiespältig. Geistige und wirtschaftliche Krisen führten zu erhöhter Gefahr für die Juden, die man für alle mögliche Unbill verantwortlich machte.

Im Vorfeld der Kreuzzüge um 1096, zur Zeit des „Schwarzen Tods" um 1350 und durch das ganze 15. Jahrhundert hindurch kam es zu Pogromen und Ausweisungen. Die Folge war eine Auswanderungswelle von deutschen Juden nach Osteuropa – und eine Verteilung der ehemals ganz vorwiegend in großen Städten wohnhaften „Israeliten" über das flache Land. Es entstanden jüdische Gemeinden auch in Kleinstädten und Dörfern.

So entwickelte sich auch die pfälzische Landjudenschaft. Ihr „Sozialprofil" in der frühen Neuzeit wurde durch die Tatsache bestimmt, dass den Juden Ackerbau und die Ausübung von in Zünften organisierten Handwerken verboten waren.[2] Neben Handel und Geldverleih standen ihnen allein noch die Berufe des Metzgers und Bäckers oder des Arztes offen. Die Masse der pfälzischen Juden nährte sich schlecht und recht vom Klein- und Viehhandel und dem Kleinkredit an die Landbevölkerung. Die Landesherren verlangten für das Aufenthaltsrecht der geduldeten Gruppe ein besonderes „Schutzgeld" und eine Reihe weiterer Sondersteuern – ein wichtiges Motiv, die Juden im Land zu halten, das aber immer wieder von gegenläufigen religiösen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten überlagert wurde. Ihre inneren und religiösen Angelegenheiten durften die Juden in der Regel unter eigenen Vorstehern selbst regeln.[3] In manchen Territorien, so auch in der Kurpfalz, entwickelte sich eine landesweite Organisation der Juden, die allerdings auch und vor allem die Eintreibung der Abgaben an den Landesherren durchzuführen hatte.

Der Raum des heutigen Ludwigshafen, zwischen den Städten Speyer und Worms gelegen, wurde nicht zu einem bevorzugten Lebensbereich der pfälzischen Juden. Der nördliche Teil des Gebiets gehörte schon im Mittelalter den Kurfürsten von der Pfalz, deren Haltung gegenüber den Juden starken Schwankungen unterlag. Eine von den kurpfälzischen Behörden angefertigte

Judenliste aus dem Jahr 1550[4] nennt 155 jüdische Haushaltsvorstände im ganzen Land, die dem Kurfürsten 650 Goldgulden im Jahr an Schutzgeld zahlten. Im heutigen Ludwigshafener Gebiet findet sich nur ein einziger Jude verzeichnet: ein Moses im kleinen Landstädtchen Oggersheim „gibt jars 6 Goldgulden, an Bartholomei fällig."

Die Kriege des 17. Jahrhunderts – der Dreißigjährige und der Pfälzische Erbfolgekrieg – ließen gerade die Gegend des heutigen Ludwigshafen als weitgehend entvölkertes Gebiet zurück.[5] Durch Erbfälle und Verträge fiel bis zum Anfang des 18. Jahrhunderts der gesamte heutige Stadtkreis mit Ausnahme des Dorfes Ruchheim an die Kurpfalz. Erst zur Mitte des Jahrhunderts waren die Bevölkerungsverluste durch die vorausgegangenen Kriegszeiten ausgeglichen. Dann begann ein fühlbarer Aufschwung, der allerdings keineswegs allen Untertanen zugute kam. Konflikte zwischen dörflichen Oberschichten und einer wachsenden Zahl armer Menschen verschärften sich trotz einer – oft nur halbherzigen – Reformpolitik der Obrigkeit. Oggersheim wurde zum zentralen Ort einer „Oberschultheißerei", d.h. eines unteren Verwaltungsbezirks. Hier wurde auch ein Schloss der seit 1720 in Mannheim residierenden kurfürstlichen Familie erbaut.

In keinem der Orte der Oberschultheißerei, die heute Stadtteile Ludwigshafens sind, entstand eine jüdische Gemeinde. Juden wohnten weiterhin nur äußerst selten und – mit Ausnahme von Rheingönheim – offenbar nicht kontinuierlich dort. 1679 ist in den Frankenthaler Ratsprotokollen ein „Jacob der Judt" aus Edigheim aufgeführt.[6] Die kurpfälzische Statistik des Jahres 1791 nennt lediglich je eine jüdische Familie in Oppau und Edigheim und drei in Rheingönheim, insgesamt weniger als ein halbes Prozent der in den kurpfälzischen Gemeinden des heutigen Stadtkreises ansässigen Familien.[7] Die aus Anlass der Regierungsübernahme des Kurfürsten Carl Theodor angefertigte Judenliste des Jahres 1743 hatte nur drei jüdische Haushaltsvorstände, einen in Friesenheim und zwei in Rheingönheim, namhaft gemacht.[8] Wesentlich häufiger tauchten nicht dort ansässige Juden als Handelspartner der Gemeinden und ihrer Bewohner auf. Ein eher grotesker Fall, der ein Schlaglicht auf die rechtliche Situation der Juden wirft, ist aus Oppau bekannt. „Der Mannheimer Schutzjude Matthias Lorch blieb auf Außenständen sitzen und wünschte 1732 dem ins *Neue Land* ziehenden Oppauer Bürger Johannes Kopf wegen schuldender zwei Malter Gerste ‚der Teufel solle sein Geleitsmann sein.' Die Schulden wurden vom Amerika-Auswanderer Kopf nicht entrichtet, dafür musste Lorch wegen seiner Verwünschung ‚zur Strafe einen Gulden an das *arme Kirchlein* entrichten.'"[9]

Rheingönheim, das bis 1698 den Wild- und Rheingrafen gehörte, bildete innerhalb der kurpfälzischen Ortschaften des heutigen Ludwigshafen eine gewisse Ausnahme, insofern dort die fast kontinuierliche Anwesenheit mindestens einer jüdischen Familie seit dem 17. Jahrhundert bezeugt ist. Schon zur



Abb. 1: Mächtiger jüdischer Hoffaktor aus Rheingönheim? Grabstein des Lemle Moses Reinganum, früher auf dem 1938 geschlossenen jüdischen Friedhof Mannheims, heute im jüdischen Teil des Mannheimer Hauptfriedhofs

rheingräflichen Zeit waren dort Juden ansässig. Die ab 1654 erhaltenen „Schultheißerei-Rechnungen" zeigen ab 1661 die Anwesenheit eines, später zweier jüdischer Haushalte, die ihr Schutzgeld entrichteten.[10] Als Anfang der 1670er Jahre Truppen des „Sonnenkönigs" Ludwig XIV. die Vorderpfalz terrorisierten, ist, wie die Rheingönheimer Rechnung 1674 vermeldete, „alhiesiger geweßner Jud, Samuel genanth, anno 1673 […] hin weeg gezogen nacher Manheim, seit hero auch kein andrer alhie gewohnet." Ab 1681 sind wieder bis zu drei jüdische Haushalte bezeugt, auch wenn die Rechnung des Jahres 1683 feststellte, dass man zwar „von den beiden Juden Moses und Samuel 30 fl. Schutzgeld" erhalten habe, „dazu der Schwiegersohn des Moses, Lazarus, der aber ganz verdorben und von hier weggezogen und sein Schutzgeld schuldig geblieben ist." Der jüdische Hoffaktor Lemle Moses, der in Mannheim zu großem Ansehen und Vermögen kam, stammte vermutlich, wie sein Name „Reinganum" andeutet, aus Rheingönheim. Die Rheingönheimer Gemeinderechnungen des 18. Jahrhunderts[11] nennen stets

ein bis drei jüdische Familien, die für die Mitnutzung von Wasser und Weide der Gemeinde seit 1736 eine Gebühr von sechs Gulden im Jahr zahlten. Allerdings wurde ihnen wegen Alters bzw. Armut oft nur die Hälfte abverlangt. 1786 wurde der Jude Moses, der als Pottaschesieder – ein nicht-zünftig organisiertes und deshalb für Juden erlaubtes Gewerbe – in offenkundiger Armut lebte, gänzlich von der Gebühr befreit. Die Schatzungsrechnung des Jahres 1768 und die Türkensteuerregister des Jahres 1738 zeigen allerdings auch, dass die dort aufgeführten Juden Samuel, Hirsch und Moyses mit ihrem geschätzten Vermögen etwa im Mittelfeld der dörflichen „Wohlstandshierarchie" lagen, wenn auch ihre Häuser eher schlecht bewertet wurden.

Das Dorf Ruchheim gehörte nicht zur Kurpfalz, sondern war im 18. Jahrhundert mit dem benachbarten Fußgönheim Teil einer kleinen adligen reichsunmittelbaren Landesherrschaft, in der die Kurpfalz allerdings zahlreiche Rechte genoss und auch immer wieder zur Geltung brachte. „Landesherren" waren seit 1737 der kurpfälzische Hofkanzler Jakob Tillmann von Hallberg und seine Nachkommen. Wie in allen Kleinherrschaften des Alten Reichs bildeten die Sondersteuern für Juden hier eine wichtige Einkunftsquelle. Die Ortsherren waren deshalb mit der Gewährung von „Schutzbriefen" für Juden recht großzügig, zudem der Handel die Juden ja über die Dorfgrenzen in andere Territorien führen musste und den Herren damit zuerst einmal der Vorwurf erspart blieb, „die Juden würden [ihren] christlichen Untertanen das Brot nehmen."[12] Dennoch war das Verhältnis der nichtjüdischen Dorfbevölkerung zu den Juden nicht ohne Konflikte. In Ruchheim erhielten die Orts-„Häscher" (Polizisten) den Auftrag, die Wirts- und die „Judenhäuser" zu überwachen, um als verwerflich angesehene und finanziell gefährliche Kartenspiele dort zu verhindern.[13] 1726 wünschten die Einwohner von Fußgönheim, dass man einen Teil der Juden ausweise. Die Ortsherren lehnten das jedoch ab. Ein hallbergischer Beamter bemerkte später: „Wer würde ein so übler Cameralist [d. i. Finanzfachmann] seyn, solche Ausschaffung in Vorschlag zu bringen oder anrathen zu wollen."[14] Es ging hier also ganz deutlich ums Geld, nicht etwa um lichte Toleranz!

Ganz dementsprechend hatten die Behörden auch kein Interesse daran, dass Juden ohne Erlaubnis das „Land" verließen. Als der Ruchheimer Schultheiß, d.h. Gemeindevorsteher 1780 einem armen Juden ein Leumundszeugnis zur Auswanderung ohne vorherige Erlaubnis des hallbergischen Amtmanns erteilt hatte, wurde er gerügt. Der „Jude Hirschel" könne noch Rückstände an Schutzgeld und private Schulden haben, auch müsse er die Abzugsgebühr selbst von einem kleinen Vermögen zahlen. Künftig dürfe der Schultheiß nie mehr ohne herrschaftliche Zustimmung solche „Attestate" erteilen, die sonst „den heimlichen Abzug sowohl christlich wie jüdischer Personen befördern können."[15] Das finanzielle Interesse der Behörde an den Juden führte allerdings offenbar auch dazu, dass man ihnen eine im Sinne der Zeit gerechte Behandlung zuteilwerden

Nachdem Seine Churfürſtliche Durchlaucht Vi clementiſſimi Reſcripti vom 28ten Novembris nup. gnädigſt zu verordnen veranlaßt worden ſind; daß

1mo. als viel die inländiſchen armen Juden betrifft, ſo, wie eine jede chriſtliche Gemeinde für ihre Arme nothdürftig zu ſorgen ſchuldig iſt, und allerdingen vermag, eben ſo auch die Stadt- und Land-Judenſchaft in der Churpfalz zum Unterhalt deren wahren Bedürftigen aus Mittlen der unter ihrer Conceßions mäßiger Anzahl begriffenen Familien in zutragenden Fällen angewieſen, und da

2do. nicht zu zweiflen ſtehet, es werden andere Benachbarte höchſt und hohe Stände, gleiche gute Polizei-Einrichtungen in ihren Landen treffen und beobachten laſſen, dahingegen die Kundbarkeit in Anſehung der einzelner Ritterſchaftlicher Ortſchaften bewähret, daß von den des Juris recipiendi Judæos befugten Inhabern nicht nur ſolche mit Juden in Uebermas zum Laſt ihrer eigenen und angränzenden Dörfern überſezet, ſondern auch wenn ſie zu der Bezahlung des Schuz-Geldes nicht mehr vermögend ſind, aus- und zur Beſchwerde des benachbarten Publici fortgejaget werden, jenen darin angenommenen und ſich aufhaltenden Juden der bevorab zum Abbruch des Nahrungs-Betriebs der einheimiſchen gereichender Handel im Lande verbotten- und endlich

3tio. belangend die ganz fremde herrenloſe herumziehende und ſonſtige Betreljuden, derſelben Eingang ins Land gänzlich widerſtanden, und wenn ſie ſich darin gleichwohl einzuſchleichen wiſſen, oder darin betretten werden, ſie ſo wie andere Vagabunden mit der Verwarnung fortgeſchaffet werden ſollen, daß ſie im Wiedereinfindungsfalle die ſchärfeſte Beſtrafung zu gewärtigen haben ſollen; als hat das Oberamt allen gemeinen Vorſtänden die genaueſte Beobachtung mit Nachdruck anzuempfehlen, auch darauf ſelbſt unverbrüchlich feſt zu halten, und die Entgegenhandlende der Gebühr nach zu beſtrafen. Mannheim am 10ten Dec. 1791.

Churpfalz Regierung.

Freiherr von Hoevele.

Abb. 2: Kurpfälzische Verordnung gegen sogenannte „Betteljuden", 1791

ließ. So erhielt der Jude Josef Benjamin 1787 die Erlaubnis, von einem verschuldeten Christen liederlichen Lebenswandels ein auf herrschaftlichem Grund stehendes „Wohnhäuslein, Hofraith und Garten" für 140 Gulden „erb- und eigenthümlich" zu erwerben. Als er selbst wenige Jahre später in Nöte kam und das Haus versteigert wurde, wurde ihm sein Eigentum zurückerstattet, als er innerhalb der gesetzlichen Frist bis zum definitiven Inkrafttreten der Versteigerung seine Schulden bezahlen konnte.[16]

Seit sich das Leben des im Pfälzischen Erbfolgekrieg völlig zerstörten Ruchheim am Anfang des 18. Jahrhunderts wieder zu regen begann, gab es auch nachweislich eine stetig wachsende Zahl von jüdischen Familien. Wurden 1706 nur zwei erwähnt, waren es 1728 bereits zehn. Diese Zahl findet sich dann auch im Jahr 1795, wobei sie zwischenzeitlich größer gewesen sein könnte, worauf die steigenden Einnahmen aus dem Schutzgeld deuten.[17] Da 1789 im Dorf 117 verheiratete Männer gezählt worden waren, betrug der Anteil der jüdischen Familien wohl etwa acht Prozent, ein etwas geringerer Wert als im benachbarten Fußgönheim.[18]

Die Ruchheimer Juden entwickelten Gemeindestrukturen. 1780 wird ein „Judenvorsteher" erwähnt,[19] und am Anfang des 19. Jahrhunderts eine – sicher bereits ältere – Synagoge.[20] Auch ein Lehrer und eine Mikwe, ein Ritualbad, sind für das frühe 19. Jahrhundert belegt.[21] 1802 fasste der Vorstand der Gemeinde den Beschluss, die der Gemeinde zu zahlenden Heiratsgebühren teilweise für „Lichter beim Gottesdienst", teilweise „zur Unterstützung armer Glaubensgenossen" zu verwenden, womit auch das traditionelle innerjüdische Almosenwesen in Ruchheim belegt ist.[22]

Mit ihren archaischen, fremden Bräuchen und eigenwilligen Namen – nur Vorname und Vatersname, kein Nachname – erregten die Juden den Unwillen gerade der Vertreter aufgeklärter Reform. Auch in der Kurpfalz hatte das Konzept der „bürgerlichen Verbesserung der Juden" Anhänger. Sie verfolgte das Ziel, die Juden durch Eingliederung in die christliche Gesellschaft weitgehend zu assimilieren und ihrer „schlechten Sitten" zu entwöhnen.[23] Typisch waren die 1777 getroffenen Aussagen zweier kurpfälzischer Regierungsräte. Nach der grundsätzlichen Feststellung, dass „diese Seckt teils wegen ihrer ganz unverträglichen Religionssätzen, teils wegen ihrer zum Teil auf eben dieser Religion beruhenden Unsauberkeit, teils wegen ihrem ohnabänderlichen Hang zum Wucher, welcher zum allgemeinen Landsverderben abzielte, (…) teils wegen ihrem dückischen, mit denen Grundsätzen der Rechtschaffenheit nicht übereinstimmenden Wesen mehr einzuschränken als zu begünstigen seyen," vollzogen sie eine überraschende Wendung: „Inzwischen, da die Juden dann doch selbsten zur Befestigung unserer heiligen Religion da sein müssen, und da es einmal hart wäre, ganze Familien außer Land zu jagen, und in den Bettel-Staab zu bringen; da endlich die einmal angenommenen Cameral-principien deren Austilgung nicht zulassen, so

wünschte ich sehr, dass man diesen Leuten einen sicheren Stand in dem Staat zudenken und nicht ihre ganze Constitution auf den einzigen Wucher, wie bisher geschehen, bauen müsste." Der Erwerb liegender Güter solle ihnen erlaubt werden, denn solange ihnen die meisten Berufe, selbst der Taglohn, versperrt seien, müssten sie sich ja ganz zwangsläufig auf Wucher verlegen. Der Besitz bäuerlicher Anwesen aber werde sie an nützliche Arbeit gewöhnen. Solche „kühnen" Ideen drangen aber weder in der Regierung noch beim Kurfürsten durch – auch wenn Kurfürst Carl Theodor 1786 die Heidelberger Behörden anwies, die Juden als „Handelsleute und Mitbürger zu betrachten" und gerecht zu behandeln. [24]

Von Revolution zu Revolution: die Juden im Raum Ludwigshafen zwischen 1792 und 1848

Der Einbruch der Französischen Revolution und die 1798 vollzogene Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich veränderten die rechtliche Situation der pfälzischen Juden von Grund auf. Die alten Herrschaften, ob Kurpfalz oder Kleinherrscher, verschwanden, und die „Israeliten" gelangten nunmehr in den Genuss der 1791 von der französischen Nationalversammlung proklamierten völligen rechtlichen Gleichstellung der Juden. Alle Sondersteuern für Juden wurden abgeschafft, ihnen standen fortan alle Formen des Broterwerbs offen. Auch Napoleon folgte selbst noch als Kaiser seit 1804 dieser „revolutionären" Linie.

Allerdings war die Situation in Innerfrankreich mit seiner recht kleinen jüdischen Bevölkerung eine andere als in den deutschen Provinzen, in denen nicht weniger als 30 % der Juden des gesamten Reichs lebten.[25] Vom Elsass her drangen Klagen über „jüdischen Wucher" zu Napoleon, und auch fortschrittliche Kreise in der Verwaltung des „Empire" zeigten sich enttäuscht, dass die „Israeliten" zäh an ihren Traditionen festhielten und sich keineswegs, wie es die „Befreier" von 1791 gehofft hatten, schnell assimilierten. Typisch erscheint die Klage von Ferdinand Bodmann, einem Beamten in der Präfektur Mainz aus dem Jahr 1811: die Juden seien „Fremdlinge unter den übrigen Völkern, und der ewig fortbildende Geist der Zeit geht an dieser Nation vorüber, die sich durch ihre absöndernde Gebräuche in volkreichen Städten und Ländern isoliert, ohne dass sie sein Hauch berührt."[26]

So griff der Kaiser zurück auf die Traditionen der „bürgerlichen Verbesserung" des 18. Jahrhunderts.[27] Eine nach Paris einberufene Versammlung jüdischer Honoratioren sollte eine moderne zentrale Struktur für das französische Judentum entwickeln.[28] Daneben erließ Napoleon im Jahr 1808 mehrere Dekrete, die die Juden, ohne ihre prinzipielle rechtliche Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern aufzuheben, durch Zwangsmaßnahmen zur Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft bringen sollten. Zum ersten erhielten die Juden eine an den Protestanten orientierte zentrale „Kirchen"-Organisation. Zum zweiten wurde ihnen die Übernahme der Namensgebung der Mehrheitsgesellschaft mit

Vor- und Familiennamen verordnet. Besondere Erbitterung aber erregte unter den Juden das sogenannte „decret infâme." Es war vor allem eine Antwort auf die Klagen aus den deutschen Departments und zielte darauf ab, den „jüdischen Wucher" zu kontrollieren und die Juden zur Aufnahme anderer Berufe als dem Handel zu drängen. Der Zuzug von Juden ins Elsass wurde generell verboten. In allen anderen Regionen konnten Juden sich nur ansässig machen, wenn sie Land zur eigenen Bearbeitung erworben hatten. Blieben sie in traditionell jüdischen Gewerben tätig, d.h. vor allem dem Handel, konnten sie nur mit spezieller Genehmigung zuziehen. Gerade diese Bestimmung, die auch in der bayerisch gewordenen Pfalz bis 1868(!) in Kraft blieb, wurde für die Entwicklung der jüdischen Gemeinde Ludwigshafens sehr bedeutend. Seinen assimilatorischen Zweck erzielte das „decret infâme" nicht. Einige wenige reiche Juden erwarben Land, um ihre Bereitschaft zur Anpassung zu dokumentieren. Die Masse der pfälzischen Juden lebte weiter in bescheidenen Verhältnissen als Kleinhändler, Trödler und Viehhändler – Dienstleister für Kleinbauern. Allerdings bestand auch wenig Anreiz, in generell überbesetzte Handwerke bzw. die oft unrentable Kleinlandwirtschaft zu wechseln.[29]

Auch im Raum des heutigen Ludwigshafen hinterließ die Umwälzung der Jahre nach 1792 ihre Spuren, selbst wenn die materielle Situation der Juden, über die erstmals detailliertere Informationen vorliegen, auf dem gleichen – schlechten – Niveau blieb. Die unter der napoleonischen Ordnung der jüdischen Religionsgemeinschaft geforderte Kultussteuer machte eine Einteilung der Juden in fünfzehn Steuerklassen nötig, um sie nach ihrer Leistungskraft heranziehen zu können. In der Pfalz gehörten 70 % der jüdischen Haushalte um 1809 zu den beiden untersten Steuerklassen, 20 % zu den etwas besseren Klassen 11—13.[30] Im Raum des heutigen Ludwigshafen war die Situation noch schlechter. Drei Viertel der 23 erfassten jüdischen Haushalte in Ruchheim (16), Rheingönheim (4), Edigheim (2) und Oppau (1) gehörten den beiden letzten Steuerklassen an.[31]

Jüdische Haushalte im Bereich der heutigen Stadt Ludwigshafen nach der Kultussteuerliste des Jahres 1809

Ruchheim 16 Haushalte: 1 (11), 1 (12), 2 (13), 4 (14), 8 (15),
Berufe: Händler, Trödler
Rheingönheim 4 Haushalte: 2 (13), 1 (14), 1 (15),
Berufe: 2 Viehhändler (13), 1 Trödler (15),
1 Metzger (14)
Oppau 1 Haushalt, Klasse 15
Edigheim 2 Haushalte: Klassen 14 und 15,
Berufe: Kaufmann

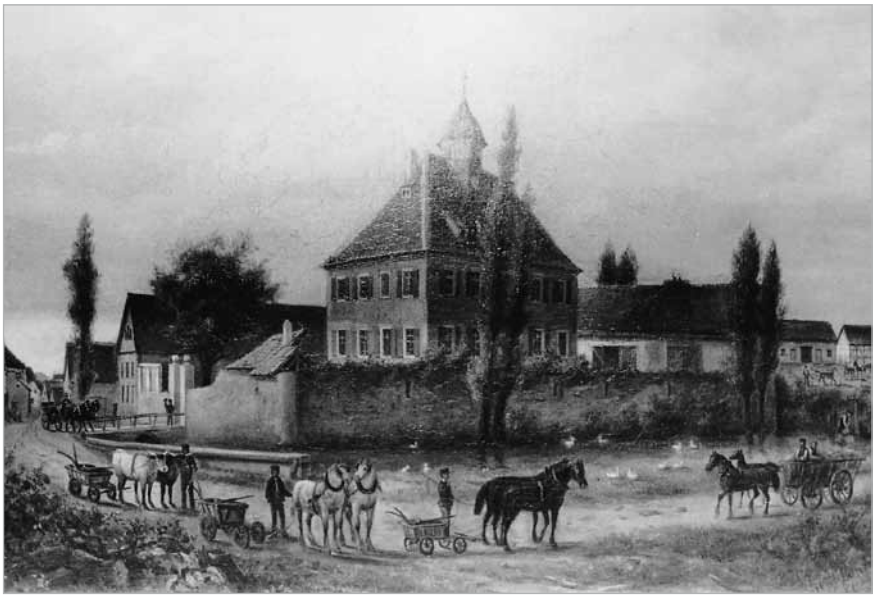


Abb. 3: Die einzige historische jüdische Gemeinde im Raum des heutigen Ludwigshafen: Ruchheim, hier ein Gemälde des ehemaligen „Schlößchens" mit Hofgut, um 1830

Sofern die Listen Berufe nennen, handelte es sich fast ausschließlich um Händler bzw. Trödelhändler. In Rheingönheim waren zwei der vier Familienhäupter als Viehhändler tätig – und in der besseren Steuerkategorie 13 eingruppiert. Einer der Rheingönheimer Juden war Metzger – ein wie erwähnt nicht unübliches jüdisches Handwerk. „Nach 1793 wurde die Bevölkerung Oppaus und Edigheims jahrzehntelang nur von jüdischen Metzgern versorgt."[32]

Ruchheim, am Anfang des 19. Jahrhunderts die einzige wirkliche jüdische Gemeinde im Bereich des heutigen Stadtkreises, liefert sprechende Quellen zur sozialen Lage der Juden. Wie die anderen jüdischen Einwohner des „Departments Donnersberg" wurden 1806 auch die Ruchheimer „Israeliten" aufgefordert, einen Beitrag zum Unterhalt der Delegierten des Departments bei der von Napoleon einberufenen jüdischen Honoratiorenversammlung zu leisten. Dabei hatten die Behörden die Juden Ruchheims in Kenntnis ihrer Armut der niedrigsten der drei Zahlungsklassen zugeteilt. Sie sollten also pro Haushalt 25 Francs zahlen, denn eine gänzliche Zahlungsverschonung sei nicht vorgesehen. Dies führte Ende 1806 zu einer beredten Klage der Juden Ruchheims beim Mainzer Präfekten:[33] 25 Fancs für jeden Haushalt seien viel zu viel. „Wir sind allesamt ohne Unterschied, mit Ausnahme vielleicht von einem oder zweien von uns, im Kleinhandel mit Eisenwaren tätig, der uns gerade einmal die baren

Notwendigkeiten zum Unterhalt einer erbärmlichen Existenz verschafft. Mit unendlich vielen Reisen, die wir jeden Monat machen, sind wir oft weit entfernt davon, selbst 25 Francs zu erwirtschaften. Wie sollte die Selbstbeschränkung einer Familie aussehen [um die Gebühr zu bezahlen], die sich mit so wenig nährt und erhält? Wir müssten nicht weniger als ein Zwölftel unserer [Jahres]Einkünfte zahlen, womit wir für einen Monat aller Mittel zum Lebensunterhalt beraubt wären." Den Mainzer Juden falle freilich die Bezahlung leichter. Hier in Ruchheim lebe man in einem kleinen Dorf, nicht in einer lebhaften Handelsstadt.

Die im Jahr darauf erfolgte Vermögensschätzung für die jüdischen Kultuskosten zeigte dann die Grenzen des guten Einvernehmens zwischen den Ruchheimer Juden und der – dörflichen – Obrigkeit. Die Behörden zeigten sich definitiv unzufrieden mit der Einschätzung, die die Bürger entweder selbst gemacht hatten oder die durch jüdische Vertreter erfolgt war. Die Juden seien fast alle arm („indigente"), gab der Bürgermeister zu. Dennoch müsse er ihre Einschätzung bedeutend nach oben korrigieren, „denn, wie man sieht, haben sie sich ganz und gar nicht an die Wahrheit gehalten." Hatten die „Israeliten" ihre Vermögen auf Werte zwischen 400 und 15 Francs geschätzt, glaubte der Bürgermeister beim Händler Alexander Kahn 1 000 Francs Immobiliar- und Mobiliarvermögen registrieren zu können; Kahn fungierte 1811 auch als vom Bürgermeister überwachter Einnehmer der jüdischen Kultussteuer für den Distrikt Mutterstadt, zu dem Ruchheim gehörte. Das geringste Vermögen hatte nach der Einschätzung des Bürgermeisters den Wert von etwa 50 – und nicht 15 – Francs.

Wie tief die kulturelle Kluft zwischen Juden und Mehrheitsbevölkerung noch war, demonstrierte im Januar 1810 eine Art Razzia, die die Behörden eines Abends bei den Ruchheimer Juden durchführten, um im Jargon der Zeit als „Betteljuden" bezeichnete illegal im Dorf lebende „Vagabunden" aufzuspüren. Bürgermeister und Gemeinderäte suchten in Begleitung von Sicherheitsgarde und Nationalgarde alle jüdischen Häuser auf. Tatsächlich fanden sie bei einem jüdischen Einwohner eine jüdische Frau mit einem Kleinkind, die dort Obdach empfangen hatten „entsprechend der Sitte der Juden dieser Gemeinde, nach der bedürftigen reisenden Juden bei ihren Glaubensgenossen – die diese Pflicht der Reihe nach üben – Nahrung und Nachtquartier in der Synagoge zuteilwird." In der Synagoge fand sich das zweite Kind der erwähnten fremden Jüdin, das zusammen mit ihr und seinem Geschwister verhaftet wurde. Die Frau stammte, wie die Vernehmung ergab, aus Carlsberg, wo sie nach der Verhaftung ihres Mannes wegen Diebstählen keinen Lebensunterhalt mehr hatte und als „Vagabundin" auf die Mildtätigkeit ihrer Glaubensgenossen angewiesen war.[34] Heimatlose „Betteljuden" wurden von der Öffentlichkeit ähnlich wie anderes „herrenloses Gesindel" vor wie nach der Französischen Revolution mit äußerstem Misstrauen betrachtet. Das traditionelle jüdische Almosen- und Hilfswesen galt da als extrem anrüchig.

Dennoch gab es auch Zeichen der Annäherung zwischen Juden und Mehrheitsbevölkerung. Drei „Israeliten" wurden etwa in Ruchheim zum Municipal-(Gemeinde-)rat benannt, wobei einer 1798 erklärte, „des Lesens und Schreibens unerfahren zu sein und deshalb seine Stelle begeben" wolle, d.h. darauf verzichtete.[35]

Vornamen der Ruchheimer Juden und Jüdinnen vor (links) und nach (rechts) dem napoleonischen Namensdekret

Juden			Jüdinnen		
Abraham	3	4	Kosenamen	30	—
Isack (Isaak)	3	4	Judith	2	6
Jakob	2	4	Johanna	—	6
Josef	2	4	Lea	4	4
Leopold	—	4	Barbara	—	4
Emanuel	3	3	Sara	—	4
Moses	3	3	Esther	1	2
Alexander	1	2	Anna	—	2
David	1	2	Elisabeth	—	2
Salomon	3	2	Eva	—	2
Samuel	1	2	Philippina	—	2
Heinrich	—	1	Rahel	1	1
Lazarus	—	1	Clara	—	1
Anschel	1	—	Karolina	—	1
Dotteres	1	—	Katharina	—	1
Hirsch	2	—	Theresia	—	1
Jesel	2	—			
Lemmle	1	—			
Libmann	2	—			
Lob	3	—			
Mayer	2	—			

Die interessantesten Resultate bieten die von den Juden 1808 angenommenen neuen Vor- und Familiennamen. Die Behörden hatte verfügt, dass Namen aus dem Alten Testament und Städtenamen, die beide bei Juden sehr häufig waren, nicht zu wählen seien, aber Ausnahmen zugelassen. Diese „Ausnahmen" wurden nun, wie Studien über die pfälzischen Juden zeigen, in vielen Fällen zur Regel. Bei den Männern blieben alttestamentliche Vornamen dominant, wenn auch häufig solche Namen wie etwa Josef oder Jakob bevorzugt wurden, die sowohl christlich wie jüdisch waren, also durchaus eine gewisse Bereitschaft zur Anpassung zeigen. Bei den Frauen wurden „christliche" Vornamen in großer Zahl übernommen. Sie hatten allerdings kaum „religiöse" Vornamen gehabt,

sondern vorwiegend in nicht-jüdischen Ohren sehr eigenartig klingende versteinerte Kosenamen wie Gutel, Herzchen, Täubchen, Hühnle, Sorle, Mändel, Bohnle, Bayerle, Hevchen, um einige Beispiele aus Ruchheim zu nennen.

Die 37 Juden und 38 Jüdinnen in Ruchheim folgten ganz offenbar bei ihrer Namenswahl dem pfälzischen Trend. Sechs von zehn Ruchheimer Juden behielten ihre Namen, während acht von zehn Jüdinnen ihn veränderten. Nur die Männer mit ausgesprochen „jüdisch-fremden" Namen – Mayer, Loeb, Hirsch, Lemmle, Jesel, Dotteres – legten ihn ab. Allerdings nahmen nur sehr wenige von ihnen – fünf – ausgesprochen „christliche" Vornamen an (z.B. Heinrich und Leopold). Andererseits trugen auch nur noch sehr wenige ganz jüdische religiöse Vornamen (Moses, Nathan). Die Masse trug bzw. nahm Namen, die in der jüdischen wie der christlichen Kultur vorkamen. Die Ruchheimer Frauen – oder ihre Männer? – waren offenbar ein wenig konservativer als viele ihrer pfälzischen Glaubensgenossen. An die Stelle der eigenartigen Kosenamen traten in der Hälfte der Fälle nämlich nicht „christliche", sondern dezidiert jüdisch-biblische Namen (Judith, Sara, Esther, Lea, Rahel). Männer wie Frauen wählten oft neue Vornamen, die vom Klang her an die alten erinnerten. Bei den Nachnamen fällt zum einen die Veränderung des Vatersnamens Levi in den Namen Leva auf, den es offenbar bei den christlichen Ruchheimern gab.[36] Noch bemerkenswerter sind die Nachnamen „Neubürger" und „Freibürger." Hier demonstrierten die Juden Stolz auf ihre neuen Rechte im Rahmen des französischen Staates und schmeichelten damit auch den Behörden.

Die Zeit der französischen Herrschaft ging freilich schon bald zu Ende. Mit den Befreiungskriegen und der Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress fiel die Pfalz an Bayern. So gelangte auch der Raum des künftigen Ludwigshafen unter „weiß-blaue" Herrschaft. Die napoleonische jüdische „Kirchenorganisation" fand damit ihr Ende. 1823 regelte dann eine königliche Verordnung die Gründung und Verwaltung jüdischer Kultusgemeinden und den Betrieb jüdischer Schulen in der Pfalz.[37] Fünf Jahre später wurde der Regierungsbezirk in vier große Rabbinatsbezirke aufgeteilt, da es den überwiegend kleinen und wenig wohlhabenden Gemeinden kaum gelingen konnte, je einen eigenen Rabbiner anzustellen. Der Raum des heutigen Ludwigshafen gehörte zum Bezirksrabbinat Dürkheim. Die konkreten gottesdienstlichen Funktionen wurden wie zuvor meist von den örtlichen Vorbetern wahrgenommen, die aus den jeweiligen Gemeinden kamen, zumal, wie die Synagogenvorstände des Bezirks Landau im Jahr 1865 betonten, „seit dem Aufhören des Priesterstandes unter den Juden es eigentliche Geistliche gar nicht gibt und daß auch nicht eine einzige geistliche Funktion existiert, welche vom jüdisch-religiösen Standpunkt aus nicht durch einen Laien ganz wie von einem Rabbiner vorgenommen werden könnte…"[38]

Seit den 1820er Jahren begann im pfälzischen Judentum eine religiöse Reformbewegung Raum zu gewinnen. Man zielte auf eine Abschaffung von

Missbräuchen und Unordnungen sowie eine gewisse Annäherung an die christlichen Gottesdienstformen. Einer ihrer Hauptverfechter war der Landauer Bezirksrabbiner Elias Grünebaum. Die noch immer vom Geist der aufgeklärten „Verbesserung der Juden" erfüllten Behörden reagierten positiv: Es gehöre „zu den erfreulichen Erscheinungen der Zeit, dass mehrere israelitische Gemeinden, aus eigener Einsicht und Überzeugung angetrieben, Veranstaltungen zur Veredlung ihres äußern Gottesdienstes" unternommen hätten, formulierte 1832 die Regierung der Pfalz und sandte die unter Grünebaums Einfluss entstandene neue Satzung der jüdischen Gemeinde Edenkoben an die Gemeinden in Stadt und Landkreis Speyer – wozu auch Ruchheim gehörte, um sie zur Übernahme anzuregen.[39] Drei Jahre später musste man jedoch enttäuscht feststellen, dass außer Mutterstadt keine der Gemeinden auch nur geantwortet hatte. Auch Ruchheim hatte sich also unempfänglich gezeigt.[40]

Gerade in einem dörflichen Umfeld wie Ruchheim waren die Menschen offenbar doch noch konservativer. Als 1838 die Behörden, vor allem aus hygienischen Gründen, wie in manchen anderen Orten auf die Zuschüttung des Ritualbads, der Mikwe, drängten, rief das heftige Gegenreaktionen der jüdischen Ruchheimer hervor. Diese „widersetzliche Opposition der Juden" sollte nach Meinung des Landkommissariats (d.i. der Kreisverwaltung) Speyer gerichtlich verfolgt werden.[41] Seit 1845 verlangten die Behörden von jedem jüdischen Beschneider (Mohel) ein amtsärztliches Zeugnis über „die nöthige chirurgische Fertigkeit." Der Ruchheimer Moses Feidel hatte bereits seit 1815 im Ort und den Gemeinden der Umgebung dieses Ehrenamt inne. Die Gemeinde Mutterstadt betonte, wohl als Reaktion auf die Verordnung, dass sie auch weiterhin seine Dienste in Anspruch nehmen wollte.[42] 1821 hatte das Ruchheimer Bürgermeisteramt die offenbar schon alte Praxis der Juden beklagt, ihre Toten auf dem zweieinhalb Stunden Wegs entfernten Wachenheimer jüdischen Friedhof zu begraben. „Dem unziemlichen Transporte von Leichnamen kann wohl nur durch einen Machtspruch Einhalt geschehen, indem die Juden sehr darauf achten, dass ihre Gebeine bei denen ihrer Voreltern ruhen. Übrigens wäre die Abhülfe leicht, besonders hier, wo die Judenschaft zahlreich ist, könnte leicht ein Stück Feld zu Beerdigung ihrer Todten angekauft werden."[43] Von 1821/22 an gab es dann einen Friedhof im benachbarten Fußgönheim.

Weder die neuen Regeln für die Gemeindeverwaltung noch die jüdische Reformbewegung änderten etwas daran, dass die Gültigkeit der von Napoleon erlassenen Judendekrete auf unbestimmte Zeit verlängert wurde. Hier brachte das Fortbestehen des französischen Rechts in der Pfalz, das ansonsten für alle Bürger und selbst für die Juden meist fortschrittlicher als das Recht in „Altbayern" war, nicht nur Vorteile. Die in Zusammenhang mit der neuen bayerischen Verfassung des Jahres 1818 erlassenen Wahlbestimmungen sahen zudem auch in der Pfalz vor, dass Juden nicht ins Parlament wählbar waren. Das galt jedoch nicht für die

Gemeinderäte, so dass in einzelnen pfälzischen Orten mit hohem jüdischem Bevölkerungsanteil „Israeliten" in die Kommunalvertretungen gelangten.[44] Für Ruchheim lässt sich das in der Zeit vor 1848 nicht nachweisen – ein Rückschritt gegenüber der französischen Zeit. Wiederholt wurden im bayerischen Parlament Versuche unternommen, die Benachteiligung der Juden aufzuheben. Erst nach den revolutionären Ereignissen von 1848/49 gelang es 1851, die meisten der napoleonischen Bestimmungen für die pfälzischen Juden abzuschaffen.[45] Die Zuzugsbeschränkung für nicht-pfälzische Juden blieb aber wie erwähnt noch für mehr als ein Jahrzehnt bestehen.

Eine nennenswerte jüdische Zuwanderung in die wirtschaftlich nicht sehr dynamische Pfalz hat es jedoch in den frühen Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ohnehin nicht gegeben.[46] Dennoch wuchs, durch ein günstiges Verhältnis zwischen Gebürtigkeit und Sterblichkeit, die Zahl der Juden etwas stärker an als die der Gesamtbevölkerung. 1834 erreichte sie ein „Maximum" von 2,7 %. Ihre absolute Zahl stieg bis 1852 noch weiter an – auf 15 636 Personen, doch begann damals schon ihr relativer Anteil an der Bevölkerung zu sinken.[47]

Diese Tendenzen lassen sich auch im Raum Ludwigshafen verfolgen. In allen Ortschaften des heutigen Stadtkreises außer Maudach und Friesenheim ließen sich jüdische Familien nieder. Bezeichnend ist aber, dass nur die zwei „historischen" jüdischen Siedlungskerne, Ruchheim und Rheingönheim, dauerhaft wuchsen. Das erinnert an die im späteren 19. Jahrhundert festzustellende Tatsache, dass beim massenhaften Zuzug der Arbeiter in die Nachbardörfer Ludwigshafens die konfessionelle Struktur dieser Orte im Wesentlichen erhalten blieb. Zu wirklicher Größe entwickelte sich allein die jüdische Gemeinde in Ruchheim, die von 74 Menschen (1808) auf 161 bzw. fast 16 % der Einwohnerschaft des Dorfes (1849) zunahm. Spielte hier wohl der natürliche Bevölkerungszuwachs die Hauptrolle, muss in Rheingönheim, dessen jüdische Einwohnerschaft zwischen 1808 und 1849 von 13 auf 40 Personen wuchs, auch die Zuwanderung von Bedeutung gewesen sein.

Allerdings traf der Zuzug von jenseits der pfälzischen Grenzen aufgrund der fortgeltenden napoleonischen Bestimmungen auf Schwierigkeiten. Als die Witwe des Jakob Marx den aus Hessen stammenden Jakob Mendel heiraten wollte, erwarb dieser, um den Bestimmungen des Dekrets von 1808 zu entsprechen, offenbar Land in Rheingönheim und gab an, Ackerbau treiben zu wollen. Die Zentralbehörden der Pfalz aber lehnten sein Gesuch auf Niederlassung ab, da „die Betreibung des Ackerbaus durch Jakob Mendel und sein Ankauf von Gütern wahrscheinlich ein Vorwand zur Erhaltung der nachgesuchten Bürgerannahme ist, und er nach seiner erfolgten Aufnahme wieder ebenso gegen die Bestimmungen des Decrets vo[n …] 1808 handeln wird, wie es seine Glaubensgenossen allgemein thun." Dem entgegnete der Gemeinderat Rheingönheims, dass Mendel bereits 600 Gulden für Güterkauf und den Unterhalt

der Witwe und ihrer Kinder aufgewandt habe. „Auch muss man der Wahrheit gemäß gestehen, dass er sich seit seines Hierseins zu jeder Art Arbeit bequemt, was ihn von seinen Glaubensgenossen auszeichnet, und ist bey den seitherigen Proben seines Fleißes zu urtheilen: dass er kein verderbliches, sondern ein nützliches Glied der Gemeinde werde." Die Witwe Marx habe während der Krankheit ihres verstorbenen Mannes fast ihr ganzes Vermögen aufgezehrt. Vor Armut und Ruin könnten sie und ihre Kinder nur bewahrt werden, „wenn sie durch die Annahme ihres Bräutigams eine Stütze erhält." Alle nicht-jüdischen Beteiligten argumentierten auf der Grundlage eines deutlich fühlbaren Antisemitismus; die Gemeindebehörden sahen jedoch mehr Vor- als Nachteile in der Aufnahme des „ausländischen" Juden. Sie erreichten tatsächlich, dass Mendel das Bürgerrecht gewährt wurde.[48]

Die Zunahme der jüdischen Bevölkerung Rheingönheims führte zu ersten Ansätzen einer Gemeindebildung: Im Jahr 1840 erwarben zwei ortsansässige Handelsleute, Anselm Blüm und Salomon Hirsch, im Dorf für 6500 Gulden ein Haus, das seitdem für den jüdischen Gottesdienst genutzt wurde.[49] Hirsch und Blüm gehörten als Vieh- und Getreidehändler bzw. auch Metzger und Makler mit Steuerbeträgen von etwa 20 Gulden zu den höchstbesteuerten Gewerbetreibenden im Ort. Weit übertroffen wurden sie jedoch vom Weinhändler David Hirsch, der als „Sohn" – vermutlich von Salomon Hirsch – bezeichnet wird. Seine Steuersumme betrug über 50 Gulden. Insgesamt steuerten die sieben in der Gewerbesteuerliste von 1845/46 genannten jüdischen Gewerbetreibenden – alle außer David Hirsch Vieh-, Getreidehändler und Makler, fast die Hälfte der von 61 Gewerbetreibenden im Dorf erhobenen Steuersumme bei.[50] Diese vielleicht durch die Nachbarschaft zu Mannheim und die gute Verkehrsanbindung gegebenen günstigen Verdienstmöglichkeiten waren wahrscheinlich auch der Grund für die verstärkte Ansiedlung von Juden in Rheingönheim. Das Dorf wuchs auch insgesamt recht stark – ganz im Gegensatz zum relativ abgelegenen Ruchheim, dessen Bevölkerungszahl bei etwa 1000 Menschen stagnierte.

Seltene Zeugnisse jüdischer Religiosität und Volkskunst:
Drei Torawimpel aus Rheingönheim
(Werner Transier)[51]

Die Torawimpel Mitteleuropas sind Spenden der jüdischen Knaben anlässlich ihres ersten Synagogenbesuchs. Sie bestehen in der Regel aus vier zusammengenähten Stoffbahnen, die aus der Windel gefertigt sind, welche die Knaben bei der Beschneidungszeremonie trugen. Die Mütter bemalen oder besticken sie kunstfertig in bunten Farben mit einem hebräischen Schriftzug. Dieser enthält Namen, Vatersnamen und Geburtsdatum des Knaben nach dem jüdischen Kalender und das Gebet: „Der Herr lasse ihn heranwachsen zur Tora, zur Chuppa und zu guten Taten."

Bildliche Darstellungen und Texte, die sich auf den Inhalt der Aufschrift beziehen, sowie florale und ornamentale Verzierungen ergänzen oftmals den hebräischen Schriftzug. Mit den in der Synagoge dargebrachten Torawimpeln werden die nach dem Gebrauch im Gottesdienst zusammengerollten Torarollen verschnürt, bevor sie mit einem schützenden Toramantel und dem Toraschmuck versehen in den Toraschrein zurückgebracht werden. Sie symbolisieren die Verbindung des opfernden Knaben mit dem in der Tora überlieferten göttlichen Gesetz.

Torawimpel gehören zu den wertvollsten Zeugnissen der jüdischen Volkskunst – und der Kunstfertigkeit jüdischer Frauen, von denen sonst so gut wie nichts überliefert ist. Als Zeugnisse jüdischer Religiosität vermitteln sie Informationen über die wichtigen Stationen im Leben des jüdischen Mannes von der Geburt bis zur Eheschließung, aber auch über den jüdischen Kalender und die jüdische Zeitrechnung. Für den Historiker stellen sie mit den überlieferten Namens- und Datenangaben eine wertvolle geschichtliche Quelle dar.

Die drei Torawimpel aus Rheingönheim sind aus Leinen gefertigt, farbig bemalt und beschriftet. Die auf ihnen überlieferten Geburtsdaten sind 1822, 1834 und 1860. Ihre Breite beträgt 15, 16 und 17 cm, ihre Länge 185, 340 und 307 cm. Sie sind vollständig erhalten. Die auf den Torawimpeln genannten Knaben sind: Menachem, Sohn des Jakob (1822), Todros Zwi, Sohn des Salomon (1834) und David, Sohn des Ascher (1860). Sie zeigen u.a. den Abschluss des im Torawimpel erwünschten „Heranwachsens zur Tora" in der Bar-Mizwa-Zeremonie, der ersten öffentlichen Tora-Lesung des Knaben im Rahmen des Gottesdienstes. Wie allgemein üblich, werden die Torarolle und die Gesetzestafeln der Zehn Gebote gezeigt – von denen sich wie aus einer Gießkanne der Geist auf den Knaben ergießt. Ein anderes Bild zeigt die „Chuppa", den Hochzeitsbaldachin, mit einem biedermeierlich gekleideten Brautpaar darunter. Begleitet wird die Szene von Musikern, eine schöne Illustration der damaligen jüdischen Hochzeitssitten.

Die Torawimpel stammen aus dem Besitz der israelitischen Cultusgemeinde Rheingönheim-Neuhofen und befanden sich im 1938 an die politische Gemeinde für 7 500 Mark „verkauften" Bet- und Schulhaus in Rheingönheim. Nach der Eingemeindung Rheingönheims ging das Gebäude in städtischen Besitz über. Seit 1939 wurde das Bet- und Schulhaus als Unterkunft des Reichsarbeitsdienstes genutzt. Über den Verbleib der im Gebäude befindlichen Kultgegenstände liegen keine Angaben vor. Ordnungsgemäß müssten sie in den Besitz der israelitischen Kultusgemeinde Ludwigshafen am Rhein gelangt sein, in der die israelitische Cultusgemeinde Rheingönheim-Neuhofen aufging. Die Torawimpel kamen 1939 mit einem Begleitschreiben des Bezirksamtes Speyer, datiert auf den 4. Februar 1939, in den Bestand des Historischen Museums der Pfalz in Speyer. Im Inventarbuch werden sie als „jüdische Geburtsrollen" bezeichnet, „aus den ersten Windeln der Neugeborenen zusammengesetzt und nach der

Beschneidung in der Synagoge aufbewahrt." Wie das Bezirksamt Speyer in den Besitz der Torawimpel kam, ist unbekannt.

Für Jahrzehnte ruhten die Wimpel in einem Alttextildepot des Museums, bevor man im Rahmen von Neu-Einrichtungen darauf stieß und sofort ihren Wert erkannte. Besonders bemerkenswert ist ihr außerordentlich guter Zustand. Um sie zu präsentieren, waren lediglich eine Reinigung und Glättung nötig. Im Jahr 2000 wurden sie als geraubtes Kulturgut der jüdischen Kultusgemeinde Rheinpfalz wieder als Eigentum übergeben. Die Kultusgemeinde überließ die Wimpel als Dauerleihgabe dem Historischen Museum der Pfalz für dessen Judaica-Abteilung.

Die sozialen Verhältnisse der Masse der pfälzischen Juden blieben weiterhin unbefriedigend. Das traf insbesondere auch auf die Ruchheimer „Israeliten" und die ca. 25 Juden, die sich in Oppau und Edigheim niedergelassen hatten, zu.[52] Das latente Misstrauen der Bevölkerung gegen „jüdischen Wucher" ließ es offenbar nur selten zu, jüdisches Elend ohne Wenn und Aber anzuerkennen und zur Hilfe zu schreiten. Umso bemerkenswerter war der Fall des Oppauer Juden Josef Weil II., der zu den Ortsarmen zählte. Als ihm 1840 der örtliche „Armenpflegschaftsrat" Unterstützung zukommen ließ, war diese Geste den Vorstehern der Frankenthaler jüdischen Gemeinde, zu denen die Oppauer Juden gehörten, eine ausführliche Dankesanzeige im „Frankenthaler Wochenblatt" wert. Die Worte sind noch ganz vom Ton des Tugendlobs der Spätaufklärung getränkt:[53]

„Die Unterzeichneten fühlen sich verpflichtet, ein Beispiel edler Gesinnung und echter Humanität zur Kenntnis des Publikums zu bringen, und denjenigen die sie veranlasst umso mehr öffentlich dafür im Namen der Menschheit zu danken, als ähnliche Fälle gewiss zu den seltnern gehören.
Dem in Oppau wohnenden Joseph Weil II., israelitischen Glaubens, starben innerhalb weniger Monate seine Frau und drei Kinder. Dass, bei der fast grenzenlosen Armut dieser zahlreichen Familie, Mangel an gesunder Nahrung, Kleidung, Bett, kurz an allem, was dem Menschen zu seiner Existenz am nötigsten ist, Hauptursache an diesen traurigen Ereignissen sei, war zwar seinen Glaubensgenossen dahier nicht ganz unbekannt, allein die wenigen Unterstützungen, welche dieser bedauerungswürdigen Familie zukamen, konnten den Mangel aller Lebensbedürfnisse kaum zum Teil befriedigen.
Da vernehmen wir
1) dass der hochherzige Gemeinderat zu Oppau dem Josef Weil eine wöchentliche Unterstützung von 3 Gulden angedeihen ließ.
2) Dass Seine Hochwürden Herr Pfarrer von Meisenzahl zu Oppau die Güte hatte, mittels eines besonderen Schreibens den großherzoglich-badischen Stadt- und Conferenz-Rabbiner Herrn Traub zu Mannheim, zu veranlassen, dass für benannten Weil nicht nur ein bedeutender Vorrat von Weißzeug und Kleidungsstücken, sondern auch eine bare Geldunterstützung

von 45 Gulden von den israelitischen Bürgern Mannheims collektirt und von dem Herrn Rabbiner Traub an Seine Hochwürden den Herrn Pfarrer von Meisenzahl zur Verfügung gestellt wurden.
Ehre und Dank für solche menschenfreundliche Bestrebungen und Leistungen! Und belohnt sich auch jede gute Handlung am schönsten durch das Bewusstsein, sie veranlasst oder selbst geübt zu haben, so ist sie nicht desto weniger würdig, zur Kenntnis des Publikums zu gelangen."

Wie in der Gesamtbevölkerung, brachten die materiell harten 1840er Jahre auch bei den Juden eine Zunahme der Auswanderung. Das war wohl der Hauptgrund für die bayerischen Behörden, 1848 eine Übersicht über Zahl, Beschäftigung und Auswanderung der pfälzischen Juden zu erstellen. Wie nicht anders zu erwarten, betätigten sich zwei Drittel von ihnen im Handel, ein Fünftel im Gewerbe; nur etwa 13 Prozent waren entweder allein im Ackerbau bzw. in Handel und Ackerbau tätig. Das Bild im Raum Ludwigshafen sah jedoch deutlich anders aus. Von den 61 erfassten Familien waren nur 27 im Handel, hingegen 23 im Gewerbe tätig und 11 lebten von der Landwirtschaft bzw. von Handel und Landwirtschaft. In Rheingönheim ergänzte trotz – oder gerade wegen? – der günstigen Verdienstmöglichkeiten die Landwirtschaft ganz offenbar entscheidend die Erwerbsstruktur. Sieben von zwölf der jüdischen Familien lebten von Handel *und* Ackerbau, davon zwei *nur* von der Landwirtschaft.[54] Die ortsansässige Familie Marx hatte schon ab 1807 im Dorf und seiner Gemarkung Grundbesitz erworben. Zusammen besaßen die Familienzweige um 1850 ungefähr 35 Tagwerk Land.[55]

Sozialstruktur der jüdischen Gemeinden/Siedlungen im Raum des heutigen Ludwigshafen 1848

Ort	Familien	Seelen	Beschäftigung				Ausw.
			Gewerbe	Handel	Landw.	Landw.+ Handel	1843—47
Edigheim	3	13	1	—	—	2	—
Mundenheim	4	12	2	2	—	—	—
Oppau	5	19	1	4	—	—	—
Rheingönheim	12	42	1	4	2	5	—
Ruchheim	37	147	18	17	2	—	9

Die durch die napoleonischen Dekrete propagierte Idee der Betätigung der Juden in der Landwirtschaft, die vor allem wohlhabende Juden gelegentlich aufgriffen, fand im Raum des heutigen Ludwigshafen neben den Rheingönheimer „Handelsleute-Bauern" weitere Vertreter. Der Mainzer Kaufmann und Bankier Clemens Bernays,[56] der sich als Lieferant der französischen Armee ein großes Vermögen erworben hatte, zog sich 1818 von den Geschäften zurück und

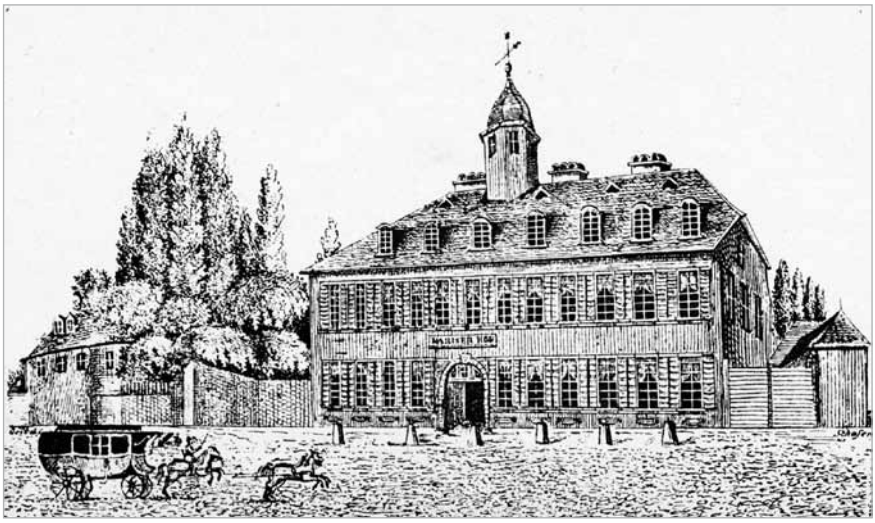


Abb. 4: Landwirtschaft als Ausweis der Loyalität wohlhabender jüdischer Mitbürger: Das ehemalige hohenhausensche Gut in Oggersheim, seit ca. 1820 Wohnsitz der Familie Bernays. Heute Haupthaus der Brauerei Mayer. Zeichnung aus der Mitte des 19. Jahrhunderts

erwarb für 27 000 Gulden ein großes Gut in Oggersheim, das einst einem adligen Mitglied des kurfürstlichen Hofs in Mannheim gehört hatte.[57] In den folgenden Jahren erweiterte Bernays seinen Besitz noch. Das prächtige Haus, zu dem zahlreiche Wirtschaftsgebäude, ein Zier- und Küchengarten sowie eine Orangerie und ein „Belvedere" gehörten, bewohnte er mit seiner Familie. In Frankenthal besaß er einen weiteren Wohnsitz.[58]

In Mundenheim kaufte der Mannheimer Handelsmann Hermann Zimmern zwei Wohnhäuser mit Küferwerkstätte und Brauerei sowie einer kleinen Landwirtschaft und wohnte etwa zwischen 1840 und 1850 im Ort. Die drei Kinder der Familie „besuchten die katholische Schule in Mundenheim, fassten als Nachbarskinder zu Pfarrer Krebs, der ein großer Kinderfreund war, Zutrauen und Verehrung und gingen auch in die katholische Kirche. Der kleine Sigmund durfte sich sogar am Dienst der Messdiener beteiligen. Wenn er dies verstohlenerweise getan hatte und nach Hause gekommen war, sollen ihm die Eltern Vorhalt gemacht haben mit den Worten: „Sigmund, du warst wieder in der Kirche, du riechst nach Weihrauch." Ernstlich arbeiteten sie jedoch der Vorliebe ihrer Kinder für den katholischen Gottesdienst nicht entgegen. Die kränkelnde Mutter, angeblich eine Rabbinertochter aus Frankfurt am Main, merkte die ernstliche Neigung der Kinder, katholisch werden zu wollen. Sie war dieser Neigung nicht entgegen, nur bat sie, dass dieselben den Schritt erst nach ihrem Tode tun sollten. Sie starb gegen 1850. Während nun der verwitwete Zimmern nach Amerika auswanderte,

kamen die Kinder wieder nach Mannheim, wo sie nacheinander katholisch wurden."[59] Sigmund Zimmern wurde Priester und Domkapitular in Speyer, eine seiner Schwestern Nonne.

Im Hause Bernays war das Interesse für die „christliche" Umwelt anscheinend von Anfang an noch erheblich größer.[60] Auf dem Oggersheimer Gut „verkehrten einige aufgeklärte gelehrte katholische Geistliche und eine Anzahl mehr oder weniger gebildeter baierischer Offiziere. Die Unterhaltungen, die gepflogen wurden, berührten alle Gegenstände des Wissenswürdigen, besonders Philosophie, Geschichte, Literatur und Kunst." Die politischen Umwälzungen der Zeit des Vormärz wurden „lebendig und kritisch besprochen."[61] Clemens Bernays hatte wohl einst mit seinem Vater und Bruder die Mainzer Jakobiner unterstützt.[62] Der Sohn Lazarus Bernays besuchte wie die Zimmern-Kinder die katholische Schule in Oggersheim. Er erhielt allerdings auch Unterricht von einem Privatlehrer. „Auf das empfängliche Gemüth des Knaben übten jedenfalls auch die reizende Landschaft, die seine Jugendheimath umgab, sowie das kunstsinnige benachbarte Mannheim, wo Theater und Konzerte fleißig besucht wurden, den merklichsten Einfluss aus." 1834, als er in Speyer das Gymnasium besuchte, wurde er auf Wunsch des Vaters protestantisch getauft und erhielt den Namen Carl Ludwig. Taufpate war ein Konsistorialrat der pfälzischen evangelischen Kirchenleitung in Speyer. Wenig später empfingen auch alle anderen Kinder von Clemens Bernays in Frankenthal die Taufe, was die Zeitung „Der Rheinbayer" als „sehr wichtigen religiösen Act" gleich auf ihrer Titelseite berichtete. Zuerst hatte man offenbar versucht, die Zeremonie bei geschlossener Kirchentür vorzunehmen. Schaulustige störten den Akt durch lautes Klopfen und wurden dann letztlich eingelassen. Carl Ludwig Bernays wurde Jurist und schon in der Zeit vor 1848 in Frankreich zum Vertreter revolutionärer Ideen. 1848 nahm er an der Wiener Märzrevolution teil und floh dann in die USA, wo er zum bekannten Publizisten wurde. Auch seine Brüder beteiligten sich teilweise an der Revolution. Alle wanderten in die USA aus.[63]

So verschwand die jüdische Präsenz in Mundenheim und Oggersheim wieder, und in den folgenden Jahrzehnten siedelten dort keine bzw. nur sehr wenige Juden. Zur selben Zeit entstand jedoch inmitten der vor allem von der Landwirtschaft dominierten Ortschaften am linksrheinischen Ufer gegenüber von Mannheim ein neuer Handelsplatz, der schon bald zu einem von Juden durchaus gesuchten Wohn- und Arbeitsort wurde.

II.
Die Juden im Raum Ludwigshafen von der Entstehung der Gemeinde Ludwigshafen bis 1870

Die Entstehung Ludwigshafens und die ersten Juden am Ort

Das weise Handeln von Regierung und Stadtverwaltung sorge dafür, dass Ludwigshafen „zur ersten Stadt Deutschlands heranblüht." [64] Die Stadt liege günstig an verschiedenen Verkehrswegen.[65] „Ludwigshafen [sei] ganz der Platz, auf welchem sich [Geschäfte] mit glücklichem Erfolg betreiben [lassen]." [66] Mit solchen zum Teil recht schmeichelhaften Worten ersuchten Juden aus Bayern und Baden die Behörden, ihnen die Ansiedlung in der neu gegründeten Gemeinde zu gestatten.

Tatsächlich bot der Ort die besten Voraussetzungen gerade für den Handel, ja war in seinem ersten Jahrzehnt vor allem ein Handelsknotenpunkt. Die ehemalige Rheinschanze Mannheims war 1814/16 Teil der bayerischen Pfalz geworden. Eine kleine Anlegestelle war entstanden, die 1820 von dem Speyerer Handelshaus Scharpf/Lichtenberger übernommen und großzügig ausgebaut wurde. Das Unternehmen wurde durch eine Reihe günstiger Umstände und technischer Innovationen befördert: in der Rheinschanze trafen aus allen Teilen der Vorderpfalz die nach Mannheim führenden Straßen zusammen; hier fand sich eine Schiffbrücke über den Fluss. Die Rheinkorrektion des badischen Ingenieurs Tulla beschleunigte die Strömung des Flusses und führte zu einer trockeneren Flussniederung, die nunmehr besser mit ordentlichen Häusern bebaut werden konnte. 1824 schuf eine Überschwemmung einen „Winterhafen", d.h. ein Hafenbecken, in dem Schiffe vor den winterlichen Eisschollen auf dem Fluss Schutz suchen konnten. Zudem ermöglichte die Strömung des Flusses leichtes Anlanden auf dem linken Rheinufer vor der Rheinschanze. Die beginnende Dampfschifffahrt auf dem Rhein vereinfachte den Transport, und der Zollverein erleichterte den Warenfluss. Da die starke Strömung des Rheins oberhalb von Mannheim und der Rheinschanze eine Barriere für die Schifffahrt darstellte, bot die Rheinschanze die besten Voraussetzungen, „zum Verteiler des Transports und Verkehrs für Südwestdeutschland links des Rheins und zum bedeutenden Umschlagplatz zwischen Land- und Wasserweg" zu werden.[67] So wurde der Endpunkt der pfälzischen Eisenbahn auch nicht in Speyer, der Hauptstadt der Pfalz, sondern in der Rheinschanze geplant. 1847 wurde die Strecke eröffnet, der Bahnhof lag direkt neben dem Winterhafen.

Bereits vier Jahre zuvor, 1843, hatte die bayerische Regierung den privaten Handelsplatz erworben, zum staatlichen Hafen gemacht und den Zuzug für weitere Einwohner gestattet. König Ludwig I. gewährte der kleinen Ansiedlung das Recht, seinen Namen zu tragen: Ludwigshafen war entstanden. Nach dem Willen des Monarchen sollte hier ein bayerisches „Trutz-Mannheim" aufblühen, eine schöne neue Stadt. Anfangs ließ sich Ludwig den Plan jedes neuen

Hauses vorlegen, um zu garantieren, dass alles „mit gutem architektonischen Style" errichtet werde. Später ließ er seine Stararchitekten Klenze und Gärtner Musterhäuser entwerfen, aus denen sich die Bauwilligen das ihnen Genehme aussuchen konnten.[68] Eine eigene Gemeinde wurde der Ort vorläufig allerdings noch nicht, blieb vielmehr zwischen den Muttergemeinden, den Dörfern Friesenheim und Mundenheim, geteilt.

Zwischen 1840 und 1845 stieg die Einwohnerzahl von 90 auf 379, bis Januar 1848 auf 575 Personen.[69] 1845 waren nur zwei jüdische Familien, der „Tabakfabrikant" Abraham Löwenthal und der „Kleiderfabrikant" Lazarus Morgenthau, mit 14 Personen ansässig.[70] Drei Jahre später stellten die „Israeliten" immerhin 13 Haushalte mit 36 Personen d.h., über sechs Prozent der Bevölkerung. Die Haushaltsvorstände waren allesamt jung – keiner über 40 Jahre – und stammten meist aus Franken bzw. der Pfalz. Acht waren Handelsleute, je einer Wirt, Schreiner, Schneider, und auch der 33-jährige Gendarmerie-Stations-Kommandant Bichmann war jüdischer Religion. Daneben hatte sich eine Mannheimer Witwe mit ihren drei Kindern in Ludwigshafen niedergelassen. Die Zusammensetzung dieser ersten „Judenschaft" der künftigen Stadt war sowohl typisch für das allgemeine Berufsprofil der Juden besonders in der Pfalz, als auch für das spätere Berufsprofil der Ludwigshafener Juden. Auch ihr Herkunftsgebiet blieb für Jahrzehnte das „Einzugsgebiet" der jüdischen Zuwanderung in die Stadt. Allerdings überwog 1848 noch das rechtsrheinische Bayern. Die ziemlich genaue behördliche Aufsicht beim jüdischen Zuzug erklärt vermutlich, dass sich unter den Juden keine Angehörigen der Unterschicht fanden. Der Grund kann freilich auch im Charakter der jungen Ansiedlung selbst liegen. Wer einen Haushalt in diesem Ort gründete, der „als Knotenpunkt einer so sehr frequentierten Eisenbahn und namentlich als Freihafen"[71] gute Chancen für den Handel bot, wurde zum Betrieb der dortigen Verkehrsanstalten – Bahn und Hafen – benötigt oder brachte ein gewisses Kapital bzw. Initiative und Durchsetzungsvermögen mit, um als Handeltreibender sein Brot zu verdienen. Auch unter den nicht-jüdischen Haushalten überwogen in den ersten Jahren Ludwigshafens besser gestellte bzw. gut ausgebildete Menschen, junge Handwerker, Kaufleute und Eisenbahnbeamte.[72] Die Unterschicht – Taglöhner und Bürodiener – trat bei den von den Statistiken erfassten selbständigen Haushalten kaum in Erscheinung. Sie „verbarg" sich im Dienstpersonal und den „Gehilfen" in den Handwerker- und Handelsbetrieben.

Revolution und Gegenrevolution

Einen deutlichen Rückschlag erlitt die Entwicklung Ludwigshafens durch die revolutionären Ereignisse der Jahre 1848 und 1849. Bereits 1848 kam es in der jungen Ansiedlung zu einigen Unruhen unter Handwerksburschen. Ihren Höhepunkt erlebte die Revolution in Ludwigshafen jedoch im Frühsommer 1849.



Abb. 5: Bombardement von Ludwigshafen, 15. Juni 1849

Nach der Ablehnung der in Frankfurt erarbeiteten Reichsverfassung und der Kaiserkrone durch den preußischen König radikalisierten sich viele enttäuschte Anhänger der Revolution. In der Pfalz und in Baden brachen Volksaufstände aus, die Pfalz proklamierte eine von Bayern unabhängige Republik. Am 10. Mai 1849 besetzten „republikanische" Truppen unter dem Wormser Freischarenführer Ludwig Blenker Ludwigshafen. Von dort aus unternahm Blenker „Feldzüge" in die Pfalz. Für die Dauer seiner Abwesenheit setzte er „Platzkommandanten" in der jungen Siedlung ein. Einer davon war der etwa 33 Jahre alte jüdische Arzt Jonas Löwenthal, ein Sohn oder Neffe des 1845 in Ludwigshafen ansässigen „Tabakfabrikanten" Abraham Löwenthal.[73] Er hatte zuvor in Oggersheim praktiziert. Bei einer großen Volksversammlung in der kleinen Stadt an Pfingsten 1848 hatte er eine scharfe Rede gehalten, die die Monarchie in Frage stellte, und seiner Initiative entsprang auch die Gründung eines „demokratischen" Vereins. Im Juni 1848 wurde Löwenthal in einem Oggersheimer Gasthaus von Soldaten schwer misshandelt, ein Akt, der wohl kaum seine Ablehnung gegenüber der bestehenden Ordnung vermindert haben dürfte. Im Herbst 1848 zog er nach Ludwigshafen. Während der revolutionären Ereignisse im Mai 1849 zeichnete er sich nach den Worten der gegen ihn später erlassenen Anklage bei der Einnahme der Siedlung durch die Freischärler besonders aus,[74] nahm an militärischen Aktionen gegen benachbarte Orte teil, war an „der Verleitung der [in Ludwigshafen stationierten] Soldaten [zur Teilnahme an der Revolution] und der Verhaftung ihrer Offiziere"

maßgeblich beteiligt, verlangte Versorgungsleistungen für die Truppen und verteilte revolutionäre Pamphlete. Er sei „eine feurigste Triebfeder gegen die Regentenhäupter" gewesen. Damit war er einer der gar nicht so wenigen pfälzischen Juden, die sich auf der Seite der Revolution exponierten. In ihrer Masse waren die „Israeliten" abwartend bis kritisch, in „abwartender Passivität", fürchteten sie doch nicht zu Unrecht antisemitische Ausschreitungen in Zeiten des revolutionären Zusammenbruchs der Ordnung. In der Pfalz ist es jedoch zu keinen solchen Übergriffen gekommen.[75]

Am 15. Juni 1849 rückten preußische Truppen in Ludwigshafen ein. Die Freischärler flüchteten über die Schiffbrücke nach Mannheim. Dort herrschten noch die badischen Republikaner. Als sich die preußischen Truppen bereits anschickten, Ludwigshafen nach seiner Einnahme zu verlassen „und bayerisches Militär zur Sicherung des Rheinüberganges nachrückte, wurde entgegen der Anweisung der badischen Revolutionsregierung von Mannheim aus auf Ludwigshafen heftiger Artilleriebeschuss eröffnet, den die Freischärler vier Tage lang bis zum 18. Juni ununterbrochen fortsetzten. Hauptziel des Geschützfeuers waren die Lager- und Zollgebäude im Hafenbereich, die infolge Dauerbeschießung und mangels Löschpersonals fast sämtlich zerstört wurden. Weiterer schwerer Sachschaden entstand, weil die eingelagerten Handelsgüter ebenfalls ein Raub der Flammen wurden. Auch die Eisenbahnanlagen blieben nicht verschont. Bereits während des Bombardements kam in der Siedlung das Gerücht auf, der Artillerieangriff sei auf Veranlassung einiger Mannheimer Handels- und Speditionsfirmen erfolgt, um die linksrheinische Konkurrenz zumindest längerfristig oder sogar endgültig auszuschalten. Wenn ein stichhaltiger Beweis für diese Behauptung auch niemals erbracht werden konnte, so steht doch fest, dass sich verschiedene Unternehmen in der badischen Handelsstadt die Katastrophe, von der Ludwigshafen betroffen war, zunutze machten, indem sie gegenüber auswärtigen Geschäftspartnern den Eindruck erweckten, dass Ludwigshafen seine bisherige Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt und Handelsplatz niemals wiedererlangen werde. Zwar war diese Perspektive der angerichteten Schäden übertrieben, indessen kann nicht bestritten werden, dass die Siedlung einen herben Rückschlag erlitten hatte."[76] Jonas Löwenthal war mit anderen Revolutionären längst geflohen. Über die Schweiz, wohin auch offenbar Teile seiner Familie[77] übersiedelten, gelangte er in die USA. In Abwesenheit wurde er zum Tode verurteilt – die bayerische Justiz verhängte mit einer Ausnahme nur gegen Geflohene solche schweren Strafen, zeigte sich ansonsten eher milde.[78]

In der verwüsteten Siedlung brach im Sommer 1849 auch noch die Cholera aus, die sich von Mannheim aus über den Rhein verbreitete. Zur medizinischen Versorgung der bayerischen Truppen am Ort erschien ein weiterer „Israelit" in Ludwigshafen: der Arzt Dr. Simon (oder auch Simson) Gutherz.[79] Geboren 1823

im badischen Hilsbach bei Sinsheim, kam er mit seinen Eltern nach Speyer. Als Stipendiat des bayerischen Königs absolvierte er 1847 sein Medizinstudium in Würzburg. Gutherz schien es in Ludwigshafen zu gefallen, im November 1849 ließ er sich nach der Auflösung des Choleraspitals als damals einziger und in der jungen Geschichte des Orts zweiter praktischer Arzt dort nieder. Seit 1851 war Gutherz Mitglied der „Hospitalkommission", die die „Krankenanstalt" für die Minderbemittelten des Orts verwaltete, und wirkte gegen eine jährliche Entschädigung von 200 Gulden als Armenarzt.

Stürmische Entwicklung mit Hindernissen: Jüdische Ansiedlung in Ludwigshafen

Die revolutionären Ereignisse trieben viele Einwohner Ludwigshafens in die Flucht: im Dezember 1849 lebten im Ort nur noch 390 Personen. Fast alle jüdischen Einwohner verließen Ludwigshafen und tauchten nie mehr in den Bevölkerungszählungen auf. Aron Rosenfelder, der ein Kurz- und Modewarengeschäft betrieb, war anscheinend der einzige Jude, dem es gelang, sein Unternehmen durch die revolutionäre Periode zu erhalten.[80] Auch die Familie Morgenthau scheint ausgeharrt zu haben. Der Zigarrenfabrikant Abraham Selinger, der 1848 die junge Ansiedlung angeblich wegen des dortigen Wohnungsmangels verlassen hatte, kehrte 1852 zurück.[81]

In diesem Jahr begann Ludwigshafens eigenständige Existenz. Großzügige Entschädigungen für die durch den Beschuss der Siedlung erlittenen Schäden und der rasche und verbesserte Wiederaufbau der Hafenanlagen hatten für eine erstaunlich schnelle Erholung des „Trutz-Mannheim" gesorgt. Am 27. Dezember 1852 genehmigte König Maximilian II. die Bildung einer selbständigen Gemeinde. Die Bevölkerungszählung im Juni 1852 hatte 1520 Menschen auf der ganzen, auch einige Bauernhöfe umfassenden Gemarkung ergeben. In der eigentlichen Handelsniederlassung lebten 1348 Personen. Nur fünf Haushalte mit 13 Familienmitgliedern und sieben Dienstboten und Gehilfen waren jüdisch, nicht mehr als 1,5% der Einwohnerschaft des „Kernortes."

Ludwigshafen wurde zum Erfolg. Bis 1861 verdoppelte sich die Einwohnerschaft auf 3126 Menschen – und noch erheblich stärker wuchs die jüdische Gemeinschaft. 198 Juden lebten 1861 im 1859 zur Stadt erhobenen Ludwigshafen, d.h., sie stellten 6,3% der Bevölkerung.

Diese Entwicklung ist umso bemerkenswerter, als die Bedingungen für den jüdischen Zuzug nicht unbedingt optimal waren. Trotz formaler „Judenemanzipation" herrschte in den Behörden immer noch ein teils offener, teils unterschwelliger Antisemitismus. Und auch in der Bevölkerung stand nicht alles zum Besten. 1857 schrieb der Volkskundler Wilhelm Heinrich Riehl über die Pfälzer: „Wenn der gemeine Mann hier theoretisch auch noch so tolerant ist, so hält er sich doch – wie überall in Deutschland – im Stillen für etwas viel

Besseres als den vornehmsten Hebräer; die Zeugnisse alter Judenverachtung in Volkssprüchen […] sind noch in vollem Glanz lebendig, und derselbe Mann, welcher dem toten Juden mit Freuden ein Grab neben seinem eigenen gönnt, sagt darum noch immer von jeder ungesalzenen Suppe: ‚Sie schmeckt wie ein toter Jude.'" [82]

Die Stadtverwaltung war bei den in der Regel relativ vermögenden jüdischen Zuwanderern sehr geneigt, ihnen fürs erste den zeitweiligen Aufenthalt zu gestatten und bedrängte sie geradezu, danach recht bald das Bürgerrecht zu erwerben. Das ziemlich hohe „Bürgereinzugsgeld" war eine wichtige Einnahmequelle für die junge Gemeinde, die über keinen alten Besitz verfügte.[83]

Bürger waren damals keineswegs alle Einwohner, sondern nur diejenigen, die dieses Privileg kauften bzw. es erhielten, wenn sie eine stattliche Zahl von Jahren ohne Inanspruchnahme der Armenfürsorge selbständig in der Stadt gelebt hatten; Menschen, die arm und immer wieder arbeitslos waren und so wahrscheinlich die städtische Armenkasse belasten konnten, suchte die Stadt nach Möglichkeit vom Bürgerrecht fernzuhalten. Nichtbürger musste die Armenhilfe nur kurze Zeit unterstützen und konnte sie dann in ihre Heimatorte abschieben.

Die Juden waren am Bürgerrecht interessiert, bewarben sich – im Gegensatz zu vielen nichtjüdischen Wohlhabenden, die die Stadt ebenso bedrängte – in der Regel sogar freiwillig darum.[84] Hier wirkte wohl noch die Erinnerung an die langen Jahrhunderte ungesicherter bzw. minderberechtigter Existenz im christlichen Europa nach. Für ein Rechtssicherheit verleihendes Dokument waren sie bereit, Summen zwischen 200 Gulden für rechtsrheinische Bayern und 260 Gulden für „Ausländer" zu zahlen, zu denen die Stadt oft noch „Spenden" für die Armenkasse forderte. Ein Bahnhofsportier verdiente damals etwa 440 Gulden jährlich, was einen Eindruck von der Größe der geforderten Zahlung gibt.[85] Einer der seltenen Proteste eines Juden gegen den geforderten Bürgerrechtserwerb war der des Landauers Alex Feibelmann, der in Ludwigshafen eine Hanfhandlung begonnen hatte. Hier gab die vorgesetzte Behörde dem Protest statt: die Art und Weise seiner Beschäftigung und der „Mangel an förmlicher Geschäftseinrichtung" erlaube begründete Zweifel an der Dauer seines Aufenthalts.[86]

Der Erwerb des Bürgerrechts durch die Juden war jedoch durch das Fortbestehen der napoleonischen Bestimmungen nicht ohne Probleme. Zwar konnten sich Pfälzer Juden frei in der jungen Stadt niederlassen. Nicht-pfälzische Juden aber durften sich wie erwähnt nur mit einer speziellen königlichen Dispens in der Pfalz als nicht landwirtschaftlich Tätige niederlassen. Auch Zuwanderer aus dem rechtsrheinischen Bayern waren von diesen Beschränkungen betroffen. Die nichtpfälzischen Juden, die das Bürgerrecht in Ludwigshafen erwerben wollten, stießen mit ihrem Wunsch ausnahmslos an die gesetzlichen Schranken. Und so verfassten sie umfangreiche Bittschriften an den König, die natürlich nicht vom Monarchen persönlich, sondern dem Innenministerium erledigt wurden.

Dennoch begannen sie alle ähnlich wie die des Moses Frank aus dem damals preußischen Kreuznach. Der Bittsteller „wagt es hiermit demutsvollest, vor die erhabenen Stufen des Thrones Eurer Königlichen Majestät zu treten und folgendes alleruntertänigst vorzutragen …" [87]

Der größte Teil der Bewerber erhielt die nötige Dispens – aber oft erst nach Jahren. In vielen Fällen forderten die Behörden erst die Zusage, dass der einzugswillige Jude in Ludwigshafen ein Grundstück erwerben und ein Haus bauen wolle. Wieder und wieder wurden Vermögensunterlagen verlangt. So wurde Max Lippmann, später einer der reichsten Großhändler der Stadt, gezwungen, sein Vermögen durch christliche Stadträte schätzen zu lassen. Die beurkundeten 12 000 Gulden erschienen den Behörden als zu wenig für seine geplanten Metall- und Drogeriewarenhandlung. Er sollte auch Belege über die Mittel seiner Eltern beibringen. Die waren offensichtlich wohlhabend, doch war diese allgemeine Versicherung den Behörden erneut nicht gut genug. Eine genaue behördliche Ermittlung wurde verlangt, die aber nicht vollzogen werden konnte, da für einen solchen Rechtsakt die Zustimmung aller Geschwister Lippmanns nötig gewesen wäre. Einige von ihnen lebten jedoch in den USA und waren nicht zu erreichen. Das zähe Ringen um den Vermögensnachweis zog sich Jahre hin. Letztlich aber wurde Lippmann Bürger.[88]

Im Jahrzehnt nach der Revolution von 1848/49 war es unbedingt erforderlich, seine Loyalität gegenüber der Monarchie zu betonen. Polizeiliche Zeugnisse mussten beweisen, dass man an den „Umsturzereignissen" unbeteiligt gewesen war. Die Stadtverwaltung bzw. der örtliche Handelsrat steuerten Gutachten bei, die hervorhoben, dass der Bittsteller „sowohl in politischer wie moralischer Beziehung vorwurfsfrei",[89] ein „friedlicher, fleißiger Mann" oder auch „ein rühriger, fleißiger, sparsamer und gewandter Geschäftsmann" [90] sei. Wiederholt betonten die Stadtväter, dass das geplante Gewerbe – etwa Max Lippmanns Handel mit „Metall-, Farb- und Ingenieurwaren" – für die Entwicklung von Industrie und Handwerk der Stadt „nützlich" sei. Aus dem gleichen Grund befürworteten sie das Gesuch des Abraham Oppenheimer: in Ludwigshafen gebe es noch kein Kurzwarengeschäft, wie er es eröffnen wolle. Im Falle des Weinhändlers Emil Morgenroth verwies der Stadtrat schlicht auf die Tatsache, dass „Leute von Vermögen zur Hebung des hiesigen Platzes beitragen."[91]

Immer wieder betonten die Juden selbst in ihren Bittschriften, dass der Sinn der napoleonischen Gesetzgebung doch nur darin liegen könne, Wucherer aus dem Land zu halten. Man beschäftige sich mit ordentlichem Gewerbe und nicht mit Geldgeschäften. Hier wurde versucht, die latenten antisemitischen Ressentiments von vorne herein zu entkräften. Sie waren gerade in den Jahren 1852 bis 1854 durch eine Welle von „Wucherprozessen" in der Pfalz, in die viele jüdische – aber eben auch nicht-jüdische – Kleinhändler und Kreditgeber verstrickt waren, stark angefacht worden.[92] Bemerkenswert bleibt, dass der Pirmasenser

Jude Jakob Deutschmann, der in seiner Heimat wegen Wuchers zu einer Strafe von 500 Gulden, eine enorme Summe, verurteilt worden war, dennoch das Bürgerrecht erhielt, weil er in Ludwigshafen ganz tadellos lebte. Auch der aus Winnweiler stammende Mayer Thalmann, der eine Eisenwarenhandlung betrieb, erlangte das Bürgerrecht, obwohl in diesem Fall die Stadtverwaltung ihr Misstrauen erkennen ließ: immerhin sei er der Sohn und Schwiegersohn von pfalzbekannten Wucherern.[93] Auch war er offenbar in die Ereignisse der Revolution von 1849 in seinem Heimatbezirk verwickelt gewesen.[94] Thalmann und Deutschmann hatten sich als Pfälzer Juden zwar frei in Ludwigshafen niederlassen können. Die Gewährung des Bürgerrechts und damit die Aufwertung vom Einwohner zum Bürger hatte aber im Ermessen der Verwaltung gelegen, deren letztliche Entscheidung offenbar vom Wucherverdacht nicht so beeinflusst wurde, wie manche Juden glaubten.

Besonders weit in seiner Anpassung an die vermutete judenkritische Mentalität der Behörden ging der Uhrmacher Jakob Löwe, indem er seine Abscheu vor der „von seinem Glaubensgenossen gewöhnlich gewählten Beschäftigung" d.h., allgemein Handel und Geld, in beredten Worten hervorhob.[95] Deshalb habe er seine Eltern bewegt, ihn ein ordentliches Handwerk lernen zu lassen – wobei die von ihm gewählte Uhrmacherei unter Juden durchaus beliebt war. Die Behörden zeigten sich angetan und gewährten Löwe die Dispens recht schnell, obgleich er kein großes Vermögen nachweisen konnte.

Dem ebenfalls nicht sehr vermögenden Aron Rosenfelder, dessen Geschick und Solidität die Stadtverwaltung lobte, wurde demgegenüber die Dispens verweigert. Rosenfelder wagte es daraufhin, den Behörden offen vorzuwerfen, dass die Weigerung nur darin gründe, „weil ich Jude bin", und drohte mit dem Wegzug. Die pfälzische Regierung beauftragte daraufhin das Landkommissariat, d.h. die Landkreisverwaltung, mit einem Gutachten. Diese nutzte die Gelegenheit, um „darauf aufmerksam zu machen, dass in einer im Entstehen begriffenen Stadt, die sich durch Handel und Gewerbe heben soll, die unbedingte Ausschließung der Israeliten von der Ansässigmachung daselbst nicht zweckentsprechend scheint. So wenig die Niederlassung der Israeliten begünstigt, sowenig sollten ordentliche und von der Bürgerschaft als solche bekannte Israeliten von dieser Wohltat ausgeschlossen werden. Die Behörde wird nur Gesuche solcher Israeliten befürworten, die schon längere Zeit in Ludwigshafen wohnen und deren Vermögens- und Handelsverhältnisse eine gewisse Garantie bieten."[96]

Handelsleute aus Franken und der Pfalz: die Struktur der frühen jüdischen Gemeinde

Fast alle in der ersten Steuerliste der jüdischen Gemeinde aus dem März des Jahres 1855 genannten 25 Haushaltsvorstände erlangten das Bürgerrecht. Ausnahmen bildeten vermutlich nur diejenigen, die recht schnell wieder aus der



Julius Goldschmit

in

Ludwigshafen am Rhein.



Julius Goldschmit & Cie.
in
Mannheim
C. 7 Nr. 15.

Julius Goldschmit
in
Aschaffenburg
Betgasse 130.

Julius Goldschmit



General-Agent
für das
Königreich Bayern
in



Ludwigshafen a. Rh.

Deutsch-Amerikanisches Passagier-, Wechsel- und Speditions-Geschäft.

Güter- und Paket-Beförderung

direct und durch die North Atlantic Express Company in New-York (als alleiniger Vertreter).

Amerikanisches Gold und Wechsel

auf alle Handelsplätze der Vereinigten Staaten von Amerika durch mein Haus, die Herren Lassing, Wies & Comp. (office near City Hall), in New-York, billigst.

General-Agentur

der Westdeutschen Versicherungs-Actienbank, Feuerversicherungs-Gesellschaft in Essen; der Preussischen Lebensversicherungs-Actien-Gesellschaft in Berlin; der k. k. priv. Azienda Assicuratrice Transportversicherungs-Gesellschaft in Triest.

Abb. 6: Der umtriebige Julius Goldschmit, einer der frühen und erfolgreichen jüdischen Bürger der Stadt, wirbt hier im Ludwigshafener Adressbuch des Jahres 1874 als Agent für diverse Versicherungs-, Auswanderungs- und Speditionsunternehmen.

Stadt fortzogen. Von den 21, deren Herkunft sich ermitteln ließ, stammten je acht aus Franken bzw. der Pfalz, vermutlich drei aus Bayerisch Schwaben und je einer aus Kreuznach und Württemberg. Immer noch war also Franken mit seiner großen jüdischen Bevölkerung wichtig. Die Pfalz und die ihr benachbarten Regionen aber begannen als natürliches Zuzugsgebiet aufzuholen.

Das Berufsprofil blieb im Wesentlichen stabil.[97] Ein „Rentier", d.h. von seinem Kapital ohne Arbeit lebender ehemaliger Kaufmann, ein Arzt und ein Uhrmacher bildeten die Gruppe vorläufig noch sehr seltener Beschäftigungen unter den Juden der Stadt. Die von den pfälzischen Juden seit dem frühen 19. Jahrhundert wahrgenommene Aufgabe als „Vermarkter" pfälzischer Agrarerzeugnisse war hingegen auch in Ludwigshafen stark vertreten. Drei Weinhändler, drei Zigarrenhändler bzw. -fabrikanten, zwei Frucht- (d.h. Getreide-) bzw. auch Kolonialwaren-Großhändler, ein Hopfen- und ein Holzhändler finden sich in der Liste. Daneben verdienten fünf Handelsleute mit dem Verkauf von Textilien bzw. „Modewaren" und Leder ihren Lebensunterhalt, mindestens zwei davon im Großhandel. Zwei Haushaltsvorstände waren „Spediteure." Ein jüdischer Einwohner wurde als „Spezereihändler" bezeichnet. Der wachsenden Bedeutung der Stadt als Standort von – vor allem – chemischer Industrie trugen die Metall- bzw. Eisenhandlungen von Mayer Thalmann und Heinrich Stern sowie die Eisen- und Drogeriewarenhandlung von Max Lippmann Rechnung. Der aus Würzburg stammende Lippmann, der 1855 auch die Verwaltung der staatlichen Salzverteilungsstelle in Ludwigshafen erhielt, baute die Firma zielstrebig aus; 1862 trat Franz Philipp Biernbaum als Teilhaber ein. Seitdem hieß das Unternehmen Lippmann & Biernbaum.[98] Auch die im Herbst 1855 gegründete Hopfengroßhandlung Neuberger & Landecker – die Familie Neuberger stammte aus Ruchheim, die 1856 gegründete Eisengroßhandlung des aus Bühl in Baden stammenden Wolf Netter, die 1858/61 entstandene Getreidegroßhandlung der aus den vorderpfälzischen Orten Lambsheim bzw. Ingenheim stammenden Kaufleute Bernhard Weingart und Baudoin Kaufmann und die 1864 von den Lambsheimer Brüdern Jakob und Isaak Wolff ins Leben gerufene Kaffeegroßhandlung I. Wolff & Co. entwickelten sich zu den größten einschlägigen Unternehmen Ludwigshafens.

Über vier Fünftel der Juden der Stadt waren 1855 im Handel tätig. Dies entsprach zu dieser Zeit noch dem vorherrschenden Charakter Ludwigshafens. An der Frühindustrialisierung der Stadt, die sich bis 1870 zu einem der führenden Chemiestandorte Deutschlands entwickelte, hatte nur ein Jude direkten Anteil: der 1807 im pfälzischen Groß-Bockenheim geborene Jakob Levino,[99] ein Weinhändler, gründete 1855 eine kleine „chemische Fabrik zur Bereitung chemischer Erzeugnisse, namentlich der in der Kattun- und Samtfärberei nötigen Weinsteinsäure, […] die einzige derartige Anstalt in der Pfalz."[100] Als fachliche Hilfe zog Levino einen jungen Chemiker hinzu, mit dem er offenbar zu zweit und

ohne jede weitere technische Ausstattung sein Unternehmen betrieb. Nach drei Jahren gab er auf, da er „in vielen technischen und chemischen Behandlungen ratlos sitzen" geblieben sei, wie der Käufer des Betriebs, die Pforzheimer Firma Benckiser, in einem Schreiben an die Bezirksregierung feststellte. Benckiser verlegte bald ihren Hauptsitz nach Ludwigshafen und ist bis heute die zweitgrößte Ludwigshafener Chemiefirma. Levino zog ins badische Mannheim, was er sich 1863 ganz offiziell durch die „Entlassung aus der bayerischen Staatsbürgerschaft" bestätigen ließ.[101] Auch die Entstehung der BASF, der „Badischen Anilin- und Sodafabrik", die 1865 ihre Pforten in Ludwigshafen öffnete, ist jüdischer Mithilfe zu verdanken. Doch war es vor allem das Mannheimer Bankhaus Ladenburg, das die Finanzierung sicherte. Seligmann Ladenburg amtierte bis zu seinem Tod 1873 als „Verwaltungsratsvorsitzender" und hatte großen Einfluss auf die frühe Entwicklung des Werks. Sein Sohn Karl war von 1873 bis 1909 Mitglied bzw. Vorsitzender des Aufsichtsrats. „Die Familie Ladenburg hatte Interessen, die weit über das Bankfach hinausgingen."[102] Die BASF sollte ja ursprünglich in Mannheim errichtet werden. Konkurrenzneid sorgte dafür, dass die Gründer auch Kontakte auf das linke, bayerische Rheinufer knüpften und nach der Ablehnung der Niederlassung in Mannheim sofort in Ludwigshafen handelseinig wurden (siehe den Abschnitt „Juden in der BASF", S. 182).

Die Gründung einer jüdischen Kultusgemeinde

Im Januar 1855, kaum zwei Jahre nach der Gemeindegründung, richteten der Eisengroßhändler Mayer Thalmann und weitere führende Vertreter der damals wohl ca. 80 in Ludwigshafen lebenden Juden einen Antrag zur „Gründung einer israelitischen Kultusgemeinde zu Ludwigshafen" an die bayerische Regierung in Speyer.[103] Nach den Bestimmungen einer königlichen Verordnung vom 27. Januar 1854 war die Bildung einer israelitischen Gemeinde genehmigungsfähig, wenn eine ausreichende Anzahl von Familienhäuptern vorhanden war, die die Kultusausgaben bestreiten konnte. Zur Führung der Geschäfte der Gemeinde war ein aus drei Mitgliedern bestehender Synagogenausschuss zu wählen, der aus seiner Mitte einen Vorstand bestimmte. Gewählt wurde der Ausschuss von zwölf durch die Staatsbehörde bestimmten wohlhabenden Juden aus der Gemeinde. Beim späteren Ausscheiden von Mitgliedern bestimmten dann die verbleibenden einen Nachfolger; die übrigen Gemeindemitglieder hatten also kein Wahlrecht! Der Synagogenausschuss hatte die Gemeindemitglieder alle fünf Jahre in Steuerklassen zur Erhebung der Kultusbeiträge einzuteilen. Mit den Kultusbeiträgen waren die Gemeindeausgaben zu bezahlen. Von jedem neu Hinzugezogenen oder Einheiratenden, der automatisch Mitglied der Gemeinde wurde, konnten Einzugs- und Eintrittsgelder erhoben werden; für die Synagogensitze war eine jährliche Miete von fünf Gulden fällig.[104]

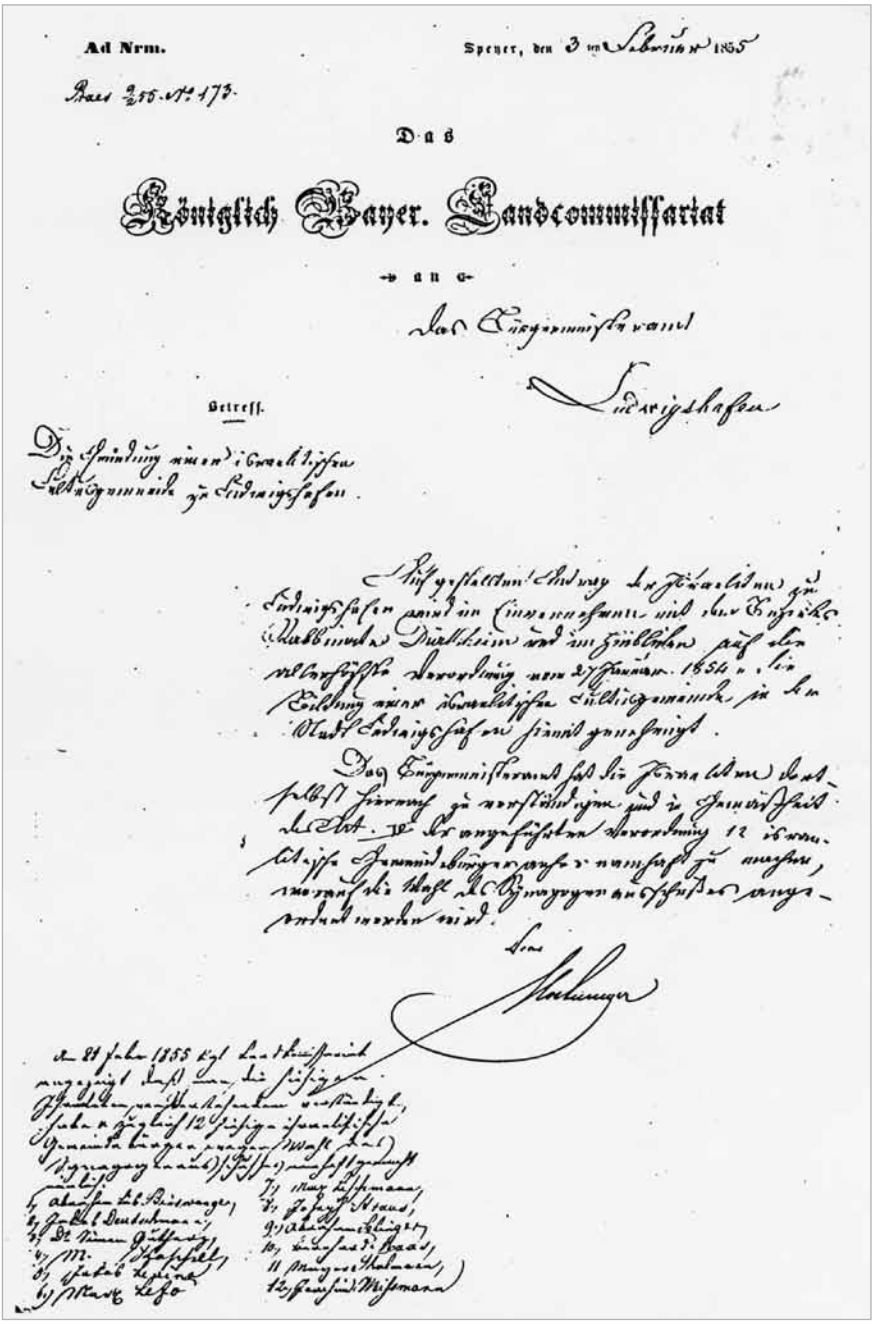


Abb. 7: Schreiben des Königlichen Landkommissariats Speyer betreffend die Bildung einer jüdischen Kultusgemeinde in Ludwigshafen vom 3. Februar 1855 mit Notiz zur Auswahl der zwölf für die Bestimmung des Synagogenausschusses nötigen wohlhabenden jüdischen Bürger.

Die Genehmigung zur Gemeindegründung in Ludwigshafen datiert vom 3. Februar 1855.[105] Das Königlich Bayerische Landkommissariat teilte dem Bürgermeisteramt Ludwigshafen mit: „Auf gestellten Antrag der Israeliten zu Ludwigshafen wird im Einvernehmen mit dem Bezirks-Rabbinate Dürkheim [zu dem die neue Gemeinde gehörte] und im Hinblicke auf die allerhöchste Verordnung vom 27. Januar 1854 die Bildung einer israelitischen Cultusgemeinde in der Stadt Ludwigshafen hiermit genehmigt. Das Bürgermeisteramt hat die Israeliten dort selbst zu verständigen und in Gemäßheit des Art. IV der angeführten Verordnung 12 israelitische Gemeindebürger anhier namhaft zu machen, worauf die Wahl des Synagogenausschusses angeordnet werden wird." Bezeichnend für die Bedeutung und die Perspektive der jungen Gemeinde ist, dass sogar die Speyerer Regierung Ludwigshafen schon 1855 als „Stadt" anspricht, obwohl die Stadtrechte erst 1859 verliehen wurden.

Am 21. Februar vermeldete das Bürgermeisteramt dem Landkommissariat „dass man die hiesigen Israeliten von Vorstehendem verständigt habe, zugleich 12 hiesige israelitische Gemeindebürger wegen Wahl des Synagogenausschusses namhaft gemacht" habe. Der Februar 1855 ist also der Gründungsmonat der israelitischen Gemeinde in Ludwigshafen. Der erste Synagogenausschuss wurde von Mayer Thalmann als Vorstand sowie Dr. Simon Gutherz und Abraham Selinger als Beisitzern gebildet.

Am 11. März versammelte sich erstmals der Synagogenausschuss und legte eine Steuerliste an, der wir den oben schon ausgewerteten ersten Überblick über die jüdische Gemeinde in Ludwigshafen verdanken. Aufgeführt sind die Steuerklasse sowie Name und Beruf des Gemeindemitglieds. Zusätzlich ist meistens die Zahl der Familienmitglieder angegeben. Die höchste Steuerklasse blieb in Ludwigshafen unbesetzt. Von Steuerklasse II bis VII waren fünfeinhalb, drei, zwei, eineinhalb, ein sowie ein halber Gulden zu zahlen. Nur Jakob Levino gehörte der höchsten Steuerklasse in Ludwigshafen, d.h. der zweiten, an. Je vier Familienhäupter fanden sich in Klasse 3 und 4, neun in Klasse 5, zwei in Klasse 6 und fünf in Klasse 7. Von den zwölf Wählern des Synagogenrats waren einer in Klasse 2, zwei in Klasse 3, drei in Klasse 4, vier in Klasse 5 und nur je einer in den Klassen 6 und 7 zu finden gewesen. Hier hatte man also ganz im Sinn der königlichen Verordnung die Bessergestellten deutlich bevorzugt.

Nach Gründung der Gemeinde galt es für die notwendigen Gemeindeeinrichtungen zu sorgen.[106] Die älteste war die Schule.[107] Bereits 1855 waren sich die Gemeindemitglieder einig, dass neben den beiden damals bestehenden Konfessionsschulen in Ludwigshafen auch eine israelitische Elementarschule, der heutigen Grundschule vergleichbar, eingerichtet werden sollte. Als Lehrer wurde am 1. November 1856 Carl Jakob aus Böhl eingestellt, die Ludwigshafener Ortsschulkommission stimmte unter der Voraussetzung zu, „dass die israelitische Gemeinde denselben aus eigenen Mitteln besolde." Dies geschah zunächst mit

400 Gulden jährlich, dazu wurde ihm freie Wohnung gewährt und 70 Gulden für seinen Vorbeterdienst beim Gottesdienst.

Problematischer war es, einen Raum für die Schule zu finden. Zunächst hatte man zwei Stockwerke im „Henkelschen Haus" in der heutigen Kaiser-Wilhelm-Straße angemietet, das zugleich auch Räumlichkeiten für eine Lehrerwohnung bot. Die Ortsschulkommission urteilte: „Das Haus steht in einem gesunden Theile der Stadt, der Eingang ist bequem, das Unterrichtslokal befindet sich im zweiten, die Lehrerwohnung im dritten Stocke, alles entsprechend geräumig und ersteres ist auch bereits schon mit den nothwendigen Tischen und Stühlen für die gegenwärtige Kinderzahl versehen, so dass der Unterricht sofort beginnen kann."

Dies klang alles gut, aber aus unbekannten Gründen musste das „Henkelsche Haus" schon bald wieder verlassen werden, ohne dass sich in den nächsten Jahren ein fester Platz einrichten ließ. Der Synagogenausschuss beklagte sich gegenüber der Stadtverwaltung im Jahre 1863, dass sich die Schule „jetzt schon im 5. Lokale" befinde – sie muss also fast jedes Jahr umgezogen sein. Der Hinterbau des Bäckers Chormann erwies sich 1859 für die damals 19 Schüler als „zu klein, ungeeignet und ungesund." Kein Wunder, denn die Schule lag genau über dem Backofen. Wenn der Bäcker anheizte, mussten die Kinder die Schule verlassen.

Im Oktober 1855 hatte eine Gemeindeversammlung der Juden festgelegt, dass dann, wenn die Einkünfte der Gemeinde die Kosten für Lehrer und Schule um 200 Gulden überstiegen, „Gottesdienst ein[zu]richten" sei.[108] Die Funktion des Vorbeters wurde, wie bereits erwähnt, in den ersten Jahren dem israelitischen Lehrer übertragen. Als Provisorium für eine Synagoge diente zunächst ein angemieteter Raum im so genannten „Brug'schen Haus" in der Ludwigstraße 4, danach zwei Zimmer im zweiten Stock des Hintergebäudes im Stadthaus in der heutigen Ludwigstraße.

Bald plante die wachsende Gemeinde einen Neubau, für den sie einen Platz nahe der im Bau befindlichen Ludwigskirche ins Auge fasste.[109] Den Kaufvertrag des Synagogenausschusses vom 4. Oktober 1858 leitete das Landkommissariat in Speyer an die „Kammer des Innern" der dortigen Regierung mit der Empfehlung weiter: „Der Platz erscheint als höchst geeignet, indem dessen Lage bei der einstigen Vergrößerung Ludwigshafens so ziemlich in Mitte des frequentierten Teils sein wird. Der Bau selbst, bei dem natürlich möglichst ästhetische Rücksichten in Gestaltung zu bringen sein werden, wird mit der in der Nähe entstehenden katholischen Kirche eine Zierde des Platzes werden." Die Kammer des Innern lehnte dennoch am 30. Oktober 1858 ziemlich brüsk mit der Begründung ab, „dass der der katholischen Kirche gegenüber gewählte Bauplatz für eine Synagoge zu Ludwigshafen nicht für angemessen erachtet wird."[110] Deutlich klingen hier religiöse Vorbehalte der katholisch-bayerischen Behörde an. Das Projekt war damit gescheitert.

Nunmehr wurde eine neue, bescheidenere Möglichkeit erwogen. Da sich seit 1858 eine evangelische und eine katholische Kirche in Ludwigshafen im Bau befanden, war klar, dass das 1854 eingeweihte „simultane", d.h. von beiden Konfessionen genutzte Bethaus in absehbarer Zeit frei werden würde. Dieses Gebäude wollte die jüdische Gemeinde als Synagoge erwerben. Lazarus Morgenthau, einer der ersten in Ludwigshafen ansässigen Juden, wandte sich 1859, obwohl damals offenbar schon in Mannheim ansässig, an die beiden Kirchen und bot die Stiftung je eines Opferstocks an. Beide Gaben waren als Dank an die christlichen Mitarbeiter seines Unternehmens gedacht, standen aber vermutlich auch im Zusammenhang mit den Synagogenplänen. Die Kirchen dankten, waren aber weniger an Opferstöcken interessiert. So schenkte Morgenthau der protestantischen Kirche entsprechend ihrem Wunsch eine nach seiner Frau „Babette" genannte Glocke im Wert von 436 Gulden. Nach Morgenthaus Wunsch trug sie eine Inschrift, die auf ihn als „ersten israelitischen Bürger bei Entstehung der Stadt Ludwigshafen" hinwies. Der Ludwigskirche finanzierte er eines ihrer Seitenportale, das fortan von der Gedenkplatte „Posta fundata a Lazaro Morgenthau" geziert wurde. Morgenthau, der seinen Stolz auf die Mitgründung von Ludwigshafen so deutlich dokumentierte, war 1815 in Unterfranken geboren worden. Ein eher unstetes Leben hatte ihn an verschiedene Orte geführt. Nach Ludwigshafen zog er offenbar von Würzburg. Hier betrieb er Kleiderhandel, später Zigarrenherstellung. 1860 gründete er mit seinem Bruder eine Zigarrenfabrik in Mannheim, die schon einen Vertrieb in New York eröffnete. Nach dem amerikanischen Bürgerkrieg wanderte er 1866 in die USA aus, wo er 1897 starb. Sein Enkel ist der amerikanische Finanzminister Henry Morgenthau, der Schöpfer des berüchtigten, aber nie umgesetzten „Morgenthau-Plans" zur Deindustrialisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.[111] Bis in die NS-Zeit bezeugten die Stiftungen Morgenthaus die Gewandtheit, vielleicht gar Freundlichkeit, die im Umgang von Christen und Juden im jungen Ludwigshafen eben auch möglich war.

Das traurige Lied von einer Glocke[112]
Die „Babette" läutete in drei Kirchen und wurde eingeschmolzen
(Rainer Klein)

Dies ist eine Geschichte, die so fröhlich beginnt und die traurig endet. Sie zeigt auch, wie wenig Geschichtsbewusstsein Ludwigshafener nach dem Kriege hatten, als sie die so symbolträchtige Glocke von Lazarus Morgenthau einschmelzen ließen. Und dieses Lied von der Glocke klingt fast durch ein ganzes Jahrhundert und rührt uns heute tief an.

Im Jahr 1860 also hat der israelitische Fabrikant der Lutherkirche neben der Synagoge diese Glocke gestiftet. Deren Stationen hat der Glockensachverständige Volker Müller aus Maxdorf genau nachverfolgen können.

In der berühmten Zweibrücker Gießerei Lindemann hat diese sozusagen das Licht der Welt erblickt. Als einzige übersteht sie den Ersten Weltkrieg und ruft die Gläubigen bis zum Jahre 1922 in den Gottesdienst in die Lutherkirche. In diesem Jahr wird ein neues Geläut für dieses Gotteshaus beschafft und Volker Müller bedauert zutiefst, dass hier die alte, kleine Glocke von Lazarus Morgenthau nicht einbezogen wird.

Diese wird abgegeben nach Rheingönheim. Dort wird nämlich 1922 das Geläut ergänzt. Eine Schallplattenaufnahme aus dem Jahre 1942 hat dessen Ton festgehalten. Dann wird auch dieses Geläut abgenommen und es fließt in die Rüstung des Zweiten Weltkriegs ein. Aber wieder ist es die kleine Glocke von Lazarus Morgenthau, die bleiben darf, und die läutet über die Kriegszeiten hinweg. Die drei größeren kommen in die Verhüttungsanlage des Hamburger Freihafens, der den Namen „Glockenfriedhof" führt.

1948 schließlich kauft die Rheingönheimer Gemeinde ein komplettes Gussstahlgeläut. Nun wandert die „Babette" nach Friesenheim, wo am Turm der Pauluskirche die Läuteglocke durch Bombenschäden gelitten hat. Und nun soll der kleinen Glocke von Lazarus Morgenthau doch noch bald die letzte Stunde schlagen. 1954 schafft diese Gemeinde nämlich ein neues, komplettes Geläute an und nun gibt sie die im Krieg beschädigte Glocke und die aus Rheingönheim einfach „in Zahlung." Ihr Metall wird also für neue Glocken eingeschmolzen.

Der Glockensachverständige Volker Müller spricht von einem Vorgang, der sich sehr häufig so zugetragen hat. Und er nennt uns auch die Zahlen, die uns eine Vorstellung der Glocke von Lazarus Morgenthau geben: Sie war 211 Kilo schwer und hatte einen Durchmesser von 74 Zentimetern. […]

Entnommen haben wir [diese Geschichte] einer historischen Umschau, die Pfarrer Frank M. Hofmann 1994 im Rheingönheimer Gemeindebrief veröffentlicht hat. Hofmann illustriert das mangelnde Geschichtsbewusstsein, das wir hier erkennen, mit dem Hinweis, dass man einst sogar das Speyerer Altpörtel abreißen wollte, um einer sechsspurigen Prachtstraße Platz zu schaffen…

Bereits am 18. Mai 1854, also noch vor der Konstituierung der Gemeinde, hatte Jakob Levino den Ludwigshafener Gemeinderat um unentgeltliche Zuteilung einer Fläche für einen israelitischen Friedhof ersucht.[113] Nun beschloss der Stadtrat aber 1855, als das Gelände an der damaligen Oggersheimer Landstraße erworben wurde, dass für den kommunalen Friedhof keine Aufteilung nach Religionsbekenntnissen erfolgen sollte. Die israelitische Kultusgemeinde bestand aber auf einem abgetrennten Friedhof, auf dem das vorgeschriebene Begräbnisritual durchgeführt werden konnte. Der Ludwigshafener Gemeinderat musste sich schließlich einem Regierungsentschluss vom 29. September 1856 beugen und einen geeigneten Platz bereitstellen. Er fand ihn unmittelbar östlich neben dem christlichen Friedhof, nur durch eine Mauer von diesem abgetrennt.

Der Ludwigshafener Gemeinderat erwarb am 20. Mai 1857 das Grundstück und ließ es mit Erde auffüllen, auch die Kosten für die Umfassungsmauer übernahm die politische Gemeinde. Die Fläche des israelitischen Friedhofes wurde mehrfach nach Süden hin erweitert. Der jüdische Friedhof blieb Eigentum der Stadtgemeinde, er war nie im Besitz der „Israeliten."

Streit, Krise, Schrumpfung

In der Gemeindeversammlung vom 1. Dezember 1855 – Beratungsgegenstand war die Einstellung eines Lehrers für die israelitische Schule in Ludwigshafen – führte der Weinhändler Levino an, „dass von den hier wohnenden Familien voraussichtlich 11 ihr Domizil dauernd hier behielten, während es von 13 für die Folge zweifelhaft wäre." [114] Tatsächlich zogen etwa Lazarus Morgenthau 1857 und Levino schon bald danach nach Mannheim. Doch war der Zuzug offenbar bis um 1860 weit stärker als der Wegzug. Ende 1861 gab es über vierzig jüdische Familienhäupter in der Stadt.[115]

Um diese Zeit geriet die Gemeinde allerdings in eine Krise. Der Ton zwischen der Kultusgemeinde und den „christlichen" Behörden, gleich ob es sich um den Stadtrat oder die Regierung in Speyer handelte, war bei verschiedenen Auseinandersetzungen äußerst scharf. Offen traten antisemitische Vorurteile zutage, während es andererseits die jüdische Gemeinde, die 1858 Simon Gutherz zum Vorsteher bestimmt hatte, an Fingerspitzengefühl und Entgegenkommen fehlen ließ.

Nachdem im Jahr 1858 wie erwähnt der geplante Synagogenbau an religiösen Vorbehalten der Behörden gescheitert war, wurde zwei Jahre später die jüdische Schule zum Konfliktgegenstand. Da sie immer wieder Probleme hatte, einen Raum zu finden, hatte ihr die Stadtverwaltung „aus Humanitäts-Rücksichten", wie sie später in einem Rechtfertigungsbrief feststellte, 1859 ein Zimmer im Stadthaus unentgeltlich überlassen.[116] Allerdings betonte sie gegenüber dem Synagogenausschuss, dass die Lösung nicht von Dauer sein könne. Einige Behörden der unteren Verwaltungseinheit, zu der die Stadt gehörte, sollten aus dem dörflichen Mutterstadt nach Ludwigshafen verlegt werden. Dann werde der Platz in dem Verwaltungsgebäude knapp, der Raum als Polizeilokal benötigt. Als die Verlegung angekündigt wurde, informierte die Stadtverwaltung den Synagogenausschuss brieflich und forderte die Räumung des Schulraums. Dabei wählte sie nach eigenen Angaben Formulierungen, in denen ihre „gleich Anfangs gehegte Besorgnis wegen Renitenz angedeutet war." Mit anderen Worten, man pflegte einen recht ruppigen Umgangston. Der Synagogenvorstand ließ diesen und einen weiteren Brief schlicht unbeantwortet, bemühte sich aber, allerdings vergeblich, um ein Ausweichquartier. Schließlich schritt die Verwaltung am 21. November 1860 zur Tat: der Lehrer wurde über unmittelbar bevorstehende Bauarbeiten im Raum informiert und zur Räumung des Lokals aufgefordert. Vor

den Augen der eintreffenden Schüler wurde das Mobiliar in ein Hinterhaus abtransportiert und eine Wand des Schulzimmers eingerissen. In einem Schreiben an den Synagogenausschuss verlangte die Verwaltung die Abholung der Möbel, da sie für deren Sicherheit keine Verantwortung übernehme.

Diesen Eklat beantwortete Simon Gutherz mit einem Brief an den Bürgermeister, in dem er feierlich Protest einlegte „gegen diesen, allen Gesetzen der Humanität Hohn sprechenden Act der Brutalität." Das war kein Ton, wie er im Jahr 1860 von einer Behörde geduldet wurde. Die Stadtverwaltung legte Klage wegen Beleidigung gegen den gesamten Synagogenausschuss, der den Brief von Gutherz mit unterschrieben hatte, beim Staatsanwalt am Landgericht Frankenthal ein. Gutherz habe einen „leidenschaftlichen und gehässigen" Brief verfasst und diesen noch durch „gehässige Wirtshausäußerungen" übertroffen. Der Synagogenvorstand sei ein „unverträglicher und leidenschaftlicher Mensch, dessen Leben hier eine Kette von Zänkereien und Unzufriedenheiten bei Hoch und Nieder ist." Es sei ein Unglück, dass die Israeliten gerade ihn zum Vorstand gewählt hätten. Der stellvertretende Bürgermeister Carl Huß forderte von der Justiz Unterstützung, da „Ludwigshafens Bewohnerschaft aus Ansiedlern vieler Herren Länder zusammengesetzt [ist], in derselben allerlei Elemente sich vorfinden und sehr viel Gelüste nach Herrschaft sich zeigen." Dem Autoritätsverlust müsse also ein Riegel vorgeschoben werden. Allerdings war Huß' Äußerung stark übertrieben. Gutherz, der gefährliche „Aufrührer", kam aus der Gegend von Sinsheim, die jüdische wie die allgemeine Einwohnerschaft fast ausschließlich aus der Vorderpfalz, Nordbaden und dem rechtsrheinischen Bayern. „Vieler Herren Länder"?

Dessenunerachtet eilte das Gericht der Stadt zu Hilfe. Im Urteil vom 15. Januar 1861 wurde die „frivole Anmaßung der Beschuldigten" verdammt, „welche ihre Stellung total verkannten und Wohltaten mit brutalem Undank zu vergelten fähig waren." Der Synagogenausschuss wurde als der dienstlichen Beleidigung schuldig bezeichnet: Gutherz erhielt sechs Tage Haft, die beiden anderen Ausschussmitglieder, Abraham Selinger und Kaufmann (später Carl) Adler drei Tage. Gutherz verzichtete ganz offenbar zeitweilig auf den Posten des Synagogenvorstands, im März 1861 wurde er auch als Spitalarzt abgesetzt.[117] Schon 1855 hatte es Streit um seine Dienste gegeben, da er anscheinend die bei den armen Kranken vorherrschenden Knochenbrüche auf Baustellen und im Hafen nur schlecht behandeln konnte. Damals hatte die Staatsbehörde ihn noch gestützt. Jetzt musste er das Feld räumen. Von 1862 an war er allerdings bis zu seinem frühen Tod 1866 wieder Synagogenvorsteher. Ganz im Gegensatz zu der negativen Beurteilung durch die Behörden beklagte die Zeitschrift „Ben Chananja" das Hinscheiden von Gutherz als „eine wahre Kalamität für die Pfälzer Juden, da er mit einem warmen Herzen für seinen Glauben und seine Glaubensgenossen energische Tatkraft, mit reichem Wissen wahrhaft wohltuende, jedem Verdienste, jeder geistigen Begabung gerne Geltung gewährende Bescheidenheit verband."[118]

Eine Zeitlang blieb der Unterricht in der jüdischen Schule von Raummangel behindert, bis sich die Gemeinde bereit erklärte, unter Übernahme der Mietkosten einen Raum in einem Privathaus bereit zu stellen.[119] Dennoch legte Lehrer Jakob am 26. April 1862 mit sofortiger Wirkung sein Amt als Lehrer der jüdischen Schule nieder: „Mancherlei persönliche und Gemeinde-Verhältnisse haben schon seit mehr als einem halben Jahr diesen Entschluss in ihm rege gemacht und zur Reife gebracht." Gehaltserhöhungen aus städtischen Mitteln waren erbeten, aber verweigert worden, und die unerfreulichen Streitereien rund um die Schule hatten ihm vermutlich das Leben zusätzlich sauer gemacht. Carl Jakob blieb aber in Ludwigshafen und eröffnete einen Handel in Lederwaren.

Auch in der Synagogenfrage kam es 1862 zu einem bösen Schlagabtausch.[120] Nachdem die katholische Ludwigskirche am 28. April 1862 geweiht worden war, wurde das von der Gemeinde avisierte simultane Bethaus nur noch von der protestantischen Gemeinde genutzt. Es war damit absehbar, dass es bald frei werden würde. Für den Kauf des Gebäudes bot man den beiden christlichen Konfessionen 2 000 Gulden an, das Grundstück aber gehörte dem bayerischen Staat. Die israelitische Gemeinde bat 1862 um kostenlose Überlassung des Bauplatzes und des angrenzenden Geländes, weil der Kauf des Gebäudes *und* des Grundstückes für sie unerschwinglich wäre. Das königliche Rentamt in Ludwigshafen aber, das den staatlichen Besitz verwaltete, empfahl dem Finanzministerium abzulehnen und führte dabei Argumente an, die bezeichnend waren für den damaligen Ausbau der jungen Stadt, offensichtlich aber auch von antisemitischen Ressentiments geprägt waren: „Das fragliche Bethaus liegt auf einer Fläche […] der nun verlassenen Oggersheimer Straße […] und zwar an der Einmündung derselben in die nunmehrige Brückenstraße, welche zu der nahen Aktienbrauerei und der Giulinischen Fabrik führt […]. Die ganze Parzelle ist […] sehr vorteilhaft situiert zu zwei mäßigen Bauplätzen, wie sie hier vorzugsweise gesucht und durch Vereinbarung der etwaigen Kaufliebhabern mit den Angrenzern unschwer hergestellt und arrondiert werden können. Durch die Giulinische Fabrik, mehr aber noch durch die in nächster Nähe errichtete Aktienbrauerei hat vorzugsweise die Brückenstraße eine Zukunft, und es sind Hausplätze dort jetzt schon gesuchter als in andern Teilen der Stadt […] Wenn die israelitische Gemeinde – die beiläufig bemerkt sich in neuester Zeit durch Übersiedlungen nach Mannheim hier merklich lichtet – das Bedürfnis nach einer ihr eigentümlichen Synagoge fühlt, warum bescheidet sich der Ausschuss nicht bei der Bitte um unentgeltliche Überlassung des Fleckes, worauf das Bethaus steht? Sondern verlangt sogleich den ganzen auf dieser Seite noch disponiblen Komplex, um der Synagoge für alle Zukunft das nötige Licht zu erhalten, d.h. mit anderen Worten, um sich rechtzeitig die Aussicht auf eventuelle Spekulation mit dem Restkomplex zu sichern." Das Finanzministerium schloss sich den Argumenten des Ludwigshafener Rentamtes an und verweigerte die kostenlose Überlassung des Grundstückes.

Auch 1863 kehrte keine Ruhe in den Beziehungen zwischen Stadt und jüdischer Gemeinde ein. Anlass war nunmehr die Einweihung des ersten Volksschulhauses der Stadt. Sämtliche unter der Oberfläche der „Gleichberechtigung" schlummernden Vorurteile auf Seiten der Behörden bzw. der christlichen Mehrheitsbevölkerung und Befürchtungen und Gereiztheiten auf Seiten der Juden kamen hier für kurze Zeit an die Oberfläche.

Für die Errichtung der Schule hatte die Stadt eine besondere „Umlage" erhoben, zu der die Mitglieder der jüdischen Gemeinde aufgrund ihrer Finanzkraft ein Achtel beigetragen hatten.[121] Das neue Gebäude enthielt jedoch nur vier Säle, je zwei für die katholischen und evangelischen Klassen. Vor der Einweihung erbat der Synagogenausschuss, dass die jüdische Schule ebenfalls dort untergebracht werden sollte. Das Bürgermeisteramt antwortete knapp, dass, da kein fünfter Saal vorhanden sei, es nur noch möglich sei, „dass die Israeliten von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch machten, und am festgesetzten Tage und Stunde ihre Kinder in den Rathaushof schicken, wo sie, nach Alter und Kenntnis in die Klassen der protestantischen Schulen eingeteilt, mit und gleich allen übrigen hiesigen schulpflichtigen Kindern Besitz vom neuen Schulhause nehmen können." [122]

Diese faktische Aufhebung der bisher eigenständigen jüdischen Schule rief auf Seiten der Juden höchstes Missfallen hervor. Die Schüler nahmen offenbar nicht an der Einweihung teil. Der 1860 als erstes und einziges jüdisches Mitglied in den Stadtrat gewählte Kaufmann Max Lippmann zeigte sich tief getroffen.[123] Man habe die Juden und ihren Lehrer faktisch von der Teilnahme an der Einweihung ausgeschlossen. „In unserer Zeit, wo durch vorangeschrittene Bildung und Aufklärung jede mittelalterliche Schranke gefallen und Humanität zum Wohle von Staat und Gemeinde immer mehr Platz greift, sind solche, Gott sei Dank seltene[n] Fälle doppelt schmerzlich." Lippmann könne nicht umhin, „für diese seinen Glaubensgenossen zugefügte Zurücksetzung löblichem Bürgermeisteramt seine tiefste Indignation auszudrücken." Er stellte sein Ratsmandat zur Verfügung. Hinter allem erhob sich die Frage: Stand die Judenemanzipation zur Disposition?

Am Ausdruck „Indignation" nahm das Amt offenbar starken Anstoß und fühlte sich auch sonst angegriffen und missverstanden. Nicht die Behörde schließe die Juden aus, die im Übrigen ja ausdrücklich zur Einweihung eingeladen worden seien. „Wenn den Israeliten Gemeinschaft mit den Christen beliebt hätte, so wäre die Anstellung eines eigenen Lehrers ebenso wenig notwendig gewesen, als wie bei den Mennoniten, und gleich diesen hätte die Aufnahme im neuen Schulhause erfolgen müssen. Durch die Ausscheidung haben sich die Israeliten aber selbst ungezwungen allen den mit Gründung einer eigenen Schule verbundenen Lasten und Opfern sowie aller weiteren Folgen einer Separation unterworfen." Hier wurde klar der Wille der Juden zur wirklichen Integration in

die Gesellschaft der Staatsbürger in Frage gestellt. Diese wiederum erwiderten, dass die Gründung einer eigenen Schule unumgänglich gewesen sei, da es ja in der Stadt keine Gemeinschaftsschule, sondern lediglich eine evangelische und eine katholische Volksschule gebe.[124]

Dem zurückgetretenen Stadtrat Lippmann warf Bürgermeister Huß vor, er handle gemäß jüdischen Spezialinteressen, obwohl er doch durch die Wahl aller Bürger in den Rat gelangt sei. Dies sei ebenso inakzeptabel wie seine Wortwahl. Er „gehöre dieser Ungebührlichkeiten halber vor die Schranken des Gerichts gestellt", forderten Anfang November 1863 die Ratsmitglieder, denen Huß den Schriftwechsel mit Lippmann bekannt gemacht hatte, um „den Beweis zu liefern, welchen Unannehmlichkeiten ein Bürgermeister selbst bei dem besten Willen ausgesetzt sei."[125]

Schon zuvor, im September, hatte der Rat der jüdischen Schule eines der bisher im Rathaus von den christlichen Klassen genutzten Zimmer als „Schullocal" angeboten, jedoch „nur in einer widerruflichen Weise und ohne dass hieraus jemals ein Recht an die politische Gemeinde abzuleiten" wäre. Dieses „Danaergeschenk", dessen Bedingungen nur dazu dienten, „dass man das Damoklesschwert über die [Israeliten] halten will", lehnte der Synagogenrat in einer von 22 jüdischen Familienhäuptern gezeichneten Beschwerde an die Landkreisverwaltung ab.[126] Die Behörde zeigte sich alarmiert und wies die Stadtverwaltung an, „im Interesse der Eintracht und des Friedens unter den Religionsgenossen" dem Ansuchen der jüdischen Gemeinde „thunlichste Berücksichtigung" zuteil werden zu lassen.[127] Die Stadtverwaltung aber zeigte sich wenig konziliant, und letztlich musste die jüdische Gemeinde das „Danaergeschenk" akzeptieren.

Die unfreundliche Atmosphäre, die in Ludwigshafen von offizieller Seite gegenüber der jüdischen Gemeinde herrschte und das Fortbestehen der diskriminierenden napoleonischen Gesetzgebung hinterließen ihre Spuren. Dies umso mehr, als 1862 die völlige Gleichberechtigung der badischen Juden gesetzlich verankert wurde. Die Mannheimer jüdische Gemeinde, die ohnehin durch ihr Alter, ihre Größe und ihre verschiedenen kultischen, kulturellen und sozialen Einrichtungen attraktiv war, wurde damit für Ludwigshafener Juden noch mehr als bisher zu einer Alternative. Nicht ohne Grund hatte das Rentamt davon gesprochen, dass sich die jüdische Gemeinde Ludwigshafens „durch Übersiedelungen nach Mannheim" „lichte." Die Zahl der „Israeliten" in der jungen Stadt sank zwischen 1861 und 1864 von 198 auf 124, und danach bis 1867 noch einmal auf 119. Da der Zuzug nicht-jüdischer Menschen unvermindert anhielt und die Stadt deutlich wuchs, sank der jüdische Bevölkerungsanteil in sechs Jahren von 6,3% auf nurmehr 2,5%. Auch innerhalb der Gemeinde kam es zu Spannungen um die als zu hoch empfundenen Kultusumlagen. 1863 klagte der Synagogenausschuss, „dass die besten und wohlhabendsten Theile ihrer beitragspflichtigen Mitglieder weggezogen sind."[128] In der Tat folgten den Morgenthaus und Jakob Levino in

den Jahren um 1862/68 nachweislich noch die hochbesteuerten Mayer Thalmann und Jakob Deutschmann; der Lederhändler Abraham Binswanger siedelte nach Frankfurt, das 1861 gemaßregelte Synagogenausschussmitglied Abraham Selinger nach Ansbach über.[129]

Konsolidierung und Zeichen des Neuaufbruchs

Noch vor dem Ausbruch des bitteren Streits zwischen Stadtverwaltung und jüdischer Gemeinde um die jüdische Schule konnten die „Israeliten" zwar nicht kostenlos, aber doch zu dem recht günstigen Preis von 192 Gulden das Grundstück des simultanen Bethauses – ohne die angrenzenden Grundstücke – von der bayerischen Regierung erwerben.[130] Am 8. November 1863 wurde schließlich auch der Kaufvertrag für das Bethaus mit dem protestantischen Presbyterium und dem katholischen Fabrikrat abgeschlossen. Es war allerdings ein Kauf auf Zeit, denn der Besitzerwechsel galt erst vom Zeitpunkt der Fertigstellung der späteren Lutherkirche an, bis dahin stand das Bethaus noch der protestantischen Gemeinde zur Verfügung.

Nachdem die Protestantische Kirche am 27. November 1864 eingeweiht worden war, konnte die israelitische Gemeinde endlich das Bethaus übernehmen. Innerhalb weniger Monate wurde es, auch mit Unterstützung der Direktion der finanzkräftigen privaten Pfälzischen Bahnen,[131] umgebaut und für den israelitischen Gottesdienst eingerichtet. Am 27. Mai 1865 fand die feierliche Eröffnung statt, wobei der bayerische Regierungsrat Jordan als Vertreter der Regierung die Synagoge dem Gemeindevorstand übergab. Anwesend waren auch die Vertreter der kirchlichen und weltlichen Behörden der Stadt Ludwigshafen und Abgeordnete der israelitischen Gemeinden der Umgebung. Persönlich geladen waren der inzwischen nach Mannheim verzogene Lazarus Morgenthau und Seligmann Ladenburg, kurz zuvor Mitbegründer der BASF in Ludwigshafen.

Im festlichen Zug wurden die geweihten Thorarollen vom provisorischen Betsaal im Stadthaus zur neuen Synagoge gebracht. Bezirksrabbiner Dr. Elias Grünebaum aus Landau, der das damals unbesetzte Rabbinat Dürkheim verwaltete, verrichtete in hebräischer Sprache das Eingangsgebet „Herr, wie schön ist dieses Zelt." Simon Gutherz hielt als Synagogenvorstand eine kurze Ansprache, gefolgt von dem Gemeindelied „Wir glauben all' an einen Gott", ein Text, der offensichtlich religiöse Harmonie betonen sollte. Die musikalische Gesamtgestaltung und liturgischen Gesänge hatte der Mannheimer Synagogenchor übernommen. Die Feier klang aus mit einem festlichen Empfang im benachbarten Lichtenberger-Garten, einer schönen Grünanlage nahe am Rhein, an dem sich alle Vertreter des öffentlichen Lebens in Ludwigshafen beteiligten.

Elias Grünebaums Festpredigt wurde noch im gleichen Jahr veröffentlicht.[132] Er hatte sie unter das Motto gestellt „Diesen Tag hat Gott bereitet, lasst uns jubeln und uns freuen an ihm", nach einem Vers aus dem 118. Psalm.

Grünebaum zählte wie erwähnt zur liberalen Richtung des pfälzischen Judentums und betonte vor allem den Gleichklang zwischen den christlichen Konfessionen und dem Judentum. „Was wäre geeigneter, jede Untreue gegen den Nebenmenschen bis auf die letzte Faser aus dem Herzen zu entfernen, als das Gotteshaus, das uns so lebendig mahnet an das erhabene Wort des Propheten: ‚Haben wir nicht alle einen Vater, hat ein Gott uns nicht Alle geschaffen, warum soll Bruder gegen Bruder untreu sein?'" Seine Glaubensgenossen mahnte er auf dem Weg zur gesellschaftlichen Gleichberechtigung zur hoffnungsvollen Duldsamkeit: „Wenn im gesellschaftlichen Leben noch Manches geschehen sollte, was unser Menschengefühl tief verletzt, so lasst uns hereintreten in das Gotteshaus, und hier im Angesicht des alllieben Gottes möge Versöhnung wie ein milder Thau in die aufgeregte Brust sich senken. Wenn die heiligen Gefühle des Vaterlandes in dem Sturme des Lebens, das euch vielleicht nicht selten unsanft daran erinnert, dass Ihr noch nicht immer als dessen gleichberechtigte, gleichgeachtete Söhne und Töchter anerkannt seid, gefährdet zu werden drohen, o, so lernet hier im Gotteshause, meine Brüder und meine Schwestern, dass die Zeit dennoch kommen wird, kommen muss, in welcher allüberall, von Sonnenaufgang bis zu ihrem Niedergange dem Namen des Herrn geopfert und geräuchert wird das herrlichste Opfer, das duftendste Räucherwerk der umfassendsten Gerechtigkeit und Liebe." Im emphatischen Stil der Zeit sprach Grünebaum sich so für Assimilation und tolerante Anpassung aus, ein Wunsch, den vermutlich die meisten Ludwigshafener Juden jener Zeit teilten.

Auch Grünebaums nationales bzw. bayerisches Pathos drückte den Wunsch nach gesellschaftlicher Akzeptanz aus: „Und mit frischen Farben erglänzen im Herzen die etwas verblassenden Gefühle für das Vaterland, für den heiligen Boden, auf dem unsere Väter und unsere Wiege hat gestanden, in welchem ihre Gebeine ruhen und die unsrigen einst ruhen werden, und den wir mit unsern Brüdern aller Bekenntnisse mit Gut und Blut verteidigen wollen, wenn ein fremder Eroberer mit seinem Fuße ihn zu entweihen wagen sollte, für das große, deutsche Vaterland, dessen Größe und Herrlichkeit unsere süßesten Träume bilden; für das engere Vaterland, dessen Bürger wir zunächst sind und mit dessen Geschicken die unsern auf's engste sind verflochten; für den geliebten, jugendlichen König, der als das schönste Erbe von dem so frühe heimgegangenen, edlen königlichen Vater das tiefe Gefühl für Recht und Liebe gegen alle Kinder des Vaterlandes und die umfassendste Sorgfalt für Aller Wohl hat angetreten; für die vaterländische Regierung, die mit so vollem Ernste den Geist erfüllet, der vom Throne niederströmet; für das ganze Volk endlich, das zu gleichem Geschick bestimmt, gleichen Zielen entgegen strebt. Ja, hier im Hause des Herrn sollen und werden wir auch lernen, Menschen und Bürger zu sein in der Worte ganzem, großen Sinne."



Rede

zur

Einweihung der Synagoge

in

Ludwigshafen

am 26. Mai 1865

von

Bezirksrabbiner Dr. Grünebaum

zu Landau.

Auf vielfaches Verlangen dem Druck übergeben.

Preis: 9 Kreuzer.

Landau.

Druck von Ed. Kaußler.

1865.

Abb. 8: Titelblatt der Druckschrift zur Einweihung der Ludwigshafener Synagoge 1865

Im Patriotismus ließ sich der israelitische Rabbiner von niemand übertreffen, dahinter verbarg sich allerdings die immer noch unerfüllte Hoffnung auf bürgerliche Gleichberechtigung. Voraussetzung dazu war Toleranz gegenüber dem Judentum, und in ihrem Zeichen sah Grünebaum gerade die Ludwigshafener

Synagoge: „Dieses Haus war früher anderer Formen gottesdienstlicher Verehrung gewidmet. Man hat es willig zu einem israelitischen Gotteshaus eingeräumt, und wer nur einen Blick in die düstere Geschichte der früheren Jahrhunderte warf, dem wird die Freude klar, die jeden, nicht bloß den Israeliten, bei einem solchen Zeichen der Liebe und der Duldung erfüllen muss." Der Übergang eines ehemals christlichen Gotteshauses in jüdischen Besitz war in der Tat ein Beispiel praktischer Toleranz, wie es in dieser Form sonst nicht bekannt ist. Zum Gedenken blieb bis 1938 ein Vorhang für die Thoralade erhalten, auf dem in hebräischer Sprache eingestickt war, dass im Jahre 5625 nach jüdischer Zeitrechnung die Synagoge in Ludwigshafen eingeweiht wurde.[133] Dieser Vorhang wurde bei der Zerstörung der Synagoge in der „Reichskristallnacht" vernichtet.

Soweit ersichtlich, waren nahezu alle Stadträte mit Ehefrauen bzw. Töchtern zur Einweihung der Synagoge erschienen. Gutherz als Synagogenvorstand bedankte sich noch am selben Tag schriftlich „für die lebhafte Beteiligung bei dem heutigen Feste" und übergab „das Ergebnis des Opferstocks" mit der Bitte, je ein Drittel den katholischen und protestantischen Armen zukommen zu lassen. Auf das Drittel für die jüdischen Armen verzichtete er zugunsten der Witwe eines kurz zuvor im Rhein ertrunkenen Einwohners.[134] Das Bemühen um ein verbessertes Verhältnis war unübersehbar.

In den folgenden Jahren wurde die innere Einrichtung der Kultusgemeinde im Geist der Zeit auf eine demokratischere Basis gestellt. Bereits im Frühjahr 1862 hatten sich in Ludwigshafen auf Einladung von Synagogenvorstand Gutherz Vertreter jüdischer Gemeinden aus der Pfalz getroffen[135] und eine Änderung der Wahlvorschriften für die Synagogenausschüsse vorgeschlagen. Sie forderten in einer Eingabe an die Regierung die Auflösung der bestehenden Synagogenausschüsse und sofortige Neuwahlen, an denen im demokratischen Sinn alle – männlichen – Gemeindemitglieder teilnehmen sollten.

Zugleich hatte die Ludwigshafener Versammlung den anwesenden Elias Grünebaum mit dem Entwurf einer gemeinsamen Verfassung für die Synagogen der Pfalz und einer Synagogenordnung beauftragt. Grünebaum veröffentlichte noch im gleichen Jahr eine Broschüre „Israelitische Gemeinde, Synagoge und Schule in der bayerischen Pfalz", in der er sich ausdrücklich auf die „Versammlung israelitischer Männer zu Ludwigshafen" berief. In ihr legte er neben einem sehr kritischen Rückblick auf die bisherige Geschichte des Judentums in der Pfalz eine neue Synagogenverfassung vor, die allerdings in dieser Fassung nie realisiert worden ist. Der Zusammenschluss der israelitischen Kultusgemeinden zu einem Verband gelang in der Pfalz erst 1917.

Dennoch fanden die Vorschläge der Ludwigshafener Notabelnversammlung Eingang in die Verordnung vom 27. März 1872 über die israelitischen Kultusgemeinden in der Pfalz.[136] In Abänderung der Verordnung von 1854 wurde nun das aktive und passive Wahlrecht für den Synagogenausschuss wie folgt



Abb. 9: Blick über die junge Stadt von der neuen Rheinbrücke, 1878

geregelt: „Wahlstimmberechtigt und wählbar sind alle männlichen Mitglieder der Cultusgemeinde, welche zu den Kosten des Cultus Beiträge leisten, das 25. Lebensjahr vollendet haben, selbständig und bayerische Staatsbürger sind." Die Ludwigshafener Gemeinde hatte diesem Gesetz schon vor- bzw. – bei dieser einen Gelegenheit – über es hinausgegriffen. Bei den Neuwahlen für den Synagogenausschuss vom 7. Juni 1870 wurde ausdrücklich betont, dass alle 29 Gemeindemitglieder beteiligt waren d.h., offenbar auch diejenigen, die keine bayerischen Staatsbürger waren.[137]

Auch die äußeren Bedingungen für das jüdische Leben in Ludwigshafen erfuhren Ende der 1860er Jahre wie früher bereits angedeutet eine durchgreifende Verbesserung. Das bayerische Heimatgesetz vom Mai 1868 hob in seinem letzten Paragraphen die bis dahin bestehenden Zuzugsbeschränkungen für Juden aus der napoleonischen Zeit auf. Damit hatten die Juden nahezu die völlige Gleichstellung mit den christlichen Einwohnern der Pfalz erreicht.[138] In Ludwigshafen gelang es erst jetzt einigen aus nicht-pfälzischen Gebieten eingewanderten Juden, die zuvor trotz solidem bis beachtlichem Wohlstand oft über Jahre um das Bürgerrecht gekämpft hatten, das Heimat- und Bürgerrecht zu erlangen. Die aus Nordbaden stammenden Kaufleute Carl Adler und Carl Schnurmann sowie der in Kreuznach gebürtige Holzhändler Heinrich Allstadt wurden 1869 unter direkter Berufung auf das neue Gesetz Bürger.[139]

Im selben Jahr endete auch die kurze und unglückliche Geschichte der jüdischen Schule Ludwigshafens.[140] Als eine bayerische Gesetzesnovelle vom Jahresbeginn 1869 ermöglichte, mittels einer Abstimmung der volljährigen selbständigen Männer der verschiedenen Konfessionen die nach Bekenntnissen getrennten Volkschulen aufzuheben und eine Gemeinschaftsschule einzuführen, beschlossen Ludwigshafener Honoratioren bei einem geselligen Abend im Hotel „Deutsches Haus", eine entsprechende Initiative zu starten. Binnen kurzem waren 290 Unterschriften gesammelt. Neben je zwei Katholiken und Protestanten gehörten auch zwei Juden, der Weinhändler Josef Leopold und der Eisenhändler Samuel Netter, zu den Unterzeichnern der die Unterschriftensammlung begleitenden offiziellen Eingabe an das Bürgermeisteramt. Im nun folgenden „Wahlkampf" für die Abstimmung betonten die Befürworter der Gemeinschaftsschule in mehreren in der Stadt verteilten Flugblättern, dass die Religion dort keineswegs verschwinde – jede Konfession erhielt weiterhin ihren Religionsunterricht. Aber „Communalschulen sind solche Schulen, in welchen unsere Kinder gemeinschaftlich, ohne Unterschied der Confession, lesen, schreiben und rechnen lernen, in welchen sie miteinander sich vertragen lernen, in welchen sie von ihren ersten Schuljahren an miteinander aufwachsen sollen ohne Haß gegen das katholische, ohne Bitterkeit gegen das protestantische Christenkind, ohne Lieblosigkeit gegen den Knaben oder das Mädchen israelitischer Eltern." So werde die Nation geformt. „Sie sind alle Brüder und Glieder der großen deutschen Familie…" Am Abend vor der Abstimmung sprachen bei einer Versammlung im „Gasthaus zu den Drei Mohren" vier Protestanten, nur ein Katholik, aber zwei Juden, der Student Robert Goldschmit und der Ludwigshafener Arzt Dr. Nathan David. Die Presse berichtete von Davids „von aufrichtiger Begeisterung getragene[r] Rede" und Goldschmits „blühende[r] Beredsamkeit." Gerade für die Juden eröffnete sich hier ein Weg zum Eintreten in die Gesamtheit der Bevölkerung.

Bei der Abstimmung votierten von 680 stimmberechtigten Katholiken 524, von 621 stimmberechtigten Protestanten 577 und alle 31 stimmberechtigten Juden für die Gemeinschaftsschule. Die Gegner dieser Entscheidung, allen voran die beiden Pfarrer, versuchten den Vollzug des Abstimmungsresultats zu verhindern. Besonders störte sie die Tatsache, dass die Schüler nunmehr nach Jahrgangsstufen auf die vorhandenen Lehrkräfte ohne Rücksicht auf die Konfession verteilt werden sollten d.h., dass der jüdische Lehrer Lazarus Mai neben dem Religionsunterricht für die jüdischen Kinder auch generell den Unterricht der dritten Klasse übernehmen sollte. „Die Zuweisung irgend einer Schulabteilung mit Kindern christlicher Konfession an einen israelitischen Lehrer" sei ganz und gar „unstatthaft" und in Bayern bisher noch nie geschehen. Das liege so klar zutage, „dass es schwer zu begreifen ist, wie man die Möglichkeit einer solchen Einrichtung überhaupt ins Auge fassen konnte."

Als die Äußerungen der Geistlichen in der örtlichen Schulkommission an die Öffentlichkeit drangen, fanden sie keinerlei Unterstützung. Besonders heftig kritisierte die in Ludwigshafen erscheinende liberale Zeitung „Pfälzischer Kurier" die Aussagen. Es gebe in der „aufgeklärten Pfalz" sehr wohl Beispiele für die Einbeziehung der jüdischen Lehrer in die allgemeine Klassenzuteilung. „Mittelalterlicher Judenhass" spreche aus den Worten der Gegner der Gemeinschaftsschule. „Wie? Ein Judenlehrer sollte es wagen, christliche Kinder das Einmaleins, die Geographie, das Schreiben oder gar die Geschichte zu lehren; sollte sie zu Sitte, Anstand, guter Zucht anleiten dürfen? Ei, da könnte es ja am Ende dahin kommen, dass das Christenkind Liebe und Achtung gewänne für die Juden, dass es sich am Ende gar schämen würde, den alten Juden oder seinen neben ihm sitzenden, nicht mehr aus Gnade wie bisher geduldeten, sondern gleichberechtigten jüdischen Spielkameraden fürder mit Schimpfworten zu [traktieren]. Es könnte ihnen gar einfallen, die Juden als Mitmenschen anzuerkennen." Die Stimmung war eindeutig: Die Regierung wies alle Einwände zurück. Die Simultanschule wurde am 13. Juli 1870 eröffnet, und Lehrer Mai erhielt seine Klasse. Ein weiteres Zeichen der „Integration" war die ab 1872 nachweisbare dauernde Mitgliedschaft des Vorsitzenden des Synagogenausschusses im „Armenpflegschaftsrat", in dem auch die Pfarrer der beiden christlichen Konfessionen zusammen mit Abgeordneten des Stadtrats über die Verteilung der Mittel der Armenpflege an Bedürftige entschieden.[141]

Trotz der betonten Teilhabe an der „großen deutschen Familie" traten die Ludwigshafener Juden beim Ausbruch der Deutsch-Französischen Kriegs im Sommer 1870[142] weder im „Verein zur Pflege der Verwundeten" noch gar im Festausschuss für die Friedensfeiern besonders in den Vordergrund. Immerhin aber gehörte der bei der Gemeinschaftsschulabstimmung aktive Samuel Netter zu den Gründern des Verwundetenvereins, und er beteiligte sich zusammen mit dem Kaufmann Goldschmit auch an den „Sanitätswachen" der Ludwigshafener Honoratioren. Als die Ludwigshafener Synagoge im Juni 1871 nach längerer Renovierung wieder feierlich eingeweiht wurde, nahmen neben den Mitgliedern der Kultusgemeinde „auch die Vertreter der Stadt und Angehörigen der christlichen Konfessionen in erfreulichster Weise teil."[143] Der Arzt Dr. David, der „in Ermangelung eines Predigers" die Festrede hielt, lobte im Hinblick auf ihre Geschichte die Synagoge als „Gotteshaus der Toleranz." „‚Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst' war der Hauptgedanke der Ansprache, eine Forderung, die der Hauptgedanke der jüdischen Religion sei und bleibe und die notwendigerweise einmal dahin führen müsse, dass alle Menschen in der Anbetung des alleinigen Gottes sich noch als Brüder erkennen lernen würden." Solche betonte Suche nach Gemeinschaft wurde von allen Anwesenden „mit sichtlicher Befriedigung" aufgenommen.

Die in vieler Hinsicht verbesserte Lage der Pfälzer und Ludwigshafener Juden fand ihren Niederschlag in der Entwicklung der Gemeinde. Zwar lag die Zahl von 29 stimmberechtigten Familienhäuptern bei der Wahl des Synagogenausschusses 1870 deutlich unter den über 40 des Jahres 1862 und selbst noch unter der von 31 bei der Volksschulabstimmung von 1869. Die Volkszählung von 1871 ergab jedoch wieder eine Zahl von 180 jüdischen Einwohnern Ludwigshafens, 66 mehr als 1867. Am Beginn des zweiten deutschen Kaiserreichs hatte sich die jüdische Gemeinde der jungen Stadt also offenbar zahlenmäßig und rechtlich stabilisiert.

Die Entwicklung der „Landgemeinden" im Raum Ludwigshafen

Auch in den jüdischen Gemeinden jenseits der neuen Stadt konnte man die Auseinandersetzungen der Jahre zwischen 1840 und 1870 deutlich spüren. In Ruchheim ließ sich ein Vertreter des Judentums in die Aktivitäten der republikanischen Regierung der Pfalz im Sommer 1849 verstricken. Als diese die Neuwahl der Gemeinderäte anordnete, wurde der jüdische Lehrer Leopold Stern zusammen mit seinem katholischen Kollegen in das kurzlebige Gremium gewählt. Vielleicht war es bezeichnend, dass Repräsentanten der beiden Minoritäten in dem ganz überwiegend protestantischen Ort diesen Weg einschlugen. Nach dem Ende der Revolution drohte den beiden eine Bestrafung. Doch Stern hatte Glück. Während viele seiner Kollegen entlassen wurden, kam er mit einem Verweis davon. Den wollte er jedoch nicht annehmen, „weil er unschuldig sei, als Gemeinderath keinen Akt unterschrieben habe, und nichts dafür könne, wenn die Einwohner von Ruchheim ihn dazu gewählt hätten." Er verwies auf Beispiele, u. a. in Oggersheim, wo christliche Lehrerkollegen für dasselbe Verhalten nicht gerügt wurden. Die protestantische Lokalschulinspektion setzte sich am 22. September 1849 in einem Schreiben an das Landkommissariat für eine mildere Beurteilung des Verhaltens von Stern ein. Wie beim katholischen Schullehrer Ruchheims beruhe Sterns Eintritt in den provisorischen Gemeinderat mehr auf „Übereilung" als auf „Überlegung". „Er ist ein äußerst fleißiger und gewissenhafter Lehrer, hat sich von politischen Umtrieben fern gehalten, keine demokratischen Vereine besucht etc.; weßhalb die unterzeichnete Localschulinspection in ihrem Berichte an die königliche Districts-Schulinspection vom 7. Juli abhin auch sagte, dass ‚unbegreiflicher Weise Stern die Wahl eines provisorischen Gemeinderathes angenommen.'" [144] 1851 verließ Lehrer Stern Ruchheim. Bis 1855 konnte kein Nachfolger gefunden werden. Als dann Adolf Bender sein Amt antrat, schlug sich in seinem Diensteid noch deutlich der Geist des politischen Drucks in der Nachrevolutionszeit nieder. Denn Bender musste unter anderem schwören, „dass ich keinem Vereine, dessen Bildung dem Staat nicht angezeigt ist, angehöre noch je angehören werde, in keinem Verbande verbleiben werde, dessen Schließung von der zuständigen Polizeistelle oder Behörde verfügt worden ist." [145]

Der antisemitische Unterton, der in den 1850er Jahren in Ludwigshafen den Umgang der Behörde mit der jüdischen Gemeinde kennzeichnete, war auch in Ruchheim zu vernehmen. Als die „Israeliten" 1854 den Gemeinderat baten, ihr bei der Wiedererrichtung der seit dem Weggang von Lehrer Stern verwaisten jüdischen Schule zu helfen, indem sie einem Nachfolger jene 25 Gulden Gehaltszuschuss gewährten, die Stern erhalten hatte, lehnten die Dorfgewaltigen zweimal brüsk ab. Die Juden hätten sich doch bereit erklärt, ihre Kinder in die christliche Schule zu schicken, weshalb jetzt die dortigen Lehrer den Zuschuss erhielten. Damit habe die Gemeinde ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt, „nämlich Gleichberechtigung aller Confessionen hinsichtlich des Genusses des Unterrichts." Dass die Juden darüber klagten, dass ihre Kinder in der christlichen Schule keinen jüdischen Religionsunterricht erhielten und so der Religion ihrer Väter entfremdet würden, sei unerheblich. Es müsse „Sache der Eltern sein, dies zu verhindern, kann aber einer christlichen Gemeinde nicht zugemuthet werden." [146]

Die Konflikte, die um 1870 in der Baumwollspinnerei in Oggersheim ausbrachen, zeigten einen anderen Aspekt antisemitisch grundierter Auseinandersetzungen. Das 1856 auch mit jüdischem Kapital gegründete Unternehmen mit Hunderten von Arbeitern war eines der bedeutendsten seiner Art in Süddeutschland. Dennoch war es 1865 in Konkurs gegangen. Der Frankenthaler bzw. Mannheimer Kaufmann Martin Marx wurde zu einem der Konkursverwalter und später zum neuen Direktor bestimmt. Seine Amtsführung war schon um 1866 sehr umstritten. Es wurde ihm Mitverantwortung für den Niedergang des Betriebs unterstellt, was unter anderem die katholische „Pfälzer Zeitung" aus Speyer breit und hämisch berichtete.[147] Als der Betrieb nach einem Stillstand während des Kriegsbeginns 1870 wieder anlief, drängte Marx ganz offenbar auf maximale Leistungen der Arbeiter, deren Arbeitsbedingungen unerträglich wurden. Es kam zum Streik. Eine Versammlung beschloss, dem Direktor die Forderung nach Reduktion der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne zu überbringen. Der Bericht eines damaligen Teilnehmers und frühen Sozialdemokraten der Region, Josef Queva, zeigt – nunmehr aus sozialistischer Perspektive – eine spürbare Tendenz, die „Hässlichkeit" des Verhaltens des Direktors durchaus seinem Judentum zuzuschreiben.[148] „Als am Montagmorgen der Achtuhrzug eingefahren war, mit dem Direktor Marx, der in Mannheim wohnte, ankam, gingen unsere acht Leute mit ihrem Schriftstück in der Hand aufs Bureau." Der Direktor weigerte sich jedoch, ihre Forderungen auch nur anzuhören, worauf die Arbeiter sich im Fabrikhof versammelten. „Die Polizei war durch einen Eilboten benachrichtigt und Kommissar Schädler sofort zur Stelle. Der Direktor, ein Jude, ein kleines, gebrechliches Männchen von über 60 Jahren, sprang ihm entgegen und rief: ‚Herr Kommissar! Herr Kommissar, wir brauchen Militär! Telegraphieren Sie sofort nach Speyer!'" Dies lehnte der Polizist unter Hinweis auf das ruhige Verhalten der Arbeiter ab. Der Direktor solle verhandeln. „‚Nichts wird



Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Ludwighafen am Rhein.

P. P.

OGGERSHEIM, 8. Januar 1874.

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, Sie von dem Ableben unseres Directors Herrn **Martin Marx** in Kenntniss zu setzen.

Er verschied nach längerem Leiden am 25. vorigen Monats, und werden sie demselben gewiss mit uns ein ehrendes Andenken bewahren.

Ferner theilen wir Ihnen mit, dass wir unsern Herrn **Georg Frisch**, den langjährigen Mitarbeiter des Dahingeschiedenen zum ersten Director unseres Etablissements ernannt, und demselben Herrn **Friedrich Marx** — Sohn unseres verstorbenen Herrn Martin Marx — als zweiten Director beigegeben haben.

Beide Herren werden die Firma gemeinschaftlich zeichnen, und ersuchen wir Sie von deren Unterschriften gefälligst Vormerkung nehmen zu wollen.

Achtungsvoll!

DER VERWALTUNGSRATH:

Dr. **Ladenburg**, Vorsitzender.

Herr **Georg Frisch** fährt fort zu zeichnen: G. Frisch

Herr **Friedrich Marx** wird zeichnen: Friedr. Marx

Abb. 10: Soziale Konflikte mit jüdischen Fabrikdirektoren: Mitteilung der Mechanischen Baumwollspinnerei Oggersheim über den Tod des Direktors Martin Marx und die Ernennung seines Sohnes Friedrich zum neuen zweiten Direktor. Chef des Verwaltungsrats ist der jüdische Mannheimer Bankier Ladenburg

unterhandelt!' schrie der Direktor, ‚auf revolutionärem Weg wird nichts bewilligt. Sie werden sehen, Herr Kommissär, wir bekommen Revolution, wenn wir nicht einschreiten. Alle sind von der Arbeit fortgelaufen. Das war noch nicht da, seit ich Direktor bin.'" Das ruhige Verhalten der Arbeiter verunsicherte Marx dann

jedoch völlig, er griff sich ratlos „mit beiden Händen in seinen Wollkopf hinein" – eine Betonung speziell „fremden" Aussehens. Letztendlich bat er die Arbeiter flehentlich, zurückzukommen. In weiteren Verhandlungen wurde ein Kompromiss erzielt. Jahre später nahm Marx jedoch, nach Quevas Überzeugung, Rache, als er ihn und andere während einer Wirtschaftskrise entließ.[149]

Wie in Ludwigshafen entstanden im nachrevolutionären Jahrzehnt in Ruchheim und Rheingönheim Kultusgemeinden. 1850 beantragten die Ruchheimer Juden, deren Gemeinde bisher eine Filiale der Kultusgemeinde Fußgönheim gewesen war, bei den Behörden die Bildung einer eigenständigen Kultusgemeinde. Die Zahl der Juden war mit über 160 so hoch wie nie zuvor, und so begrüßte das Landkommissariat die geplante Maßnahme, auch „um den beständigen Gehässigkeiten und Zerwürfnissen dortselbst ein Ende zu machen."[150]

Die Satzung der Gemeinde folgte den fortschrittlichen Beispielen der Gemeinden Speyer und Mutterstadt. Neben den Modalitäten zur Bildung des Synagogenausschusses und der Beschreibung von dessen Verwaltungstätigkeit in Bezug auf Finanzen, Gottesdienst und Schule enthielt sie auch eine ausführliche Synagogen- bzw., wie man damals sagte, „Synagogenpolizei"-Ordnung. Hier wurde die Abkehr von – in den Augen jüdischer Reformtheologen – alten Missbräuchen und die Würde und Ordnung des Gottesdienstes betont: Ruhe, Disziplin und Andacht wurden gefordert. Nach außen hin sollten die Juden nicht durch „Zusammenstehen in- und außerhalb der Synagoge, im Vorhofe derselben oder auf der Straße, während und nach dem Gottesdienste, wie beim Nachhausgehen"[151] auffallen. Damit entsprach man der königlichen Verordnung von 1823 in Bezug auf die jüdische Kultusausübung, die öffentliches Erscheinen außerhalb der Synagogen untersagte.[152] Mit der Bestimmung, dass nur „Kinder, welche die Schule besuchen", am Gottesdienst teilnehmen durften, sollte der Bildungsstand der jüdischen Einwohner erhalten bzw. gesteigert und die Existenz der seit 1836 in Ruchheim bestehenden jüdischen Volksschule gesichert werden.[153]

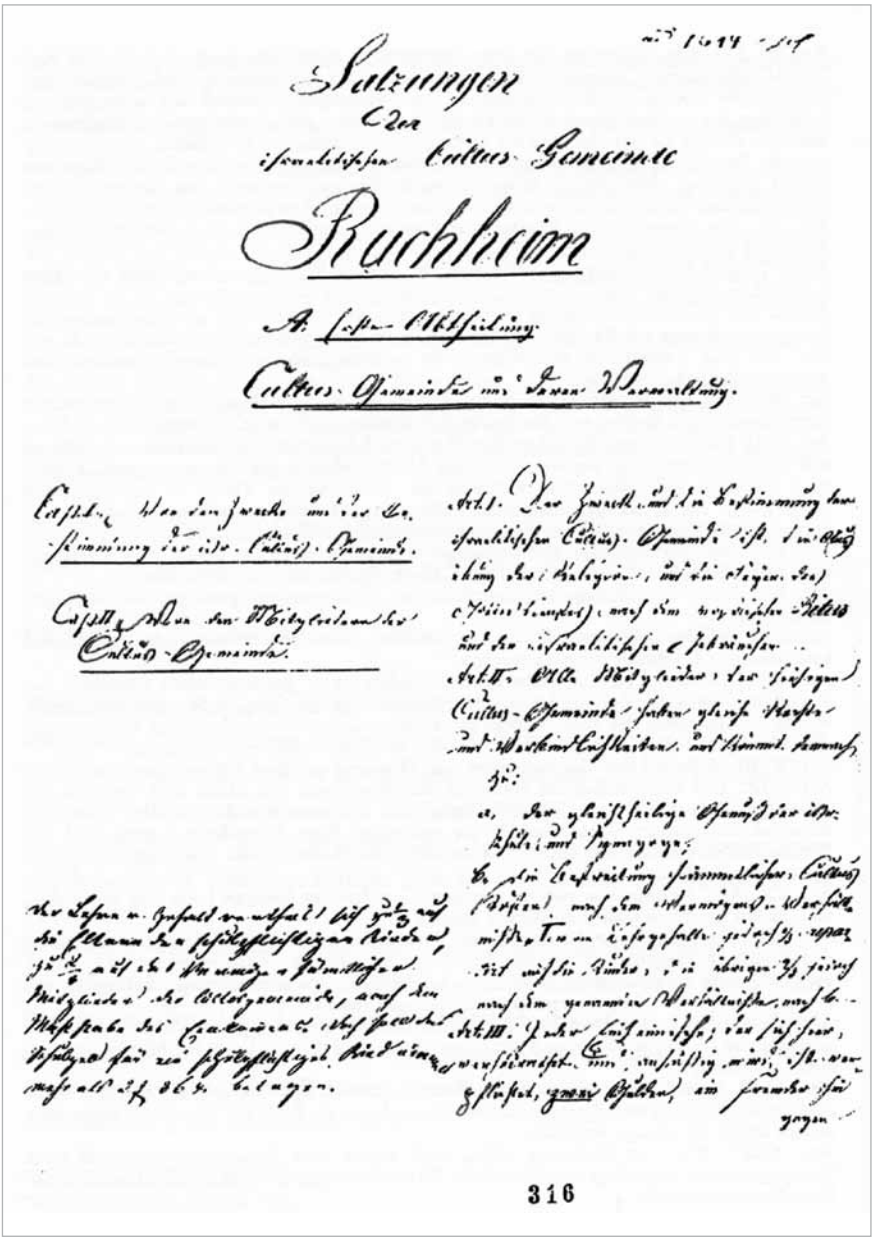
Mit der Bildung einer eigenen Kultusgemeinde und ihrer Satzung hatten die Ruchheimer Juden – offenbar nach einigem Zögern – Anschluss an den gemäßigt modernen Geist der Ordnung der Religion gefunden, der in der Pfalz Raum gewann. In den folgenden Jahren begann sich dann auch das Verhältnis zur Behörde, ähnlich wie in Ludwigshafen, zu bessern. 1865 berichtete die jüdische Gemeinde, dass sie seit etlichen Jahren 50 Gulden von der Gemeinde als Zuschuss zur Bestreitung ihrer Kosten erhalte, und 1873 spricht ein Brief von 100 Gulden Gehaltszuschuss für den Lehrer.[154] Bereits 1858 hatte das protestantische Pfarrbuch Ruchheims betont, dass „die Juden, die hier anwesend sind, einen gesetzlich unzweifelhaften Lebenswandel führen."[155]

Sechs Jahre nach den Ruchheimern konstituierte sich auch die auf 50 Personen angewachsene Judenschaft Rheingönheims zusammen mit den Juden Neuhofens als eigene Kultusgemeinde – zuerst ohne die Zustimmung der

Behörden einzuholen.[156] Dieser Fehler wurde im Jahr darauf „geheilt." 1858 trat dann nach einigen Verzögerungen der erste Synagogenausschuss der Gemeinde in Funktion.

Hervorstechendes Kennzeichen der Rheingönheimer Judenschaft war die Wohlhabenheit der meisten ihrer vergleichsweise wenigen Mitglieder. Nur dies machte die Entstehung der Gemeinde möglich, da die 1854 erlassenen Bestimmungen vor allem sicherstellen sollten, dass eine neue Kultusgemeinde sich zu finanzieren imstande war. Die Standortgunst des Dorfes hatte seit dem frühen 19. Jahrhundert noch zugenommen. Seit 1847 hatte es Bahnanschluss und war seit 1851 Sitz der großen Zuckerfabrik „Friedensau." Es geriet damit in direkten Kontakt zum neuen Handels- und Industriezentrum in Ludwigshafen und Mannheim. Das Gewerberegister des Jahres 1867 nannte unter 92 Gewerbetreibenden etwa ein Dutzend Juden. Neben traditionellen Berufen wie Viehhändler und Makler tauchen nicht weniger als vier „Backsteinbrennereien" auf, die von jüdischen Eignern betrieben wurden. Hier nutzte man die Möglichkeit, Baustoffe für den ungeheuren Bedarf der rasant wachsenden Nachbarstädte aus der Rheingönheimer Erde zu ziehen.[157]

Weitaus weniger günstig stellte sich die Lage in Ruchheim dar. Das Steuerregister des Jahres 1868[158] zeigte, dass zwar die sieben wohlhabenden Ruchheimer jüdischen Steuerzahler mit einem Steueraufkommen von fast 21 Gulden pro Kopf den Durchschnitt der Ruchheimer Gesamtbevölkerung von knapp über sieben Gulden weit übertrafen. Zu den Betuchten gehörten damals ausschließlich Mitglieder der Familien Herz und Löw, von denen drei auch ganz stattliche Summen für ihren Grundbesitz entrichteten. Die 41 ärmeren Ruchheimer Juden erreichten allerdings nur eine Steuerleistung von drei Gulden und damit weit weniger als den dörflichen Durchschnitt. Damit war das Schicksal der Gemeinde in den Jahrzehnten des deutschen Kaiserreichs vorhersehbar.



Satzungen
der
israelitischen Cultus-Gemeinde
Ruchheim

A. Erste Abtheilung.

Cultus-Gemeinde und deren Verwaltung.

Erstes Kapitel.
Von der Errichtung und Zweck der Cultus-Gemeinde der israelitischen Cultus-Gemeinde.

Zweites Kapitel.
Von den Mitgliedern der israelitischen Cultus-Gemeinde.

Art. 1. Der Zweck und die Bestimmung der israelitischen Cultus-Gemeinde ist die Ausübung des mosaisch-talmudischen Religionsdienstes und der israelitischen Schulanstalten.

Art. 2. Alle Mitglieder der israelitischen Cultus-Gemeinde haben gleiche Rechte und Pflichten und bilden eine Corporation, welche durch ihre gesetzlichen Organe:

a. die gesammte israelitische Gemeinde oder deren Ausschuß und Repräsentanten,

b. die Verwaltung sämmtlicher Cultus-Angelegenheiten nach den Vorschriften dieser Statuten und

c. die Vorsteher

vertreten wird.

Art. 3. Jeder Israelit, der sich niederläßt, ist verpflichtet, binnen [illegible] Monaten sich bei dem Vorstande der israelitischen Cultus-Gemeinde anzumelden.

316

Abb. 11: „Satzungen der israelitischen Cultusgemeinde Ruchheim", 1855

III.

Die Juden Ludwigshafens im Zweiten Deutschen Kaiserreich

Das Wachstum der jüdischen Gemeinde

In den fast fünfzig Jahren des zweiten deutschen Kaiserreichs wandelte sich Ludwigshafen von einer Kleinstadt mit etwa 7 900 Menschen (1871) zur viertgrößten Stadt Bayerns und bei weitem größten Stadt der Pfalz mit (Ende 1913) fast 94 000 Einwohnern.[159] Die Schnelligkeit des Wachstums brachte ihr den Titel eines „pfälzischen" oder gar „deutschen Chicago" ein, ihr amerikanisches Expansionstempo wurde wiederholt hervorgehoben. Eine junge Stadt mit jungen Familien, eine Industriemetropole, in der die Chemie dominierte und mit der BASF eines der führenden Unternehmen der Branche in der Welt seinen Sitz hatte. Über zwei Drittel der Beschäftigten arbeiteten in Gewerbe und Industrie, 20% im Handel. Fast 60% der Einwohner waren Arbeiter. Bis 1900 verdoppelte sich die Bevölkerung in jedem Jahrzehnt, bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs wuchs sie noch einmal um 50%.

Auch die jüdische Gemeinde wuchs, doch langsamer als die Stadtbevölkerung insgesamt, ein in Deutschland generell zu beobachtendes Phänomen.[160] So sank der Anteil der Juden an der Einwohnerschaft zwischen 1871 und 1905 kontinuierlich von 2,3% auf 0,8%. Damals lebten 594 „Israeliten" in Ludwigshafen.[161] Danach stieg die Zahl der Menschen jüdischen Glaubens binnen fünf Jahren auf 747, d.h. um mehr als ein Viertel. Dies übertraf erstmals den generellen Bevölkerungszuwachs, der nur 15% betrug. Der Anteil der Israeliten an der Gesamtbevölkerung wuchs wieder leicht auf 0,9%.

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs scheint der stärkere Zuwachs angehalten zu haben. Die Tabellen zum Beitrag der Gemeinde zum Rabbinatsgehalt vermelden in den Jahren 1906, 1909 und 1912 105, 131 und 143 „zahlungsfähige Familien."[162] Präzisere Statistiken fehlen. Zwar existieren für die Jahre 1912 und 1917 die Listen der Steuerpflichtigen der jüdischen Kultusgemeinde. 1912 wurden 199 Familienhäupter registriert. Doch zum einen fehlen Angaben zu den Familienangehörigen und Dienstboten, zum anderen wurden die von den Zahlungen meist wegen Armut freigestellten Gemeindeglieder nicht erwähnt. In den Gewerberegistern und anderen Quellen finden sich für 1912 noch weitere 63 in den Steuerlisten nicht genannte jüdische Familienhäupter bzw. Haushaltsvorstände. In den Listen nicht erwähnte unselbständig Beschäftigte jüdischen Glaubens sind aufgrund der Quellenbasis nur in sehr geringem Umfang zu ermitteln. Dem glücklichen Zufall, dass die beiden Brüder Feldner zusätzlich zu ihrer Tätigkeit als Fabrikarbeiter einen „Handel mit Vögeln im Kleinen" aufzogen, verdanken wir ihre Erfassung durch die heute noch erhaltenen Archivalien.[163] Sehr groß wird die Zahl der jüdischen Arbeiter aber nicht gewesen sein.[164] Bei 260 ermittelten jüdischen Haushaltsvors tänden kann man wohl mit einer Gesamtzahl

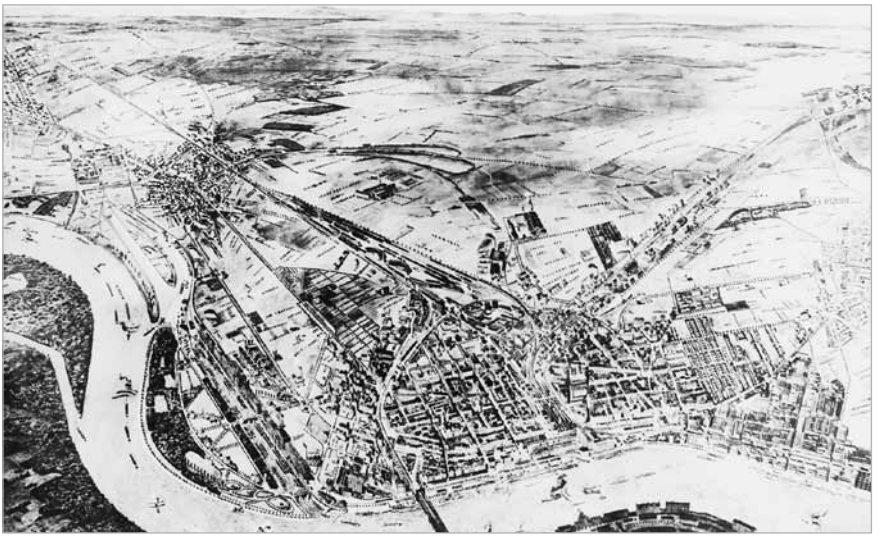


Abb. 12: Fast schon eine Großstadt: Ludwigshafen im Jahr 1912. Zeichnung aus einer Werbebroschüre

von nicht mehr als 280 rechnen. Bei etwa drei Menschen pro Haushalt hätte die Zahl der jüdischen Bewohner Ludwigshafens Ende 1912 um die 840 betragen.

Das kontinuierliche Wachstum der jüdischen Gemeinde Ludwigshafens war innerhalb der Pfalz die Ausnahme:[165] die Landjudengemeinden schrumpften immer deutlicher – auch durch den Zuzug in das wirtschaftlich dynamische Ludwigshafen, und selbst manche der alten städtischen Gemeinden, etwa in Speyer und Kaiserslautern, begannen nach der Jahrhundertwende abzunehmen. 1910 war allein die Landauer Gemeinde noch zahlenmäßig größer als die in Ludwigshafen. Der Anteil der Gemeinden an der Gesamtbevölkerung übertraf allerdings damals noch an vielen pfälzischen Orten, auch in Landau, Speyer und Kaiserslautern, deutlich den in der Stadt der Chemie.

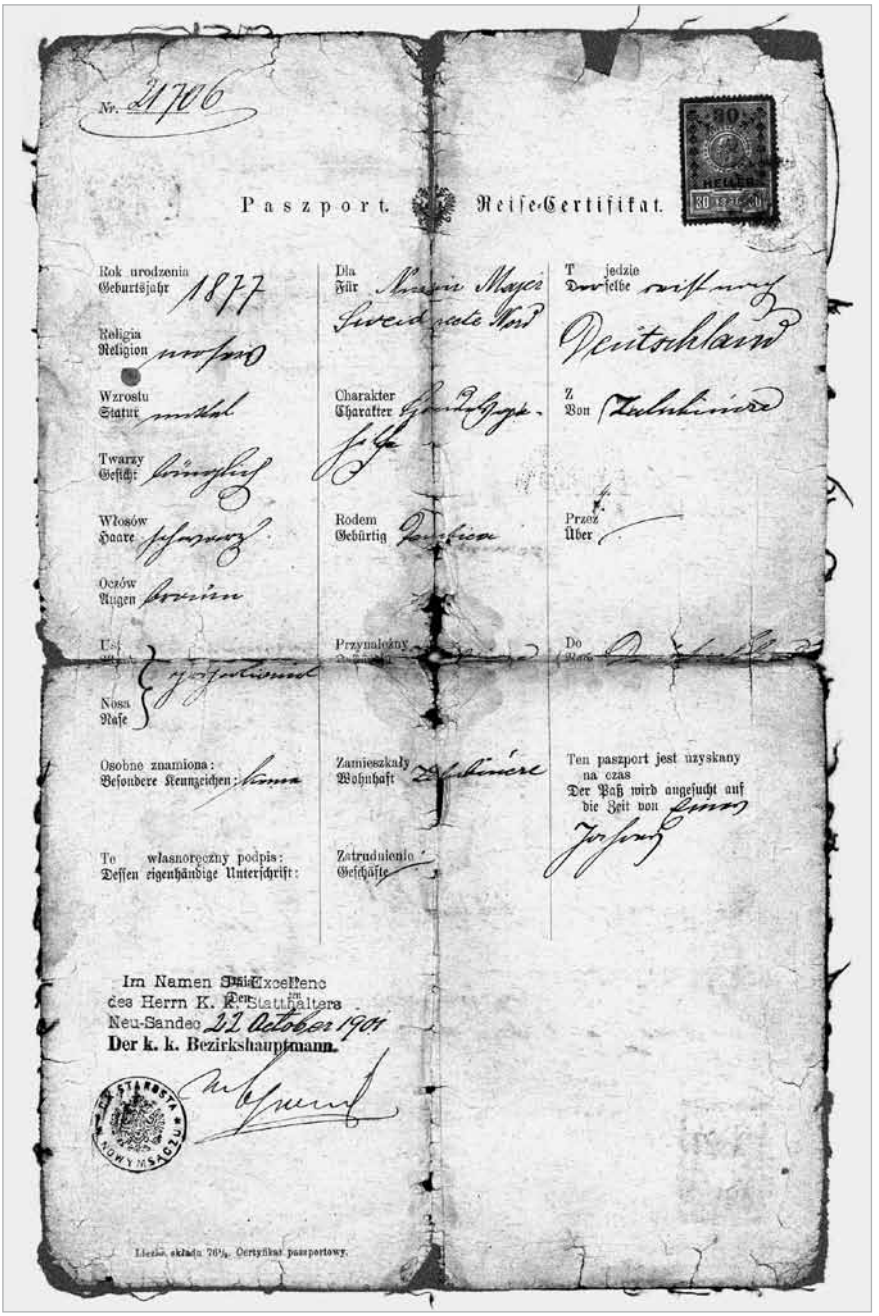
Ludwigshafen war seit seiner Gründung ein Ort gewesen, der sowohl durch einen soliden Geburtenüberschuss wie, oft zu mehr als 50%, durch einen Wanderungsüberschuss gewachsen war. Die Zuwanderung schwächte sich wie erwähnt nach 1900 ab, und zwischen 1905 und 1910 trug der Wanderungsüberschuss nur noch zu 21% zum Bevölkerungswachstum bei. Ganz anders bei den Juden: Nur ein Drittel der zahlenmäßigen Zunahme der jüdischen Bevölkerung der Stadt ging 1905/10 auf den Geburtenüberschuss zurück, zwei Drittel auf Zuwanderung. Ganz dementsprechend waren nur etwa sechs Prozent der 1912 in Ludwigshafen ermittelten Juden in Ludwigshafen selbst geboren.[166] In der übrigen Bevölkerung betrug der Anteil damals schon etwa ein Viertel.[167] Die

jüdische Gemeinde blieb also weit stärker als die übrige Stadtbevölkerung eine „Zuwanderungsgemeinschaft."

Der Grund lag unter anderem darin, dass auch die Ludwigshafener Juden, ähnlich wie ihre Glaubensgenossen in ganz Deutschland eine im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich kleinere Kinderzahl hatte. In den Jahren 1905 bis 1910, für die entsprechende Daten für Ludwigshafen zugänglich sind,[168] wurden in der gesamten Einwohnerschaft 32,7 Geburten auf 1 000 Einwohner registriert; bei den Juden waren es nur 20,1 Geburten. Die Gründe für die kleinere Kinderzahl mögen wie bei den Calvinisten des 18. Jahrhunderts in einer bewussten Familienplanung gelegen haben, die Rücksicht nahm auf die Möglichkeiten, den Nachkommen eine materiell gute Existenz zu sichern,[169] – und das, obgleich die jüdische Gemeinschaft gegenüber dem Schnitt der Bevölkerung ein gehobenes Sozialprofil aufwies. Aber hier traf möglicherweise die häufig zu beobachtende Tatsache zu, dass wohlhabende Menschen in der Regel weniger Kinder haben.

Die wachsende Rolle der Zuwanderung für die Zunahme der Zahl jüdischer Einwohner Ludwigshafens war auch in einer nach 1900 beginnenden schleichenden Veränderung der Zuwanderungsmuster begründet. Über Jahrzehnte hatte die Herkunft der Ludwigshafener Juden wie schon vor 1870 weitgehend der der übrigen Einwohnerschaft geglichen. Von den 20 der 29 Familienhäupter des Jahres 1870, deren Herkunft ermittelt werden konnte, kamen 15 aus der Pfalz, meist der Vorderpfalz, drei aus Nordbaden und je einer aus Kreuznach und Franken.[170] Um dieselbe Zeit waren auch 40% der Heiratswilligen in der Gesamteinwohnerschaft Kinder der Vorderpfalz, über 60% Pfälzer; Baden und Bayern stellten zusammen 20%.[171]

Auch noch 1910 kamen über 80% der Ludwigshafener Heiratswilligen aus dem Nahbereich zwischen Pfalz und angrenzenden preußischen Gebietsteilen, Nordbaden und Südhessen. Nur zwei Prozent waren Ausländer. Bei den Juden ergab sich nun aber ein differenziertes Bild. Auf der einen Seite war vieles wie gewohnt: Von den 260 in Ludwigshafen 1912 ermittelten jüdischen Haushaltsvorständen stammten 38%[172] aus der Pfalz und 15% aus Nordbaden und Südhessen – letztere Zahl ein doppelt so hoher Wert wie unter der Gesamtbevölkerung Ludwigshafens. Insgesamt waren rund 61% der Juden im Nahbereich gebürtig. Dem entsprach auch im Wesentlichen der „Heiratskreis" der Ludwigshafener „Israeliten." Noch die „Judenliste" vom Spätherbst 1937[173] zeigte, dass die meisten deutschen Juden der Stadt ihre Frauen in einem Gebiet zwischen Mainz und Karlsruhe, der Pfalz und Nordbaden gefunden hatten – und häufig selbst von dort stammten. Immerhin etwa die Hälfte der rund 130 erfassten Ehen waren allerdings „Fernheiraten", d.h. die beiden Ehepartner stammten aus ganz verschiedenen Teilen Deutschlands – oder ganz gelegentlich aus dem westlichen Ausland. Deutlich überrepräsentiert waren in dieser Gruppe Akademiker und


Nr. 1706

Paszport. Reise-Certifikat.

Rok urodzenia / Geburtsjahr 1877

Religia / Religion

Wzrostu / Statur

Twarzy / Gesicht:

Włosów / Haare

Oczów / Augen

Nosa / Nase

Osobne znamiona: / Besondere Kennzeichen:

To własnoręczny podpis: / Dessen eigenhändige Unterschrift:

Dla / Für

Charakter / Charakter

Rodem / Gebürtig

Przynależny / Zuständig

Zamieszkały / Wohnhaft

Zatrudnienie / Geschäfte

T jedzie / Derselbe

Z / Von

Przez / Über

Do

Ten paszport jest uzyskany na czas / Der Paß wird angesucht auf die Zeit von

Im Namen Seiner Excellenz / des Herrn K. K. Statthalters / Neu-Sandec 21 October 1901

Der k. k. Bezirkshauptmann.

STAROSTA NOWY SĄCZ

Liczba okładu 76½. Certyfikat paszportowy.

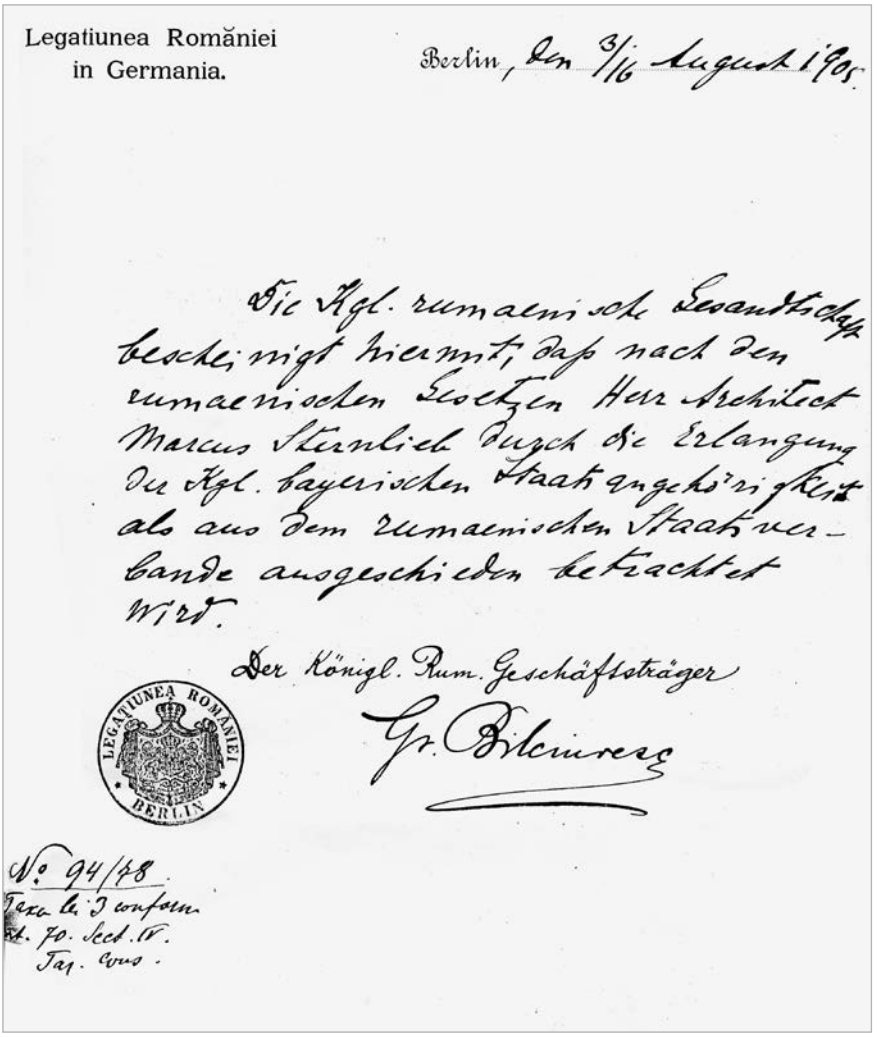
Abb. 13: Pass der österreichischen Behörden für den in Galizien beheimateten Mayer Nusye Nord zur Reise nach Deutschland. Nord ließ sich in Ludwigshafen nieder und verstarb dort 1919. Er wurde wie die meisten Ostjuden niemals deutscher Staatsbürger.

Staatsbedienstete sowie Industrielle, die zusammen rund ein Drittel der „Fernbeziehungen" eingegangen waren. Sie waren durch Studium und berufliche Karriere oft an weit abgelegene Orte gelangt, oder hatten als „Zugereiste", nachdem sie in Ludwigshafen eine feste Anstellung gefunden hatten, erst hier eine Frau aus der Region geheiratet.

Was die jüdische Gemeinschaft des Jahres 1912 von der nicht-jüdischen Bevölkerung grundsätzlich unterschied, waren allerdings nicht „Fernheiraten", die auch bei nicht-jüdischen Akademikern nicht selten waren. Es war vielmehr die Tatsache, dass mehr als 22% der Israeliten der Stadt aus „dem Osten", vor allem dem österreichischen Kronland Galizien – dem heutigen Südpolen bzw. der Westukraine – und Russisch-Polen stammten. Eine jüdische Zuwanderung aus dem Osten hatte es schon vor 1900 gegeben, doch nahm sie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg stark zu. Während in den Jahren 1905/1909 etwa 60 ostjüdische Anträge den Weg ins Gewerberegister[174] fanden, was rund 40% aller jüdischen Gewerbeanträge ausmachte, stieg die Zahl 1910/1914 auf 89 bzw. 61%. Der Ausländeranteil unter den Juden übertraf den in der Gesamtbevölkerung um ein Vielfaches. Die Juden waren *die* internationale Gemeinschaft in der jungen Stadt.

Wie die nicht-jüdischen Ludwigshafener pflegten viele Juden der Stadt die Beziehungen zu ihren Herkunftsgemeinden. Zuzug führte zudem oft zu weiterem Zuzug aus dem dörflichen Verwandten- und Nachbarschaftskreis. Im Fall der jüdischen Einwohner lässt sich das, wie noch zu zeigen sein wird, bei Ruchheim mit seiner dahinschwindenden jüdischen Gemeinde demonstrieren. Auch aus Dörfern in Franken, Bayern und selbst Galizien folgten ganze Verwandtengruppen den ersten jüdischen Zuwanderern nach Ludwigshafen. Ein solches Netzwerk könnte auch hinter der Tatsache stehen, dass der aus Kolomea stammende Wormser Jude Ignatz Ziegelhaut den Ludwigshafener Zweigbetrieb seines Möbelgeschäfts dem aus demselben Ort stammenden Israel Sender übertrug.[175]

Die ostjüdische Zuwanderung trug zur geringeren „Festigkeit" der jüdischen Gemeinschaft im Vergleich zur Gesamtbevölkerung bei. Von den ca. 75 Ostjuden, die zwischen 1909 und 1912 nach Ludwigshafen kamen, war bis 1914 weit über die Hälfte schon wieder weiter gezogen.[176] Nach oft nur kurzem Aufenthalt in der Stadt ging mancher galizische Jude zurück in die Heimat, verschwand „ungewiss wohin" oder wanderte, wie Isaak Berkowitz, der sich seit Mitte 1911 in Ludwigshafen vom Vertrieb von Kurzwaren auf Messen und Märkten genährt hatte, nach den USA aus.[177] Der aus Böhmen stammende Ernst Baum erreichte umgekehrt über Atlanta im US-Bundesstaat Georgia das „deutsche Chicago" am Rhein.[178] Fella Sender und die Näherin Agatha Weißhaar siedelten nicht direkt von ihren Geburtsorten Kolomea (Galizien) und Lodz nach Ludwigshafen über, sondern waren schon früher nach Deutschland gekommen und hatten in Freiberg in Sachsen und Pforzheim gelebt.[179] Doch auch die deutschen Juden unterschieden sich in ihrem „Sesshaftigkeitsverhalten" von der


Legatiunea Română
in Germania.

Berlin, den 3/16 August 1905.

Die Kgl. rumaenische Gesandtschaft bescheinigt hiermit, dass nach den rumaenischen Gesetzen Herr Architect Marcus Sternlieb durch die Erlangung der Kgl. bayerischen Staatangehörigkeit als aus dem rumaenischen Staatsverbande ausgeschieden betrachtet wird.

Der Königl. Rum. Geschäftsträger

Gr. Bibicescu

LEGATIUNEA ROMÂNIEI BERLIN

No. 94/48

Taxa L. 3 conform
Art. 70. Sect. IV.
Tar. cons.

Abb. 14: Ostjüdische Zuwanderung ohne Armutshintergrund: Entlassung des späteren Baudirektors Markus Sternlieb aus der rumänischen Staatsbürgerschaft, die Voraussetzung zum Erwerb der bayerischen und damit deutschen Staatsbürgerschaft; August 1905

Masse der Bevölkerung. Wie andere im Handel stark engagierte „verstreute" Völker, etwa die Armenier, und überhaupt Großhändler-Dynastien aller Zeiten tauschten die Familienmitglieder bei der Leitung der Geschäfte auch einmal den Platz, so dass z.B. ein Bruder zurück in die alte Heimat ging bzw. einer für ihn dann in Ludwigshafen die Stellung hielt. Noch 1937 [180] gab es nur ganz wenige Ehepartner unter den Juden der Stadt, die im selben Ort geboren waren.

Innerhalb des oben erwähnten „Heiratskreises" kamen Mann und Frau oft aus verschiedenen Regionen, was vermutlich geschäftliche und private Kontakte spiegelte. Solche Familiennetzwerke waren noch sehr weit über die alte und neue Heimat hinaus gespannt. So kehrte Zacharias Morgenthau 1861 als US-Bürger aus New York zurück, um in der Stadt die Interessen der Gebrüder Morgenthau zu wahren.[181] Umgekehrt sandten die Familien Thalmann, Selinger, Wolff, Mann und Mayer, die in Ludwigshafen größere Unternehmen besaßen, ihre Söhne in die USA und nach Großbritannien.[182] Sie pflegten damit eine Mobilität, die der Masse der Ludwigshafener völlig fremd war.[183]

Erwerbstätigkeit und Sozialstruktur

Über 80% der jüdischen Einwohner Ludwigshafens lebten in der Innenstadt, wo sie mit zwei (1895) bis 2,2% (1910) einen doppelt so hohen Prozentsatz an der Bevölkerung stellten wie in der Gesamtstadt. In den 1892 und 1899 eingemeindeten Dörfern Friesenheim und Mundenheim gab es nur verschwindend wenige „Israeliten", was bis um 1900 auch auf den nördlichen Stadtteil Hemshof zutraf.[184] Diese Bevölkerungsverteilung hatte ihren Grund in der Erwerbsstruktur der Juden. Die Innenstadt war das Zentrum des Einzelhandels, und gerade auf diesem Feld überstieg die Bedeutung der Geschäftsinhaber „mosaischen Glaubens" weit ihren zweiprozentigen Bevölkerungsanteil. Die Zahl und die Qualität der jüdischen Ladengeschäfte wuchsen beständig. Besonders aktiv waren jüdische Geschäftsleute im Textil- und Schuhwareneinzelhandel, wo ihr Anteil an den einschlägigen Läden zwischen 1893 und 1912 auf etwa die Hälfte bzw. über die Hälfte anwuchs.[185]

Besonders deutlich wurde diese Entwicklung in der damaligen Hauptgeschäftsstraße der Stadt, der Ludwigstraße. In der 1885 nach dem bayerischen „Märchenkönig" Ludwig II. benannten Einkaufsmeile besaßen Juden um 1893[186] erst zwischen zehn und 15 Prozent der Häuser. In den Jahren vor 1914 war der Prozentsatz auf etwa ein Viertel der damals 73 Häuser gestiegen. Von den 73 Geschäften, die jeweils im Erdgeschoss der Häuser entlang des attraktiveren Teils der Straße zwischen der Auffahrt zur Rheinbrücke und dem baum- und brunnengeschmückten Ludwigsplatz lagen, betrieben Juden damals nicht weniger als 27, d.h. 37%. Viele davon gehörten zu den größeren, oft zwei oder mehr Stockwerke umfassenden Läden. Manches der jüdischen Unternehmen war zuerst in einer der weniger angesehenen Straßen der Innenstadt oder auch des nördlichen Stadtteils gegründet worden. Der geschäftliche Erfolg ermöglichte dann den Sprung in die Hauptgeschäftsstraße.

Das spektakulärste Beispiel war vermutlich das an der Ecke Ludwigstraße/Kaiser-Wilhelm-Straße gelegene Kaufhaus Gebr. Rothschild. Am 16. Juli 1900 mit nur vier Mitarbeitern zunächst in der Prinzregentenstraße im nördlichen Stadtteil gegründet, war es in kurzer Zeit zu einem renommierten und



Arbeits-Ordnung

der Firma

Gebrüder Rothschild, Ludwigshafen.

§ 1.

Jeder Angestellte hat sich beim Eintritt sofort auf dem Kontor zu melden, und die zur Anmeldung erforderlichen Papiere abzugeben, ebenso ist bei einem Wohnungswechsel unverzüglich die neue Wohnung anzugeben.

§ 2.

Die Geschäftszeit beginnt in der Zeit vom 1. April bis 30. September einschließlich um 7½ Uhr und in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März einschließlich um 8 Uhr morgens und endigt um 8 Uhr abends.

§ 3.

Die Tischzeit beträgt 1½ Stunde. Dieselbe ist für das Personal in zwei Abteilungen vorgesehen; sie läuft für die erste Abteilung von 11½ bis 1 Uhr, für die zweite von 1 bis 2½ Uhr. Die Tischzeit muß pünktlich eingehalten werden.

§ 4.

Die Pausen für Frühstück und Vesper dauern für jeden Angestellten jeweils 15 Minuten.

Die Einteilung des Personals in 2 Gruppen gilt für die Vesperpausen und für die Tischzeit.

§ 5.

Es darf nur in dem dazu bestimmten Raum gegessen und getrunken werden.

Es ist untersagt, Speisereste, Flaschen oder Gläser herumliegen zu lassen.

Der Genuß von alkoholischen Getränken am Vormittag ist nicht gestattet.

Speisen und Getränke zum Frühstück und Vesper dürfen nicht außerhalb des Geschäftes geholt, sie können mitgebracht werden.

Lehrmädchen dürfen nicht zum Essenholen weggeschickt werden, auch nicht zu irgend welchen sonstigen Privatzwecken.

Verstöße gegen die vorbezeichneten Bestimmungen werden das erste Mal mit einem Verweis, jedes weitere Mal mit einer Geldstrafe von 20 Pfg. bestraft.

§ 6.

Wer später als 5 Minuten nach der festgesetzten Eröffnungszeit erscheint, zahlt 10 Pfg. Strafe, eine größere Verspätung über 10 Minuten hinaus, zieht 20 Pfg. Strafe nach sich.

Die Kontrolle hierüber wird an der Kasse geführt. Eine Viertelstunde nach Eröffnung des Geschäftes wird die Kontrolle geschlossen. Später Kommende haben sich alsdann im Kontor zu melden.

§ 7.

Die Auszahlung der Gehälter erfolgt in bar in Reichswährung am letzten eines jeden Monats für den abgelaufenen Monat. Fällt dieser Tag auf einen Sonntag, so geschieht die Auszahlung am vorhergehenden Tag.

§ 8.

Die Kündigung ist für beide Teile, für das festangestellte kaufmännische Personal, falls nicht längere für beide Teile gleiche Fristen besonders vereinbart sind, eine monatliche und erfolgt auf den Schluß eines Kalendermonats.

§ 9.

Es ist untersagt:

a) Störungen irgend welcher Art zu erregen oder sich an solchen zu beteiligen.
b) Während der Geschäftszeit sich privat zu unterhalten.
c) Während der Geschäftszeit ohne Erlaubnis das Geschäftslokal zu verlassen oder Privatbesuche in demselben zu empfangen.
d) Die Sittlichkeit oder den Anstand verletzende Redensarten zu führen oder ein sonst anstößiges Verhalten an den Tag zu legen.
e) Jeder nicht geschäftliche Verkehr zwischen den männlichen und weiblichen Angestellten.
f) Der Aufenthalt vor den Theken, an den Ein- und Ausgängen.
g) Metermaße, Blocks, Scheren u. s. w. auf den Ladentischen, sowie Papierschnitzel auf dem Boden herumliegen zu lassen.
h) In den Geschäftsräumen zu rauchen, mit Feuer, Licht oder Beleuchtungskörpern unvorsichtig umzugehen.
i) Mit Maschinen, Werkzeugen, Materialien der Firma leichtfertig zu verfahren. Briefbogen, Umschläge und sonstige Schreibmaterialien und Schemas der Firma sowie die Telefonanlage für Privatzwecke zu benutzen.
k) Dienste der Angestellten für Privatzwecke in Anspruch zu nehmen, oder anderen Personen während der Geschäftszeit Dienste für Privatzwecke zu leisten.
l) Abends den Arbeitsplatz zu verlassen ohne ihn vorher aufgeräumt und gesäubert zu haben.
m) Während der Geschäftszeit Bücher und Zeitungen zu lesen, Handarbeiten anzufertigen, private Korrespondenz zu führen, Blumen im Geschäft anzunehmen oder anzustecken.

§ 10.

Während des Bedienens haben die Verkäufer bzw. Verkäuferinnen ihre ganze Aufmerksamkeit dem Verkauf und der Kundschaft zu widmen.

Die verkauften Stoffen müssen in Meterlagen gelegt werden.

Futterstoffe, sowie alle Artikel, die eine besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt erheischen, sind sofort wegzuräumen. Unterlassungen werden mit 10 Pfg. Geldstrafe geahndet.

§ 11.

Verfehlungen gegen die Geschäftsordnung werden bestraft, durch Verweise und die in der Geschäftsordnung §§ 5, 6, 10, 13, 16 angedrohten Geldstrafen.

Die Geldstrafen werden durch den Geschäftsinhaber oder die von ihm hierzu bestimmten Geschäftsleiter ohne Verzug festgesetzt und den Angestellten bekannt gegeben. Die Geldstrafen werden in ein Verzeichnis eingetragen, welches den Namen des Bestraften, den Tag der Bestrafung, sowie Grund und Höhe der Strafe angibt.

§ 12.

Die Strafgelder, welche sofort oder spätestens an dem nächstfolgenden Zahltag zu entrichten sind, fließen in die Personalkasse.

Die Personalkasse wird nur zum Besten des Personals verwendet.

Ueber die Verwendung derselben beschließt der Geschäftsinhaber in Gemeinschaft mit einer vom Personal aus seinen Reihen zu wählenden Kommission von 3 Mitgliedern.

Wenn ein Angestellter aus dem Geschäft austritt, geht er jeden Anspruchs auf Beteiligung hieran oder sonst auf die Personalkasse verlustig.

§ 13.

Die Garderobe darf nur während der Pausen, sowie zum Zwecke des An- und Auskleidens betreten werden. Hüte, Mäntel, Schirme, Schwamm u. s. w. müssen stets an den angewiesenen Platz gelegt werden.

In der Garderobe hat die peinlichste Sauberkeit zu herrschen; alle dort gebrauchten Gegenstände müssen sich stets am bestimmten Platz befinden.

Jede Zuwiderhandlung wird zunächst mit einem Verweis und sodann mit einer Geldstrafe von 20 Pfg. belegt.

§ 14.

Zur Auswahl und ohne Bezahlung darf Ware nur mit Erlaubnis des Geschäftsinhabers oder Geschäftsführers verabfolgt werden.

§ 15.

Es ist untersagt, ohne ausdrückliche Genehmigung des Geschäftsinhabers oder dessen Stellvertreter irgend welchen Kredit zu gewähren.

Wer es unterläßt, beim Fortschicken einer Auswahlsendung die Buchung durch die Kassiererin zu veranlassen, oder beim Zurückkommen der Ware die Zurückschreibung herbeizuführen, wird mit einer Geldstrafe von 50 Pfg. bestraft.

§ 16.

Jeder Angestellte hat sich, wenn er keine Kundschaft bedient, in der ihm zugewiesenen Abteilung aufzuhalten und hat die volle Arbeitszeit der Tätigkeit für das Geschäft zu widmen.

Die Angestellte haben darauf zu achten, daß die Kunden sofort bedient, oder nach der Abteilung hingewiesen werden, wo sich die gesuchten Waren befinden.

Kann ein Kunde nicht zufriedengestellt werden, so ist dem Geschäftsinhaber oder Geschäftsführer Mitteilung zu machen, desgleichen von Mängelrügen durch das Publikum, sowie an den Waren entdeckten Fehlern.

§ 17.

Geschäftliche Anfragen und Anweisungen der Angestellten untereinander in Hörweite der Kundschaft haben in gedämpfter Stimme zu erfolgen.

Den Anordnungen des Geschäftsführers und Abteilungsvorstandes ist unbedingt Folge zu leisten; Widerspruch und Wortwechsel ist insbesondere vor der Kundschaft streng verboten.

Beschwerde an den Geschäftsinhaber steht frei.

§ 18.

Fehlt ein vom Geschäft geführter Artikel, sowie ein von der Kundschaft verlangter noch nicht geführter Artikel, so muß dies dem Geschäftsführer gemeldet werden.

Kein Angestellter hat das Recht, persönlich oder telephonisch bei einem Reisenden oder sonstwo Bestellungen zu machen.

§ 19.

Dem Personal ist die Entnahme von Waren nur Mittwoch und Samstag morgens bis 10 Uhr gestattet und vorher an der Kasse zu melden. Das Bedienen der Angehörigen hat nur durch dritte Personen zu erfolgen.

§ 20.

Im Erkrankungsfalle ist dem Geschäftsinhaber noch am Vormittag des ersten Tages Mitteilung zu machen.

Der Geschäftsinhaber kann jederzeit von einem seitens des Geschäfts angestellten Arzt Bericht über die Krankheit einfordern; jeder Angestellte hat daher den Besuch dieses Arztes zu gestatten.

Auf Verlangen des Geschäftsinhabers ist die ärztliche Bescheinigung des behandelnden Arztes beizubringen.

Ein ärztliches Zeugnis soll binnen zwei Tagen vorgelegt werden.

Die vorstehende Geschäftsordnung tritt mit dem 1. November 1912 in Kraft.

Die Geschäftsordnung ist ein Bestandteil des Dienstvertrags.

Ludwigshafen, den 10. Oktober 1912.

Abb. 15: „Während des Bedienens haben die Verkäufer bzw. Verkäuferinnen ihre ganze Aufmerksamkeit dem Verkauf und der Kundschaft zu widmen (§ 10)." Arbeitsordnung der Firma Rothschild, 1912

qualitätsbewussten Warenhaus geworden. Schon 1904 wagte Louis Rothschild den Standortwechsel in das Geschäftszentrum, wo ein prachtvoller und markanter Jugendstilbau errichtet wurde, der städtebauliche Akzente setzte. Der 1856 in Neustadt im Odenwald geborene und allseits geachtete Louis Rothschild war Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes in Ludwigshafen und im Vorstand der Industrie- und Handelskammer; er wurde bayerischer Kommerzienrat, ein

Titel, der allerdings, wie sein Sohn augenzwinkernd bemerkte, 50 000 Mark kostete.[187] Die Gebrüder Louis und Michael Rothschild betrieben daneben noch Kaufhäuser in der Breiten Straße in Mannheim (heute Karstadt), in Heidelberg und in Darmstadt.

Das spätere Kaufhaus Wronker war schon im März 1893 in der Bismarckstraße 56 als Kurz-, Weiß- und Wollwarenhandel eröffnet worden, zog später in die Ludwigstraße und 1914 in das dort gelegene Stadthaus um. Nach einer Geschäftserweiterung 1927 nannte es sich „das größte Kaufhaus in der Pfalz." Seine Inhaber lebten in Mannheim, wo auch das Stammhaus stand. Neben Wronker wurden auch zwei weitere der vier im Adressbuch 1912 genannten „Warenhäuser" von Juden betrieben: in der Hemshöfer Prinzregentenstraße führte Arthur Brann ein Haus mit acht Angestellten und 100 000 Mark Umsatz,[188] in der Ludwigstraße die bis 1919 in Mannheim ansässige Familie Beer ein „Spezialgeschäft für komplette Kücheneinrichtungen, Geschenkartikel und Sportswagen."

An der Kreuzung Ludwigstraße/Kaiser-Wilhelm-Straße lagen sich vier jüdische Geschäfte gegenüber. Neben Rothschild, dem „Manufakturwaren"-, d.h. Stoffe- und Tuchgeschäft des aus Nordbaden stammenden Bernhard Auerbacher und dem Schuhgeschäft des vom Saarland nach Ludwigshafen zugezogenen Isidor Weiler stand das Konfektionsgeschäft des 1860 in Buttenheim bei Bamberg geborenen Julius Ziegler. Dessen erstes Geschäft hatte sich in der Ludwigstraße 71 befunden, dem Haus der Bäckerei Gelbert. Mit der Vergrößerung des Geschäftsbetriebes bezog Ziegler die neuen Räume an der Ecke Ludwigstraße/Kaiser-Wilhelm-Straße gegenüber Rothschild. Nach mehrfachem Ausbau – unter anderem wurde das „Café Luitpold" in die Geschäftsräume miteinbezogen – wurde es zu einem der größten Einzelhandelsgeschäfte der Stadt. 1925 zog sich Julius Ziegler von der Geschäftsführung zurück, es folgte ihm sein Schwiegersohn Heiner Altschüler nach. Gerade Konfektionsgeschäfte von Inhabern jüdischen Glaubens gab es noch eine ganze Reihe in der Ludwigstraße, darunter das Modegeschäft des 1887 in Ladenburg geborenen Theodor Kaufmann, der 1909 21 Angestellte beschäftigte und den Jahresumsatz seines Unternehmens mit 200 000 Mark, den Gewinn mit 8 000 Mark angab.[189] Das Konfektionswarengeschäft Ludwig Frank hatte im Jahre 1900 zunächst noch in der Prinzregentenstraße eröffnet. Im Jahre 1908 zog Frank dann in die Ludwigstraße 42 um. Ein weiteres renommiertes Unternehmen war das Schuhgeschäft von Leo Alsbacher an der Kreuzung Ludwigstraße/Wredestraße. Alsbacher war 1875 in Würzburg zur Welt gekommen, absolvierte eine Lehre in einer Schuhhandlung in Mannheim und hatte 1903 nach seiner Heirat ein eigenes Geschäft in Ludwigshafen eröffnet.

Von den übrigen jüdischen Geschäften sei hier nur noch der Eisengroßhandel Gimbel & Neumond genannt, der einen hervorragenden Ruf in einer nicht von jüdischen Inhabern dominierten Branche erwarb. Schon 1885 begründet, führte er hauptsächlich Werkzeuge und Maschinen, aber auch Öfen, Herde



Abb. 16: Hervorragender Ruf: Werbeseite der Firma Gimbel & Neumond aus den 1920ern mit den verschiedenen Standorten. Das Haupthaus an der Bismarckstraße war allerdings zur Kaiserzeit Sitz des Konfektionsgeschäftes Stutzmann.

und Haushaltsgeräte. Vor allem die Küchenherde der Firma Gimbel & Neumond gehörten zur Grundausstattung einer Ludwigshafener Wohnung. Mit mehr als 300 Mitarbeitern betrieben Gimbel & Neumond zudem noch einen erfolgreichen Eisen- und Stahlwarenimport.

Etwas über 20% der 1912 in Ludwigshafen gerichtlich registrierten „Handelsfirmen", d.h. Fabrik-, Groß- und Einzelhandelsbetriebe wurden von Juden betrieben.[190] Darunter waren viele der bedeutenden Geschäfte in der Innenstadt und die bereits vor 1870 gegründeten fünf Großhandelsfirmen Lippmann & Biernbaum, Neuberger & Landecker, Wolf Netter, Weingart & Kaufmann und Wolff. Insgesamt waren 1902 vermutlich sieben der 21 Großhandelsunternehmen Ludwigshafens und die Mehrzahl der wirklich großen und leistungsfähigen Unternehmen dieser Branche in jüdischem Besitz.[191] Die bestehenden Firmen expandierten stark; neue bedeutende jüdische Großhandelsunternehmen entstanden aber nicht mehr, während doch die Zahl der jüdischen Einzelhändler – im Takt mit dem Wachstum der Stadt – stark zunahm.

Ludwigshafen als einzige große Stadt in der ländlich bzw. klein- und mittelstädtisch strukturierten bayerischen Pfalz bot für Juden auch die Chance, in den sogenannten „freien" Berufen bzw. als Akademiker und im öffentlichen Dienst eine Anstellung zu finden. Von Anfang an waren Ärzte und Staatsbedienstete unter den Juden der Stadt gewesen. Doch noch 1893 waren nicht mehr als acht der 92 in den Kultussteuerlisten registrierten Familienhäupter in diesen Bereichen tätig, unter ihnen neben den beiden „Kultusdienern" der Jurist Alfred Escales als einer der beiden Amtsrichter, ein Rechtsanwalt, ein Lehrer an der Realschule, ein Lokomotivführer und der Vater des Philosophen Ernst Bloch, Markus Bloch, als Revisor bei den privaten „Pfälzischen Bahnen".

Zwanzig Jahre später arbeiteten 27 jüdische Familienhäupter im Bereich der freien Berufe und im öffentlichen Dienst. Nirgendwo nahmen diese Menschen jüdischen Glaubens eine zahlenmäßig dominierende Position ein. Eine Ausnahme bildeten die Rechtsanwälte: Neun von ihnen, d.h. die Hälfte aller in Ludwigshafen ansässigen Vertreter dieses Berufs, waren Mitglied der jüdischen Gemeinde. Daneben waren fünf Juden Lehrer an höheren Schulen, vier Ärzte, sechs Beschäftigte bei Bahn, Post, Steuer- und Justizverwaltung. Markus Sternlieb, ein 1877 in Rumänien als Sohn eines reichen jüdischen Kaufmanns geborener Architekt, arbeitete als Stadtbaumeister. Zur jüdischen „akademischen Schicht" zählten natürlich auch die beiden in der Stadt ansässigen Chemiker, einer davon der seit 1899 als Chefchemiker und Leiter des Wissenschaftlichen Labors bei Raschig beschäftigte Dr. Max Koebner. Die seinerzeit vielgerühmte synthetische Billardkugel gehört zu den Früchten seiner Erfindungen.[192] Darüberhinaus gab es eine Reihe von Prokuristen und Büroangestellten, die meist in Handels-, einige auch in Industriebetrieben tätig waren. Auch der Amtsrichter Emil Dosenheimer und – höchstwahrscheinlich – der Chefredakteur der sozialdemokratischen „Pfälzischen Post", Wilhelm Herzberg, zählten eigentlich zu den jüdischen Beschäftigten in Ludwigshafen. Sie hatten jedoch ihre Glaubensgemeinschaft verlassen. „Kulturschaffende" verschiedenster Art – namhafte Schriftsteller, Maler oder Musiker, die in den Metropolen des Reiches auch aus dem Kreis der

Judenschaft kamen, fehlten weitgehend in der jungen Stadt ohne ein ausgeprägtes Kulturleben. Eine Ausnahme bildete der „kgl. Oberrealschulprofessor" und Romanist Dr. Ernst Dannheiser, der unter dem Pseudonym Hugo Streck verschiedene wissenschaftliche Werke sowie Übersetzungen französischer Romane und Märchen verfasste und Mitarbeiter beim Feuilleton der nationalliberalen Ludwigshafener Zeitung „Pfälzische Rundschau" war.[193] Der Schriftsteller Hermann Sinsheimer lebte vier Jahre in Ludwigshafen als Rechtsanwalt und wirkte zugleich als Theater- und Literaturkritiker in Mannheim.[194] Im „Verein für jüdische Geschichte und Literatur" sprach er 1912 und 1913 über den Juden in der Schauspielkunst und als Gegenstand des Dramas.[195] Ansonsten fanden sich lediglich im Bereich populärer Unterhaltung einige jüdische Gewerbetreibende, oft arme Menschen mit prekärer materieller Basis. So bot ein Adolf Reveré im Jahr 1905 mit vier „Gehilfen" „Gesang- und Musikvorträge in der Stadt" an – ohne eine dauerhafte Existenz hier gründen zu können.[196] Die Ehefrau des aus dem Osten stammenden Israel Diamand betrieb kurzfristig einen „Kolportagebuchhandel" ohne Laden mit zwei „Kolporteuren".[197] Etwas ansehnlicher muss das 1904 von den in Mannheim ansässigen Gebrüdern Metzger in der Ludwigstraße für eine gewisse Zeit aufgestellte „Kaiserpanorama" gewesen sein.[198] Solche „reisenden" Riesenbilder auf Leinwänden waren sehr beliebt, aber ein eher antiquiertes Mittel, den Menschen die große Welt näher zu bringen. Der wie Israel Diamand ostjüdische Mendel Weinreb bot demgegenüber in den Jahren 1909 und 1910 innovative Unterhaltung mit „Kinovorführungen im Hausierbetrieb im Stadtbezirk."[199] Doch vermutlich mangelte es ihm an Kapital. Weinreb verlegte sich auf den Schuhhandel. Zudem wurde im Oktober 1906 durch die in Frankfurt beheimatete „Allgemeine Kinematographen-Gesellschaft" des Textilkaufmannssohns Paul Davidson[200] der erste ortsfeste und bequeme Kinosaal in Ludwigshafen gegründet – nur Monate nach dessen erstem Kino in Mannheim. Davidson baute sein „Imperium" in den folgenden Jahren stark aus. Auch das 1911 eröffnete erste Großkino Ludwigshafens in der Ludwigstraße 14 wurde von seiner Gesellschaft betrieben.[201] Zwischen 1908 und dem Frühjahr 1912 leitete Cilly Frankl das neue Wiener Caféhaus „Prinz Ludwig" im ersten Obergeschoss des Hauses Ludwigstraße 10.[202] Ansonsten waren Juden in der Gastronomie nur äußerst spärlich vertreten.

Ein Bereich, den vor allem die antisemitische Propaganda als charakteristisch für die Juden anprangerte, spielte weder bei den pfälzischen Juden im Allgemeinen noch bei den Ludwigshafener Juden im Speziellen eine große Rolle: das Geld- und Kreditgewerbe. Zwar hatte Kapital jüdischer Bankhäuser bei der Entwicklung der Ludwigshafener Industrie geholfen, doch es waren Mannheimer Kreditinstitute gewesen. Die Initiative zur Gründung und die weitere Entfaltung der großen Banken der Chemiestadt gingen vom bayerischen Staat, nicht-jüdischen Industriellen und liberalen „Weinbaronen" aus. Die jüdische Präsenz in



Die

Süddeutsche Bodencreditbank

gewährt

Darlehen auf Immobilien gegen hypothekarische Sicherheit.

Darlehen werden als gegenseitig kündbare oder mit mehrjähriger Unkündbarkeit auf bestimmte Zeit rückzahlbare oder als Annuitäten-Darlehen — gegen mässigen Zinsfuss — bewilligt.

Anträge beliebe man direct bei dem Beamten der Bank, Herrn Bank-Oberinspector **Julius Goldschmit** in **Ludwigshafen am Rhein,** einzureichen.

Die Besorgung der Darlehen sowie Ertheilung erforderlicher Auskunft geschieht von Herrn Goldschmit prompt und **unentgeltlich.**

☛ **P. S.** Ich bitte davon Vormerkung zu nehmen, dass sich die Bureau-Lokalitäten in meinem Hause

Kaiser Wilhelmstrasse Nr. 16

befinden.

Julius Goldschmit, Ludwigshafen a. Rh.,
Oberinspector der Süddeutschen Bodencreditbank
und Kgl. ital. Viceconsul.

Abb. 17: Die einzige Ludwigshafener Bank unter jüdischer Leitung: Anzeige der Filiale der Münchner Süddeutschen Bodenkreditbank aus dem Adressbuch des Jahres 1874

den örtlichen Banken blieb eher bescheiden: Der Mannheimer Felix Hecht war von 1886 bis zur Jahrhundertwende einer der Direktoren der neu gegründeten Pfälzischen Hypothekenbank.[203] Im Aufsichtsrat der Pfälzischen Bank saßen mit Julius Goldschmit und Samuel Netter auch zwei führende jüdische Kaufleute – unter zahlreichen nicht-jüdischen Kollegen. Goldschmit und sein Sohn Paul waren auch die Leiter der 1872 gegründeten Ludwigshafener Zweigstelle der Münchner Süddeutschen Bodenkreditbank, die gerade in den frühen Jahren des Kaiserreichs als Baufinanzierer in der rasch wachsenden Stadt „außerordentliche Bedeutung" erlangte.[204] Daneben bestanden einige kleinere Unternehmen: Von den 1880er Jahren an lässt sich das Bankgeschäft „Moritz Gern & Cie" nachweisen. 1895 löste Gern seine Firma auf; er wurde Prokurist der Pfälzischen Bank.[205] Vor dem Ersten Weltkrieg bestand das Bankkommissionsgeschäft des aus Friedelsheim stammenden Richard Weil. Es war wohl recht lukrativ, gehörte Weil doch zu den Hochbesteuerten der jüdischen Kultusgemeinde.[206] 1908 übernahm Henriette Calwary das „Abzahlungsgeschäft" der Gebr. Imbermann, das einen Buchhalter sowie einen Hausburschen beschäftigte und 35—40 000 Mark Jahresumsatz auswies.[207] Auch einige der im Adressbuch erwähnten „Agenten" und „Kommissionäre" werden Geldgeschäfte abgewickelt haben. Doch war bestenfalls ein Fünftel von ihnen jüdisch.[208]

An der Industrialisierung Ludwigshafens nahmen Juden als Unternehmer nur in den Bereichen teil, die ihren traditionellen Handelstätigkeiten in der Pfalz nahestanden, also vor allem in der Verarbeitung der Landesprodukte bzw. in der Textil- und gehobenen Gebrauchsgüterbranche. Das nach dem kurzfristigen frühindustriellen Versuch von Jakob Levino einzige jüdische Unternehmen der Chemieindustrie im Ludwigshafener Raum entstand 1897 im benachbarten Rheingönheim (siehe S. 99).[209]

Weitaus bedeutender war die 1885 von der Frankenthaler Firma Kaufmann, Strauß & Co. gegründete Walzmühle neben der Ludwigshafener Rheinbrücke.[210] Deutliches Zeichen der jüdischen Identität der Eigner war 1891 eine Anzeige in der Zeitschrift „Der Israelit", in der die „Ludwigshafener Walzenmühle" die Produktion „fast in ganz Deutschland beliebtesten Mazzenmehles für nächsten Pesach" ankündigte. „Dieselbe geschieht wie bisher, nachdem mehrere Herren Rabbiner vorher gemeinschaftlich die Mühle einer genaueren Besichtigung unterworfen haben, unter strengster Aufsicht der von diesen bestellten Schomrim (Kontrolleure)."[211] Die hochmodern ausgestattete Getreidemühle stand Anfang des 20. Jahrhunderts „in der Entwicklung der deutschen Mühlenindustrie an erster Stelle." Die Beschäftigtenzahl wuchs zwischen 1895 und 1901 von 54 auf 225. Als die Mühle Ende 1905 völlig abbrannte, wurde sie am alten Ort mit einer großzügigen Jugendstilfassade zum Rhein hin wiederaufgebaut. Das Schmuckstück sollte das industrielle Gegenstück zum Mannheimer Schloss sein, das sich auch die Stadtväter so wünschten. Bereits 1895 war das Unternehmen in eine



Mazzenmehl.

In nächster Zeit werden wir wieder mit der Fabrikation unseres, des in fast ganz Deutschland beliebtesten **Mazzenmehles** für nächsten **Pesach** beginnen. Dieselbe geschieht wie bisher, nachdem mehrere Herren Rabbiner vorher gemeinschaftlich die Mühle einer genaueren Besichtigung unterworfen haben, unter **strengster** Aufsicht der von diesen bestellten Schomrim.

Damit wir allen unseren geschätzten bisherigen Kunden und den voraussichtlich noch hinzukommenden, welchen wir auch diesmal die reellste Bedienung zusichern, prompt liefern können, bitten wir, uns die uns zugedachten Aufträge **möglichst bald** zukommen zu lassen.

Ludwigshafen a. Rh., im November 1891.

Ludwigshafener Walzenmühle:

6914) **Kaufmann, Straus & Cie.**

Abb. 18: Die Walzmühle als jüdisches Unternehmen: Anzeige für Mazzenmehl „für nächsten Pesach", 1891

Aktiengesellschaft umgewandelt worden, doch blieben die in Mannheim wohnhaften Brüder Sigmund und Simon Kaufmann Direktoren der Walzmühle.[212] Ein Nachruf auf den 1909 verstorbenen Simon Kaufmann lobte dessen unternehmerische Tatkraft und gesellschaftliches Engagement.[213]

Wurde die Walzmühle von in Frankenthal bzw. Mannheim ansässigen Juden gegründet und geleitet, so hatten bereits 1868 zwei Ludwigshafener Juden, der aus Beindersheim stammende Kaufmann Salomon Kuhn und sein Schwiegersohn Carl Adler die Firma Kuhn & Adler geschaffen.[214] Sie produzierte Stoffe aus „Kunstwolle", einem aus Lumpen, Spinnerei- und Webereiabfällen gewonnenen Billigmaterial. Wegen der von der Fabrik ausgesandten Lumpensammler hieß das Unternehmen im Volksmund „Lumpenzwick."[215] Es wurde ständig erweitert und stellte um die Jahrhundertwende auch Loden sowie Herren- und Damenkonfektionsstoffe her. Um 1902 arbeiteten 350, vorwiegend weibliche Beschäftigte bei Kuhn & Adler.

Auch das zweite namhafte Ludwigshafener Textilunternehmen war eine jüdische Gründung. 1884 hatten die aus Wattenheim stammenden, damals etwa 30 Jahre alten Gebrüder Ferdinand und Josef Mann eine Weberei ins Leben gerufen, die bald mechanisiert und ausgebaut wurde. Die „Mechanische Trikotweberei Gebr. Mann" wurde 1909 in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 500 000 Mark umgewandelt. Sie beschäftigte 14 Angestellte und etwa 120 Arbeiter,[216] 90% davon Frauen. Die Ludwigshafener Textilindustrie war damit ganz eindeutig von jüdischen Unternehmern getragen.

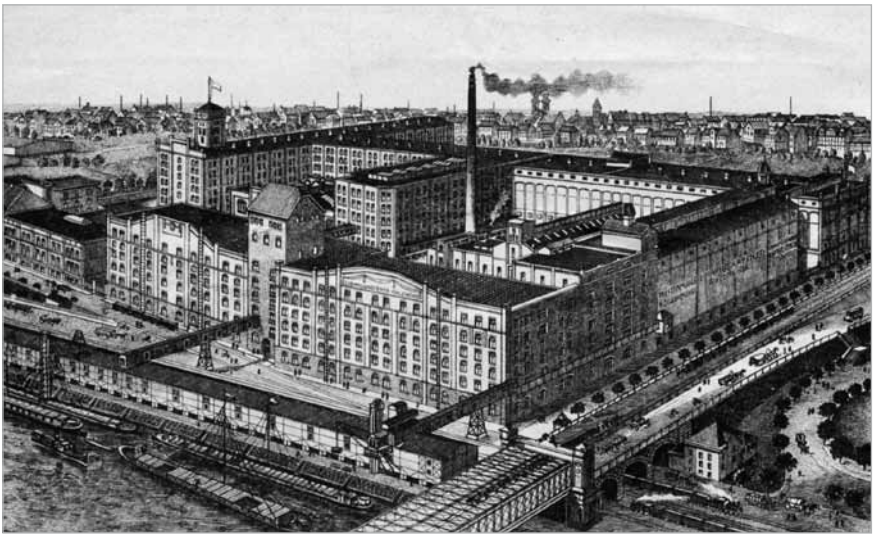


Abb. 19: Mächtiger Betrieb: Die nach dem großen Feuer von 1905 neu errichtete Walzmühle mit ihrer dem Rhein zugewandten Jugendstilfassade

Die Walzmühle, Kuhn & Adler und die Trikotweberei Mann waren in Ludwigshafen die einzigen Betriebe in jüdischem Besitz bzw. jüdischer Herkunft mit über 100 Mitarbeitern. 1910 beschäftigten 13 Betriebe dieser Größenordnung zusammen 11 395 Menschen, die drei jüdischen Betriebe gerade einmal 5,5% davon. Über 7 500 Menschen verdienten demgegenüber ihr Geld bei der BASF. Insgesamt repräsentierten die 16 registrierten „Fabriken" in jüdischem Besitz etwa 13% aller Industriebetriebe in der Stadt. 1910 arbeiteten dort 826 Menschen, was 5,7% aller Industriebeschäftigten Ludwigshafens oder 12,2% aller Industriebeschäftigten jenseits der „Großen Fabrik", d.h. der BASF, entsprach.[217]

Die meisten Firmen in jüdischem Besitz hatten oft deutlich weniger als 50 Mitarbeiter, manche waren eher handwerklich strukturiert mit nur wenigen Hilfskräften. Viele zählten in ihrer jeweiligen Branche zu den kleinen Unternehmen. Dies traf allerdings nicht auf die mit Elektrizität und Gas betriebene „Kaffeebrennerei" des Kaffeegroßhändlers und langjährigen Synagogenvorstands Moritz Wolff zu, das einzige namhafte Unternehmen seiner Art in Ludwigshafen mit (1912) 38 Beschäftigten. Auch die Wäschefabrikation, die einer der Gebrüder Mann, Josef, zusammen mit einem Stoffwarenhandel betrieb und (1910) 31 Arbeiterinnen Lohn und Brot gab, war die einzige größere Fabrikationsstätte dieser Art in der Stadt und verstärkte noch die jüdische Dominanz im Textil- und Bekleidungsgewerbe. 25 fast ausschließlich weibliche Beschäftigte arbeiteten in der Friesenheimer Hohenzollernstraße in der „Haarbearbeitungsfirma" Mandel & Cie., die aber 1912 nach Mannheim verlegt wurde.[218]

Die von Marx Adler geleitete, 1893 gegründete „Dampfziegelei Kaiserwörth" beschäftigte vor ihrer Schließung 1912 über 30, zeitweise bis zu 60 Mitarbeiter. Dennoch war sie das kleinste der durch das rasante Wachstum der Stadt und die Möglichkeit der Bodenausbeute aufgeblühten Unternehmen dieser Art.[219] In den Ludwigshafen benachbarten Gemeinden Altrip und Rheingönheim fanden sich wie erwähnt weitere Ziegeleien in jüdischem Besitz.

Die aus Böhmen stammenden Gebrüder Neubauer übernahmen 1909 die Druckerei des sozialdemokratischen Land- und Reichstagsabgeordneten Josef Huber.[220] Mit etwa 20 Beschäftigten war sie kein Kleinbetrieb, aber weitaus kleiner als die führenden Druckereien der Stadt. Die ältere jüdische „Druckerei" des Mundenheimers Eduard Fischer war über Jahre nur ein Einmannbetrieb.[221]

Im Bereich der Nahrungs-und Genussmittelindustrie fanden sich eine Reihe kleiner jüdischer Unternehmen bzw. Nebenbetriebe zu bestehenden Handelsfirmen. Die 1867 gegründete „Essigsprit-, Weinessig-, Cognac-, Liqueur- und Senffabrik" Neuschäfer wurde 1901 von Moritz Hirschmann erworben. Dort arbeiteten trotz des pompösen Namens nur vier Beschäftigte. Die „Glasurmühle" Heilbronner hatte 1912 nur drei Arbeiter, die vom Kolonialwarengroßhändler Jakob Wolff betriebene Mineralwasser- und Limonadenproduktion kam ohne spezielle Beschäftigte aus.[222] Zigarrenverkauf und Zigarrenherstellung, die in der Pfalz so vielen Juden einen Lebensunterhalt boten, spielten in Ludwigshafen für die „Israeliten" während der Zeit des Kaiserreichs kaum eine Rolle. Lediglich zwei Kleinbetriebe tauchen in den Quellen auf, einer davon die 1912 in der Hemshöfer Prinzregentenstraße von dem aus Russland zugewanderten Hirsch Hankin gegründete „Orientalische Zigarettenfabrikation Akaba", die zwischen vier und neun Arbeiter beschäftigte.

Im Holzverarbeitungsbereich angesiedelt waren die „Kehlleisten- und Möbelverzierungen" bietende Firma der aus Württemberg stammenden Gebrüder Thalheimer und die „Rolladen- und Jalousienfabrik" des aus der Neuwieder Gegend gebürtigen Jakob Herz, der sein Unternehmen zuerst mit einem der Thalheimers betrieben hatte. Die Firma von Herz schien zu florieren, stieg die Arbeiterzahl doch von sechs (1908) auf 23 (1912). Da die Branche in Ludwigshafen klein war, konnte dieser Betrieb damit schon als relativ groß gelten.[223]

Ganz aus dem Rahmen der üblichen jüdischen Gewerbetätigkeit fiel die „Süddeutsche Elektrizitätsgesellschaft", die der aus Kulm in Westpreußen gebürtige Ingenieur Julius Leiser seit 1905 in der noblen Luisenstraße bei der Rheinbrücke betrieb und die elektrische Licht- und Kraftanlagen anbot. Bis zu 27 Beschäftigte fanden in diesem „innovativen" Betrieb Lohn und Brot.[224]

Angesichts des, abgesehen von der Textil- und teilweise der Nahrungsmittelindustrie, eher bescheidenen Umfangs der jüdischen „Industrie"-Betriebe und der Abwesenheit jüdischer Unternehmer in der in Ludwigshafen führenden Chemieindustrie konnten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg nur

14 der 237[225] jüdischen Haushaltsvorstände der Stadt, deren Beruf zu ermitteln war, als Fabrikbesitzer im weitesten Sinne bezeichnet werden. Insgesamt arbeiteten nur 8,4% der Haushaltsvorstände in der „Industrie", zu der freilich auch die „Rheinische Mützenfabrik" des aus Hammelburg in Franken gebürtigen Nestor Strauß gehörte. Im Übrigen entsprach die Beschäftigungsstruktur der Ludwigshafener Juden der der deutschen Juden insgesamt. Vorherrschend war und blieb der Handel.[226] Rund 61% der Familienhäupter der Stadt waren im Einzelhandel mit oder ohne festen Ladenbetrieb oder als „Kommissionäre", „Agenten" bzw. andere „Dienstleister" tätig, allein – mindestens – 26% im Textil-, Bekleidungs- und Schuhhandel.[227] 9,3% waren Großhändler bzw. arbeiteten im Großhandel. Etwa sechs Prozent – 15 Personen – waren Handwerker, davon vier Metzger, ein angesichts der religiösen Speisevorschriften traditionelles jüdisches Handwerk. Rund elf Prozent waren in den freien Berufen und dem öffentlichen Dienst beschäftigt. Nur eines der ermittelten Familienhäupter gehörte vermutlich als Kesselschmied dem Arbeiterstand an.

Die Sozialstruktur der jüdischen Gemeinde entsprach ihrer Berufsstruktur, d.h. sie unterschied sich drastisch von der der Gesamtbevölkerung. Dies zeigte sich deutlich am Beginn der Kaiserzeit. Damals besaßen – bei der Kommunalwahl 1869 – nur 230 Bürger unter etwa 6200 Einwohnern das Stimmrecht. Bei der Abstimmung über die Gemeinschaftsschule im gleichen Jahr waren immerhin 1332 Männer als selbständige Haushaltsvorstände zu den Urnen gerufen. Bürger waren von ihnen also nur 17,2%. Von den 29 jüdischen Familienhäuptern des Jahres 1870 waren allerdings 14 Bürger, d.h. 48,2%.[228] Schon das deutete an, dass die jüdische Gemeinde zu einem weit höheren Prozentsatz als die Gesamtbevölkerung der Mittel- und Oberschicht angehörte. Praktisch keines der Gemeindeglieder des Jahres 1870 scheint wirklich arm gewesen zu sein, im Gegenteil: einige der Nichtbürger waren ausgesprochen reich, unter ihnen der Unternehmer Salomon Kuhn, dessen Gesamtsteuersumme sogar die höchste aller Einwohner jüdischen Glaubens war und ihn zu einem Mitglied der kleinen Gruppe der Höchstbesteuerten der Stadt machte.

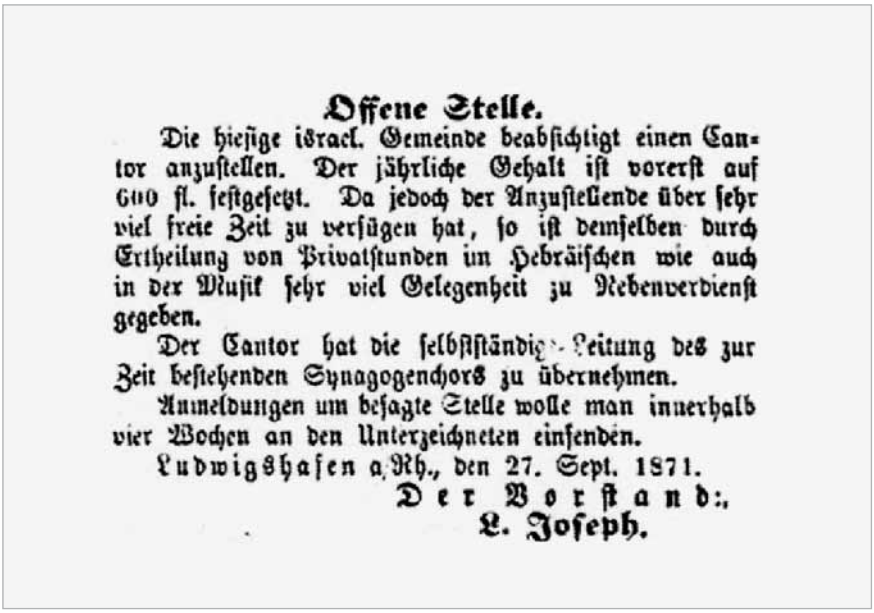
Vierzig Jahre später, 1912, gehörten in Ludwigshafen etwa acht Prozent der Einwohner zur akademischen und nicht-akademischen Oberschicht, etwa 28% zur Mittel- und knapp 60% zur Unterschicht. Die Judenschaft der Stadt war damals immer noch weitaus „elitärer" als der Durchschnitt der Stadtbevölkerung.[229] Die Jahresbeiträge der besonders wohlhabenden Gemeindeglieder zu den Unkosten der Kultusgemeinde erreichten mit 70 bis 300 Mark die Hälfte bis das Doppelte des Monatseinkommens eines BASF-Arbeiters.[230] Bezeichnet man diese Gruppe, die vor allem Fabrikanten, Groß- und Einzelhändler umfasste, als „Oberschicht" und schließt noch zusätzlich alle geringer klassifizierten Akademiker und Witwen aus wohlhabenden Familien mit ein, so gehörten 78 der 260 ermittelten jüdischen Familienhäupter oder 30% der Gesamtzahl der

Oberschicht an. Weitere 134 Gemeindeglieder – 51,5% der Gesamtzahl, die im Groß- und Einzelhandel sowie dem Handwerk und dem nicht-akademischen öffentlichen Dienst beschäftigt waren, bildeten die Mittelschicht. Dabei bestanden natürlich gewaltige Unterschiede zwischen Myrtill Herz, dem Betreiber des Modehauses Stutzmann in der Bismarckstraße mit 50 000 Mark Jahresumsatz und den jüdischen Bäckern, Metzgern und Büroboten.

Innerhalb der jüdischen Gemeinde hatte sich allerdings auch schon eine Unterschicht gebildet. Sie umfasste 48 Familienhäupter – 18,5% der Gesamtzahl – und rekrutierte sich vor allem aus den Reihen der seit der Jahrhundertwende verstärkt zugewanderten Ostjuden. Ihr Lebensunterhalt war meist prekär, sie wechselten häufig die allesamt nicht gerade vielversprechenden „Gewerbe." Aus ihren Reihen stammten vor allem die jüdischen Trödel-, Alteisen- und Lumpenhändler – von denen es allerdings noch weit mehr nicht-jüdische gab. Zur jüdischen Unterschicht gehörten Menschen wie Josef Stiglitz, der „Kurz- und Galanteriewaren" mit nur 250 Mark Jahresertrag vertrieb oder der 31-jährige, in der Bleichstraße wohnhafte Baruch Mehrl aus Galizien, der Kurzwaren auf Messen und Märkten feilbot und nicht mehr als 500 Mark Jahresertrag erzielte. Der seit 1908 als Trödelhändler tätige David Meller aus Brzozow in Galizien erweiterte im März 1911 seine Produktpalette durch den „Handel mit geringwertigen Schuhwaren" und bemerkte dazu: „Der Ertrag meines Trödelgeschäfts ist durch [diese] Erweiterung nicht gestiegen, da durch die Errichtung der Pfandannahmestelle des Leihhauses Mannheim sich mein Kundenkreis stark verringert hat. Verkaufe nur zurückgesetzte Sachen und habe nicht sämtliche Nummern auf Lager." [231] Arm waren jedoch nicht nur Ostjuden: Während der Kaufhausbesitzer Louis Rothschild zu den reichsten Bürgern Ludwigshafens gehörte, konnte sein 1844 in der Nordpfalz geborener Namensvetter Simon Rothschild, der im Februar 1912 von Fußgönheim zuzog, als Wolle-Hausierer nur mit 250 Mark Jahresertrag rechnen. Überleben konnte er nur durch „Unterstützungsbeiträge" seiner beiden Töchter, von denen eine als Frau der Zigarettenherstellers Hankin Hirsch in Ludwigshafen lebte, die andere in Antwerpen![232]

Das kulturelle und gesellschaftliche Leben

Dem Wachstum der Zahl der jüdischen Einwohner Ludwigshafens entsprechend wurde auch die jüdische Kultusgemeinde ausgebaut. Die Mitglieder des Synagogenrats entstammten durchwegs der jüdischen Oberschicht. Nachdem sich in den Jahren 1870 bis 1886 insgesamt vier namhafte Persönlichkeiten der Gemeinde als Vorsteher des Synagogenrats abgelöst hatten, amtierten danach von 1886—1895 der Großhändler Bernhard Weingart und von 1895 bis 1925, also 30 Jahre, der Kaffeegroßhändler und „kgl. Kommerzienrat" Moritz Wolff, der auch allgemein in der Stadt höchstes Ansehen genoss und in vielen Vereinen



Offene Stelle.

Die hiesige israel. Gemeinde beabsichtigt einen Cantor anzustellen. Der jährliche Gehalt ist vorerst auf 600 fl. festgesetzt. Da jedoch der Anzustellende über sehr viel freie Zeit zu verfügen hat, so ist demselben durch Ertheilung von Privatstunden im Hebräischen wie auch in der Musik sehr viel Gelegenheit zu Nebenverdienst gegeben.

Der Cantor hat die selbstständige Leitung des zur Zeit bestehenden Synagogenchors zu übernehmen.

Anmeldungen um besagte Stelle wolle man innerhalb vier Wochen an den Unterzeichneten einsenden.

Ludwigshafen a/Rh., den 27. Sept. 1871.

Der Vorstand:
L. Joseph.

Abb. 20: Ein Kantor für die Ludwigshafener Gemeinde wird gesucht, 1871

sowie politisch tätig war. Zudem war er über Jahre das mit Abstand höchstbesteuerte Gemeindemitglied.

Die kurzen Amtszeiten der Synagogenvorstände der 1870er Jahre hatten möglicherweise mit den Konflikten zu tun, die den Ausbau der Kultusgemeinde begleiteten.[233] Immer wieder fühlten sich Gemeindeglieder bei der Festsetzung der Kultusbeiträge ungerecht behandelt und riefen die Behörden um Hilfe an. Zwischen Teilen der Judenschaft und dem Synagogenausschuss tobten heftige Auseinandersetzungen um – in den Augen der angeblich mit Abgaben über Gebühr Belasteten ungerechtfertigte – Luxusausgaben.

Zu diesen zählte eine Gruppe von jüdischen Einwohnern auch die Anstellung eines Vorbeters und Kantors. Nachdem der jüdische Lehrer Lazarus Mai Lehrer an der allgemeinen Volksschule geworden war, musste er auch am Samstagmorgen Unterricht halten und konnte so nicht mehr als Vorbeter tätig sein. Deshalb hatte die Gemeinde 1871 einen Vorsänger bzw. Vorbeter namens Laubheim eingestellt. Laubheim hatte eine musikalische Ausbildung genossen, und so hofften die Verantwortlichen, dass er durch die Verbesserung der Qualität der gesungenen Liturgie auch eine Hebung des oft spärlichen Synagogenbesuchs erreichen würde. Die Hoffnung wurde jedoch enttäuscht: „Obgleich [Laubheim] ein tüchtiger, braver Mann und guter Sänger war, so war doch in kurzer Zeit der Synagogenbesuch ebenso spärlich wie vor seiner Anstellung." Laubheim „hat bald diese Stelle quittiert, weil er vor einem gar zu leeren Gotteshaus den

Gottesdienst oft nicht versehen konnte", und deshalb, „zum Missvergnügen des Synagogenvorstands, auch nicht versehen wollte." Den Vorbeterdienst übernahm der seit der Gründung der Kultusgemeinde amtierende Synagogendiener Leopold Neuberger, „ein in der Schrift sehr bewanderter und streng religiöser Mann", wie 28 Vertreter der Kultusgemeinde im Juni 1874 an das Bezirksamt schrieben.

Dieses Lob für Neuberger war Teil eines offenen Konflikts zwischen der Gemeinde und dem Synagogenausschuss, denn dieser hatte ohne Kenntnis und Unterrichtung der Gemeinde im liberalen Ludwigshafener „Pfälzischen Kurier" eine Ausschreibung für einen „musikalisch gebildeten Vorsänger" veröffentlicht.[234] Die Gemeindemitglieder waren hingegen mit Neuberger ganz zufrieden, war er doch bereit, gegen „eine äußerst mäßige Entschädigung" zu amtieren. Sie empfanden die Aktion des Synagogenvorstandes als „eigenmächtige Willkür" und forderten das Bezirksamt auf, die Einstellung eines neuen Vorbeters abzulehnen. Der Besuch des Gottesdienstes ließe sich damit nämlich nicht steigern, „indem im gegenwärtigen Zeitabschnitte der innere Drang dazu fehlt." Außerdem fürchteten sie wohl auch die Kosten, die auf die Gemeinde zukommen würden: „Die Beschäftigung des Vorsängers besteht darin, dass er jeden Freitag abend – die ganze Woche über ist die Synagoge geschlossen – etwa eine Stunde und jeden Samstag morgen etwa anderthalb bis höchstens zwei Stunden Gottesdienst abhält, neben ein paar Festtagen im Jahr." Für diese „leichte Arbeit" verspreche nun der Synagogenausschuss „ein Gehalt, das sich relativement mit dem eines sehr großen Opernsängers messen darf." Der Synagogenausschuss kapitulierte vor dem Widerstand, zudem er mit Laubheim „so schlimme Erfahrungen gemacht" habe.[235]

Leopold Neuberger, der, wie der Synagogenausschuss unwillig festgestellt hatte, „den Anforderungen, die man an einen Cantor unserer Zeit stellen darf, nicht entspricht", erkrankte 1877 im Alter von 75 Jahren ernsthaft und konnte seinen Dienst nicht mehr ausüben. Der Synagogenausschuss versuchte nun erneut die Einstellung eines Kantors durchzusetzen, diesmal mit Argumenten, die auf die Hinfälligkeit Neubergers zielten:[236] der Kantor müsse „so kräftig sein, dass er während Ausübung der gottesdienstlichen Funktion frei und ruhig mit theilweise zusammengeschlossenen Beinen vor der versammelten Gemeinde stehen und vorbeten kann, dies dauert an gewöhnlichen Sabbathtagen bislang 2 Stunden, an hohen Festtagen viel länger, am Laubhüttenfest sogar von morgens 6 bis abends 8 Uhr. Ein Mann, von dem solche Leistungen gefordert werden, muß natürlich auch eine solche Zahlung empfangen, dass er nicht mit Nahrungssorgen zu kämpfen hat."

Offenbar ließ sich die Gemeinde trotz fortgesetzter Opposition mancher jüdischer Einwohner überzeugen. Die Stelle wurde erneut ausgeschrieben, wobei die Bewerber auch die Funktion eines Schächters ausüben und „die Befähigung

zum Lehrfache" haben sollten.[237] Im Adressbuch des Jahres 1882 erscheint ein Bernhard Rosenzweig als Kantor/Vorbeter. 1885 wurde der 1867 in Heppenheim geborene Leopold Stern zum Kantor ernannt. Zehn Jahre später übernahm er nach dem Ruhestand von Lazarus Mai auf Bitten der Kultusgemeinde auch den jüdischen Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen.[238]

Wie der Synagogenvorstand Bernhard Weingart gegenüber Sterns künftigem Schwiegervater betonte, brauche er den Kantor nicht eigens zu loben, „da die Tätigkeit und Beliebtheit des Herrn Stern in der hiesigen Stadt zur Genüge bekannt und für ihn das beste Zeugnis sind."[239] Allem Anschein nach hat Stern um die Jahrhundertwende für einen Verwandten gebürgt und war dadurch in verheerende finanzielle Schwierigkeiten gekommen. Er verließ Ludwigshafen, was dort anscheinend als „Erkrankung" beschönigt wurde,[240] und begab sich nach Montreal, wo er aber keinen Ausweg aus seinen Problemen fand und im Juli 1901 Selbstmord beging. Die dortige Presse berichtete über die offenbar blutige Schreckenstat, die Ludwigshafener Zeitungen scheinen geschwiegen zu haben.

Nachfolger Sterns als Kantor und Religionslehrer wurde bis zu seinem Ruhestand 1931 Salomon Wetzler, der aus Obermoschel in die Industriestadt kam. Eine noch längere Amtszeit hatte der 1840 in Roxheim geborene Emanuel Hirsch, der 1878 Leopold Neuberger im Amt des Synagogendieners folgte. Er übte seinen Beruf über 47 Jahre bis zum Jahr 1925 aus.

Der personellen Stabilisierung der jüdischen Kultusgemeinde entsprach das Bemühen um eine würdige Gestaltung der kleinen Synagoge. Wiederholt wurde über einen Um- bzw. Neubau nachgedacht.[241] 1880 schrieb der Synagogenvorstand an das Bezirksamt, die Synagoge sei „in so mangelhaftem Zustand, dass diesem nur in der Weise abzuhelfen wäre, wenn das ganze Gebäude von Grund auf abgetragen werden würde." Die Kosten für den Neubau veranschlagte man auf 120 000 Mark und der Gemeindevorstand kam auf die Idee, zur Finanzierung eine Lotterie durchzuführen, die 125 000 Mark einbringen sollte. Das Bezirksamt aber verweigerte seine Zustimmung, obwohl es zuvor eine ähnliche Lotterie der Protestantischen Kultusgemeinde gestattet hatte. 1882 wurde die Synagoge dann renoviert – ein Schmuckstück war der damals noch schlichte Backsteinbau aber immer noch nicht.

1894 legte Bezirksbaumeister Lipps auf Anforderung des Gemeindevorstands Pläne zu einem durchgreifenden Umbau vor, die eigentlich einem Neubau entsprachen.[242] Die Innenfläche hätte sich dabei verdoppelt und eine prunkvolle, in einer eigentümlichen Mischung aus byzantinischen, romanisierenden und barocken Formen gehaltene Fassade wäre von zwei Türmen gekrönt worden: zu kostspielig, befand die Kultusgemeinde und entschloss sich 1895 nur zu einer erneuten Renovierung mit einem Kostenaufwand von 5 000 Mark.[243]

1902 schließlich war es so weit, die Synagoge konnte mit Eigenmitteln der Gemeinde nach Plänen des Mannheimer Architekten Viktor Lindner, der auch

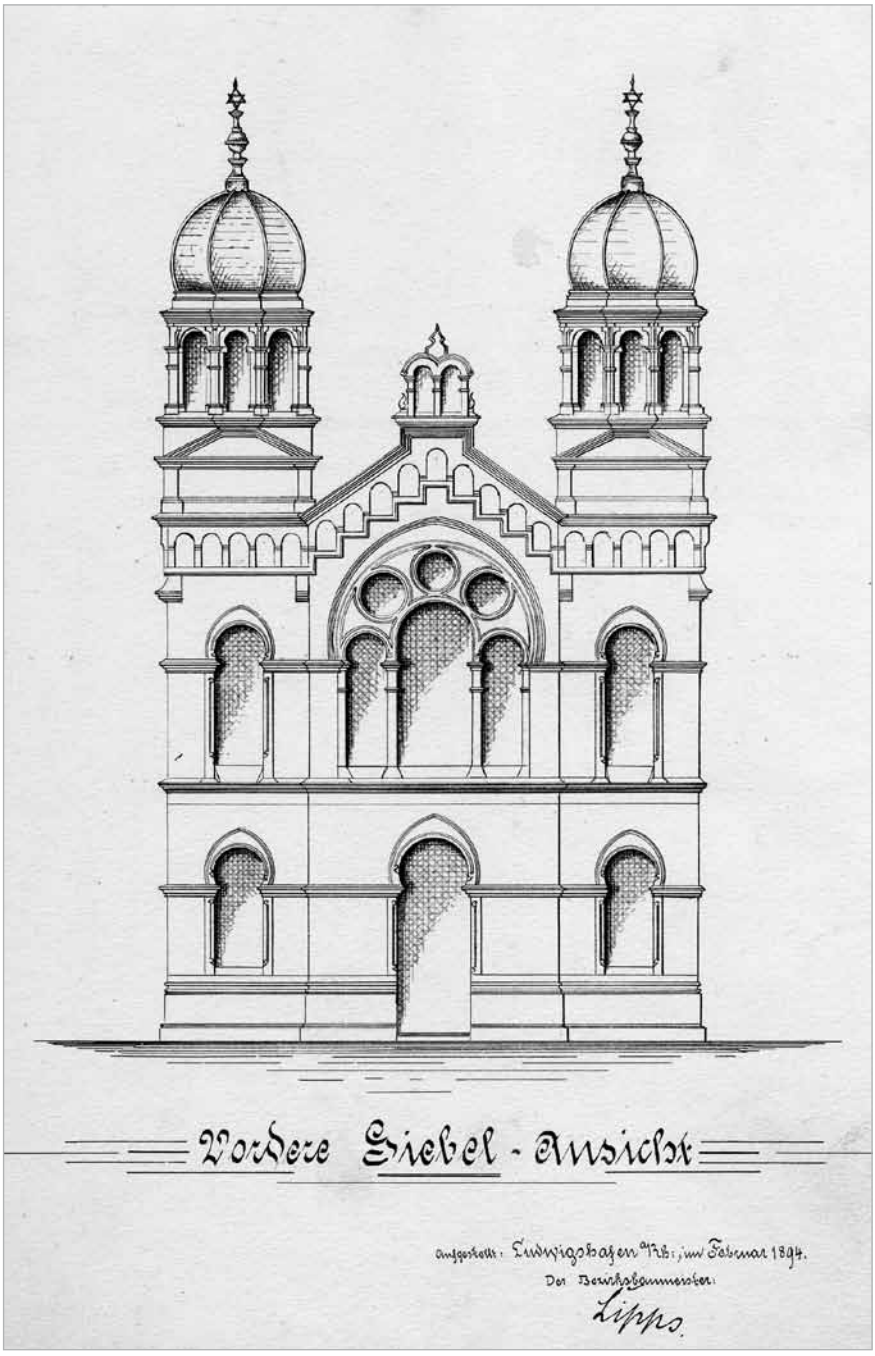


Abb. 21: Wie es nie wurde: Geplante neue Fassade der Synagoge Entwurf des Bezirksbaumeisters Lipps, 1894

als Bauleiter fungierte, umgebaut werden.[244] Am 11. September 1902 war der Baubeginn, bis zur Übergabe fast ein Jahr später wurde der Gottesdienst in einem Nebensaal des „Pfälzer Hof" abgehalten.

Der Plan sah eine beträchtliche Vergrößerung der Innenfläche vor, die Bebauung wurde unmittelbar bis an die beiden Nachbargrundstücke in der Kaiser-Wilhelm-Straße erweitert. Links wurde ein Eingangsbereich eingerichtet, in dem eine schmale Treppe zur neu erbauten Innenempore hoch führte, auf der die Frauen Platz fanden. Auf der Rückseite des Gebäudes wurde ein Gemeindezimmer angebaut, der Garten blieb weitgehend erhalten. Schon 1909 erwies sich die steile Treppe zur Frauenempore als zu eng. Deshalb wurde unter Bauleitung von Georg Schaaf der Eingangsbereich erweitert, eine neue, bequemere Treppe eingebaut und zum rückwärtig gelegenen Gemeindezimmer eine überbaute Vorhalle angeschlossen.

Die Fassade war wesentlich weniger aufwendig als bei den Plänen von Lipps und zeigte eine Mischung aus neo-barocken und Bauformen des Jugendstils. Der Zentralbau mit drei Fensterachsen war durch Lisenen gegliedert, rechts und links rahmten zwei Tore mit kunstvollen schmiedeeisernen Gittern den Mittelbau ein. Die Fenster waren rundbogig, in der Mitte wurde der Bau durch einen mit einem Fenster durchbrochenen Halbkreisgiebel überwölbt, an dessen Spitze die beiden Gesetzestafeln der Zehn Gebote thronten. Die Synagoge war mit einem Mansardendach abgedeckt; der einsturzgefährdete hölzerne Dachstuhl war durch eine Eisenkonstruktion ersetzt worden.

Auf der rechten (östlichen) Seite des Gebäudes war der durch die Erweiterung gewonnene Raum für das Allerheiligste genutzt worden. Die reiche Innengestaltung orientierte sich an dem damals für jüdische Sakralbauten üblichen „maurischen" Stil. So „mitteleuropäisch" sich das Äußere der Synagoge präsentierte, so außergewöhnlich war damit das Innere – eine bei vielen Synagogen der Zeit zu findende Kombination, die doch eigentlich angesichts der sonst so spürbaren Assimilationsbemühungen der Juden überrascht. Nur ein Foto des Innenraums ist überliefert, dazu der 1959 entstandene Schadensbericht von Leo Alsbacher. Der Schuhwarenhändler war mit seiner Frau als eines der wenigen überlebenden ehemaligen Mitglieder der jüdischen Gemeinde nach Ludwigshafen zurückgekehrt. Demnach befanden sich in der Synagoge ein Thoraschrein, ein Podium mit Vorbeterpult, ein Predigerpult und ein Harmonium. An Kultgegenständen waren fünf Thorarollen, 20 Thoramäntel, 30 Thorawimpel, fünf Sätze silberner Thoraschmuck, vier Thoravorhänge und vier Thoradecken-Garnituren vorhanden. Dazu kamen eine ewige Lampe, ein Chanukkaleuchter, zwei silberne Altarleuchter, zwei Bechersätze, ein Trauhimmel, ein Megillot d.i. ein Schrank mit den fünf Schriftrollen („Festrollen"), die die Bücher Ester, Rut, Kohelet, das Hohelied und die Klagelieder enthalten, ein Schofar d.i. ein in der Liturgie benutztes Horn, zehn Gebetsmäntel, 30 Gebetsbücher, 20 Pentateuche und 15 Sätze

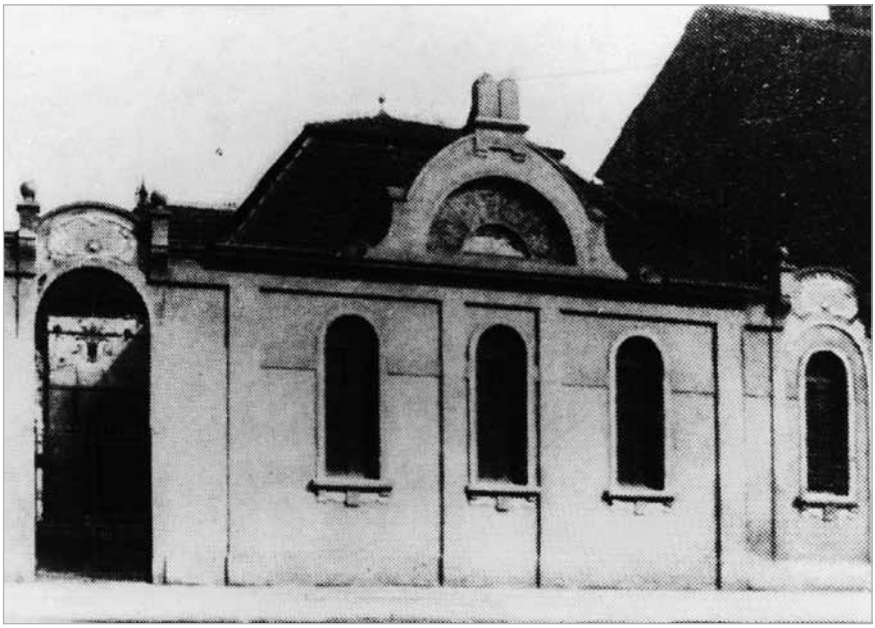


Abb. 22: Die einzige bekannte, nur grob gerastert als Druck überlieferte Aufnahme der unzerstörten Synagoge nach dem Umbau von 1903

Festtagsgebetsbücher. Insgesamt bot die Synagoge 150 Sitze für Männer und 70 für Frauen auf der aus Eichenholz gefertigten Empore. Fast alle Ausstattungsstücke des Gotteshauses wurden in der „Reichskristallnacht" zerstört.[245]

Die Wiedereröffnung der Synagoge Ende August 1903 wurde zu einem besonderen Fest der jüdischen Gemeinde.[246] Die nicht-jüdische Öffentlichkeit der Stadt nahm überaus wohlwollend daran Anteil, und die Vertreter der jüdischen Gemeinschaft betonten ihre Verwurzelung in der nationalen und städtischen Gesellschaft. Am 28. August 1903 fand um sechs Uhr abends ein Gottesdienst im kleinen Rahmen statt, am Samstagvormittag um 8^{30} Uhr dann der Festgottesdienst für die geladenen Gäste. Wie die Ludwigshafener nationalliberale Tageszeitung „Pfälzische Rundschau" berichtete, waren alle Gemeindemitglieder vollzählig erschienen – ein wahrhaft seltenes Ereignis. Als Vertreter der Regierung war Bezirksamtmann Matheus anwesend, als Vertreter der Stadt Adjunkt Gengler. Die Festrede hielt der Dürkheimer Bezirksrabbiner Dr. Salvendi, den rituellen Gottesdienst Kantor Wetzler. Musikalisch begleitet wurde die Feier vom eigenen Synagogenchor mit Frau Eppstein als Solistin.

Am Samstagnachmittag fand erstmals in der Synagoge ein Jugendgottesdienst statt, der nun auch zur festen Einrichtung wurde. Am Abend gab es im großen Saal des „Pfälzer Hof" ein festliches Bankett, bei dem die jüdische Gemeinde im bürgerlich-repräsentativen Stil der Zeit feierte; die Stadtkapelle bot den

musikalischen Rahmen, Erna Heilborn sprach „mit Ausdruck und Empfindung den von Sigmund Schnurmann verfassten sinnreichen Prolog." Kommerzienrat Wolff blickte als Vorsitzender des Synagogenausschusses auf die Entwicklung der Kultusgemeinde in Ludwigshafen zurück und sprach dann einen Toast auf den Prinzregenten von Bayern aus, „der ein Freund des religiösen Friedens innerhalb seiner ihn treu liebenden Untertanen" sei. Darauf wurde die bayerische Königshymne gesungen.

Rabbiner Salvendi fasste die vaterländischen Gefühle mit einem Toast auf den deutschen Kaiser zusammen, den er „als einen Regenten des Friedens" sah. Das kulturelle Programm gestaltete der aus Ludwigshafen stammende Opernsänger Hugo Voisin. Das Bankett schloss nach weiteren Toasts schließlich mit einem allgemeinen Tanz ab. „Die Kultusgemeinde kann allezeit mit Stolz und Freuden auf ihre in allen Teilen bestens gelungene Einweihungsfeier zurückdenken", befand die „Pfälzische Rundschau."

Das gottesdienstliche Leben in der Ludwigshafener Synagoge folgte den Tendenzen des liberalen deutschen Judentums des 19. Jahrhunderts. Der Kultus habe, so die Erinnerung ehemaliger jüdischer Einwohner bei einem Besuch in ihrer alten Heimat, sehr einem evangelischen Gottesdienst geglichen, abgesehen von der Trennung von Männern und Frauen.[247] Kennzeichnend für den Zeitgeist war es, dass man bereits 1874 im Zusammenhang mit der Bestallung eines Kantors die Anstellung eines „christlichen (!) Lehrers" als Orgelspieler für selbstverständlich hielt.[248] Die Orgel der alten Simultankirche war in der Synagoge verblieben und wurde offenbar im Geist liberaler jüdischer Liturgie genutzt. 1889 wurde sie durch ein Harmonium ersetzt.[249]

Trotz dem Bemühen, den jüdischen Gottesdienst der deutschen Mehrheitskultur anzuverwandeln, distanzierten sich viele Juden der Stadt von ihren religiösen Wurzeln. Wie bereits bei dem Streit um den Kantor betont wurde: der Gottesdienstbesuch war schlecht. An vielen Sabbattagen kamen nicht einmal die zehn Männer zusammen, die das jüdische Gesetz für die Abhaltung eines Gottesdienstes vorschrieb.[250] Der Ludwigshafener Adjunkt Fuhrer stellte in einem Bericht an das Bezirksamt fest, dass auch die größten Mühen um eine schöne Gestaltung des Kultus vermutlich umsonst sein würden, „indem auch bei den Juden die alten Sitten vielfach sich verloren haben und eifriger Synagogenbesuch nicht mehr zeitgemäß erachtet wird."[251] 1907 erschienen nur 37 Wahlberechtigte zur Neuwahl des Synagogenausschusses, 1912 gar nur 25 von 109 Wahlberechtigten, d.h. nicht einmal ein Viertel.[252]

Der Chemiker Max Koebner war mit der Tochter eines Rabbiners aus Freiburg im Breisgau verheiratet. Seiner Frau zuliebe folgte er den jüdischen religiösen Bräuchen, feierte die Barmizwah seiner Kinder als große Feste mit hunderten von Gästen und wurde in der Weimarer Zeit sogar Mitglied des Synagogenrats. Doch wie sich sein Sohn Adolf Jahrzehnte später erinnerte: Das alles



Israelitische Kultusgemeinde

Ludwigshafen a. Rh.

Die Neuwahl des Synagogenausschusses pro 1907/1913 findet am 5755

Dienstag den 28. Mai 1907

im Gemeindezimmer der hiesigen Synagoge unter Leitung des zum Wahlkommissär ernannten Bezirksamtsoffizianten Herrn Ritthaler statt.

Die Wahl, bezw. die Stimmabgabe beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 11 Uhr darauf geschlossen.

Ludwigshafen a. Rh., den 23. Mai 1907.

Der Synagogenausschuß:

Moritz Wolff, Vorstand.

Abb. 23: Mäßige Beteiligung: Anzeige aus der Ludwigshafener Lokalpresse für die Wahlen zum Synagogenrat, 1907

blieb äußerlich, „his heart was not in it", wie der in England Lebende es formulierte.[253] Stadtbaumeister Markus Sternlieb, eine der profiliertesten jüdischen Persönlichkeiten der Stadt, war zwar Mitglied der jüdischen Gemeinde und beriet sie „uneigennützig" beim Umbau der Synagoge sowie bei Friedhofsfragen.[254] Nach der Familienüberlieferung war er jedoch kein besonders religiöser Mensch – bei der Aufnahme seines Studiums in München gab er beim Einwohnermeldeamt an, „confessionslos" zu sein.[255] Weggenossen aus Ludwigshafen hoben bei seinem Begräbnis als für seine religiöse Haltung kennzeichnende Episode hervor, dass er einen hohen jüdischen, für ihn dienstfreien Feiertag zum Besuch von Behörden nutzte, um für jüdische Interessen zu wirken. „Viele nahmen Dir übel, dass Du an diesem Tage nicht nach der Synagoge, sondern zum Bahnhof gingst, wir aber verstanden Dein Judentum."[256] Ernst Bloch betonte: „Mein Denken hat tiefe Wurzeln im Christentum […]. Mein Vater war königlich-bayrischer Beamter, der keinerlei Beziehungen zum Judentum hatte […] Dass ich von Geburt Jude bin, ist Zufall."

Der logische Schlusspunkt solcher „Abwendungen" war der Austritt aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft – was unter Umständen auch dazu diente, antisemitischen Ressentiments bei der Verfolgung der Berufsziele auszuweichen. Auch in Ludwigshafen lassen sich einige solcher Fälle nachweisen. Die Söhne des „Oberbeamten der Süddeutschen Bodenkreditbank und kgl. serbischen Konsuls für die Pfalz",[257] Julius Goldschmit, wurden beide evangelisch und machten im Bankwesen bzw. als Politiker, allerdings nicht in Ludwigshafen, Karriere.[258] Lili

Wachenheim, die in Heidelberg promoviert hatte und 1918 als erste Frau die Stelle einer Chemikerin bei der BASF erhielt, war zwar als Jüdin geboren, als Kind aber evangelisch getauft worden.[259] Dr. Theodor Meyer, der um 1890 als Amtsrichter in Ludwigshafen fungierte, trat 1902 im Alter von fast 50 Jahren zum Protestantismus über – und wurde 1906 zum zweiten Richter jüdischer Herkunft beim Leipziger Reichsgericht.[260] Amtsrichter Emil Dosenheimer aus Ungstein war bereits als Student zur Freireligiösen Gemeinschaft übergetreten.[261] Der aus der Provinz Posen stammende Redakteur der Ludwigshafener SPD-Zeitung „Pfälzische Post", Wilhelm Herzberg, war konfessionslos. Herzberg, der auch häufig als sozialdemokratischer „Agitator" auftrat, ist vermutlich ein Beispiel für einen jüdischen Lebensweg, der sich aus weltanschaulichen Gründen von seinen Wurzeln abwandte.[262] Ähnliches kann man bei den Brüdern Feldner vermuten, die wie erwähnt als Fabrikarbeiter ihren Lebensunterhalt verdienten. Über ihre Konfession gaben die beiden an, dass sie „zur Hälfte israelitisch, zur Hälfte Atheist" seien.[263]

Sowohl Redakteur Herzberg wie Amtsrichter Dosenheimer waren allerdings mit Frauen jüdischen Glaubens verheiratet.[264] Ein für viele Minderheiten charakteristisches Phänomen scheint hier auf: trotz allem Bemühen um Annäherung an die Mehrheitskultur bleibt der Heiratskreis im Wesentlichen geschlossen. Das lässt sich auch bei den Juden in Ludwigshafen beobachten.

In einem anderen Aspekt persönlicher Lebensführung zeigte sich die Distanzierung der Judenschaft von ihrer Vergangenheit weit deutlicher: in der Wahl von Vornamen, die größere Akzeptanz in der Mehrheitsbevölkerung fanden als die über Jahrhunderte gebräuchlichen traditionellen Namen wie etwa Aron, Isaak, Israel, Lazarus, Mayer, Moses, Nathan, Samuel, Seligmann usw. Ein deutliches Zeichen setzte 1875 der Unternehmer Adler, der die königliche Erlaubnis erwirkte, seinen Vornamen „Kaufmann" durch „Carl" ersetzen zu dürfen.[265] In anderen Fällen scheint der Prozess fließend gewesen zu sein. Eisig Tauber wurde auch Artur, Moses Maier Max, Joel Liebling Julius, Hirsch Meisel Hermann genannt. Stiel Leibsch war auch unter dem Namen Leopold Zwickler in den Dokumenten zu finden. Letzterer Name wurde dann nach seiner Ansiedlung in Ludwigshafen üblich.

Der Prozess der Assimilation durch die Namensgebung wird beim Vergleich der Vornamen in den Listen der jüdischen Einwohner der Jahre 1855 und 1870 mit denen in der jüdischen Steuerliste des Jahres 1912 greifbar. 1855/70 waren je die Hälfte der 54 Namen traditionell jüdisch bzw. mehr allgemein gebräuchlich. Unter den jüdischen Namen waren Jakob und Marx besonders populär, unter den „allgemeinen" Bernhard und Heinrich. 1912 war der Anteil der „typisch jüdischen" Vornamen auf ein Viertel geschrumpft, wenn man die auch allgemein akzeptierten Namen Jakob, Josef und David abzieht, auf ein Sechstel. Fast die Hälfte der 199 Familienhäupter trugen einen der 13 Vornamen Julius, Jakob,



Mittheilungen

aus dem

Verband der Vereine für jüdiſche Geſchichte und Literatur in Deutſchland.

Herausgegeben vom Geſchäftsführenden Ausſchuß.

No. 11. | Berlin, im Dezember. | 1903.

Inhalt: Verbandstag der Litteraturvereine. — Verzeichniß der Vereine, deren Mitgliederzahl und Vorſtände. — Bericht über die literariſche Thätigkeit der Vereine im Winterhalbjahr 1902/1903. — Bezirksverbände. — Korreſpondenzen. — Der Vorſtand des Verbandes. — Der Geſchäftsführende Ausſchuß.

Abb. 24: Kulturbemühungen: auch in Ludwigshafen gab es eine Ortsgruppe des Vereins für jüdische Geschichte und Literatur

Max, Sigmund, Ludwig, Moritz, Adolf, Leopold, Josef, Rudolf, David, Gustav oder Salomon. Nur vier davon – Jakob, Josef, David, Salomon – entstammten dem traditionellen jüdischen Namensreservoir, und solche Namen trugen insgesamt nur 27 Männer. Bei den zwanzig Familienhäuptern mit dem Namen Max oder Ludwig/Louis spielte in der Mehrzahl vermutlich das Bekenntnis zum jeweiligen Monarchen, vor allem den bayerischen Königen dieses Namens, eine Rolle. Namen wie Menasse, Pinkus, Leib, Hirsch oder Mendel hatten nur aus dem Osten zugewanderte Juden, die nicht in der Steuerliste auftauchten. Diese Namen waren unter den südwestdeutschen Juden auch früher nicht üblich gewesen.

Trotz der Distanz vieler jüdischer Einwohner zu ihrer Kultusgemeinde entwickelte sich ein an die Gemeinde angelehntes jüdisches Vereinswesen. Bereits 1857 wurde angeblich der jüdische Krankenpflegeverein[266] gegründet, und schon 1871 bestand ein Synagogenchor.[267] 1886 entstand ein „Israelitischer Local-Armenunterstützungsverein"[268], zu dem um 1908 als weitere wohltätige Organisation der jüdische Frauenverein trat.[269] Um die Jahrhundertwende wurde offenbar der Jugendverein und 1903 der bereits erwähnte „Verein für jüdische Geschichte und Literatur"[270] gegründet. Unter der Leitung des Synagogenvorstands Wolff hatte diese Vereinigung, Teil einer deutschlandweiten Bewegung, in Ludwigshafen zwischen 80 und 90 Mitglieder und legte eine bis 1916 auf 260 Bände anwachsende Bibliothek an. Der Verein bot neben vornehmlich auf die Geschichte und Kultur der Juden in Deutschland gerichteten Vortragsabenden

auch Diskussionsrunden zu Zeitfragen wie etwa zur Rolle der Frau im Judentum oder bereits 1903 zum Zionismus.[271]

Vor 1914 bestand in Ludwigshafen auch eine Ortsgruppe der 1860 in Frankreich als Reaktion auf antisemitische Ausfälle gegründeten „Alliance Israèlite Universelle" (AIU), deren besonderer Vertrauensmann in der Stadt der Synagogenvorstand Wolff war. Mitte 1909 entstand auf Anregung des im Bankfach aktiven Mathematikers Koburger eine Ortsgruppe des 1893 formierten „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens." Neben Koburger traten ein Rechtsanwalt, ein Studienrat, ein Ingenieur (Leiser) und als Schatzmeister der Fabrikant Thalheimer in den Vorstand ein.[272] Sowohl der Alliance wie dem Centralverein ging es um die Behauptung der jüdischen Gemeinschaft, ihre Gleichberechtigung, den Kampf gegen Antisemitismus und Benachteiligungen, aber damit eben auch um die Integration der Juden in die bestehende Gesellschaft, ganz so, wie es der Toast auf Prinzregent und Kaiser bei der Eröffnung der umgebauten Synagoge 1903 zum Ausdruck brachten.

Bezeichnend für das Lebensgefühl der Ludwigshafener jüdischen Oberschicht waren die Ausführungen Josef Koburgers in der Versammlung zur Gründung der Ortsgruppe des Centralvereins. Er lobte dessen gesamtdeutsche Tätigkeit, den Rechtsschutz, den er Juden gewähre, sein mutiges Auftreten gegen Antisemiten. In der jungen Stadt am Rhein werde der Verein aber „keine besondere Aufgabe haben, da in hiesiger Stadt und Gegend von offiziellem Antisemitismus nichts zu verspüren sei." In ganz ähnlichem Geist betonte im selben Jahr Moritz Wolff als Schatzmeister der AIU Ludwigshafen, dass „jeder gute Jude" ein Freund der Vereinigung sein müsse, da sie doch überall eingreife, „wo unsere Glaubensbrüder als Opfer der Verfolgung hilfsbedürftig geworden" seien.[273] In Ludwigshafen gehörte man zu den Gebenden, die Verfolgung war weit weg.

Dem Trend zur Integration in die allgemeine gehobene bürgerliche Gesellschaft sowie dem Ober- und Mittelschichtcharakter der jüdischen Gemeinde Ludwigshafens entsprach es, dass Schüler jüdischen Glaubens an den damals noch kostenpflichtigen und damit eher „elitären" höheren Schulen der Stadt überproportional repräsentiert waren. In den Jahren vor 1900 waren zwischen vier und sieben Prozent der Gymnasiasten und Realschüler Juden. Danach sank im Zeichen eines immer stärkeren Wachstums der beiden Anstalten ihr relativer Anteil auf zwei bis drei Prozent. Die absoluten Zahlen nahmen jedoch zu.[274] Von etwa 1910 ab erschienen dann an der Realschule einige wenige Söhne von Ostjuden, Zeichen, dass diese Familien versuchten, über Bildung den Weg zu gesellschaftlichem Aufstieg und Anerkennung in Deutschland zu finden.

Auch beim Blick auf eines der wesentlichen Phänomene der gesellschaftlichen Entwicklung des 19. Jahrhunderts, das Vereinswesen, zeigte sich die jüdische Mittel- und Oberschicht fest im gesamtstädtischen bürgerlichen Leben verankert.[275] In allen „gehobenen" Vereinen waren sie vertreten. Sowohl an

der Gründung des ältesten Vereins der Stadt, des Schützenvereins von 1851, als auch anderer alter bürgerlicher Vereine waren Juden beteiligt. Beim Turnverein 1861 waren sechs der 50 Gründungsmitglieder „Israeliten."[276] Mitglieder der Familie Mann nahmen sowohl als Aktive wie als passive Vereinsmitglieder am Ludwigshafener Ruderverein Anteil.[277] Sie waren beileibe nicht die einzigen jüdischen Mitglieder. Besonders zahlreich war die jüdische Ober- bzw. Mittelschicht im schon 1876 gegründeten Verschönerungsverein[278] vertreten, der zahlreiche Initiativen zur Verbesserung des Stadtbilds entwickelte. Etwa ein Viertel der 1912 in der jüdischen Steuerliste erwähnten Personen waren Mitglieder des 1903 ins Leben getretenen Pfälzerwaldvereins – ein deutliches Zeugnis für die Heimatverbundenheit vieler Ludwigshafener Juden.[279] Ernst Blochs Vater Markus und die Manns gehörten sowohl dem Pfälzerwald- wie dem Deutsch-österreichischen Alpenverein an.[280]

Häufig übernahmen Juden – im Gefühl der Zeit vermutlich „typisch" – den Posten des Kassiers,[281] aber nur selten den des Vorstands. Eine Ausnahme bildete der 1882 gegründete „Verein gegen Haus- und Straßenbettel."[282] Seine 814 Mitglieder[283] repräsentierten praktisch die gesamte gehobene gewerbliche Schicht der Stadt, zu der eben relativ viele jüdische Geschäftsleute gehörten; auch viele Firmen waren Mitglied. Getragen von „Männern, deren Bildungsgrad und soziale Stellung das gesicherte Bestehen des Unternehmens garantieren", bot der Verein Herberge und Verpflegung für „Wandernde" bzw. Obdachlose, wobei der explizite Zweck auch darin bestand, die wohlhabenden „Mitglieder vor Belästigungen zu schützen." 1896 wurde Synagogenvorstand Moritz Wolff Vorsitzender und behielt diese Funktion bis kurz vor seinem Tod 1925. Wolff war auch Mitglied im „Ehrenkomitee" der 1912 in Ludwigshafen vom „Verein Pfälzischer Künstler und Kunstfreunde" veranstalteten Kunstausstellung.[284] Vorstand der 1911 gegründeten Ortsgruppe des Vereins wurde der schon erwähnte literarisch tätige Rechtsanwalt Hermann Sinsheimer.[285] Unter den etwa 50 Mitgliedern der Ludwigshafener „Kunstfreunde" dürften sich auch weitere jüdische Persönlichkeiten befunden haben; eine Liste hat sich jedoch nicht erhalten. Als einziger anderer jüdischer Vorstand eines Vereins lässt sich Karl Weingart als Leiter des 1895 gegründeten Tierschutzvereins nachweisen.[286]

Ihrer sozialen Stellung gemäß fanden die wohlhabenden Ludwigshafener Juden ihre politische Heimat im Liberalismus, vor allem in der Nationalliberalen Partei. Mitglieder der Familien Mann und Netter sowie der Synagogenvorstand Wolff waren Mitglieder der „Deutschen Kolonialgesellschaft."[287] Der 1913 verstorbene Großkaufmann Samuel Netter wurde als „eifriges Mitglied der Nationalliberalen Partei" beschrieben.[288] Er war auch zwischen 1868 und 1899 Mitglied des Stadtrats. In fast allen Legislaturperioden gehörte zwischen 1860 und dem Jahr 1918 ein jüdisches Mitglied dem Rat an, von ca. 1875 bis 1889 waren es mit Netter und dem Kolonialwarengroßhändler Jakob Wolff sogar zwei. Nach der

Jahrhundertwende repräsentierte der aus Dürkheim stammende Rechtsanwalt Albert Mayer die jüdischen Mitbürger. Er kandidierte 1909 auf der Liste der in Teilen ihrer Programmatik deutlich links von den Nationalliberalen angesiedelten „Unabhängigen Liberalen" und erhielt 2 041 Stimmen, also deutlich mehr als die maximal mögliche „jüdische" Stimmenzahl.[289] Für die SPD gelangte damals Redakteur Herzberg in den Rat, musste sein Mandat aber schon nach einem halben Jahr aufgeben, da er beruflich nach Nürnberg wechselte.

Politische Grundüberzeugung und gesellschaftliche Stellung der jüdischen Unternehmer spiegelten sich auch in ihrer Haltung gegenüber ihren Arbeitern. Dabei nahmen sie ähnlich wie ihre „christlichen" Standesgenossen eine Haltung wohlwollenden Paternalismus' ein, wie sie etwa in einem Pressebericht über die 1892 gefeierte Silberhochzeit des Besitzers der Firma Kuhn & Adler, Carl Adler, zum Ausdruck kommt.[290] „Wir nehmen hiervon gerne Notiz", bemerkte die Zeitung, „weil die Thatsache glücklichen Familienlebens noch übertroffen wurde durch die schöne Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, welche beim Festakte in ungeheuchelter, ungezwungener Weise zum Ausdruck kam […] Wie es sich die Fabrikangestellten und das gesamte übrige Fabrikpersonal nicht nehmen ließ, durch Überreichung einer künstlerisch gestalteten Glückwunschadresse und zweier prächtiger silberner Tafelaufsätze dem Jubelpaare Anhänglichkeit und Verehrung besonders zu beweisen, so bedachte andererseits Herr Adler die über zwanzig Jahre bei der Firma Beschäftigten (10) mit Ehrenurkunden und Geldgeschenken. Außerdem veranstaltete der Jubilar im großen Saal des [städtischen] Gesellschaftshauses ein Festmahl, an dem die Arbeiter und Arbeiterinnen, die kaufmännischen und technischen Angestellten der Firma, Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, anderweitige geladene Gäste und die Familie des Jubilars, im Ganzen weit über 300 Personen theilnahmen. Letzterer toastierte hiebei auf Seine Königliche Hoheit den Prinz-Regenten Luitpold von Bayern als den eifrigsten Förderer der Industrie und des Gewerbes. – Die soziale Frage wäre bald gelöst", kommentierte der Redakteur, „wenn sich das gleiche Verhältniß guten Einvernehmens überall so zeigte wie bei dem erhebenden Adlerschen Jubelfeste." Adlers prächtiges Wohnhaus an der Kaiser-Wilhelm-Straße wurde nach seinem Tod verkauft, abgerissen und der Standort des Neubaus der Bayerischen Staatsbank.[291]

Im Rahmen wohltätiger und karitativer Bemühungen waren die wohlhabenden jüdischen Einwohner meist überproportional repräsentiert. Bereits beim Hilfsfonds für die Opfer der großen Hochwasserkatastrophe, die das Ludwigshafener Umland 1882/83 heimsuchte, waren drei der 18 unterzeichnenden Honoratioren – Samuel Netter, Carl Adler und Julius Goldschmit – Juden.[292] Acht jüdische Firmen gehörten 1904 zu den Förderern der „Freiwilligen Sanitätskolonne", d.h. des Rotes Kreuzes, und über ein Drittel der Einzelhandelsgeschäfte, die die Weihnachtsgaben für die im Kindergarten des Frauenvereins

vom Roten Kreuz betreuten Zöglinge stifteten, waren in jüdischer Hand.[293] Der Großkaufmann Samuel Netter verfügte bei seinem Tod 1913, der Stadt Ludwigshafen eine Stiftung von 10 000 Mark zu übergeben, die nach ihm und seiner Frau genannt wurde und deren Zinsen „alljährlich zu Weihnachten an hier wohnhafte Witwen mit Kindern, welche arm sind, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses" verteilt werden sollten.[294] Die „Samuel-und-Bertha-Netter-Stiftung" war eine von nur vier Stiftungen, die die junge Industriestadt in der Zeit vor 1914 erhielt.

Juden waren also in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens der Stadt präsent. Doch es wird auch deutlich, dass sie nur selten eine führende Position einnahmen – und dass es einen „Kern" von vielleicht maximal zwanzig wohlhabenden Familien gab, die hauptsächlich in der Ludwigshafener Gesellschaft auftraten. Vor allem die Großkaufleute und Fabrikanten gehörten dazu – in den Jahren vor 1890 die Adlers, Biernbaums, Lippmanns, Netters, später die Manns, Schnurmanns, Weilheimers, Weingarts, Wolffs. Ihre Namen erscheinen immer wieder, und zum Beispiel beim Frauenverein vom Roten Kreuz kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die beiden Damen Biernbaum und Wolff, letztere die Gattin des Synagogenvorstands, die seit 1900 im Vorstand des Vereins saßen, eher als „Quotenjüdinnen" zu sehen sind.[295] Julie Wolff war auch die einzige Jüdin im Vorstand des 1903 gegründeten bürgerlichen „Vereins für Fraueninteressen."[296]

Trotz aller Vernetzung der jüdischen Oberschicht im Ludwigshafener gesellschaftlichen Leben blieb in den ersten Jahrzehnten des Kaiserreichs der Sog der glänzenden jüdischen Gemeinde in Mannheim für die reichen Ludwigshafener „Israeliten" ungebrochen. Hier konnten sie das Leben einer der größten jüdischen Gemeinden im Deutschen Reich und das kulturelle Erbe der Kurfürstenzeit genießen, konnten sich in den eleganten großbürgerlichen Vierteln niederlassen und Teil werden des Mannheimer Großbürgertums. Um 1910 lebten die Betreiber, Eigentümer bzw. die jüngere Generation der Eigentümerfamilien der meisten der frühen erfolgreichen jüdischen Geschäftsgründungen in Mannheim: die Direktoren der Walzmühle und die Eigentümer von Kuhn & Adler, der Trikotweberei Mann, Weingart & Kaufmann, Netter, Lippmann & Biernbaum. Andere Geschäftsleute blieben in der so viel größeren Nachbarstadt wohnen und betrieben lediglich ihre Geschäfte auf dem linken Rheinufer. Selbst der BASF-Chemiker Heinrich Caro wohnte in Mannheim – wobei die alte Residenzstadt auch bei einigen führenden nicht-jüdischen Industriellenkreisen der Chemiestadt der bevorzugte Wohnort war. Nach der Jahrhundertwende begann sich freilich hier ein Wandel abzuzeichnen. Im Süden der Ludwigshafener Innenstadt entstand als „besseres" Viertel mit gehobenem Wohnstandard der Stadtteil Süd. Hierher zog es auch viele der wohlhabenden Juden, vor allem aus dem Kreis der Akademiker und öffentlichen Bediensteten.

Zwischen 1905 und 1910 stieg die Zahl der Juden in Mundenheim plötzlich von 12 auf 43 – welche schlicht diejenigen waren, die sich in dem neuen, damals noch zu Mundenheim gerechneten Stadtteil ansiedelten.[297] Auch Stadtbaumeister Sternlieb errichtete sich in der Lisztstraße ein elegantes vierstöckiges Haus in den Formen des Jugendstils.

Die jüdischen Handwerker und die allesamt nicht sehr wohlhabenden bzw. in der Masse armen Ostjuden spielten im gesellschaftlichen Leben der Stadt keine Rolle, tauchen in keinem Mitgliederverzeichnis der bürgerlichen Vereine auf, nahmen ihren Wohnsitz weder in den noblen Vierteln Mannheims noch im neuen Stadtteil Süd. Damit unterschieden sie sich freilich nicht von den nicht-jüdischen Einwohnern Ludwigshafens, die nicht der Ober- und Mittelschicht angehörten. Die Ostjuden waren jedoch nicht nur arm, sie waren auch fremd. Eine ganze Reihe von ihnen waren Analphabeten,[298] ein damals im Deutschen Reich, einem der höchstalphabetisierten Staaten der Welt, unerhörter Zustand. Und der Großteil wohnte im Südwesten der Innenstadt, in den wenig schönen Häusern an der unteren Max- und unteren Bismarckstraße.[299] Als der protestantische Pfarrer Gerber 1910 über die Frage nachsann, ob Ludwigshafen denn eine Großstadt sei, fiel sein Blick unter anderem auf die neuen Bewohner der Stadt: „Wir haben verwehte Russen und polnische Juden und an Reinrassigkeit ist nicht mehr zu denken, wenn überhaupt bei einem Städtewesen, das wie ein Champignon emporgewachsen ist […] an so Etwas gedacht werden kann."[300] Hier spricht ein gewisses Unbehagen.

Eine Episode aus dem Ruchheim der Jahre um 1900 zeigt die extreme Fremdheit der Ostjuden – und andererseits die relativ entspannte Art der Dorfbewohner, die oft selbst noch in recht „altmodischen" Verhältnissen lebten, mit solch einer Gruppe armer Auswanderer auf der Durchreise umzugehen.[301] „Ich war damals bei dem Landwirt Andreas Kreiselmaier [als Landarbeiter] beschäftigt. Es war gerade vor der Ernte und wir hatten eben die Scheune aufgeräumt, um die Frucht einzufahren, da kam der Jude Jakob Leva zum Tor herein und sagte zu Landwirt K.: ‚Andres, ich hätt' eine Bitt' – könntest Du einer Gruppe von unsern Leut für eine Nacht Unterkunft geben?' Landwirt K. sagte bereitwillig zu. Wir schütteten in der aufgeräumten Scheune und im Stall Stroh auf, holten Decken herbei – und dann kamen sie. Etwa 50 Leute waren es, sehr arm angezogen, die Männer mit Bärten, Hüten und langen Mänteln, dazu Frauen und Kinder, manche hatten sogar Kinderwagen dabei. Aber sie waren sehr dankbar für die Unterkunft und fühlten sich wohl. Zu essen bekamen sie meist bei den Judenfamilien im Dorf, so gab ihnen Jakob Leva einen Eimer Milch und Brot. Als sie am andern Morgen aufstanden, verrichteten sie laut ihre Gebete und dann sangen sie mit ihren wohlklingenden Stimmen ihre Choräle. Ihr Gesang war so eindrucksvoll, dass ich mich heute noch gut daran erinnern kann. Als sie sich fertig gemacht hatten, trat ein alter Jude, wohl der Führer der Gruppe, auf Landwirt

K. zu, fasste seine Hand und sagte: ‚Herr K., der Herr wird sie segnen für alles, was sie an uns getan haben.' Dann zogen sie zu Fuß in Richtung Fußgönheim weiter."

Als im Mai 1913 der bayerische Prinzregent Ludwig Ludwigshafen besuchte, wurde Stadtbaumeister Sternlieb, der damals schon eine Reihe bedeutender Bauten in der Stadt errichtet hatte, auf Wunsch des Oberbürgermeisters auf das Schiff des königlichen Prinzen geladen und von ihm empfangen. „Der Adjutant ließ mich meine Personalien aufschreiben. Dann kam der Hofmarschall und schob mich bis nahe an den Prinzregenten. Hier musste ich ruhig warten, bis der alte Mann sich mir zugewandt hat. Das ist auch gleich geschehen. Er reichte mir die Hand, sagte, dass ihm alles, was zu sehen war, sehr gut gefalle, unterhielt sich mit mir über verschiedenes, was man vom Schiff aus sah und überreichte mir dann eine altmodische Krawattennadel. Ich habe mich sehr gefreut, denn die Sache kam unvorbereitet plötzlich. Eine solche Auszeichnung ist noch mehr als ein kleiner Orden, denn es ist eine persönliche Auszeichnung des Regenten und nicht eine Auszeichnung, welche durch Beamte von der Regierung oder dem Ministerium erfolgt. Auch dass es sich um einen Juden handelt, ist zu berücksichtigen, und haben sich die paar jüdischen Großkaufleute, welche auf dem Schiffe anwesend waren, auch sehr gefreut. …" [302]

Hier zeigte sich auch im Jahr 1913 der Schatten der immer noch fühlbaren Wand, die Juden und Nicht-Juden gelegentlich trennte. Tatsächlich waren Juden zwar in Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft des wilhelminischen Reiches sehr präsent, jedoch weit weniger in staatlichen bzw. kommunalen Positionen. Auch Ludwigshafen bildete da keine Ausnahme: nur zwei der 62 Bediensteten beim Amtsgericht, nur vier der über 80 Lehrer an den höheren Schulen waren 1912 Juden.[303] Unter den 24 Amtsvorständen der Stadt Ludwigshafen des Jahres 1920 war Markus Sternlieb der einzige Jude, unter den 58 höheren Beamten nur einer von zwei Herren „mosaischen Bekenntnisses", wie es damals oft noch hieß.[304] Der jüdische Kaufmannssohn aus Rumänien war zudem der einzige im Ausland geborene Jude, der vor 1914 in Ludwigshafen sowohl die Staatsbürgerschaft als auch – 1914 – das Bürgerrecht erhielt.[305] Bei aller Hinwendung zu seiner neuen Heimat, die sich auch in der Mitgliedschaft Sternliebs in Verschönerungs- und Pfälzerwaldverein zeigte, wird ihm doch die ewige Minderheitenexistenz der Juden bewusst geblieben sein, deren Gefahren ihm seine Jugend in Rumänien hinreichend demonstriert hatte. Bereits als Student hatte er sich in der zionistischen Bewegung engagiert, die die fortbestehenden Verfolgungen und Benachteiligung der Juden in aller Welt anprangerte und einen jüdischen Staat in Palästina anstrebte. Er war Gründungsmitglied der Münchener zionistischen Studentenverbindung und der dortigen zionistischen Ortsgruppe geworden[306] und hatte 1905 seine rumänische Heimatstadt Galatz als stellvertretender Delegierter beim internationalen Zionistenkongress repräsentiert. Solche Nähe

zum Zionismus war in der Ludwigshafener Gemeinde aber durchaus nicht unumstritten: 1906 hielt der Fabrikant Gustav Thalheimer im Verein für jüdische Geschichte und Literatur einen Vortrag zum Thema: „Der Zionismus, ein Hindernis in unserer staatsbürgerlichen Stellung." [307]

Erlöschen im Schatten der Großstadt: Das Schicksal der Landgemeinden im Raum Ludwigshafen

Die Nähe zum bzw. Ferne vom wachsenden Ludwigshafen bestimmten in den Jahren des Kaiserreichs auch das Schicksal der jüdischen Gemeinden bzw. Einwohnerschaft im Raum der heutigen Stadt. In den jüdischen Siedlungskernen, die der Stadt am nächsten lagen, Oppau und Rheingönheim, nahm die Zahl der „Israeliten" bis in die 1880er Jahre zu. In Oppau, das sich zu einem „Maurerdorf" entwickelte, dessen Einwohner die Nachbarstädte erbauen halfen, nannte das Gewerbeverzeichnis des Jahres 1877 nur drei jüdische Gewerbetreibende, die wie die große Mehrheit ihrer Glaubensgenossen als Händler (für Kohlen, Getreide oder Mehl), Makler und Krämer tätig waren.[308] Nach 1885 begann die Zahl der Juden in Oppau stetig zu sinken. Das Dorf, das zwar weiter wuchs, aber bis zur Ansiedlung der BASF 1911 doch eher arm und abgelegen blieb, bot nur wenige Chancen. Schon lange vor dem Ersten Weltkrieg wohnte kein Mensch jüdischen Glaubens mehr dort. In Edigheim war die jüdische Bevölkerung schon vor 1900 „ausgestorben."

Auch unter den Rheingönheimer Juden gab es die üblichen Berufe des Getreidehändlers und Maklers. Ein „Landkramhändler" und Makler, Simon Weil, firmierte noch lange im Gewerberegister unter der jiddischen Bezeichnung „Schmuser." [309] Doch wie sich bereits ab 1860 abzeichnete, begannen sich in Rheingönheim, ähnlich wie in Ludwigshafen, Juden auch in anderen Handels- bzw. Industriezweigen zu engagieren. Zu den Ziegeleien jüdischer Besitzer trat z.B. bald noch eine Zigarrenfabrik des Mannheimers Salomon Kahn.[310] 1897 errichteten zwei Mannheimer Bürger, der Chemiker Dr. Leopold Hirsch und der Kaufmann Gustav Lefo, eine „Fabrik chemischer Produkte" in Rheingönheim.[311] Sie stellte Chromoxyd, Kupferpräparate, Zinnoxyd, Uranoxyd und Molybdänpräparate her und war das einzige Chemieunternehmen in jüdischem Besitz im ganzen so stark von der Chemie geprägten Raum Ludwigshafen. Es blieb ein eher kleiner Betrieb mit ca. 13—15 Mitarbeitern.[312] Begehrte Produkte waren das stark nachgefragte, aber giftige „Schweinfurter Grün" und das in Malerbetrieben gesuchte ungiftige Chromoxydgrün. Deshalb erhielt das Unternehmen wohl im Volksmund den Namen „Grünes Fabrickel." Für Umwelt und Beschäftigte waren die „Ausdünstungen" der Fabrik nicht immer sehr zuträglich, es kam wiederholt zu Konflikten.

Nach der Gewerbesteuerliste des Jahres 1908/1909 [313] gab es unter 55 Handeltreibenden in Rheingönheim fünf jüdische Betriebe, unter anderem das

[Textil-] „Warenhaus" von Max Fischer, der damals Vorstand der jüdischen Kultusgemeinde war. Abgesehen vom offenbar nicht sehr lukrativen „Handel mit Malzkeimen" von David Blüm II. waren die jüdischen Geschäfte im Vergleich zu anderen relativ hoch besteuert. Unter den Industriebetrieben fanden sich die Ziegeleien Blüm und Marx,[314] die Zigarrenfabrik Moritz Weil und die Fabrik chemischer Produkte. Die 1867 gegründete „Dampfziegelei" Blüm zahlte immerhin 750 Mark Gewerbesteuer, die Fabrik chemischer Produkte 395 Mark. Die Wichtigkeit des Blümschen Betriebs mit seinen rund 90 Beschäftigten für Rheingönheim relativierte sich allerdings angesichts des weitaus größeren Betriebs der Gebr. Wöllner. Dieser chemische Betrieb, der deutlich über 100 Menschen beschäftigte, zahlte über 3 000 Mark Steuer und damit mehr als die Hälfte der gemeindlichen Gesamteinnahme.[315]

Ganz anders als in Rheingönheim stellte sich die Situation in Ruchheim dar. Das Gewerbeverzeichnis von 1877 [316] führte dort 20 jüdische Gewerbetreibende auf, die ausschließlich in „traditionellen Branchen" tätig waren: Makler, Getreide-, Viehhändler, Krämer. Auch die drei „Ölkuchenhändler" passten ins Bild, da sie die Landwirte mit den als Viehfutter genutzten Ölkuchen, „wahrscheinlich Rückstände aus den Mannheimer Ölfabriken und Mühlen",[317] versorgten. Drei Bettfedernhändler vermarkteten ganz offenbar die „Reste" der im Nachbarort Maxdorf in jedem Winter gemästeten 30 000 Gänse! [318] Zeitweise überwachte ein Ruchheimer Jude als „Schächter" die rituell korrekte Schlachtung der Gänse, die damit „koscher" [rein] waren, „denn", wie ein Zeitzeuge feststellte, „die Käufer sind fast ausnahmslos Juden und die wollen keine ‚treifene' [das Gegenteil von koscher] Gänse."[319]

Nur wenige Ruchheimer Juden waren materiell gut gestellt. Als die Kultusgemeinde 1865 einen erhöhten Zuschuss von der Gemeinde erbat, wies sie darauf hin, dass ansonsten alles mit „Umlagen" (Beiträgen) der Gläubigen finanziert werden musste. Dadurch aber würden „die wenigen Wohlhabenden unverhältnismäßig belastet, da eine große Anzahl unserer Cultusgenossen entweder sehr bedürftig oder ganz zahlungsunfähig ist." Acht Jahre später sprach der Synagogenrat im Zusammenhang mit der Finanzierung der Lehrerstelle von „der notorischen Armuth der israelitischen Glaubensgenossen." [320] Die Kultusumlagenliste von 1877 zeigte, dass nur fünf der 27 jüdischen Familien in Ruchheim große Summen von 25—30 Mark jährlich berappen konnten. Neun Familien gaben 13—20 Mark, sechs fünf bis zehn Mark und sieben gar nichts oder weniger als 2,50 Mark.[321]

Die Folge war eine stetige Abwanderung der Juden aus dem verkehrstechnisch abgelegenen Ruchheim nach Ludwigshafen, Mannheim oder auch nach Übersee. Die Liste der 1912 in Ludwigshafen lebenden jüdischen Familienhäupter enthält elf in Ruchheim Gebürtige, wozu noch zwei aus Oppau kamen.[322] Unter den rund 100 von den Behörden bemerkten Ruchheimer Auswanderern nach „Übersee" der Jahre 1853 bis 1900 waren nicht weniger als ein Viertel

Juden – deutlich mehr als ihr Anteil an der Bevölkerung.[323] Als Grund der Auswanderung, deren Ziel so gut wie immer die USA war, wurde fast ausschließlich die „Verbesserung der materiellen Lage" registriert. Gelegentlich auch „Verwandtschaft" d.h., Verwandte hatten bereits in Nordamerika ihre Zelte aufgeschlagen und holten ihre Nächsten zu sich. Manche, vielleicht sogar viele der Auswanderer konnten in „den Staaten" ihr Glück machen. Ein Beispiel ist der 1837 in Ruchheim geborene Abraham Neuberger, der mit nur sechzehn Jahren in das junge und dynamische Chicago kam, wo sich eine wohlhabende vorwiegend deutsch-jüdische Gemeinde entwickelte. Neuberger, der seinen Namen in „Newberger" anglisierte, wurde im Möbelhandel tätig. Nachdem er zeitweise in Kalifornien gearbeitet hatte, eröffnete er um 1870 zusammen mit seinen Brüdern Ferdinand (anglisiert Frederick) und Josef ein großes Geschäft in Chicago. Die Neubergers waren gesellschaftlich hoch angesehen und Mitglieder der jüdischen Reformgemeinde.[324]

Während so die ärmeren Mitglieder der Gemeinde ihr Glück anderswo suchten, finden sich von den drei wohlhabendsten Familien Löw, Herz und Leva nur Angehörige der ersteren unter den Auswanderern. Mitglieder der Familien Löw und Herz siedelten auch nach Ludwigshafen. Markus Leva und seine Söhne Josef, Jakob und David wurden hingegen zu *den* Viehhändlern Ruchheims. „Das Geschäft der drei Brüder vor dem Ersten Weltkrieg wurde immer größer, weil die Bevölkerung in den Städten Mannheim, Ludwigshafen und Frankenthal rasch zunahm und der Bedarf an Schlachtvieh und Milch größer wurde. Die Brüder […] kauften die Milchkühe in der Regel in Ostpreußen, verluden sie auf die Bahn in Königsberg und sandten sie nach Oggersheim. Bei der Fahrt wurden die Tiere in Berlin ausgeladen, gefüttert und getränkt."[325] Es war bezeichnend für die Bedeutung des Geschäfts, dass Markus Leva 1907 einen der nur drei Telefonanschlüsse in Ruchheim besaß. Die anderen gehörten dem Futtermittelhändler Samuel Neuberger und – der Postagentur.[326]

Seit 1860 begann die Zahl der Juden in Ruchheim von Volkszählung zu Volkszählung unumkehrbar zu sinken, nach 1880 unterschritt sie die Marke von 100, nach 1895 die Marke von 50. So wurde auch ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung kleiner und kleiner. Nach 1890 nahm auch die Zahl der Juden in Rheingönheim ab, doch sorgte der breitere und „modernere" Wohlstand der Rheingönheim Juden dafür, dass der Rückgang kleiner war. 1910 schließlich wohnten nur noch 27 Juden in Ruchheim, aber 37 in Rheingönheim!

Trotz des zahlenmäßigen Niedergangs der jüdischen Bevölkerung in Ruchheim und der relativ kleinen Zahl von Juden in Rheingönheim erfuhren beide Gemeinden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts deutliche Anerkennung und waren im öffentlichen Leben präsent. Zwischen 1868 und 1909 lassen sich in fast allen Wahlperioden ein oder gar zwei jüdische Mitglieder im Ruchheimer Gemeinderat finden.[327] Ähnlich wie bei ihren christlichen Kollegen

handelte es sich vor allem um wohlhabende Mitglieder der Gemeinde. Während der heiß umkämpften Gemeinderatswahl 1884, als sich gegen den unbeliebten alten Rat und Bürgermeister eine „neue" Partei bildete, schlossen sich nahezu alle Wirte den „Neuen" an. „Den ‚Alten' blieb nur eine kleine Judenwirtschaft mit Flaschenbierausschank […] Wehe dem Wähler, der eine andere Wirtschaft betreten hätte! Die Erbitterung unter der Bevölkerung war so groß, dass die Feindschaft jahrelang andauerte. Der Judenwirt hieß Löb, daher wird auch der Name der Wirtschaft ‚Zum Löwen' herkommen." [328]

Markus Leva gehörte 1872 zu den Gründern des überkonfessionellen Kindergartens, für dessen Errichtung er auch ein Grundstück zur Verfügung stellte. Bis 1881 blieb er im Vorstand des „Kinderschulvereins." [329] Zu den 54 Gründungsmitgliedern des 1896 gegründeten Spar- und Darlehenskassenvereins (Raiffeisenbank) zählten vier Juden.[330]

Auch in Rheingönheim[331] waren zwischen 1871 und 1902 jüdische Bürger Mitglieder des Gemeinderats. Dabei spielte angesichts der geringen Zahl der Juden der gesellschaftliche Rang der Ziegeleibesitzer Blüm und Marx die Hauptrolle bei ihrer Wahl. Übrigens half auch in diesem Dorf ein wohlhabender Jude, Abraham Blüm, 1882 bei der Unterbringung des Kindergartens, als die Einrichtung wegen der wachsenden Schülerzahl ihren Raum in der Schule verlor.[332] In verschiedenen Vereinen, so dem 1882 gegründeten Kriegerverein, dem Theater- und Unterhaltungsverein „Eintracht" und dem Zimmerschützenverein waren Juden Mitglieder bzw. im Vorstand tätig.[333]

Trotz der schwindenden Zahl der Gemeindeglieder – oder gerade deswegen, um ein Zeichen zu setzen? – errichtete die Ruchheimer Kultusgemeinde um 1880 eine neue Synagoge mit Betsaal, Schulstube und Lehrerwohnung. Die politische Gemeinde gab 1 200 Mark Zuschuss. „Über dem Haupteingang war in einem heute noch erhaltenen Rundgiebel aus Sandstein in hebräischer Schrift Psalm 118, Vers 20 eingehauen: ‚Das ist das Tor des Herrn, die Gerechten werden dort einziehen.'" Eine Tür daneben führte zur Frauenempore. Der Synagogenraum wurde von Rundbogenfenstern erhellt. An der Ostseite stand der Toraschrein. „Die Decke war himmelblau und mit goldenen Sternen bemalt." [334] Auch die Rheingönheimer Gemeinde, die seit 1871 mit Simon Guggenheim einen Kantor beschäftigte,[335] gab 1873 ihre baufällige alte Synagoge auf und erwarb ein anderes Gebäude, das sie mit Gebetsraum, Schulsaal und Lehrerwohnung ausstattete – obgleich damals gar keine jüdischen Schulkinder im Ort vorhanden waren.[336] Man baute damals also ganz offenbar noch auf ein angestrebtes Wachstum der Gemeinde hin. Die Behörden billigten schließlich diese Pläne, betonten aber, dass sie damit keineswegs eine etwa in Zukunft beantragte jüdische Volksschule in Rheingönheim befürworten würden.[337]

Die Juden waren ein selbstverständlicher Teil des dörflichen Alltags, mit denen man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts offenbar in der Regel gut

auskam. Die wiederholten Zuschüsse der Gemeinde Ruchheim zum jüdischen Gemeindeleben zeugen vom Abklingen etwa zuvor vorhandener antisemitischer „Untergründe", auch wenn die alten judenfeindlichen Sprüche und Kinderreime, wie sie Heinrich Wilhelm Riehl beschrieb (s. o. S. 34f), sicherlich weiter im Umlauf blieben. Die Bei-, Spitz- und Uznamen, mit denen Juden belegt wurden, entsprachen allerdings ganz denen ihrer christlichen Nachbarn, und „mancher alter Ruchheimer erinnert sich noch daran, dass, wenn sie am Sabbat als Kinder an einem jüdischen Haus vorbeigingen, es sein konnte, dass eine fromme Jüdin [der die Sabbatruhe Alltagstätigkeiten verbot] zu ihnen sagte: ‚Komm' mal rein, Liebes, und schür' mal's Feuer!'" Als Belohnung gab es dann ‚Matzen'."[338]

Noch bemerkenswerter muss es aus heutiger Sicht scheinen, dass viele christliche Häuser geschmückt waren, als der Metzger Leopold Löw 1894 goldene Hochzeit feierte. Die ‚Speierer Zeitung' berichtete: „Ruchheim, 18. August. Ein herrliches Fest der Goldenen Hochzeit feierten vor einigen Tagen die Eheleute Leopold und Helena Loew. Um das Jubelpaar besonders zu erfreuen, erschienen ein Sohn, eine Schwiegertochter, zwei Töchter und vier Enkel aus New York. Mit diesen hatten sich am Morgen des Freudentages 7 Kinder, 4 Schwiegertöchter, 1 Schwiegersohn und 22 Enkel und Enkelinnen bei dem greisen Paar eingefunden. Aber auch die Mitbürger trugen zur würdigen Verherrlichung des Familienfestes bei. Zahlreich war die Menge der Blumenspenden, und viele Häuser an der Straße, die der Hochzeitszug auf seinem Weg zur Synagoge passierte, waren festlich geschmückt und beflaggt. Bis zum Erdrücken voll war das festlich mit Blumen dekorierte Gotteshaus. Nachmittags fand eine Festtafel für die Mitglieder der Familie und die Verwandten im Hause des Jubelpaares statt, wobei schöne und sinnreiche Widmungen und Ansprachen miteinander abwechselten; den ganzen Tag liefen Karten, Briefe und Depeschen ein."[339] Als 1896 der Rheingönheimer Schächter und Kantor Simon Guggenheim seinen 80. Geburtstag feierte, „wurde derselbe von Seiten der Bürgerschaft mit vielen Glückwünschen und Geschenken bedacht. Außerdem widmete der Männergesangverein dem Jubilar ein Ständchen."[340]

Dennoch konnten weiterhin Konflikte aufbrechen – und nicht nur wegen alter Vorurteile. Gerade im gegenüber Ruchheim wesentlich fortschrittlicheren Rheingönheim kam es um 1908 zu einem jüdisch-„christlichen" Konflikt im Geist der Moderne. „Es dürfte wohl kaum in der Pfalz eine Landgemeinde geben, die aufstrebender und kulturfortschrittlicher genannt zu werden verdient als Rheingönheim," schrieb die Ludwigshafener nationalliberale „Pfälzische Rundschau" im Mai 1913.[341] Damit war sie aber auch ganz offenbar weniger offen gegenüber religiösen Wünschen, die man als unzeitgemäß empfand. Als 1907 der alte jüdische Friedhof in Otterstadt voll belegt war, erbat die Rheingönheimer Kultusgemeinde die Zuteilung eines eigenen Begräbnisareals auf dem Rheingönheimer Friedhof. Der Gemeinderat lehnte ab: „Die Mitglieder

der israelitischen Kultusgemeinde sollen im gemeindlichen Friedhof in den Reihen der übrigen christlichen Konfessionsmitglieder beerdigt werden." Wo sei die gesetzliche Verpflichtung, hier eine spezielle Stätte zu schaffen? Als Bezirksrabbiner Salvendi auf Vorschriften der 1860er Jahre verwies, konterte der Gemeinderat, diese seien doch völlig irrelevant geworden, da „durch die heutigen Rechtsanschauungen und Auffassungen überholt." Erzürnt, aber letztlich machtlos, verwies der Bezirksrabbiner auf Beispiele anderer Gemeinden der Umgebung, die selbstverständlich jüdische Friedhöfe gestatteten. Zudem gebe es auch „ungeschriebene Gesetze, Gesetze der Billigkeit und Rechtlichkeit, die ebenso heilig als die geschriebenen […] Die Israeliten tragen zu allen Kommunallasten redlich bei, und so ist es darum nicht mehr als recht und billig, dass ihnen dafür auch seitens der Kommune ein Platz eingeräumt wird, auf dem sie ihren religiösen Vorschriften gemäß ihre letzte Ruhestätte finden können. Dieses Gesetz kann niemals ‚veralten', niemals von einer ‚Rechtsanschauung überholt' werden!" [342]

Vielleicht war es auch die schwindende Zahl (wohlhabender) Gemeindemitglieder, die die Rheingönheimer Gemeindeverwaltung veranlasste, sich dem Ansinnen der Juden zu widersetzen. Bezeichnenderweise lebte der Chef der Dampfziegelei Blüm, David Blüm sen., schon seit 1902 [343] am Mannheimer Luisenring. Er war damit ein perfektes Beispiel der 1910 vom Bezirksamt Frankenthal beschriebenen Tendenz, „dass jüdische Familien, wenn sie zu einem gewissen Wohlstand gelangt sind, ihren Wohnsitz vom Lande in die Stadt oder doch wenigstens in größere Gemeinden verlegen und dadurch eine Schwächung der Finanzkraft der kleinen Kultusgemeinden herbeiführen." [344] Hatte es nach der Liste für die Verteilung der Rabbinatskosten unter die Gemeinden des Bezirks Dürkheim im Jahr 1909 noch 18 zahlungsfähige Familien in der Kultusgemeinde Rheingönheim-Neuhofen gegeben, sank die Zahl bis 1912 auf 14, davon je sieben in den beiden Dörfern. Deren Steuerleistungen waren z. T. recht beachtlich, und noch 1911 hatte die Gemeinde ja mit Josef Jacob einen eigenen Kantor und Religionslehrer angestellt. Allerdings wirkte Jacob nicht nur in Rheingönheim als Lehrer. Zugleich war er Schächter für die Gemeinde Ludwigshafen, was ihm bedeutend mehr an Gehalt einbrachte als seine Rheingönheimer Stelle.[345] Seit 1909 zählte die Rheingönheimer Gemeinde zu den ärmeren Gemeinden des Rabbinatsbezirks, der ein Rabatt auf ihre Zahlungspflicht zum Rabbinergehalt gewährt wurde.

Dieser Kategorie Gemeinden war Ruchheim schon mindestens ein Jahrzehnt zuvor zugerechnet worden, und auch der Rabatt war bedeutend höher.[346] Die nur mit Mühe aufrecht erhaltene jüdische Volksschule im Dorf fand nach dem Ruhestand des langjährigen Lehrers Waldbott 1896 ein Ende. Die wenigen jüdischen Schulkinder gingen künftig in die katholische Schule, die Kultusgemeinde war erleichtert, der finanziellen Lasten ledig zu sein.[347]

Zwei Jahre später ging die Gemeinde bei der Anstellung eines neuen Kantors offenbar einem Schwindler auf den Leim – vielleicht ein Zeichen ihres immer schnelleren Verfalls. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums" berichtete:[348] „Die von verschiedenen Blättern gebrachte Notiz von der plötzlichen Verhaftung eines israelitischen Lehrers dahier [in Ruchheim] bedarf […] der Richtigstellung. Die hiesige israelitische Schule musste im August vorigen Jahres wegen zu geringer Schülerzahl aufgehoben werden. Seitdem der frühere Lehrer Waldbott pensioniert und nach Ludwigshafen gezogen ist, gibt es in Ruchheim überhaupt einen israelitischen Lehrer nicht. Der auf Befehl der Staatsanwaltschaft zu Frankfurt am Main verhaftete nannte sich auf seinen so zahlreich ausgeschickten Neujahrgratulationskarten ‚D.E. Brisck, Rabb. – Assistence der Relig.-Gesellschaft'. Er kam im letzten Herbst ganz mittellos hierher, empfahl sich der hiesigen israelitischen Kultusgemeinde als Vorbeter und wurde auch als solcher, so viel bekannt, in provisorischer Weise angenommen. Durch das Schächten Tausender Mastgänse im nahen Maxdorf wäre ihm ein gutes Auskommen gesichert gewesen. Er ist 30 Jahre alt und soll aus Kalisch in Polen gebürtig sein. (Von besonderem Interesse dürfte sein, dass sich hier nur zwei schulpflichtige israelitische Kinder befinden, während im Jahr 1879 ihre Zahl 27 betrug, ein Beweis, wie sehr sich die israelitischen Familien den Städten zuwenden.) Wie kann man aber solche Individuen als Kultusbeamte im Rabbinatsbezirke zulassen?"

Im Jahr 1906 verzichtete Bezirksrabbiner Salvendi bei seinen Visitationen auf einen Besuch in Ruchheim. Das Dorf scheint damit zu den Gemeinden gehört zu haben, in denen es keine zehn männlichen volljährigen jüdischen Männer mehr gab, die es brauchte, um einen gültigen Gottesdienst zu feiern. Durch den Besuch auswärtiger Juden scheint es aber doch noch möglich gewesen zu sein, immer wieder am Sabbat und an Festtagen die Zahl zu ergänzen und Gottesdienste zu halten.[349]

Nach dem Ersten Weltkrieg schwand die Zahl der Ruchheimer und Rheingönheimer Juden weiter dahin. 1925 waren es nur noch 18 bzw. 19 Personen, 1933, nach den Verheerungen der Weltwirtschaftskrise, nur noch je zwölf. Wie sich in Ruchheim deutlich zeigte, blieben die alten Gewerbetreibenden, die immer noch ihr Auskommen hatten, im Dorf. Die Jungen zogen fort, meist ins benachbarte Ludwigshafen.[350] Die kinderlose Familie des Besitzers der Rheingönheimer Fabrik chemischer Produkte, Hirsch, rief 1930 ihren Neffen, Dr. Franz Schweizer, aus den USA zurück. Er aber arbeitete nur in Rheingönheim und lebte in Mannheim.[351] Die Rheingönheimer Gemeinde schloss sich 1925 der Ludwigshafener Kultusgemeinde an.

Der heraufkommende Nationalsozialismus warf tiefe Schatten gerade auf Ruchheim. Hier gelang es der NSDAP, schon 1930 stärkste Partei zu werden. Im Juli 1932 errang sie rund sechzig Prozent der Stimmen. Die wenigen verbliebenen

Juden wurden nicht an Leib und Leben bedroht, sie betrieben weiterhin Handel. Doch wird die Atmosphäre sicher ihre Spuren hinterlassen haben, auch wenn der Antisemitismus in dem von Arbeitslosigkeit und Landwirtschaftskrise getroffenen Dorf kaum ein vorrangiger Grund für die Wahl der Nationalsozialisten gewesen ist.[352] Dr. Franz Schweizer glaubte sich als Inhaber des Eisernen Kreuzes 1. Klasse sicher vor den Attacken der Nationalsozialisten. Er blieb bei der Leitung seines Rheingönheimer Betriebs. Eine Entscheidung, die ihn geradewegs in die Vernichtungslager des Ostens führte …[353]

Im Ersten Weltkrieg

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs bedrohte die internationalen Netzwerke, die die Ludwigshafener Großbürger jüdischen Glaubens geknüpft hatten. Trotzdem scheinen sie, wie ihre nicht-jüdischen Landsleute, „treu zu Kaiser und Reich" gestanden zu haben. Jüdische Großbürger engagierten sich in der von der Stadt ins Leben gerufenen Kriegsfürsorge,[354] und bei einer Sitzung des „Vereins gegen Haus- und Straßenbettel" im November 1914 betonte der Vorstand Moritz Wolff, „es sei Ehrenpflicht des Vereins", im Rahmen der Kriegsanstrengung die Kriegsfürsorge zu unterstützen und sich so „an dem lokalen patriotischen Hilfswerk" zu beteiligen.[355] Die in der Presse veröffentlichten Listen der Spenden an das Rote Kreuz für die Kriegswohlfahrt zeigen, dass jüdische Unternehmen zu den großzügigsten Gebern gehörten. Stadtrat Rechtsanwalt Mayer zahlte 200 Mark – sehr viel für eine Einzelperson, Kuhn & Adler 1 000 Mark, die Firma von Moritz Wolff über 1 000 Mark.[356]

Insgesamt dienten 131 jüdische Männer aus der Stadt im Krieg, 91 davon an der Front.[357] Das dürfte ziemlich exakt der Zahl der deutschen jüdischen Einwohner in wehrfähigem Alter entsprochen haben, womit auch in Ludwigshafen, wie in Deutschland allgemein, „restlos alle" Juden am Krieg „teilgenommen haben, die irgend nur teilnehmen konnten."[358] Die etwa 20% Ausländer unter den ansässigen „Israeliten" konnten natürlich nicht durch den deutschen Staat zum Wehrdienst herangezogen werden. Sie mussten in ihren Heimatländern, d.h. vor allem in Österreich-Ungarn, einrücken. So dienten der aus Ungarn stammende Josef Grünhut und der Galizier Hermann (Hirsch) Meisel in der österreichischen Armee.[359] Insgesamt 20 deutsch-jüdische Soldaten aus Ludwigshafen wurden verwundet, 17 starben.[360] Der erste war am 4. April 1915 der 34-jährige „Offiziersstellvertreter" Karl Mann aus der angesehenen Fabrikantenfamilie. Er sei „den Heldentod fürs Vaterland […] bei einem Sturmangriff" gestorben, wie die Todesanzeige in der damals bei vielen, aber keineswegs allen Gefallenenanzeigen üblichen Sprache vermerkte. Die Zahl der jüdischen Toten entspricht etwa 0,6% der Gesamtzahl der Ludwigshafener Gefallenen und damit fast exakt dem Anteil der deutschen Juden an der Bevölkerung der Stadt nach der Volkszählung des Jahres 1910. Die

in akademisch-intellektuellen Milieus recht hohe Freiwilligenquote wurde in Ludwigshafen mit seiner eher kaufmännisch geprägten jüdischen Bevölkerung nicht erreicht. Nur sechs der 131 „im Krieg Dienenden" aus der Stadt hatten sich freiwillig gemeldet.[361] Einer davon war Heinrich Altschüler, Sohn eines der angesehensten Kaufleute Ludwigshafens, der 1914 den später in der Stadt der Chemie tätigen Juristen Dr. Otto Weiler kennenlernte, „als wir beide als Freiwillige bei der Ersatzabteilung des 3. Chevauxlegers-Regiments in Landau eintraten."[362] Der Ludwigshafener Justizinspektor Heinrich Michel wurde mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet, und auch der Kaufhausbesitzerssohn Willy Rothschild kehrte mit Auszeichnungen „aus dem Felde" heim.[363] Seit 1915 wirkte der Neurologe Fritz Kaufmann am Ludwigshafener Reservelazarett und entwickelte eine europaweit beachtete, allerdings auch wegen ihrer Brutalität umstrittene Heilmethode für Kriegsneurosen von Soldaten. Auch er erhielt vom Kaiser das Eiserne Kreuz.[364] (s. auch S.172) In Zusammenarbeit mit der BASF entwickelte Fritz Haber 1914/15 chemische Kampfstoffe, die im April 1915 an der Westfront eingesetzt und zu einer extrem gefürchteten Erscheinung wurden. (s. auch S183) Gerade die „Ludwigshafener Erfindungen" der beiden nationalgesinnten jüdischen bzw. jüdischstämmigen Wissenschaftler Kaufmann und Haber wurden im westlichen Ausland zu Inbegriffen deutscher Bestialität und Inhumanität stilisiert – obgleich dort ähnliche Methoden entwickelt bzw. angewandt wurden. Haber und Kaufmann trugen damit unwillentlich dazu bei, dass Deutschland den Propagandakrieg gegen die Alliierten um die „moralische Oberhoheit" verlor – und beide Wissenschaftler, die doch ihr Vaterland so sehr verehrten, wurden nach 1933 von den Nationalsozialisten aus der „Volksgemeinschaft" ausgestoßen.

Der Kriegsbeginn unterband zuerst den weiteren Zuzug osteuropäischer Juden. Einige von ihnen zogen mangels Einkommen oder als Soldaten zurück in ihre Heimat, 18 hatten ihre materielle Situation soweit gefestigt, dass sie 1917 bei der Neuanlage der „Klassifikationsliste" in die Reihe der zahlenden Gemeindeglieder einrückten. Im Gegenzug waren allerdings 22 Gemeindeglieder, die 1912 noch zu den – meist eher niedrig eingruppierten – Zahlern gehört hatten, in die Gruppe der Zahlungsunfähigen bzw. von der Zahlung Verschonten getreten. Ganz offenbar sorgte die allgemeine Not der Kriegszeit dafür, dass die Liste des Jahres 1917 mit 167 Namen dreißig weniger als die von 1912 aufwies.[365] Geschrumpft ist die jüdische Gemeinde im Krieg insgesamt wohl nicht, denn die Volkszählung vom Oktober 1919 ermittelte 927 „Israeliten" in Ludwigshafen.[366] Schon während des Krieges wanderten zahlreiche Juden aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Polens nach Deutschland ein.[367] Einige gelangten auch in die junge Stadt am Rhein. So betrieb der 1880 in Lodz geborene Moritz Tempelhoff seinen Alteisenhandel bereits seit Ende 1915 in der Stadt.[368] Ein Massenphänomen ist diese Kriegszuwanderung in Ludwigshafen, auch nach dem Zeugnis der nur unvollständig erhaltenen Gewerberegister aus der Kriegszeit, aber nicht gewesen.



Einladung.

Am **Freitag, den 29. September 1916, abends 9 Uhr,** findet im

grossen Saale des Pfälzer Hofes

in Ludwigshafen a. Rh., Bismarckstrasse 114, ein

Vortrag

über:

Der Krieg u. das Nerven-System

statt. — Vortragender: Herr **Dr. med. Fritz Kaufmann I** aus Mannheim,
K. B. Stabsarzt d. L. a. D.

Zum Besuche dieses Vortrages ist jedermann freundlichst eingeladen.

Eintritt frei!

Ortsausschuss für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge
Ludwigshafen a. Rh.

Abb. 25: Weit über Deutschland bekannt: der seit 1915 in Ludwigshafen wirkende Psychiater Fritz Kaufmann entwickelte umstrittene Methoden zur Behandlung von Kriegsneurosen bei Soldaten.
Hier ein Plakat für einen einschlägigen Vortrag im Ludwigshafener „Pfälzer Hof", 1916

Da schon im Juli 1914 die Zahl der Juden in der Stadt zwischen 850 und 900 gelegen haben dürfte, und mit Kriegsende eine verstärkte ostjüdische Zuwanderung einsetzte, ist der Hauptzuwachs vor und nach dem Krieg erfolgt. Vermutlich stagnierte die jüdische Gemeinde ähnlich wie die Gesamtbevölkerung der Stadt.[369]

Die Konzentration aller Kräfte auf die Kriegswirtschaft bedeutete, dass die für Juden besonders bedeutsamen Branchen, Textil- und Schuheinzelhandel und Textilverarbeitung, an Bedeutung verloren bzw. der Bewirtschaftung unterlagen. Die Ludwigshafener Textilbetriebe hatten allerdings insofern Glück, als Kommerzienrat Alfred Mann, der Direktor der Trikotweberei, im Rahmen der Organisation der Kriegswirtschaft Leiter des reichsweiten „Kriegs-Wirk- und Strickverbandes" wurde. Dort „konnte er seine Fähigkeiten auf organisatorischem Gebiet zum Wohl der gesamten durch ihn vertretenen Industrie entfalten." In der Folge initiierte er den „Reichsverband Deutscher Wirkereien" und war im Reichsverband der Deutschen Industrie tätig.[370] Die beiden Großbetriebe Kuhn & Adler sowie Gebr. Mann erhielten Staats-, d.h. Militäraufträge und bewahrten bzw. im Fall von Mann verdoppelten ihren Mitarbeiterstand sogar. Kuhn & Adler beschäftigte bis zu 21 russische Kriegsgefangene.[371] Die Walzmühle zählte ohnehin wegen ihrer Bedeutung für die Nahrungsmittelversorgung als kriegswichtiger Betrieb. Einen „Heeresauftrag" erhielt 1917 sogar die kleine Branntwein- und Likörfabrik Neuschäfer und beschäftigte deshalb zu den vier Stamm- noch drei zusätzliche Arbeiterinnen. Auch die Zigarrenherstellung von Hirsch Hankin florierte, und 1915 öffnete ein weiterer ostjüdischer Betrieb zur Zigarrenfabrikation seine Pforten.[372] Alkohol und Tabak konnten Arbeiter und Soldaten zufrieden halten! Auch die direkte Lieferung von Rüstungsgütern wurde begonnen: Die Großhandelsfirma Wolf Netter, deren Leiter, Arthur Netter, in verschiedenen Regierungsausschüssen an der Lösung der Rohstofffragen mitarbeitete,[373] eröffnete 1915 eine Zünderfabrik mit 20 Beschäftigten, die sofort mit Kriegsende den Betrieb einstellte. Die Firma Bermann & Cie. betrieb eine Feldschmiede- und Hufeisenfabrikation mit über 50 Beschäftigten in Ludwigshafen, die 1919 als „Rheinische Elektrizitätsanlagen" fortgeführt wurde. Selbst die Kleineisenfabrikation des Kaufmanns Sigmund Schnurmann konnte im Krieg statt einem mehrere Arbeiter beschäftigen.[374]

Im Zeichen der Mangelwirtschaft, die auch auf Altmaterialien Wert legte, wurde auch die 1915 eröffnete „Lumpensortieranstalt" des Samuel Maier in der Industriestraße zum Großbetrieb. Er beschäftigte zeitweise 120 Arbeiter, darunter auch russische Kriegsgefangene. Es ist vielleicht auch kein Zufall, dass gerade im Krieg eine Reihe der ostjüdischen Alteisen-, Lumpen- und Trödelhändler in die Reihen der Steuerzahler der Gemeinde aufstiegen.

Nicht-kriegswichtige Firmen litten dagegen unter dem Abzug von Ressourcen und der zusammenbrechenden Nachfrage. Die Lagerhausgesellschaft von Weingart und Kaufmann, die Glasurmühle Heilbronner, die Hadernhandlung

Weilheimer und die Kaffeerösterei Wolff stellten ab 1915/16 den Betrieb ein. Auch die Elektroanlagen des Ingenieurs Leiser, die Wäsche-Konfektion von Jakob Mann, die Rolläden von Herz oder die Leistungen der Druckerei Neubauer waren nicht mehr sehr gefragt. Die Firmen schrumpften von 30 bzw. 20 Beschäftigten auf deutlich unter zehn.[375]

Die drohende Besetzung durch französische Truppen, die dann nach dem Ende der Kampfhandlungen Ende 1918 auch erfolgte, erregte ab Herbst 1918 allgemein Furcht.[376] Als Rechtsanwalt Kahn mit dem Ludwigshafener Landtagsabgeordneten der katholischen Zentrumspartei, Hofmann, und dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten der Stadt, Binder, nach einem Konzert in geselliger Runde saß, berichtete der Zentrumsmann von den in München kursierenden Gerüchten über die Übergabe des linken Rheinufers und damit Ludwigshafens an die Franzosen. Kahn geriet in „innere Aufregung" und brach öffentlich in Tränen aus, als er in der Folge noch weitere Details zum drohenden Schicksal der Pfalz erfuhr. Als ihn bald danach ein Verwandter auf seine Nervosität und blasses Aussehen ansprach, erzählte er die Gerüchte weiter – und wurde prompt deshalb von den Behörden kritisiert und zu einer rechtfertigenden Stellungnahme gezwungen. Diese Episode, die nur wegen der folgenden Untersuchung überliefert ist, lässt keinen Zweifel an der selbstverständlichen Eingebundenheit dieses wohlhabenden Mannes jüdischen Glaubens in die gehobene politische Gesellschaft der Stadt – und an seinem ebenso selbstverständlichen Nationalstolz, den er mit eben jener Gesellschaft teilte.[377] Gerade die tiefe Verletzung dieses Stolzes durch den Kriegsausgang fühlte auch die jüdische bürgerliche Schicht: „Anfang Dezember 1918! Erschüttert von dem unglücklichen Ende des Krieges und voller Bangen wegen des künftigen Schicksals unseres Landes waren wir nach der Demobilisierung in die Heimat gekommen. Gerne waren wir bereit, den überall plakatierten Aufrufen [der einrückenden französischen Truppen mit] den Zusicherungen der ‚Toleranz und Gerechtigkeit' […] Glauben zu schenken, wenn auch die in den Aufrufen mit einer für unser Empfinden unerträglichen Selbstverherrlichung verbundenen aufreizenden Schmähungen des deutschen Volkes unsere Zuversicht wesentlich herabminderten." So beschrieb der künftige Ludwigshafener Rechtsrat Weiler seine Gefühle bei Kriegsende.[378] Der Chemiker Max Koebner hatte sich mit seiner Familie den Menschen zugesellt, die am Straßenrand den Durchzug der geschlagenen deutschen Truppen durch Ludwigshafen beobachteten – und verteilte Kartoffelsuppe an die Soldaten! Der niederschmetternde Eindruck der Szene war Koebners damals erst fünfjährigem Sohn Adolf noch nach Jahrzehnten gegenwärtig. Sein Vater verlor zudem einen guten Teil seines Vermögens, den er hochgestimmt in deutsche Kriegsanleihen investiert hatte.[379]

Als die Revolution im November 1918 die Monarchie hinwegfegte und auch in Ludwigshafen ein „Arbeiter- und Soldatenrat" entstand, war es Rechtsanwalt

Mayer, der einzige Stadtrat jüdischen Glaubens, der am unverblümtesten seine Ablehnung der neuen Ordnung zum Ausdruck brachte. Bei der Debatte um die Einführung des Acht-Stunden-Tags betonte er, dass dies eine „alte sozialdemokratische Forderung" sei, „mit der man sich bei den heutigen Verhältnissen abfinden müsse. Ob man damit gut abschneiden werde, sei eine andere Frage." Ein Sozialdemokrat brachte daraufhin seine Verwunderung zum Ausdruck, dass ein eher fortschrittlicher Liberaler diese Meinung habe. Doch Mayer mochte vielleicht 1909 ein „Fortschrittler" gewesen sein, allerdings nur im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung. Vehement lehnte er jeden städtischen Zuschuss für die Bezahlung der Angestellten des Arbeiter- und Soldatenrats ab. Der Stadtrat genüge als Vertretung der Bürgerschaft, es gebe gar keine neue Ordnung, wie die Sozialdemokraten behaupteten. Diese Negierung der Wirklichkeit mochte den Wünschen Rechtsanwalt Mayers entsprechen. Er und die Ludwigshafener jüdische Gemeinde mussten sich dennoch den neuen Realitäten stellen.

IV.
Die Juden Ludwigshafens in der Weimarer Republik

Der „gesuchteste" Ort für Juden

Anfang Dezember 1918 besetzten französische Truppen Ludwigshafen.[380] Bis zum Juni 1930 war die Stadt Teil des französischen Okkupationsgebiets auf dem linken Rheinufer. Immer wieder wurde die Rheinbrücke in den folgenden Jahren für kürzere oder längere Zeit völlig gesperrt, alle Kontakte ins Rechtsrheinische verboten. Dennoch hatte die Stadt der Chemie Anteil an der „Scheinblüte" der deutschen Wirtschaft in den Jahren 1919 bis 1922, als die fortschreitende Geldentwertung deutsche Exporte zunehmend verbilligte. Die Bevölkerung wuchs rasch um etwa zehn Prozent auf nahe an 100 000.

Der bittere Streit zwischen Frankreich und Deutschland um die Reparationen, der in die Hyperinflation in Deutschland mündete, durch Versorgungsmängel und enttäuschte Hoffnungen auf ein besseres Leben im neuen friedlichen und demokratischen Deutschland ausgelöste soziale Unruhen, Streiks und Gewalt sowie der Versuch der Franzosen, in der Pfalz einen „unabhängigen" Marionettenstaat zu schaffen, brachten das wirtschaftliche und politische Leben vor allem 1923 weitgehend zum Erliegen. Der Zusammenbruch des „separatistischen Experiments" und die darauf folgende gemäßigtere Politik der französischen Besatzung sowie der „Währungsschnitt" mit der Einführung einer neuen, stabilen deutschen Mark führten Mitte 1924 zu einer Normalisierung der Lage. Eine Phase ruhigerer Entwicklung begann. 1924 überschritt die Bevölkerung der Stadt im Jahresmittel die Grenze von 100 000; Ludwigshafen war Großstadt geworden. Als Handelszentrum für die Pfalz, dessen Position durch die „Abschneidung" Mannheims sogar noch deutlich verbessert wurde, und als Sitz eines der weltgrößten Chemieunternehmen, der BASF – ab 1925 ein Zweigwerk der



Abb. 26: Das deutsche Chicago: Der Rhein vor Ludwigshafen, ca. 1925

I. G. Farben – sowie zahlreicher weiterer Industrieunternehmen blieb die „Stadt der Chemie" ein attraktives Ziel gerade auch für jüdische Zuwanderer, die in hergebrachter Weise vor allem im Handel tätig sein wollten. Der überwiegend „proletarische" Charakter der Stadt ermöglichte zudem auch eher armen und wenig gebildeten Juden, in den Arbeiterbezirken mit Kleinhandel ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Für einige Zuwanderer jüdischen Glaubens mag auch die – später von den Nationalsozialisten mit polemischer Tendenz betonte – Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass der in Teilen des Reichs aufbrechende gewalttätige Antisemitismus im besetzten Gebiet von den französischen Behörden nicht geduldet wurde.[381]

Trotzdem gehörte Ludwigshafen auch in der Weimarer Zeit nicht zu den bedeutenden und großen jüdischen Gemeinden. In den Großstädten des Reichs war die Zahl der Juden im Jahr 1925 nur in 13 Städten kleiner, in 31 aber größer als in der Industriemetropole am Rhein. Mit jüdischen Zentren wie Berlin, Hamburg, Breslau, Köln, Frankfurt, München oder eben auch Mannheim konnte sich die Chemiestadt nicht messen. Allerdings übertraf die Zahl der Juden in Ludwigshafen relativ wie absolut die in den meisten anderen jungen „geschichtslosen" Industriestädten Deutschlands.[382]

Die Entwicklung der jüdischen Gemeinschaft in Ludwigshafen war Teil eines deutschlandweiten Prozesses: In den Jahren der Weimarer Republik beschleunigten sich die Konzentration der deutschen Juden in Städten, vor allem Großstädten, und die parallel verlaufende Entleerung der alten Landgemeinden. Im Jahr 1925 lebten über 30% der Juden des Deutschen Reichs in Berlin.[383] In den

meisten deutschen Großstädten wuchs die Zahl der Juden, in vielen auch der Prozentsatz an der Bevölkerung. Innerhalb dieser Entwicklung nimmt Ludwigshafen nun aber eine Sonderstellung ein. Zwischen 1910 und 1925 vermehrte sich die Zahl der jüdischen Einwohner hier von 747 auf 1 241,[384] d.h. um 64%, ein Wert, der, mit zwei Ausnahmen, in keiner Großstadt des Deutschen Reichs auch nur annähernd erreicht wurde.[385] Da die Gesamtbevölkerung der Stadt im gleichen Zeitraum nur um 22% zunahm, stieg der Anteil der Juden an der Einwohnerschaft von 0,9 auf 1,2%. Die Wachstumsbilanz einiger der bedeutenden jüdischen Gemeinden des Reichs fiel deutlich bescheidener aus als die Ludwigshafens. Die Mannheimer jüdische Gemeinde, die Ludwigshafen an Größe und Bedeutung weit übertraf, wuchs zwischen 1910 und 1925 lediglich um 8,9%, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung der Stadt sank. Die über 10 000 Köpfe starke Gemeinde in München schrumpfte – und selbst in Berlin betrug der Zuwachs nur etwa 15%. Im pfälzischen Umfeld hatte die junge Industriestadt alle anderen Städte an Anziehungskraft überholt.[386] Nur im Zentrum der Schuhindustrie, Pirmasens, und in Kaiserslautern nahm die Zahl der Juden noch geringfügig zu,[387] überall sonst ging sie zum Teil deutlich zurück.[388] Innerhalb der Pfalz war Ludwigshafen nunmehr die bei weitem größte Gemeinde, in Bayern stand sie auf Platz fünf.

Der Grund für die außerordentlich starke Zunahme der jüdischen Einwohnerzahl lag wie überall in Deutschlands Großstädten in einem starken Zustrom von „Ostjuden." Krieg, Bürgerkrieg, Seuchen, Pogrome – und die Hoffnung auf ein besseres Leben trieben die Menschen in den Westen. Die ostjüdische Zuwanderung, die wie erwähnt schon vor dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte, erreichte in den Jahren 1918 bis 1924 offenbar völlig neue Dimensionen. Dies schlug sich in der Zahl und Struktur der jüdischen Gewerbeanmeldungen in der Stadt nieder. Hatte ihr Anteil an der Gesamtzahl der Gewerbeanmeldungen in den Jahren um 1910 bei zwei bis drei Prozent gelegen, nahm er nach dem Krieg – 1919 bis 1924 – auf fünf bis 7,5% zu. Die absoluten Zahlen stiegen von etwa 30 auf ca. 60 bis 80. Bis zu zwei Drittel davon waren Anträge von Ostjuden, wobei nunmehr auch viele Menschen aus den ehemaligen russischen Gebieten Polens den Weg an den Rhein fanden.[389] Ein großer Teil der etwa 400 Osteuropäer, die in den Jahren 1920 bis 1924 nach Ludwigshafen zuwanderten,[390] waren Juden: Noch 1933 waren 417 der 526 in Ludwigshafen lebenden Polen „mosaischen Glaubens."[391] Viele von ihnen waren allerdings wie vor 1914 nicht direkt nach Ludwigshafen gekommen, sondern hatten zuvor in anderen deutschen Städten gewohnt. Rund 44% der 1933 in Ludwigshafen lebenden nicht-deutschen Juden waren bereits in Deutschland geboren.[392] So zog, um ein Beispiel zu geben, der in Warschau geborene Eduard Pfefferberg im Jahr 1922 aus der Juwelenmetropole Pforzheim zu, um in der jungen Industriestadt auf dem französisch besetzten linken Rheinufer einen „Bijouterie-Großhandel" zu betreiben.[393] Für eine große Zahl von Ostjuden war die Stadt allerdings nur Durchgangsstation. In den Jahren

1921 bis 1926 zogen 437 Menschen von Ludwigshafen in Richtung „Amerika", d.h. vor allem die USA. Unter ihnen werden viele (Ost-)Juden gewesen sein.[394]

Im Jahr 1933, als vor allem aufgrund der Wirtschaftskrise die Zahl der Juden in Ludwigshafen wieder auf 1 070 zurückgegangen war, betrug der Anteil der Ausländer unter ihnen 44,6%, ein Wert, der den Ausländeranteil unter den Juden im Gesamtreich – 19,6% – und in der Reichshauptstadt Berlin – 25,8% – weit übertraf. In der Gesamteinwohnerschaft der Stadt lag der Ausländeranteil nur bei 1,2%! Von den 477 jüdischen Ausländern in der Stadt der Chemie stammten fast 90% aus Polen, nur fünf (!) nicht aus einem osteuropäischen Staat. Der Anteil der Ostjuden in der Pfalz jenseits von Ludwigshafen war verschwindend gering.[395]

Die ostjüdische Zuwanderung sorgte überall dort, wo sie stark fühlbar war, für eine Umkehrung der in der „eingeborenen" jüdischen Bevölkerung vorherrschenden demographischen Tendenzen, die in der jüdischen Publizistik oft als die größte Bedrohung der jüdischen Gemeinschaft beklagt wurden. Die deutschen Juden hatten weniger Kinder als die nicht-jüdischen Deutschen und die Gemeinschaft alterte. In großen Teilen Deutschlands hatte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg der Geburten- in einen Sterbeüberschuss verkehrt. Bei den Zuwanderern war dies zuerst einmal ganz anders – und das machte sich auch in Ludwigshafen bemerkbar.

Während die bayerischen Juden allgemein schon seit ca. 1920 einen Sterbeüberschuss aufwiesen, gab es in Ludwigshafen bis 1929 einen deutlichen Geburtenüberschuss. Mit 25 Geburten auf 1 000 Einwohner übertraf die Fruchtbarkeit der Ludwigshafener Juden im Jahr 1925 diejenige der übrigen Bevölkerung, die es nur auf 17,3 pro 1 000 brachte. In den Folgejahren glich sich die jüdische Geburtenziffer der der nicht-jüdischen Einwohnerschaft an. Erstaunliches zeigte sich auch bei den Heiraten. Während in der Gesamtbevölkerung die Zahl der Eheschließungen ihren Höhepunkt 1920 erreichte – eine Folge des „Heiratsstaus" während des Kriegs, war die Zahl jüdischer Heiraten erst zwei Jahre später am höchsten –, ein deutliches Indiz, dass es sich hier vor allem um Zuwanderer- und nicht um Kriegsheimkehrer-Ehen handelte. In diesem Jahr wurden nicht weniger als 52 jüdische Hochzeiten beim Standesamt beurkundet, ein Wert von ca. 50 auf 1 000 Einwohner, weit mehr als je in der nicht-jüdischen Bevölkerung. Zehn Prozent aller jüdischen Ehen in Bayern wurden damals in Ludwigshafen gefeiert, obwohl die Stadt nur für etwa 2,5% der Juden des Landes Heimat war.

Die Ostjuden sorgten dafür, dass die jüdische Gemeinde der Stadt erheblich jünger war als die sie umgebende pfälzische Judenschaft. 1933 waren immerhin 28,6% der Juden Ludwigshafens unter 20 Jahre alt und nur neun Prozent über 60. Das entsprach im Wesentlichen den Werten für die Ludwigshafener Gesamtbevölkerung (29,9% und 7,9%). Bei den übrigen pfälzischen Juden waren

demgegenüber jeweils ein Fünftel der Gemeindemitglieder unter 20 und über 60, wobei die Zahl der Alten die der Jungen leicht übertraf.[396]

Andererseits blieb die Ludwigshafener Gemeinde durch ihren extrem hohen Ausländeranteil weit weniger „eingeboren" als die Gesamtbevölkerung. Nur 27,5% der 1933 in Ludwigshafen ansässigen Juden waren auch hier geboren. Diesen Wert hatte die Gesamtbevölkerung der jungen Stadt bereits 1912 erreicht. Im benachbarten Mannheim, dessen Gemeinde einen weit geringeren Ostjudenanteil aufwies, betrug der Prozentsatz der dort Geborenen 39,5%.[397]

Durch den Geburtenüberschuss und eine weitere Zuwanderung wuchs die jüdische Bevölkerung der Stadt auch in der zweiten Hälfte der Zwanziger Jahre noch. Zwar flaute die osteuropäische und damit auch die ostjüdische Zuwanderung nach Ludwigshafen nach 1925 deutlich ab, da sich die Verhältnisse besonders in Polen stabilisierten und ein Wirtschaftsaufschwung einsetzte.[398] Dennoch finden sich 1926 bis 1929 noch ca. 50 neue jüdische Familiennamen in den Gewerbeanmeldungen, darunter auch eine stattliche Anzahl westjüdischer Zuwanderer; der wirtschaftliche Aufschwung zog offenbar auch sie in die junge Stadt am Rhein. Die Zahl von 1400 Gemeindemitgliedern, die eine jüdische Publikation für das Jahr 1931 nennt, lässt sich allerdings nicht belegen – und wird in anderen Quellen im Übrigen fälschlich schon für 1925 zitiert.[399] Wahrscheinlich ist ein Wert von etwa 1300 bis 1350 um 1929.[400] Die differierenden Zahlenangaben könnten auch daher rühren, dass zur Kultusgemeinde Ludwigshafen nicht nur die Juden der Stadt, sondern – 1924 – noch drei Juden aus Oggersheim und seit 1925 die Mitglieder der Kultusgemeinde Rheingönheim-Neuhofen-Waldsee gehörten. Das waren immerhin ca. 50 Personen.[401]

Von 1928 ab sank, der abnehmenden Tendenz der ostjüdischen Zuwanderung folgend, die Zahl der Ehen und bald auch die der Geburten.[402] Die jüdische demographische Krise begann die Stadt zu erreichen, und im Zeichen der Weltwirtschaftskrise nahm sie schon bald vorher unvorstellbare Ausmaße an.

Vom Warenhaus-Dachgarten zum Sackhandel: Jüdische Berufs- und Sozialstruktur in der Weimarer Zeit

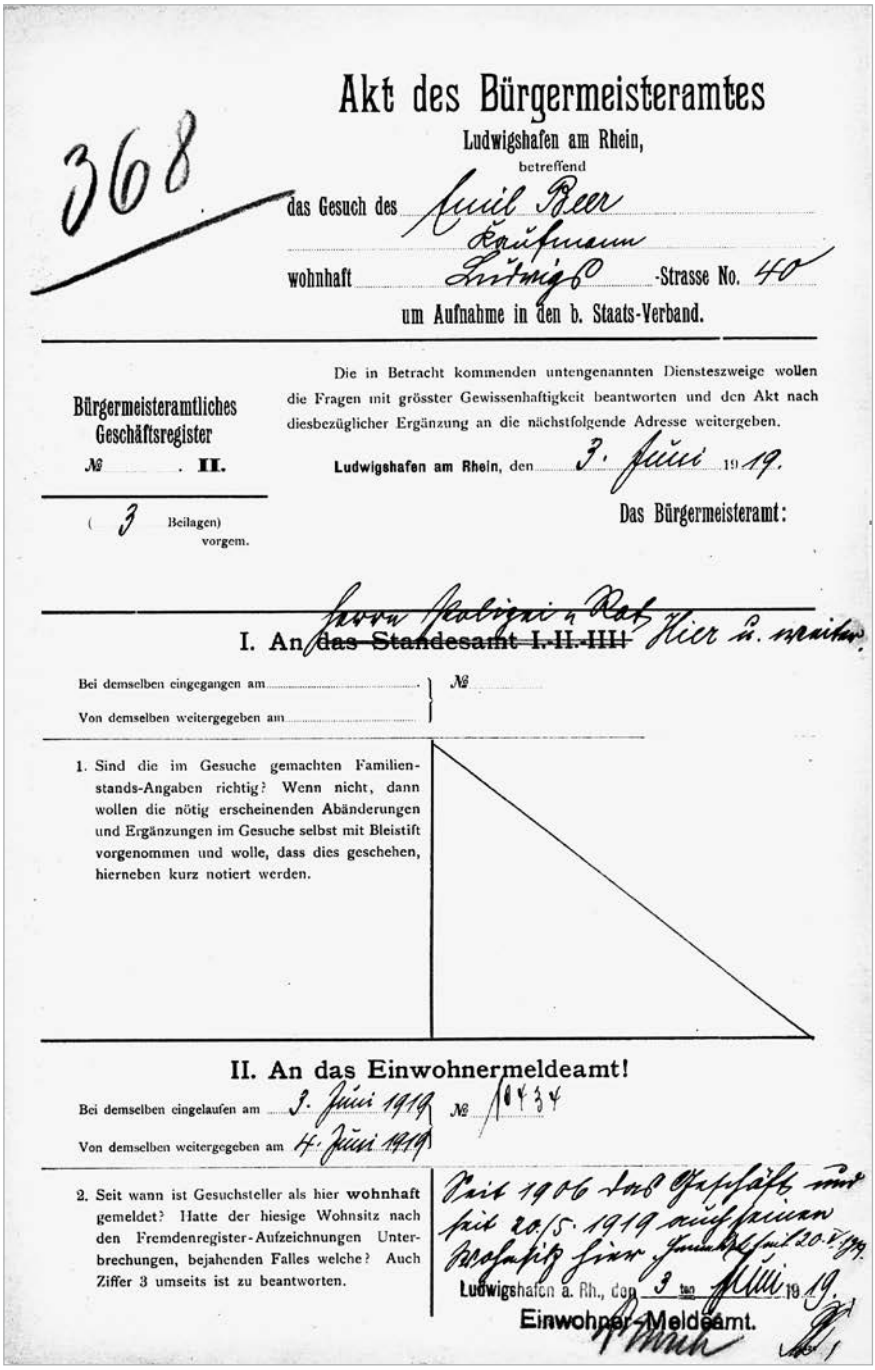
Das hervorstechendste Merkmal der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung der jüdischen Gemeinde Ludwigshafens in den frühen Jahren der Weimarer Republik war das starke Wachstum einer jüdischen Unterschicht. Die inflationsgetriebene Blüte der deutschen Wirtschaft in den Jahren 1919 bis 1922 begünstigte die (ost-)jüdische Zuwanderung, und die Einwanderer waren fast alle arm bzw. wenig wohlhabend. Kaum einem gelang die Gründung oder Übernahme größerer Einzelhandelsgeschäfte bzw. Handelsunternehmen. Als Arbeiter oder Handwerker versuchten nur sehr wenige ihr Geld zu verdienen. So belegen die Gewerberegister der frühen Zwanziger Jahre, dass die Masse der Ostjuden

entweder als Alteisen-, Trödel-, Lumpen-, Fell- und Sackhändler oder als Vertreter bzw. Hausierer für Textil-, Kurz- und Manufakturwaren von Tür zu Tür oder „auf Messen und Märkten" zu überleben versuchte.[403] Ganz wenige dieser Unternehmungen, wie etwa die Sacknäherei des in der ostjüdischen religiösen Gemeinde führenden Menasse Bergmann in der Heinigstraße oder die Lumpensortieranstalt des Samuel Maier, die beide schon vor 1918 nach Ludwigshafen gekommen waren, wurden zu großen Betrieben mit Dutzenden von Beschäftigten.[404] Sechs Ostjuden gründeten in jenen frühen Jahren zumindest zeitweise recht erfolgreiche Unternehmen, unter anderem die später offenbar fest etablierten Möbelhäuser Lebowitsch und Sender, das Weiß- und Wollwarengeschäft mit Wäschefabrik Goldkorn oder die Zigarettenfabrik „Mazetti" der Herren Mazet und Kantorowicz.[405]

Besonders elend erscheint demgegenüber der 1920 von Lina Friedmann angemeldete „Handel mit alten Zahngebissen", der noch im selben Jahr zum Handel mit Altgold und Silber erweitert wurde. Uhren-, Gold- und Silberwarenhandel oder „Uhrmacherei" wurde von einer Reihe von Juden als Lebensunterhalt angestrebt. Der 1880 in Warschau geborene Salomon Dziza versuchte es 1922 als „Humorist." Doch nicht nur Ostjuden gehörten zu den prekären Existenzen oder versuchten sich an exzentrischen Geschäftsideen. Der aus New York kommende Philipp Lassmann übernahm 1921 und 1922 nacheinander das Parkcafé in der Ludwigstraße und die „Tanzdiele Kristallpalast" in der Bismarckstraße – offenbar ohne dauernden Erfolg. Der Elsässer Lucien Aaron gründete 1921 einen Hundehandel, der sich die ganze Weimarer Zeit über in den Adressbüchern finden lässt.[406]

Als Kennzeichen der frühen Jahre von 1919/20 erscheint die Gründung zahlreicher Zigarren- bzw. Zigarettenherstellungsunternehmen bzw. Tabakhandlungen. Daran beteiligten sich allerdings nur wenige Ost-, dafür aber viele „eingeborene" Juden – und Nicht-Juden (!) – aus der Vorderpfalz.[407] Das Abschneiden der Pfalz von rechtsrheinischen Verarbeitungsstätten durch die französische Besatzung spielte hier möglicherweise eine Rolle. Die Besatzung sorgte auch dafür, dass zahllose rechtsrheinische Handelsfirmen Zweigunternehmen in Ludwigshafen errichteten, darunter auch eine Reihe jüdischer. Die Familie Beer, die in der Stadt ein großes Haushaltswarengeschäft betrieb und in Mannheim gelebt hatte, verlegte 1919 ihren Wohnsitz nach Ludwigshafen.[408]

Die politische und wirtschaftliche Krise des Jahres 1923 traf die jüdischen Betriebe höchst unterschiedlich. Während die Trikotweberei Mann ihren Personalstand drastisch auf nur 33 Menschen reduzierte, arbeiteten Kuhn & Adler sowie die Walzmühle und viele andere Betriebe mit praktisch gleichem Belegschaftsstand weiter.[409] Eine Reihe von Unternehmen, so die gerade gegründete Weißzeugfabrik des Abraham Baumwollspinner,[410] brach zusammen. Auch viele kleine Existenzen müssen bedroht gewesen sein: Als Beispiel mag das Geschäft des 1877 in Lodz geborenen Viehhändlers Salomon Koppel



Akt des Bürgermeisteramtes

Ludwigshafen am Rhein,

368

betreffend

das Gesuch des Emil Beer

Kaufmann

wohnhaft Ludwigs -Strasse No. 40

um Aufnahme in den b. Staats-Verband.

Bürgermeisteramtliches Geschäftsregister

№ . II.

(3 Beilagen) vorgem.

Die in Betracht kommenden untengenannten Diensteszweige wollen die Fragen mit grösster Gewissenhaftigkeit beantworten und den Akt nach diesbezüglicher Ergänzung an die nächstfolgende Adresse weitergeben.

Ludwigshafen am Rhein, den 3. Juni 1919.

Das Bürgermeisteramt:

I. An ~~das Standesamt I. II. IIII~~ Herrn Staatsrat z. Rad Hier z. weiter.

Bei demselben eingegangen am ..... } №

Von demselben weitergegeben am .....

1. Sind die im Gesuche gemachten Familienstands-Angaben richtig? Wenn nicht, dann wollen die nötig erscheinenden Abänderungen und Ergänzungen im Gesuche selbst mit Bleistift vorgenommen und wolle, dass dies geschehen, hierneben kurz notiert werden.

II. An das Einwohnermeldeamt!

Bei demselben eingelaufen am 3. Juni 1919 № 6434

Von demselben weitergegeben am 4. Juni 1919

2. Seit wann ist Gesuchsteller als hier **wohnhaft** gemeldet? Hatte der hiesige Wohnsitz nach den Fremdenregister-Aufzeichnungen Unterbrechungen, bejahenden Falles welche? Auch Ziffer 3 umseits ist zu beantworten.

Seit 1906 das Geschäft und seit 20/5. 1919 auch seinen Wohnsitz hier, [illegible] seit 20.5.19.

Ludwigshafen a. Rh., den 3 Juni 1919.

Einwohner-Meldeamt.

Abb. 27: Folgen der französischen Besatzung:
Der Erwerb der bayerischen Staatsbürgerschaft durch den bisher in Mannheim wohnhaften Ludwigshafener Geschäftsmann Emil Beer, 1919

dienen, das 1923 zugrunde ging. Um seine kranke Frau und vier Kinder zu ernähren, betätigte er sich unter anderem als Heiratsvermittler und wurde 1929 wegen Betrugs angezeigt. Da er seit 1901 in Deutschland und seit 1908 in Ludwigshafen unbescholten gelebt hatte, wurde ihm dennoch die Lizenz nicht entzogen, so dass er weiter in diesem Gewerbe arbeiten konnte.[411]

Der Währungsschnitt und die Stabilisierung der politischen Verhältnisse führten zu einer wahren Explosion bei der Gründung neuer Gewerbe, deren Zahl um fast 70% gegenüber 1922 anstieg. Auch die Neuanträge von Juden nahmen zu, allerdings nur um rund 40%. Hier schlug das Nachlassen der Zuwanderung aus dem Osten zu Buche, denn es waren vor allem Ostjuden, die in den Zwanziger Jahren neue, meist wenig lukrative Gewerbe beantragten. Dementsprechend ging die Zahl der jüdischen Gewerbeanträge 1925 stark zurück – von 83 im Jahr 1924 auf 52, was nur noch einem Anteil von 3,9 Prozent an der Gesamtzahl der Anträge entsprach. Die alteingesessenen Juden der Stadt gründeten nur noch selten neue Betriebe, ihre Kinder wandten sich teilweise akademischen und freien Berufen zu. Dennoch – das jüdische Gewerbe in der Stadt florierte. Betrachtet man nicht allein die Zwanziger, sondern den Zeitraum von 1912 bis 1928, zeigt sich ein im Vergleich zur Gesamtentwicklung überdurchschnittliches Wachstum der Zahl der jüdischen Betriebe im Handelsregister. Während deren Gesamtzahl von 430 auf 548, d.h. um etwa 27 Prozent, zunahm, vermehrte sich die Zahl der jüdischen Unternehmen von 87 auf 125, d.h. um 44 Prozent. Dementsprechend stieg der Anteil jüdischer Betriebe an den vom Handelregister erfassten Betrieben von 20,2% auf 22,8%.[412]

Trotz ostjüdischer Zuwanderung und der Zunahme der Zahl der Unternehmen blieben die Grundstrukturen der jüdischen Wirtschaftstätigkeit gegenüber der Zeit vor 1914 im Wesentlichen unverändert und unterschieden sich auch nur wenig vom generellen Bild in Deutschland. Nach der Volkszählung des Jahres 1933, deren Ergebnis zwar durch die vorhergehende Wirtschaftskrise „getrübt" ist, aber dennoch die einzige umfassende statistische Erhebung zur beruflichen und sozialen Gliederung der Ludwigshafener Juden darstellt, arbeiteten nach wie vor fast 70 Prozent der Ludwigshafener jüdischen Erwerbstätigen im Bereich „Handel und Verkehr." Dieser Prozentsatz lag entsprechend dem vorherrschend industriell-gewerblichen Charakter der jungen Industriestadt noch um einiges höher als in den sonstigen Großstädten Deutschlands.

Unter den traditionsreichen Großhandelsfirmen wuchs vor allem das Unternehmen Wolf Netter unter der Leitung der Brüder Emil und Arthur Netter „zu einer Firma mit internationalen Beziehungen." Arthur wurde Mitglied des „Reichsbundes der Deutschen Metallwarenindustrie" und gründete 1920 zur „Fortführung der Bergwerksinteressen" die in Ludwigshafen angesiedelten „Rheinischen Fluss- und Schwerspatwerke." Zwei Jahre später rief er mit den Vereinigten Aluminiumwerken die „Rheinische Blattmetall AG" in Grevenbroich

zur Aluminiumfolienerzeugung ins Leben, die um 1930 „eine der größten dieser Art in der Welt" war.[413] Emil Netter, dessen „angeborene Bescheidenheit und Zurückhaltung" der Nachruf 1931 ebenso lobte wie seine Energie und Hilfsbereitschaft,[414] war einer der Gründer der von der Ludwigshafener Atlas-Versicherung gegründeten Versicherungsbanken.

Einer der beiden Vorstände der „Atlas" war in den Zwanzigern der spätere Synagogenvorstand Josef Koburger. Der Sohn des Synagogenvorstands Wolff, Richard, wurde einer der beiden Direktoren der Ludwigshafener Süddeutschen Diskontobank, die in der Deutschen Bank aufging. Richard Weil betrieb seit der Währungsstabilisierung wieder sein Bankgeschäft. Damit erschöpfte sich im Wesentlichen die Rolle von Menschen jüdischen Glaubens im Ludwigshafener Bankgewerbe, auch wenn unter vielen Aufsichtsräten und Dutzenden von Bankbeamten noch der eine oder andere Jude zu finden war. Die Volkszählung 1933 nannte denn auch nur einen selbständigen und zwei angestellte „Glaubensjuden" in dieser Branche. Wie im Kaiserreich war das Ludwigshafener Kreditgewerbe in keiner Weise „jüdisch" dominiert.[415]

Qualität und Quantität der jüdischen Präsenz wuchsen vor allem in den Einzelhandelsbranchen, in denen jüdische Geschäftsleute bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Ludwigshafen stark gewesen waren, d.h. besonders im Textil- und Bekleidungs-, aber auch im Schuh- und Möbelhandel. Da Mannheim durch die von der französischen Besatzung überwachte Grenze nicht mehr so leicht zu erreichen war, wurde Ludwigshafen zum Einzelhandelszentrum der Vorderpfalz, und die leistungsfähigen großen jüdischen Geschäfte konnten in besonderem Maße ihre Stärken zum Tragen bringen. Die größten unter ihnen, die Kaufhäuser Wronker[416] und Rothschild in der Innenstadt sowie Brann und Oberdorfer im nördlichen Stadtteil, erweiterten wiederholt ihre Räumlichkeiten und ihr Angebot. Rothschild betrieb von 1922 ab auch eine Wäschefabrik; Konfektionsanfertigung boten neben diesem Haus auch noch Wronker, Kaufmann, Blumenthal, Jenni Herz und Kirschbaum und damit eine Auswahl der wichtigsten jüdischen Bekleidungsgeschäfte.[417]

Vom Herbst 1926 an begannen Planungen für eine großzügige Umgestaltung der südlichen Innenstadt, wo eine elegante Geschäftsstraße als Zufahrt zur erweiterten Rheinbrücke entstehen und das Gewirr alter und verwohnter Häuser aus den Jahren um 1860 ersetzen sollte. Das gesamte Sanierungsgelände hatte die Stadt aufgekauft. Finanziert werden sollte das Projekt mit dem Verkauf der Grundstücke an der neuen Straße. Dort sollte auch ein großes neues Kaufhaus entstehen. Es gelang, den Kölner Warenhauskonzern Leonhard Tietz für den Bau zu gewinnen. An dessen Spitze stand der aus einer in der Provinz Posen beheimateten jüdischen Kaufmannsfamilie stammende Alfred Leonhard Tietz. Das zwischen 1928 und 1930 errichtete, von dem Kölner Architekten Georg Falk im eleganten Bauhaus-Stil entworfene Tietz-Gebäude wurde das erste



Abb. 28: Gesteigerte Leistungsfähigkeit jüdischer Einzelhandelsgeschäfte auch jenseits der Innenstadt: Werbeseite des in einer Art Bauhausmoderne umgestalteten Kaufhauses Oberdorfer im „Ludwigshafener Geschenk-Kochbuch" der späten 1920er, das jungen Eheleuten im Standesamt übergeben wurde. Gestiftet hatte es eine größere Zahl wichtiger Einzelhändler sowie Vereinigungen – und die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke – der Stadt, darunter eine ganze Reihe jüdischer Unternehmen.



Abb. 29: Das umgebaute Kaufhaus Rothschild. Große Schaufenster auch im 1. Obergeschoss zerstörten leider den Jugendstil-Gesamteindruck. Anzeige aus dem „Ludwigshafener Geschenk-Kochbuch"

wirkliche „Warenhaus" Ludwigshafens, das sich – mit umfassendem Angebot, eigenen Werkstätten, Erfrischungsräumen und einem Dachgarten – am Vorbild deutscher Großstädte orientierte. Die absehbare Konkurrenz durch Tietz veranlasste ganz offenbar auch die beiden anderen großen Innenstadt-Kaufhäuser, Wronker und Rothschild, ihren Häusern ebenfalls großstädtisches Flair zu verleihen. Anfang April 1930 versuchte Wronker mit der Vorstellung eines blumengeschmückten Dachgartens seine Kundschaft für sich zu gewinnen.[418] Schon im Jahr zuvor, im Juli 1929, hatte Rothschild einen „Erfrischungsraum"[419] eröffnet, im November war eine umfassende Renovierung abgeschlossen. Zur Eröffnung empfing Geschäftsinhaber Willy Rothschild, der Sohn des Firmengründers, eine illustre Schar von Gästen aus Ludwigshafens Geschäftswelt und Politik, an ihrer Spitze Oberbürgermeister Dr. Dr. Weiß. Rothschild sei „das erste Haus am Platze, ja das erste und modernste Kaufhaus der Pfalz geworden." Durch die Tatkraft seiner Besitzer habe das Unternehmen innerhalb von nur zwei Jahrzehnten „eine beherrschende Stellung" im Ludwigshafener Einzelhandel erreicht.[420] Dieses Lob konnte freilich nur bis zum 10. April 1930 gelten. An diesem Tag öffnete das Kaufhaus Tietz seine Pforten. Zum Eröffnungsempfang erschienen wiederum zahllose Honoratioren. Alfred Leonhard Tietz, der nach Ludwigshafen gekommen war, betonte, dass man beim Bau vor allem auf Ludwigshafener Firmen gesetzt habe und lobte die gute Zusammenarbeit. Dem sozialdemokratischen Bürgermeister Kleefoot – er war als Vertreter des todkranken Oberbürgermeisters erschienen – überreichte Tietz einen Scheck über 5 000 Mark „für bedürftige Ludwigshafener ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession." Schon Stunden bevor die Öffentlichkeit Zugang zum neuen Haus erhalten sollte, hatten sich etwa 20 000 Menschen in den umgebenden Straßen versammelt. Der Verkehr zur Rheinbrücke brach zusammen.

Neben Tietz entstand im 1928 errichteten Geschäftshaus „Rheinblock" am Ludwigsplatz eine Filiale der von Franz Levy geleiteten „Ehape-(Einheitspreis)-Handelsgesellschaft", ein Kaufhaus, das ein Angebot für Kunden mit schmalerem Geldbeutel bereithielt. Daneben eröffnete noch ein Kaufhaus der 1927 gegründeten deutschen „Woolworth"-Kette. Nach den Erinnerungen Heinrich Altschülers bot der Lebensmittelhändler Arthur Gottschalk als erster im Ludwigshafen der Weimarer Zeit „Diskontpreise im Lebensmittelhandel" und verkaufte „unter anderem vorgepackte Pakete von 5 oder 10 Pfund." [421]

Durch Ludwigshafen wehe „der Geist der Moderne, der Geist des Fortschritts", stellte die Presse angesichts der Umgestaltung des Kaufhauses Rothschild 1929 fest. „Die Ludwigshafener Geschäftswelt und hier allen voran der Einzelhandel war Schrittmacher dieser Bewegung."[422] Dieses Lob scheint nicht unangemessen – und es bedeutet auch, dass vor allem hervorragende Vertreter der Ludwigshafener jüdischen Einwohnerschaft diesen Prozess der Modernisierung mittrugen. Das städtische Amt für Wirtschaft und Statistik verfasste

unter dem Datum 26. September 1933 eine statistische Zusammenstellung über die Geschäfte in der Ludwigshafener Innenstadt.[423] Sie sollte in polemischer Absicht den Einfluss der Juden auf das Geschäftszentrum aufzeigen, zeigte aber eigentlich nur, dass jüdische Inhaber mit mehr Risikobereitschaft und Qualitätsbewusstsein als ihre Konkurrenten auch größeren geschäftlichen Erfolg aufzuweisen hatten. Alle Kaufhäuser der Innenstadt – und mit einer Ausnahme auch der übrigen Stadtteile – wurden von jüdischen Besitzern betrieben. Dort arbeiteten fast 37 Prozent der im City-Einzelhandel Beschäftigten. Doch auch jenseits dieser Großgeschäfte waren die jüdischen Einzelhandelsunternehmen in der Regel größer bzw. stellten oft auch dort die Mehrzahl der Beschäftigten, wo sie weniger als die Hälfte der Gesamtunternehmen repräsentierten. Insgesamt beschäftigte der jüdische City-Einzelhandel, der etwa ein Viertel der Betriebe ausmachte, nicht weniger als 63 Prozent der im City-Einzelhandel Angestellten.

Die Geschäftswelt der Ludwigshafener Innenstadt 1933
G: Geschäfte, A: Angestellte

Branche	Nicht-Juden		Juden	
	G	A	G	A
Kaufhäuser	—	—	5	569
Schuhe	4	21	6	71
Herrenkonfektion	4	25	5	44
Textil und Damenkonfektion	11	43	5	118
Bekleidungsartikel	10	54	4	26
Wohnungsausstattung	6	20	5	18
Nahrungsmittel	42	171	1	9
Sonstige	33	237	5	123
Insgesamt	110	571	36	978

Risikobereitschaft und „der Geist der Moderne" sprachen auch aus dem Bau von Ludwigshafens erstem Großkino, das Markus Cohn und seine Frau Ida 1928 in der Prinzregentenstraße im nördlichen Stadtteil Hemshof errichteten.[424] Die beiden hatten zuvor in derselben Straße ein Schuhgeschäft betrieben. Ihr Vater sei „ein sehr geschäftstüchtiger und risikofreudiger Mensch gewesen", erinnerte sich Jahrzehnte später Cohns Tochter. Schon die schlicht-moderne, vom damals sehr gefragten Ludwigshafener Architekten Karl Latteyer entworfene Fassade des fünfstöckigen Baus, die sich deutlich von seiner gründerzeitlichen Umgebung unterschied, atmete den Geist der Weimarer Moderne. Die



Abb. 30: Der Ludwigshafener Einzelhandel präsentiert sich im Weihnachtsgeschäft 1928 auf den Seiten der großen Lokalzeitung, des „General-Anzeigers“: Geschäfte unter jüdischer Leitung werben damals völlig selbstverständlich mit nicht-jüdischen. Ihre größere Leistungsfähigkeit ist aber augenfällig: sie schalten die größeren und aufwendigeren Anzeigen.



Abb. 31: Auf dieser und der folgenden Doppelseite abgebildet sind u.a. Anzeigen von: Rothschild, Goldkorn, Altschüler, Bergmann, Gimbel & Neumond, Wronker, Ziegler und dem neuen Rheingold-Kino



Abb. 32: Der Ludwigshafener Einzelhandel präsentiert sich im Weihnachtsgeschäft 1928 auf den Seiten der großen Lokalzeitung, des „General-Anzeigers"



Abb. 33: Der Ludwigshafener Einzelhandel präsentiert sich im Weihnachtsgeschäft 1928 auf den Seiten der großen Lokalzeitung, des „General-Anzeigers"



Abb. 34: „Wir überreichen jeder Dame zwei rote Rosen": Anzeige zur Eröffnung des ersten wirklichen Ludwigshafener Großkinos, des Rheingold-Kinos, 1928

„Rheingoldhaus-GmbH"[425] unter Cohns Leitung sorgte für den Betrieb des Kinos, in dessen Saal auch Theater, Variete und Kabarett geboten wurden, sowie der angeschlossenen Restauration und weiterer Geschäfts- und Wohnräume. Nur wenige Tage vor der Einweihung des von der UFA betriebenen, in der Innenstadt gelegenen zweiten Großkinos, des Pfalzbaus, eröffnete das Rheingold am 21. September 1928. Cohns Töchter hießen die weiblichen Besucher mit Rosen willkommen.

Bauliche Moderne und sozialer Fortschritt waren auch entscheidende Triebkräfte im Schaffen des städtischen Oberbaurats Markus Sternlieb, der 1920 zum ersten Vorstand der neu gegründeten städtischen Wohnungsbaugesellschaft GAG wurde. Seine Bauten gehören bis heute zum Besten, was Ludwigshafen architektonisch zu bieten hat. Sternlieb hat damit Ludwigshafen wie kaum ein zweiter jüdischer Einwohner geprägt. Er war neben dem Mediziner Fritz Kaufmann zweifellos der bedeutendste der gar nicht so kleinen Zahl Menschen jüdischen Glaubens, die im Ludwigshafen der Weimarer Zeit in freien Berufen bzw. dem öffentlichen Dienst tätig waren.

Die Berufszählung des Jahres 1933 führte 68 Beschäftigte, d.h. rund 15 Prozent aller jüdischen Erwerbstätigen, im Bereich „Öffentlicher Dienst und private

Dienstleistungen" auf. Das entsprach dem Durchschnitt deutscher Großstädte, übertraf allerdings den Prozentsatz in der übrigen Pfalz um mehr als das Doppelte. Nur die Großstadt Ludwigshafen eröffnete – wie schon vor 1914 – in der pfälzischen Provinz größere Chancen in den freien Berufen für Nicht-Juden wie Juden.[426] 13 jüdische Ärzte und sechs Zahnärzte bzw. Dentisten wurden erfasst, dies war mehr als ein Viertel aller in Ludwigshafen praktizierenden Ärzte. Dazu kamen zehn jüdische Rechtsanwälte und ein Rechtskonsulent, was ungefähr der Hälfte aller in Ludwigshafen tätigen Rechtsanwälte entsprach. Neun im höheren Schuldienst beschäftigte Studienräte gab es in Ludwigshafen, womit mehr als ein Viertel aller überhaupt in Bayern tätigen jüdischen Studienräte in der Stadt der Chemie arbeitete. Trotz der Tatsache, dass Ludwigshafen die Pressemetropole der Pfalz war, gab es 1933 allerdings keine Redakteure jüdischen Glaubens. Genauso wenig fanden sich – außer zwei Musikern – Maler, Schriftsteller oder darstellende Künstler. Ludwigshafen blieb eine junge Industriestadt und Provinz, auch unter den nicht-jüdischen Einwohnern waren die angeführten Berufe äußerst spärlich gesät. Das geistige Klima, das in München oder Berlin relativ vielen Juden Chancen zur künstlerischen oder schriftstellerischen Betätigung bot, fehlte hier.

Nicht mehr als maximal 31 der 458 jüdischen Beschäftigten, d.h. nur rund sieben Prozent, versuchten 1933 als Handwerker ihren Lebensunterhalt zu verdienen, darunter sechs als Fleischer und fünf als Optiker bzw. Uhrmacher.[427] Insgesamt wurden 70, d.h. rund 15 Prozent der Erwerbstätigen, der Abteilung „Industrie und Handwerk" zugerechnet. Der Prozentsatz lag deutlich unter dem Durchschnitt deutscher Großstädte, da die dominierende chemische Industrie ohne große jüdische Beteiligung lief. Die Trikotweberei Mann, Kuhn & Adler und die Walzmühle repräsentierten weiterhin den jüdischen Anteil an der namhaften Ludwigshafener Industrie. Die Druckerei Neubauer, vor dem Krieg ein Betrieb mit nur etwa 20 Beschäftigten, wuchs zu einem respektablen Unternehmen mit 80 Mitarbeitern, in dessen Verlag eine Reihe von Wirtschaftszeitschriften, aber auch seit 1925 die „Ludwigshafener Konzert- und Theaterzeitung" erschien.[428]

Die Sozialstruktur der jüdischen Gemeinde, wie sie die Volkszählung 1933 zeigte, unterschied sich wie 1912 drastisch von der der Gesamtbevölkerung.[429] Unter allen Ludwigshafenern waren etwa 50 Prozent Arbeiter und nur 13 Prozent Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Knapp unter einem Viertel waren Angestellte. Bei der jüdischen Einwohnerschaft waren etwa 60 Prozent Selbständige und mithelfende Familienangehörige, ein Drittel Angestellte, und nur 2,8% Arbeiter. Das deutete weiterhin auf eine stark in Richtung Mittel- und Oberschicht verschobene Struktur der jüdischen Gemeinde hin. 31 der 529 Erwerbstätigen und „berufslosen Selbständigen" der Judenschaft, d.h. fast sechs Prozent, konnte vom eigenen Vermögen leben. Die große Zahl von Angestellten, die in Industrie- und Handelsbetrieben tätig waren, spricht für eine solide

Mittelschicht. Dennoch ist Vorsicht geboten. Auch ein Sackhändler und eine Sammlerin alter Zahngebisse waren „selbständig", und prekäre Existenzen gab es wie erwähnt gerade unter der zahlreichen ostjüdischen Bevölkerung viele. Auf eine nicht so wohlhabende jüdische Gemeinde deutet zudem die Tatsache hin, dass im Jahr 1929 der Pro-Kopf-Betrag für den „Verband Israelitischer Kultusgemeinden der Pfalz" im bürgerlichen und kaum von Ost-Zuwanderung geprägten Landau 15,19 Mark betrug, in Ludwigshafen aber nur 9,10 Mark.[430] Es ist deshalb durchaus zu vermuten, dass über 40 Prozent der Ludwigshafener Juden in den Zwanziger und dem Beginn der Dreißiger Jahre eher der Unter- bzw. der untersten Mittelschicht zuzurechnen waren.

Die sozialen Unterschiede in der Gemeinde spiegelten sich auch in einer deutlichen Differenzierung der Wohngegenden. Wie vor dem Ersten Weltkrieg lebte der Großteil der Juden im Stadtteil Mitte. Nach der Volkszählung des Jahres 1933 waren dies 632 Menschen oder 3,44% der Wohnbevölkerung.[431] Im Stadtteil Süd, der nach 1919 stark expandierte, besonders dem „Wittelsbachviertel" mit seinen großen, für ein bürgerlich-wohlbetuchtes Publikum bestimmten Wohnungen, lebten 217 Menschen jüdischen Glaubens, darunter viele Akademiker und öffentliche Bedienstete. Ihr Anteil an der Bevölkerung machte allerdings nur 1,43% aus. Die erfolgreichen jüdischen Selbständigen, Einzel- und Großhändler der Stadt wohnten wie vor 1914 vor allem im Geschäftszentrum der Stadt rund um die Ludwigstraße – sofern sie nicht Mannheim als Wohnsitz vorzogen und lediglich ihre Geschäftsadresse in der „Stadt der Chemie" aufrechterhielten.

Ostjüdische Zuwanderer lebten fast nie in den „besseren" Teilen der Stadt. Wie vor 1914 konzentrierten sie sich in dem von Bahngleisen und Industriearealen durchzogenen südwestlichen Teil der Innenstadt. Nach dem Zeugnis der Gewerberegister[432] fanden die ostjüdischen Ludwigshafener vor allem in den „unteren", wenig vornehmen Teilen der Ludwig- und Maxstraße, aber auch in den Querstraßen – Kaiser-Wilhelm-Straße, Wrede- und auch Oggersheimer Straße – Unterkunft. Dieses ostjüdische Wohngebiet erstreckte sich auch jenseits der Bahnanlagen am nördlichen Rand des Stadtteils Süd mit seinen älteren und wenig komfortablen Häusern entlang der Bahngleise. Die „Wohnungen der Ostjuden in der Maxstraße" wurden ganz offenbar zum Synonym für eine fremde Gemeinschaft in der Stadt, das auch die Nationalsozialisten bei ihrer Propaganda gut nutzen konnten.[433] Aber auch im Hemshof bzw. dem nördlichen, „proletarischsten" Stadtteil Ludwigshafens siedelte sich eine größere Zahl von Ostjuden an. Hatte die Zahl der Juden dort 1910 erst 112 betragen, wuchs er über 1925: 165 auf 1933: 196, was aber dennoch nur 0,53% der Bevölkerung entsprach.

Der nicht absoluten, aber doch tendenziellen räumlichen Distanz der West- und Ostjuden im Gefüge der Stadt entsprach auch eine geistige Distanz. Soziale, zivilisatorische und auch sprachliche Unterschiede vermischten und

überlagerten sich mit religiösen Differenzen. Ost- und Westjuden schieden sich deutlich.

West- und Ostjuden: Gräben in der Kultusgemeinde

Am 16. März 1927 erschien im Israelitischen Gemeindeblatt für Mannheim und Ludwigshafen folgende „Bekanntmachung": „Seit der im vorigen Jahre erfolgten gründlichen Instandsetzung der Synagoge ist der Besuch des Gottesdienstes am Sabbat in derart erfreulichem Maße gestiegen, dass schon jetzt die Gemeindemitglieder der Ludwigstraße und des Wittelsbachviertels darin keinen Platz finden. Wie soll das erst an den Feiertagen werden?

Ein Synagogen-Neubau ist darum unerlässlich notwendig. Bisher aber fehlten dazu die erforderlichen ungeheuren Geldmittel. Da kam vorige Woche die überraschende Mitteilung an den Synagogenrat, dass der ‚Verein ehemaliger Ludwigshafener jüdischer Kultusgemeindemitglieder in Mannheim', dem zahlreiche Mitglieder der Mannheimer Gemeinde angehören, eine Stiftung von einer Viertelmillion Reichsmark der Gemeinde Ludwigshafen überwies mit der ausdrücklichen Zweckbestimmung, dass diese Summe zu einem Synagogen-Neubau Verwendung finde, und dass die seitherige Synagoge in Kaiser-Wilhelm-Straße 34 den Ostjuden zu überlassen sei.

Für die Bauausführung kommt voraussichtlich die G.A.G. in Betracht, welche die neue Synagoge nicht nur streng stilgetreu, sondern auch zugleich modern errichten wird mit Bes Hamidrasch (= Lehrhaus) und Autogarage, mit Spielsälen für den jüdischen Kindergarten, einem Spielplatz für die Jugendgemeinde, mit Vortragssälen für den Kulturverein und Gesellschaftsräumen für den jüdischen Frauenverein. Näheres wird in der Gemeindeversammlung am Donnerstag, 17. März, abends sieben Uhr, in der Synagoge bekanntgegeben. Ludwigshafen, 14. Adar 5687. Gez. Der west-ostjüdische Synagogenbauverein."

Eine nähere Betrachtung des Inhalts dieser überraschenden Mitteilung zeigt, dass es sich hier – wie den zeitgenössischen Lesern unmittelbar klar sein musste – um eine anlässlich des faschingsähnlich gefeierten Purimfestes[434] verfasste unverhohlene Kritik an den Zuständen in der Israelitischen Gemeinde Ludwigshafens in der Form einer Satire handelte. Denn vermutlich jede der darin gemachten Aussagen war als ihr Gegenteil zu verstehen: von einer gründlichen Instandsetzung der Synagoge im Jahr 1926 ist nichts bekannt. Der Synagogenbesuch, schon vor 1914 Gegenstand beständiger Klagen, war kaum lobenswert, und gerade die alt-etablierten Geschäftsleute und Akademiker in der Innenstadt und dem Stadtteil Süd, dessen beste Wohngegend das Wittelsbachviertel war, waren eher selten im Gotteshaus zu finden. Es gab keinen „Verein ehemaliger Ludwigshafener jüdischer Kultusgemeindemitglieder in Mannheim." Hier wurde vielmehr auf das dauernde Phänomen hingewiesen, dass geschäftlich

erfolgreiche Gemeindeglieder ihren Wohnsitz auf die andere Rheinseite verlegten. Deshalb hatte es auch keine Spende gegeben, so dass es auch nicht möglich war, eine zugleich „stilgetreue" *und* im Stil der Moderne der Zwanziger gehaltene, vom jüdischen – aber nicht besonders religiösen – Oberbaurat Sternlieb entworfene neue Synagoge zu errichten. Keineswegs hätte zudem die städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG, deren Chef Sternlieb ja war, die Bauausführung übernehmen können. Die Wunschträume umfassender Räumlichkeiten für das jüdische Gemeindeleben verwiesen auf den bestehenden Raummangel. Vollends entlarvend waren zum einen der Vorschlag, die alte Synagoge den Ostjuden zu überlassen, zum anderen die angebliche Autorschaft eines „west-ostjüdischen Synagogenbauvereins" und die parallele abendländische und jüdische Datierung.

West- und Ostjuden, Alteingesessene und Zugewanderte standen vielmehr in der Gemeinde keineswegs auf gutem Fuß. Religiöse Differenzen, die mit großen Unterschieden in Herkunft, Bildung und Lebenszuschnitt einhergingen, sorgten für Zerklüftungen. Akademisch gebildete und etablierte deutsche Gemeindeglieder blickten zum Teil mit wenig verhohlener Abscheu auf die fremden und ungebildeten jüdischen Zuwanderer aus dem Osten. Man fürchtete zudem wohl nicht ganz zu Unrecht, dass die „Ostjuden" antisemitische Reaktionen in der nicht-jüdischen Bevölkerung hervorrufen könnten.[435] Die Heiratskreise der beiden Gruppen blieben fast hermetisch voneinander getrennt. Von den 189 Ehen, die die Liste der jüdischen Einwohner Ludwigshafens vom Spätherbst 1937 nennt, waren allenfalls neun(!) ost-westjüdische Verbindungen. Sicher ist dies nur bei einer einzigen.[436]

Bei manchen der Einwanderer aus Galizien und Russland, die bereits vor 1918 nach Ludwigshafen gekommen waren, ließ sich allerdings ein deutlicher „Akkulturationsprozess" erkennen. Die Familie des in der Maxstraße ansässigen Viktor Händler ließ sich etwa in einer Jugendstilsitzgruppe in deutschbürgerlichem Sonntagsstaat, die Buben im Matrosenanzug, ablichten. Einige ostjüdische Söhne tauchten wie erwähnt schon vor 1914 in den Schülerlisten der Ludwigshafener Realschule auf, und Salomon Auerbach, der Sohn des aus Woloczyska in Russland stammenden Eierhändlers Oskar Auerbach, besuchte das noble Karl-Friedrich-Gymnasium in Mannheim![437] Auch berufliche Trends vollzogen Ostjuden mit: so besuchte die aus einer ostjüdischen Familie stammende Zilla Kupfer eine Handelsschule und arbeitete dann als Angestellte bei jüdischen Firmen.[438] Der Sohn der aus Galizien zugewanderten Witwe Rosa Fürst absolvierte eine Lehre bei der Maschinenfabrik Carl Platz.[439] Die Kinder des erst um 1929 mit kaum 25 Jahren zugewanderten Kaufmanns Moses gen. Max Feingold aus der Gegend von Krakau wurden mit einer „tiefen Verehrung von Kultur und Bildung" erzogen, die sich an den deutsch-jüdischen Zentren Berlin, Wien und Prag und Geistesgrößen wie Freud, Einstein, Kafka und Herzl orientierte und sicherlich von vielen Juden aus dem Raum der ehemaligen

österreichischen Monarchie geteilt wurde. Diese Verehrung blieb auch nach der Flucht der Familie in die USA im Herbst 1938 intakt. Heinrich [Henry] Feingold, der 1931 in Ludwigshafen geborene Sohn von Max, wurde einer der hervorragendsten Forscher der USA zum Holocaust und dem Leben der Juden in „den Staaten." Er bewahrte das deutsch-jüdische Bildungsethos – und lebhafte Erinnerungen an seine Kindheit am Rhein, wenn auch recht zwiespältige: „Ich erinnere mich an Paraden [von Nazis], bei denen die genagelten Stiefel schon auf dem Kopfsteinpflaster zu hören waren, lange bevor man die Kolonnen uniformierter Männer sehen konnte. Für mich war das erregend, die Sorte Bildung, die ich am meisten als Junge schätzte." [440]

Die Feingolds lebten im Gebäude des höchst modernen Rheingold-Kinos – und ihr jüdisch-orthodoxer Glaube war nicht allzu streng. Die Masse der erst in den Jahren der frühen Weimarer Republik in den Westen gekommenen Ostjuden stand allerdings kulturell distanziert und fremd zum Leben ihrer neuen Umgebung. Dessen unerachtet blieb es wie im Kaiserreich bei den an politischen Grenzen orientierten jüdischen Einheitsgemeinden.[441] Religiös-weltanschaulich differierende Gruppen des Judentums hätten nur nach einem formalen Austritt aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft eigene neue Gemeinden gründen können. Diesen Schritt vollzogen nur wenige. Für Ludwigshafen ist so etwas nicht bekannt.

So musste man sich arrangieren, obwohl Lebenszuschnitt und religiöse Praxis der „alten" und „neuen" Juden der Stadt stark differierten. Wie in allen von starker Zuwanderung geprägten Gemeinden ergab sich das Problem, auf welche Weise die Ostjuden in Wahl und Aufbau des Synagogenrats einbezogen werden sollten. Die Ludwigshafener Gemeinde übernahm 1929 die vom Zentralverband der bayerischen bzw. pfälzischen Gemeinden verabschiedete Mustersatzung. Die Ausländer unter den Juden erhielten nach dreijährigem Aufenthalt das aktive, aber grundsätzlich nicht das passive Wahlrecht.[442] Diese Regelung führte zu der an sich absurden Situation, dass bei der Neuwahl des Synagogenrats 1929 die Wahlbeteiligung von rund 55%[443] mit großer Wahrscheinlichkeit den Ostjuden geschuldet war. Die deutschen Juden hatten vor 1914 in Ludwigshafen ja überwiegend Desinteresse an den Urnengängen gezeigt. In den siebenköpfigen Rat[444] gelangten jedoch ausschließlich Vertreter der „alten" jüdischen Familien der Stadt.

Personelle Kontinuität zeichnete auch das Führungs- bzw. Synagogenpersonal aus. Kommerzienrat Moritz Wolff blieb bis zu seinem Tod 1925 Synagogenvorstand. Ihm folgte bis 1929 eines der ältesten Gemeindeglieder, der 1857 geborene Lederhändler Bernhard Jakob. Er scheint ein Übergangskandidat gewesen zu sein, dessen „stilles, bescheidenes Wesen, religiöser Sinn, Friedfertigkeit sowie außergewöhnliche Erfahrung in mehr als dreißigjähriger Tätigkeit im Bereiche der Wohlfahrt" bei seinem Rücktritt „Alters halber" gelobt wurde.[445] Im Todesjahr von Moritz Wolff schied auch der hochbetagte Synagogendiener



Abb. 35: Ostjüdische Präsenz in der Stadt: Suche im orthodox-jüdischen deutschlandweiten Blatt „Der Israelit" vom 2. April 1925 nach einem orthodoxen Melamed (d. i. Lehrer, Gelehrter im trad. Sinn, Ostjuden) für die Vermittlung der Tora

Emanuel Hirsch nach 47 (!) Dienstjahren aus dem Amt.[446] Der Kantor Salomon Wetzler wollte 1923 sein Amt aufgeben, als er zum Studienrat an der städtischen Mädchenschule ernannt wurde. Letztlich ermöglichte ihm die Stadt aufgrund einer Sondergenehmigung, seine Funktion nebenamtlich weiter zu führen.[447] Erst 1931 ging er in Ruhestand und war damit 30 Jahre im Amt gewesen. Ihm zur Seite trat ab 1925, nach dem Anschluss der für eine eigenständige Existenz zu klein gewordenen Rheingönheimer Kultusgemeinde an die Gemeinde der Chemiestadt der bisherige Rheingönheimer Kantor Josef Jacob, der ab 1925 auch als Religionslehrer an den Volksschulen der Stadt wirkte.[448]

Dennoch blieb nicht alles einfach beim Alten. In der Zeit vor 1914 waren ausschließlich Kaufleute bzw. Industrielle Mitglied des Synagogenausschusses geworden. Seit 1920 gehörte mit Kantor Wetzler auch ein Vertreter der „geistigen Berufe" dem Gremium an, zu dem seit 1925 noch Studienrat Heinemann trat. Der – angestellte – Chemiker Dr. Max Koebner brachte ein weiteres neues Element in den Synagogenrat, und 1929 wurde mit Frau Emma Loew erstmals eine Frau zum Mitglied. Gemäß der Demokratisierung des Wahlrechts auf politischer Ebene hatten auch die jüdischen Frauen in der Weimarer Zeit das Stimmrecht für ihre religiöse Vertretung gewonnen[449] – vermutlich ein weiteres Element zur Erklärung der gegenüber der Vorkriegszeit deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung. Die Wahl des Jahres 1929 brachte generell eine personelle Erneuerung und einen Generationensprung.[450] Die neuen Mitglieder des Synagogenrats waren im Schnitt 20 Jahre jünger als ihre Vorgänger, und mit Professor Josef Koburger wurde ein akademisch gebildeter, als leitender



Abb. 36: Eröffnung einer „koscheren Pension" in der Ludwigshafener Lutherstraße durch Regina Mandel: Anzeige im „Israelit", 21.2.1924

Angestellter tätiger Vertreter des Bankfachs Vorstand der Gemeinde. Er kombinierte in seiner Person gewissermaßen die traditionellen und neuen Tendenzen der jüdischen Beschäftigung in Deutschland und in Ludwigshafen.

Ostjuden, auch schon lange ansässige, fanden jedoch weiterhin keinen Platz in der Führung der Gemeinde. Sie entwickelten in der Weimarer Zeit ihre eigenen „Parallelstrukturen", ohne formell mit der offiziellen Gemeinde zu brechen. Ein lückenloses Bild ist aus den bisher ausgewerteten Quellen nicht zu gewinnen, doch werden Tendenzen sichtbar.

Im Oktober 1924 fand in Ludwigshafen eine Versammlung zur Gründung einer Orts- und Jugendgruppe der „Agudat Israel" (= Vereinigung Israel) statt. Diese von deutschen Juden 1912 gegründete Vereinigung strebte nach der Stärkung der orthodoxen, d.h., traditionellen Glaubenspraxis und stand im Gegensatz zum vorherrschenden liberalen Judentum, wie es auch die Ludwigshafener Gemeinde vertrat. Initiator des Treffens war der 1891 im galizischen Brzesko geborene Sackhändler Feibel gen. Friedrich Freireich.[451] Die orthodox-jüdische Zeitschrift „Der Israelit" wusste zu berichten:[452] „An die Versammelten richtete der Bezirkssekretär der Agudat-Israel-Jugend-Organisation, Herr Markus Posen, begeisternde und zu Herzen gehende Worte, die von der Menge mit großem Beifall aufgenommen wurden. Es hat sich hierbei gezeigt, dass hier ein fruchtbarer Boden für ‚Agudas Jisroel' vorhanden ist, dass es höchste Zeit war Ortsgruppen zu gründen, und würde in Bälde die Ludwigshafener Aguda-Gruppe eine Oase für die Pfalz und die nächste badische Umgebung sein. Glücklicherweise hat hier ‚Agudas Jisroel' noch rechtzeitig ihre Tätigkeit aufgenommen, um dem Einfluss

anderer Vereine auf die Jugend, der leider schon Platz gegriffen hat, entgegenzutreten. Obwohl während der Versammlung von Gegnern der ‚Agudas Jisroel' das Wort ergriffen wurde, die gegen die Gründung in Ludwigshafen aufgetreten sind, haben sich trotzdem zirka 50 Personen als Mitglieder der neuen Gruppe eingezeichnet." Vorstände des neuen Vereins wurden neben Feibel Freireich der Wäschehändler Israel Hoffmann[453] und der Kaufmann Mendel Weinreb, beide ebenfalls Ostjuden.

Schon im folgenden Monat warb ein orthodoxer Redner aus Frankfurt bei einer weiteren, überaus gut besuchten Versammlung der „Agudat Israel" in Ludwigshafen für die fortschreitende Organisierung des „gesetzestreuen" d.h., religiös konservativen Judentums.[454] Besonders ausführlich widmete er sich dem „Erziehungsproblem, das gerade vor seinem Hörerkreis, der größtenteils aus Ostjuden bestand, von besonderer Wichtigkeit sei." Die Torakenntnis solle „den Mittelpunkt der Erziehung bilden." Mit der „profanen Bildung" solle man erst später beginnen. Dieser Wunsch sei in der modernen Welt kaum mehr zu realisieren, doch müssten beide Erziehungssphären mindestens gleichwertig nebeneinander laufen. Was die Stellung der Frau angehe, so betonte der Redner, dass „bei der Frau mehr das Gefühlsleben und bei dem Mann der kühle Verstand vorherrsche: hiernach richte sich die Stellung der Frau im jüdischen Pflichtenleben." Mit diesen Worten wird der Vortragende der Masse seiner Zuhörer, die überwiegend aus dem konservativen polnischen Judentum kamen und erst wenige Jahre im verwirrenden Westen lebten, aus der Seele gesprochen haben. Kaum ein größerer Gegensatz lässt sich denken als zwischen diesen Ausführungen zur Frauenfrage und den Vortragsreihen, die im Verein für Jüdische Geschichte und Literatur in Ludwigshafen bereits vor 1914 gehalten worden waren. Bezüglich des Torastudiums scheint der Rat des Frankfurters bald beherzigt worden zu sein. Im April 1925 suchte ein Ludwigshafener „Talmud Thora-Verein" mittels einer Anzeige im „Israelit" „einen orthodoxen Melamed" (d.i. Lehrer, Gelehrten im traditionellen Sinn, Ostjuden) für die Vermittlung der Tora. Interessenten sollten sich an Josef Stiglitz, einen galizischen Juden, der bereits vor 1912 in die Stadt am Rhein gekommen war, wenden.[455] Über die weitere Entwicklung der Ortsgruppe der „Agudat Israel" ist nichts bekannt.

Während Agudat Israel als eigentlich deutschjüdische orthodoxe Vereinigung versuchte, die „frommen" Ostjuden zu gewinnen, gab es daneben auch zahlreiche von Ostjuden selbst gegründete Gemeinschaften – auch in Ludwigshafen. Schon vor 1920 hatten die 18 Mitglieder eines Vereins „Israelitische Rituelle Badeanstalt" ein bereits 1914 von Ostjuden für gottesdienstliche Zwecke genutztes[456] Wohn- und Geschäftshaus in der Kaiser-Wilhelm-Straße 49 zu je anteiligem Besitz erworben und im dortigen Hinterhaus eine wohl eher primitive Mikwe errichtet.[457] Die damalige Heirats- und darauffolgende Geburtenwelle gerade in den ostjüdischen Kreisen ließen eine solche Einrichtung zur rituellen

Reinigung der Mütter besonders erstrebenswert erscheinen. Und ostjüdisch war die Einrichtung: Fast alle Mitglieder des Vereins stammten aus Galizien, weshalb das Adressbuch den Verein auch als „Israelitische Kultusgemeinde Galisien (sic!)" bezeichnete. An ihrer Spitze stand der bereits erwähnte Mendel Weinreb, der inzwischen Hausbesitzer im Hemshof und Möbelhändler geworden war. Später fungierte der Sackhändler Isaak Stiglitz aus der Prinzregentenstraße als Vorsitzender. Zwei Mitglieder stachen allerdings hervor: der spätere Erbauer des Rheingoldkinos, Markus Cohn, der aus Ostpreußen stammte, und der Realschulstudienrat David Heinemann. Er war im unterfränkischen Kleinsteinach gebürtig. Beide waren ganz offenbar Anhänger eher konservativer jüdischer Glaubenspraxis. Über Heinemann hatte der polnisch-jüdische Verein Verbindung zur offiziellen Gemeinde.

Nach der Familienüberlieferung unterhielt der Altwarenhändler Viktor Händler, der schon lange vor dem Ersten Weltkrieg aus Galizien nach Ludwigshafen gekommen war, im Hinterhof seines Hauses Maxstraße 64 eine „Klaussynagoge" für galizische Juden. „Viktor wirkte als Kantor/Vorbeter. Im Hinterhof hatten sie auch eine Laubhütte für das Laubhüttenfest errichtet."[458] In den Dreißiger Jahren wird eine „Privatminjan" (minjan = Betgemeinschaft) Koppel in der Stadt erwähnt.[459] Händler und auch Markus Cohn waren ganz offenbar Beispiele für die Verknüpfung orthodoxer Glaubenspraxis mit der Hinwendung zum modernen deutschen Leben – die innerhalb des deutschen Judentums freilich eine Minderheitenposition darstellte.

Offiziellen Status in der Vertretung der ostjüdischen religiösen Belange erlangte um 1930 der ostjüdische Verein „Machsike Hadaß" (= Festiger des Glaubens). Führend tätig war hier der bereits erwähnte Eigentümer einer erfolgreichen Sacknäherei, Menasse Bergmann.[460] In seinem Haus in der Heinigstraße 36 war nicht nur der Cheder (= Lehrstube) der offiziellen jüdischen Gemeinde untergebracht, in der 1925 über 80 Kinder Religionsunterricht jenseits des schulischen Angebots erhielten.[461] Daneben befand sich bereits 1928[462] ein in einem Bauplan als „Synagoge" bezeichneter Gebetsraum, der vermutlich „Machsike Hadaß" diente. Zum Mikwe-Verein scheint es gewisse Beziehungen gegeben zu haben. Jedenfalls fungierten Sussel Fass und Baruch Horendrexler, Miteigentümer des Hauses in der Kaiser-Wilhelm-Straße, als Beisitzer und später sogar Mitglieder des Vorstands der „Machsike Hadaß."[463]

Im Februar 1930 trat „Machsike Hadaß" an die offizielle jüdische Gemeinde mit der Bitte heran, „zur Bestreitung seines Haushalts den Betrag von 650 Mark pro Monat zu genehmigen." Dieser Antrag wurde „Gegenstand eingehender Erörterung" im Synagogenrat, der sich „der Notwendigkeit, einen Zuschuss zur Miete des Betraums, zu den Kosten des Religionsunterrichts sowie zur Besoldung des Rabbiners und Schächters zu leisten, nicht verschließen" konnte. Er bewilligte jedoch nur, „in jederzeit widerruflicher Weise, 400

Mark pro Monat."[464] Der Zuschusswunsch der ostjüdischen Gemeinschaft zeigte nicht nur, dass diese eine vollständige Parallelstruktur zur offiziellen Gemeinde aufgebaut hatte, einschließlich Religionsunterricht und eines Rabbiners, dessen Name, Simon Eberstark, erstmals 1931 im Adressbuch der Stadt Ludwigshafen auftaucht. Die Reaktion des Synagogenrats demonstriert auch die komplexen Beziehungen der „alten" zu dieser neuen Gemeinde in ihrer Mitte. Man war nicht begeistert, sah aber, dass ein großer Teil der offiziellen Gemeindemitglieder in Wahrheit dem Ostjudentum zugehörte und half deshalb bei der Finanzierung – allerdings mit weniger Geld als von „Machsike Hadaß" gewünscht.

Im Mai 1930 erfolgte die feierliche Weihe einer neuen liturgischen Torarolle der „Machsike Hadaß", bei der erneut das zwiespältige Verhältnis der beiden Gemeinschaften deutlich wurde.[465] Eine zahlreiche Gesellschaft hatte sich im festlich geschmückten Lehrsaal in der Heinigstraße 36 eingefunden. Als Vertreter des Vereins begrüßte Josef Katz die fünf erschienenen Synagogenräte – zwei waren offenbar abwesend, „und benutzte diese Gelegenheit, dem Synagogenrat für das der ostjüdischen Gemeinde bewiesene Wohlwollen und für die Gewährung der laufenden Zuschüsse herzlichst zu danken." Simon Eberstark betonte in seiner Predigt, dass die Liebe zum Mitjuden und das Gebot, den Nächsten so zu lieben wie sich selbst, „oberste Grundsätze der Thora" seien. Synagogenvorstand Koburger hob hervor, die Tora bilde „die Basis für die Einheit des Judentums […] und sprach den Wunsch aus, dass die glorreichen Ideale der Tora wie Nächstenliebe und Friedensliebe sich auf das Judentum dahin auswirken mögen, dass allenthalben nur Frieden und Eintracht unter Juden bestehen möchte." Solche freundlichen Worte und Wünsche waren der Versuch, „die Brücke zwischen Ost- und Westjudentum" zu schlagen, wie es die orthodoxe Zeitschrift „Der Israelit" in ihrem Bericht über die Weihe hervorhob.[466] Gelungen ist dieser Brückenschlag wohl nicht immer, auch nicht in Ludwigshafen. Die Toraweihe brachte jedoch offenbar die alte und neue Gemeinschaft wenigstens für den Tag näher, „und das Festessen, bei dem viele [Segenswünsche] gesprochen wurden, vereinigte dann alle Teilnehmer bis zu den frühen Morgenstunden."

Jüdisches Leben in Ludwigshafens Gesellschaft und Politik

Das deutsche Judentum in der Weimarer Republik war einerseits gekennzeichnet von fortdauernder Assimilation und – durch Eheschließungen, Weltanschauung, Karriereerwägungen – Abwendung vom Glauben der Väter, andererseits durch eine neue Hinwendung zu den Wurzeln des Judentums, die gerade durch antisemitische Auslassungen in der nicht-jüdischen Öffentlichkeit noch gestärkt wurde.

Beide Tendenzen lassen sich auch in Ludwigshafen finden. Die Zahl der Mischehen, die im Reich stark zunahm und immer mehr Juden ihrer Religion entfremdete, lag in Ludwigshafen zwischen 1920 und 1930 bei immerhin 13,3% –

27 von 203.[467] Von den 186 Ehen,[468] die die in der NS-Zeit gefertigte Liste der Juden Ludwigshafens vom Herbst 1937 dokumentiert,[469] waren immerhin 31, d.h. 16,7%, Mischehen. Nur in zwei Fällen, bei den Kaufleuten Kurt Hirsch und Julius Hamburger, hatte die nichtjüdisch geborene Ehefrau den Weg zum Judentum gefunden. Wesentlich häufiger nahmen die jüdisch geborenen Ehefrauen die Konfession ihres Mannes an. Und von den dreizehn Mischehen, in denen die Liste Kinder erwähnt, waren in neun Fällen die Nachkommen evangelisch bzw. katholisch oder konfessionslos, nur in vier Fällen im jüdischen Glauben erzogen worden. Da die Liste dem „rassischen" Judenbegriff des Regimes entsprechend auch aus der Glaubensgemeinschaft Ausgetretene und deren Kinder und Enkel erfasste, zeigte sie auch die Spuren vergangener Distanzierungen vom Judentum. Vor allem Akademiker und Arbeiter bzw. Handwerker hatten den Schritt weg von der Glaubensgemeinschaft getan. Unter den zwanzig Nicht-Glaubensjuden, die unter den 660 gebürtigen Juden Ludwigshafens dokumentiert wurden, gehörten zehn zur ersten und sieben zur zweiten Kategorie. Nur zwei waren im Handel tätig. Von sozialistischem bzw. liberalem Gedankengut getragene Glaubensferne spielte hier offensichtlich – neben den erwähnten Karriereerwägungen bei Juristen und Staatsbediensteten – eine Rolle. Die drei erwachsenen „Halb- bzw. Vierteljuden" der Liste waren Chemiker und Prokurist; der Chemiker Dr. Erich Eskales war möglicherweise ein Nachfahre des Ludwigshafener jüdischen Amtsrichters aus dem 19. Jahrhundert.

Der Distanzierung vom Judentum leistete auch die tiefe Spaltung der Kultusgemeinden in west- und ostjüdische Gemeinschaften Vorschub. Dazu traten politische Unterschiede, etwa in Bezug auf die Haltung zum Zionismus, die die beiden Gemeinschaften noch weiter fragmentierten. Bei der Delegiertentagung des pfälzischen Landesverbands der jüdischen Jugendvereine Deutschlands im Februar 1933 in Landau beschrieb der Hauptreferent die „innerjüdische Situation", die gekennzeichnet sei durch „die Zerrissenheit der religiös-weltanschaulichen (Liberalismus – Orthodoxie) und der jüdisch-politischen Richtungen (CV – Zionismus)."[470] Bereits Anfang 1927 hatte die jüdische „Jugendgemeinde" Mannheim-Ludwigshafen den Zerfall der Einheit der Juden, besonders unter den Jugendlichen beklagt: „Das Talmudlernen am Samstagnachmittag, das früher die Gemeinde zusammenhielt, hat für die meisten seine Bedeutung verloren. Scheidet sich doch schon die jetzige Gemeinde in Zirkel und Kliquen und trifft sich in ihrer Gesamtheit nur noch an den höchsten Feiertagen oder vielleicht bei Vorträgen und Festlichkeiten. Wie soll es erst werden, wenn die heutige Jugend die Leitung der Gemeinde in die Hände bekommt? Sind doch bei ihr die Gegensätze noch stärker ausgeprägt!"[471]

Die deutschen jüdischen Kultusgemeinden versuchten durch eine Wandlung zur „Kulturgemeinde" diese Tendenzen zu bekämpfen und sogar ins Positive zu wenden.[472] Auch „weltliche" jüdische Aktivitäten in Vereinen und Verbänden



ISRAELITISCHES
GEMEINDEBLATT

Offizielles Organ der israelitischen Gemeinden Mannheim und Ludwigshafen
BADISCHES GEMEINDEBLATT

Abonnementspreis für Nichtmitglieder monatlich 80 Rpf. Anzeigen nach Tarif
Geschäftsstelle: MANNHEIM C 8, 15

Das Israelitische Gemeindeblatt erscheint monatlich ein Mal

Alle für die Schriftleitung bestimmten Zuschriften sind zu richten an: Herrn Dr. Max Grünewald
MANNHEIM, D 7, 17, zu richten / Fernsprecher 238 71
Anzeigenannahme: MANNHEIM, C 8, 15
Telefon LUDWIGSHAFEN A. RH. 62318

Ausgabe **A** ist das alleinige amtliche Organ der israelitischen Gemeinden Mannheim und Ludwigshafen, mit dem die jüdischen Einwohner von Mannheim, Ludwigshafen (Pfalz) und Umgebung beliefert werden; die Ausgabe **B** ist das alleinige amtliche Organ aller anderen jüdischen Gemeinden in Baden, deren Mitgliedern es regelmäßig zugestellt wird

11. Jahrgang | Mannheim, Dienstag, den 16. Mai 1933 — 20. Ijar 5693 | Nr. 5

Abb. 37: „Endlich hat [die Gemeinde] erkannt, dass die Presse zu einem wichtigen Kulturfaktor geworden ist." Kopf des „Israelitischen Gemeindeblatts" Mannheim-Ludwigshafen, 16. Mai 1933

wurden ganz ausdrücklich mit der Kultusgemeinde verbunden. Dies zeigte sich in den immer zahlreicher werdenden „Gemeindeblättern", die eben nicht nur Informationen zum religiösen Leben, sondern zu allen Facetten des jüdischen Lebens der jeweiligen Region enthielten. Mannheim besaß seit 1922 eine solche Zeitung, das „Israelitische Gemeindeblatt", das 1927 auch einen – eher kleinen – Ludwigshafener Redaktionsteil erhielt; das Blatt wurde künftig kostenlos an alle jüdischen Haushalte der Stadt zugestellt. Ein Vertreter der in beiden Städten aktiven „Jugendgemeinde" lobte die Entscheidung der Ludwigshafener Gemeinde. „Endlich hat sie erkannt, dass die Presse zu einem wichtigen Kulturfaktor geworden ist, dass sie ein Bindemittel zwischen allen Bevölkerungsschichten darstellt, das man in einer Zeit des Verfalls, wie sie heute die jüdische Gemeinde durchmacht, unter keinen Umständen verschmähen darf."[473]

Das „Israelitische Gemeindeblatt" dokumentierte fortan sowohl die verschiedenen, dem religiösen Kern der Gemeinde näher oder ferner stehenden Aktivitäten innerhalb des Ludwigshafener Judentums wie auch die enge Vernetzung zwischen den Gemeinden Ludwigshafen und Mannheim – was vor allem hieß, dass Ludwigshafener am reichen Mannheimer jüdischen Leben teilhaben konnten. Die „Jugendgemeinde" operierte ebenso in beiden Städten[474] wie die jüdische Sportbewegung „Bar Kochba",[475] der „Verein zur Abwehr des Antisemitismus" und die zionistische Bewegung. Eine Liste[476] der Spender für den Jüdischen Nationalfonds[477] zur Zeit des jüdischen Neujahrsfestes im

Gemeindeblatt des Jahres 1931 nennt eine ganze Reihe führender Ludwigshafener Juden, unter ihnen Oberbaurat Sternlieb, den Krankenhaus-Arzt Dr. Fritz Kaufmann, Rechtsanwalt Kahn, den Bezirksarzt Dr. Dreyfuß sowie einige wohlhabende Geschäftsleute (Altschüler, Durlacher, Freisleben, Kälbermann, Thalheimer, Weil). Keinem Zweifel dürfte es unterliegen, dass Ludwigshafener Juden auch das umfassende Bildungsprogramm des 1929 nach dem berühmten Frankfurter Vorbild in Mannheim gegründeten jüdischen „Lehrhauses" nutzten. Hier wurde kulturelles und religiöses Wissen zum Judentum vermittelt.

In Ludwigshafen boten sowohl der „Frauenverein" als auch der „Jüdische Kulturverein" Vorträge, die im Grundtenor eher „modern" waren. Die Ostjuden fanden, wie erwähnt, etwa in den Veranstaltungen der „Agudat Israel" eine ihnen gemäßere Kost. Der Frauenverein war zugleich einer der drei Wohltätigkeitsvereine der Ludwigshafener Gemeinde. Sie arbeiteten in den Weimarer Jahren offenbar eng zusammen. Nachweislich 1929 hielten sie eine gemeinsame Generalversammlung ab.[478] Vorstände der drei Vereine blieben bis weit in die Zwanziger Jahre – ähnlich wie bei der Gemeinde generell – Honoratioren der Vorkriegszeit. 1924 besaßen der Frauenverein 80, der Krankenunterstützungsverein 40 und der Lokalarmenverein 130 Mitglieder.[479]

Wie vor 1914 gehörten die Spitzen der jüdischen Gesellschaft weiterhin zahlreichen Vereinen der Stadt an. Die Frau des Kaufhausbesitzers Willy Rothschild war in der Vorstandschaft des Frauenvereins vom Roten Kreuz tätig,[480] Studienrat Wetzlar in der der Ortsgruppe des Literarischen Vereins der Pfalz.[481] Gerade im bürgerlichen jüdischen Milieu, auch in dem der Handels- und Industriestadt Ludwigshafen, wurde der Wert literarischer Kenntnisse hochgehalten. Der junge Erwin Weilheimer, Sohn eines wohlsituierten kaufmännischen Angestellten, betonte noch Jahrzehnte später als israelischer General seinen Stolz, dass ihm im Dritten Reich, nach seiner Relegation vom Ludwigshafener Gymnasium, in der jüdischen Schule in Mannheim von ausgezeichneten jüdischen Lehrern eine makelloses Deutsch und eine breite Kenntnis der deutschen Klassiker vermittelt wurde.[482] Die Ludwigshafener Malerin Senta Geisler erinnerte sich im Alter, dass die Juden der Stadt ein „enormes Potential" zur Förderung von Kunst – und im Kunstverein – geboten hätten.[483] Im für die Jahre 1922/23 erhaltenen Verkaufsverzeichnis des Ludwigshafener Malers Willy Weber finden sich als Abnehmer der Werke des jungen Künstlers auch Mitglieder der Familien Rothschild, Altschüler, Weil, Stern und Rubel. Einer der Gimbels ließ sich von Weber zusammen mit seinen Schwestern portraitieren und bezahlte dafür immerhin 5100 Mark – ein damals allerdings leider schon inflationsbedingt nicht mehr so stolzer Preis.[484] Erhalten hat sich daneben ein Foto des Direktorenzimmers der Firma Gebr. Mann, das ganz im Stil der expressionistischen Moderne ausgemalt war.[485] Auch in modernen Vereinen wie dem „Verein für Motorsport" waren Juden aktiv.[486] Mitglieder der Druckereibesitzer-Familie

Neubauer trieben im Ludwigshafener Turnverein Sport,[487] und weiterhin gab es viele jüdische Aktive und Unterstützer im Ludwigshafener Ruderverein.[488]

Einig in der Betonung der Zugehörigkeit des deutschen Judentums zum deutschen Volk und damit besonders auf die deutsche Gesellschaft hin gerichtet waren die Ortsgruppe des „Centralvereins" und die 1920 gegründete Ortsgruppe des „Reichsverbands Jüdischer Frontsoldaten" (RJF), der noch im Jahr 1932 rund 70 Mitglieder hatte.[489] Ihre Vorsitzenden, Rechtsrat Weiler und Adolf Grombacher, fehlten in der Liste der Spender für den jüdischen Nationalfonds, was dafür spricht, dass sie den Anliegen des Zionismus eher kritisch gegenüberstanden. Man wollte Teil der deutschen Gesellschaft sein und sich nicht absondern. Bei der Generalversammlung der Ortsgruppe des RJF im Jahr 1932 betonte der Landesverbandsvorsitzende Dr. Götzl, dass er gegen die Errichtung eigener jüdischer Sportvereine sei, „indem er empfiehlt, in die paritätischen Sportvereine einzutreten und in diesen nicht zurückzustehen und so mit den christlichen Kameraden in Fühlung zu bleiben."[490] Über Jahre war der RJF zusammen mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten und dem – demokratischen – Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Mitveranstalter der Gefallenengedenkfeier auf dem Ehrenfriedhof des Hauptfriedhofs.[491] Dessen große Halle war im Übrigen von Oberbaudirektor Sternlieb entworfen und 1920 eingeweiht worden.[492] Eine vom RJF angeregte Gedenkplatte im Vorhof der Synagoge erinnerte an die Gefallenen jüdischen Glaubens aus Ludwigshafen.

Rechtsrat Weiler, der schon die deutsche Niederlage 1918 extrem bitter empfunden hatte, wurde im September 1923, zur Zeit der schärfsten Auseinandersetzung zwischen deutschen Behörden und der französischen Besatzungsmacht als „agent actif de la resistance passive" vor seiner Wohnung in Ludwigshafen verhaftet und in ein Militärgefängnis gebracht. „Meine große politische Gefährlichkeit wurde mir durch das Verbot der Kerzenbeleuchtung und besonders dadurch zum Bewusstsein gebracht, dass wir […] unsere Schuhe zur Verhütung jeden Fluchtversuchs während der Nacht vor die Türe stellen mussten." Nach acht Tagen wurde er freigelassen, aber über den Rhein aus der französischen Zone verwiesen. Erst im Juni 1924 konnte er sein Amt wieder übernehmen.[493]

Ihre parteipolitische Heimat fanden die meisten politisch aktiven Ludwigshafener Juden – auch der so nationale Rechtsrat Weiler – in der Ende 1918 aus Teilen der Fortschritts- und der Nationalliberalen Partei gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Sie verband ein Bekenntnis zur demokratischen Republik mit einem starken Nationalbewusstsein und liberalen kulturpolitischen Grundsätzen. Die in Ludwigshafen ebenfalls präsenten Rechtsliberalen der DVP und liberale Wirtschaftsgruppen waren nicht frei von antisemitischen Untertönen bzw. repräsentierten vor allem das Handwerk oder den nicht so großen Einzelhandel. Im katholischen Zentrum konnten Juden keinen Platz finden. Die Sozialdemokratie wurde durchaus von einigen der weniger



Abb. 38: Zeichen der Verbundenheit der jüdischen Deutschen mit der Nation: Das Kriegerdenkmal für die gefallenen jüdischen Gemeindeglieder im Vorraum der Ludwigshafener Synagoge. Aufnahme nach der Synagogenverwüstung vom 9. November 1938.

wohlhabenden Juden bevorzugt. So berichtet eine aus einer in der Bleichstraße ansässigen (ost-)jüdischen Familie stammende ehemalige Ludwigshafenerin, ihr Bruder sei „eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei" gewesen.[494] Auch Mitglieder der Familie Händler standen der Partei nahe. Da sie jedoch meist keine deutschen Staatsbürger waren, konnten sie keine Rolle in den demokratischen Vertretungsgremien spielen. Mancher Sohn aus jüdisch-gutbürgerlichem Haus kokettierte zeitenweise mit dem Kommunismus, wie Adolf

Koebner, der auch in zionistischen Verbänden aktiv war.[495] Die DDP stellte 1920 den späteren Synagogenvorstand Koburger für den Kreistag auf. 1924 waren Rechtsanwalt Emil Herz und Studienrat Wetzlar Stadtratskandidaten, fünf Jahre später wieder Koburger und Kaufmann Oberdorfer.[496] Die eher schwachen Wahlergebnisse der Partei führten allerdings dazu, dass die auf den Listen gar nicht so schlecht platzierten jüdischen Bewerber keinen Sitz im Rat erhielten. Er blieb damit in der Weimarer Zeit ohne jüdische Präsenz.

Antisemitismus in Ludwigshafen?

In der 1927 im Rahmen einer Serie von Monographien deutscher Städte veröffentlichten historisch-administrativen Darstellung der Vergangenheit und Gegenwart Ludwigshafens betonte Kantor Wetzler in seinem kurzen Artikel zur israelitischen Kultusgemeinde „die Biederkeit und Toleranz in […] dieser unserer Stadt."[497] Dieses Lob, das mit einer eher geschönten Beschreibung der Frühgeschichte der jüdischen Gemeinde einherging, war in den Weimarer Jahren vermutlich nicht unbegründet. Zwei der zehn städtischen Ressorts wurden mit Oberbaudirektor Sternlieb und Rechtsrat Weiler von Juden geleitet; hinzu trat als Bezirksarzt Obermedizinalrat Dr. Isidor Dreyfuß. Auch die schon erwähnte Tatsache, dass mehr als ein Viertel aller jüdischen Studienräte Bayerns in Ludwigshafen amtierte, zeugt vom offenen Geist der Stadt. Als die katholische Gemeinde St. Ludwig im Jahr 1928 Geld für den Umbau der Orgel in der Kirche benötigte, wandten sich Pfarrer, Organist und Chorleiter unter Verweis auf den toleranten Geist des Lazarus Morgenthau an die jüdischen Geschäftsleute Ludwigshafens. So wie das von Morgenthau gestiftete Portal des Gotteshauses mit seiner Inschrift heute noch von ihm zeugten, werde auch eine entsprechende Gedenkplakette an der Orgel die jüdischen Stifter verewigen.[498]

Offener Antisemitismus, wie er schon während des Ersten Weltkriegs in Teilen Deutschlands aufgebrochen war und in den Krisenjahren nach 1918 noch zunahm, fand sich in Ludwigshafen kaum, auch keine Friedhofs- und nur ein einziger bekannter Fall von Synagogenschändung, die es durchaus viel häufiger an einigen Orten in der Pfalz gab. Noch viel weniger wurde die Stadt von antijüdischen Exzessen betroffen, wie sie etwa im rechtsrheinischen Bayern Raum gewannen, wo man 1923 sogar zur Internierung und Ausweisung von Ostjuden schritt, die oft nur hilflose Opfer eines wesentlich umfassenderen Antisemitismus waren. Die Alliierten, die das Rheinland und die Pfalz besetzt hielten, verhinderten solche offiziellen antisemitischen Aktionen.[499]

Allerdings scheint es, dass es der Verbote der Alliierten in Ludwigshafen nicht bedurfte. Von einem breit fundierten Antisemitismus in der Bevölkerung oder der meinungsführenden Öffentlichkeit ist nichts zu spüren. Der „General-Anzeiger", die große Tageszeitung der Stadt, berichtete durchweg positiv über jüdische Persönlichkeiten. Man befleißigte sich dabei des ehrerbietigen Tons, der



Abb. 39: Sichtbares Zeichen selbstverständlicher Gleichberechtigung: Titelvignette des Kapitels über die Religionsgemeinschaften im Ludwigshafener Stadtbuch des Jahres 1927: Nebeneinander und in gleicher Größe erscheinen die (evangelische) Lutherkirche, die (katholische) Ludwigskirche und die Synagoge.

damals ganz allgemein gegenüber „Honoratioren" üblich war. Übrigens wurde, einmal abgesehen vom Nachruf auf den Synagogenvorstand Moritz Wolff, niemals das Glaubensbekenntnis der Geehrten auch nur erwähnt. Dasselbe war bei Berichten über die Jubiläen bzw. Erweiterungen „jüdischer" Geschäfte der Fall. Lob und Ehrung flossen bedeutenden jüdischen Geschäftsleuten und Persönlichkeiten auch von Seiten der Stadtverwaltung zu.

Als im Herbst 1922 die ersten, von Mannheim aus verbreiteten nationalsozialistischen Klebezettel mit antisemitischem Inhalt an Häuserwänden und in Unterführungen auftauchten und sogar die Synagoge mit Hakenkreuzen und Beschimpfungen beschmiert wurde, sprach der „General-Anzeiger" von einem „Unfug, der nicht scharf genug verurteilt werden kann […] Es ist tief bedauerlich, dass diese deutsch-völkische Ausartung nunmehr auch auf das bisher von dieser Giftflut verschonte Ludwigshafen übergreifen soll und dass die feigen Hintermänner dieser anonymen Hetze solches Tun mit dem Begriff von Deutschtum und Ehre glauben vereinigen zu können."[500] Die Flugblattaktionen gingen jedoch weiter. Der Fall der angeblichen versuchten Vergewaltigung einer nicht-jüdischen Angestellten durch einen jüdischen Arbeitgeber wurde von den Nationalsozialisten zum Anlass genommen, alle Juden als Lüstlinge zu diffamieren. „Deutsche Volksgenossen, schützt Eure Töchter, Schwestern und Bräute vor den jüdischen Schweinen, sonst seid ihr selbst ehrlose Schweine." Die in Ludwigshafen erscheinende sozialdemokratische „Pfälzische Post", die große Zeitung der SPD in der Pfalz, kommentierte: „Man geht unseres Erachtens nicht fehl, wenn man die Verfasser […] solcher aufreizenden Nachrichten in den Kreisen deutschnationaler Jüngelchen sucht, die nicht gerade selten bei Juden ihr Unterkommen finden. Aber einmal angenommen, die gegen den Juden erhobenen Anschuldigungen erweisen sich als wahr, dann ist es trotzdem der Gipfel gemeinster Verhetzung, wenn dafür der ganze Volksstamm verantwortlich gemacht wird. Kommen etwa in deutschnationalen, christlich sein wollenden Kreisen […]

fragliche Dinge nicht vor? […] Haben Juden dann etwa die ganze deutschnationale Korona dafür verantwortlich gemacht? Solche Fälle sind nicht bekannt. Die Juden sind im allgemeinen viel zu gute Deutsche, um andere Volksangehörige in so gemeiner Weise zu beschmutzen." [501]

Krönender „Höhepunkt" „völkischer" Aktivitäten in Ludwigshafen war eine „Deutsche Weihnachtsfeier" der winzigen NSDAP-Ortsgruppe, die allerdings nach den Beobachtungen der katholischen „Neuen Pfälzischen Landeszeitung" „überraschend stark" besucht war, vor allem von jungen kaufmännischen Angestellten. „Juden ist der Eintritt strengstens verboten" stand auf dem Programm der Feier, deren Inhalt diesem „Motto" vollends gerecht wurde. „Das nationalsozialistische Kampflied, das gesungen wurde, ist eine scharfe Kampfansage gegen das Judentum." Bei der Erwähnung von Hitlers Name sei Jubel aufgekommen. Man müsse sich mit dieser neuen Partei auseinandersetzen, so der Berichterstatter der „Landeszeitung." „Auf jeden Fall hat die gestrige Veranstaltung gezeigt, dass wir auch in der Pfalz mit dieser Bewegung rechnen müssen." [502]

Alle maßgeblichen politischen Lager hatten Ende 1922 eindeutig gegen die antisemitische Hetze der kleinen NSDAP-Gruppe Stellung bezogen. In der Mitgliedsliste der bereits erwähnten, 1927 gegründeten Mannheim-Ludwigshafener Ortsgruppe des – überkonfessionellen – „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" finden sich neben einer Vielzahl jüdischer Akademiker und Geschäftsleute auch Vertreter aller maßgeblichen demokratischen Parteien: der DDP-Stadtrat Bertram, der sozialdemokratische Bürgermeister Kleefoot, der Stadtrat und Reichstagsabgeordnete des Zentrums Hofmann sowie Vertreter der Wirtschaft und der protestantischen Kirche, die damit alle ihre Abscheu vor antijüdischen Haltungen zum Ausdruck brachten.[503]

Obwohl die NSDAP im Jahr 1923 von der französischen Besatzungsmacht verboten worden war, konnte sie im Gewand des „Völkischen Blocks" bereits bei den Wahlen zum Bayerischen Landtag und zum Reichstag im Mai 1924 wieder antreten.[504] Während die Partei in München die Hälfte (!) [505] und in pfälzischen Städten wie Zweibrücken immerhin mehr als ein Viertel der Stimmen auf sich vereinte, gewann sie in Ludwigshafen nur 4,3% der Wähler bzw. 1830 Stimmen.[506] Damit blieben die Nationalsozialisten, die auch in den folgenden Jahren vor allem mit unflätiger Judenhetze Propaganda betrieben,[507] in der Arbeiterstadt eine Splitterpartei, die bei den Wahlen bis 1928 in Ludwigshafen nur etwa drei Prozent der Wähler für sich gewann. Ganz offensichtlich ließ sich mit Antisemitismus in der Stadt der Chemie kein Massenpublikum gewinnen.

Die offizielle Front gegen den Antisemitismus schloss natürlich nicht aus, dass „die Ostjuden in der Maxstraße", wie schon beim protestantischen Pfarrer Gerber um 1910, bei manchem nicht-jüdischen – und westjüdischen – Zeitgenossen nicht gerne gesehen waren. Als der Leiter des Humanistischen Gymnasiums im Jahr 1927 die Unterrichtsführung von Studienrat Dr. Moses

Buttenwieser kritisierte, fügte er hinzu: „Freilich ist nicht zu verkennen, dass er als Jude von vorneherein mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat als andere Lehrer." Gleich, ob dies in einem Umfeld von Söhnen eher konservativ gehobener Elternhäuser zutraf oder die Gefühle des aus Bayern stammenden Studiendirektors widerspiegelte; die Äußerung war ein Zeugnis der in Teilen der Bevölkerung immer noch gepflegten Distanz zu ihren jüdischen Mitbürgern.[508] Der Sohn des Chemikers Max Koebner erinnerte sich, dass seine Eltern zwar wirklich gut in die nicht-jüdische Gesellschaft integriert gewesen seien. Doch ihre Freunde seien mit einer Ausnahme ausschließlich Juden gewesen. Das war in westjüdisch-bürgerlichen Familien aber keineswegs immer so. Der 1922 geborene Erwin Weilheimer lebte in Friesenheim, „wo es nur zwei jüdische Familien gab. So ist es nur selbstverständlich, dass ich ums Haus herum keine jüdischen Verbindungen hatte. Meine Freunde waren Jungens von der Straße. Ich bin mit viel Fußball und einem ausgeprägten pfälzischen Dialekt aufgewachsen." [509] Selbst Ostjuden konnten jenseits der Boudoirs der Oberschicht offenbar auf eine gewisse Akzeptanz unter den Ludwigshafenern rechnen, wie es noch im Dritten Reich Oskar Stemmer erfuhr: „Ich hatte eine fabelhafte Beziehung zu meinen Schulkameraden, obwohl ich als orthodoxer Jude klar zu erkennen war, mit Schläfenlocken und Käppchen" (s. S. 199).

Die Beschuldigungen wegen „Kungelei", die 1928 gegen den seit 1921 amtierenden städtischen Rechtsrat Otto Weiler und den Inhaber der Firma Rothschild erhoben wurden, versuchten ganz offensichtlich latente antisemitische Gefühle zu nutzen. Die Vorwürfe entbehrten jedoch offenbar jeder Grundlage und wurden durch den Oberbürgermeister zurückgewiesen.[510] Die Kritik, die die Tätigkeit der städtischen Baugesellschaft GAG unter der Leitung von Oberbaudirektor Markus Sternlieb von liberalen Mitgliedern des Stadtrats und Mittelständlern erfuhr, basierte auf politisch-weltanschaulichen Gegensätzen und ökonomischen Konflikten. Sie wurde niemals öffentlich antisemitisch motiviert, auch wenn mancher Kritiker den „ostjüdischen" Hintergrund Sternliebs mit Ressentiment betrachtet haben mag.

Bald in Moskau, bald in Palästina [511]

Antisemitische Ressentiments spielten bei dem heftigen Streit zwischen meist auch politisch konservativen Kreisen und – oft auch politisch linken – modernen Architekten um das vom Bauhaus so geliebte Flachdach eine große Rolle. Markus Sternlieb hat zwar niemals dogmatisch „moderne" Ideen ohne Rücksicht auf die Bauaufgabe verfolgt, aber er war dennoch unbestritten ein Vertreter des neuen Bauens – und ein Demokrat. In seiner Festrede zum 10jährigen Bestehen der GAG am 16. Juni 1930 beschrieb er vor den versammelten Honoratioren der Stadt, wie „eine Zeitlang […] der bekannte Streit für und gegen das flache Dach die Gemüter der Baufachleute"

erregt hatte. „Wie bei fast allen Fragen dieser Zeit, so suchten auch hier fanatische Köpfe den Streit ins politische Fahrwasser zu drängen. Bald sollte das Flachdach seine geistige Heimat in Palästina, bald in Moskau haben." Gleich zweifach waren Juden hier das Ziel: als Glaubensjuden („Palästina") oder als Kommunisten („Moskau"). Sternlieb selbst sah den Streit ganz leidenschaftslos: „Letzten Endes ist diese Frage gar keine der Baugesinnung, sondern eine der Zweckmäßigkeit und Technik, bei der je nach Umständen bald dem Steildach, bald dem Flachdach der Vorzug gegeben werden kann." Diese vernünftige Haltung verhinderte natürlich nicht, dass der gerade pensionierte GAG-Chef unmittelbar nach der Machtergreifung als moderner Architekt, Demokrat und Jude ins Visier der Nationalsozialisten geriet.

Gerade im Licht solcher „Stimmungen" recht absurde Konstellationen ergaben sich, als nach dem Tod des Oberbürgermeisters Weiß ein Nachfolger im Rat gewählt werden sollte.[512] Denn hier ließen sich Markus Sternlieb ebenso wie die SPD dazu hinreißen, im Bund mit den Liberalen gegen die Kandidatur des Vorsitzenden des örtlichen Zentrums, Rechtsrat Ludwig Reichert, zu intrigieren. Die in der Stadt der Chemie eher linke katholische Partei hatte immer wieder die Baupolitik der GAG als zu wenig an der Wohnraumbeschaffung für Arme orientiert kritisiert. Das traf Sternlieb tief. Zudem ließ sich der eher areligiöse Jude Sternlieb wohl von seinem GAG-Vorstandskollegen Valentin Bauer – dem späteren Nachkriegs-Oberbürgermeister – für die kirchenkritisch-sozialdemokratische Sicht gewinnen, dass ein katholischer Oberbürgermeister „aus kulturpolitischen Gründen" verhindert werden müsse. Es ist deshalb nicht ganz unwahrscheinlich, dass Reichert recht hatte, als er Anfang 1931 den GAG-Chef hinter dem Bericht einer nationalsozialistischen Zeitung der Region vermutete, die ihn – Reichert – der Faulheit zieh. Er bat den Chefredakteur der Zentrumszeitung einmal nachzuforschen: „Meiner Ansicht nach ist der Verfasser des Artikels Sternlieb."[513] In einer unheiligen Allianz aus SPD, Liberalen und Nationalsozialisten wurde der rechtsliberale Jurist Dr. Fritz Ecarius zum Stadtoberhaupt gewählt, ein Bürokrat, aber kein Demokrat, der sich später rasch dem Nationalsozialismus in die Arme warf. Reichert seinerseits war gewiss kein Antisemit und hat als einer der wenigen 1934 Sternliebs Witwe kondoliert, verkehrte offen mit jüdischen Kollegen und nahm während des Krieges unter großem Risiko die halbjüdische Tochter inhaftierter Freunde auf.

Wie schwierig es oft war, antijüdische Gefühle und Andeutungen zu erkennen, zeigte sich auch auf anderen Feldern. „Wir Juden können ja vielleicht stolz darauf sein, dass wir, obwohl wir nur etwa 1% der Bevölkerung ausmachen, einen so hervorragenden Anteil am wirtschaftlichen Leben haben. Um so mehr müssten wir ein Interesse dafür zeigen, das jüdische Handwerk zu hegen und zu pflegen, schon deswegen, um dadurch den Vorwurf abzuschwächen, als seien wir nur kapitalistisch eingestellt."[514] Mit diesen Worten ging 1927 der Polstermeister Max

Hirsch, einer der wenigen jüdischen Handwerker Ludwigshafens, sowohl auf eingefleischte antisemitische Vorurteile ein wie auf die während der Weimarer Jahre innerhalb des deutschen Judentums geführte Diskussion über die Förderung einer „Berufsumschichtung" hin zu einer Beschäftigung von Juden auch in Handwerk und Landwirtschaft. Hirsch betonte allerdings, dass solche Ideen Hirngespinste seien. Denn „selbst in Städten, in denen hunderte von jüdischen Familien wohnen" – also etwa in Ludwigshafen, könne ein jüdischer Handwerker nicht vernünftig leben. „Man kann [nämlich] die Beobachtung machen, dass, [obwohl] jüdische Handwerker von den Behörden als Sachverständige oder als Mitglied einer Prüfungskommission oder als Fachlehrer bei Gewerbekursen herangezogen werden", d.h. in nicht-jüdischer Umgebung Ansehen genössen, ihre Glaubensgenossen nicht bei ihnen kauften. Dafür gebe es mancherlei Gründe, die Hirsch nicht nennen wollte, um nicht „Anstoß zu erregen." Hier spielte er möglicherweise auf den „Geruch" ostjüdischen primitiven Gewerbes an, den „jüdisches Handwerk" offenbar bei vielen Westjuden genoss. So sei „es den jüdischen Familien aus Standesbewusstsein unangenehm, in ihren Kreisen zu erzählen, man habe dieses oder jenes beim jüdischen Handwerker anfertigen lassen. Sie halten es vielmehr für unbedingt erforderlich, in ‚ersten Häusern' ihre Produkte zu kaufen, womit allerdings noch lange nicht gesagt ist, dass sie da besser bedient werden. Aber es gehört nun mal zum guten Ton." Dabei seien die jüdischen Handwerker, ihres Ansehens bei den Behörden unerachtet, „vorwiegend auf jüdische Kundschaft angewiesen, da für eine Berücksichtigung durch Andersgläubige wenig Aussicht besteht." Jenseits der allgemein angesehenen, bei allen Bevölkerungskreisen erfolgreichen jüdischen Einzelhandelsgeschäfte gab es offenbar auch in Ludwigshafen Vorbehalte und Schwierigkeiten für Juden in Gewerbezweigen, die nicht als „traditionell für Juden geeignet" betrachtet wurden.

Solche Ressentiments blieben allerdings vorläufig unter der Oberfläche, wären vermutlich von vielen Zeitgenossen sogar ausdrücklich dementiert worden. Als der Kaiserslauterer Heimatforscher Theodor Zink im Oktober 1929 auf Einladung des jüdischen Kulturvereins einen Vortrag im Gesellschaftshaus der Stadt zum Thema „Die Geschichte der Juden in der Pfalz" hielt, berichteten die Zeitungen ausführlich darüber. Die „Pfälzische Post" nutzte die Gelegenheit, um sich deutlich von antisemitischen Klischees zu distanzieren.[515] Sie lobte ausdrücklich „die herzliche, ehrliche Sympathie" des Redners „für einen jahrhundertelang unterdrückten Volksstamm." „Eingangs seiner Ausführungen betonte der Referent besonders, dass es grundfalsch wäre, die Geschichte eines Volkes […] ohne den Volksteil jüdischer Herkunft […] zu betrachten." Die polemischen Auseinandersetzungen, wer „eigentlich als ‚eingeboren' zu betrachten" sei, führten oft zu unerwarteten Resultaten: „denn es gibt z.B. Familien jüdischer Herkunft in der Pfalz, die länger [hier] ansässig sind [als Menschen, die man] als

‚Urgermanen' betrachtet." Zink beschrieb die Geschichte der mittelalterlichen jüdischen Gemeinden der Region, die schrecklichen Verfolgungen und ging auch auf die durch das christliche Zinsverbot und die weitgehenden Berufsverbote für Juden verursachte Hinwendung der „Israeliten" zum Geldhandel ein. Oft seien die Juden zu Sündenböcken für Verhältnisse gestempelt worden, an denen sie keine Schuld trugen. „Grundsätzlich muss man […] sagen: Niemals darf man einer Gruppe von Menschen an irgend welchen misslichen Verhältnissen allein die Schuld geben, alles ist der Entwicklung unterworfen, und genauso, wie das deutsche Volk die Kriegsschuld nicht allein auf sich nimmt, können auch die Juden nicht das Weltelend allein auf ihre Schultern geladen bekommen. Mit diesen Worten schloss der Referent einen interessanten Abend." Im Gewand des zeitgenössischen Denkens und Sprechens wurde hier sowohl die selbstverständliche Zugehörigkeit der Juden zum deutschen Volk betont als auch eine vorurteilslose Beurteilung ihrer Rolle in der Geschichte eingefordert.

Wirtschaftliche und politische Krisenzeit 1929/30—1933

„Ein wirtschaftlicher Tiefstand, wie er bisher in diesem Ausmaß nicht erreicht worden ist." Mit diesen Worten beschrieb die in Ludwigshafen ansässige Industrie- und Handelskammer der Pfalz in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1931 die Lage in ihrem Zuständigkeitsgebiet.[516] Die wirtschaftliche Erholung der mittleren Jahre der Weimarer Republik war hier ohnehin deutlich schwächer ausgefallen als in Gesamtdeutschland.[517] In Ludwigshafen gab es viele Arbeitslose, und im Februar 1928 wurden nicht weniger als 7,6 % der Bevölkerung der Stadt von der Wohlfahrtspflege unterstützt.[518] Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Gesamtentwicklung und die seit dem New Yorker Börsensturz vom Oktober 1929 einsetzende allgemeine Krise waren in der Pfalz, die immer noch durch die erst im Juni 1930 beendete französische Besatzung belastet wurde, besonders spürbar.[519] In Ludwigshafen entließen die IG-Farben (BASF) zudem trotz guter Auftragslage etwa 2 500 Arbeiter aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen, sodass die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt binnen weniger Monate von 4 000 auf 6 500 zum Jahresende 1929 stieg.[520] Doch das war erst der Beginn der Großen Krise, die 1930/31 auch Ludwigshafen erfasste. Im Dezember 1932 waren 12 110 Menschen in der „Stadt der Chemie" arbeitslos, etwa ein Viertel aller Erwerbstätigen.[521] Unter den Angestellten betrug die Arbeitslosenquote etwa 21 Prozent, unter Arbeitern 42(!) Prozent.[522]

Mehr und mehr Menschen wurden von Angst um ihren Arbeitsplatz geplagt bzw. waren auf die sehr bescheidenen Unterstützungen der Arbeitslosenversicherung oder der städtischen Wohlfahrt angewiesen. Eine wachsende Zahl fiel durch alle Raster der Unterstützung und konnte vielleicht allein noch die städtische Suppenküche in Anspruch nehmen.[523] Das hatte Folgen für den Einzelhandel. „In allen Branchen sind [im Jahr 1931] Umsatzrückgänge

eingetreten, nicht nur in Folge der Herabsetzung der Preise, sondern auch mengenmäßig. Angesichts der fortschreitenden Schmälerung der Kaufkraft waren die Käufer gezwungen, sich in der Deckung ihres Bedarfs äußerste Beschränkung aufzuerlegen. Die Nachfrage war beherrscht von dem Zug nach billigen Waren, und selbst zu den saisonmäßig günstigeren Zeitpunkten des Jahres wie an Ostern, Pfingsten oder Weihnachten hielt das Publikum in der Erwartung weiterer Preisermäßigungen mit seinen Einkäufen zurück." [524]

Die Ludwigshafener Juden, die wie die Menschen jüdischen Glaubens in Deutschland allgemein vor allem als Selbstständige im Groß- und Einzelhandel ihren Lebensunterhalt verdienten, waren damit mittelbar auch von der Arbeitslosigkeit stark betroffen. Gerade in den Einzelhandelsbranchen, in denen sie vorwiegend tätig waren, dem Textil-, Leder- und Schuhhandel, gab es große Einbrüche, die sich auch auf die Hersteller auswirkten.[525] Zwischen Dezember 1928 und Juni 1933 sank die Zahl der im Adressbuch der Stadt verzeichneten Konfektions-, Tuch- und Wäschegeschäfte von 140 auf 95, darunter die der jüdisch geführten von 47 auf 37. Die jüdischen Geschäftsinhaber hielten sich also deutlich besser als die Branche insgesamt, was in der Tatsache begründet lag, dass, wie gesehen, die leistungsstärksten und kapitalkräftigsten Geschäfte von jüdischen Unternehmern betrieben wurden. Dort allerdings, wo erst vor relativ wenigen Jahren zugewanderte, vermutlich meist kapitalarme (ost-)jüdische Geschäftsleute vorherrschten, war der Rückgang stärker als der allgemeine Durchschnitt. Jeweils die Hälfte der jüdischen Kurz-, Weiß- und Wollwaren- bzw. der Manufakturwaren-(Tuch-)Geschäfte überlebte die Wirtschaftskrise nicht. Die Zahl der registrierten, ausschließlich (ost-)jüdischen Sackhandlungen sank von elf auf nurmehr drei. Auch die großen jüdischen Einzelhandelsgeschäfte werden zu kämpfen gehabt haben, konnten aber überleben. In den Zeitungen dominierten sie mit immer größeren Anzeigen das Bild der Werbeseiten, vermutlich keineswegs ein Zeichen der Stärke – nur relativ gegenüber kleineren Konkurrenten, sondern intensives Bemühen, Kunden anzulocken.

Im Bereich der im Handelsregister registrierten Unternehmen sank die Gesamtzahl zwischen 1928 und 1933 um ca. 14 Prozent, die der dort verzeichneten jüdischen Unternehmen, bei denen sich viele kleine (ost-)jüdische Betriebe wie etwa die Malzfabrik Jakob Feitel oder die Wäschefabrik Goldkorn fanden, aber um 26 Prozent. Unter den Betrieben, die die Weltwirtschaftskrise nicht überlebten, fanden sich freilich auch die beiden großen Textilfabriken der Stadt, Kuhn & Adler und die Trikotweberei Mann, die von der tiefen Krise ihrer Branche offenbar voll erfasst wurden. Im Juni 1928 hatte ein Großfeuer die Werksanlagen von Kuhn & Adler[526] verwüstet und damit die wirtschaftliche Basis der Firma vermutlich entscheidend geschwächt. Am Beginn der Weltwirtschaftskrise wurde sie stillgelegt. Die Walzmühle überlebte, doch auch sie wurde durch den „verschärfte[n] Rückgang des Weizenmehlverbrauchs, hervorgerufen durch die

Massenarbeitslosigkeit in den weitesten Kreisen der Hauptverbraucher" hart getroffen.[527] Insgesamt wurde die jüdische Gemeinschaft der Stadt durch die Weltwirtschaftskrise deutlich geschwächt. Welches andere Schicksal war allerdings zu erwarten, wenn selbst das I. G. Farben-Werk, die ehemalige BASF, aufgrund der Krise statt 26 000 Beschäftigten im Jahr 1929 drei Jahre später nur noch 12 000 hatte und das Oppauer Zweigwerk nur noch zu 20 % ausgelastet war? [528]

Die Arbeitslosigkeit im Bereich der Selbständigen wurde nicht amtlich erfasst. Doch es wird deutlich, dass vermutlich zahlreiche noch als „Kaufmann" oder „Händler" bezeichnete jüdische Einwohner Ludwigshafens praktisch keinen bzw. nur noch einen ungenügenden Lebensunterhalt aus ihrer Tätigkeit zogen. Hier nur vier Beispiele aus der Liste der von den Nationalsozialisten im Juli 1933 abgeschobenen ostjüdischen Unterstützungsempfänger: Der 1921 von Berlin zugezogene Kaufmann Samuel Bitz hatte schon zwei Jahre keine Steuern mehr zahlen können und bezog nun Unterstützung; der seit 1911 in Ludwigshafen lebende Sackhändler Saul Kupfer, der drei Kinder zu ernähren hatte, zahlte seit 1931 keinerlei Abgaben mehr und war bald auf die Wohlfahrt angewiesen; der Tüncher Heinrich Sauermann, 1895 in Lodz geboren, sechs Kinder, erhielt seit 1932 Unterstützung, der Kaufmann Hermann Auerbach seit 1931.[529] Die Masse der jüdischen Arbeitslosen waren ehemalige Selbständige, die keinen Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung hatten. So führte ihre Lage oft in „eine soziale Deklassierung." [530] „Gerade in den Kreisen unseres Mittelstandes, die oft mit einer Plötzlichkeit von der Not überfallen werden, dass gar kein Übergang zwischen Wohlstand und Armut sich vorbereiten konnte", wurde vergeblich versucht, den Anschein bürgerlichen Lebens zu wahren – mit desaströsen Folgen für die finanzielle Situation.[531]

Da die gemeindliche Fürsorge, die auch die vier oben erwähnten ehemaligen Ludwigshafener selbständigen Juden bezogen, oft nur sehr geringe Unterstützungen an die Bedürftigen zahlen konnte, „die ohne die Ausgleichssummen privater Wohlfahrtspflege als Existenzminimum untragbar werden",[532] war die jüdische Wohlfahrtspflege besonders gefordert. Die drei Ludwigshafener Vereine – Frauen-, Lokalarmen- und Krankenunterstützungsverein – bildeten eine Arbeitsgemeinschaft.[533] Wohltätigkeitskonzerte wurden veranstaltet.[534] Über den Kreis der Judenschaft hinaus wies die Hilfstätigkeit von Willy Rothschild, der im Restaurant seines Kaufhauses „täglich bis zu dreißig Kindern von Arbeitslosen ein kostenloses Essen servierte." [535] Leider sind keine Zahlen über die jüdische Wohlfahrtspflege in Ludwigshafen in den Jahren der Krise überliefert, doch dass der Druck der Hilfsbedürftigen wuchs, zeigt ein Appell des Synagogenrats, Einzelgesuche doch bitte an die Arbeitsgemeinschaft der Wohltätigkeitsvereine zu richten. „Von Verweisung an die Mitglieder des Synagogenrats und von Vorsprachen bei diesen in Wohlfahrtssachen bitten wir



Älteste und bedeutendste Spezialfabrik Deutschlands für Apparate zur Schädlingsbekämpfung
Über 100 hohe u höchste Auszeichnungen

RHEINPFÄLZISCHE MASCHINEN-U. METALLWARENFABRIK
Fernruf Nr 60731 u. 60732. CARL PLATZ Telegramm-Adresse: Platzfabrik
LUDWIGSHAFEN a/RH., den 31. Oktober 1931
SCHANZSTR. 4-6.

BANK-KONTO:
DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT, LUDWIGSHAFEN A/RH.
POSTSCHECK-KONTO:
Nr 525 LUDWIGSHAFEN A/RH.
TELEGRAMM-SCHLÜSSEL:
BAUER'S CODE,
RUDOLF MOSSE CODE.

Lehrzeugnis.

Hiemit bescheinige ich, dass Martin Fürst ab 2.Mai 1928 bei mir in der Abteilung Schlosserei als Lehrling beschäftigt war und seine Lehrzeit am 2.November 1931 beendet hat.

Fürst war Gelegenheit gegeben, sich in allen einschlägigen Arbeiten gründlich auszubilden. Er hat sich den Anweisungen seiner Vorgesetzten stets willig unterzogen, wie auch seine Führung eine gute war.

Bei der heutigen Wirtschaftslage bin ich gezwungen, Fürst nach Beendigung der Lehrzeit wegen Arbeitsmangel zu entlassen.

Ludwigshafen/Rh., den 2.November 1931.

Rheinpfälzische Maschinen- und Metallwarenfabrik
CARL PLATZ
Ludwigshafen a. Rh.

Abb. 40: Zeugnis der Akkulturation von Ostjuden, des generellen Berufswandels unter jüdischen Bürgern – und der zerstörerischen Kraft der Wirtschaftskrise: Lehrzeugnis des ostjüdischen Martin Fürst von der Firma Carl Platz, November 1931. Der letzte Satz: „Bei der heutigen Wirtschaftslage bin ich gezwungen, Fürst nach Beendigung der Lehrzeit wegen Arbeitsmangel zu entlassen."

abzusehen, da auch die Mitglieder des Synagogenrats im Interesse der Ordnung, die Bittsteller nur wieder an die Arbeitsgemeinschaft verweisen können." [536]

Auch im Gemeindeleben hinterließ die Krise Spuren. Schon der Antrag der ostjüdischen Vereinigung von Anfang 1930, ihr einen Zuschuss zur Bestreitung ihrer Kosten zu gewähren, könnte von der wachsenden Notlage vieler ihrer Mitglieder mit verursacht worden sein. Der Mikwe-Verein, der „aus lauter armen Leuten besteht", wie die offizielle Kultusgemeinde 1935 feststellte, geriet offenbar in größte Schwierigkeiten. Das Bad, das schon 1933 nur noch „gelegentlich" benutzt wurde, und das Haus in der Kaiser-Wilhelm-Straße konnten nicht mehr ordentlich unterhalten werden und verwahrlosten. Zudem war der Verein wohl nicht mehr fähig, die aufgenommene Hypothek zu bedienen. 1936 kaufte dann die offizielle Kultusgemeinde das Haus, übernahm die Schulden und säuberte das Anwesen.[537]

Doch nicht nur ostjüdische Vereinigungen hatten Probleme. In den Jahren 1931 und 1932 verzichtete der Synagogenrat auf die „Erhebung des Platzgeldes in der Synagoge",[538] der Kulturverein auf die Mitgliedsbeiträge. Seine vom ehemaligen Verein für jüdische Geschichte und Kultur geerbte umfangreiche Bibliothek übertrug er 1932 an die Gemeinde zum allgemeinen Nutzen für die Mitglieder.[539] Die Anstellung einer jüdischen Krankenschwester und die Errichtung eines jüdischen Kindergartens, die der Synagogenrat Anfang 1930 „mit Rücksicht auf die Größe der Gemeinde" erwogen hatte, wurden nie mehr erwähnt und ließen sich unter den gewandelten Bedingungen nicht mehr realisieren.[540]

Zudem schwand die „Größe der Gemeinde", denn die Krise traf die jüdische Gemeinde demographisch in weit schärferer Form als die Gesamtbevölkerung. Zwar kam die Zuwanderung in das von Arbeitslosigkeit gezeichnete Ludwigshafen generell zum Erliegen, und gemessen an der Einwohnerzahl von Ende 1929 verließen bis zum Datum der Volkszählung im Juni 1933 netto etwa ein Prozent der Bevölkerung die Stadt. Dies wurde jedoch durch einen nach wie vor soliden Geburtenüberschuss stets ausgeglichen, so dass Ludwigshafen insgesamt noch leicht wuchs. Demgegenüber verlor die jüdische Gemeinschaft zwischen 1930 und der Volkszählung vermutlich zwischen siebzehn und zwanzig Prozent ihrer Mitglieder. Statt der Ende 1929 wahrscheinlich ca. 1 300 bis 1 350 Menschen jüdischen Glaubens lebten im Juni 1933 nur noch 1 070 in Ludwigshafen. Viele der erst in den Weimarer Jahren Zugezogenen verließen die krisengeschüttelte Stadt wieder, die ihnen keinen Lebensunterhalt mehr bot. Von den 1929 in den Gewerbeanmeldungen registrierten Juden finden sich fast ein Viertel nicht mehr im Adressbuch Ludwigshafens des Jahres 1933; von den 1929 erstmals Erfassten war fast die Hälfte verschwunden.[541] Die große Zahl der Wegzüge spiegelte ein weiteres Mal den „internationalen" Charakter der Gemeinde wider. Im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung konnte die Geburtenrate diesen Trend nicht umkehren, denn nach den vorliegenden unvollständigen Daten gab es in den Jahren 1930

bis 1932 innerhalb der Ludwigshafener Judenschaft nur 11 Geburten – für 1932 ist keine einzige bezeugt.[542] Dem standen 26 Todesfälle gegenüber. Damit hatte die Entwicklung in Ludwigshafen sich der gesamtdeutschen Entwicklung der jüdischen Bevölkerung angeglichen. So wurde auch im „Israelitischen Gemeindeblatt" Mannheim-Ludwigshafen das 1931 erschienene Buch „Der internationale Geburtenstreik" von Ernst Kahn breit besprochen.[543] Kahn zeigte, dass das Schwinden religiöser Überzeugungen („Seid fruchtbar und mehret Euch") seit Ende des 19. Jahrhunderts in allen europäischen Völkern zum Rückgang der Kinderzahl geführt habe. Die wohlhabenden, gebildeten, städtischen und „modernen" Juden seien davon aber besonders betroffen worden. Der Autor rechnete den Geburtentrend der deutschen Judenschaft in die Zukunft fort und kam zu dem Ergebnis, dass sich ihre Zahl bis zum Jahr 1970 (!) halbieren werde; zudem werde die Gemeinschaft vergreisen. „Man wird dieser Berechnung gegenüber einwenden", so kommentierte der Rezensent des „IGB", „dass der Zustrom aus dem Osten vieles ausgleichen wird. Dem hält Kahn entgegen, dass dem weiteren Einströmen jüdischer Massen aus dem Osten nun erhebliche Grenzen gesetzt sind. Einwanderungsschwierigkeiten, die wenig verlockende wirtschaftliche Lage im Westen Europas und nicht zuletzt der Umstand, dass auch die Juden im Osten seit geraumer Zeit ihre Kinderzahl beschränken, verhindern, dass ähnlich wie bisher die Zahl der Juden in Deutschland durch die Einwanderung von Osten auf einer gewissen Höhe gehalten wird." Ludwigshafens jüdische Gemeinde, durch die seit 1929/30 völlig zum Stillstand gekommene ostjüdische Zuwanderung zeitweise so stark gewachsen, bot das perfekte Beispiel für die Beobachtungen Kahns.

Das Jahr 1970 sollte in Deutschland für die Juden ganz anders aussehen als nach Kahns Berechnungen! Denn die Weltwirtschaftskrise führte nicht nur zu einem zahlenmäßigen Schrumpfen und einer wirtschaftlichen Schwächung der jüdischen Gemeinschaft. Ihre gesellschaftliche Stellung und ihr Platz in der Gesellschaft wurde durch den Aufstieg des Nationalsozialismus grundsätzlich in Frage gestellt. Diese Entwicklung machte sich auch in der toleranten jungen Stadt der Chemie bemerkbar. Zwar blieben die Vertreter der demokratischen Parteien und die Presse bei ihrer hergebrachten Linie. Doch auch in Ludwigshafen begann der Aufstieg der NSDAP von der Splitterpartei zur wichtigen politischen Kraft, wenn auch ihre Ergebnisse in der Stadt stets deutlich hinter dem Reichs- bzw. pfälzischen Durchschnitt zurückblieben und die linken Parteien – SPD und KPD – zusammen stets deutlich besser abschnitten.

Schon während des Wahlkampfs zur Stadtratswahl vom Dezember 1929 – die Arbeitslosigkeit war stark gestiegen, die Weltwirtschaftskrise warf ihre Schatten voraus, begannen die Nationalsozialisten gezielt antisemitische Ressentiments unter Gewerbetreibenden und Geschäftsleuten zu schüren. Bei einer Versammlung Anfang November 1929 beklagte ein NS-Redner, für das (jüdische) Kaufhaus Tietz seien „die Häuser des Mittelstands dem Erdboden gleichgemacht"

worden.[544] Wenig später wurde der spätere NS-Bürgermeister Foerster bei einer Kundgebung noch deutlicher „und drohte mit ‚Enthüllungen' über Marxisten und Juden. Scharfe Angriffe richtete er gegen Rechtsrat Weiler …" [545] Der wiederum hatte sich schon kurz zuvor bei der Versammlung der Ludwigshafener Gastwirtevereinigung gegen deren Angriffe zu wehren gehabt, die Konzession von Erfrischungsräumen in den (jüdischen) Warenhäusern sei geschäftsschädigend gewesen.[546]

Erstmals fielen die Argumente der Nationalsozialisten in Ludwigshafen auf fruchtbaren Boden: die Partei errang 3 515 oder 8,1% der Stimmen. Aus Anlass der Eröffnung des Kaufhauses Tietz im April 1930 „veranstaltete die Ortsgruppe [der NSDAP] eine Mittelstandskundgebung, die nach Angaben der Gauzeitung von 300 Personen, größtenteils Handwerker und Kleingewerbetreibende, besucht worden sein soll." [547] Als der vorzeitig aufgelöste Reichstag im September 1930 neu gewählt wurde, appellierte die „Bayerische Israelitische Gemeindezeitung": „Gedenke der Wahlpflicht am 14. September! Deine Stimmenthaltung stärkt den Feind!" Der „Wahlkampfausschuss 1930" des Centralvereins, zu dessen führenden Köpfen offenbar auch der Ludwigshafener Arzt Dr. Fritz Kaufmann gehörte, richtete einen Wahlfonds ein, der die demokratischen Parteien stärken sollte.[548] Am 26. August 1930 sprach Adolf Hitler in der Festhalle des Ludwigshafener Ebertparks vor etwa 13 000 Menschen, die trotz der recht hohen Eintrittspreise zu der Veranstaltung gekommen waren.[549] Bei der darauf folgenden Wahl stimmten 8 651 Wähler oder 15,7% in der Stadt der Chemie für die NSDAP; sie wurde drittstärkste Partei. Im Reich war sie bereits die zweitstärkste politische Kraft. In der Arbeiterschaft Ludwigshafens hatten die Nationalsozialisten nur sehr beschränkt Erfolg. Bei den Betriebsratswahlen im IG-Farben-Werk errangen sie 1931 gerade einmal 7,8% bei den Arbeitern. Die Angestellten des Werks stimmten allerdings zu mehr als 21% für die „nationalsozialistische Angestelltenliste", deutliches Zeichen, in welchen gesellschaftlichen Kreisen der NSDAP auch in Ludwigshafen ein Einbruch gelang.[550] In seinem Jahresbericht für 1930 bemerkte der Direktor des Gymnasiums, dass an den Wänden der Schule Hakenkreuze aufgetaucht seien. „Verschiedene Anzeichen" deuteten darauf hin, „dass in manchen Köpfen der Nationalsozialismus gewaltig spukt. Die beim Anstreichen der Klassenzimmer und Schulgänge verschwundenen Hakenkreuze wurden jedoch von den Schülern nicht wieder erneuert." [551] 1930 wurde auch eine Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen des nationalsozialistischen „Kampfbunds für deutsche Kultur" gegründet. Professor Schulze-Naumburg polemisierte bei der Gründungsversammlung gegen die der „nordischen Rasse" fremde moderne Kunst. „Jedes Kunstwerk lasse […] Rückschlüsse auf den Künstler zu, so würde man auch ein jüdisches Bild sofort erkennen." [552]

Obwohl antisemitische Exzesse in Ludwigshafen ausblieben und die Nationalsozialisten immer noch eine relativ kleine Minderheit waren, begann die

jüdische Gemeinschaft einen neuen Druck zu spüren. Die Reaktion der meisten konservativ-liberalen etablierten Juden der Stadt war eine umso stärkere Betonung ihres Deutschtums, wie sie sich besonders bei den Gefallenen-Gedächtnisfeiern zeigte. In einer Betrachtung zum Gedenktag 1931 verglich Kantor Liberles die antisemitisch-nationalsozialistischen Kräfte mit den Amalekitern, die einst das Volk Israel angegriffen hätten. Die „Überfälle des Amalek unserer Tage" berührten schmerzlich, „wenn wir […] an unsere jüdischen Kriegsgefallenen denken, die für Herd und Heimat ihr Leben hingegeben und auch dafür gestorben sind, dass der Geist Amaleks nicht mehr spalte die Bürger des gleichen Vaterlandes, nachdem Deutsche aus allen Bekenntnissen Schulter an Schulter gekämpft haben und auch gefallen sind. Ja die Rede unserer jüdischen Kriegsgefallenen, die so überzeugend und vernehmlich ist, wird leider heute so oft nicht gehört, und übertönt von den Rufen des Hasses, mit denen wir ohne jede Berechtigung geschmäht werden. Das Amalek unserer Tage geht sogar in seiner Verfolgungssucht soweit, das es das Andenken unserer Gefallenen schändet, ihre Taten und ihr Heldentum herabsetzt und verkleinert." [553] Mitte 1932 betonte der Redner Dr. Hans Goetzl beim Ludwigshafener „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten", wie wichtig es sei, aufklärend gegen die Lügen vom unzureichenden jüdischen Anteil an der deutschen Kriegsanstrengung vorzugehen. Wie schon erwähnt, empfahl er, sich in allgemeinen Sportvereinen zu engagieren und nicht abzusondern.[554]

Bei allem Lob für die Treue zum Vaterland deutete allerdings auch Kantor Liberles eine andere mögliche Reaktion auf die wachsenden Anfeindungen an: „Halten wir gerade heute, in diesen Leidenstagen, unserer Gemeinschaft die Treue! Schließen wir uns umso inniger zusammen und pflegen wir jenes Gemeinschaftsgefühl, dass schon immer für Israel so kennzeichnend war."[555] Im Jahr 1931 führte ganz dementsprechend „die neue, durch äußere, vor allem antisemitische Einflüsse erstarkte Bereitschaft auch junger Pfälzer Juden zur Gemeinschaftsbildung" zur Gründung eines jüdischen Jugendbundes auch in Ludwigshafen.[556] Manche, wie der Ludwigshafener Sanitätsrat Katz, zogen allerdings andere Rückschlüsse aus der Situation und traten aus der jüdischen Religionsgemeinschaft aus; er wurde katholisch. Dies scheint in den Jahren 1930/32 jedoch ein extrem seltenes Phänomen in Ludwigshafen gewesen zu sein.[557]

1932, im letzten Jahr vor der Machtergreifung Hitlers, fungierte einerseits in der Stadt der Chemie die demokratische Verwaltung mit Ressortchefs aus den Reihen der SPD, des Zentrums und des Liberalismus einschließlich des jüdischen Rechtsrats Weiler unangefochten weiter. Ende des Jahres konnte der schwer erkrankte Leiter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GAG, Markus Sternlieb, verabschiedet vom sozialdemokratischen Bürgermeister Kleefoot und mit zahlreichen Ehren bedacht, in Ruhestand gehen.[558] Während im Reich und im größten deutschen Land Preußen die Regierungen wechselten bzw. die

demokratischen Vertreter von der Macht verdrängt wurden, blieb in Bayern, zu dem Ludwigshafen gehörte, die von der konservativen Bayerischen Volkspartei getragene Landesregierung im Amt.

Andererseits veränderten die Wahlen des Jahres auch in Ludwigshafen die politische Landschaft zuungunsten der demokratischen Parteien, auch wenn die Ergebnisse der NSDAP wie erwähnt stets deutlich unter dem Reichsdurchschnitt blieben. Am 7. April hielt Hitler vor angeblich 40 000 Menschen im Ebertpark eine Wahlkampfrede im Rahmen seines Kampfes um die Reichspräsidentschaft.[559] Ein Viertel der städtischen Wähler stimmte für ihn. Im Gesamtreich siegte Hindenburg über den Führer der Nationalsozialisten. Am 30. Mai 1932 entließ der Reichspräsident Reichskanzler Brüning, der bisher trotz autoritärer Regierungspraxis noch für eine gewisse demokratische Legitimation gestanden hatte. Am Tag darauf fand die Generalversammlung der Ludwigshafener Ortsgruppe des „Centralvereins" statt. Der Vorsitzende Rechtsrat Weiler referierte „über die politischen Ereignisse und sonstiges in bezug auf unsere Sache, worauf sich stets eine lebhafte Diskussion anschloss."[560] Zahlreiche Besorgnisse müssen hier geäußert worden sein. Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 machten auch in der Stadt der Chemie die NSDAP mit 30,1% der Wählerstimmen zur stärksten Kraft. Bei Aufmärschen wie am 5. Juli durch die Innenstadt[561] zeigten die Nationalsozialisten ihr gewachsenes Selbstbewusstsein. Die DDP, die Partei der politisch aktiven Ludwigshafener Juden, die einst bis zu 4 000 Stimmen in Ludwigshafen errungen hatte, wurde zur Splitterpartei mit nur etwa 400 Wählern.[562]

Kurze Zeit danach rief Wilhem Gaus, der Direktor der I.G. Werke in Ludwigshafen, den Chemophysiker und Kunststoffpionier Hermann Franz Mark zu sich.[563] Der hochgeschätzte Wissenschaftler, ein Österreicher, war Leiter eines Forschungs- und Entwicklungslaboratoriums. Gaus wandte sich an Mark „in der Art eines wirklichen Gentleman: ‚Sehen Sie, Herr Professor, ich glaube, die politische Lage entwickelt sich so, dass die Nationalsozialisten ans Ruder kommen werden. Ich weiß nichts über ihre Abstammung, aber sie sind Ausländer, und ich meine, dass Sie zwar Ihre gegenwärtige Stellung beibehalten können, aber avancieren können Sie sicherlich nicht mehr.' Ich antwortete, dass ich Halbjude sei, worauf Dr. Gaus mit einem verständnisvollen Lächeln sagte: ‚Na, sehen Sie!' Dass ein Werksleiter einen seiner Chemiker zu sich ruft und ihm das offen und freundschaftlich sagt, war schon etwas Besonderes." Gaus riet Mark, sich als bekannter Wissenschaftler im Ausland zu bewerben. Die I. G. werde ihm seine Bezüge garantieren. In den Worten von Gaus: „Wir werden Ihnen helfen, soweit wir nur können." Von Oktober 1932 arbeitete Mark dann an der Universität Wien.

Wie im Reich verlor die NSDAP auch in Ludwigshafen bei den zweiten Wahlen des Jahres am 6. November an Boden. Am 26. Oktober hatte der Ludwigshafener „Centralverein" zu einer Diskussion über „Unsere politische



Abb. 41: „Flaggenkrieg" in der Hartmannstraße im proletarischen Hemshof anlässlich der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932. NS-Hakenkreuz, kommunistische Hammer und Sichel und sozialdemokratische Pfeile sind sichtbar.

Lage" geladen, bei der die parteipolitische Neutralität des Vereins betont wurde. Die Wahlentscheidung dürften nicht „Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit, sondern der Gesinnung, [der] Weltanschauung" bestimmen – eine sehr traditionell bürgerlich-deutsche Haltung, die der ersten Demokratie auf deutschem Boden nicht gut bekommen war. Immerhin betonte der Gastredner des Abends, „dass es darauf ankomme, diejenige Partei zu wählen, die gegen den Nationalsozialismus kämpfe; auf keinen Fall dürfe eine Partei gewählt werden, welche offen oder versteckt antisemitisch ist." In der Folge ergriffen die Führungsfiguren der westjüdischen Gemeinde das Wort, unter ihnen der wohlhabende Inhaber des Herrenkonfektionsgeschäftes Kälbermann, Rechtsrat Weiler, Rechtsanwalt Mayer und Studienrat Wetzlar.[564]

Da es nach den Wahlen schien, dass Reichspräsident Hindenburg Hitler nicht zum Reichskanzler ernennen wollte, konnte man wieder Hoffnung schöpfen, auch wenn die politisch-wirtschaftliche Gesamtlage höchst schwierig und ungewiss blieb. Umgekehrt herrschte in Kreisen der NSDAP auch in der Pfalz Pessimismus. „Die Anschauung, dass der Höhepunkt überschritten ist und vielleicht günstige Aussichten verpasst wurden, ist Gemeingut vieler Nationalsozialisten."[565] Bei der jüdischen Gefallenen-Gedächtnisfeier in der Synagoge

am Sonntag, dem 13. November 1932, nannte Kantor Liberles ähnlich wie im Vorjahr die jüdischen Gefallenen „ein ewiges Zeugnis […] für Vaterlandsliebe und Opfermut. Seine Rede klang aus in einer Mahnung, trotz aller Anfeindungen in kameradschaftlicher Treue und Pflichterfüllung dem Vaterlande zu dienen und an seinem Wiederaufbau mitzuarbeiten." [566]

Das jüdische Leben in der Stadt nahm weiterhin seinen Lauf. Regelmäßig fanden die Gottesdienste in der Synagoge statt, der ostjüdische Verein „Machsike Hadaß" wählte einen neuen Vorstand, die Gemeindebücherei wuchs, der Frauen- und der Kulturverein luden zu Vorträgen.[567] Am 28. Dezember 1932 veranstaltete die „Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Jugend" im großen Saal des Bürgerbräu eine „Chanukkafeier", „die von Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern zahlreich besucht war. Ein Programm für Kinder und für Erwachsene samt einer Verlosung von Geschenken bot einen bunten Rahmen. „Die feierliche Entzündung der Chanukkalichter, die sich an den […] Chorgesang der Knaben und Mädchen anschloss, machte einen weihevollen Eindruck, der auch bestehen blieb." [568] Wieviele der hier feiernden jüdischen Kinder und Jugendlichen haben noch in Deutschland eine Zukunft gefunden, wieviele überlebt?

Das Ende der Weimarer Republik und die Machtergreifung

„Es ist soweit. Wir sitzen in der Wilhelmstraße [dort stand das Berliner Reichskanzlerpalais]. Hitler ist Reichskanzler. Wie im Märchen!" [569] So kommentierte Joseph Goebbels am 31. Januar 1933 die Ereignisse, die binnen Wochen zum Ende der Weimarer Demokratie führten. Noch kurz zuvor hatten die Nationalsozialisten daran gezweifelt, dass Hindenburg wirklich bereit wäre, Hitler die Regierungsgewalt zu übertragen.

Auch in Ludwigshafen feierte die örtliche NSDAP Hitlers Aufstieg an eben jenem 31. Januar mit einem Fackelzug. SA- und SS-Formationen marschierten durch die dicht mit Schaulustigen besetzte Max- und Ludwigstraße, „am Warenhauspalast des Juden Tietz vorbei", wie der hämisch-drohende Berichterstatter der örtlichen „Nationalsozialistischen Zeitung" (NSZ) die Leser informierte. Neben den Juden wurden auch die Sozialdemokraten verhöhnt, die sich zu einer Gegendemonstration eingefunden hatten. Lange könnten sie nicht mehr die Internationale „gröhlen", kommentierte der NSZ-Mann, „darauf kann das Untermenschentum Gift nehmen." „Herrlich schön ist der Anblick des Flammenmeeres vom Viadukt aus, das schwarz vor Menschen ist." [570] Nur zehn Jahre später konnten die Menschen auf dem Viadukt wiederum ein großes Flammenmeer beobachten: Hitlers Krieg war nach Ludwigshafen gekommen, die Innenstadt wurde von Feuerstürmen verzehrt!

Der Prozess der Machtergreifung begann. Der Reichstag wurde aufgelöst. Am 27. Februar ging das Reichstagsgebäude in Flammen auf, das „Symbol des demokratischen Deutschland" war vernichtet, so Rechtsrat Reichert, dem wir eine

genaue Chronologie des Endes der Demokratie in Ludwigshafen verdanken.[571] Der Reichstagsbrand gab den Vorwand zur Verfolgung der Kommunisten, die als erste den Vernichtungswillen der neuen Herren zu spüren bekamen.

Das Judentum in Mannheim und Ludwigshafen nahm intensiven Anteil am Wahlkampf. Noch im Januar 1933 hatte ein Redner beim Mannheimer Centralverein betont: „Deutschsein wie Judesein ist eine Wesenseigenschaft des deutschen Juden."[572] Das stand nunmehr fundamental in Frage. Im folgenden Monat sprach der Redakteur Dr. Einstein im Mannheimer Liederkranzsaal über „Die politischen Parteien zur Judenfrage, eine Orientierung zur Wahl." Nach der Schilderung der prinzipiell judenfreundlichen Haltung der Linksparteien entwarf er ein differenziertes Bild des bürgerlichen Lagers. Die in der neuen Regierung mit der NSDAP verbündeten rechten Deutschnationalen nahmen prinzipiell keine Juden auf, die rechtsliberale DVP forderte Glaubensfreiheit. Die Deutsche Staatspartei, die ehemalige DDP – nur sie hatte in Ludwigshafen Juden eine Chance auf ihren Wahllisten gegeben – bezeichnete Einstein als „die einzige bürgerliche Partei, die man wählen sollte, auch wenn sie gegenwärtig real nicht viel erreichen kann." Klar wurde der prinzipielle Antisemitismus der Nationalsozialisten benannt. Nach ihrem Programm konnten nur Deutsche „Staatsbürger und Volksgenossen sein, also keine Juden"![573]

Dies wurde bei einer Mittelstands-Wahlkundgebung der NSDAP in Ludwigshafen sehr deutlich. NS-Stadtrat Beißwenger beklagte neben der Herrschaft von SPD und Zentrum in der Stadt die städtischen „Arbeitsvergebungen an jüdische Firmen" und die „Anstellung eines jüdischen Arztes als Leichenbeschauer." Man dürfe nicht vergessen, dass „dreißig Prozent aller Ärzte in Ludwigshafen Juden" seien. Sein Parteigenosse Schön aus Kaiserslautern, der nach Beißwenger sprach, verband den Hass auf Juden und ‚Rote' mit der polemischen Tirade, dass nach 1918 „rote Bonzen in den feinsten Lokalen […] mit eingewanderten Aasgeiern ‚jüdischer Religion'" verkehrt seien. Die Klischees von den die Deutschen aussaugenden reichen Juden und den bedrohlich-fremden Ostjuden wurden hier verbunden.[574] Nicht nur die NS-Presse, auch der „General-Anzeiger", die große Lokalzeitung, berichtete natürlich über die Wahlveranstaltungen, vermied aber die Wiedergabe solcher verbalen Exzesse. Das war vermutlich als Versachlichung gedacht, konnte aber beim Leser wohl eher als Verharmlosung wirken. Auf den Anzeigenseiten des „GA" warben weiterhin die großen jüdischen Einzelhandelsgeschäfte wie all die Jahre zuvor.

Die Wahlresultate vom 5. März waren eine Katastrophe. „Die nationalsozialistische Lawine geht nieder. Ist die Lawine aus Stein oder aus Schnee?", fragte sich Reichert. Allerdings hatte die NSDAP mit 43% die absolute Mehrheit auf Reichsebene deutlich verfehlt, brauchte also zur Erreichung der scheinbar „legalen Machtergreifung" im Rahmen eines „Ermächtigungsgesetzes" noch ihre konservativ-rechten Bundesgenossen. In Ludwigshafen hatten die Nationalsozialisten

nur etwas über ein Drittel der Stimmen erreicht, die Linksparteien zusammen über vierzig Prozent. Die „einzige bürgerliche Partei, die man" als Jude „wählen kann", die Staatspartei/DDP, war wie erwartet mit 0,8 % der Stimmen praktisch nicht mehr vorhanden.

Trotz ihres gar nicht so glänzenden Sieges veranstalteten die Nationalsozialisten auch in Ludwigshafen erneut einen großen Fackelzug. Etwa 2 000 ihrer Anhänger marschierten durch das Stadtzentrum.[575] Und noch vor der am 23. März erfolgten Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes vollzog sich selbst in der linken Stadt der Chemie der Übergang zur Diktatur. Bereits am 7. März wurde zeitweise „unter Gesang und Heilrufen" auf dem vom jüdischen Baurat Sternlieb errichteten Stadthaus Nord die Hakenkreuzfahne gehisst. Am Abend darauf fand ein privater Empfang für städtische Honoratioren bei Oberbürgermeister Ecarius statt. „Sehr festlich, Kerzenbeleuchtung", notierte Reichert. Anwesend war unter anderem der Polizeipräsident. Ecarius betonte, er warte auf die Taten Hitlers. Lange wartete er jedoch nicht mehr, schon bald war er Mitglied der NSDAP. Nachdem die Nationalsozialisten am 9. März die bayerische Landesregierung gestürzt und so die Macht in München an sich gerissen hatten, begann auch in Ludwigshafen der Umsturz. Erneut wurden, diesmal dauerhaft, die Hakenkreuzfahnen hochgezogen. In der Nacht vom 9. zum 10. März 1933 verhaftete man zahlreiche Sozialdemokraten. Ebenfalls am 9. März gingen SA- und SS-Einheiten gegen die Presse vor: Neben dem Gebäude der sozialdemokratischen „Pfälzischen Post" besetzten sie die Zentrale der katholischen „Neuen Pfälzischen Landeszeitung." Erstere wurde auf Dauer, letztere bis zur Abgabe einer Wohlverhaltenserklärung verboten. Parallel zur Verhaftungsaktion gegen seine Parteigenossen wurden der sozialdemokratische Bürgermeister Paul Kleefoot und – ein erstes Zeichen – Rechtsrat Weiler aus ihren Ämtern entfernt. Am 13. März traf eine neue Verhaftungswelle die SPD-Stadträte, nur Tage später begannen Entlassungen und „Beurlaubungen" weiterer missliebiger städtischer Bediensteter. Am 17. März notierte Reichert: „Friedhofsstille in den Zeitungen. In den Zügen wird nicht mehr politisiert. Keiner traut dem anderen mehr." Am Tag darauf bemerkte er „Judenhetze" in der Stadt und äußerte die Hoffnung, Proteste des Auslandes würden dem Treiben vielleicht Einhalt gebieten.[576]

Der Entwurf des Ermächtigungsgesetzes, der Reichert am 21. März bekannt wurde, erschütterte ihn. Die großen Feiern, die auch in Ludwigshafen an diesem Tag die Eröffnung des neuen Reichstags begleiteten, konnten ihm nur als Hohn erscheinen. „Aufhebung der Verfassung. Vertagung des Reichstags auf vier Jahre. Ohne Parlamentskontrolle, ohne Pressefreiheit. Große Feiern auf dem neuen Marktplatz. Parade mit Polizeipanzerwagen. Schlimmer [der Direktor der städtischen Mädchenschule]: Wie herrlich ist eine solche Parade. Neigung der Deutschen, sich einzuordnen und andere für sich denken zu lassen. Pfarrer Rupp [ein evangelischer Geistlicher] spricht auf dem Marktplatz […]: Gott hat uns

sichtbare Gnade zuteilwerden lassen." Ein „fremdländischer Geist" sei, so Rupp, von Deutschland gewichen, jetzt breche das Land zu neuer Hoffnung auf.[577]

Der Druck der Nationalsozialisten hatte bereits dazu geführt, dass das Stadtparlament „ohne Linke" am 20. März zahlreiche Straßen und Anlagen umbenannt hatte. So konnte der Geburtstag Hitlers am 20. April 1933 in großem Stil im *Hindenburg*- und nicht mehr im *Ebert*park gefeiert werden. Das Reich, Bayern und Ludwigshafen wurden im Geist des Dritten Reiches umgeformt, mit Propaganda, aber viel gravierender noch mit Terror und Mord. Bis zur Jahresmitte war die Einparteiendiktatur etabliert, die Gewerkschaften und zahllose politische, gesellschaftliche und kirchliche Vereinigungen waren zerschlagen oder „gleichgeschaltet", Massen von Regimegegnern verhaftet und gedemütigt. Der Kampf gegen die Juden war in diesem Umfeld ein zentrales Element des Vorgehens der Nationalsozialisten.

Teil 2
Schicksale und Schlaglichter

I.

Vier große jüdische Namen aus und in Ludwigshafen

Ein fast schon höfisches Gebaren:

Der Hoffaktor Lemle Moses Reinganum

Für das junge, 1607 gegründete Mannheim hatte die jüdische Gemeinschaft enorme ökonomische Bedeutung. Die Juden beherrschten „den Getreide- und Weinhandel der Kurpfalz und hatten zahlreiche lukrative Lieferverträge zur Truppenverpflegung. Dabei kam ihnen ihr hervorragend ausgebautes auch internationales Netzwerk an Geschäftspartnern zugute, mit dessen Hilfe sie direkt beim Produzenten günstig einkaufen konnten. Quasi ein Monopol hatten sie bei großen Finanzgeschäften." [578] Besonders wichtig wurden sie als „Hoffaktoren" – Handels- und Kreditvermittler – des kurpfälzischen Hofs. „Mehrere dieser Hoffaktoren waren in Mannheim ansässig. An erster Stelle ist hier Lemle Moses Reinganum zu nennen. Er war die dominierende Gestalt unter den Mannheimer Juden zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Als Heereslieferant und Finanzier, als zeitweiser Inhaber des Salzmonopols in der Kurpfalz, als Bauunternehmer und als Immobilienhändler hatte er einen sagenhaften Reichtum erworben – in seinem Nachlass fanden sich an Forderungen allein an die österreichische wie pfälzische Staatskasse über 1,7 Millionen Gulden. […] Dabei machte er sich seine wirtschaftlich starke Position gegenüber dem Kurfürsten durchaus zu Nutze und wirkte unter anderem auf die Verbesserung der Stellung der Juden in den Privilegien [der Stadt Mannheim] von 1698 und 1718 hin. Er verstand sich als Oberhaupt und Sprecher der jüdischen Gemeinde und wurde auch als solcher akzeptiert." [579]

Lemle Moses war, wie sein Name „Reinganum" andeutet, vermutlich 1666 in Rheingönheim geboren worden. Im Jahre 1687 übersiedelte er „nach Mannheim, wo er als Schutzjude aufgenommen wurde. Bei der Zerstörung der Stadt im März 1689 musste er mit Frau und Schwiegervater nach Heidelberg fliehen. Nach dem Abzug der Franzosen war er einer der ersten Heimkehrer, der – zum Judenvorsteher gewählt – seine Glaubensgenossen zur Rückkehr aufforderte. Da Mannheim völlig zerstört war, wohnte er zunächst in einer der nördlich des Neckars erstellten Notunterkünfte. Später erwarb er mehrere Grundstücke innerhalb der Stadt, auf denen er neue Häuser errichtete. Im Jahre 1698 kam Lemle Moses mit dem Kurfürsten Johann Wilhelm (1658—1716) in Verbindung, wikkelte viele Geschäfte mit ihm ab und wurde für 120 000 Gulden jährlich Pächter des Salzmonopols des Kurfürsten, womit er die Grundlage zu seinem Vermögen legte. Der Kurfürst ernannte ihn zum Hof- und Obermilizfaktor, und er war auch Vertreter des kaiserlichen Obermilizfaktors Samuel Oppenheim (1630 bis 1703) in Mannheim.

Im Jahre 1703 reiste Lemle Moses im Auftrag des Kurfürsten nach Wien, um Subsidiengelder des Kaisers in Empfang zu nehmen, und im Jahre 1709 konnte er dem Kaiser 400 000 Gulden leihen. Im Jahre 1711 erbaute er in Mannheim in

der Nähe des Rheintors ein Landhaus mit Stallungen, einer Orangerie und einem Garten mit kostbaren Pflanzen. Gleichzeitig pachtete er auf der Mühlau ein vom Rhein umflossenes Grundstück, auf dem er ein Mustergut für Obstbau und Viehzucht anlegte. Der modernen technischen Entwicklung aufgeschlossen, ließ er dort auch einen Webstuhl zum Wirken von Tapeten aufstellen." [580] In seinem Lebensstil, seinen Festen und seiner Kleidung zeigte Lemle Moses „fast schon ein höfisches Gebaren" und große Nähe zur „christlichen Oberschichtenkultur." [581]

„Lemle Moses war aber nicht nur ein erfolgreicher Geschäftsmann, sondern auch ein frommer Jude, der etwas für die religiöse Förderung seiner Glaubensgenossen tun wollte, indem er in einem seiner Häuser in F 1 ein Lehrhaus zum Studium der heiligen Schriften – eine ‚Klaus' – begründete. Aufgrund einer Konzession des Kurfürsten vom 31. Januar 1706 wurde im Jahr 1708 die Klaus eröffnet, deren Zulassung in der Konzession des Kurfürsten Karl Philipp (1661—1742) vom 23. März 1717 bestätigt wurde. Dabei wurden die sechs bis zehn Rabbinerfamilien der Klaus nicht in die Zahl von 200 jüdischen Familien, die in Mannheim wohnen durften, eingerechnet.

Lemle Moses, dem Kinder versagt blieben, setzte die Klaus in seinem hebräisch geschriebenen Testament vom 8. Dezember 1722 zu seiner Erbin ein. In der im Jahre 1753 angefertigten deutschen Übersetzung des Testaments lautet der Eingangssatz: ‚Der weilen das End von allen Menschen der Todt ist und derselbige auch täg- und stündlich, ja augenblicklich über seinen Werken gedacht und geprüfet wird, und die Lebzeithen des Menschen nichts als Narr- und Eitelkeiten, seine Tage seynd wie ein Schatten von einem Vogel, der vorbey fliehet, dass also mich bedacht und mit einem Leib und zum Besten meiner Seele und meiner Verlaßenschaft verhalten solle, damit es nicht zugehen mag, wie mit Schafen ohne Hirten, will ich hiermit alles aufzeichnen.' Im Folgenden gab Lemle Moses genaue Bestimmungen, wie sein Vermögen und dessen Zinsen verwendet werden sollten. Ein Beitrag von 100 000 Gulden in sicheren Effekten sollte ein ewiges Kapital der Klaus sein. Von den Zinsen sollten zunächst arme Verwandte und dann arme Waisenkinder aus Mannheim ausgesteuert werden. Alle seine Häuser sollten ‚auf immer und ewiglich' der Klaus gehören. Zum Direktor der Klaus setzte er seinen Neffen Moses Mayer ein und bestimmte, dass in Zukunft in erster Linie Rabbiner aus seiner und seiner Mutter Linie eingesetzt werden sollten, fügte aber hinzu: ‚Wenn aber diejenigen aus einer Familie nicht hierzu tauglich wären, so haben selbige auf keinerlei Weiß den Vorzug.'

Diese Bestimmung ist von den Nachfahren nicht immer eingehalten worden, und das wechselvolle Schicksal der Klaus ist von dem späteren Klausrabbiner Isak Unna sehr eingehend beschrieben worden. Insgesamt aber erwies sich die Klaus als eine segensreiche Einrichtung, zumal sie im späteren 19. Jahrhundert die Heimat für den orthodoxen Teil der jüdischen Gemeinde wurde, so daß eine Spaltung der Gemeinde vermieden werden konnte. Sie war auch die

letzte Zufluchtstätte der Gemeinde nach der Zerstörung der Hauptsynagoge am 10. November 1938; hier wurden die Gottesdienste bis zur Deportation am 22. Oktober 1940 abgehalten.

Lemle Moses ist am 25. März 1724 gestorben und fand seine letzte Ruhestätte auf dem jüdischen Friedhof in F 7; aber mit dessen befohlener Abräumung im Jahre 1938 wurde auch sein Grab vernichtet. Sein mit vielen Symbolen geschmückter Grabstein aus weißem Jurakalkstein konnte jedoch auf den neuen jüdischen Friedhof überführt werden und steht dort in der Mitte alter Grabsteine vor dem Sammelgrab für die von F 7 überführten Gebeine." [582]

Stichwortgeber einer ganzen Generation:
Der Philosoph Ernst Bloch
(Frank Degler, Ernst-Bloch-Zentrum)

Ernst Bloch wird 1885 in Ludwigshafen als Sohn einer jüdischen Beamtenfamilie geboren. Der Vater – bei der Pfalzbahn und nach Blochs Worten „sehr wenig von der Muse geküßt" – und die nervöse Mutter führen eine schwierige Ehe. Er habe daher eine einsame, „schwierige Kindheit" gehabt.[583] Die jüdische Herkunft hat dagegen offenbar zunächst wenig Einfluss auf Ernst Bloch, so gibt er noch in seinem „quasi-offiziellen Lebenslauf anläßlich seiner Promotion die Vornamen der Eltern mit Max und Berta" also in der christianisierten Form an. Und auch die jüdischen Feiertage wurden nicht eingehalten „bis auf eine Ausnahme, die Bar Mizvah, die Einsegnung für den Sohn Ernst."[584] Wie weit die Invisibilisierung des Jüdischen allerdings geht, zeigt sich besonders in den „Spuren" (1930). Hier erzählt Bloch nämlich eine Anekdote, die sich bei seiner Konfirmation [sic!] ereignet habe:

„Als ich konfirmiert wurde und auf dem Altar die Formel aufzusagen hatte, fügte ich je dreimal hinein: Ich bin ein Atheist –, das *ei* als Diphtong sprechend, denn wir hatten das Wort nur gelesen, nicht gehört […]."[585]

Und auch Karola Bloch bestätigt im Namen ihres Mannes in einem Brief das Fehlen einer klaren jüdischen Prägung durch das Elternhaus:

„Eigentlich kann man von einer jüdischen Tradition bei Ernst Bloch nicht reden. Er wuchs in einer ganz assimilierten Familie auf, war in erster Ehe mit einer gläubigen Christin verheiratet. Der Einfluß des Christentums ist bei ihm viel stärker als der Einfluß des Judentums. Aber bewußt hat er das jüdische Erbe des Messianismus, Utopie usw. als jüdisches Erbe nicht aufgenommen. Er findet seine Begriffe überall und ist im Grunde dem Judentum nicht sehr verbunden."[586]

Die familiär-religiöse Herkunft wird von Ernst Bloch auch in weiteren Äußerungen immer als zu vernachlässigbare, individuelle Größe behandelt: „Daß ich von Geburt Jude bin, ist Zufall."[587] Konsequenterweise betont der Marxist Bloch umso mehr seine Prägung durch das soziale und lokale Umfeld, in dem er aufgewachsen ist, als einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, die für ihn früh maßgeblich wurde und auch lange nachgewirkt hat. Insbesondere das Spannungsfeld zwischen der ehemaligen Residenzstadt Mannheim, mit ihren Bibliotheken, Theatern und ihrem Bildungsbürgertum, und andererseits dem jungen, proletarisch geprägten Ludwigshafen wird immer wieder thematisiert. Zwar erkennt Ernst Bloch in Ludwigshafen die Zukunftsträchtigkeit einer der, wie er es nennt, „ersten Seestädte auf dem Lande", aber er sieht eben auch die Hässlichkeit und den Schmutz der rasant wachsenden Chemiestadt, in der eine gründerzeitliche Goldgräberstimmung herrscht. Bloch prägt das Schlagwort vom „Wildwest am Rhein."[588]

Nach seinem Abitur am Königlichen Gymnasium Ludwigshafen (dem heutigen Theodor-Heuss-Gymnasium) studiert Ernst Bloch in München und Würzburg Philosophie und führt ab den Zehner Jahren eine unstete Existenz als freier Schriftsteller. In diese Zeit fallen vielfältige Kontakte zu wichtigen Denk- und Zeitgenossen wie Georg Simmel, an dessen Kolloquien Bloch ab 1908 teilnimmt, eine tiefe Freundschaft mit Georg Lukács und der Einfluss Martin Bubers. Insbesondere in Ernst Blochs Frühwerk „Geist der Utopie" zeigen sich jenseits der biografischen Zufälligkeiten wichtige Aspekte jüdisch geprägten Denkens der damaligen Zeit, besonders deutlich im Kapitel „Symbol: Die Juden." Das in der späteren Fassung gestrichene Kapitel beginnt mit folgendem Absatz:

„Zudem erwacht endlich der Stolz, jüdisch zu sein. Es treibt in uns ruhelos, noch bleiben diese Menschen gemischt und zweideutig; es gibt flinke und harte, darum herumredende und sachliche Personen darunter, wie überall, nicht wie überall; aber das Flache und Unfruchtbare will zusehends verschwinden. Wenigstens scheint bei den jüngeren Juden die ausgeprägt händlerische und zugleich formalistische Neigung keinen Boden mehr anzutreffen. Man sieht hier ein Warten vor sich, das schon einmal bei diesem Volk Früchte getragen hat." [589]

Anton Christen zeichnet in seiner Analyse des Kapitels detailliert nach, dass es sich hier um eine intensive Auseinandersetzung Blochs mit Martin Bubers Mystik handelt, die dieser zum Beispiel in „Vom Geist des Judentums" entwickelt – ein Denken, das eben doch einen nachhaltigen strukturellen Einfluss auf Blochs Philosophie hat. Christen resümiert: „Bloch, von Simmel und Buber herkommend, stellt das Schaffen und Werden über das Sein, und dies im ethischen wie im metaphysischen Sinne." [590] Und damit ist klar, dass schon im Erstlingswerk das Thema der Blochschen Philosophie und ihre Form benannt wird: die Utopie auf der Basis einer dynamisierten Ontologie und damit eben doch Denkfiguren, die von der jüdischen Gedankenwelt inspiriert sind. Mit „Geist der Utopie" wird Bloch schnell bekannt, er hat in Inhalt und Sprache den Ton der Zeit getroffen. Adorno wird sich noch Jahrzehnte später berührt davon zeigen, wie er diesem Buch, auch ganz materiell, zum ersten Mal begegnete.[591]

Spätestens mit dem frühen Ruhm erhält Bloch in den Zwanziger Jahren Zugang zu den maßgeblichen intellektuellen Kreisen in Berlin; er verkehrt unter Schriftstellern, Komponisten oder Dirigenten wie Walter Benjamin, Bertolt Brecht, Hanns Eisler, Otto Klemperer, schreibt journalistische Texte vor allem in der Frankfurter Zeitung und der Weltbühne. Bloch ist hierbei typischer Vertreter eines geistigen Milieus, das in scharfem Gegensatz zur erstarkenden NSDAP steht. Als Hitler an die Macht kommt, flieht Bloch wie ein Großteil seiner Freunde aus Deutschland, doppelt gefährdet als Marxist und als Jude. Karola Piotrkowska, eine polnische Architektin, die er heiratet, begleitet ihn in den Jahren des Exils, von Zürich über Wien, Paris, Prag bis Cambridge/Massachusetts.

In den USA arbeitet Bloch ab 1938 in den folgenden zehn Jahren vor allem an seinem Hauptwerk „Das Prinzip Hoffnung", aber auch an „Naturrecht und menschliche Würde" und am Hegel-Buch „Subjekt – Objekt." Die erneute Wende zur öffentlichen Wirksamkeit kommt für den fast vergessenen Emigranten mit der Berufung auf einen Lehrstuhl für Philosophie an die Universität Leipzig. Ernst Bloch tritt seine Professur 1949 im Alter von 64 Jahren an und hat für einige Jahre große Wirkungsmöglichkeiten. Insbesondere werden seine Schriften nun wieder beim Aufbau-Verlag publiziert. Nach dem Ungarn-Aufstand 1956 fällt Ernst Bloch mit seiner unorthodoxen Philosophie zunehmend in Ungnade, er darf keine Vorlesungen mehr halten, wird 1957 zwangsemeritiert, seine Bücher werden nicht mehr gedruckt, mehrere Schüler kommen in Haft oder fliehen.

1961 hält sich beim Bau der Berliner Mauer die gesamte Familie Bloch in Westdeutschland auf und beschließt, nicht in die DDR zurückzukehren. Der ganze Besitz, die Möbel, Bibliothek, Briefe und Fotos bleiben in Leipzig, nur die Manuskripte können heimlich herübergebracht werden. So kommt es wiederum zu einem Neuanfang: diesmal an der Universität Tübingen, wo er als Gastprofessor tätig wird. Aus dieser ungünstigen Lage heraus, erreicht Blochs Wirksamkeit nun aber einen ungeahnten Höhepunkt, Ernst Bloch wird zum Stichwortgeber einer ganzen Generation. Mit 92 Jahren, die Suhrkamp-Gesamtausgabe ist gerade abgeschlossen, stirbt Ernst Bloch in Tübingen.

Trotz des zwiespältigen Verhältnisses zu seiner Heimatstadt ist der Philosoph aus Ludwigshafen, Ernst Bloch, in der Stadt immer wieder aufgetreten. Die Stadt ihrerseits hat ihn auf vielfältige Weise geehrt und pflegt sein Erbe. Bloch war Festredner bei der Eröffnung der Stadtbibliothek 1963 und des Neubaus „seines" Gymnasiums 1970, im selben Jahr wurde er Ehrenbürger. 1979 wurde das Ernst-Bloch-Archiv als Forschungseinrichtung etabliert. Die erste Gesamtschule Ludwigshafens erhielt 1982 Blochs Namen. Im Jahr von Blochs 100. Geburtstag, 1985, wurde der Blochpreis gestiftet. Eine Ausstellung, ein Festakt und die Benennung eines Platzes ehrten den großen Sohn der Stadt. Vor dem Wilhelm-Hack-Museum fand 1991 die Skulptur Max Bills „Endlose Treppe" als „Hommage an Ernst Bloch" ihren Platz. Den krönenden Abschluss der dauerhaften Auseinandersetzung mit Leben und Werk Blochs bildeten der Erwerb des wissenschaftlichen Nachlasses 1998 und zwei Jahre später die Eröffnung des Ernst-Bloch-Zentrums in der ehemaligen Direktorenvilla der Walzmühle – ein passender Ort, denn ein jüdischstämmiger Philosoph wurde im Gebäude des größten „jüdischen" Unternehmens der Stadt geehrt.

Einer der renommiertesten Psychiater der Zeit des Ersten Weltkriegs: Fritz Kaufmann

Fritz Kaufmann, 1875 in Frankenthal als Sohn eines Hotelbesitzers und Weinhändlers geboren, arbeitete nach dem Studium der Medizin und der Promotion in Heidelberg als Assistenzarzt an Kliniken in München, Berlin und Heidelberg (1901 bis 1903 bei Wilhelm Erb). 1906 zog er nach Mannheim, wo er bald zu einem „gesuchten Consiliarius für innere und Nervenkrankheiten" wurde.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs „blieb Kaufmann zunächst in Zivil und führte seine Arbeit in der Mannheimer Praxis weiter, bevor er im September 1915 als Stabsarzt an das Reservelazarett in Ludwigshafen eingezogen wurde. Zu diesem Zeitpunkt diente die Nervenabteilung dieses Lazaretts den umliegenden Lazaretten und Spitälern als „Abschiebestation" für besonders schwere Fälle von Kriegsneurose. Im Herbst 1915 entwickelte Kaufmann das später nach ihm benannte Verfahren, indem er die Fachliteratur studierte, mit früheren und aktuellen eigenen Erfahrungen verglich und danach seine therapeutischen Richtlinien formulierte, die im Mai 1916 unter dem Titel *Die planmäßige Heilung komplizierter psychogener Bewegungsstörungen bei Soldaten in einer Sitzung* veröffentlicht wurden. Kaufmanns Artikel fand unter den deutschen Militärärzten und Psychiatern große Beachtung und rief auch die Aufmerksamkeit des preußischen Kriegsministeriums in Berlin hervor." [592] Ein Gutachter, der im Auftrag des Ministeriums Kaufmanns Praxis begutachtete, war irritiert über den harschen Umgang mit den Patienten, empfahl aber dennoch den preußischen Behörden, Ärzte, die mit dem Problem der Kriegsneurosen befasst waren, zu Kaufmann in die Ausbildung zu schicken. Die schmerzhafte, ja brutale Behandlungsmethode mit Elektroschocks wurde als „Kaufmannsche Methode" berühmt, Kaufmann zu einem „der renommiertesten Psychiater der Zeit des Ersten Weltkriegs," [593] zur „Ikone der nationalpatriotischen deutschen Ärzteschaft." [594] In der britischen medizinischen Presse wurde Kaufmanns Ansatz in polemisch-propagandistischer Weise „als Beweis für die besondere Brutalität deutscher und österreichischer Ärzte vorgeführt. Aber auch in englischen und französischen Militärspitälern arbeiteten Psychiater […] mit Methoden, die sich weitgehend mit denen von Fritz Kaufmann […] deckten." [595] Der „Kaufmannschen" ähnliche Behandlungen waren auch schon vor dem Ersten Weltkrieg angewandt worden. Im übrigen behauptete Kaufmann selbst nie, der alleinige „Vater" der Methode zu sein. Auch räumte er offen ein, dass seine Behandlung nur die Symptome, nicht die Ursachen der Neurosen kurieren könne. Ziel war die Rückkehr in ein normales Zivilleben, nicht etwa an die Front. Dabei wies der ganz auf den „Dienst am Vaterland" fixierte Kaufmann besonders auf den Vorteil für den Staat hin, wenn große Rentenzahlungen an gänzlich Arbeitsunfähige vermieden würden. In der letzten Phase des Krieges verzichteten die Medizinalbehörden auf die

Kaufmannsche Methode, die immer mehr Kritik hervorrief. Bei Kriegsende verlangten die Alliierten angeblich Kaufmanns Verurteilung als Kriegsverbrecher, sahen dann aber davon ab.

1921 wurde Kaufmann unter 27 Bewerbern zum neuen Leiter der Inneren Abteilung des Ludwigshafener Krankenhauses ernannt. Prominente Kollegen hatten ihn als „humanen, geduldigen und liebevollen Arzt" und „tadellosen Kollegen" empfohlen, der über „eine ungewöhnlich umfangreiche und vollständige Ausbildung auf allen Gebieten der inneren Medizin und der Neurologie" verfüge. „Dass Kaufmann jenseits der Neurologie auch das größere Gebiet der Inneren Medizin zu betreuen verstand, hat er in den folgenden zwölf Jahren, die ihm bis zur Vertreibung durch die Nazis verbleiben, genugsam bewiesen." [596]

„Seiner jüdischen Abstammung wegen war er nach der Machtergreifung schweren Angriffen ausgesetzt und sah sich deshalb am 23. März 1933 veranlasst, unter Vorbehalt aller seiner Rechte um seine Beurlaubung einzukommen. Dass dieser Vorgang von rufschädigenden Presseäußerungen begleitet wurde, traf Kaufmann besonders hart. Tatsächlich suchten zwei Nazi-‚Kommissare' und Stadträte, ihm unter Rückgriff auf einen längst abgeschlossenen Prozess, der voll zugunsten Kaufmanns ausgegangen war, ein Disziplinarverfahren wegen angeblicher fahrlässiger Tötung anzuhängen, hatten damit aber bei der Justiz keinen Erfolg. So wurde Kaufmann ‚lediglich wegen nichtarischer Abstammung' mit Wirkung vom 1.1.1934 gemäß §3 des Gesetzes ‚zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' in den Ruhestand versetzt, und das ihm zustehende Ruhegehalt soweit wie möglich zusammengekürzt." Vergeblich hatte er auf das ihm „von Seiner Majestät dem Kaiser" verliehene Eiserne Kreuz „für besondere kriegsärztliche Verdienste" verwiesen.[597] „Kaufmann, ‚eine hochangesehene Persönlichkeit mit seltenem Pflichtbewusstsein und vornehmem Charakter', übte trotz wachsenden antisemitischen Drucks noch bis 1935 eine ärztliche Praxis in Ludwigshafen aus, bis ihn ein schweres Herzleiden arbeitsunfähig machte, zog dann, nachdem er eine beträchtliche ‚Reichsfluchtsteuer' hatte entrichten müssen, nach Holland, wo sein Sohn lebte, verlegte 1937 seinen Wohnsitz aus Gesundheitsrücksichten in die Schweiz und verstarb dort im September 1941. Bis Anfang 1939 erhielt er wenigstens einen Teil seines Ruhegehaltes über ein ‚Sperrmarkkonto' ins Ausland transferiert, dann aber wurde jede Überweisung untersagt. Wenige Monate vor seinem Tod leitete das Polizeipräsidium Ludwigshafen ein Verfahren ein, dem Juden Kaufmann und seiner Frau die deutsche Staatsangehörigkeit abzuerkennen." [598]

Gerade in den letzten Jahren hat Kaufmanns Arbeit und Leben in der internationalen Forschung wieder Aufmerksamkeit gefunden.

Der Baumeister Ludwigshafens: Markus Sternlieb

„Ihre baulichen Schöpfungen haben nicht allein in Ludwigshafen, sondern auch weit darüberhinaus in allen maßgeblichen Kreisen restlose Anerkennung gefunden und sind als nachahmenswertes Beispiel empfohlen worden." Mit diesen Worten lobte Ende 1932 der sozialdemokratische Ludwigshafener Bürgermeister Kleefoot das Wirken des Oberbaudirektors Markus Sternlieb.

Markus Sternlieb wurde 1877 im rumänischen Braila als Sohn des deutschsprachigen, aus der österreichischen Bukowina stammenden Kaufmanns Mayer Sternlieb geboren. Seine Jugend in einem Land, das immer noch von einem zum Teil äußerst gewalttätigen Antisemitismus gekennzeichnet war, ließ ihn zum engagierten Mitglied der noch jungen zionistischen Bewegung werden. Nach der „Maturitätsprüfung" an der Universität Bukarest nahm er 1897 ein Studium an der Technischen Universität München auf und wechselte im Jahr 1900 an die TH Darmstadt. 1904 unterbrach er sein Studium und trat in den Dienst des Hochbauamtes der Stadt Kaiserslautern. In jener Zeit erwarb er auch die deutsche Staatsangehörigkeit. 1905 wurde er „Planrevisor" im Ludwigshafener Bauamt. Sein Talent wurde bald erkannt, und er erhielt auch jenseits seiner eigentlichen Kompetenzen interessante öffentliche und private Aufträge zur Konzeption wichtiger Gebäude. So stammen das Straßenbahndepot, die Rheinschule mit ihrem Turm, die Realschule, das heutige Max-Planck-Gymnasium, und das große repräsentative Stadthaus Nord, das „Ludwigshafener Schloss", aus Sternliebs Feder. Auch als Stadtplaner und Gestalter für Parks und Grünflächen wurde er herangezogen. 1911 erwarb Sternlieb in Darmstadt das Architektendiplom mit einer Prüfungsarbeit zu dem ihm übertragenen Entwurf des Ludwigshafener städtischen Erholungsheims „Trifels" in Annweiler. Durch seine Begabung und die offensichtliche Schwäche des Bauamtsleiters fiel ihm schon in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg der bestimmende Einfluss auf das Hochbauwesen der Stadt zu, eine Tatsache, die ihm 1913 möglicherweise antisemitisch gefärbte Kritik seitens des „General-Anzeigers" eintrug. Die sozialdemokratische „Pfälzische Post" nahm ihn hingegen in Schutz. 1914 wurde Sternlieb offiziell Leiter des Hochbauamts, 1920 erhielt er den Titel Oberbaudirektor.

In den Jahren nach dem Krieg wurde Sternlieb auch zum Verantwortlichen der neuentwickelten Regionalplanung und der Bauten für die französische Besatzungsmacht. Sein Herzensanliegen aber war der kommunale Wohnungsbau. Er wollte das Elend der Menschen lindern und sowohl ästhetisch als auch hygienisch überzeugende Lösungen für die Stadtgestaltung finden. Seit 1920 war er Leiter der neugegründeten städtischen Wohnungsbaugesellschaft GAG, in deren Dienst er 1926 hauptamtlich trat. Nur hier, so führte er aus, könne er „die Ziele, die er sich gesetzt habe, erreichen" – „Verschönerung und Ausbau [...] des Stadtbildes, aber auch die Besserung der kulturellen und sozialen Verhältnisse"

bzw. „der minderbemittelten Bevölkerung gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen billig und preiswert zu beschaffen." Das „Wasserspülklosett, wohl der einzige wahre Fortschritt auf dem Gebiet des Bauwesens", fehle auch in der kleinsten Wohnung der GAG nicht, hob er 1925 stolz hervor.

Unter seiner architektonisch-technischen wie Gesamtleitung erbaute die GAG in den Jahren 1920 bis 1932 eine Reihe hervorragender Wohnkomplexe: den Roten und Grünen Hof und die gesamte „Heimstättensiedlung" in der Gartenstadt, umfangreiche Wohnanlagen im Stadtteil Süd, den Blücherblock im Hemshof, die Siedlung „Finkennest", die fast als eigene Wohn- und Lebenseinheit konzipierte Ebertsiedlung sowie, schon im Zeichen der Weltwirtschaftskrise, die Westend- und die Christian-Weiß-Siedlung. Fast alle stehen heute unter Denkmalschutz und gehören zu den architektonisch überzeugendsten Bauten der Stadt. Auch dem Projekt des Ebertparks lieh Sternlieb seine Unterstützung. Von ästhetisch ansprechenden Böden und Tapeten über Einbauküchen und moderne Einrichtungen wie Radioanschlüsse und Gemeinschafts-Waschmaschinenräume bis zu modern gestalteten und geleiteten Kindergärten und preiswerten, aber qualitativ guten Läden boten Sternliebs Siedlungen alles, was zur Steigerung des Wohlbefindens beitragen konnte. Gärtnerische Anlagen wurden, solange es finanziell möglich war, selbstverständlicher Teil der Gesamtkonzeption. Durch voll eingerichtete Musterwohnungen wollte Sternlieb auch im besten pädagogischen Sinn geschmacksbildend auf die Menschen wirken. Überzeugende städtebauliche Einbettung der meist von ihm konzipierten Bauten, eine unideologische Moderne, die Elemente des Bauhauses aufgriff, ohne die Vorzüge traditioneller Architektur zu verwerfen, und das Bemühen, bestausgestattete Wohnungen mit allem möglichen Komfort zu bieten, kennzeichnen insgesamt sein Wirken.

Sternlieb gehörte zum Kreis moderner, demokratisch gesinnter Kräfte in Ludwigshafen, unterhielt gute Beziehungen zum liberalen Oberbürgermeister und den Sozialdemokraten. Seine Mitarbeiter lobten ihn als sozial, aufrichtig, überaus kompetent und fairen Kritiker. Bei Dienstjubiläen und Geburtstagen wurde ihm von allen Seiten höchstes Lob zuteil. Demgegenüber verblasste die Kritik von neidvollen Architektenkollegen und einiger Liberaler, die den öffentlichen Wohnungsbau ablehnten. Mehr Gewicht hatten die Einwendungen einiger Sozialpolitiker, die gerade seine schönsten Bauten als zu teuer und deshalb als für wirklich Arme unerschwinglich kritisierten.

Bis 1932 errichtete „Sternliebs GAG" insgesamt 45 Wohnanlagen mit 230 Einfamilien- und 305 Mehrfamilienhäusern. Darin fanden sich 2 315 Wohnungen, davon 1 311 Ein- und Zwei- und 800 Drei- und Vier-Zimmer-Wohnungen. Dazu noch 47 Läden, sechs Malerateliers, zwei Büros, zwei Polizeistationen, zwei Gaststätten und je eine Werkstätte und ein Kindergarten. Daneben hatte die GAG auch die beiden Fernheizwerke Nord und Süd errichten lassen.

Ende 1932 trat der kaum 55jährige in Ruhestand. Er war bereits schwer krank, aber auch die Unmöglichkeit, in der Wirtschaftskrise weitere Bauprojekte in Angriff zu nehmen, hatte sicher zu seinem Abschied beigetragen. Nach der Machtergreifung stand Sternlieb als Jude, Demokrat und Vertreter modernen Bauens im Fadenkreuz nationalsozialistischer Anfeindungen. Öffentlich wurde sein Werk herabgewürdigt, er wurde bedroht und zeitweise verhaftet. Noch 1933 reiste er nach Palästina, wo er über die Gründung einer GAG-ähnlichen Wohnungsbaugesellschaft in Tel Aviv unter seiner Ägide verhandelte. Bevor er irgendwelche Auswanderungspläne umsetzen konnte, starb er im Herbst 1934 in Ludwigshafen. Unter seinen treuen Mitarbeitern kursierten – falsche – Gerüchte von Mord oder Selbstmord. Nur ein zionistischer Vertreter sprach neben dem Rabbiner an seinem Grab, das die Familie Sternliebs auf Druck der Nationalsozialisten bald danach auflösen musste. Seine Urne wurde in der Grabstätte seiner Schwiegereltern versenkt. Sternliebs Frau musste vielfache Zurücksetzungen und harte Verfolgung erleiden. 1938 wurde ihre Wohnung in der „Kristallnacht" verwüstet, 1940 wurde sie mit den meisten übrigen Ludwigshafener Juden ins südfranzösische Gurs deportiert. Nur durch die Bemühungen ihrer schon in die USA emigrierten Töchter konnte sie gerettet werden und wanderte in die Staaten ein, wo sie noch Jahrzehnte lebte.

Nach Jahrzehnten des Vergessens, während denen man Sternliebs Architektur geschätzt und unter Schutz gestellt hatte, ohne ihn als Schöpfer überhaupt nur zu erwähnen, sorgte Ehrenbürger Dekan Borggrefe für Sternliebs „Wiederentdeckung." 2002 entstand auf seine Initiative hin ein Denkmal für den Architekten im Hof der Rheinschule, 2007 wurde ein Stolperstein für ihn vor der GAG-Zentrale gelegt. Eine Ausstellung und eine große Monographie würdigten ihn und sein Werk. Bald wird ein Platz seinen Namen tragen.

II.
Juden in der BASF

Einleitung:
Juden und die BASF
(Stefan Mörz/Friedhelm Borggrefe)

Ludwigshafens „Große Fabrik", die BASF, zählte jüdische Mitbürger zu ihren Gründern und unter ihre namhaftesten Wissenschaftler. Meist allerdings arbeiteten diese Menschen nur in der Stadt der Chemie, lebten aber wie so viele andere wohlhabende Industrielle und Forscher nicht hier, wo es in den frühen Jahrzehnten der Stadtentwicklung kein etwa der „kurfürstlichen" Nachbarstadt Mannheim auch nur annähernd gleichwertiges Kultur- und Gesellschaftsleben gab. So seien im Folgenden hier namhafte jüdische Vertreter der BASF in einem kleinen separaten Abschnitt gewürdigt. Die Kurzbiographien hat Friedhelm Borggrefe, der protestantische Dekan und Ehrenbürger Ludwigshafens, im Jahr 2000 in seinem Buch „Juden in der BASF" ausführlichen biographischen Skizzen vorangestellt.

In seinem Vorwort charakterisierte er die „Juden in der BASF" folgendermaßen: „Sie kamen aus Rabbiner- und Kaufmannsfamilien. Die Väter waren Ärzte und Bankiers, Großbürger oft, Patriarchen des 19. Jahrhunderts, kinderreich und wohlhabend. Sie wussten immer, was eine gute Schulbildung bedeutet, auch für Außenseiter und Spätentwickler. Sie suchten die Nischen zwischen Chemie und Physik, wurden Chemophysiker oder Physikochemiker, entwickelten das Bankwesen von der Privatbank zur Aktiengesellschaft. Sie liebten die Grenzgebiete. Oft wollten sie gute Preußen sein, Bismarck- und kaisertreu. Alle waren sie Menschen ohne Grenzen. Wo waren sie zu Hause? Viele wurden evangelisch. Für alle war Heimat die Familie, für einige die Chemie. Einer wurde Nobelpreisträger, weil ihm die Stickstoff-Fixierung gelang. Andere versuchten ihr Glück als verantwortliche Staatsbürger, nationalliberal, als Reichstagsabgeordnete und Stadträte, wurden Ehrenbürger in Mannheim und Frankfurt. Alle waren sie hervorragende Organisatoren, nicht nur wenn es um Geld ging oder internationale Beziehungen.

Sie prägten die Geschichte der Anilinfabrik nachhaltig. Die erste Phase stand im Zeichen der Teerfarben Caros. Alizarinrot und Methylenblau, Echtrot und Auramin sowie viele andere wertvolle Farbstoffe sind Früchte seines Schaffens. Es folgt die Stickstoff-Phase: Von Fritz Haber entdeckt, von Alwin Mittasch und Carl Bosch industriefähig gemacht, gelang mit der Stickstoff-Fixierung ein großer Fortschritt, und in den Laboratorien dieser Zeit gab es zahlreiche jüdische Wissenschaftler, auch die BASF profitierte davon. Schließlich ist vor seiner Emigration […] mit Hermann Franz Mark ein Pionier der Kunststoffe in der BASF zu Hause. Hier schaffte er mit seinem Team bahnbrechende und

immer neue Synthesen der Hochpolymere. Noch im hohen Alter kehrte er hierher zurück, um Vorträge zu halten. Er hatte keine Zeit, alt zu werden.

Dynamiker waren sie alle, höchst aktive Menschen. Einige waren geprägt von den alten preußischen Idealen: Fleiß, Pflichtgefühl, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Anstand. Idealistische Philosophie. Sie beherrschten Sprachen. Global dachten sie alle. Selbstverständlich waren sie in verschiedenen Kulturkreisen zu Hause. Einige liebten Musik, Richard Wagner sogar, den Antisemiten. Andere waren zu Hause nicht nur in der Welt der Oper, sondern sammelten Kunst, förderten Architektur, die Universitäten, den Sport. Das Schiller-Nationalmuseum in Marbach zum Beispiel ist eine Stiftung von Kilian Steiner. Die Universität Frankfurt wurde wesentlich von den Mertons gesponsert. Eine Reihe von sozialen Entwicklungen haben sie eingeleitet im Wohnungswesen, in der Krankenvorsorge und im Umgang mit den Gewerkschaften, wenn es um gerechten Lohn ging. Die Idee eines kommunalen Sozialismus spielt in einigen Köpfen, bei Kilian Steiner z. B. oder bei den Mertons […].

Viele Fragen bleiben offen: keiner der Juden, die im Vorstand und im Aufsichtsrat der BASF gearbeitet haben, ist begraben in Ludwigshafen. Heimat, sagt Joseph Roth, ein Ostjude, haben wir überall dort, wo wir unsere Toten haben. Heimat in diesem Sinne haben sie hier nicht gefunden. Aber wir haben die Pflicht, uns an sie zu erinnern und in der Erinnerung ihnen ihre Namen wieder zu geben. Sie dürfen nicht vergessen werden. Wir brauchen sie in unserem Gedächtnis, auch in unserem öffentlichen Bewusstsein." [599]

1925 wurde die BASF Teil der I.G. Farben. Deren Konzernsitz war Frankfurt am Main. Strategische und Grundsatzentscheidungen erfolgten künftig dort. Als Zweigwerk und Glied der I. G. Farben-„Oberrheingruppe" konnte man in Ludwigshafen keine eigenständige „Politik" mehr treiben, wenn auch der Einfluss der „Ludwigshafener" auf den Gesamtkonzern überproportional groß war.[600]

In der Zeit vor 1933 wurden die I. G. Farben von den Nationalsozialisten wegen der jüdischen Mitglieder des Aufsichtsrats als „jüdischer" Betrieb scharf angegriffen.[601] Nach der Machtergreifung zeigte sich die Führung des Konzerns durchaus kooperationsbereit. Den nationalsozialistischen Antisemitismus teilte sie jedoch offensichtlich nicht. Jüdischen Mitarbeitern wurde z.B., wie im Fall des Ludwigshafeners Hermann Franz Mark, die Emigration ermöglicht (siehe S. 158). Bezeichnend ist in Ludwigshafen auch eine Episode aus dem Jahr 1935. Damals beseitigte die Stadtverwaltung in schneller Folge auf Druck der NSDAP „rassisch" belastete Straßennamen. Im Fall der Paul-Ehrlich-Straße, deren Benennung auf Wunsch der BASF erfolgt war, traf die Stadt allerdings auf den Widerstand der I. G. Farben,[602] die der Verwaltung auf ihr Ansinnen nach Umbenennung lapidar mitteilte, dass ihr seinerzeitiger Vorschlag gut begründet gewesen sei, weil „Paul Ehrlich nicht nur ein namhafter Gelehrter war, sondern auch durch seine Arbeiten und Erfindungen zu einem der größten Wohltäter der Menschheit

wurde, der er für immer bleiben wird." Worte, die einen anderen Absender als den mächtigen Großkonzern in große Schwierigkeiten gebracht hätten. Letztlich aber gab das Werk dem Drängen der Stadt nach und schlug Robert Bunsen als neuen Namenspatron für die Straße vor.

In den Jahren 1937/38 kam – auch in Ludwigshafen – eine jüngere und dem Nationalsozialismus gegenüber offenere Generation von Führungskräften in der I. G. ans Ruder. Alle verbliebenen jüdischen Aufsichtsratsmitglieder wurden aus ihren Ämtern entfernt.[603] Die meisten emigrierten, einer starb im KZ Theresienstadt „kurz vor seiner durch die IG Farben bewirkten Entlassung […] Die [nicht-jüdischen] Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder bemühten sich tatkräftig und erfolgreich, das Schicksal ihrer jüdischen Kollegen zu mildern, sie zu schützen und ihnen zu helfen; einige von ihnen erhielten auch noch während des Krieges in der Fremde über die internationalen Verbindungen der I. G. Farben ihre Pensionszahlungen." [604]

Ein ganz anderes Gesicht zeigte der Konzern im von den Deutschen eroberten Osten seit Beginn des Zweiten Weltkriegs. Hier wurden gerade viele Ludwigshafener Werksangehörige in die Vernichtungsmaschine der Nationalsozialisten verstrickt. Anlass war der Bau eines Bunawerks im damals oberschlesischen Auschwitz ganz in der Nähe des großen Konzentrationslagers. „Die Oberrhein-Gruppe war für die I.G.-Aktivitäten in Auschwitz nicht direkt verantwortlich. Geschäftliche und finanzielle Entscheidungen wurden auf der Konzernebene getroffen […] Aber die eingesetzten Technologien, die Planung des Werkes und das Personal für Planung, Bau und Betrieb kamen fast ausschließlich aus Ludwigshafen" [605] Das I. G.-Vorstandsmitglied Otto Ambros, der seit 1938 als stellvertretender Werksleiter in Ludwigshafen amtierte, war die entscheidende Person. Unter seinem Vorsitz fand am 24. März 1941 die erste Baubesprechung für das geplante Werk Auschwitz in Ludwigshafen statt. Leitende Angestellte aus Ludwigshafen und Merseburg – das ehemalige BASF-Zweigwerk Leuna – nahmen daran teil. Bis zu ihrer Verlegung nach Auschwitz wurden diese Besprechungen alle 14 Tage in Ludwigshafen durchgeführt.[606] Nach einem Besuch am künftigen Standort in Schlesien zeigte sich Ambros in einem Brief aus Ludwigshafen vom 12. April 1941 begeistert von den Möglichkeiten der Arbeitskräftebeschaffung durch das Konzentrationslager. Unbürokratisch seien Hindernisse für die weitere Entwicklung des Projekts aus dem Weg geräumt worden „und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus. Anlässlich eines Abendessens, das uns die Leitung des Konzentrationslagers gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der Buna-Werke betreffen." [607] 1942 ließen die IG Farben ein KZ in unmittelbarer Nähe des neuen Werks errichten und von der SS in brutalster Weise betreiben. „Es war das erste große Konzentrationslager in Deutschland, das von

privater Hand finanziert und auf Initiative eines privaten Unternehmens gegründet worden war."[608] Das Lager wies einen extrem hohen Anteil an jüdischen Gefangenen auf, die aus allen Teilen Europas dorthin gebracht wurden. Schwache und nicht mehr nützliche KZ-Häftlinge wurden sofort in den Teil des KZ überwiesen, in dem die Gaskammern standen.[609] Ambros und seine Kollegen wussten mit allergrößter Wahrscheinlichkeit vom Massenmord, von dem selbst im Ludwigshafener Werk hinter vorgehaltener Hand gesprochen wurde.[610] Otto Ambros wurde im Nürnberger Prozess zu acht Jahren Haft verurteilt. Nach vier Jahren freigelassen, nahm er wieder zahlreiche Funktionen in Aufsichtsräten der Chemieindustrie ein. Nur in die USA durfte er nicht mehr einreisen.[611]

In Ludwigshafen hatte vermutlich lediglich die Firma Giulini ca. 1942 zur Deckung ihres wachsenden Personalbedarfs mit einem Häftlingstrupp von etwa 200 Strafgefangenen aus dem Zweibrücker Gefängnis auch mit dem Davidstern gekennzeichnete Juden zur Arbeit eingesetzt.[612] Als Ende 1944 die militärische und auch wirtschaftliche Lage immer kritischer wurden, begann sich in Ludwigshafen die Frage der Beschäftigung von KZ-Häftlingen und damit Juden durch das I. G.-Werk zu stellen. Denn „über größere Menschenreserven, die den I. G.-Bedarf hätten decken können, verfügten im Jahr 1944 praktisch nur noch die Konzentrationslager. Bis Ende März 1944 hatten allerdings die Behörden im Bereich der Rüstungsinspektion Wiesbaden, [zu der Ludwigshafen gehörte], wegen des Fehlens von Bewachungskräften auf KZ-Häftlinge verzichtet und stattdessen in Erwägung gezogen, Maschinen zur Fertigung in KZ-Lager zu verbringen.

Dennoch wurde im Frühsommer 1944 von den Rüstungsdienststellen auch der Einsatz von KZ-Häftlingen bei der I. G. ins Auge gefasst. Mitte Juni 1944 erhielt der Ludwigshafener I. G.-Personalchef Kurt H. in dieser Angelegenheit Besuch von einem SS-Sturmbannführer aus dem Konzentrationslager Natzweiler, der ihm erklärte, es sei veranlasst worden, [der I. G.] etwa 1 500 jüdische, aus Ungarn stammende KZ-Häftlinge für den Arbeitseinsatz zur Verfügung zu stellen. Obwohl nach der späteren Darstellung H.s die I. G. an der Beschäftigung von KZ-Häftlingen keinerlei Interesse zeigte, erhielt I. G.-Baudirektor Santo Ende Juli von der Dienststelle des Baubevollmächtigten in Homburg überraschend den Bescheid, es könne ‚mit einer Zuteilung von ca. 1 000 Juden aus Ostgebieten gerechnet werden.' Zwecks Vermeidung eventueller Schwierigkeiten bei der Abnahme des Lagers müsse aber die Bauleitung ‚für die kz-maessige Unterbringung besorgt sein'. I. G.-Baudirektor Camill Santo lehnte jedoch nach eigener Aussage das Angebot ab. Er ließ die Dienststelle des Baubevollmächtigten wissen, dass eine KZ-mäßige Unterbringung im Werk nicht möglich sei und die I. G. Farben infolgedessen die angekündigten jüdischen Arbeitskräfte nicht beschäftigen könne. Trotzdem traf kurze Zeit später – vermutlich an einem Samstag in der ersten Augusthälfte – auf dem Bahnhof Ludwigshafen ein

Transport von 500 für die I. G. Farben bestimmten weiblichen KZ-Häftlingen ein. Unter Hinweis auf die fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten verweigerte ein Mitarbeiter der I. G.-Wirtschaftsabteilung die Übernahme der Häftlinge. Ausschlaggebend dafür, dass KZ-Häftlinge in linksrheinischen Industriebetrieben nicht mehr zum Einsatz kamen, dürften freilich letzten Endes weniger solche logistischen Probleme oder die geringe Produktivität ausgemergelter KZ-Häftlinge als vielmehr die Entwicklung der Kriegslage gewesen sein. Denn durch das Vorrücken der Alliierten wurde die Pfalz kurze Zeit später wiederum zum rückwärtigen Armeegebiet, und bereits zum 1. September 1944 trat der Alarm-Fall in Kraft. Die ausländischen Arbeitskräfte galten von nun an zunehmend als Sicherheitsrisiko, und es wurden deshalb fieberhaft Pläne entwickelt, den größten Teil der Ausländer ins rechtsrheinische Reichsgebiet zu verlegen." [613]

In der neu gegründeten BASF nach 1952 war das Thema „Juden" keines mehr. Richard Merton, den man 1938 aus dem Aufsichtsrat der IG verdrängt hatte, war bis 1958 stellvertretender Vorsitzender des BASF-Aufsichtsrats.[614]

Kurzbiographien namhafter jüdischer Mitarbeiter und Gründer der BASF

Von Friedhelm Borggrefe

Seligmann Ladenburg (1797—1873)

Bankier und Finanzexperte, Mitgründer

Privatbankier und Chef eines „Familienunternehmens internationalen Formats", geb. am 9. Dezember 1797 in Mannheim, verstorben am 25. November 1873 in Mannheim, 1865 zusammen mit Friedrich Engelhorn und den Brüdern August und Carl Clemm Gründer der BASF und deren Verwaltungsratsvorsitzender von 1865 bis 1873.

Carl Ladenburg (1827—1909)

Mitbegründer und Aufsichtsratsvorsitzender der BASF

Bankier, geboren in Mannheim am 19. Juni 1827, gestorben in Mannheim am 4. Oktober 1909. Finanzier zahlreicher Industriebetriebe vor allem in Mannheim. 1905 Aufgehen des Bankhauses Ladenburg in die Süddeutsche Discontogesellschaft. Seit 1907 Ehrenbürger Mannheims, Geheimer Kommerzienrat, Mitglied des Badischen Landtages, seit 1873 bis 1907, mehr als 30 Jahre, als Verwaltungs- oder Aufsichtsratsmitglied bzw. -vorsitzender mit der BASF verbunden.

Heinrich Caro (1834—1910)

Vater der deutschen Teerfarbenchemie

Farbstoffchemiker, geb. am 13. Februar 1834 in Posen, verstorben am 11. September 1910 in Dresden, aus alter jüdisch-sephardischer Familie, Vater Getreidehändler. Nach Studium am „Kgl. Gewerbeinstitut" in Berlin weitere Ausbildung und Praxis in der neuen Farbstoffchemie in England. Teilhaber der Firma „Roberts & Dale" in Manchester, Heirat und Übertritt zum Luthertum, 1867 Rückkehr nach Deutschland und Forschungen am Bunsenschen Laboratorium in Heidelberg, wohnhaft über 40 Jahre in Mannheim, 1868 Eintritt in die BASF, prägte von 1868 bis 1889 als Leiter der wissenschaftlichen Forschung die Entwicklung der Farbindustrie. Durch zahlreiche bahnbrechende Arbeiten und Erfindungen auf fast allen Gebieten der Teerfarbenchemie gilt Caro als einer der bedeutendsten Begründer dieser Industrie in Deutschland: Alizarinrot und Methylenblau, Echtrot und Auramin sowie viele andere wertvolle Farbstoffe sind Früchte seinen Schaffens. Die von ihm entdeckte Peroxymono-Schwefelsäure (H_2SO_5) trägt ihm zu Ehren den Namen Carosche Säure. Von 1890 bis zu seinem Tode im Jahre 1910 war Caro Mitglied des Aufsichtsrates. Er war im Jahre 1856 Mitbegründer des Vereins Deutscher Ingenieure und hat hervorragenden Anteil an der Ausgestaltung der deutschen Patentgesetzgebung. Der nationalliberale und kaisertreue Chemiker wurde vielfach geehrt.

Kilian Steiner (1833—1903)

BASF-Fusion von Produktion und Verkauf

Jurist, Kaufmann, Bankier, geboren am 9. Oktober 1833 in Laupheim/Württemberg, verstorben am 25. September 1903 in Stuttgart, Vater wohlhabender jüdischer Handelsmann und Schlossbesitzer. 1873 gelingt ihm die Fusion der BASF mit Gustav Siegle und Rudolph Knosp in Stuttgart. Von 1873 bis 1903 im Aufsichtsrat der BASF, seit 1895 stellvertretender Vorsitzender, 1903 (April bis September) Vorsitzender.

Mitgründer des Schiller-Nationalmuseums.

Fritz Haber (1868—1934)

Ammoniak, Gas und Gold

„Seine bahnbrechenden Arbeiten … führten zur Ammoniaksynthese und … helfen auch heute noch die Ernährung der Menschheit zu sichern. Brennender Ehrgeiz und leidenschaftlicher Patriotismus, der sich beispielsweise in seinem bedingungslosen Einsatz für den Gaskrieg manifestierte, machten den deutschen Juden Fritz Haber zu einer der umstrittensten Persönlichkeiten des zwanzigsten Jahrhunderts." [615] (Dietrich Stoltzenberg)

Fritz Jakob Haber, geboren am 9. Dezember 1868 in Breslau, Sohn eines Breslauer Farben-und Chemikalien-Großhändlers, 1888 Student der Chemie in Berlin, 1891 Promotion zum Dr. phil. in Berlin, 1892 evangelische Taufe und Hinwendung zur physikalischen Chemie, 1896 Habilitation in Karlsruhe, Hochschullehrer und Industrieberater (BASF). Heirat mit Clara Immerwahr, 1906 ordentlicher Professor an der TH Karlsruhe, 1907 gelingt ihm die Stickstoff-Fixierung in Zusammenarbeit mit der BASF, 1909 Entwicklung des Haber-Bosch-Verfahrens zur großtechnischen Auswertung, 1911 Haber wird Direktor des neuerrichteten Kaiser-Wilhelm-Institutes für Physikalische und Elektro-Chemie in Berlin.

1914 Leiter der Chemieabteilung der „Kriegsrohstoffabteilung", 1915 Haber entwickelt in Zusammenarbeit mit der BASF chemische Kampfstoffe und ermöglicht so den Gaskrieg im großen Stil; Selbstmord seiner Frau Clara. 1917 Haber beschäftigt sich mit Blausäure-Begasung zur Schädlingsbekämpfung. Heirat mit seiner zweiten Frau Charlotte. 1918 Nobelpreis für Chemie (überreicht 1920); 1920 Gründung der Notgemeinschaft und erste Versuche, Gold aus dem Meerwasser zu gewinnen; 1925—1933 Aufsichtsrat der I. G. Farben; 1933, der Hausmeister verweigert dem Institutsdirektor Haber den Zutritt: „Der Jude Haber hat hier nichts mehr zu suchen." Am 29. Januar 1934 stirbt Haber in Basel.

Ernst Schwarz (1884—1957)

Freund und Sekretär von Carl Bosch

Chemiker und Jurist, geboren am 30. Juni 1884 als Sohn eines Rabbis in Arnsberg (Westfalen), studierte Rechtswissenschaft an der Universität Freiburg und erwarb den Doktor juris an der Universität Jena. Dann studierte er Chemie in Freiburg bei Prof. Gattermann und promovierte dort im Jahre 1910 zum Dr. phil. Im gleichen Jahr trat er in die BASF ein und arbeitete zunächst im Hauptlaboratorium unter Geheimrat Paul Julius, später in der Patentabteilung unter Geheimrat Bernthsen. 1915—1919 war er als Sachverständiger im Heeresdienst tätig. Ab 1919 erfolgt die Ernennung zum Prokuristen, am 10. November 1921 wird er stellvertretender Direktor. Neben dieser Tätigkeit wurde er mit organisatorischen Fragen beschäftigt und war Vorsitzender der Sozialkommission der damaligen I. G. Farbenindustrie. Ende 1933 wanderte er nach Amerika aus. Sein Beschäftigungsverhältnis endete am 30. Juni 1934. Er war längere Zeit Präsident der Agfa-Ansco Corporation in Binghamton/New York, einer Tochtergesellschaft der I. G. Farben. Er verstarb am 1. November 1957.

Kurt H. Meyer (1883—1952)

Brückenbauer zwischen Industrie und Universität

Chemophysiker, geboren am 29. September 1883 in Dorpat, gestorben am 14. April 1952 in Mentone. Studium in Marburg, London, Leipzig. 1907 promoviert. 1911 Habilitation, Privatdozent in München. 1913 stellvertretender Direktor des physikalisch-chemischen Instituts München. 1914—1917, nach Ausbildung zum Offiziersanwärter in Landsberg am Lech, als Leutnant an der Front in Frankreich. Von dort kommt er an das Berlin-Dahlemer Haber-Institut zur Prüfung von Kampfstoffen. 1917 a. o. Professor. Eintritt in die BASF am 1. April 1921, wohnhaft in Mannheim, stellvertretender Direktor und Vorstandsmitglied seit 19. April 1922, ordentliches Vorstandsmitglied seit 9. Dezember 1925. Vorstand des Hauptlaboratoriums und der wissenschaftlichen Laboratorien. Starkes Engagement bei Zusammenlegung der Fabrikation nach Gründung der I. G. Farben. Studium des Mechanismus von Färbeprozessen. Anwendung physikalisch-chemischer Methoden auf Probleme der organischen Chemie. Inangriffnahme von Arbeiten über hochpolymere Stoffe. „Ihm ist es zu verdanken, dass die BASF systematische Forschung und Entwicklungen auf dem Polymergebiet aufnahm, wodurch das Unternehmen neben DuPont zum größten Kunststoffproduzenten der Welt wurde." Beteiligt an der Einführung wichtiger Kunststoffe und der Entwicklung des Kautschuk, 31. Oktober 1932 Austritt aus der BASF bzw. I. G. Farben.

1932—1952 Direktor des Instituts für organische Chemie der Universität Genf als Nachfolger von Prof. Picet, erfolgreich auf dem von ihm bevorzugten Gebiet hochmolekularer Stoffe.

Hermann Franz Mark (1895—1992)

Pionier der Polymere

Chemophysiker, geboren am 3. Mai 1895 in Wien, verstorben, 96jährig, am 6. April 1992 in Austin/Texas. Studium in Wien, 1921 mit Prof. W. Schlenk nach Berlin an das Kaiser-Wilhelm-Institut (Im Herzogschen Faserstoffinstitut). 1. Januar 1927 Eintritt in die BASF und gleichzeitig bis 1930 Professor in Karlsruhe. 1. Mai 1929 Ernennung zum Prokuristen, Leiter eines Forschungs- und Entwicklungslaboratoriums mit 50 Mitarbeitern, erforscht Grundlagen der heterogenen Katalyse und die Chemie und Physik der Hochpolymeren trägt wesentlich zum frühzeitigen Zustandekommen der Kunststofferzeugung in Ludwigshafen bei (Styrol und Acrylverbindungen). 1. Oktober 1932 Beurlaubung, um einen Ruf als Direktor des 1. Chemischen Laboratoriums der Universität Wien anzunehmen; er bleibt auf der Gehaltsliste der I. G. Farben, ab dem 1. Januar 1934 bis März 1938 Professor in Wien. 1938 Emigration nach Kanada. 1940 geht er in die USA, wo er in New York am Polytechnic Institute arbeitete. Er gründete das Polymer-Institut, dessen Direktor er war: Vater der Polymere. Über 500 Zeitschriftenveröffentlichungen, 20 Fachbücher, zahlreiche Ehrendoktortitel, vielfältige wissenschaftliche Würdigungen.

Alfred Merton (1878—1954)

Weltbürger, Händler, Industrieller

Bankier, geboren am 19. April 1878 in Frankfurt, am 4. April 1954 in Baden-Baden verstorben. Dritter Sohn des Mitbegründers der Frankfurter Metallgesellschaft Wilhelm Merton und dessen Ehefrau Emma Ladenburg, Tochter des Frankfurter Bankiers Ladenburg. 1919—1934 Mitglied des Aufsichtsrates der BASF bzw. I. G. Farben, Emigration in die USA, 1954 Rückkehr nach Deutschland.

Richard Merton (1881—1960)

Europäer mit britischem Pass und deutschem Herzen

Bankier, geboren am 1. Dezember 1881 in Frankfurt, verstorben am 6. Januar 1960 in Frankfurt, evangelisch-reformiert, Bruder von Alfred Merton. Offizier und im Kriegsernährungsamt tätig, Mitglied der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles, umfassende politische (DVP) und wirtschaftliche Tätigkeit, 1930 in dritter Ehe verheiratet mit Elisabeth Prinzessin zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg (1890—1953). Zwei Adoptivsöhne: Prinz Franz zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg und Prinz Casimir Johannes zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg. 1934—1938 Mitglied des Aufsichtsrats der I. G. Farben. 1938 Verschleppung ins KZ Buchenwald, 1939 Emigration nach Großbritannien, 1947 Rückkehr nach Deutschland, BASF-Aufsichtsrat 1951—1958.

III.
Vom Mitbürger zum Verfolgten
Das Schicksal der jüdischen Haushaltsvorstände Ludwigshafens des Jahres 1912

Zum letzten Mal vor dem Beginn der nationalsozialistischen Verfolgung bietet das Ende des Jahres 1912 die Gelegenheit, einen nahezu vollständigen Überblick über alle in Ludwigshafen ansässigen jüdischen Haushaltsvorstände zu gewinnen.[616]

Haushaltsvorstände 1912[617]	260
Davon schon 1919 nicht mehr im Adressbuch	33
Davon 1921—1931 aus dem Adressbuch verschwunden	9
Vor 1933 verstorben (meist in Ludwigshafen)	71
1933—1941 in Deutschland verstorben (meist in Ludwigshafen)	39
Ab 1933 aus Ludwigshafen emigriert	48[618]
In Internierungs-/Vernichtungslagern umgekommen/ermordet	66
1941/42 noch in Ludwigshafen nachweisbar	1
Verschleppung in Lager, 1945 Rückkehr	2

Die aufgeführten 260 Männer und (wenigen) Frauen gehörten, wie an anderer Stelle ausgeführt, überwiegend der Mittel- und Oberschicht an; etwa ein Viertel waren Ostjuden. Ihr Schicksal in den folgenden Jahrzehnten ist eine Widerspiegelung der allgemeinen Geschichte Deutschlands und der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Die älteste in der Liste erwähnte Person war um 1819 geboren, die jüngsten 1892, die Mehrzahl – 140 – hatte zwischen 1866 und 1885 das Licht der Welt erblickt.

Über 12% der Menschen – 33 – auf der Liste tauchen schon im Jahr 1919 nicht mehr auf. 15 davon waren Ostjuden, denen es vermutlich nicht gelungen war, in Ludwigshafen ein Auskommen zu finden. Dabei spielte möglicherweise auch der Ausbruch des Ersten Weltkriegs eine Rolle. Nur von 13 der dreiunddreißig ließ sich noch etwas über ihr weiteres Schicksal ermitteln.

71 der aufgeführten Haushaltsvorstände starben vor dem Jahr 1933, die meisten davon in Ludwigshafen, ein Zeichen der Bodenständigkeit und Verwurzelung der jüdischen Mitbürger in der jungen Stadt. Nicht wenige der Verstorbenen wurden als wichtige Geschäftsleute bzw. gesellschaftlich und karitativ Tätige in Nachrufen geehrt. Im Ersten Weltkrieg fielen drei, natürlicherweise der jüngsten Männer. Die anderen jüdischen Toten des Kriegs waren 1912 noch nicht als eigenständige Personen aufgeführt gewesen. Acht Menschen, zu gleichen Teilen Ost- und Westjuden, starben 1918 und 1919 möglicherweise an den Folgen der weltweiten Grippeepidemie. Der erst 27jährige Ludwig Gimbel verschied 1916 in Arosa – hatte er dort Heilung von einer Tuberkulose-Erkrankung

gesucht? Heinrich Goldkorn erlitt 1929 im Alter von 37 Jahren einen recht „modernen" Tod – er überlebte einen Autounfall bei Mannheim nicht.

Dass Goldkorn ein Auto besaß, zeigt auch, dass er wie eine ganze Reihe der 1912 noch als recht arm Erwähnten einen sozialen Aufstieg erlebt hatte. Ganz eingeschränkt zeigt die Liste andererseits auch die Wirkung der Weltwirtschaftskrise: die Ostjuden Elias Rappaport, Siegmund und Israel Sender sowie der Uhrmacher David Stemmer verließen zwischen 1929 und 1931 die Stadt, wo ihre geschäftliche Existenz zusammengebrochen war. Saul Kupfer, der deswegen der Fürsorge anheimgefallen war, wurde von den Nationalsozialisten unter diesem Vorwand 1933 ausgewiesen und emigrierte mit Hilfe seiner Kinder nach Palästina.[619] Die Masse der (Ost-)Juden, die in jener Zeit in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, erscheint freilich nicht auf der Liste von 1912. Sie waren überwiegend erst nach 1918 nach Deutschland bzw. Ludwigshafen gekommen.

Nach der Machtergreifung bis zum Jahr 1941 starben weitere 38 Ludwigshafener Haushaltsvorstände des Jahres 1912 in Deutschland – wiederum meist in Ludwigshafen, alle schon im Schatten der stetig wachsenden Verfolgung. Angst und seelischer Druck haben wohl den Tod etwa des vormaligen GAG-Chefs Markus Sternlieb beschleunigt, und auch der Selbstmord des Postsekretärs Rudolf Wolf im Juli 1933 beim Urlaub in Tegernsee könnte darin begründet liegen. Er sprang mit seiner Frau in einen Abgrund, und selbst die Behörde überlegte, ob die antisemitischen Maßnahmen der Reichsregierung der Grund waren.[620] Der 75-jährige Sigmund Türkheimer, der ab 1937 im jüdischen Altersheim in Neustadt gelebt hatte, floh nach der Pogromnacht aus dem von NS-Schergen angezündeten Heim und gelangte nach Mannheim, wo er einer Lungenentzündung erlag.

Zehn der 1912 in Ludwigshafen ansässigen Ostjuden aus Polen wurde im Oktober 1938 ins Niemandsland zwischen Polen und dem Deutschen Reich abgeschoben, 36 West- und Ostjuden Ende des Jahres 1940 in das Lager im südfranzösischen Gurs deportiert.

Diejenigen Ludwigshafener Juden, die die Zeichen der Zeit erkannten, emigrierten in alle Teile der Welt. Sicher nachweisen bzw. begründet vermuten lässt sich das von etwa 50 der auf der „1912er"-Liste Genannten. Mehr als die Hälfte von ihnen suchte in Amerika ein neues Leben, der Großteil in den USA, wo sie in New York, Chicago, Cincinnati oder wie der Kaufhausbesitzer Samuel Oberdorfer in der Stadt Stuttgart im Staate Arkansas ansässig wurden. Oberdorfer baute mit seinem Bruder und seinen Schwestern dort eine Kette von Läden auf. Selma Sternlieb, die Witwe von Markus Sternlieb, wurde von ihren Töchtern noch aus Gurs in „die Staaten" geholt. Dort pflegte sie bis zu ihrem Tod pfälzische Kochkunst und sprach Pfälzer Dialekt – wie so manche der überlebenden Ludwigshafener Juden, die trotz schrecklicher Erlebnisse ihre Heimat im Herzen bewahrten. Clothilde Baer, die in den 1920ern als „Directrice" in Ludwigshafen gearbeitet hatte (keine „1912erin" also) ließ sich um 1960 in Manila

nur von Pfälzer Nonnen aus ihrer Nachbarschaft pflegen! [621] Nicht immer war die Flucht ohne „Zwischenstationen": manche blieben zuerst noch in Europa, der Herrenausstatter Theodor Kaufmann gelangte über Schanghai nach New York. Zehn Ludwigshafener der „1912er" endeten in Buenos Aires, Montevideo oder wie die Gimbels in Mexiko City. Nur drei Ludwigshafener der ja um 1933/40 schon etwas älteren Generation gingen nach Palästina. Einer davon, Rechtsanwalt Dr. Ludwig Weil, lebte zuerst noch für Jahre in Johannesburg.[622] Dem Raschig-Chemiker Dr. Max Koebner war als Erfinder verschiedener Patente und „Geheimnisträger" der Pass entzogen worden. Er nutzte die selbst im totalitären Staat offenbar noch fühlbaren „Lücken" des deutschen föderalistischen Erbes: mit seiner Frau zog er 1938 nach Mannheim, wo er einen Pass erhielt und nach England auswandern konnte. Dorthin waren schon bald nach 1933 seine Söhne gegangen. Koebner sah für Juden in Deutschland schon damals keine Zukunft mehr und hatte ihnen zu diesem Schritt geraten.[623] Hier zeigt sich etwas durchaus Typisches: die „1912er" zögerten aus deutschem Nationalgefühl, Heimatverbundenheit, Anhänglichkeit an ihre Umgebung, ihre berufliche und private Existenz und ihren Besitz bzw. in der Hoffnung, der Nationalsozialismus werde als Episode vorbeiwehen, die Flucht hinaus – wohl auch, weil sie als oft über Fünfzigjährige in einer neuen Welt zuerst wenig Perspektiven sahen. Ihre Kinder aber sandten sie vielfach schon recht früh ins Ausland bzw. diese jungen Menschen ergriffen selbst die Initiative. Für Ludwigshafen lässt sich diese Entwicklung wegen des Verlustes an Quellen kaum exakt nachvollziehen. So mag die ganz westjüdische kleine Gemeinde im vorderpfälzischen Grünstadt als Beispiel dienen: hier emigrierten von den 1933 dort wohnhaften 50 nach 1900 Geborenen 44; „nur" vier wurden Opfer des Holocaust. Bei den Älteren sah das, ähnlich wie bei den Ludwigshafener „1912ern", deutlich anders aus.

Diejenigen, die den Zeitpunkt des „Absprungs" verpassten, gerieten in die Vernichtungsmaschine der Nationalsozialisten. Rund 65 der „1912er" verstarben in Lagern bzw. wurden ermordet, zwei Drittel davon „im Osten", etwa ein Drittel in Gurs und anderen französischen Internierungslagern. Zwei Ludwigshafener Juden verstarben in Buchenwald. Wenig verwunderlich scheint, dass das Verhältnis von Ermordeten/Umgekommenen zu Emigrierten/Überlebenden bei den Ostjuden, deren Schicksal ermittelt werden konnte, 21:5 beträgt! Hier handelte es sich in vielen Fällen um eher arme Menschen, die zudem teilweise noch 1938 zurück nach Polen abgeschoben worden waren. Aber auch bei den überwiegend doch wohlhabenden, gebildeten Westjuden lag das Verhältnis bei 45:43! Zwar finden sich die ältesten „1912er" unter den Ermordeten/Umgekommenen; insgesamt jedoch unterschied sich die Altersstruktur der beiden Gruppen kaum.

Nach dem Krieg kehrte nur Leo Alsbacher mit seiner Frau auf Dauer nach Ludwigshafen zurück. Einige wenige andere Überlebende hielten sich offenbar kürzer oder länger noch einmal in ihrer Heimatstadt auf.

Teil 3
Die Geschichte der Juden im Raum Ludwigshafen nach 1933

I.
Die Geschichte der Juden im Raum Ludwigshafen im Nationalsozialismus

Die Verfolgung der Juden in Ludwigshafen

„Ich erinnere mich daran, dass der einbeinige, auf Krücken an der Ecke der Bayerischen Hypothekenbank am Ludwigsplatz stehende Bettler mich immer freundlich anlächelte, wenn ich ihm eine Münze gab: Sofort noch 1933 [sah er] mich böse an und bemerkte, er nehme keine Almosen von Juden."[624] Dieses groteske Erlebnis machte auch dem erst achtjährigen Erich Hirschler, Sohn einer angesehenen alteingesessenen jüdischen Familie Ludwigshafens, unmissverständlich den plötzlichen Wandel in der öffentlichen Haltung gegenüber den Juden nach der Machtergreifung klar.

„Antisemitismus ist gewissermaßen der gefühlsmäßige Unterbau unserer Bewegung", schrieb Gottfried Feder, einer der Chefideologen der Nationalsozialisten, schon in der sogenannten „Kampfzeit." Zwar wurde der Rassenwahn von den braunen Führern zur Wissenschaft erhoben, und zahlreiche pseudohistorische und -naturwissenschaftliche Traktate verfasst. Doch tatsächlich verhalfen verschwommene Vorurteile und versteckter Antisemitismus in weiten Teilen der Bevölkerung den Nazis zur Unterstützung, zumindest aber zur Duldung der Verfolgung der Juden.

Der Kampf gegen die Juden war neben Antimarxismus, Sozialdarwinismus und „Kampf um Lebensraum" eine der Grundlagen des Hitlerschen Denkens, die sich wie ein roter Faden durch seine programmatischen Äußerungen zogen. Das „letzte Ziel, […] unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt", steckte Hitler dabei schon 1919. Diese Ideologie, verbunden mit einer massiven antijüdischen Gesetzgebung und radikalen Maßnahmen der Führer der Nazis vor Ort, verwob sich zu einem Netz von Diskriminierung, Entrechtung und Verfolgung.

Eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen, dazu die im totalitären Staat mögliche Willkür der Machtinhaber, erlaubten es den Nationalsozialisten, immer mehr Juden in Ludwigshafen ihrer Existenzgrundlage zu berauben. Die rechtliche Fassade war hilfreich, da ein großer Teil der Bevölkerung Gewaltanwendung zwar missbilligte, Eingriffe „von oben" im obrigkeitsstaatlichen Gehorsam aber weitgehend akzeptierte.

Den Rahmen der Gesetze ausfüllen, oblag den lokalen und regionalen Parteivertretern. So schrieb Dr. Kurt Müller, stellvertretender Geschäftsführer im Hauptamt für Kommunalpolitik der Reichsleitung: „Der Gemeindepolitik erwächst eine besondere Aufgabe hinsichtlich der Ausschaltung der Juden. […] Die Mittel, deren sich die Leiter der Gemeinden zur Behandlung und Lösung der Judenfrage bedienen können, sind so zahlreich, dass es unzweckmäßiger Drohungen nicht bedarf."[625] Müller meinte damit die „Judentafeln", an den Orts- und Stadteingängen.



Abb. 42: Die „Volksgemeinschaft" in Reih und Glied: Soldatentreffen am Rande der Hemshofsiedlung, 1. September 1934

Gerade die pfälzischen bzw. Ludwigshafener Nationalsozialisten zeigten in der Gegnerschaft zu jüdischen Mitbürgern besonderen Eifer. Begleitet und gefördert von reichs- und landes-„gesetzlichen" antijüdischen Regelungen erlebten die Ludwigshafener Juden schon im Jahr der Machtergreifung den Beginn einer umfassenden Verfolgung. Neben die nunmehr quasi amtlich gewordene antisemitische Propaganda der NS-Presse und bei Parteiveranstaltungen und Aufmärschen traten Boykottmaßnahmen gegen den jüdischen Einzelhandel und die Kaufhäuser, Verhaftungen und Misshandlungen, Ausweisungen hilfsbedürftiger Ostjuden bzw. die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft, die Entlassung jüdischer Beschäftigter aus dem öffentlichen Dienst und ihre Bedrängung in freien Berufen.

Verdrängung aus dem öffentlichen Dienst und den freien Berufen

Sehr früh waren in Ludwigshafen die jüdischen Beamten und Freiberufler betroffen. Sie waren neben den jüdischen Händlern und Gewerbetreibenden, ebenso den Lehrern, über die später berichtet werden soll, ein Dorn im Auge der neuen Machthaber. Rechtliche Handhabe und teilweise nachträgliche juristische Absicherung boten umfangreiche Gesetze der Reichsregierung, wie vor allem das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933, ebenso das am gleichen Tag erlassene „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft." Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums



Abb. 43: Adolf Hitler in Ludwigshafen, 25. März 1936

verordnete die Entlassung von Juden in städtischen und staatlichen Diensten. „Gnade", gab es vorerst nur für Beamte, die vor 1918 eingestellt worden waren, im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten oder deren Vater oder Sohn im Krieg gefallen war. Diese „Frontkämpferregelung" und die zeitliche Einschränkung führten immerhin dazu, dass im Deutschen Reich 47 Prozent der jüdischen Richter und Staatsanwälte, 78 Prozent der Rechtsanwälte und 75 Prozent der Kassenärzte zunächst – meist nur für kurze Zeit – weiterarbeiten „durften."

In Ludwigshafen hatten es die Nazis eilig mit ihrer Personalpolitik, preschten teilweise auch vor. Schon am 20. März 1933, am selben Tag als der Nationalsozialist Heinrich Foerster zum zweiten Bürgermeister ernannt wurde, berichtete die Presse bereits stolz über die „Erfolge" in der Personalpolitik: „Seit Samstag Vormittag hat die Säuberungswelle in den städtischen Betrieben in vollem Umfang eingesetzt",[626] Betroffen waren zu diesem Zeitpunkt vor allem Sozialdemokraten und Kommunisten, aber auch Juden. Darunter befand sich auch Dr. Fritz Kaufmann, Chefarzt im Städtischen Krankenhaus. Auf ihn traf der „Arierparagraph" zu, so dass seine Entlassung nachträglich durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gerechtfertigt wurde. Zum Zeitpunkt seiner Entlassung wurde diese jedoch angeblich „wegen verschiedener Vorkommnisse"[627] vorgenommen – so schrieb zumindest die „Nationalsozialistische Zeitung (NSZ) Rheinfront" – und ein Disziplinarverfahren gegen den bekannten Mediziner angekündigt. „Mit sofortiger Wirkung beurlaubt"

wurde ebenfalls bereits im März Dr. Isidor Dreyfuß, Obermedizinalrat und Bezirksarzt im amtsärztlichen Dienst. Das gleiche Schicksal ereilte Bezirksarzt Dr. Leopold Bodenheimer.

Ebenfalls im März 1933 wurde Sanitätsrat Dr. Leo Katz, der in der Schubertstraße eine HNO-Praxis betrieb, seines Postens als Vorsitzender der ärztlich-wissenschaftlichen Vereinigung enthoben, „durch Mehrheitsbeschluss der Plenarversammlung", verlautete in der Presse.[628] Der Autor fügte hinzu, dass „hoffentlich" auch der ärztliche Bezirksverband Pfalz sich seines Vorsitzenden Katz entledigen werde und ihn durch einen „deutschen" Arzt ersetzen werde – was bald geschah. Katz war jedoch 1932 aus dem Judentum ausgetreten,[629] war also kein „Glaubensjude" mehr. Die „rassische" Zugehörigkeit zum Judentum wurde aber erst in den so genannten Nürnberger Gesetzen am 15. September 1935 festgeschrieben.

Am 31. März 1933 wurden zudem alle jüdischen Schulärzte in Bayern auf Weisung von Innenminister Adolf Wagner entlassen. Am selben Tag erging auch eine Weisung des bayrischen Innenministers Hans Frank an die obersten Gerichtsbehörden, jüdische Richter und Staatsanwälte zu beurlauben, jüdischen Rechtsanwälten das Betreten der Gerichtsgebäude zu verbieten und Notaren die Berufsausübung zu untersagen. Wieweit diese Anordnung konkrete Auswirkungen in Ludwigshafen hatte, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.

Die freiberuflichen Ärzte, gegen die es zunächst keine so wirkungsvolle Handhabe gab wie im Fall der Ärzte in Staatsdiensten, wurden auf andere Weise getroffen: Das städtische Wohlfahrtsamt stellte für 16 jüdische Ärzte einfach keine Krankenscheine mehr aus.[630] Betroffen waren neben den bereits genannten Kaufmann, Katz und Bodenheimer das mit Ernst Bloch befreundete Arzt-Ehepaar Max und Helena Hirschler, dazu die Ärzte Leva, Fried, Gerstle, Gottlieb, Rosenfeld, Weil, Bamberger, Klippstein, Mohr, Wolf und Otto Strauß.

Rechtsreferendare, zunächst ja nur Beamte auf Zeit, wurden nach dem Gesetz vom 7. April 1933 entlassen, um jüdischen Nachwuchs in Beamtenpositionen von vornherein auszuschließen. Das traf auch Edgar Strauss (früher Strauß), der danach die Juristerei ganz aufgab und bis Ende 1938 im Eisenwarengeschäft seines Vaters Nathan und des Onkels Julius weiterarbeitete.[631] Markus Sternlieb blieb ebenfalls nicht verschont: Der Erbauer der Ebertsiedlung, der Rheinschule und des Stadthauses wurde bei öffentlichen Kundgebungen heftig angegriffen und bedroht. Kurze Zeit später geriet er in „Schutzhaft"; seine Pension wurde willkürlich gekürzt.[632]

Wie verbissen die neuen Herrscher in Ludwigshafen ihr Ziel verfolgten, jüdische Beamte vor allem an exponierter Stelle loszuwerden, zeigte der lange, letztlich allerdings erfolglose Kampf, den Rechtsrat Dr. Otto Weiler gegen seine Kaltstellung focht. Weiler, als Vorsitzender des „Centralvereins" auch prominentes Mitglied der israelitischen Gemeinde, war einer von drei Rechtsräten in

der Stadtverwaltung. In seinem Fall griff das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nicht, denn Weiler war Frontkämpfer und als solcher – nach dem Gesetzestext – zunächst zu schonen. „Politische Unzuverlässigkeit" nach Paragraph 4 konnte dem national gesinnten Juden kaum jemand vorwerfen. Und auch der Paragraph 6, der Entlassungen unter dem Vorwand der „Vereinfachung der Verwaltung" ermöglichen sollte, war für die Nazis wenig hilfreich, da – unter anderem bestätigt von Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius – Otto Weiler nicht entbehrlich war. Trotzdem hatte Heinrich Foerster Weiler schon am 10. März 1933 „beurlaubt", womit dieser sich jedoch nicht abfinden wollte.

Damit begann ein Kampf, der fast zwei Jahre dauern sollte und in den sich auch Reichsstatthalter von Epp in München einschaltete. Die Auseinandersetzung lässt sich anhand von Stadtratsprotokollen nachvollziehen,[633] da der „Fall Weiler" in diesem Gremium intensiv diskutiert wurde. Fürsprecher Weilers war dabei Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius, der sich aber mit seinem schwachen Protest erwartungsgemäß nicht durchsetzte: „Weilers Jüdischsein sei nie störend in Erscheinung getreten."[634] Der OB schlug vor, Weiler auf einen „nicht exponierten Posten innerhalb der Stadtverwaltung" zu versetzen, wo er keinen Publikumsverkehr habe. Dr. Karl Weinmann, zunächst Fraktionsführer der NDSAP im Stadtrat und ab 2. August 1933 Leiter des Personalamtes, bestand aber im Namen der NSDAP auf der Versetzung Weilers in den Ruhestand. Mit frappierender Offenheit – wobei ihm der Widerspruch sicher nicht aufging – meinte Weinmann im Stadtrat, dass Weiler die Attacken gegen seine Person nicht verstehe, da „er sich innerlich als Pfälzer und Deutscher fühle."[635] Weiler selbst versuchte sich mit umfangreichen Darlegungen seiner nationalen Zuverlässigkeit und der Distanzierung von seiner politischen Vergangenheit in ein für die neuen Machthaber günstiges Licht zu setzen – vergeblich.[636]

Reichsstatthalter von Epp verlangte von den Ludwigshafenern, Weiler mit Zahlung eines Wartegeldes in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.[637] Das wieder wollten die hiesigen NS-Bonzen nicht. Die Stadträte einigten sich darauf, mit dem Rechtsrat zu „verhandeln." Nach langem Ringen gab Dr. Otto Weiler auf. Er willigte ein, sich zum 1. Dezember 1934 in den „einstweiligen" Ruhestand versetzen zu lassen, ohne Zahlung eines Wartegeldes. Es war dies nicht der einzige Fall, wo die Ludwigshafener gegen Weisungen aus München ihre „harte Linie" durchsetzten. Weiler schließlich arbeitete als Syndikus des „Verbandes der bayrischen Israelitischen Kultusgemeinden" bis 1938 in München und emigrierte nach der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 in die USA, wo er nach anfänglichen Schwierigkeiten eine gute Position erlangte. 1965 starb er in New York; sein Sohn studierte in Harvard.[638]

Weniger spektakulär verliefen eine Reihe von Entlassungen unter den Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst, die neben Juden Vertreter der

Sozialdemokraten, der Kommunisten und anderer Parteien betrafen. Ähnliche Massenentlassungen gab es in der freien Wirtschaft nicht.

Neben den jüdischen Beamten gerieten auch recht bald „arische" Kollegen mit „Mischehen" ins Schussfeld. Eine Handhabe zu ihrer „Disziplinierung" bot unter anderem das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet des allgemeinen Beamten-, Besoldungs- und Versorgungsrechts" vom 30. Juni 1933, das massive Benachteiligungen dieser Beamten ermöglichte. Auch sie wurden, wie ihre jüdischen Kollegen, an den modernen Pranger der Presse gestellt. So fand sich ein „beamteter Jüdling" in einem Schmähartikel wieder, ein Ludwigshafener Finanzinspektor, der seine jüdischen Schwiegereltern in Dahn besucht hatte. Sein „intimer Verkehr mit anderen Dahner Vieh-, Eisen- und Möbeljuden" ist für den Schreiber der Beweis für „eine Gesinnungsverwandtschaft, die das semitische Schuldenkonto des Staatsbeamten um einen beträchtlichen Posten erhöht." [639]

Die Einschränkungen nahmen zu. Immer mehr Berufe – zum Beispiel der des Steuerberaters – wurden Juden durch neue Ausbildungs- oder Zulassungsverordnungen unzugänglich gemacht. Jüdische Ärzte durften schließlich nur noch den Titel „Behandler" führen und nur jüdische Patienten versorgen. Rechtsanwälte waren nur noch „Konsulenten" für jüdische Klienten. Eine neue Justizausbildungsordnung (22. Juli 1934) verweigerte jüdischen Studenten die Teilnahme an der ersten juristischen Staatsprüfung. Die „Prüfungsordnung für Ärzte, Zahnärzte und Apotheker" (5. April 1934) machte die Zulassung zu Praktika und Prüfungen und die Approbation von der „nationalen und moralischen Zuverlässigkeit des Antragsstellers" abhängig – Juden wurden selbstverständlich nicht mehr zugelassen.

Hier, wie in so vielen Bereichen im nationalsozialistischen Terrorstaat, verwoben sich die Gesetze der Reichsregierung und die konkreten Zugriffe der NS-Partei und -Verwaltung zu einem undurchdringlichen Netz der Ausgrenzung. Das endgültige Erlöschen der ärztlichen Approbationen für Juden zum 30. September 1938 und das Ausscheiden aus der Rechtsanwaltschaft zum 30. November 1938 waren nur offizieller Abschluss bereits vollendeter Tatsachen. Schon vorher war die Ausübung dieser Berufe für Juden in Ludwigshafen praktisch unmöglich geworden.

Der Zugriff auf die Schulen

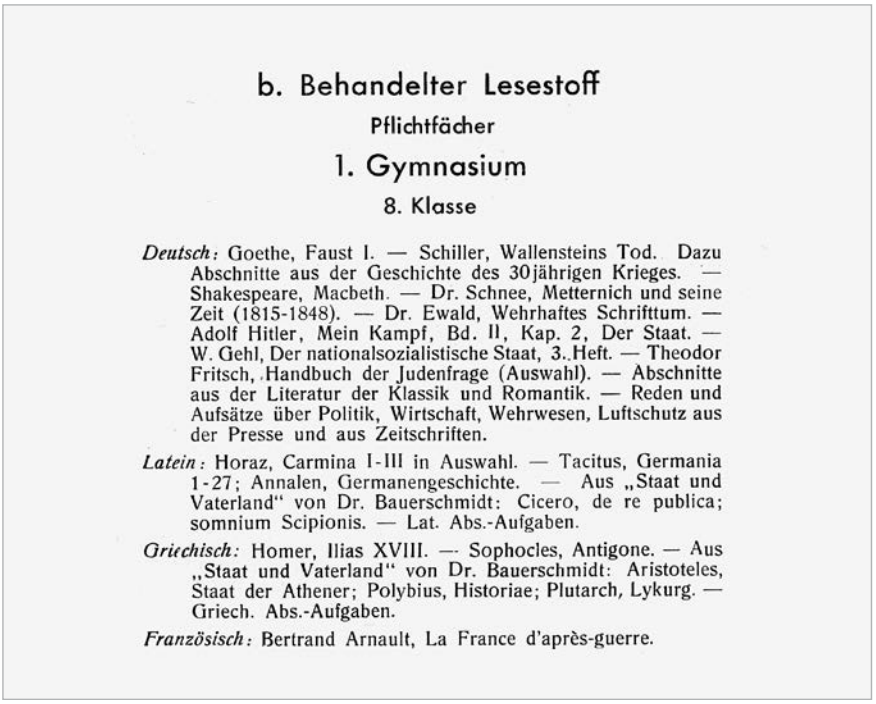
Dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 fielen überall im Deutschen Reich auch zahlreiche Lehrer zum Opfer – politisch missliebige, aber auch die jüdischen Pädagogen mussten ihre Pulte räumen. In Ludwigshafen waren Juden in der Lehrerschaft nicht so stark vertreten, wie in den freien Berufen, doch auch um ihre Entlassung entspannen sich harte Auseinandersetzungen. Tatkräftig unterstützt wurden die

lokalen Parteistellen und das bayerische Kultusministerium dabei von Gauleiter Josef Bürckel, der als ehemaliger Volksschullehrer an der Schulpolitik naturgemäß großes Interesse hatte. So wurden Lehrer „in den Ruhestand versetzt", die in Berichten der Schulleiter vor der Machtübernahme der Nazis noch hoch gelobt worden waren.

Den gewandelten Ton demonstrieren auch die Berichte, die die Schulleiter alljährlich über das abgelaufene Schuljahr nach München schickten. So schrieb Dr. Ludwig Hasenclever, kommissarischer Leiter des Humanistischen Gymnasiums, über das Schuljahr 1933/34: „Das Schuljahr stand in seinem ganzen Verlauf unter dem Zeichen der nationalen Erhebung. Es wäre kleinlich die selbstverständliche Tatsache zu betonen, dass die unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer bewegten Zeit den altgewohnten Gang des Schul- und Unterrichtsbetriebs dann und wann gestört haben, bot doch die einströmende frische Luft des Zeitgeschehens für etwaigen Unterrichtsausfall wertvollste Anregungen als Ersatz." [640]

Eine dieser „unvermeidlichen Begleiterscheinungen" war eine „spontane" Demonstration von Schülern der Oberrealschule, des Gymnasiums und des Realgymnasiums, die sich gegen Studienprofessor Dr. Adolph Wetzlar richtete. Wetzlar, geboren 1874, war Verfasser von Schulbüchern für den Englischunterricht und wie erwähnt im Literarischen Verein der Pfalz tätig. Auf Veranlassung der Hitler-Jugend versammelte sich am 13. Mai 1933 eine Anzahl von Schülern, um gegen den jüdischen Professor zu demonstrieren.[641] Als die Schulleitung der Oberrealschule die Kundgebung nicht genehmigte, hinderten die Schüler Klassenkameraden am Betreten der Schule. Kultusminister Hans Schemm nahm diesen Vorfall zum Anlass für einen Protest bei der HJ-Landesführung. Dr. Wetzlar jedoch wurde schließlich am 1. September 1933 als „Volljude" aus dem Schuldienst entlassen. Einen Monat später siedelte der Professor nach Mannheim über, schließlich meldete er sich am 4. Mai 1936 nach München ab. Dort unterrichtete er jüdische Kinder, die nicht mehr die öffentlichen Schulen besuchen durften und bot noch im Sommer 1941 in der Israelitischen Kultusgemeinde Englischkurse an. Von dort wurden Adolph Wetzlar und seine Frau Else am 15. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert und am 28. Oktober 1944 schließlich mit dem letzten Transport nach Auschwitz. Beide wurden dort vermutlich gleich nach der Ankunft ermordet.[642]

Außer Wetzlar war eine ganze Reihe weiterer jüdischer Lehrer betroffen. Lapidar berichtete Dr. Ernst Rudel, Leiter der Oberrealschule am 5. Juni 1934: „Im Berichtsjahre schieden sieben Lehrkräfte aus. […] Unter den nach Paragraph 3 beziehungsweise 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ausgeschiedenen Lehrkräften befanden sich 2 nicht arische Lehrer, die in den letzten Jahren immer größere Schwierigkeiten gegenüber den Schülern hatten, zum großen Teil durch eigene Schuld. Ihr Ausscheiden wirkt sich daher auf



b. Behandelter Lesestoff

Pflichtfächer

1. Gymnasium

8. Klasse

Deutsch: Goethe, Faust I. — Schiller, Wallensteins Tod. Dazu Abschnitte aus der Geschichte des 30jährigen Krieges. — Shakespeare, Macbeth. — Dr. Schnee, Metternich und seine Zeit (1815-1848). — Dr. Ewald, Wehrhaftes Schrifttum. — Adolf Hitler, Mein Kampf, Bd. II, Kap. 2, Der Staat. — W. Gehl, Der nationalsozialistische Staat, 3. Heft. — Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage (Auswahl). — Abschnitte aus der Literatur der Klassik und Romantik. — Reden und Aufsätze über Politik, Wirtschaft, Wehrwesen, Luftschutz aus der Presse und aus Zeitschriften.

Latein: Horaz, Carmina I-III in Auswahl. — Tacitus, Germania 1-27; Annalen, Germanengeschichte. — Aus „Staat und Vaterland" von Dr. Bauerschmidt: Cicero, de re publica; somnium Scipionis. — Lat. Abs.-Aufgaben.

Griechisch: Homer, Ilias XVIII. — Sophocles, Antigone. — Aus „Staat und Vaterland" von Dr. Bauerschmidt: Aristoteles, Staat der Athener; Polybius, Historiae; Plutarch, Lykurg. — Griech. Abs.-Aufgaben.

Französisch: Bertrand Arnault, La France d'après-guerre.

Abb. 44: Aus dem Jahresbericht 1937/38 des Ludwigshafener Gymnasiums: „Theodor Fritsch: Handbuch der Judenfrage (Auswahl)"

Antisemitische Inhalte im Unterricht

Der „Zugriff auf die Schulen" betraf nicht nur die Verdrängung jüdischer Schüler und Lehrer. Nationalsozialistische Jugendverbände ergänzten die hergebrachten Bildungseinrichtungen, und vom Kindergarten bis zur Universität wurden die Unterrichtsinhalte im Sinne des Nationalsozialismus umgestaltet: Neben Militarisierung, Heroen- und Führerkult sowie Staatsvergötzung traten auch Rassenwahn und Judenhetze. Im Ludwigshafener Gymnasium gab es z.B. im Schuljahr 1937/38 als Lesestoff neben dem in NS-Kreisen äußerst einflussreichen Werk des antisemitischen Publizisten Theodor Fritsch noch Auszüge aus „Mein Kampf", weitere „Werke" zu „Rasse und Volkstum" und immer wieder Shakespeares „Kaufmann von Venedig", der judenfeindlich instrumentalisiert wurde. In Hausarbeiten sollten die Schüler etwa das Thema bearbeiten: „Des Führers Wandlung vom schwächlichen Weltbürger zum fanatischen Antisemiten". Fett gedruckt vermerkte der Bericht unter der Schülerstatistik: „Das jüdische Religionsbekenntnis ist in der Anstalt nicht vertreten."

den Schulbetrieb günstig aus."[643] Ihren Hut nehmen mussten unter anderem Dr. Moses Buttenwieser am Humanistischen Gymnasium und Dr. Salomon Levi an der Oberrealschule. Buttenwieser hatte sich wie Levi vergebens darauf berufen, dass er schon vor 1918 als Lehrer tätig gewesen war und daher nach Paragraph 2 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im Amt verbleiben dürfte. Das Kultusministerium erkannte jedoch seine Tätigkeit als Hilfslehrer in Hagenau nicht an – Buttenwieser wurde im September 1933 in den Ruhestand versetzt. Auch Hugo Freudenberger, Studienrat an der Oberrealschule, nutzte es auf Dauer nichts, dass er Frontkämpfer gewesen war.

Kantor Salomon Wetzler, der am Mädchenlyzeum israelitische Religion unterrichtete, wurde aus „Ersparnisgründen" in den Ruhestand versetzt. Die 20 bis 25 jüdischen Schülerinnen am Mädchenlyzeum mussten danach am für ihre männlichen Glaubensgenossen eingerichteten Religionsunterricht am Gymnasium teilnehmen. Dort war Josef Liberles, Oberkantor der Israelitischen Gemeinde, zuständig, der aber für seine Mehrarbeit nicht bezahlt wurde und Beschwerde führte. Nachdem Liberles 1936 in die USA auswanderte, übernahm Bezirksrabbiner Dr. Ernst Steckelmacher den Religionsunterricht für die jüdischen Schüler – inzwischen ganz ohne Bezahlung.[644]

Als Begründung für Entlassungen reichte, wie in einem Fall von Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius im Mai 1933 an die Regierung der Pfalz notiert: „Jüdische Jugenderzieher seien aus grundsätzlichen Erwägungen für den Dienst an städtischen Schulen ungeeignet." Studienprofessor Dr. Rehfeld, dem dieses Urteil galt, musste auf Betreiben des zweiten Bürgermeisters Heinrich Foerster sein Lehramt am Städtischen Mädchengymnasium ebenfalls aufgeben.[645]

Der Ton verschärfte sich bald weiter. So hieß es im Jahresbericht für das Schuljahr 1935/36 an der Oberrealschule: „Das Ausscheiden der jüdischen Lehrer wurde allgemein als Erleichterung begrüßt. Wenn auch anerkannt werden muss, dass die Schüler soviel Taktgefühl zeigten, um es nicht zu Schwierigkeiten kommen zu lassen, so war doch der Widerspruch zwischen dem, was die Schüler tagtäglich im Unterricht hörten und sahen und der Tatsache, dass sie dennoch einem jüdischen Lehrer Gehorsam schuldeten, auf die Dauer untragbar."

Schließlich reichte es aus, jüdische Großeltern zu haben. So berichtete der mit der Leitung des Gymnasiums beauftragte Studienprofessor Dr. Andreas Graßl am 8. November 1936 erbost über den „Vierteljuden" Studienrat Hecht, der sich weigere, nach den Grundsätzen der Bewegung zu unterrichten. Das Maß war voll, als sich Hechts Kollege Laudensack, verheiratet mit einer Jüdin, über eine Rede von Hermann Göring lustig machte und gestand, die Informationen über die Rede von dem, in den Worten Graßls, „Greuelmärchenerzähler und Judenbastard" Hecht zu haben. Das Kultusministerium empfahl die Versetzung Laudensacks und für Hecht die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, denn „die gleichen Schwierigkeiten werden bei ihm an jeder Anstalt sich ergeben." Im

nächsten Jahresbericht der Schule taucht der Name des „Judenstämmlings" nicht mehr auf.

Doch nicht nur den Lehrern, auch den jüdischen Schülern wurde das Leben an den Schulen schwer gemacht. Im „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen" vom 27. April 1933[646] wurde festgeschrieben, dass Juden in den Bildungseinrichtungen nur noch 1,5 Prozent der Gesamtzahl der Schüler und Studenten stellen durften. Dies war in erster Linie für die Studenten existenzbedrohend, denn die Juden waren an den Hochschulen traditionell stark vertreten. Hinzu kamen diverse Einschränkungen der Ausbildungsmöglichkeiten wie die Reichshabilitationsordnung vom 13. Dezember 1934, welche die Habilitation von der „arischen Abstammung" abhängig machte.

In den Schulen nahm der Druck auf die Schüler ebenfalls zu. Schließlich waren die im Amt verbliebenen Lehrer entweder Nationalsozialisten, oder sie passten sich an. Tägliche Demütigungen und Verhöhnungen, auch durch einige Mitschüler, machten den Schülerinnen und Schülern das Leben schwer. Über den täglichen Kleinkrieg berichtet auch Jakob Schamir, der in seiner Kindheit Oskar Stemmer hieß. Er ging zunächst in die Wittelsbachschule, später in die Rheinschule:

„Ich hatte eine fabelhafte Beziehung zu meinen Schulkameraden, obwohl ich als orthodoxer Jude klar zu erkennen war, mit Schläfenlocken und Käppchen. Auf Ausflügen trugen meine Freunde teilweise HJ-Uniformen, doch ich bin nicht belästigt worden. In der fünften Klasse aber habe ich einen Lehrer bekommen, der hat mich gleich samstags an die Tafel gerufen, um eine Rechenaufgabe zu schreiben. Die ganze Klasse hat gerufen: „Er darf nicht schreiben, es ist Schabbes." Weil ich nicht geschrieben habe, hat er meine Mutter bestellt und sie in SA-Uniform empfangen. Von da an hatte ich es sehr schwer." [647]

In einem Schreiben an die Schulleitungen verwies auch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus noch am 25. November 1937 darauf, dass auf jüdische Schüler wegen des Sabbats keine Rücksicht genommen werden dürfe.[648]

Über den Vollzug des Gesetzes gegen die „Überfüllung der Schulen" wachte die Regierung der Pfalz. Die höheren Schulen wurden bombardiert mit Nachfragen nach „Vollzugsmeldungen" und Erinnerungen an den erlaubten Prozentsatz jüdischer Schüler, der, glaubt man den Antworten aus den Schulen, wohl bald erreicht war. So meldete das Mädchenlyzeum mit Mädchenrealgymnasium und -mittelschule der Dominikanerinnen in Ludwigshafen am 29. September 1933 unter 320 Schülerinnen nur drei „reichsdeutsche nichtarische" Schülerinnen.[649]

Das reichte den Nationalsozialisten letztlich jedoch nicht. Am 27. Juni 1936 erging eine Verfügung der Regierung der Pfalz „betreffend Sonderung der jüdischen Kinder an den Volksschulen." [650] Für die Pfalz wurden Listen erstellt,

wieviele jüdische Kinder in Klassen zusammengefasst werden konnten. Für Ludwigshafen bedeutete dies, dass 47 Schüler aus der Stadt Ludwigshafen, zwölf Schüler aus dem Bezirksamt Ludwigshafen und zehn Schüler aus dem Bezirksamt Frankenthal, davon fünf aus Frankenthal, vier aus Lambsheim und einer aus Maxdorf, zwei jüdische Klassen bilden sollten. Später kamen noch sechs weitere Schüler hinzu, insgesamt also 75 Kinder. Die erste bis vierte und die fünfte bis achte Klasse wurden gemeinsam unterrichtet. „Die Kinder von Juden, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen (Ostjuden), sind, wenn dies beantragt wird, mit aufzunehmen." Die Klassen verblieben an den regulären Schulen. Unterrichtet wurden die Schüler von jüdischen Lehrern. So wurde zum 1. September 1936 Volksschullehrer Heinrich Schottland eingestellt, der das reguläre Anfangsgehalt eines Volksschullehrers in Höhe von 2800 Reichsmark jährlich erhielt. Zum 26. April 1937 folgte der erst 19 Jahre alte Schulamtsanwärter Edgar Wetzler, der Sohn des Kantors, als Vertragslehrer.[651]

An den höheren Schulen waren weiterhin jüdische Schüler verblieben. Ihre Zahl lässt sich nicht feststellen, da im Bayerischen Hauptstaatsarchiv München die entsprechenden Schülerlisten nicht mehr vorhanden sind. Nachgewiesen ist jedoch, dass selbst 1938 an der Oberrealschule in der Jaegerstraße noch zwei jüdische Schüler lernten: Die beiden 14jährigen Rudi Goldmann und Richard Greilsamer, letzterer der Sohn von Max Greilsamer, Inhaber der Eisenwaren- und Werkzeughandlung Greilsamer und Lefor. Richard verließ zum 31. August 1938 die Schule, für Rudi Goldmann ist sogar erst das Austrittsdatum 10. November 1938, also nach der Reichspogromnacht, verzeichnet.[652]

Goldmann schrieb 1981 in seiner brasilianischen neuen Heimat über seinen letzten Schultag: „Nachdem die ersten 2 Schulstunden herum waren, mußten alle zur Pause in den Schulhof. Aber heute war etwas besonderes los: ‚Oooooohhhh', etwa 1000 Jungen standen um mich herum, der einzige Jude in der ganzen Schule. ‚Oooooohhhh'. Ich hatte schon von ähnlichen vorhergehenden Situationen Erfahrung, daß es das beste war, mir eine Tür im Rücken zu halten, und so tat ich dies wieder. ‚Oooooohhhh', die ganze Schule. Es war schrecklich. ‚Oooooohhhh'. ‚Goldmann, komm rein', rief der Hausmeister. (…) Oberstudienrat Gruber will mit dir sprechen.' Dieser wartete schon im Gang auf mich. ‚Du wirst für heute beurlaubt', sagte er, und ich ging. Dies war mein letzter Tag in der Oberrealschule gewesen."[653]

Am 15. November 1938, als eine der zahlreichen Folgen des großen Pogroms, wurde es den jüdischen Kindern und Jugendlichen gänzlich verboten, an öffentlichen Schulen zu lernen, die Sonderklassen wurden wieder aufgelöst. Das bayerische Kultusministerium teilte der Regierung der Pfalz am 16. Februar 1939 mit: „Wo bisher keine besonderen Schuleinrichtungen für Juden bestanden, bleibt die Erteilung von Schulunterricht an schulpflichtige Juden bis auf weiteres den Juden überlassen."[654] 1942 schließlich wurden auch „Mischlinge" nicht mehr

geduldet. Im August informierte das Bayerische Ministerium die Schulen über den Beschluss der Reichsregierung, dass „jüdische Mischlinge ersten Grades" in Haupt-, Mittel- und Höheren Schulen nicht mehr aufzunehmen und teilweise zu entlassen seien. „Mischlinge zweiten Grades" durften nur dann bleiben, „wenn die Raumverhältnisse so sind, dass keine Benachteiligung für Schüler deutschen oder artverwandten Blutes" zu erwarten sei.[655]

Gerade im Bereich der Schulbildung, in der Reaktion auf diese Diskriminierung, Isolation, Verfolgung und Existenzbedrohung, vollbrachten die Juden überall in Deutschland eine immense Leistung in der Zeit des Nationalsozialismus. Denn innerhalb kurzer Zeit entstand auf den stabilen Wurzeln jüdischer Lern- und Lehrtradition ein enggeknüpftes Netz von Schulen, gewerblichen und handwerklichen Lehrstätten und Umschulungsangeboten für die Verfolgten, für Kinder und Erwachsene. Die Vorbereitung zur Auswanderung stand dabei im Vordergrund. Für das Leben in Palästina beispielsweise waren die deutschen Juden nicht unbedingt gerüstet, dort wurden in erster Linie Handwerker und Bauern gebraucht, weniger Ärzte oder Rechtsanwälte. Doch nicht nur berufliche Bildung wurde angeboten, sondern auch die allgemeine Schulbildung, wie sie an den öffentlichen Schulen unmöglich wurde. Die religiöse Bildung wurde forciert, für viele der Ludwigshafener Juden eine Rückbesinnung. Fremdsprachen sollten außerdem auf ein Leben im Ausland vorbereiten, sie wurden auch bereits in den Sonderklassen gelehrt. Der Zulauf zu den jüdischen Bildungseinrichtungen war verständlicherweise groß. 1936, als in Ludwigshafen die jüdischen Sonderklassen eingerichtet wurden, besuchten schon 22 000 der 42 000 jüdischen Schüler im Deutschen Reich zwischen sechs und 14 Jahren jüdische Schulen. An Lehrern jedenfalls war kein Mangel.

In Ludwigshafen wurden keine eigenen Bildungsstätten eingerichtet. Hier verließ man sich auf die gewachsene Struktur der traditionsreichen und großen Mannheimer Gemeinde. Das 1929 gegründete Lehrhaus wurde schon ab 1933 mit einem erweiterten Bildungsangebot genutzt. Unter der Leitung des aus dem Schuldienst entlassenen Professor Billigheimer wurde das einst hauptsächlich religiöse Programm durch Sprachen und praktische Kurse wie Stenographie und Schreibmaschine, Nähen, Kochen und Werken ergänzt. Ab 1934 wurde dies zur „Schule der Jugend" erweitert.[656] Die Einrichtung musste einen starken Zustrom aus Ludwigshafen und der Pfalz verkraften. Nach den einklassigen Anfängen richtete die Mannheimer Gemeinde ab 1936, dem Zeitpunkt der Einrichtung der Sonderklassen, einen regulären Schulbetrieb mit bald 450 Schülern ein. Auf der Volksschule aufbauend gab es außerdem – sehr modern – ein freiwilliges neuntes Schuljahr als „Jüdische Aufbauschule." 1936 besuchten 38 Schüler diese Klasse, zehn davon aus Ludwigshafen. In zwei Lehrwerkstätten wurden 35 junge Juden ab 1936 als Vorbereitung zur Auswanderung in 30 Monaten zum Schreiner oder Schlosser ausgebildet. Nur 14 der Lehrlinge kamen aus Mannheim, der Rest aus

der Umgebung. Daneben nahmen die Ludwigshafener Juden zahlreiche andere Möglichkeiten der Umschulung oder Weiterbildung wahr. Der promovierte Jurist Dr. Edgar Strauß belegte beispielsweise in Frankfurt einen Kurs im Schweißen trotz seiner Hoffnung, „dass Auswanderung nicht nötig sei."[657] Jakob Schamir besuchte – ebenfalls in Frankfurt – die Rabbiner-Hochschule, sein Bruder lernte an einer landwirtschaftlichen Schule in Berlin.[658]

So konnten die Juden in Ludwigshafen zumindest versuchen, der Diskriminierung im Bildungsbereich etwas entgegenzusetzen. Dies hatte Erfolg, weil sie hier die entsprechenden Voraussetzungen bieten konnten. Lernen und Lehren ist eine gefestigte Tradition der jüdischen Religion und des jüdischen Lebens. Finanzielle Probleme durch die zunehmende Verarmung der jüdischen Gemeinde und ihrer Mitglieder erschwerten jedoch die Weiterführung der Schulen. Trotzdem konnten viele junge und alte Juden noch in ihren Auswanderungsvorbereitungen unterstützt werden, bevor es dazu zu spät war, bevor am 22. Oktober 1940 in Ludwigshafen alles vorbei war.

Druck auf jüdische Organisationen

Das totalitäre Regime der Nationalsozialisten umfasste alle Lebensbereiche, bei denen, die es unterstützten, ebenso wie bei den Menschen, die zu den Verfolgten zählten. Die Juden in Ludwigshafen, zuvor nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich geachtet und akzeptiert, mussten im Laufe der Jahre mehr und mehr Einschränkungen ihrer Rechte und Freiheiten hinnehmen. Sie verschwanden aus dem Vereinsleben, aus der Kulturarbeit, die Nazis mischten sich in ihre religiösen Angelegenheiten ein. Denn obwohl die Nationalsozialisten in ihrem Rassenwahn die Juden als Rasse bezeichneten, wollten sie sie auch in der Ausübung ihrer Religion einschränken. So wurde schon am 21. April 1933 im ganzen Reich das Schächten verboten, das Schlachten von Tieren nach jüdischem Ritus, und die Einhaltung des Sabbat wurde, wie bereits geschildert, immer mehr erschwert.

Viel Energie verwendeten die Nationalsozialisten darauf, die funktionierende Organisation der Gemeinde mit ihren vielfältigen, vor allem aber auch wohltätigen Aufgaben zu schwächen. Nun hatten die Juden in Deutschland, die sich zuvor nie über eine Dachorganisation hatten einigen können, schon in den ersten beiden Jahren des „Dritten Reiches" eine Reihe verschiedener Organisationen auf Reichsebene geschaffen – zum Teil aber auch unter Zwang und gelenkt von der Regierung. Die erste entstand nach dem Schock des Aprilboykotts – noch im April 1933 wurde der „Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau" ins Leben gerufen. Am 17. September 1933 wurde die „Reichsvertretung der deutschen Juden" mit Sitz in Berlin gegründet, die sich nach dem Erlass der Nürnberger Gesetze in „Reichsvertretung der Juden in Deutschland" umbenennen musste. Diese Organisation versuchten sich die Nazis sofort zu unterwerfen,

doch es gelang ihnen erst im Februar 1939. Nachdem nämlich nach dem Pogrom des November 1938 die Reichsvertretung aufgelöst worden war, gründeten die Nazis ihrerseits die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland." Sie war straff zentralistisch organisiert, jede Einzelgemeinde wurde ihr unterstellt, es bestand eine Zwangsmitgliedschaft – auch für Christen jüdischer Herkunft (laut Volkszählung 1939 zählte diese Gruppe 19 716 Menschen oder 8,5 Prozent der „Geltungsjuden"). Die Reichsvereinigung wurde nach der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939 dem Reichsinnenminister unterstellt, zum Ende des Jahres dem Judenreferat des Reichshauptamtes – und damit Adolf Eichmann.

Bis dahin hatten es die jüdischen Organisationen weitgehend verstanden, sich eine gewisse Eigenständigkeit zu bewahren. Die Nazis versuchten daher, in den einzelnen Gemeinden einzugreifen. Auf das zweifelhafte Wohlwollen der neuen Herrscher stieß dabei die zionistische Bewegung, welche die Auswanderung nach Palästina propagierte und sich als Teil einer jüdischen Nation verstand – im Gegensatz zu den Juden, die sich in erster Linie als Deutsche identifizierten. So hieß es in einem Rundbrief der Bayerischen Politischen Polizei (BPP): „Die Tätigkeit der zionistisch eingestellten jüdischen Jugendorganisationen, die sich mit der beruflichen Umschichtung von Juden zu Landwirten und Handwerkern vor ihrer Auswanderung nach Palästina befassen, liegt im Sinne der nationalsozialistischen Staatsführung." Die Gegner der Zionisten jedoch, vertreten beispielsweise im „Centralverein" oder im „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten", wurden wegen ihres Beharrens auf Deutschtum und deutscher Nationalität bekämpft. [659]

In Ludwigshafen wurde diese Auseinandersetzung sehr früh durch eine Großaktion der BPP entschieden, die Himmler persönlich angeordnet hatte: „Geschäftsstellen und Heime jüdischer Organisationen, sowie Wohnungen der Vorstände, ausgenommen Synagogen-, Betsaal-, Wohltätigkeits- und Wohlfahrtsvereine, sind zu durchsuchen und das gesamte Vermögen und Schriftenmaterial dieser Verbände zu beschlagnahmen. Die Geschäftsstellen sind zu schließen, Schutzhaft gegen Vorstände ist zu verhängen, sofern diese aufgrund des vorgefundenen Material staatsfeindlicher Umtriebe verdächtig." [660]

In Ludwigshafen wurden am Tag der Anordnung, am 19. Juni 1933, die Büros und Wohnungen der Vorstände gestürmt. [661] Vorgefunden wurde offenbar nichts Verdächtiges, es wurde niemand in Schutzhaft genommen. Trotzdem erging ein Betätigungsverbot für die Ortsgruppen des Centralvereins, des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten und des jüdischen Kulturvereins. Die kleine Zionistengruppe der Gemeinde blieb unbehelligt.

Dasselbe galt für die Wohlfahrtsvereine, denen sogar die beschlagnahmten Gelder der jüdischen Organisationen überwiesen wurden. Sie sollten funktionsfähig bleiben, damit verarmte Juden nicht der öffentlichen Fürsorge zur

Last fielen. Denn schon bevor die Nazis in der Wirtschaftspolitik endgültig jüdische Existenzen vernichteten, litten viele Not durch die Verfolgung. Bereits im Juni 1933 war in einem wegen der Zensur sehr vorsichtig formulierten Artikel des „Israelitischen Gemeindeblattes" zu lesen: „Die größte Zahl der Besucher [der Mannheimer Beratungsstelle, Anm. d. Verf.] stellt naturgemäß die Pfalz. Aus Gründen, auf die wir hier nicht eingehen, ist der Notstand in der Pfalz und die Hilfsbedürftigkeit ihrer jüdischen Bewohner besonders groß."[662] Durch die Gründung einer eigenen Wohlfahrtsstelle in Ludwigshafen am 1. November 1933 wurde die Mannheimer Gemeinde etwas entlastet.

Die finanzielle Lage der Gemeinden wurde immer prekärer, durch die Verarmung der Mitglieder, aber auch durch den drastischen Mitgliederschwund. Mit dem Bayerischen Gesetz zur Kirchensteuer vom 27. März 1934 trat eine Einheitsumlage in Kraft, welche die bisherige Umlage nach orts- und landeskirchlichen Anteilen ablöste. Die große Ludwigshafener Gemeinde war damit benachteiligt. Zudem erhielt nun der Verband der israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz die Umlagen vom Landesfinanzamt und gab 75 Prozent davon an die Gemeinden weiter, was einen Autonomieverlust bedeutete.

Lange bevor die Konzentration der Juden in den Großstädten betrieben wurde, versuchten die Nazis dies schon in der Gemeindearbeit. In diesem Zusammenhang steht die zwangsweise Übersiedlung des Bezirksrabbiners Dr. Ernst Steckelmacher, der auf Druck der Gauleitung den Sitz des Rabbinats von der Kleinstadt Dürkheim in die Großstadt Ludwigshafen verlegen musste.[663] Zudem zogen bedürftige Juden nach Ludwigshafen, da hier der Sitz der jüdischen Wohlfahrtsstelle war. Die Folge war eine rapide Verödung der kleinen gewachsenen Dorfgemeinden, eine Entwicklung, die allerdings schon vor 1933 begonnen hatte und jetzt schnell fortschritt. 1938 existierte schon ein Viertel der kleinen Dorfgemeinden im Deutschen Reich nicht mehr und viele andere waren in Auflösung begriffen.

Die jüdischen Organisationen versuchten dem entgegenzuwirken, unter anderem auch mit der von dem Mannheimer Rabbiner Dr. Max Grünewald initiierten „Südwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft" der Landesverbände Pfalz, Baden und Württemberg, welche die kleinen Gemeinden betreute. Auch versuchten die Organisationen, das religiöse Leben so weit wie möglich aufrecht zu erhalten. So versorgte ein „Verein zur Wahrung des gesetzestreuen Judentums" in Mannheim bedürftige Familien der Umgebung mit koscherem Fleisch, das aufgrund des Schächtverbots aus dem Ausland importiert werden musste. Seine Dienste scheinen nicht an alle Interessenten gelangt zu sein. Heinrich [Henry] Feingold, dessen armgewordene Familie in der Prinzregentenstraße wohnte, erinnerte sich, dass die Unmöglichkeit, das teure Import-Koscherfleisch zu erwerben, „eine Art Todesstoß für die ohnehin zerbrechliche Orthodoxie" der Eltern war.[664] Die „Jüdische Winterhilfe" in Ludwigshafen stellte sich die „große

Aufgabe", Gelder zum Kauf von Mazzen aufzubringen und berichtete: „Nur bei äußerster Sparsamkeit und straffester Zusammenfassung aller Mittel war es uns möglich, mit den eingehenden Geldern wenigstens die dringlichste Not zu lindern." [665] Im Januar 1937 waren 31 Prozent der 772 verbliebenen Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Ludwigshafen auf die Winterhilfe angewiesen.[666]

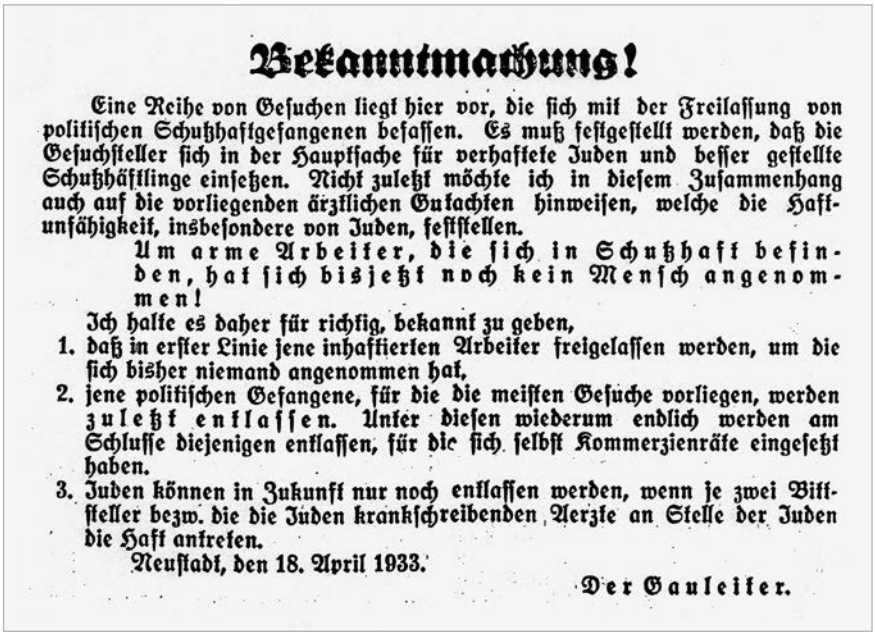
Da durch die zunehmende Verschlechterung der Lage der Juden die Hilfe zur Auswanderung und Flucht mehr und mehr in den Mittelpunkt rückte, wurden wertvolle Kräfte gebunden. Die Arbeit der Ludwigshafener Gemeinde beschränkte sich bald nur noch auf Beratung, Wohlfahrt und Fürsorge.

Schutzhaft als Mittel der Einschüchterung:
Die Verdrängung aus der Stadtgesellschaft

Die Verschleppung von Juden oder sonstigen „Staatsfeinden" – Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch Vertretern anderer demokratischer Parteien oder Geistlichen – in die sogenannte „Schutzhaft" zur Disziplinierung und Strafe wurde in Bayern und der Pfalz extensiv gehandhabt. Verantwortlich war die Bayerische Politische Polizei, die direkt Heinrich Himmler unterstand und später in der Gestapo aufging. In der Pfalz gab es bald nach der Machtübernahme provisorische Lager für Schutzhäftlinge, so in Speyerdorf bei Neustadt und in Landau. Diese wurden jedoch zugunsten des neu organisierten Konzentrationslagers Dachau aufgelöst, das unter der Leitung des Ludwigshafener SS-Mannes Theodor Eicke stand. Eicke, geboren in Lothringen, lebte seit 1921 in Ludwigshafen, war Polizist und später Werkspolizist in der BASF.

Die Schutzhaftzahlen in der Pfalz waren hoch. Lappalien reichten aus, um unliebsame Zeitgenossen ins KZ zu bringen. Konnte man ihnen keine politische Unzuverlässigkeit oder Kriminalität vorwerfen, so wurden sie eben zu Volksschädlingen, Trunksüchtigen oder Asozialen erklärt. Ludwigshafener, die in Schutzhaft genommen worden waren, wurden in der NS-Presse namentlich an den Pranger gestellt, auch zur Abschreckung. Und Juden waren ohnehin potenzielle „Schutzhäftlinge", wenn sich die Maßnahmen auch in Ausmaßen bewegten, die keinen Vergleich mit späteren Massenverhaftungen zulassen. Dagegen aber regte sich offenbar durchaus Widerspruch in der Bevölkerung. Gauleiter Josef Bürckel sah sich zu folgender Äußerung veranlasst.

> *„Eine Reihe von Gesuchen liegt hier vor, die sich mit der Freilassung von politischen Schutzhaftgefangenen befassen. Es muss festgestellt werden, dass die Gesuchsteller sich in der Hauptsache für verhaftete Juden und besser gestellte Schutzhäftlinge einsetzen. Nicht zuletzt möchte ich in diesem Zusammenhang auf die vorliegenden ärztlichen Gutachten hinweisen, welche die Haftunfähigkeit, insbesondere von Juden, feststellen. Um arme Arbeiter, die sich in Schutzhaft befinden, hat sich bis jetzt noch kein Mensch angenommen! Ich halte es daher für richtig bekannt zu geben:*



Bekanntmachung!

Eine Reihe von Gesuchen liegt hier vor, die sich mit der Freilassung von politischen Schutzhaftgefangenen befassen. Es muß festgestellt werden, daß die Gesuchsteller sich in der Hauptsache für verhaftete Juden und besser gestellte Schutzhäftlinge einsetzen. Nicht zuletzt möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf die vorliegenden ärztlichen Gutachten hinweisen, welche die Haftunfähigkeit, insbesondere von Juden, feststellen.

Um arme Arbeiter, die sich in Schutzhaft befinden, hat sich bisjetzt noch kein Mensch angenommen!

Ich halte es daher für richtig, bekannt zu geben,

1. daß in erster Linie jene inhaftierten Arbeiter freigelassen werden, um die sich bisher niemand angenommen hat,
2. jene politischen Gefangene, für die die meisten Gesuche vorliegen, werden zuletzt entlassen. Unter diesen wiederum endlich werden am Schlusse diejenigen entlassen, für die sich selbst Kommerzienräte eingesetzt haben.
3. Juden können in Zukunft nur noch entlassen werden, wenn je zwei Bittsteller bezw. die die Juden krankschreibenden Aerzte an Stelle der Juden die Haft antreten.

Neustadt, den 18. April 1933.

Der Gauleiter.

Abb. 45: „Klarstellung"
Gauleiter Josef Bürckels „Bekanntmachung" zu den Feilassungsersuchen für „Schutzhäftlinge"

1. *dass in erster Linie jene inhaftierten Arbeiter freigelassen werden, um die sich bisher niemand angenommen hat.*
2. *jene politische Gefangenen, für die die meisten Gesuche vorliegen, werden zuletzt entlassen. Unter diesen wiederum werden am Schlusse diejenigen entlassen, für die sich selbst Kommerzienräte eingesetzt haben.*
3. *Juden können in Zukunft nur noch entlassen werden, wenn je zwei Bittsteller, bzw. die die Juden krankschreibenden Ärzte an Stelle der Juden die Haft antreten."*[667]

In den Zeitungen findet sich nichts über „Radauantisemitismus" in den ersten Jahren des Nationalsozialismus in Ludwigshafen, das heißt körperliche Angriffe auf Juden und Misshandlungen. Mit Sicherheit hat es aber auch solche Übergriffe gegeben. An anderen Orten des Reichs waren die Dinge weit auffälliger: So meldet beispielsweise die Liste der Deportierten des 22. Oktober 1940 die aus Rheingönheim stammende Johanna Karpfen. Ihr 1888 in Galizien geborener Mann David, der 1910 als junger Hoteldirektor in Meran um ihre Hand angehalten und sie in ihrer pfälzischen Heimat geheiratet hatte, war am 4. Juli 1933 „nach schweren Misshandlungen" in Berlin in den Tod gegangen.[668]

Nicht nur aus dem Berufsleben und aus der Wirtschaft sollten Juden verdrängt werden. Nach dem Willen der Nationalsozialisten sollten sie ganz aus dem Leben der „Arier" verschwinden. Dazu gehörte auch, die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und der Lebensräume im Alltag zu vernichten. Auf Gesetzesebene erfolgten solche Schritte meist erst nach dem Pogrom, während die Juden in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld schon sehr früh diskriminiert wurden.

Von seltenen Ausnahmen abgesehen (s.S. 242), schwiegen die Ludwigshafener Kirchen zur Ausgrenzung der Juden bzw. begrüßten sie sogar noch. Konservative Kleriker sahen in der kulturellen Freiheit der Weimarer Republik „unsittliche" Entwicklungen, für die sie die im Kulturleben sehr präsenten „gottlosen" liberalen Juden verantwortlich machten.[669] Entsprechend tönten auch von Ludwigshafener katholischen Kanzeln Verdammungsurteile gegen die Juden.[670] Dem rassischen Antisemitismus der Nationalsozialisten folgten die Katholiken aber nicht; zum Katholizismus konvertierte Juden konnten auch in Ludwigshafen auf Hilfe hoffen (s.S. 273). In der evangelischen Kirche ging die Judenhass oft sehr viel weiter. Nationalkirchliche Kreise wollten jüdischstämmige Menschen aus dem Staat – und der Kirche verdrängen. „Ohne Juda und ohne Rom, bauen wir den deutschen Dom", verkündeten einige Ludwigshafener Pfarrer, an ihrer Spitze der damalige Dekan. In seiner Pfarrei wurde auch beantragt, eine genaue Erfassung aller Judenchristen durchzuführen. Der Rheingönheimer Geistliche ließ einen Redner des Eisenacher Instituts für judenfreies Christentum, das an einer judenfreien Bibel, an neuen judenfreien Liedern und Konzepten für den Religions- und Konfirmandenunterricht arbeitete, im Ort auftreten. Seine Konfirmanden schwor er auf die Frage „War Christus Jude?" auf die Formel ein: „Es ist die große Lüge, die die Juden in die Welt gebracht haben, dass Jesus Jude sei. Welchen Gegenbeweis haben wir? Jesu Lehre und Leben ist eine große Kampfansage gegen den jüdischen Geist." Immer wieder berief er sich auf Publikationen, die die „arische" Herkunft Christi zu beweisen suchten.[671] Offizielle Position der pfälzischen Protestanten wurde das nie, und auch Anträge, Judenchristen aus der Kirche auszuschließen, fanden keine Unterstützung bei der Kirchenregierung.[672]

Im in den Augen konservativer Kritiker so sittenlosen kulturellen Leben waren Juden als Künstler Mäzene, oder auch nur als „Konsumenten" in der Tat auch in Ludwigshafen stark vertreten. Schon wenige Tage nach der Machtübernahme begann die NS-Presse in der Chemiestadt einen Feldzug gegen diese Präsenz der Juden. Anlass war zunächst die Aufführung eines Theaterstückes in Mannheim. Nachdem das Stück des „Bolschewisten" Shaw kritisiert wurde, der Mannheimer Intendant Maisch und der jüdische Schauspieler Alexander Moissi beleidigt worden waren, widmete sich der Hetzschreiber dem Verhalten des Premierenpublikums, nachdem eingeschmuggelte Störtrupps von SS und

HJ aktiv wurden: „Als die ersten Pfuirufe ertönten, schwoll Israel der Zorn. (…) Wer durfte es wagen, gegen Judas Herrschaft aufzumucken. Mit der dieser Rasse eigenen Brutalität überschrieen sie sich gegenseitig und verlangten von der eintreffenden Polizei Entfernung der ‚Ruhestörer'. Mit wutverzerrtem Gesicht, bald über die Brüstung stürzend, forderten sie ihre Opfer und ruhten nicht, bis das Werk vollendet war." Die Polizei, noch nicht gleichgeschaltet, verhaftete die braunen Rädelsführer, was die NSZ zum Titel „Schutzpolizei schützt Judengastspiel" veranlasste.[673] Es war dies wohl eines der letzten „Judengastspiele", denn mit dem Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933[674] wurden die deutschen Juden aus dem Kulturleben verbannt. Dies war zwar der Beginn einer sehr eigenständigen und fruchtbaren kulturellen Arbeit der Juden, die vor allem von dem im Juni 1933 gegründeten „Kulturbund deutscher Juden" getragen wurde. Das Israelitische Gemeindeblatt gibt außerdem Auskunft über umfangreiche Programme mit Konzerten, Vorträgen und Theateraufführungen. Doch gleichzeitig war dies der Anfang vom Ende der kulturellen Integration der Juden.

Auch der Bereich der sportlichen Freizeitgestaltung wurde den Juden mehr und mehr verschlossen. Die Stadt Ludwigshafen tat sich hier bei den öffentlichen Bädern hervor. Nachdem lange gegen die Benutzung der Rheinbäder durch Juden gehetzt worden war, zog die Stadtverwaltung einen Schlussstrich. Im Sommer 1935 hingen an den Eingängen Tafeln mit der Aufschrift „Juden sind hier nicht erwünscht." Viele Ludwigshafener Juden wichen daraufhin nach Mannheim ins Rheinbad Herweck aus. Dort sollte es ihnen aber bald nicht viel besser ergehen. Schon zwei Jahre zuvor hatte die Mannheimer NS-Zeitung „Hakenkreuzbanner" das Herweck-Bad als „Judenaquarium" beschimpft und den Besitzer Herweck aufgefordert, den Juden den Zutritt zu verbieten.[675] Dies geschah jedoch nicht. Das Badeverbot in Ludwigshafen und der damit verbundene Schwimmbad-Besuch der hiesigen Juden in Mannheim gaben den Ausschlag für die „Herweckbad-Aktion" am 27. Juni 1935. SA-Leute provozierten einen „Volksauflauf" im Bad und forderten den Hinauswurf der zahlreichen jüdischen Besucher. Als einige protestierten, wurden sie verhaftet, die anderen mussten das Bad verlassen. „Von 6 Uhr ab war das Rheinbad Herweck judenfrei", freute sich das „Hakenkreuzbanner."[676] Die üblichen Verbotstafeln hingen am Eingang. Dies alles geschah gegen den erklärten Willen des Besitzers, und die Nazi-Zeitung verkniff sich nicht eine Drohung gegen Herweck, falls er das Bad für die Juden wieder öffnen sollte: er sei wegen seiner „jüdischen Versippung" – Herweck hatte einen jüdischen Schwiegersohn – ohnehin verdächtig.

Nicht immer lief jedoch alles nach Wunsch der braunen Machthaber. In Ludwigshafener Gaststätten würden angeblich „nur schwache Versuche" gemacht, Juden fernzuhalten. In Mannheim dagegen sei das Schild „Juden unerwünscht" deutlich sichtbar „an allen Gaststätten, Cafehäusern, Automatenrestaurants und Hotels" angebracht.[677]



Abb. 46
„Der große Schwedenfilm …

Dieser Film enthüllt
in künstlerischer Form,
aber auch in
psychologisch tiefbegründetem
überzeugendem Aufbau
den klaffenden Unterschied
der nordischen Menschen
und der jüdischen Rasse
[…]
Der Darsteller des Juden
ist selber Jude.
So hat man Gelegenheit,
die Selbstdarstellung dieser Rasse
anzusehen."

Werbung
für einen antisemitischen Film
aus Schweden.
Annonce in der
Ludwigshafener NAZ
vom 29. August 1935

Auch aus Sport- und anderen Vereinen wurden Juden ausgeschlossen. Schon am 17. Mai 1933 wurde die „Arisierung der Deutschen Turnerschaft" in der „NSZ" zum Ziel erhoben. Im „Reichsbund für Leibesübungen" sprach sich zwei Jahre später Kreiswart Fischer gegen jüdische Mitglieder aus: „Bedingungslos muss die Ausschaltung von Juden aus unseren Turn- und Sportvereinen, in denen sich doch rassisch wertvolle Teile unseres Volkes zusammenfinden, gefordert werden."

Manchmal reichte schon die „jüdische Versippung." Ludwig Löser, Inhaber einer Maschinenfabrik in der Schützenstraße, war von 1927 bis 1929 Deutscher Meister im 100-Meter-Lauf gewesen. Bei der Olympiade 1936 sollte er wieder starten, jedoch wurde er zuvor aus seinem Verein ausgeschlossen, weil seine Frau Selma Jüdin war. Die wiederum, in ihrer „Mischehe" zunächst geschützt, erinnert sich an die Diskriminierungen des Alltags: Beim Friseur wurde sie aufgefordert, das Geschäft nicht mehr zu betreten, in der Fabrik ihres Mannes wollten Kunden nicht mehr mit ihr verhandeln.[678] Auch Edgar Strauss wurde aus seinem Tennisclub ausgeschlossen.[679]

Die Überwachung war fast lückenlos, in jedem Bereich der Freizeitgestaltung. Selbst dass Klara Jantzen aus Ludwigshafen, Mischling ersten Grades, im Sommer 1939 im Mannheimer Café Korso mit einem Unteroffizier tanzte, wurde aktenkundig. Die 25jährige, die 1929 in den NS-Bund Deutscher Mädel (BDM) eingetreten war (!), erhielt eine Anzeige.[680] Diese Politik entsprach dem von Hitler schon früh formulierten Ziel: „Heraus aus allen Berufen, Ghetto, eingesperrt in ein Territorium, wo sie sich ergehen können, wie es ihrer Art entspricht, während das deutsche Volk zusieht, wie man sich wilde Tiere ansieht."

Die Presse als mächtige Propagandamaschine, seltene Beispiele von Zivilcourage

Das nationalsozialistische Terrorregime hatte früh die Möglichkeiten der Beeinflussung der Massen durch die Medien erkannt. Die schnelle Einrichtung eines Reichspropaganda-Ministeriums unter Joseph Goebbels schuf die organisatorische Voraussetzung für medienwirksames Bombardement der Bevölkerung mit der nationalsozialistischen Sicht auf die Welt. Außerdem bestanden regionale Propagandastellen, die den jeweiligen Gauleitungen angeschlossen waren. Neben den „neuen Medien" Rundfunk und Film waren die Zeitungen das wichtigste Mittel zur Verbreitung von Hetztiraden, Lügen und Hass gegen die Juden.

Führendes Organ auf lokaler Ebene war die schon mehrfach genannte „Nationalsozialistische Zeitung (NSZ) Rheinfront." Gauleiter Josef Bürckel hatte das Blatt am 25. November 1930 gegründet, kurz nachdem er mit dem ersten NS-Blatt der Pfalz, dem „Eisenhammer" in Konkurs gegangen war.[681] Im Laufe der Jahre entwickelte sich das pfälzische Blatt zur drittgrößten Zeitung des „Großdeutschen Reichs." Ab 1933 erschien eine Ludwigshafener Lokalausgabe

der „NSZ." Zum Propagandaorgan wurde auch der Ludwigshafener „Stadtanzeiger", ab Januar 1934 Amtsblatt der Stadtverwaltung. Dieser war zuvor in der Druckerei Neubauer hergestellt worden, einem jüdischen Betrieb.[682] Hier erschien antijüdische Hetze gleichberechtigt neben sachlichen amtlichen Bekanntmachungen und erhielt so einen offiziellen Anstrich. Der bisher in Ludwigshafen führende Waldkirch-Verlag wurde Stück um Stück enteignet. 1933 musste er die „Pfälzische Rundschau" der Kontrolle der NSDAP übertragen, ab 1935 hieß sie dann „Neue Abendzeitung" (NAZ). Der traditionsreiche „General-Anzeiger" wurde zum Jahreswechsel 1938/39 enteignet und ging ebenfalls in den Besitz des NS-Pressekonzerns über. Obwohl die Zeitung natürlich schon zuvor den Sprachregelungen der NS-Propaganda folgen musste, galt sie bis zu ihrer Enteignung unter regimekritischen und auch bei den jüdischen Bürgern der Stadt immer noch als die bessere Alternative zur NS-Presse. Die unflätigen Attacken der NS-Blätter fanden sich hier in der Tat nicht.[683]

Wie wohltuend das auf die jüdischen Bürger wirken musste, wird bei der Auswertung der zeitgenössischen Zeitungen verständlich: sie eröffnet den Blick dafür, mit welcher Menschenverachtung sich die Juden konfrontiert sahen. Denn neben „sachlichen" Berichten über neue Gesetze gegen die Juden oder politische Schritte im In- und Ausland wurden in zahllosen Artikeln Juden und „Judenfreunde" mit voller Namensnennung angeprangert. Das „Vergehen" des „Schuhjuden" Edgar Weiler, Inhaber des Schuhgeschäftes Weiler in der Ludwigstraße beispielsweise: Er besaß die „bodenlose Frechheit", „die in den Straßen angebrachten aufklärenden Schriften [gemeint waren „Kästen" der NS-Hetzzeitschrift „Der Stürmer"] mit einem Photoapparat aufzunehmen, so geschah es, dass er gleich an Ort und Stelle die richtige Aufklärung zu spüren bekam." Weiler wurde für zwei Tage in „Schutzhaft" genommen. Nach seiner Entlassung habe sich eine „unübersehbare Menschenmenge" gebildet und die erneute Inhaftierung des Geschäftsmannes gefordert, worauf Edgar Weiler ins Amtsgericht gebracht worden sei: „Tausende von Menschen ließen erkennen, dass es mit der Geduld des Volkes aus ist."[684]

Doch trotzdem gab es noch Zivilcourage, wofür die Betroffenen meist teuer bezahlen mussten: Als „der freche Jude erneut in Schutzhaft genommen werden musste, wurde auch folgender Vorfall beobachtet, der ein grelles Licht auf das Benehmen gewisser Judendirnen in unserem Stadtgebiet wirft. Eine gewisse Gretel Hummel, Maxstraße 72, die erwiesenermaßen zu wiederholten Malen mit dem Juden Türkheimer ins Wochenende und in die Ferien fuhr, wagte es, sich unter die protestierende Menschenmenge zu drängen. Anscheinend ging ihr Bestreben dahin, ihrem rasseschänderischen Kavalier die nötigen Unterlagen und Beobachtungen an Hand zu geben, falls er die Lust verspüren sollte, seinen Glaubensgenossen im Ausland von erneuten bestialischen Judenverfolgungen in unserem Deutschland Mitteilung zu machen. Als die Judendirne gewarnt wurde,

wurde sie sogar noch obendrein frech!!" [685] Die „NSZ" konnte aber am folgenden Tag mit Genugtuung feststellen: „Heute Mittag bekam die artvergessene Hummel nun die gebührende Quittung für ihr Benehmen. Gegen 1[30] Uhr sammelte sich eine große Menschenmenge vor der Wohnung der Hummel an, die ihrem Abscheu über das Verhalten der Judendirne laut und deutlich Ausdruck verlieh und ihre Inschutznahme forderte. Als die Menge ständig wuchs, schritt die Polizei ein und nahm die Hummel fest, die auf die Polizeiwache geführt wurde, begleitet von der erregten Volksmenge. Auch auf dem Weg zur Wache benahm sich die Hummel so herausfordernd und frech, dass man ihre Inschutznahme als höchst notwenig empfand." [686]

Die Geschichte der Margarete Hummel geht weiter. Sie floh im Dezember 1935 mit dem Eisenwarenhändler Leo Türkheimer nach Frankreich, wo sie 1936 heirateten und zwei Kinder hatten. Doch die Nazi-Behörden hatten sie nicht vergessen. Am 27. Mai 1943 forderte das Reichssicherheitshauptamt in Berlin „den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich in Paris" auf, „den Juden Leo Türkheimer im Ermittlungsfalle festzunehmen und ihn mittels Sammeltransportes dem KL-Auschwitz zuzuführen. Die deutschblütige Margarete Türkheimer bitte ich, festzunehmen und der Staatspolizeistelle Saarbrücken zu weiteren Veranlassung zu überstellen. Die jüdischen Kinder bitte ich, einem jüdischen Kinderheim oder Sammellager zuzuführen, da ihre Rückführung als staatenlose Juden nicht erwünscht ist." Die Suche wurde auch fortgesetzt, als die deutschen Truppen auf dem Rückzug aus Frankreich waren und erst am 24. Januar 1945 abgebrochen: Die Begründung des Kommandeurs der Sicherheitspolizei Westmark ist bezeichnend: „Durch die inzwischen eingetretene veränderte militärische Lage in Frankreich dürfte mit einer Festnahme der Margarete Türkheimer und deren Überstellung nach hier nicht mehr zu rechnen sein. Ebenso dürfte eine Rückkehr der Türkheimer nach Ludwigshafen a. Rh. wohl kaum in Frage kommen." Über das genaue Schicksal der Familie ist nichts bekannt. Nach dem Krieg galt Leo Türkheimer im Wiedergutmachungsverfahren als vermisst, eine andere Quelle meldet ihn als 1944 in Auschwitz ermordet.

Es wurden noch weitere Frauen in Ludwigshafen unter Namens- und Adressenangaben angeprangert, mit Juden zu verkehren. Eine Zeitlang fotografierten besonders Eifrige auch die Nichtjuden, die aus jüdischen Geschäften kamen. Bei einer solchen Gelegenheit wurde beispielsweise Hotelier Schütz in „Schutzhaft" genommen, weil er die Nazi-Mitläufer aufforderte, ihn extra zu fotografieren, wenn er in jüdischen Geschäften kaufe.[687] Zudem wurde in allen Einzelheiten über die sich häufenden Prozesse berichtet, die gegen Juden wegen angeblicher Betrügereien in Ludwigshafen und vor dem Landgericht Frankenthal geführt wurden. Da es offenbar noch immer Richter gab, die sich nicht vom Rassismus der Nationalsozialisten in ihrer Urteilsfindung leiten ließen, machten sich die Zeitungen selbst zum Richter und versuchten Einfluss zu

nehmen. So wurde der Freispruch für den Mannheimer Sally Ullmann, der angeblich ein Mädchen belästigt haben sollte, kommentiert. „Glaubt man einem deutschen Mädchen weniger als drei Juden?" fragte der Schreiber, nachdem die Frau und das Hausmädchen Ullmanns – alle jüdisch – für ihn ausgesagt hatten. „Paragraphenmäßig", so das Blatt, sei der Freispruch vielleicht in Ordnung, doch die Paragraphen habe es schon vor 1933 gegeben und liefen dem „Volksempfinden" zuwider: „Eine solche Urteilssprechung steht im Gegensatz zur nationalsozialistischen Auffassung. Wie wäre es mit einer kleinen Revision?" [688] Zudem häuften sich in den Zeitungen pseudowissenschaftliche und -historische Artikel über die jüdische Geschichte, Gesellschaft und „Rasse."

Der Ludwigshafener Rechtsrat Ludwig Reichert, ehemaliger Zentrumsvorsitzender und überzeugter Demokrat und Regimegegner, geriet ins Fadenkreuz der NSZ, da er weiterhin mit seinem ihm befreundeten Kollegen Rechtsrat Weiler verkehrte. Es sei eine Schande, „dass Weiler heute noch in Wohnungen städtischer Beamter verkehrt." [689] Ein weiterer jüdischer Bekannter Reicherts, der Kaufmann Heilbrunner, erinnerte sich 1946 in einem Brief aus Chicago an einen Vorfall aus dem Jahr 1937: „Ich habe *nie* vergessen, wie ich Sie zuletzt auf der Straßenbahnlinie 8 sprach, kurz bevor ich auswanderte, wie ich Sie warnte, es könnte zu Ihrem Nachteil sein, wenn Sie mit mir als einem ‚Juden' sprechen – dass es in der Bibel ganz anständige Juden, darunter einen mit dem Namen Jesus gegeben hat, hatten ja im Jahr 1937 viele Christen leider vergessen – aber Sie gingen damals mit mir einige Minuten in der Lisztstraße auf und ab und wünschten mir, als Mensch unter Menschen, alles Gute für meine Familie und mich für die Fahrt ins Unbekannte. Sie sagten damals so ungefähr, ‚wenn ich meine Stellung riskiere, weil ich jetzt mit Ihnen spreche, dann lassen Sie das meine Sorge sein.' " [690]

„Risiko hat Reichert in der Tat nicht gescheut.[691] Im Mai 1943 wurde sein Freund, der BASF-Chemiker Curt Schuster und seine jüdischstämmige Frau verhaftet. Sie hatten regimekritischen Kreisen in Mannheim nahe gestanden, die einer jüdischen Familie zur Flucht verholfen hatten. Offizieller Verhaftungsgrund war das Abhören ‚feindlicher Sender'. Die Tochter der Schusters, Dorothea, stand nunmehr ohne Eltern da. Als ihm Hedwig Reichert über die Verhaftung berichtet hatte, war Reichert [damals beim Militär in Berlin stationiert] zutiefst erschüttert. ‚Was sind wir doch für ein armes Volk geworden! Meinem Gefühl nach richtet sich die Aktion nicht gegen das Schwarzhören ausländischer Sender, sondern gegen die nichtarischen Ehepartner. Nun, man wird ja sehen.' Dreimal beschwor Reichert in dem Brief seine Frau, der Tochter der Schusters beizustehen. ‚Tröste das Kind so gut es geht und hilf ihr in jeder Weise. Das ist jetzt unsere Ehrenpflicht ohne Rücksicht auf die Gefahr, der wir uns aussetzen.' Hedwig Reichert solle Pfarrer Walzer [der Geistliche der Ludwigskirche] um Rat fragen, der immer gangbare Wege finde. Dorothea Groop, die Tochter Curt Schusters, hat die aufrechte Haltung der Reicherts in ihren Erinnerungen bestätigt: ‚Die einzigen Freunde – neben einem Mitarbeiter meines Vaters – zu denen

ich noch kommen durfte, waren die Eltern von Hildegard Reichert. Ich fand dort in der Lisztstraße immer ein teilnehmendes Wort, wurde freundlich aufgenommen. Wieviel Mut dazugehörte, so jemand wie mich einzuladen, kann sich heute nur schwerlich jemand vorstellen.' Dorothea Groops Mutter wurde im Februar 1944 nach Auschwitz verbracht und bald darauf dort ermordet; ihr Vater wurde zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und musste in den unterirdischen Fabriken des mitteldeutschen Chemiereviers arbeiten. Erst am Kriegsende kam er frei."

Auch die Ludwigshafener Katholiken wurden als judenfreundlich angeprangert. Die Nonnen der Schwesternstation der St. Ludwigskirche wurden als Verächterinnen des Kreuzes, das sie an der Brust trugen, geschmäht, weil sie im Kaufhaus Rothschild einkauften.[692] Sogar der „Stürmer" berichtete unter dem Titel „Ein Dokument der Schande" über einen „schamlosen Bettelbrief" des katholischen Pfarramtes St. Ludwig aus dem Jahr 1928 an die jüdischen Warenhäuser. In Erinnerung an den großzügigen Spender Lazarus Morgenthau hatte die Pfarrei um Spenden gebeten für den Orgelumbau. Der Verfasser ließ sich dazu aus über „Pfaffen, die Christusmördern die Kirche für Reklamezwecke zur Verfügung stellen."[693] Besonders aufs Korn nahm er den Verfasser des Briefs, den Organisten der Kirche, Josef Stubenrauch. Als hauptamtlicher Volksschullehrer sei er bis in die Gegenwart „Judenknecht geblieben. Er hat heuer ein deutsches Kind seiner 1. Klasse, das einem Judenkind einen Namen nachrief, den man unter Kindern täglich hören kann, vor der ganzen Klasse und vor dem Judenkind körperlich gezüchtigt. Gegen einen Jungen, der in den Schaftstiefeln des Jungvolkes [der Hitler-Jugend] in die Klasse kam, war er besonders aufsässig […] Stubenrauch hat gesinnungsmäßig nichts, was ihm die Berechtigung gäbe, im nationalsozialistischen Deutschland Erzieher deutscher Kinder zu sein." Die Stadtverwaltung Ludwigshafen beantragte wegen des Artikels die Bestrafung und Versetzung Stubenrauchs; die Regierung der Pfalz lehnte ab. Der Lehrer konnte unbehelligt weiter unterrichten!

Auch die Ludwigshafener NS-Zeitungen veröffentlichten Artikel und Karikaturen im Stil des „Stürmers", boten mittelalterliche Anprangerung mit modernen Mitteln, praktizierten Desinformation als Methode. Dass es gegen die antisemitische NS-Ideologie auch Widerstand gab, wurde als verwerflich gebrandmarkt. Dafür hatten die Nazis aber eine Erklärung parat: Von Juden infiziert, an Körper und Seele verdorben – so wurden Hausmädchen in jüdischen Haushalten beurteilt, die bei einer Informationsveranstaltung über das in den Nürnberger Gesetzen festgelegte Verbot für Juden, nichtjüdische Hausangestellte zu beschäftigen, informiert werden sollten. Die Drohung: „Wir werden diese ‚Volksgenossinnen' im Auge behalten."[694]

Ganz buchstäblich wurde die Mär von der „Verunreinigung" durch Juden genommen, als 1935 die Leiterin der städtischen Säuglingsfürsorge Dr. Elisabeth Jacki ins Blickfeld des Regimes rückte. Eine „NS-Helferin" in der Behörde zeigte



Im Kampf gegen Juda

Ortsgruppe Ludwigshafen-Nord weiht einen Stürmerkasten

Wenn auch in weiten Kreisen aller Volksgenossen die Erkenntnis von dem verbrecherischen Treiben der Juden in unserem Vaterlande sich Bahn gebrochen hat, so gilt es doch, in dem Kampfe gegen den Feind unseres Volkes nicht zu erlahmen. Zu diesem Zwecke übergab die Ortsgruppe Ludwigshafen-Nord der NSDAP einen weiteren Stürmerkasten seiner Bestimmung. Der Kasten wurde an der Gräfenauschule, im Zentrum der einstigen roten Hochburg angebracht.

Vor dem verhüllten Kasten hatte die PO mit ihrer Fahne Aufstellung genommen. Ortsgruppenschulungsleiter Dr. Beyfiegel betonte, daß die Uebergabe des Stürmerkastens nicht ein oberflächliches Ereignis sei, sondern eine sehr tiefe Bedeutung habe. Er schilderte den Kampf um die Volksgemeinschaft, der von Anfang an mit der völkischen Idee verbunden war, kennzeichnete die Gefahr, die uns von dem Judentum drohte. Wenn das Judentum auch keine politische Macht mehr in Deutschland hat, so ist es in gewissen Gesellschaftskreisen nicht nur geduldet, sondern oft gern gesehen und versucht von dort aus wieder Einfluß zu gewinnen. Dem gilt es, endgültig den Garaus zu machen und dem Volk die Augen zu öffnen über die Gefahr, die ihm von Juda droht. Dazu soll dieser Stürmerkasten beitragen.

Ortsgruppenleiter Zinßmeister ging davon aus, daß niemand geglaubt hätte, daß der Jude im nationalsozialistischen Deutschland noch einmal frech und anmaßend werde. Leider sei dies heute zu verzeichnen und nur deshalb, weil viele noch nicht begriffen hätten, um was unser Kampf geht. Wer heute noch zum Juden laufe, der tue es aus Charakterlosigkeit. Wenn nun aber gar Leute, die sich nach außen hin als Nationalsozialisten bezeichneten, dies tun würden, dann seien sie Verräter. Er bezeichnete es als Vergeßlichkeit, wenn man heute bereits den Kampf gegen Judentum und Judengeist vergesse und übergab den Stürmerkasten mit dem alten Kampfruf der Bewegung „Deutschland erwache", seiner Bestimmung.

Abb. 47: „Im Kampf gegen Juda". Ein neuer „Stürmerkasten" in Ludwigshafen. Artikel in der NSZ, 5. August 1935

die Ärztin bei der Kreisleitung der NSDAP an, weil diese in einer ihrer Beratungsstunden neben 120 nichtjüdischen Kindern auch drei jüdische Säuglinge betreut hatte. Die Partei trat an die Stadtverwaltung mit der Forderung heran, „die unerhörten Zustände bei der Städt. Säuglingsfürsorge abzustellen. Es geht nicht an, dass die Judenkinder, die vielleicht mit allen möglichen Krankheiten behaftet sind, wie unsere deutsche Jugend versorgt werden." Elisabeth Jacki bestätigte zwar, dass sie drei jüdische Kinder behandelt habe, wandte aber ein, dass diese Zahl überdurchschnittlich hoch war. Sie bemerkte ferner, dass sich solche Besuche nicht vermeiden ließen, solange von den Krankenkassen und vom städtischen Wohlfahrtsamt die Stillkontrolle auch für jüdische Mütter vorgeschrieben werde. Zudem gab sie recht geschickt noch zu bedenken, dass „solange jüdische Kinder mit deutschen zusammen in die Schule gehen müssen, eine gesundheitliche Kontrolle der jüdischen Kinder im Interesse unserer deutschen Jugend liegt." Man schloss schließlich einen Kompromiss: jüdische Kinder konnten weiterhin die Beratungsstunden in Anspruch nehmen, man richtete aber für sie gesonderte Sprechstunden ein.[695]



Du und der Jude, — Ihr beide

seid gleich viel wert, wenn Du Dein Geld zu diesem trägst. Du mußt verachtet werden wie dieser! Der Jude ist ein Schmarotzer am Volkskörper und Du — leistest ihm Vorschub! — Du bist damit ein Schädling an Deinem eigenen Volk! — Laß dich warnen! Kehre um, kaufe in deutschen Geschäften! Achte auf folgende Anzeigen deutscher Geschäfte, sie bieten Dir mehr Vorteile als das Warenhaus.



Nanü, Herr Sekretär . . .

Mit Juden unter einem Dach? Das hätten Sie nicht tun dürfen, besonders nicht als Beamter. Gerade ihnen sollte es ein Greuel sein, sich in jüdischer Gesellschaft zu befinden. Das ist für ihren Ruf bestimmt nicht von Vorteil.

Meide jüdische Gesellschaft — auch wenn du eine Anzeige aufgibst. Laß deine Ankündigung nicht dort erscheinen, wo sie zwischen jüdischen und anderen Anzeigen oft zweifelhafter Art stehen würde.

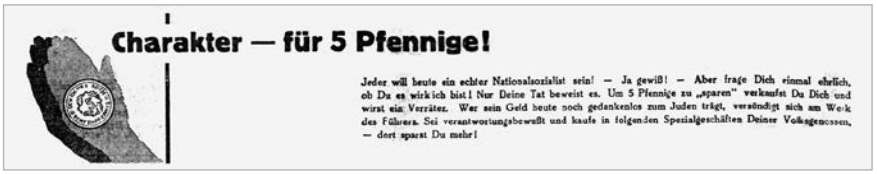
Erwecke nicht den Anschein, als ob du dich zwischen Juden wohlfühlst. Gib darum deine Anzeige der Zeitung, die jüdische und Anzeigen zweifelhafter Art ablehnt: der NAZ, der Neuen Abendzeitung. Sie sichert deinen Anzeigen viele ehrliche Angebote, denn zehntausenden deutschen Volksgenossen ist die NAZ ein guter Freund und Ratgeber.

Abb. 48, oben: Antisemitische Kopfzeile in der Ludwigshafener NAZ 1935
Abb. 49, unten: Antisemitische Karikatur in der Ludwigshafener NAZ 1935. Sie warnten Anzeigenkunden davor, in Zeitungen zu werben, die auch Anzeigen jüdischer Inserenten abdruckten. Die beabsichtigte Wirkung reicht natürlich weit über dieses unmittelbare Ziel hinaus.





Abb. 50, oben: Antisemitische Kopfzeile in der Ludwigshafener NAZ
Abb. 51, unten: Antisemitische Karikatur in der Ludwigshafener NAZ; beide aus dem Jahr 1935.



Charakter — für 5 Pfennige!

Jeder will heute ein echter Nationalsozialist sein! — Ja gewiß! — Aber frage Dich einmal ehrlich, ob Du es wirklich bist! Nur Deine Tat beweist es. Um 5 Pfennige zu „sparen" verkaufst Du Dich und wirst ein Verräter. Wer sein Geld heute noch gedankenlos zum Juden trägt, versündigt sich am Werk des Führers. Sei verantwortungsbewußt und kaufe in folgenden Spezialgeschäften Deiner Volksgenossen, — dort sparst Du mehr!



Ich tue und lasse, was ich will . . .

Warum denn so heftig, Frau Müller? Haben Sie etwa ein schlechtes Gewissen? Sie meinen, daß niemand Sie zwingen kann, jüdische Gesellschaft zu meiden? Gewiß, über Geschmack läßt sich nicht streiten und Sie können die Anzeigen für Ihr Geschäft ruhig weiter zwischen Judenankündigungen erscheinen lassen. Jeder muß wissen, was er tut. Aber Sie dürfen sich nicht wundern, wenn ehrliche deutsche Volksgenossen Sie dann entsprechend einschätzen.

Wer deutsch denkt, meidet jüdische Gesellschaft . . . auch bei seinen Anzeigen. Er gibt seine Ankündigung den Zeitungen, die Judenanzeigen ablehnen. Dazu gehört auch die NAZ, die neue Abend-Zeitung. Sie sichert Deinen Ruf u. vermittelt Dir viele ehrliche Angebote

Abb. 52, oben: Antisemitische Kopfzeile in der Ludwigshafener NAZ 1935

Abb. 53, oben: Antisemitische Karikatur in der Ludwigshafener NAZ aus dem Jahr 1935. Sie warnten Anzeigenkunden davor in Zeitungen zu werben, die auch Anzeigen jüdischer Inserenten abdruckten. Die beabsichtigte Wirkung reicht natürlich weit über dieses Ziel hinaus.

Wenn Du nach Mannheim kommst,
besuche die deutschen Geschäfte

meide den Juden



Du armes Hascherl ....

Wie unglücklich mußt Du Dich zwischen solchen Nachbarn fühlen, wie mußt Du fürchten, Deine Volksgenossen meinten, Du wärst wirklich in dieser Gesellschaft.
Genau so wenig ehrenvoll ist es für die Anzeige eines deutschen Geschäftsmanns, wenn sie zwischen Juden- und allen möglichen Anzeigen oft zweifelhafter Art steht. Wie leicht könnte man da das Sprichwort auf Dich anwenden: „Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich sage Dir, wer Du bist!"

Biete niemand Gelegenhet, Deine Gesinnung anzuzweifeln. Gib Deine Anzeige den Zeitungen, die jüdische und sonstige Anzeigen zweifelhafter Art ablehnen, z. B. der NAZ, der Neuen Abendzeitung. Dort befindet sich Deine Anzeige in der richtigen Gesellschaft.

Abb. 54, oben: Antisemitische Kopfzeilen in der Ludwigshafener NAZ;
Abb. 55, oben: Antisemitische Karikaturen in der Ludwigshafener NAZ;
beide aus dem Jahr 1935.

„Völkische und rassepolitische Gesichtspunkte."
Die Ausmerzung „jüdischer" Straßennamen[696]

Im 2013 erschienenen Werk über die Ludwigshafener Straßennamen ist dazu zu lesen: „Ein weiterer, der rassistische Aspekt nationalsozialistischer Umbenennungspolitik, trat besonders 1935 in den Vordergrund. Im Frühjahr dieses Jahres wurde mit der Bebauung einer Straße begonnen, die 1929 auf Anregung [des damals zuständigen Referenten] Ludwig Reichert nach dem […] gerade verstorbenen Dichter Hugo von Hofmannsthal benannt worden war. Entsprechende Straßenschilder wurden aufgestellt. Wenig später brach ein parteiamtlicher Orkan über die städtischen Verantwortlichen herein. Unter der Überschrift „Bestimmt kein Märchen" polemisierte die örtliche NS-Zeitung gegen das Geschehen. Einige der Herren der Stadt, die man 1933 vorübergehend in ‚Erholungsurlaub' geschickt und dann wieder ins Amt gelassen habe – hiermit war auch der Oberbürgermeister gemeint, hätten wohl vergessen, was es heiße nur noch ‚auf Wohlverhalten' fungieren zu dürfen. Sie würden nun wieder ‚kühn. Und gedankenlos.' Wie sonst sei zu erklären, dass die Stadt eine neue Straße ‚nach dem Juden Hofmannsthal' benenne? Oberbürgermeister Ecarius geriet in höchste Aufregung, suchte Ausflüchte und distanzierte sich. Ludwig Reichert bekannte sich zu seiner Autorschaft, betonte den großen literarischen Wert der Werke Hofmannsthals und erklärte, von dessen Judentum im Jahr 1929 nichts gewusst zu haben. Die Hofmannsthal- wurde in Scheffelstraße umbenannt. In den Akt aber heftete Reichert einen Bericht der Mannheimer NS-Presse jener Tage ein, in der über eine im Nationaltheater aufgeführte Oper von Richard Strauß berichtet und deren Librettist Hofmannsthal ganz selbstverständlich lobend erwähnt wurde! In der Folge wies Ecarius seine Behörden an, genau zu prüfen, wo weitere ‚rassepolitische Notwendigkeiten' für Umbenennungen beständen. Bis zum Jahresende 1935 wurden so noch die Rubinstein-, Mendelssohn- und Auerbachstraße im Stadtteil Süd und die Paul-Ehrlich-Straße in Nord umbenannt. Bei letzterer, deren Benennung auf Wunsch der BASF erfolgt war, traf die Stadt allerdings auf den an anderer Stelle (S.178) bereits geschilderten Widerstand der I.G. Farben." Letztlich verschwand die Paul-Ehrlich-Straße aber genauso in Ludwigshafen wie im benachbarten Oppau.

Nach dem Krieg, 1954, wurde im Übrigen eine neue Straße in Friesenheim in der Nähe des Krankenhauses nach Paul Ehrlich benannt. Damit würdigte man, wie der wieder für die Angelegenheit zuständige Ludwig Reichert hervorhob, den 100. Geburtstag des Forschers – und man leistete einen Akt der Wiedergutmachung. Oberbürgermeister Bauer vergaß nicht zu erwähnen, „dass man in Ludwigshafen bereits einmal eine Paul-Ehrlich-Straße gehabt habe, die dann später in Bunsenstraße umbenannt wurde." Der SPD-Stadtrat Friedrich Wilhelm Wagner, eine der zentralen Figuren der Partei in Ludwigshafen und Verfolgter des NS-Regimes, begrüßte die Benennung ausdrücklich, „umsomehr, als er [Ehrlich] Jude war."

Die Verdrängung der Ludwigshafener Juden aus dem Wirtschaftsleben

Die Verdrängung der Juden aus ihrer teilweise dominierenden Rolle in der Wirtschaft war für die Protagonisten der NSDAP in Ludwigshafen und der Pfalz ein zentrales Thema. Auch auf Reichsebene wurde dieses Ziel propagiert, vor allem in der „Kampfzeit." Punkt 16 des Parteiprogramms von 1920 lautet: „Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung. Sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende." Zu der „sozialistischen" Komponente kam hier natürlich auch die antisemitische, denn die großen Warenhäuser im Reich waren zu 80 Prozent in jüdischer Hand.

Nach der Machtübernahme herrschte dennoch zunächst Ruhe. Eine radikale Politik gegen die Warenhäuser und die so genannten Einheitspreisgeschäfte (Ehape) – Tochtergesellschaften der Warenhauskonzerne – hätte der Arbeitsbeschaffungspolitik der Reichsregierung im Wege gestanden. Außerdem hatten wohl auch die Nationalsozialisten erkannt, dass sie diese Entwicklung im Handel nicht mehr bremsen konnten, wenn sie dies überhaupt noch wollten. Im „Gesetz zum Schutz des deutschen Einzelhandels" wurde „nur" die Einrichtung neuer Warenhäuser verboten.[697]

Im Bannkreis des Gauleiters Josef Bürckel aber gab es keine Verschnaufpause. Er hielt weiter an den einstigen „sozialistischen" Prinzipien fest. Seine „Gesetze" und Maßregelungen gingen weit über die zunächst vorsichtigen Eingriffe der Reichsregierung hinaus.

Der Kampf der kleinen Handwerker und Händler gegen die Warenhäuser hatte jedoch nicht erst 1933 begonnen. Schon zwei Jahre zuvor wandte sich Dr. Krauß, Geschäftsführer der Handwerkskammer der Pfalz, in der Presse massiv gegen diese „Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Konsumvereine, die trotz ihrer organischen Verschiedenheit in gleicher Weise den Lebensraum des Handwerks verengen." Er beklagte außerdem die „Unzulänglichkeit der auf Verlangen des Mittelstandes ergriffenen gesetzlichen Maßnahmen" und schloss mit dem bemerkenswerten Satz, dass das Handwerk „bewusst zur Selbsthilfe übergehen" müsse.[698] Wie diese Selbsthilfe aussah, zeigte sich dann nach dem 30. Januar 1933, als sich die Nationalsozialisten die Unzufriedenheit der Gewerbetreibenden zunutze machen konnten und sich so Unterstützung auch von Menschen „erkauften", die nicht unbedingt mit ihnen sympathisierten. Besonders hervor tat sich der NS-Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand.

Schon am 13. März 1933 mussten die jüdischen Warenhäuser in Ludwigshafen ihre „Erfrischungsräume" schließen, die öffentlichen Kantinen und Cafés. „Auf Grund eines Schrittes der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion haben die jüdischen Warenhäuser Tietz, Wronker und Rothschild ihre Wirtschaftsräume, die eine schwere Schädigung des heimischen Gewerbes bedeuten, geschlossen", hieß es dazu in der Presse.[699] Wie dies geschah, schilderte



Abb. 56: Anzeige NAZ, 15. August 1935

Oberbürgermeister Dr. Fritz Ecarius Ende März auf entsprechende Anfragen nach der rechtlichen Grundlage: „Die Schließung der Erfrischungsräume erfolgte nicht auf amtliche Anordnung. Es bestand die Gefahr, dass die Geschäfte mit solchen Erfrischungsräumen zur Schließung derselben durch die erregten Volksmassen gezwungen worden wären. Die Geschäftsinhaber haben dann auf eigenen Antrieb die Erfrischungsräume geschlossen."[700] Die Leiter der Filiale der Leonhard Tietz AG bestätigten die „freiwillige" Schließung, um Unruhe zu vermeiden.[701]

Schon am 14. März griff Reichsinnenminister Frick ein und befahl, die Erfrischungsräume wieder öffnen zu lassen, da die „Bedrohung von Einzelhandelsgeschäften" ungesetzlich sei. Bürckel ließ sich jedoch davon nicht beeindrucken und legte sogar noch zu, indem er einen regelrechten Überwachungsdienst einrichtete. In einer Aufforderung an die Ortsgruppen der Partei ordnete er an, der Gauleitung mitzuteilen: „a) Wer im Ramschwarenhaus kauft, b) wer zum jüdischen Arzt läuft, c) wer sich vom jüdischen Rechtsanwalt verteidigen lässt, d) welcher Metzger vom Juden Vieh kauft, e) wer Auslandsobst, Gemüse usw. verwendet."[702]

Die Auseinandersetzungen um die Erfrischungsräume gingen monatelang weiter und entwickelten sich zum grundsätzlichen Konflikt der Nationalsozialisten mit den jüdischen Warenhäusern. Am 18. Mai beschwerten sich die Verantwortlichen der Tietz AG bei der Regierung der Pfalz, dass ihr Erfrischungsraum noch immer geschlossen bleiben müsse, obwohl es hierfür keine gesetzlichen Grundlagen geben und diese Maßnahme nur in Ludwigshafen aufrecht erhalten würde. Die Filiale habe die betroffenen 15 Angestellten zunächst weiter behalten, müsse sie aber entlassen, wenn weiter Einwände gegen die Wiedereröffnung bestünden.[703] Die Regierung forderte daraufhin die sofortige Wiedereröffnung, da der NS-Kampfbund, von dem die Initiative zu den Schließungen letztlich ausgegangen war, sein Versprechen nicht gehalten habe, alle betroffenen Angestellten der Warenhäuser in den Betrieben seiner Mitglieder zu übernehmen. Gleichzeitig erteilte die Kreisregierung Bürgermeister Foerster die Vollmacht, „in allen Fragen, die die Erfrischungsräume in den Warenhäusern und die damit in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten betreffen, jeweils im Einvernehmen mit dem Sonderkommissar bei der Kreisregierung zu entscheiden." [704]

Eine leichtfertige Entscheidung, denn Foerster weigerte sich erwartungsgemäß, die Anordnung aus Speyer zu befolgen. Die Erfrischungsräume blieben zu.[705] Die Schließung hatte jedoch weitergehende Folgen, als die Verursacher wohl abgesehen hatten. So meldete die pfälzische Bauernschaft, dass seit der Schließung der Kaufhaus-Cafés die Lieferung von Butter, Eier und Milch nach Ludwigshafen um 20 Prozent zurückgegangen sei.[706]

Erst im Juli erfolgte eine gesetzliche Regelung. In einer Zufügung zum „Gesetz zum Schutz des deutschen Einzelhandels" legte die Reichsregierung fest, dass die Landesbehörden die Konzessionen für Schankwirtschaften in Warenhäusern zurücknehmen können, was sofort geschah.[707] Wenige Wochen später bezeichnete es der Fraktionsführer der NSDAP im Stadtrat, Karl Weinmann, als Provokation, dass Ehape und Tietz ihre Erfrischungsräume wieder geöffnet hätten und Stadtrat Kessler legte Verwahrung dagegen ein „namens der HJ, des Mittelstandes und der Fachschaften der Hotel- und Restaurantangestellten." Bürgermeister Foerster sagte zu, dass „in schärfster Weise" dagegen vorgegangen werde, „dass die Staatsautorität durch das Vorgehen der Firmen Tietz und Ehape untergraben wird." [708] Doch die Kaufhausbesitzer kannten sich mit dem Gesetz besser aus. Sie hatten beim Reichswirtschaftministerium Widerspruch eingelegt und somit aufschiebende Wirkung erzielt.[709] Dies war jedoch nur ein vorübergehender Erfolg.

Ähnlich verliefen auch Auseinandersetzungen um die Lebensmittelabteilungen und die Handwerksbetriebe in den jüdischen Kaufhäusern. Heinrich Foerster kündigte es bei einer „Riesenkundgebung" [710] in der Hindenburghalle an: „Wir werden hier in Ludwigshafen auch den Kampf gegen das Warenhaus

nicht aufgeben. Heute schließen wir außer den Erfrischungsräumen auch noch die Lebensmittelabteilungen." Es wurde stürmischer Beifall verzeichnet.

Obwohl es auch für diese Schließung – in Ludwigshafen war nur das Kaufhaus Tietz betroffen – keine rechtliche Grundlage gab, hielt die NSDAP das Verbot aufrecht. Auch der Protest des Geschäftsführers der Filiale, Franz Abels, half nicht, obwohl dieser sich der Unterstützung des bayerischen Staatssekretärs Stocker versichert hatte.[711] Des Dankes der mittelständischen Verbände konnte sich Foerster sicher sein. Der Handelsschutzverband der Pfalz in Neustadt äußerte seinen „besonderen Dank für das entschiedene Eingreifen hinsichtlich der Lebensmittelabteilung der Firma Tietz."[712]

An der Schließung der Handwerksbetriebe in den Warenhäusern hatte wiederum die Handwerkskammer der Pfalz großes Interesse. Sie forderte die Schließung aller Betriebe dieser Art – Dekorationsabteilungen, Schneidereien, Polstererbetriebe und ähnliches – bis zum 1. Oktober 1933. Um dem Ludwigshafener Bürgermeister die Arbeit zu erleichtern, legten die Handwerker in ihrem Schreiben gleich eine Liste bei, welche Betriebe in den vier jüdischen Warenhäusern dies betraf. Doch dies wurde schnell gesetzlich geregelt: Im bereits erwähnten Ergänzungsgesetz vom 11. Juli wurde die Schließung von Handwerksbetrieben in Warenhäusern festgelegt mit einer Übergangsfrist bis zum November 1935. Dies dauerte den Ludwigshafenern zu lange: Hier mussten am Tag der Gesetzesverkündung die betroffenen Betriebe geschlossen werden, inklusive der Abteilungen, die vom Gesetz gar nicht erfasst waren, die Putzmachereien beispielsweise. Da nutzte auch der Protest des „Reichsverbandes der Mittel- und Großbetriebe des Deutschen Einzelhandels" nichts.[713]

Das Geschäftsleben der jüdischen Warenhäuser wurde mehr und mehr beschnitten. Auf einen Wunsch der Installateurinnung hin durften die Kaufhäuser keine Installationsarbeiten mehr vornehmen. Dann wurden sie von der Einlösung von Fettverbilligungsscheinen ausgeschlossen. Begleitet wurden diese Eingriffe von ständigen Boykottaktionen, mit dem Höhepunkt des reichsweiten Boykotts vom 1. April. So beschwerte sich die Leitung der Tietz-Filiale in Ludwigshafen über die „hemmende Wirkung" durch ständige Beunruhigung der Kunden. Den ganzen vorhergehenden Tag sei das Kaufhaus durch SA-Leute blockiert worden, die Schilder des Kampfbundes trugen.[714] Bezeichnend ist jedoch, dass dieses Kaufhaus auch dann weiter attackiert wurde, als es schon lange, als einer der ersten Betriebe überhaupt, „arisiert" war. Denn schon am 3. Mai wurde im Handelsregister vermeldet: „Dr. Alfred Leonhard Tietz, Gerhard Tietz, Franz und Ernst Baumann sind nicht mehr Vorstandsmitglieder."[715] Auch bei der Ehape schieden die jüdischen Vorstandsmitglieder aus, ihre Nachfolger waren allesamt „Arier." Ab 1. Juli 1933 wurde der Konzern in „Westdeutsche Kaufhof AG" umbenannt und von der IHK Köln als „deutsches Geschäft" anerkannt.

An der Haltung der Ludwigshafener „Kampfgenossen" änderte sich jedoch nichts. Noch am 2. Oktober rief die Nationalsozialistische Handels-, Handwerks- und Gewerbeorganisation (NS-Hago), in der ab August auch der NS-Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes aufgegangen war, zu einem Boykott des Ludwigshafener Kaufhofes auf. Und das, obwohl von Seiten des Reichswirtschaftsministeriums, des Innenministeriums und der bayerischen Behörden immer wieder protestiert wurde. Josef Bürckel meinte dazu:

> *„Ich erhalte wiederholt Anfragen über unsere Stellungnahme zur Warenhausfrage und der Behandlung der jüdischen Geschäfte. Man bringt irgendwelche Erlasse damit in Zusammenhang, die zu Missverständnissen führen könnten. Dazu diene allen folgendes:*
>
> 1. *Das Warenhaus war vor der Machtergreifung für uns der Ramschladen, der dem kleinen Geschäftsmann den Ruin brachte. Bei dieser Beurteilung bleibt es für alle Zukunft. Es erscheint mir verwunderlich, dass man überhaupt hierzu noch ein Wort verliert. Das gleiche gilt für die Behandlung der Judenfrage.*
> 2. *Uns alte Nazis gehen die Auslassungen irgendeines Renommiernazis gar nichts an. Für uns gibt es nichts anderes als die Erfüllung des Programms, so wie der Führer es will."* [716]

Doch bei weitem nicht nur die Warenhäuser, sondern alle jüdischen Geschäfte vor Ort waren Zielscheiben der Nazis. Am 20. März beschloss die Stadtverwaltung, keine öffentlichen Aufträge mehr an jüdische Handwerksbetriebe und Einzelhandelsgeschäfte zu vergeben. Dies scheint allerdings nicht konsequent durchgehalten worden zu sein, es gab weitere Aufträge an jüdische Gewerbetreibende.[717] Noch im März 1934 protestierte der Handelsschutzverband der Pfalz beim Bürgermeister wegen angeblicher Benachteiligung „deutscher" Firmen bei städtischen Aufträgen an die Eisenhändler.[718] Namentlich genannt wurden die jüdischen Geschäfte Gimbel und Neumond, Greilsamer und Lefor, Gebrüder Türkheimer, Gebrüder Strauß und Löb und Cie., die bei dem Bau der Siedlung Gartenstadt bevorzugt worden seien. Eine beiliegende Liste beweist, dass der Vorwurf nicht zutraf. Die fünf jüdischen Firmen lagen nach dem Volumen der Aufträge im mittleren und unteren Drittel der beteiligten Firmen, aber immerhin erhielten sie trotz des Verbotes noch Aufträge von der Stadt.

Vielfältig waren die Wege, den Aktionsradius der jüdischen Geschäfte einzuschränken: Boykottaktionen, Pressehetze, Konzessionsentzüge und Verbote. „Der Besuch der jüdischen Geschäfte ist allen Parteigenossen ohne Ausnahme verboten", hieß es etwa in einem Rundschreiben.[719] Weiter: „Mitglieder, die es nicht verstehen, auch ihre Frauen, selbst wenn diese keine Parteimitglieder sind,

vom Kauf in jüdischen Geschäften abzuhalten, werden gleichfalls rücksichtslos aus der Partei entfernt." Edgar Strauss erinnerte sich an dieses allmähliche Ausbleiben der Kunden. Es begann mit den Funktionären des Reichsnährstandes, Landwirten aus der Umgebung also, die zuvor ihre Werkzeuge in der Strauß'schen Eisenhandlung gekauft hatten, dann folgten die Fabriken, die Aufträge stornierten, schließlich auch einzelne alte Kunden, die erklärten, unter Druck das Geschäft zu meiden.[720] Jakob Schamir, ehemals Stemmer, weiß von Aufträgen, die seinem Vater, dem Uhrmacher Mair Stemmer, im wahrsten Sinne des Wortes durch die Hintertür erteilt wurden.[721]

Der Edelweiß-Öl-Gesellschaft, ebenfalls eine jüdische Firma, wurde die Genehmigung zum Vertrieb von verbilligtem Speisefett für die Ärmeren entzogen, was zum einen 24 Arbeitsplätze nichtjüdischer Angestellter in Gefahr brachte, zum anderen die Versorgung mit Fett erschwerte, da die anderen Geschäfte die Nachfrage nicht so schnell befriedigen konnten.[722] Bei Gimbel und Neumond, Kaufhaus Brandt und anderen setzten sich die Betriebsräte und teilweise sogar die Vertreter der Nationalsozialistischen Betriebsorganisationen (NSBO) für ein Nachlassen der Aktionen ein, da Arbeitsplätze in Gefahr seien.[723] Die „Süddeutsche Elektrizitätsgesellschaft" erlitt so starke Einbußen, dass der Inhaber des Betriebes nach eigenen Angaben ohne Entgelt arbeitete, um die Arbeitsplätze von fünf Angestellten zu erhalten.[724] Auch der Betriebsrat der Buchdruckerei Gebrüder Neubauer beklagte sich. Die Druckerei hatte ursprünglich den Stadtanzeiger hergestellt. Als dieser gleichgeschaltet wurde und der Auftrag dem jüdischen Betrieb entzogen wurde, stand die Verlagsabteilung vor der Auflösung. Die Wochenarbeitszeit musste gegen den Willen der Beschäftigten von 48 auf 40 Stunden herabgesetzt werden und die Arbeitsplätze von 80 Arbeitern und Angestellten, darunter nur ein Jude, waren gefährdet, klagte der Betriebsrat.[725]

Der Boykott des 1. April 1933

Der Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933, nach offizieller Propaganda wieder eine Aktion der „erregten Volksmassen", war von langer Hand vorbereitet. Schon Tage zuvor hatte die Presse auch in Ludwigshafen den Boykott angekündigt, als „Aktion gegen die jüdische Hetze" und gegen die „Greuelpropaganda", die die ausländischen Medien – natürlich angestiftet von den Juden – verbreiten würden. „Der Abwehrkampf wird eingeleitet", ließ die „NSZ Rheinfront" verlauten.[726] Die Rede war von „Anordnungen für die Organisation einer gewaltigen Volksbewegung zur Bildung von Boykottkomitees gegen die jüdischen Geschäfte in Deutschland als Antwort auf die Boykottdrohungen des internationalen Judentums."

Ein Vorbote des 1. April 1933 war eine Aktion der SA vier Tage zuvor: Am 28. März besetzten SA-Posten die Eingänge sämtlicher jüdischer Geschäfte in

Ludwigshafen und klebten Plakate mit antijüdischem Inhalt an die Schaufenster. „Unsere Antwort auf die jüdische Hetze – Boykott" war der Tenor. Die jüdischen Geschäfte schlossen – mal wieder – „freiwillig." [727]

Über den Verlauf des reichsweiten Boykotttages selbst in Ludwigshafen gibt es nur relativ dürftige Zeitungsberichte. Demnach scheint es nicht zu größeren Zwischenfällen gekommen sein. SA und SS, Mitglieder des Ludwigshafener „Aktionskomitees zur Abwehr jüdischer Greuel- und Boykottpropaganda", hatten den Boykotttag bereits am Freitag, 31. März, „gemäß der amtlichen Anordnung" mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz eingeleitet, bei der die „Einsatzpläne" für den folgenden Samstag besprochen worden waren. Nach dem Exerzieren marschierte ein Demonstrationszug durch die Stadt, der sich vor dem Kaufhaus Tietz in der damaligen Jubiläumsstraße auflöste, „ermahnt zur strengen Disziplin während ihres Dienstes vor den boykottierten Geschäften traten die SS- und SA-Leute weg." [728]

Am 1. April selbst schließlich postierten sich Mitglieder der SA und SS ab 10 Uhr vor den jüdischen Geschäften in Ludwigshafen, schwenkten Plakate und Transparente mit der Aufschrift „Judengeschäft", „Kein Deutscher kauft beim Juden" oder ähnliches, blockierten die Eingänge und schickten Kunden, die es wagen wollten, die boykottierten Geschäfte zu betreten, mit entsprechenden „Ermahnungen", auch Beschimpfungen, wieder weg. Parolen wurden auf die Schaufenster jüdischer Geschäfte geschmiert. „Auf den Straßen herrschte ein außerordentlich reger Verkehr", berichtete die NSZ, „zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen." [729] Auch in der folgenden Zeit wurden immer wieder ähnliche Aktionen gegen jüdische Geschäfte gestartet, Kunden fotografiert und verleumdet.

Der Boykott, obwohl eigentlich nur eine von vielen Aktionen, die im ganzen Reich liefen und entsprechend propagandistisch begleitet wurden, schokkierte die Juden in Ludwigshafen tief. Erstmals in der noch jungen Zeit der Nazi-Herrschaft waren sie derart attackiert worden. Viele ahnten wohl, dass dies noch lange nicht das Ende war, versuchten auch, im Vorfeld das Schlimmste zu verhindern. So unterrichteten schon zwei Tage zuvor die Inhaber des Kaufhauses Rothschild die Stadtratsfraktion der NSDAP davon, dass sie an zahlreiche Geschäftsfreunde im Ausland telegrafiert und ihren Mannheimer Partner Oppenheimer und Co. aufgefordert hatten, dasselbe zu tun mit dem Text: „Tretet energisch allen Gerüchten über Greueltaten gegen Juden entgegen, da böswillige Erfindungen. Sorgt für Aufklärung." [730] Dieser Versuch, die Gemüter zu beruhigen, nutzte nichts.

Viele jüdische Geschäftsleute versuchten, die Situation zu entspannen. Manche steckten sich ihre Orden aus dem Ersten Weltkrieg an, um ihren Einsatz für Deutschland und ihr Nationalgefühl zu beweisen und ernteten damit erst recht Hass und Hohn. Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten rief dazu auf,

„Disziplin zu bewahren, keine aus Unkenntnis der Situation und aus Unüberlegtheit erfolgenden Schritte zu tun. Im Interesse Deutschlands, der deutschen Juden und der deutschen Wirtschaft bitten wir, alle persönlichen Beziehungen ins Ausland, wirtschaftlicher und sonstiger Art, dazu zu benützen, um unwahre und übertreibende Berichte über die Zustände in Deutschland nach Möglichkeiten zu verhindern und zu widerlegen."[731]

Sehr viel ernster, fast schon prophetisch, beurteilte Max Grünewald, damals Jugendrabbiner der Mannheimer Gemeinde, die Situation: „Wir wollen davon absehen, über die Einzelfälle und Maßnahmen zu sprechen, die in wenigen Tagen die seelische Haltung auch der bisher am jüdischen Geschehen unbeteiligten Juden völlig verändert haben. […] Wir feiern Pessach. Seit Jahrhunderten haben wir in Deutschland ein solches Pessach nicht mehr erlebt, ein Pessach, das so nah an Ägypten und die Wüste grenzt."[732]

Schleichende Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz

Über die wirtschaftlichen Folgen der Dauerboykottaktionen berichtete Dr. Moll, Leiter des Amtes für Wirtschaft und Statistik in Ludwigshafen, in seiner „Denkschrift über die Lage des Einzelhandels in Ludwigshafen am Rhein" vom 26. September 1933.[733] Durch den Boykott jüdischer Geschäfte und Firmen, der ja seit März offen oder „still" praktiziert wurde, waren viele Geschäftsleute in wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten geraten, wie die Untersuchung bestätigte:

„1. die jüdische Geschäfte verzeichnen einen gegen das Vorjahr sehr starken Umsatzrückgang,
2. den deutschen Geschäften kommen die Ausfälle der jüdischen Geschäfte nur zum geringen Teil zugute,
3. der Verlust für Ludwigshafen kommt überwiegend dem Mannheimer Handel zugute."

Am Beispiel eines jüdischen Warenhauses und zweier Schuh- und Textilgeschäfte wies Dr. Moll nach, dass deren Umsatz von 4,9 Millionen Reichsmark (1932) auf 3,5 Millionen im Jahr 1933 zurückgegangen war. Die Argumente, mit denen der städtische Beamte auf ein Ende der Boykotte drängte: Die „deutschen" Geschäfte könnten alleine die Nachfrage gar nicht decken, zumal manche Branchen keine oder kaum nichtjüdische Geschäfte aufwiesen. Doch selbst im Lebensmittelhandel, wo es 42 nichtjüdische Geschäfte gab, profitierten die „Arier" nicht vom drohenden Ruin ihrer Konkurrenz. Im Gegenteil: Auch ihr Umsatz ging nach den Angaben der Denkschrift zurück. Der Grund: Die geradezu massenhafte Abwanderung der Kunden nach Mannheim. Denn in der Schwesterstadt wurden den jüdischen Geschäften außer am Boykottag selbst weitaus weniger Schwierigkeiten gemacht, berichtet Dr. Moll. Offenbar wollten die Ludwigshafener nicht auf das günstigere und reichhaltigere Angebot der

Warenhäuser verzichten, gingen vor allem Beamte, so Molls Beobachtung, den Weg über die Rheinbrücke „wegen des scharfen Vorgehens in der Pfalz." Der Umsatz des Mannheimer Warenhauses Kander beispielsweise, das zum Tietz-Konzern gehörte, wuchs 1933 um mehr als das Doppelte – die Propaganda der Nazis fiel in diesem Punkt auf wenig fruchtbaren Boden. Offensichtlich werde die Abwanderung der Kunden auch dadurch, folgerte Moll, dass in Ludwigshafen zahlreiche Lieferwagen aus Mannheim gesehen würden und viele den Rückweg über den Rhein mit Paketen aus jüdischen Geschäften antraten, denn „dies lässt sich daraus entnehmen, dass die Verpackung vielfach keinen Firmenaufdruck trägt", meinte Moll. Die Abwanderung bestätigten auch jüdische Händler aus Ludwigshafen.[734]

Die Denkschrift sagte wegen des Umsatzeinbruchs der jüdischen Geschäfte für Ludwigshafen 1933 eine Steuer-Mindereinnahme von 300 000 Reichsmark voraus, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit und Kaufkraftminderung, die auch den „deutschen" Einzelhandel noch mehr belaste. Ludwigshafen werde außerdem seine mühsam erlangte Position als Handelszentrum für die Vorderpfalz wieder an die alte Konkurrentin Mannheim verlieren. Doch die Aktionen gegen die jüdischen Geschäfte gingen unvermindert weiter.

Bis 1938 waren die Gesetze und Maßnahmen, die die Reichsregierung zur „Entjudung" der deutschen Wirtschaft ergriff, nicht sehr zahlreich. Dafür wirkten die Eingriffe der lokalen und regionalen Nazi-Größen. Aufmärsche vor jüdischen Geschäften, Boykottaktionen und Verfolgung dauerten an. Vergebens versuchte Reichsinnenminister Frick den außer Kontrolle geratenen Einzelaktionen ein Ende zu bereiten. Der Minister warnte: „Insbesondere ist es nicht angebracht, ja sogar bedenklich, wenn die Grundsätze des Berufsbeamtengesetzes, des so genannten Arierparagraphen, […] auf Gebiete ausgedehnt werden, für die sie überhaupt nicht bestimmt sind. Es gilt dies insbesondere, wie die nationalsozialistische Regierung immer wieder erklärt hat, für die freie Wirtschaft. Ich bitte daher wiederholt, derartigen Übergriffen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und auch die unterstellten Behörden darauf hinzuweisen, dass sie ihren Maßnahmen und Entscheidungen nur die geltenden Gesetze zu Grunde zu legen haben."[735]

Der Appell zeigte keine Wirkung. Josef Bürckel meinte dagegen: „Wer beim Juden kauft, macht immer ein schlechtes Geschäft. Das beweisen die Gesuche, die bei uns eingehen und in denen über das unsaubere Geschäftsgebaren der Juden […] sehr geklagt wird. Die Gesuchsteller beanspruchen dann gleichzeitig den Rechtsschutz der Partei gegen ihre Lieferanten. Hie und da wurde seither in Fällen größter Not geholfen. Heute aber, wo alle Volksgenossen durch Zeitungen, Vorträge und nicht zuletzt durch eigene Erfahrungen die Geschäftsmethoden der Juden kennen und trotzdem zu ihnen laufen und sich anschmieren lassen, lehnen wir jede Hilfe aus Sauberkeitsgründen ab. Sämtliche Dienststellen der Partei sind



Abb. 57: „Arisierungsanzeigen" Ludwigshafener Einzelhandelsgeschäfte, Juli 1936

angewiesen, solche Gesuche und Anträge nicht nur unbearbeitet zu lassen, sondern auch die merkwürdigen Gesuchsteller anher zu melden."[736]

Auch die Belästigungen der Kunden jüdischer Geschäfte gingen weiter: „In den letzten Tagen haben wir uns einmal die Volksgenossen, vor allem die so genannten ‚feinen' Leute etwas genauer betrachtet, die es gar nicht lassen können, immer wieder in gewissen Geschäften in der Ludwigstraße zu kaufen. Wir haben dabei einige hübsche Aufnahmen gemacht. Wir werden auch für die Zukunft ein offenes Auge haben und behalten uns vor, besonders Beladene und Eifrige gelegentlich im Lichtbild festzuhalten", hieß es in der NAZ.[737] In der NSZ wurde ähnlich unverhüllt gedroht: „In der Ludwigstraße kam es zu einem kleinen Auflauf. Der Grund dafür war der, dass vor jüdischen Kaufhäusern Liebhaberphotographen Aufnahmen machten und zwar von Leuten, die gerade schwer bepackt mit Einkäufen die Häuser verließen. Man weiß nämlich nie, zu was solche Aufnahmen gut sein können."[738] Absurd war eine Episode beim Kaufhaus Rothschild, an die sich die Frau des Besitzers Willy Rothschild, Erna, 1988 bei einem Besuch in Ludwigshafen erinnerte: „Ich war blond, hatte blaue Augen und überhaupt keine Ähnlichkeit mit dem Bild, das sich die Öffentlichkeit



Abb. 58: „Arisierungsanzeigen" Ludwigshafener Einzelhandelsgeschäfte, Juli 1936

vom Äußerlichen von Juden machte." Beim Betreten des eigenen Geschäfts wurde sie von einem SA-Mann angeschnauzt: „Die deutsche Frau kauft nicht in einem jüdischen Geschäft."[739]

Jüdische Geschäftsleute fanden sich auch mehr und mehr vor Gericht wieder, wegen angeblichen Mietwuchers, überteuerter Waren oder Verstößen gegen die „Rassegesetze." So berichtete später auch Bernhard Auerbacher, Inhaber von L. Auerbacher Manufakturen an der Ecke Ludwig-/Kaiser-Wilhelm-Straße, dass ihm „beträchtliche Schwierigkeiten von der Gestapo"[740] gemacht worden seien. Er wurde beschuldigt, Schwarzgeld zu besitzen oder „Rasseschande" zu betreiben. Die Anwälte Auerbachers brachten nach dem Krieg vor, dass Haupttreiber bei diesen Beschuldigungen wohl ein bei Auerbacher angestellter Schaufensterdekorateur und NSDAP-Mitglied war, der sich Hoffnungen machte, das Geschäft billig übernehmen zu können. Der jüdische Geschäftsmann musste fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen, wenn er nicht verkaufe, zumal „ein jüdisches Geschäft an der besten Ecke Ludwigshafens nach der damaligen weit verbreiteten Meinung als ein Stein des Anstoßes von der Öffentlichkeit betrachtet wurde."[741] Auerbacher verkaufte mit „erheblichem Goodwill", und aus Auerbacher wurde Demuth. Wie gut das Geschäft eingeführt war, beweist ein Schreiben des neuen Inhabers Ernst Demuth an Auerbacher aus dem Jahr 1946: „Nach der Übernahme des Geschäfts Ende 1935 hatten wir anderen Firmen gegenüber einen sehr guten Anfang und als höchster Umsatz nahezu eine Million erzielt."[742] Alle diese Schikanen führten dazu, dass schon 1935 zahlreiche größere jüdische Geschäfte in Ludwigshafen veräußert waren, oder dass die

bisherigen Inhaber in Verkaufsverhandlungen standen. Von den 26 Erdgeschoss-Einzelhandelsgeschäften in der Ludwigstraße in jüdischer Eigentümerschaft waren im April 1936 bereits 16 „arisiert" bzw. (zwei) verschwunden. Bis zum Mai 1938 wuchs die Zahl auf 22. Nur vier (!) verblieben in jüdischer Hand (siehe Anhang).

Die tatsächliche Übernahme jüdischer Einzelhandelsunternehmen durch die „arischen" neuen Besitzer war im Übrigen zwar immer eine Folge der nationalsozialistischen Rassepolitik und insofern grundsätzlich unfreiwillig, vollzog sich aber auf durchaus verschiedene Weise. Die meist recht trockenen einschlägigen Akten zeigen weder die Demütigungen, denen manche Zwangsverkäufer ausgesetzt waren, noch auch die Gesten der Menschlichkeit mancher neuen Eigner. Da wurde, etwa von Seiten bisheriger Mitarbeiter, die das Geschäft erwarben, im Stillen mehr Geld bezahlt oder es wurden Wertgegenstände ins Ausland geschleust. Manchmal blieb der Kontakt zwischen alten und neuen Eignern für Jahrzehnte erhalten.[743]

1938, noch vor der „Reichspogromnacht", vollzog die Reichsregierung eine Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik. Hatte sie sich zuvor hier zurückgehalten und die wirtschaftliche Verfolgung und Vernichtung der Juden eher untergeordneten Stellen überlassen (nicht ohne hin und wieder zu protestieren), so wurden jetzt innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Gesetze erlassen, die in die Wirtschaftspolitik eingriffen. Ein Grund war die Entlassung von Wirtschaftsminister Hjalmar Schacht am 5. September 1937, der bis dahin recht erfolgreich für eine freie Wirtschaft gekämpft hatte. Sein „Interimsnachfolger" Hermann Göring (26. November 1937 bis 5. Februar 1939) und schließlich der neue Wirtschaftsminister Walter Funk nahmen keine Rücksicht darauf. Zudem brauchte die Reichsregierung Geld für die Aufrüstung und erhoffte sich zusätzliche Mittel durch die Enteignung der Juden.

Die „Verordnung gegen die Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe" vom 22. April 1938[744] sollte bewirken, dass die jüdischen Geschäfte und Betriebe gekennzeichnet würden und so sofort als solche zu erkennen waren. Schwerwiegender war die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden."[745] Bis zum 30. Juni musste danach jeder Jude sein Vermögen angeben, wenn es 5 000 Reichsmark überstieg. Dieses Vermögen konnte dann laut Paragraph 7 eingesetzt werden, „im Einklang mit den Belangen der deutschen Wirtschaft." In der „Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz"[746] gab es weitere Berufsverbote, ab 17. August schließlich mussten die Juden in Deutschland im amtlichen Schriftverkehr den Zweitvornamen Israel oder Sara führen.[747]

Das Reichswirtschaftsministerium bestimmte am 1. März 1938 endgültig, dass öffentliche Aufträge nicht mehr an Juden zu vergeben seien.[748] Am 4. August folgte ein Schreiben an die Wirtschaftsverbände, dass es untragbar sei, wenn jüdische Firmen an Herstellung, Verkauf oder Reparaturen der „politischen

Gemeinschaftsgeräte" – Volksempfänger beispielsweise – beteiligt seien. Zum 30. September 1938 schließlich erloschen die Gewerbelegitimationskarten für jüdische Vertreter.[749]

Spätestens jetzt war vielen Juden klar, dass es in Deutschland für sie keine Zukunft mehr gab, dass zu der Isolation und Diskriminierung durch die Rassengesetzgebung auch die wirtschaftliche Vernichtung kam. Viele versuchten nun, ihr Hab und Gut zu verkaufen, das sie nicht mehr halten konnten, auch, um die nötigen Mittel für die Auswanderung zu erhalten. Zahllose Grundstücke, Häuser und Geschäfte wechselten die Besitzer, oft deutlich unter Wert. Da auch noch Staat und Partei die Hand aufhielten, war der Erlös oftmals gering. Die Zeitungen aber waren voll mit Inseraten von „Arisierungen."

Die Rechtsberatungsstelle der NS-Pseudo-Gewerkschaft „Deutsche Arbeitsfront" teilte im Juli 1938 mit, dass fast alle jüdischen Häuser in der Ludwigstraße zum Verkauf stünden. Die Schlussfolgerung war ein Hohn: „Es liegt die Vermutung nahe, dass unter den Juden eine geheime Parole läuft, welche vielleicht auf die geplante Bahnhofsverlegung zurückzuführen ist, die alsdann eine Verlagerung des Hauptgeschäftsviertels mit sich bringen würde."[750]

Die Gesetzeswelle, die nach dem Pogrom vom 10. November 1938 über die Juden hereinbrach, versetzte auch der wirtschaftlichen Existenz derer, die es noch nicht geschafft hatten, ihre Heimat zu verlassen, den endgültigen Todesstoß.

Die Verfolgung der „Ostjuden"

Die Juden aus den osteuropäischen Ländern bildeten eine der ersten Zielscheiben der Nazis. Hier, bei den auch äußerlich oft fremd erscheinenden Zugezogenen, konnten sie bei ansonsten nicht antisemitisch gesinnten Nichtjuden oft auf Unterstützung hoffen. Gauleiter Josef Bürckel richtete auf diese als „Ostjuden" Bezeichneten schnell sein Augenmerk, auch auf die, die zwar aus Polen oder Russland stammten, aber bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, zum Teil schon in der dritten Generation hier lebten.

Ein Erlass des Reichsinnenministeriums vom 15. März 1933 sah vor, dass illegal im Reich lebende Juden abgeschoben werden konnten. Außerdem wurde ein Einwanderungs- und Einbürgerungsstopp erlassen. Keine Rede war zunächst von Menschen deutscher Staatsbürgerschaft oder von den legal sich im Reich aufhaltenden ausländischen Juden. Wie Bürckel dies auslegte, zeigte seine großsprecherische Bekanntmachung in der Presse: „Sämtliche Juden, die nach dem 1.8.1914 in die Pfalz eingewandert sind und bis Mittwoch die Pfalz nicht verlassen haben, sind unter Angabe von Straße und Hausnummer anzugeben."[751]

Gleichzeitig verhängte der Gauleiter eine Sperrung sämtlicher Bankkonten der „Ostjuden." Die Konten sollten solange gesperrt bleiben, „bis diese ihren Verpflichtungen deutschen Geschäftsleuten gegenüber nachgekommen sind."



Aus dem Ludwigshafener Gerichtssaal

Juden sabotieren die Faserstoffverordnung

Die Geschäftsmethoden des Volksschädlings Menasse Bergmann — Ohne ihn ging es nicht

Ende 1934 trat eine vorübergehende Knappheit in Mehlsäcken auf. Zwei Mannheimer Großmühlen wandten sich zwecks Beschaffung der benötigten Säcke an die Ludwigshafener jüdische Sackfabrik und Sackgroßhandlung Menasse Bergmann in Ludwigshafen, deren Geschäftsführer der 30 Jahre alte David Bergmann, der Sohn des Besitzers ist.

Bergmann wollte sich dieses Geschäft, das einen ansehnlichen Profit versprach, nicht entgehen lassen. Zwar hatte er die benötigten Säcke nicht auf Lager, aber das störte den Juden keineswegs. Wahllos kaufte er auf, war er kriegen konnte und lieferte über 50 000 Säcke.

Die Faserstoffverordnung schreibt vor, daß die Händler keine höheren Preise fordern dürfen, als die, die sie bis zum 21. März 1934 erzielten. Aber auch diese Verordnung existierte für den Juden Bergmann nicht und er überschritt die Preise pro Sack um 5 bis 10 Pfennig.

Wegen dieses Vergehens zur Verantwortung gezogen, behauptete Bergmann vor dem Ludwigshafener Amtsgericht, sich in keiner Weise strafbar gemacht zu haben. In typisch jüdischer Weise verstieg sich der Angeklagte sogar zu der Aeußerung, die Mehlversorgung wäre gefährdet worden, wenn er nicht geliefert hätte.

Die betrügerische Manipulation des Angeklagten geht ohne weiteres daraus hervor, daß den Mühlen zwei Rechnungen ausgestellt wurden, eine mit dem normalen Preise und eine zweite, die Zuschläge für Fracht, Sortieren usw. enthielt. Bergmann will natürlich die doppelten Rechnungen nur aus buchtechnischen Gründen ausgestellt haben.

Ein als Sachverständiger zugezogener Beamter der Faserstoffstelle Berlin sagte aus, daß fast alle jüdischen Sackgroßhändler Deutschlands in der gleichen Weise verfahren würden wie Bergmann.

Der Staatsanwalt bezeichnete das Verhalten Bergmanns als im höchsten Grade volksschädigend. Hierfür sei eine strenge Strafe am Platze. Er beantragte gegen Bergmann eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, außerdem 10 000 Mark Geldstrafe und Aberkennung der Eigenschaft als Betriebsführer.

Das Urteil wird am Montag, den 16. September verkündet.

Diebstahl

Der 31 Jahre alte Alfred H. aus Ruchheim ist obdachlos. Die Nacht vom 4. zum 5. August verbrachte er in Maudach in einem Heuschober. Am Morgen sah er auf dem Feldweg ein Rad liegen,

Abb. 59: Hetze gegen Ostjuden: Artikel aus der NSZ, 10. September 1935

Einige der Betroffenen waren ebenfalls Geschäftsleute – der Juwelier Abraham Heschel Schwarz etwa, der Eisen- und Metallhändler David Birnfeld oder der Uhrmacher Mair Stemmer. Für sie bedeutete das eigenmächtige Handeln Bürckels eine Gefährdung ihrer Existenz – noch vor dem großen Aprilboykott gegen die jüdischen Geschäfte. Hilfestellung erhielten die Juden von eher unerwarteter Seite, den Banken. Diese sahen in Bürckels Erlass einen Eingriff in ihr Geschäftsleben. Da der Protest bei Bürckel nichts fruchtete, beschwerten sich die Bankiers der Pfalz beim Wirtschafts- und beim Innenminister. Bürckel musste die Kontensperrung aufheben.

Für die aus Osteuropa stammenden Juden bedeutete dies keine Ruhepause. Bei einer Kundgebung der NSDAP im Ludwigshafener Pfalzbau gab Bürckel bekannt, dass sämtliche „Ostjuden" bis zum 29. März 1933 die Stadt zu verlassen hätten, ansonsten müsse man zu Ausweisungen schreiten. Bürgermeister Foerster verkündete Ende Juni in der „Hindenburg"-Halle, dass wohnungslosen Familien leere Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft GAG zugewiesen werden sollten und „die Wohnungen der Ostjuden in der Maxstraße freigemacht werden sollen, jener Elemente, die sich unter dem Schutz der Franzosen diese Wohnungen erschlichen haben. Sie müßten jetzt zum Teufel gejagt werden."[752] Die nachweisbare Realität hinter dieser gewaltgetränkten Rhetorik sah dann aber durchaus weniger beeindruckend aus. Vor allem Bedürftige, die Sozialleistungen bezogen, wurden mit ihren Familien „weggewiesen." Unter ihnen waren sieben ostjüdische Familien mit ca. 25 Personen.[753]

Eine weitere Handhabe gegen die Ostjuden bot das „Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit" vom 14. Juli 1933. Nach diesem Gesetz konnte Personen, die zwischen dem 9. November 1918 und dem 30. Januar 1933 in Deutschland eingebürgert worden waren, die Staatsangehörigkeit oder die Einbürgerung aberkannt werden, „sofern ihre Aufnahme in die deutsche Volksgemeinschaft nach völkisch-nationalen Grundsätzen als unerwünscht anzusehen ist."[754] Neben angeblichen oder tatsächlichen Kriminellen, „Volksverrätern" wie Kommunisten oder den früheren SPD-Stadtrat Heinrich Derringer,[755] betraf diese Reglung Juden aus osteuropäischen Ländern – unabhängig von wirtschaftlicher Lage und gesellschaftlichem Rang. Davon ausgenommen sollten Kriegsteilnehmer auf deutscher Seite sein. Der aus Galizien stammende David Birnfeld war Kriegsteilnehmer für das verbündete Österreich gewesen – das reichte offensichtlich nicht. Er wurde mit seiner ganzen Familie ebenso ausgebürgert wie die Ärztin Dr. Susanna Rosenfeld, zwar in Wien geboren, aber ursprünglich tschechoslowakische Staatsbürgerin, wie Abraham Heschel Schwarz oder der in Ungarn geborene Kaufmann Josef Grünhut.[756] „Die Ostgalizier werden abgestoßen", feierte die „NSZ" die „Ausmerzung dieser unerwünschten Zeitgenossen aus dem deutschen Staatsverband."[757]

Bekanntestes Opfer dieser Politik war der Druckereibesitzer Richard Neubauer. Er war 1918 aus Böhmen eingewandert und eingebürgert worden. Neubauer betrieb mit seinem Bruder Fritz die von seinem Onkel Ludwig übernommene und bereits erwähnte Druckerei in der Schulstraße mit zeitweise 80 Beschäftigten, die bis 1933 den Stadtanzeiger druckte. Nach Behördenangaben besaß er ein „beträchtliches Vermögen" und war schuldenfrei – was ihn vor der Ausbürgerung nicht schützte.

Die Ausbürgerung war freilich bei den Betroffenen nicht gleichbedeutend mit der sofortigen Ausreise. So führte Richard Neubauer seinen Betrieb weiter[758] und emigrierte erst 1937 in die USA. Sein Bruder Sigmund blieb bis 1938 und floh dann unter abenteuerlichen Umständen in die Schweiz, von wo er ebenfalls in die USA gelangte.[759] Dennoch erfuhr die ostjüdische Gemeinschaft der Stadt natürlich über alle Jahre seit 1933 einen beständigen Aderlass. Von den 417 registrierten polnischen Juden bei der Volkszählung im Juni 1933 waren im Januar 1938 nach Angaben der Stadtverwaltung aber immer noch 262 in Ludwigshafen wohnhaft.[760]

Die meisten dieser „Ostjuden" in Ludwigshafen wurden wie in ganz Deutschland von der sogenannten „Polenaktion" im Jahr 1938 erfasst.[761] Am 27. Oktober erging an rund 17 000 polnischstämmige Juden in Deutschland, die keine deutschen Staatsbürger waren, ein Ausweisungsbeschluss. Am frühen Morgen des 28. Oktober wurden die Betroffenen geweckt und zusammengetrieben, Massenverhaftungen setzten ein, um ein Untertauchen zu verhindern.

Ein Verzeichnis der damaligen Polizeidirektion Ludwigshafen listet für die Stadt 166 Namen der Menschen auf, denen „der Aufenthalt im deutschen Reichsgebiet verboten" wurde. Sie waren zum größten Teil keineswegs erst zugewandert, denn 70 der Verfolgten waren bereits in Ludwigshafen geboren, 18 weitere in Städten und Dörfern der Umgebung. 50 Kinder unter 14 Jahren waren darunter. Der jüngste, Jakob Joachim Flaster, war ein Vierteljahr alt. Der frühere Wäschehändler Moses Laib Händler, der mit seiner ganzen Familie ausgewiesen wurde, war mit 83 Jahren der Älteste.

Erfasst von dieser Nacht- und Nebelaktion wurde auch die Familie Stemmer. Jakob Schamir (Oskar Stemmer), einer von fünf Söhnen von Mair Stemmer, geriet eher zufällig in den Zug nach Polen, da er, inzwischen an der Rabbinerhochschule in Frankfurt, am 28. Oktober 1938 seine Eltern in Ludwigshafen besuchte. Er erinnerte sich: „Mitten in der Nacht kamen Polizisten in Zivil. Sie sagten, wir haben einen Ausweisungsbefehl, packt ein, was ihr könnt. Ich wundere mich, dass meine Eltern die Ruhe behielten." Die ganze Familie Stemmer – nur ein Sohn war in Berlin – wurde nach Frankenthal ins Gefängnis gebracht, wo schon viele andere polnischstämmige Juden saßen. In offenen Zellen verbrachten sie die Nacht, am nächsten Tag wurden sie mit der Bahn zurück durch Ludwigshafen gefahren. Dabei erfuhr Jakob Schamir, dass es noch gute Menschen gab im Nazi-Reich: „Auf dem Bahnsteig standen viele Leute, vielleicht hundert. Ich sah Nachbarn und Freunde. Sie reichten uns Obst und Gemüse in den Zug, sagten Auf Wiedersehen." [762]

In 30 Stunden Fahrt wurden die Ludwigshafener und Pfälzer „Ostjuden" an die polnische Grenze nach Zbaszyn (deutsch: Bentschen) gebracht. Sie mussten aussteigen und zum polnischen Grenzbaum gehen. Dort jedoch wurden sie von den polnischen Grenzbeamten zunächst nicht hereingelassen. Die polnische Regierung hatte zuvor schon den Polen die Staatsbürgerschaft aberkannt, die länger als fünf Jahre nicht im Land lebten. Warschau hatte die Ausweisung der Juden aus Deutschland geahnt und wollte sie nicht aufnehmen.[763] Für die Deportierten ging es hin und her im Niemandsland – bis die Polen schließlich die Grenze öffneten. Teilweise gelang es den Heimatlosen, sich zu noch in Polen oder anderen osteuropäischen Ländern lebenden Familienmitgliedern durchzuschlagen. Andere wanderten weiter oder versuchten, nach Palästina zu gelangen. Der größte Teil der Deportierten jedoch saß fest und fiel später der Vernichtung in den Konzentrationslagern zum Opfer.

Die 65 polnischen bzw. „staatenlosen" Juden, die aus nicht mehr klärbaren Gründen in Ludwigshafen zurückblieben, flohen zum Teil noch 1939 ins Ausland. Die übrigen wurden wie ihre westjüdischen Leidensgenossen nach Gurs deportiert.



Verlagsort Mannheim 2 — Erscheint monatlich 2 mal

Jüdisches Gemeindeblatt

für die Israelitischen Gemeinden in Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen a. Rh.

Nachdruck der in diesem Blatt abgedruckten Artikel ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Abonnementspreis vierteljährlich 60 Reichspfennig bei zweimal monatlichem Erscheinen zuzüglich Bestellgeld. Anzeigen nach Tarif. – Platzvorschrift ohne Gewähr. Geschäftsstelle: Ludwigshafen am Rhein, Schulstraße 14. Postscheck-Konto: Jüd. Gemeindeblatt Karlsruhe/B. 80051

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind an Herrn Dr. phil. Kurt Berg MANNHEIM, S 4, 2b, zu richten / Fernsprecher 27360 Anzeigenannahme: Hermann Feitstein, Mannheim, Rosengartenstr. 30 / Telefon Ludwigshafen a. Rh. 62316

Angemeldet beim Sonderbeauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda betreff Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet.

16. Jahrgang — Mannheim, den 3. November 1938 (9. Marcheschwan 5699) — Nr. 21

WRONKER MARKTECKE MANNHEIM S1
DAS SPEZIALHAUS FÜR HERREN- u. KNABENKLEIDUNG

Auswanderer: Ihre Schiffskarte durch Reisebüro Siegfried Schwarzschild
Stuttgart, Königstraße 45a, Telefon Nr. 28992

The Luminator
(Patents applied for)
Luminator, Inc. Chicago, Ill.
Die schönste Raumbeleuchtung mit und ohne Schirm resp. Unterbeleuchtung
Spezialität: Umbauten auf Luminatoreffekt. Elektrische Geräte
Max Wachenheim techn. Büro Mannheim
Gluckstr. 2 Tel. 42142

Auswanderer lassen Ihre Wäsche zeichnen mit Hand- od. Maschinenstickerei auch hebräische Schrift
A. Sonnenfeld D 1, 1 (Paradepl.)

Pelze, Silberfüchse Persianer etc. in verschiedenen Qualitäten kaufen Sie gut und preiswert in der PELZ ETAGE-Kretschmer Mannheim, S 1, 6
Breite Straße / Tel. 23139 Eigene Kürschnerei — Einziges jüd. Fachgeschäft am Platze.

Corset-Atelier Stückgold-Jacob Mannheim, P 5, 11/12 Telefon 21871

Bett- u. Doppelcouches Sessel / Zeitgem. Ausführung / Fachm. Arbeit
Willi Strauß (Emil Blum Nachf.) MANNHEIM, L 14, 6 / Telefon Nr. 20969
Unverbindlicher Besuch erbeten.

Spenglerei u. Installation Sanitäre Anlagen / Reparaturen
GUSTAV HERZ, A 2, 5 / Ruf 28592 Reparaturen von Rolladen aller Art.

Perser Teppiche - Brücken -
Edelerzeugnisse von bleibendem Wert. Deutsche Qualitäts-Teppiche Große Auswahl — alle Preislagen
Reparaturen reinig. - sachgemäßen (Mottenschutz) Auswahlsendungen unverbindlich franko
Vermittlung wird honoriert.
Alfons BRYM, B1, 2 Mannheim, Breite Str. Telefon 22373

Holland-Amerika-Linie
Rotterdam — New York
Große moderne Schiffe mit bester Unterkunft und erstklassige Verpflegung. Deutschsprechende Bedienung. — Einzelkabinen auch in der Touristenklasse. — Durchreisevisum für Holland nicht erforderlich. — Neues Flaggschiff: „Nieuw Amsterdam" 1934
Direkter Dienst auch Rotterdam-Nord-Pazifik-Küste. Nähere Auskunft von der
Generalvertretung für Baden u. Saarpfalz
Mannheim, D 1, 7/8 / Telefon Nr. 22211, Schließfach 404

Hüfthalter Corsolettes Büstenhalter Trikotagen 1866
Korsettenhaus Stein-Denninger Mannheim
P 2, 1, gegenüb. d. Hauptpost

RADIO-MAYER
Einziger jüd. Radiohändler im Bezirk.
Rheinaustr. 30 / b. d. Johanniskirche, Straßenbahn Lindenhof / Tel. 227 21
Alle Elektrogeräte für Auswanderer
Luminator / Kühlschränke / Waschmaschinen / Staubsauger usw.

Abb. 60: Unmittelbar vor dem Pogrom:
Ausgabe des nicht mehr „Israelitisch",
sondern auf Druck der Behörden
„Jüdisch" genannten „Gemeindeblatts", 3. November 1938.
Prominent auf der Titelseite:
nützliche Werbung für Auswanderer.

Das Pogrom

Am 7. November 1938 schoss der 17-jährige polnische Jude Herschel Grynszpan in der deutschen Botschaft in Paris den Legationssekretär Ernst vom Rath nieder – aus Rache für die Deportation seiner Familie bei der oben beschriebenen „Polenaktion" ins deutschpolnische Grenzland, wo sie mitten in der Nacht ausgesetzt worden war. Vom Rath erlag zwei Tage später seinen Verletzungen. Mit dieser Tat beschwor Grynszpan ungewollt die bis dahin schlimmsten Ausschreitungen gegen seine Glaubensbrüder in Deutschland herauf: das große Pogrom der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, das mit dem wohl vom Berliner Volksmund mit leicht ironischem Unterton geprägten Ausdruck „Reichskristallnacht" in die Geschichte einging.

Wie diese Nacht sich in Ludwigshafen abspielte, lässt sich rekonstruieren. Zeitgenössische Berichte in der Presse sprechen von „erregten Volksmassen", die ihrer Empörung über die „Mordtat von Paris" Luft gemacht hätten. In Wahrheit war das Pogrom gezielt vorbereitet und von Berlin aus gesteuert worden. Das wurde auch durch die Aussagen deutlich, die die 16 Angeklagten im nur drei Tage dauernden Prozess gegen die Hauptbeteiligten vor dem Frankenthaler Landgericht im Juni 1950 machten: „Wie überall seien auch hier die Ausschreitungen von Dienststellen der ehemaligen NSDAP veranlasst worden."[764] Der Hauptangeklagte Christian Haller, damals SS-Sturmbannführer, habe den Befehl, in dieser Nacht in jüdischen Wohnungen, Geschäften und nicht zuletzt der Synagoge für Terror und Zerstörung zu sorgen, direkt von SS-Oberführer Ihle aus Neustadt erhalten, der sich wiederum auf eine direkte Weisung aus Berlin berufen hätte. Haller wurde im übrigen in diesem Prozess wegen Befehlsnotstands freigesprochen, von den restlichen Angeklagten erhielten nur sechs eine Gefängnisstrafe, die mit der Untersuchungshaft abgegolten war. Der Rest fiel unter das seit dem 1. Januar 1950 geltende Amnestiegesetz.

Der SS-Sturmbann, bei dem neben Ludwigshafenern auch Nazis von außerhalb mitmachten, marschierte zur Synagoge in die Kaiser-Wilhelm-Straße. Das jüdische Gotteshaus wurde aufgebrochen, wertvolle Gegenstände wurden „beschlagnahmt", alles Brennbare auf einen Haufen geworfen und angezündet. Die Feuerwehr rückte aus, jedoch nicht etwa zum Löschen, sondern um ein Übergreifen des lodernden Feuers auf die Nachbargebäude zu verhindern. Die SS gab die Synagoge erst frei, nachdem sie bis auf die Grundmauern niedergebrannt war.

Im Wach- und Meldebuch der Berufsfeuerwehr Ludwigshafen lesen sich die Ereignisse dieser Nacht dann lapidar so: „10.11.1938. 5.55 Uhr, Israelitische Synagogengemeinde, Kaiser-Wilhelm-Straße 34, Synagogenbrand, Brandursache unbekannt, Art des Feuers: Großbrand." Auch der kleine Betsaal in der Kaiser-Wilhelm-Straße 49, dem Gebäude der ostjüdischen Mikwe, wurde zerstört und angezündet. Der Betsaal war möglicherweise nach dem Kauf des Hauses durch

die Kultusgemeinde für die Ostjuden eingerichtet worden – vielleicht, weil deren „Synagoge" im Haus des Manasse Bergmann nicht mehr zur Verfügung stand?

In der Presse wurde die „Zerstörung jüdischer Machtdenkmäler" gerechtfertigt: „Wenn die Juden ihre Tätigkeit in diesen Bauwerken auch als Religion bezeichneten, so wusste es das Volk doch besser, denn hier wurde nur um die Erfüllung eines Gesetzes gebetet, das die Vernichtung der arischen Völker zum Ziel hat."[765]

Die Synagoge blieb jedoch nicht das einzige Ziel nationalsozialistischer Barbarei. Auch jüdische Geschäfte in der Ludwigshafener Innenstadt wurden geplündert und zerschlagen. Die Täter drangen in die Wohnungen zahlreicher jüdischer Bürger ein, zerhackten die Möbel, schlitzten Bettwäsche auf und warfen das Inventar auf die Straße, wenn es ihnen nicht wertvoll genug erschien, um mitgenommen zu werden, erinnerte sich die früher in Ludwigshafen lebende Selma Löser an die Vorgänge in der Wohnung ihrer Eltern in der Innenstadt.[766] Auch die Wohnung von Selma Sternlieb, der Witwe Markus Sternliebs, in der Lisztstraße wurde verwüstet. Dabei wurde auch ein wertvolles Gemälde des niederländischen Künstlers van Honthorst, das die Stadt Sternlieb 1926 geschenkt hatte, zerschnitten, obwohl man offenbar geplant hatte, es der Familie wieder zu entreißen. Dieser Plan wurde vom Übereifer der SA-Horden vereitelt.[767]

Der – nichtjüdische – Arzt Walter Roggenkamp berichtete später, dass sein Kollege Dr. Eugen Gerstle den bei ihm eindringenden SS-Schergen sein Eisernes Kreuz aus dem Ersten Weltkrieg entgegenhielt – eine verzweifelte, jedoch vergebliche Geste. Auch bei ihm wurden die Möbel zerhackt. Roggenkamp selbst wurde in dieser Nacht wach „von dem Geklirre der Zerstörung des großen Porzellangeschäftes unter mir [im Rheinblock 54b, Anm. d. Verf.]. Am anderen Morgen sah ich, was geschehen war. Ich wusste mir keinen Rat und eilte zu dem protestantischen Dekanat im Hemshof. Antwort: Da kann man nichts machen." Die katholische Nachbarin des alten Kantors Wetzler hingegen verbarg eine Woche lang dessen Tochter und Enkel in ihrer Wohnung.[768]

Im Prozess sagte eine Augenzeugin später aus, sie habe einen der Angeklagten unter ihrem Fenster stehen sehen, mit einer säuberlichen Liste der jüdischen Geschäfte und Wohnungen in der Hand und einem Beil in der Tasche – ein Beweis dafür, wie detailliert diese „spontane" Aktion auch in Ludwigshafen geplant gewesen war.

Eine sehr genaue, detaillierte, zwischen den Zeilen auch kritische Schilderung der Vorgänge gibt ein Bericht, den ein städtischer Beamter an den Tagen des Geschehens über die Vorgänge lieferte.[769]

„10. November 1938.

In der Morgenfrühe setzten Aktionen gegen die Juden ein als Folge des Mordüberfalls des polnischen Juden ‚Grynzspan' auf den deutschen

Legationssekretär vom Rath in Paris (7. Nov. 1938). In Ludwigshafen wurde sämtlichen Juden von kleinen Trupps das gesamte Mobiliar: Möbel, Wäsche, Einrichtungsgegenstände restlos zerstört. In den Judenläden wurden die Fensterscheiben eingeschlagen und die Waren z. Teil zerstört.

Die männlichen Juden sollen in Schutzhaft genommen worden sein. Der Jude Weiler, der früher ein Schuhgeschäft Ecke Ludwigs- und Kaiser-Wilhelmstraße besaß, wurde handgreiflich, als ein Zerstörungstrupp in seine Wohnung eindrang; er wurde sofort verhaftet.

Seit der Morgenfrühe brennt die Synagoge in der Kaiser-Wilhelmstraße.

Das Eisenwarengeschäft der Gebr. Strauder, Oggersheimerstraße macht einen trostlosen Eindruck. Die Scheiben sind völlig eingeschlagen, Waschkessel verbeult, Regale umgestürzt. Vor dem Laden steht Polizei als Wache.

Um 8.30 Uhr früh zeigte ein Menschenauflauf in der Ludwigstraße von weitem an, dass ‚etwas los' sei. Ein Zerstörungstrupp hauste in der Wohnung des Juden Kaufmann, der im gleichen Haus früher ein Textil- und Konfektionsgeschäft betrieb. Man hörte dumpfe Schläge und Krachen und Klirren. Aus Unvorsichtigkeit ging dabei eine kleine Scheibe eines Zimmerfensters entzwei. Sonst war alles eigentlich ziemlich ruhig. Höchstens 30 Neugierige konnten gezählt werden, aus Hausgängen sah man einige erstaunte Gesichter blicken.

Der Straßenverkehr war etwas nervös, Autos huschten hin und her, in Seitenstraßen sah man junge Männer beisammenstehen, die der SA und SS angehörten.

Nach einiger Zeit kamen aus dem Anwesen Ludwigstraße Nr. (früher J. Kaufmann) einige ruhig aussehende Männer, von denen einer in der äußeren Rocktasche ein Beil trug. Die Schaufenster der Lederhandlung Scharff sind eingeschlagen, der Laden demoliert. In der Morgenfrühe wurde in der Wohnung des Rabbiners Steckelmacher dieselbe Zerstörung vorgenommen, dabei wurden Akten mitgenommen. In dem einen waren die Notizen und Bescheinigungen über christliche Mädchen und Frauen, die zum jüdischen Glauben übergetreten waren und Juden geheiratet hatten. Dabei war bemerkenswert, dass aus den Bescheinigungen über die Aufnahme zum jüdischen Glauben zu ersehen war, dass jede Proselytin den hebräischen Vornamen ‚Ruth' bekam, nur eine wurde ‚Esther' genannt. Daran wollte man wohl die ehemalige ‚gerim' erkennen. Auch die Bescheinigungen über das rituelle Tauchbad jeder Proselytin lagen bei. Von Augenzeugen wird berichtet, dass die kostbarsten Möbel, Bette, Teppiche, Gemälde und sonstigen Kunst- und Gebrauchsgegenstände erbarmungslos vernichtet wurden. Außer der Synagoge wurden auch die sonstigen Betsäle der Juden demoliert.

Ein Jude vermochte dem in seine Wohnung eindringenden Zerstörungstrupp zu entkommen und auf die Polizeiwache zu eilen. Dort machte er Meldung und konnte erreichen, dass ein Polizeibeamter mit ihm ging und die Wohnung in Schutz nahm.

In der Kaiser-Wilhelm-Straße drang man auch in das jüdische Schuhgeschäft ‚Inger und Bransdorfer' ein, um es zu zerstören, dabei sollen auch Waren geraubt worden sein. Mitten in dem Zerstörungswerk kam die Polizei und gebot Einhalt mit der Begründung, dass das Geschäft bereits in arischen Besitz übergegangen sei. Den entstehenden Schaden, der dem neuen Besitzer erwachsen ist, muss nun wohl das Reich tragen.

Der besonnenere Teil der Bevölkerung hat im allgemeinen wohl die Zerstörungen für berechtigt gehalten, aber doch bedauert, dass so viel wertvolles Gut sinnlos vernichtet wurde; denn es ist doch ein Teil des Nationalvermögens.

11. Nov. 1938

Die Zerstörungen sollen an vielen Orten in vielen Städten gestern eingesetzt haben. In Mutterstadt hat in der Morgenfrühe des 10. Nov. schon die Synagoge gebrannt. In Mannheim wurden die Wohnungseinrichtungen auf die Straße geworfen und verbrannt. Auch das Juweliergeschäft des Juden Netter am Paradeplatz wurde zerstört und mit den Waren schlimm gehaust. In den Abendstunden des 10. Nov. wurde von der NAZ in Ludwigshafen ein Extrablatt mit einem Aufruf des Reichsministers Dr. Goebbels angeschlagen des Inhalts, dass die berechtigten Aktionen, mit denen das Volk seiner Empörung Luft machte, sofort einzustellen sind. Den Juden werde die entsprechende Antwort durch Gesetze und Verordnungen erteilt.

12. Nov. 1938

Gestern Abend sollen die männlichen Juden von Ludwigshafen nach Dachau abgeführt worden sein."

Die beteiligten SS-Leute nutzten ihren Befehl zur Zerstörung, wie vom Augenzeugen geschildert, auch zur eigenen Bereicherung. Noch zur Zeit des „Dritten Reiches" leitete die Staatsanwaltschaft Frankenthal Ermittlungen in Fällen wegen Plünderung gegen Ludwigshafener ein. Der Anmeldepflicht der „beschlagnahmten" Wertsachen kam die Ludwigshafener Truppe nach, indem sie von allen aus der Synagoge geraubten Gegenständen einzig einen silbernen Rabbinerstab meldete.

Dass die Meinung der Einwohner über die brutale Aktion durchaus geteilt war, zeigt auch ein weiterer Augenzeugenbericht. Der Ludwigshafener Hermann Jooß, damals 15 Jahre alt, erinnerte sich später:

„In der gaffenden Menschenmenge [vor der niedergebrannten Synagoge, Anm. d. Verf.] war eine eigenartige Situation zu spüren. Die Leute sprachen wenig, betroffene Gesichter, viele unterhielten sich in verhaltenem Ton. […] Und zwischen den Äußerungen hörte man auch mal die Bemerkung ‚Das hätten sie doch nicht machen sollen.' Immerhin ein Wagnis, das zu sagen." Andererseits sah

Jooß vor den zerstörten Wohnungen in der Bismarckstraße auch eine andere Art von „Gaffern": „Jetzt standen die Leute da und warteten, bis man diese jüdischen Bewohner abführte, manche lagen auf der Lauer wie die Katze vor dem Mauseloch, als wäre dies etwas ganz Außergewöhnliches, Juden zu sehen." [770]

Pfarrer Johannes Bähr aus dem Ludwigshafen benachbarten Mutterstadt, das eine große jüdische Gemeinde gehabt hatte, äußerte am 10. November im Religionsunterricht offen Kritik: „Was hier gemacht wird, ist nicht recht – Juden sind auch Menschen und mit Menschen muss man immer menschlich umgehen." Noch am Nachmittag desselben Tages wurde er verhaftet und ins Ludwigshafener Gefängnis gebracht.[771]

Im damals noch selbständigen Dorf Ruchheim, das 1974 nach Ludwigshafen eingemeindet worden ist, wurde die Synagoge in der Fußgönheimer Straße ebenfalls gestürmt, mit einiger Verspätung. Dies angeblich deshalb, so stellte es der damalige NSDAP-Ortsgruppenleiter nach dem Krieg dar, weil ihm der Zerstörungsbefehl widerstrebte und er sich wieder ins Bett legte.[772] Am 10. November jedoch rückten gegen 14 Uhr SA-Leute aus Ruchheim und Umgebung an um die Synagoge niederzubrennen. Da jedoch im ersten Obergeschoss in der früheren Lehrerwohnung eine „arische" Familie zur Miete wohnte und außerdem in enger Nachbarschaft Scheunen und Ställe standen, wurde auf die Brandstiftung verzichtet. Stattdessen wurde die Einrichtung in der Synagoge mit Äxten und Eisenstangen zerschlagen. Bücher, Möbel und sakrale Gegenstände wurden von der Dorfjugend auf den Hof geschleppt und angezündet.[773]

Von der einst lebendigen jüdischen Gemeinde in Ruchheim waren zu dieser Zeit nur noch das Ehepaar Jakob und Klara Leva und deren alte Mutter im Ort. Ein Verwandter erzählte später, dass am Abend des 9. November 1938 ein Ruchheimer SA-Mann heimlich zu Jakob Leva gekommen sei und ihn vor der drohenden Zerstörung der Synagoge gewarnt habe. Im Schutz der Dunkelheit soll Jakob Leva die Thorarolle geborgen haben. Auf unbekannten Wegen wurde sie gerettet und befindet sich heute in einem Museum in Virginia, USA.[774]

Verschont wurde auch das jüdische Bethaus in Rheingönheim in der heutigen Hauptstraße 246. Das Gebäude war von Albert Blüm als Vertreter der jüdischen Gemeinde ein halbes Jahr zuvor, am 8. März 1938, an die Ortsgemeinde verkauft worden, zum Preis von 7 500 Reichsmark. Ein Grund war, dass das Gebäude renovierungsbedürftig war und die auf wenige Personen geschrumpfte jüdische Gemeinschaft im Ort sich dies nicht leisten konnte.[775]

Was der Begriff „Reichskristallnacht" verschleiert, ist, dass bei den Ausschreitungen nicht nur viel Glas und anderes zu Bruch ging und – wie in der Synagoge – Gegenstände von hohem materiellem und unschätzbarem ideellem Wert zerstört wurden. Vielmehr wurden jüdische Ludwigshafener, wie der Rechtsanwalt Dr. Emil Herz, der in der Lisztstraße wohnte, aus ihren Betten gezerrt, durch die Straßen gejagt, verhöhnt und verprügelt, andernorts – offenbar

nicht in Ludwigshafen – starben Menschen an den erlittenen Misshandlungen. Massenverhaftungen folgten.

In Ludwigshafen wurden alle jüdischen Männer, derer man habhaft werden konnte, verhaftet und nach Dachau gebracht.[776] Viele saßen dort Monate ein, während zu Hause ihre Existenzen vernichtet und ihre Familien auseinander gerissen wurden. Der Jüngste der Verhafteten war der erst 16 Jahre alte Walter Kahn, der Älteste der letzte Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde, Josef Koburger, 60 Jahre alt.[777] Nur drei der in „Schutzhaft" genommenen Männer wurden nicht nach Dachau verbracht. Zwei davon, weil ihre Auswanderung unmittelbar bevorstand, einer war nicht transportfähig, wurde aber dennoch verhaftet. Die Auswertung der späteren Deportationslisten vermerkt bei zahlreichen männlichen Juden: „… war vom 11. (oder 12.) 11. bis … in Dachau."[778] Am längsten dort festgehalten wurde nach diesen Zahlen der Kolonialwarenhändler Julius Rauner, der bis zum 20. Februar 1939 einsaß. Als er zurückkam, war sein Geschäft aufgelöst.[779]

Edgar Strauss, Augenzeuge und Betroffener, schilderte die Geschehnisse: „Ich war allein in unserer Wohnung mit unserer Haushälterin […]. Mein Vater war bei Freunden in Mannheim. Die Straße füllte sich plötzlich mit einer Menge Menschen an, manche in Uniform, manche in Zivil. Sie kamen in unsere Wohnung, rissen die Kronleuchter herunter, zerbrachen das Kristall, zerschnitten die Polstermöbel und nahmen mich mit zur Polizeistation. Wir verbrachten die Nacht im Gefängnis in Ludwigshafen, am nächsten Morgen wurden wir in Lastwagen zur Bahn gebracht. In der Nähe der Bahn mussten wir uns aufstellen und zu den Klängen von ‚Muß I denn…' zur Bahn marschieren zum Transport nach Dachau."[780]

Auch Dr. Roggenkamp war Augenzeuge, als er mit seiner Frau durch die Maxstraße ging: „Erschütternd zu sehen, wie eine große Kolonne schwarz gekleideter Männer schweigend dastand und auf den Abtransport wartete, der dann unter den Klängen einer Musikkapelle erfolgte. Widerlich zu sehen, wie aus einer Kneipe Volksgenossen diesen Zug verhöhnten. Wir wandten uns beschämt ab …".[781]

Wer glaubhaft angeben konnte, sofort auswandern zu können, oder wer im Beruf unentbehrlich war und Fürsprecher fand, hatte bessere Chancen, in Dachau schnell freizukommen. So wie Edgar Strauss, „… da mein Vater die Gestapo davon überzeugt hatte, dass nur ich genügend Kenntnisse von unseren Exportaufträgen hatte, um diese aussenden zu können. Wir hatten damals noch unser Geschäft und hatten Kunden in Luxemburg."[782]

Auch bat beispielsweise die Rechtsabteilung der I. G. Farben (BASF) die Gestapo Neustadt um Freilassung des jüdischen Ingenieurs Max Falkenberg, der nach Dachau verschleppt worden war. Das Gutachten stellte ein Vertrauensmann, der auch Inhaber des goldenen Parteiabzeichens war. Die Gestapo gab

Anweisung an den Leiter des Konzentrationslagers, Falkenberg „sofort aus der Schutzhaft zu entlassen, da er in der Farben Industrie AG in Ludwigshafen dringend benötigt wird. Im Interesse der deutschen Wirtschaft wird um beschleunigte Behandlung der Angelegenheit gebeten." [783]

Doch nicht nur die arbeitsfähigen jungen Männer waren direkte Opfer des Pogroms. Ältere, Frauen und Kinder wurden zusammengetrieben, in Boote gesetzt und über den Rhein gebracht. Dort wurden sie mitten auf den Mannheimer Rheinwiesen ausgesetzt mit dem Befehl, nie mehr zurückzukommen. So fanden sich zunächst im jüdischen Krankenhaus in Mannheim 350 – freiwillige und unfreiwillige – Flüchtlinge aus Ludwigshafen und der Pfalz ein. Der Verband der Israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz musste sie auf Weisung von Gestapo, Gauleitung, Partei und Polizei wieder zurückholen: „Diejenigen Juden, die vor dem 10.11.1938 ihren Wohnsitz in der Pfalz gehabt haben, und die sich aus Anlass der Ereignisse des 10.11.1938 nach Mannheim begeben haben, haben Mannheim im Laufe des heutigen Tages zu verlassen. Diejenigen, die vor drei Uhr nachmittags Mannheim nicht verlassen haben, werden aufgefordert, sich um drei Uhr im jüdischen Altersheim, Collinistraße 47, einzufinden. Dort wird von der Polizei ihr Abtransport überwacht werden. Wir raten deshalb allen, vorher die Stadt Mannheim zu verlassen. […] Alle Juden dürfen ihre bisherigen Wohnsitze in der Pfalz wieder aufsuchen und bis auf weiteres dort bleiben, und zwar auch dann, wenn ihnen ein Ausweisungsbefehl zugestellt worden war. Die Polizei übernimmt Garantie für Leben und Eigentum. Wer aus irgendwelchen Gründen seine bisherige Wohnung nicht mehr beziehen kann, muss sich um Aufnahme in der Wohnung einer anderen jüdischen Familie an seinem bisherigen Wohnsitz bemühen […]." [784]

Das traf für viele zu, denn manche Wohnungen waren durch die Zerstörungen unbewohnbar oder bereits in Beschlag genommen. Dies führte dazu, dass eine Aufstellung über jüdischen und „arischen" Hausbesitz in Ludwigshafen aus dem Jahr 1939 neben vielen anderen Untermietungen eine Wohnung in der Wredestraße 9 aufwies, in der sechs Familien mit 21 Personen eingepfercht waren.[785] Diese Konzentration der jüdischen Bevölkerung in sogenannten Judenhäusern war offizielle Politik – eine Ghettoisierung der Menschen, auch um sie besser unter Kontrolle halten zu können.

Für viele Juden waren die Geschehnisse der Pogromnacht ein letztes Fanal und selbst lange zögernde Menschen entschlossen sich zur Auswanderung. Dafür war es oftmals aber schon zu spät, denn manche Länder waren nach den ersten Fluchtwellen nun „dicht" für die bedrohten Juden. Viele griffen nach jedem Strohhalm. So erzählte Edgar Strauss, der schon vor dem Pogrom zur Auswanderung entschlossen war, dass er auf Gerüchte hin, wo Visen für die verschiedensten Länder zu kaufen seien, nach Frankfurt, Berlin und Hamburg fuhr, bevor er schließlich – ohne Vater und Onkel – nach England reisen konnte.[786] Hinzu kam,

dass die Auswanderungswilligen finanziell ausgeblutet wurden, hohe Summen an Auswanderungsabgabe zahlen und ihren Besitz für geringe Summen verkaufen mussten. Die Zurückbleibenden traf nun die antijüdische Gesetzeswelle, die nach dem Pogrom anrollte.

Nach dem Pogrom: Die Schlinge zieht sich zu

Nach dem Pogrom waren die Dämme gebrochen. Jede zuvor noch geübte Rücksichtnahme – wegen der Kritik in den internationalen Medien oder politischer Notwendigkeiten etwa – wurde nach diesem Gewaltakt aufgegeben. Der Lebensbereich der noch in Deutschland lebenden Juden wurde rücksichtslos eingeengt, die Existenzen vernichtet. Schon am 11. November erging – begründet mit der Ermordung von Ernst vom Rath – die „Verordnung gegen den Waffenbesitz von Juden",[787] wobei auch Schächter- und Beschneidungsmesser, religiöse Gegenstände also, unter dieses Verbot fielen. Aber viel einschneidender war die schnell erlassene „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit"[788] vom 12. November. Darin wurde der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland die Zahlung von einer Milliarde Reichsmark als „Sühneleistung" für die „Reichskristallnacht" auferlegt. Die Opfer wurden zu Tätern erklärt. Begründung von Generalfeldmarschall Hermann Göring: „Die feindliche Haltung des Judentums gegenüber Volk und Reich, die auch vor feigen Mordtaten nicht zurückschreckt, erfordert entschiedene Abwehr und Sühne." Am selben Tag verpflichtete die „Verordnung über die Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen"[789] die Juden zur Beseitigung der Schäden: „Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind von den jüdischen Inhabern und jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betreffenden jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt."

In Ludwigshafen wachten die Behörden sorgfältig über die Einhaltung dieser zynischen Bestimmung. Vor allem die Innenstadt war durch den Vandalismus des nationalsozialistischen Mobs betroffen, Geschäfte und Wohnungen verwüstet. Juden, die der Aufforderung nicht sofort nachkommen konnten, wurden streng ermahnt. In einigen Fällen ließ die Stadtverwaltung Schäden selbst beheben und stellte die Kosten den Betroffenen in Rechnung. Proteste gegen die oft überzogenen Forderungen zu erheben, nützte nichts.[790]

Ebenfalls am 12. November 1938 erließ die Reichsregierung ein Gesetz, dass das endgültige Ende jüdischer wirtschaftlicher Existenz bedeuten sollte:

die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben."[791] Darin wurde Juden ab 1. Januar 1939 „der Betrieb von Einzelhandelsverkaufstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren, sowie der selbständige Betrieb eines Handwerkes" verboten. Außerdem durften sie nicht mehr auf Märkten, Messen oder Ausstellungen auftreten, nicht mehr Betriebsführer, leitender Angestellter oder Mitglied einer Genossenschaft sein. Eine Ergänzungsverordnung vom 23. November 1938[792] bestimmte, dass jüdische Einzelhandelsverkaufsstellen grundsätzlich aufzulösen seien, die Besitzer müssten Inventarlisten anlegen und ihre Waren den zuständigen Verbänden übergeben. Triumphierend berichtete die NSZ Rheinfront über diese Entwicklung unter der Überschrift: „Durchgreifende deutsche Vergeltung: Die Kaltstellung des Judentums."[793]

In Ludwigshafen und der Pfalz hatte die NSDAP schnell reagiert. Gauwirtschaftsberater Wilhelm Bösing kündigte eine „Auffanggesellschaft für jüdische Vermögenswerte" an: „Die Ausschaltung der Juden aus der deutschen Wirtschaft muss rückhaltlos, hundertprozentig und in kürzester Frist Tatsache werden."[794] Die Verschleierung der wahren Hintergründe des Pogroms setzte sich fort: „Bei der gerechten Empörung der Gesamtheit konnte nicht verhindert werden, dass das deutsche Volk seinen Gefühlen des Abscheus gegen diese Verbrecherrasse bereits da und dort sichtbaren Ausdruck verlieh. Die Folgerungen aus der Tatsache werden rücksichtslos gezogen werden und können nur darin bestehen, dass der jüdische Besitz jetzt umgehend in deutsche Hände zu überführen ist […]."

In dieser „Auffanggesellschaft", der Saarpfälzischen Vermögens-Verwertungs-Gesellschaft, waren außerdem auch in der Pogromnacht gestohlene Gegenstände teilweise wieder zu finden. Nur zögernd wurden diese über Gestapostellen und die Devisenstelle in Ludwigshafen an die Bestohlenen zurückgegeben, und auch nur dann, wenn die Vermögenswerte zur Finanzierung der Auswanderung verwendet wurden. Voll zurückerstattet wurde das Vermögen des Verbandes der israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz, da dieser dringend das Geld benötigte für Fürsorgeleistungen und Auswanderungshilfen. Nach der „Verordnung über die öffentliche Fürsorge von Juden" vom 19. November 1938[795] waren die jüdischen Organisationen als alleine verantwortlich für die Unterstützung der verarmenden Juden verpflichtet worden. Ansonsten tat die „Vermögens-Verwertungs-Gesellschaft" ihr „Bestes", Juden um ihren Besitz zu bringen und Nationalsozialisten unrechtmäßig zu bereichern.

Für hektische Betriebsamkeit sorgte hier die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" vom 3. Dezember 1938,[796] für die „Entjudung der Wirtschaft." Darin wurde bestimmt, dass Juden der Verkauf ihres Besitzes befohlen werden konnte und dass sie keine Grundstücke, Geschäfte oder ähnliches mehr erwerben durften. Die Verkäufe mussten außerdem genehmigt werden.

Wertpapiere mussten Juden bei einer Devisenbank abliefern, sie durften keine Edelmetalle oder Schmuck mehr erwerben. Ab der „Dritten Anordnung auf Grund der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden" vom 21. Februar 1939[797] mussten Juden außerdem „die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung […] an die vom Reich eingerichteten öffentlichen Anlaufstellen" abliefern.[798]

Die Verwaltungen mussten „Arier" und Juden beraten, was wie und zu welchem Preis verkauft werden „durfte." Die Gesetzesflut war aber offenbar auch für die Verwaltungen zuviel, denn immer wieder gab es Unsicherheiten, wurden Verkäufe oder geplante Abwicklungen verhindert oder rückgängig gemacht. Das „Gesetz über die Mietverhältnisse mit Juden" vom 30. April 1939[799] hob den Mieterschutz für Juden auf. Der „arische" Partner eines Mietvertrages war nicht mehr an den Vertragstext gebunden. Juden durften nur noch an Glaubensbrüder vermieten und konnten außerdem von den Gemeinden zur Aufnahme weiterer Juden gezwungen werden. Zudem wurde die Konzentration in „Judenhäusern" in Angriff genommen.

So bat Oberbürgermeister Dr. Erich Stolleis „um Vorschläge, welche Gegend des Stadtgebietes für die Konzentration der Juden […] ins Auge gefasst werden könnte."[800] Dazu kam es dann wohl nicht mehr, auch weil die noch in Ludwigshafen lebenden Juden ohnehin schon konzentriert in wenigen Straßen wohnten. Eine „Polizeiverordnung über das Auftreten von Juden in der Öffentlichkeit" vom 17. November 1938[801] schränkte den Bewegungsraum von Juden zusätzlich räumlich und zeitlich ein.

Jedenfalls war die Verwaltung eifrig damit beschäftigt, von Juden ge- oder vermieteten Wohnraum in der Stadt aufzulisten. Eine undatierte Liste aus dieser Zeit verzeichnet für die Innenstadt 41 „arische" Wohnhäuser mit 49 jüdischen Mietern und 21 jüdischen Untermietern, dagegen 42 jüdische Wohnhäuser mit 42 „Judenwohnungen", 17 jüdischen Untermietern und 177 (!) „arischen" Mietern.[802] Räumungsklagen wurden angestrengt und über die Verteilung der Juden im Stadtgebiet nachgedacht. So wurde eine Zeit lang in der Stadtverwaltung der Gedanke verfolgt, „exmittierte" Juden in Baracken an der damaligen Brucknerstraße in Oggersheim unterzubringen.[803] Die bisherigen Bewohner der Baracken sollten dafür in die Wohnungen der Juden einziehen – wobei die Umzugskosten von den Juden zu tragen seien.[804] Zudem sollten nichtjüdische Mieter bei Juden zum Auszug veranlasst werden. In die leeren Wohnungen sollten nur Juden einziehen dürfen, wobei die Verwaltung daran dachte, Gebühren für „Zwangsmietverträge" von den Juden zu kassieren.[805] Auch zur Verwirklichung dieser Gedankenspiele kam es nicht mehr.

Zudem versuchten sich „gute Volksgenossen" zu profilieren, indem sie andere denunzierten, die in jüdischen Geschäften gekauft oder bei Juden gewohnt

hatten; ein „nach jeder Richtung unerfreulicher Missstand", wie sogar ein Vertreter des Reichsinnenministeriums beklagte.[806] Wie sehr die antijüdische Politik von vielen begrüßt wurde, zeigt auch ein Schreiben eines Ludwigshafener Versicherungsagenten an OB Erich Stolleis. Er schlug für die „als Gäste in Deutschland weilenden Juden schärfste Maßnahmen" vor, wie ein Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, der städtischen Parks nebst Parkbänken und die Kenntlichmachung jüdischer Geschäfte.[807] „Durch die letzten Maßnahmen gegen die Juden ist die Durchführung der vorstehenden Vorschläge nicht mehr erforderlich", erwiderte ein städtischer Beamter.[808]

Während z. B. die Zahl der „jüdischen Geschäfte" in der Ludwigstraße wie erwähnt schnell abnahm, waren zwei Drittel des jüdischen Hausbesitzes dort selbst im Mai 1938 noch unverkauft. Weiler, Auerbacher, Rothschild, Weil, Altschüler und Meyer hatten zwar ihre Geschäfte „abgegeben", ihre Häuser aber behalten – Zeichen der Hoffnung, unauffällig zu leben und nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder am alten Ort beginnen zu können?

Trotz vieler Verkäufe und Auswanderungen gab es in Ludwigshafen noch immer zahlreichen jüdischen Haus- und Grundbesitz. Nach dem Pogrom verkauften viele ihren Besitz wegen finanzieller Nöte, aber auch, weil sie in letzter Minute auswanderten. Privat- und Geschäftsleute, aber auch die Stadt Ludwigshafen, kamen so zu einer großen Anzahl von Grund- und Hausbesitz, wie zahlreiche Notariats-Akten im Stadtarchiv belegen. Nach dem Krieg führte dies zu einer ganzen Reihe von Wiedergutmachungsverfahren, über die später noch zu berichten sein wird.

Prominentester „Fall": der Verkauf des Grundstücks der niedergebrannten Synagoge. Nathan Strauß und Professor Josef Koburger, Synagogenrat beziehungsweise Vorsitzender des Synagogenrats, führten von jüdischer Seite die Verhandlungen, bei denen es für die jüdische Gemeinde nichts zu gewinnen gab. Der Notar wies die Stadt an, „an die Israelitische Kultusgemeinde in Ludwigshafen für das laut Urkunde des Notariats Ludwigshafen am Rhein vom 17. März 1939, Nummer 416, erworbene Grundstück der Steuergemeinde Ludwigshafen am Rhein, Plan Nummer 285, Bauplatz (!) an der Kaiser-Wilhelm-Straße den Betrag von 7 500 Reichsmark zu bezahlen."[809] Ein Spottpreis für das Grundstück in dieser Lage, bezeichnet als „Synagoge Haus Nummer 34, Kaiser-Wilhelm-Straße, mit Abort, Hofraum und Garten zu 0,067 Hektar." Das Grundstück ging am 1. April 1939 an die Stadt Ludwigshafen über, genehmigt nach der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens." Vom Kaufpreis erfolgte zudem ein „Abzug der von der Stadtgemeinde geforderten Lösch- und Aufräumungskosten", mit denen sich der Synagogenrat wohl oder übel einverstanden erklären musste. Die Unterzeichner waren neben Koburger und Strauß die Synagogenräte Jonas Kälbermann, Salomon Wetzler, Dr. Leopold Kahn, Adolf Grombacher und Dr. Ludwig Lehmann.[810]

Der Kaufvertrag wurde schließlich am 19. Februar 1941 genehmigt mit der Auflage, dass der Kaufpreis, „abgesehen von der Übernahme dringlicher Belastungen zugunsten arischer Gläubiger, nur auf ein Sperrkonto bei einer inländischen Devisenbank bezahlt werden (darf), über das nur mit Genehmigung der zuständigen Devisenstelle verfügt werden kann."[811] Nur: Zu diesem Zeitpunkt existierte die jüdische Gemeinde in Ludwigshafen schon einige Monate nicht mehr. Bis auf einzelne waren die Gemeindemitglieder längst deportiert. Die Stadt verkaufte das Grundstück für 10 362 Reichsmark an den Verlag der Nationalsozialistischen Zeitung. 1942 wurde es an einen Nachbarn vermietet, der dort einen gewerblich genutzten Schuppen errichtete. Der Schuppen wurde während des Krieges durch Luftangriffe zerstört. 1948 erklärte dann die Wiedergutmachungskammer des Landgerichtes Frankenthal den Kaufvertrag von 1939 für nichtig, das Trümmergrundstück ging an die Israelitische Kultusgemeinde der Pfalz.[812] Sie verkaufte es danach an den Verlag „Die Rheinpfalz", der die Verlagsgebäude der „NSZ-Westmark" nach dem Krieg erworben hatte. Das Gelände der ehemaligen Synagoge ist heute durch die modernen Verlagsbauten völlig überbaut.

Mit all diesen Maßnahmen einher gingen Enteignungen, Zwangsvollstreckungen und -versteigerungen, „Arisierungen" vor allem von jüdischen Geschäften, die es irgendwie geschafft hatten, bis zur „Reichskristallnacht" noch zu überleben. Dabei ging es nach 1938 nur noch um wenige größere Betriebe, jedoch um eine Anzahl kleinerer Geschäfte.[813] Viele wurden komplett verkauft, die Besitzer waren oft schon geflohen. Bei anderen wurden die Bestände verteilt. So kaufte die Wehrmacht die Waren der Lederwarengroßhandlung Abraham Scharff auf, das Textilwarengeschäft David Weiler wurde von einer nichtjüdischen Firma aus Mannheim übernommen, das Inventar des Konfektionshauses Ludwig Frank von mehreren einheimischen und auswärtigen Betrieben aufgekauft. Die große Eisenwarenhandlung von Nathan und Julius Strauß übernahm der Geschäftsmann Wilhelm Schneider aus Bad Cannstadt, der sich noch weigerte, die „Arisierungsprämie" an den Staat zu zahlen. Auch die früheren jüdischen Besitzer, Vater und Onkel von Edgar Strauss, mussten vom weit unter Wert befindlichen Erlös einen festgelegten Prozentsatz an die Kreisleitung abgeben.

Viele nichtjüdische Geschäftsleute, vor allem die in Nazi-Verbänden organisierten, freuten sich über das Ende der unliebsamen Konkurrenz. Sie übernahmen nach wie vor oft den gut eingeführten Namen des jüdischen Vorgängers, wie überhaupt mehrfach in „Arisierungsanzeigen" in der Zeitung mit den guten Leistungen der ehemaligen Besitzer und zufriedenen Kunden geworben wurde. Dies veranlasste Gauwirtschaftsberater Wilhelm Bösing zu einer Bekanntmachung: „Für arische Übernehmer jüdischer Firmen: Firmen, die nach dem 20.11.1938 noch nicht auf die zusätzliche Führung des jüdischen Namens verzichtet haben, müssen ab 21.11.1938 den jüdischen Namen auf Briefbögen,

Geschäftsschildern, Autoaufschriften usw. mit dem deutlich sichtbaren Zusatz Israel versehen."[814]

Auch Privatleute griffen zu und erwarben einst jüdischen Haus- und Grundbesitz. Dies kritisiert der Reichskommissar für die Saarpfalz: „Ich habe darauf hingewiesen, dass die Zwangsentjudung des nicht land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes […] allgemein zurückzustellen und nur in besonderen Ausnahmefällen eines dringenden öffentlichen Interesses mit meiner Zustimmung zulässig ist. Trotzdem gehen mir, ohne dass ein öffentliches Interesse wirklich vorliegt, von den höheren Verwaltungsbehörden jetzt in steigendem Ausmaß Anträge privater Bewerber, sogar Sammelanträge zu, die offensichtlich in Ausnutzung der Tatsache, dass viele besonders tüchtige Volksgenossen, die in großer Zahl im Dienste der Wehrmacht von der Heimat abwesend sind, zur Zeit als Mitbewerber ausfallen, noch schnell während des Krieges Judengrundstücke erwerben wollen. […] Bei der Entjudung des Grundbesitzes darf es keine Kriegsgewinnler geben. Es ist beabsichtigt, bald nach dem Kriege die Zwangsentjudung aller Grundstücke von Amts wegen systematisch und schnell durchzuführen. Nur in wenigen Einzelfällen wird man heute wegen dringenden öffentlichen Interesses dieses generelle Vorgehen nicht abwarten können."[815]

Die Definition des „dringenden öffentlichen Interesses" war jedoch angesichts der zahlreichen Verkäufe offenbar Auslegungssache. Mit welchen Methoden gearbeitet wurde, zeigt eine Aussage der Ludwigshafener Geschäftsfrau Jenni Tobias, geborene Herz, die Verfolgung und Krieg überlebte. Nach dem Pogrom hätten jüdische Grundstücksbesitzer Post erhalten von einem Dr. Fritz Henninger, der im Auftrag der Stadt arbeite und von ihnen eine Vollmacht zum Verkauf des Grundbesitzes gefordert habe. Bei einer Weigerung dürften sie Deutschland nicht verlassen und hätten „Bedrückungsmaßnahmen" zu fürchten. Der Arzt Dr. Katz habe sich geweigert, darauf habe man sein Haus in Brand gesetzt, so Jenni Tobias. Unter diesem Druck erteilten ihr Ehemann und sie die Vollmacht und ihr Haus in der Ludwigstraße ging ohne ihr Wissen im März 1939 in den Besitz der Stadt über.[816]

Das Beispiel Emil Herz

Am Schicksal des Rechtsanwaltes Emil Herz lässt sich nachvollziehen, wie rasant der wirtschaftliche und soziale Abstieg der einst geachteten jüdischen Bürger vonstatten ging. Akten aus seiner Kanzlei aus den Jahren 1937 bis 1940 blieben durch Zufall erhalten.[817] *Herz, 1878 in Ludwigshafen geboren, war seit 1905 als Anwalt tätig und betrieb eine Kanzlei in der Von-der-Tann-Straße 29. Nach der Bekanntmachung des Reichsjustizministeriums vom Oktober 1938, dass jüdische Anwälte nur noch als Konsulenten für jüdische Mandanten tätig sein durften, beantragte Herz eine solche Zulassung am 4. November 1938 für Ludwigshafen. Von Herz ist belegt, dass*

er auch körperlich misshandelt wurde. Der Ludwigshafener Georg Haag, der sich nach dem Krieg stark in der Gedenkarbeit engagierte, war einmal Augenzeuge:

„Ich weiß noch, wie sie den Dr. Herz in der Von-der-Tann-Straße herausgezerrt haben. Er hatte nur ein kurzärmeliges Hemd an, aber sie haben ihn stundenlang auf dem Motorrad herumgefahren. Sein Sohn wollte nach Amerika auswandern, dem haben sie seinen Koffer zusammengeschlagen…"[818]

Auch in der Pogromnacht wurde der 60-Jährige misshandelt und nach Dachau verbracht. Am 28. November 1938 durfte er zurückkehren, um zu erleben, dass zwei Tage später seine Anwaltszulassung erlosch. Ab dem 1. Dezember wurde Herz vorläufig als Konsulent zugelassen. Die Art der Aufträge spiegelt die verzweifelte Lage seiner Mandanten wider. Herz kümmerte sich um Vermögensangelegenheiten ausgewanderter oder ausgewiesener Juden, betreute Ehegatten, deren nichtjüdische Partner sich scheiden ließen, verteidigte Angeklagte bei angeblichen Devisenvergehen und erledigte den Schriftverkehr, der sich daraus ergab, dass die jüdischen Bürger den zweiten Vornamen „Israel" oder „Sara" annehmen mussten.[819] *Dabei durfte Herz wie die anderen Konsulenten nur einen bestimmten Prozentsatz seiner Vergütung behalten*[820] *und stand unter „Aufsicht" des Landgerichts-Präsidenten.*

Da viele seiner Mandanten nicht bezahlen konnten, verarmte Herz schnell weiter. Seine Büroräume hatte er bald aufgegeben und arbeitete in der Privatwohnung in der Lisztstraße 115. Manche Aufträge konnte er nicht mehr annehmen, weil die Fahrtkosten seine finanziellen Mittel überstiegen. Am 31. Januar 1939 erlosch seine vorläufige Zulassung. Da nur drei jüdische Konsulenten im Bezirk Ludwigshafen-Frankenthal, zugelassen wurden, bekam Emil Herz nur deswegen eine erneute Erlaubnis, weil ein anderer Jurist verzichtete – jedoch in Kaiserslautern mit der Verpflichtung, dort eine Niederlassung zu eröffnen. Angesichts der Entfernung und seiner wirtschaftlichen Not war dies für Herz ein schwerer Schlag. Dazu musste der gestandene Jurist sich Häme von einigen „arischen" Kollegen in deren Schriftsätzen gefallen lassen: „Ein Jude hat nicht das Recht, darüber Erklärungen abzugeben..." oder „außerhalb seiner Artgenossen" habe er keine Erwägungen anzustellen, hieß es da beispielsweise.[821]

Seinen letzten Prozess bestritt Emil Herz am 16. Oktober 1940. Die Abschrift des Urteils dürfte ihn bereits nicht mehr erreicht haben, da der Anwalt sechs Tage später nach Gurs deportiert wurde. Emil Herz verstarb bereits am 10. Dezember 1940 im Lager Gurs.

Verweigerung des Lebensraums: Die Bevölkerungsentwicklung in der jüdischen Gemeinde

Am 20. Januar 1939 stellte die Stadtverwaltung ein „Verzeichnis der in Ludwigshafen am Rhein ansässigen Judenfamilien" mit Stand 1. Januar fertig.[822] Es war die erste amtliche Erhebung nach der Deportation der polnischen Juden. Zum Teil saßen auch Juden aus Ludwigshafen zur Zeit der Zählung noch in Dachau, oder waren nach ihrer Entlassung nicht mehr in ihre Heimatstadt zurückgekehrt, wie zum Beispiel der Rheingönheimer Kantor Josef Jacob, der sich vorübergehend vermutlich im jüdischen Altersheim in Mannheim verbarg.[823]

Die Liste enthielt nur noch 476 Einträge. Von den Verzeichneten waren 395 „Geltungsjuden" nach dem Reichsbürgergesetz, was christlich getaufte bzw. konfessionslose Menschen aus jüdischer Familie einschloss. So wies die Statistik nur noch 376 Menschen jüdischen Glaubens auf. Zehn der „Geltungsjuden" waren protestantisch, zwei katholisch und sieben ohne Bekenntnis. Die restlichen von der Auflistung erfassten Menschen waren 41 mit Juden verheiratete „Deutschblütige" und 40 Mischlinge. Drastisch reduziert war der Ausländeranteil der jüdischen Bevölkerung. Nur 70 der 395 Juden hatten noch eine ausländische Staatsangehörigkeit. Von diesen 70 (33 Polen, 32 Staatenlose, fünf Tschechoslowaken) waren jedoch 29 bereits im Deutschen Reich geboren, 19 in Ludwigshafen selbst.[824] In der durch die Eingemeindungen vom 1. April 1938 zu „Groß-Ludwigshafen" gewordenen Stadt mit rund 143 500 Einwohnern betrug der jüdische Bevölkerungsanteil nurmehr 0,33 Prozent.[825]

Gegenüber der durch die Weltwirtschaftskrise und eine erste Fluchtbewegung (?) dezimierten Zahl von 1 070 (Glaubens-) Juden bei der Volkszählung vom Juni 1933 repräsentierte die Zahl von 376 Glaubensjuden des Jahres 1939 einen Rückgang von etwa zwei Drittel. Diese Entwicklung hatte sich jedoch nicht gleichmäßig vollzogen. Am Beginn der NS-Zeit hatten bereits einige Juden die ungeheure Bedrohung erkannt bzw. für so dauerhaft gehalten, um Konsequenzen zu ziehen. Einer davon war der Raschig-Chemiker Max Koebner gewesen, der keine Zukunft mehr für die Juden in Deutschland sah und seine beiden Söhne zur Auswanderung veranlasste. Sie suchten ihr Glück zuerst in Palästina, bevor sie dann nach Großbritannien gingen.[826] Auch der Inhaber des Konfektionshauses „Merkur", Louis Freisleben, emigrierte offenbar bereits 1933 und ging in sein heimatliches Böhmen zurück. Die der Stadt verwiesenen wenigen Ostjuden bedeuteten einen weiteren Aderlass im Jahr der „Machtergreifung."

Insgesamt blieb die Zahl der jüdischen Ludwigshafener in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft aber erstaunlich groß. Ein Artikel im „Gemeindeblatt der Israelitischen Gemeinde Frankfurt" vom Mai 1936 berichtete, dass die Ludwigshafener Gemeinde Anfang April 1936 noch 836 Mitglieder hatte.[827] Zum Weggang trat vermutlich ein deutlicher demographischer Schwund, da den Sterbefällen in der Gemeinde praktisch keine Geburten mehr



Abb. 61: „Kennkarte" von Selma Sternlieb, der Witwe des GAG-Chefs Markus Sternlieb, mit dem aufgedruckten „J" für Juden, 1939

gegenüber standen. In Ludwigshafen wurden zwischen dem 1. Oktober 1936 und dem 1. Oktober 1937 nur noch zwei jüdische Kinder geboren.

Zum Jahresbeginn 1937 war die Zahl der Juden in Ludwigshafen auf 772 geschrumpft,[828] ein Jahr später auf 640 Glaubensjuden bzw. 660 „Rassejuden" im Sinne der Nationalsozialisten. Das waren 0,61 Prozent der Gesamtbevölkerung der Stadt. Hinzu kamen 39 „Deutschblütige", die mit Juden verheiratet waren, und „Mischlinge" ersten und zweiten Grades.[829]

Dieses ohnehin schon beschleunigte und deutliche Dahinschwinden der jüdischen Gemeinschaft war aber in Bezug auf die „Altbevölkerung" der Stadt vermutlich noch wesentlich ausgeprägter als die Zahlen suggerieren. Denn es ergriffen nicht nur Mitglieder der eingesessenen jüdischen Gemeinde die Flucht, sondern es wanderte auch eine Reihe von Juden aus der näheren und weiteren Umgebung, vor allem aus ländlichen Gebieten, zu. Sie erhofften sich in der großen Stadt mehr Schutz oder waren schlichtweg aus ihren Dörfern vertrieben worden. Die vierteljährliche Zählung der Regierung der Pfalz zeigte etwa nach dem Frühjahr 1937 eine scheinbare Stagnation der Zahl von Juden deutscher Staatsbürgerschaft in der Stadt und im Frühjahr 1938 eine deutliche Zunahme. Die Zählung demonstrierte auch die lückenlose Überwachung, der die Juden ausgesetzt waren. Zu- und Abwanderung wurden genau registriert.



Wort und Zahl

Herausgegeben vom Amt für Wirtschaft und Statistik der Stadt

Ludwigshafen a. Rh.

Juni 1937 | Nachdruck mit Quellenangabe gegen Belegexemplar gestattet. Jahresbezug 1.— RM., Einzelstück 10 Pfennig. — Beilage zum „Stadtanzeiger" | 3. Jahrgang Nummer 6

Die Juden in Ludwigshafen a. Rh.

Abb. 62: Die Juden werden statistisch erfasst: Kopf der vom Statistischen Amt der Stadt Ludwigshafen herausgegebenen Zeitschrift „Wort und Zahl" vom Juni 1937

Die ehemaligen Landgemeinden im Bereich der Stadt waren nach der Zählung von 1939 praktisch verschwunden. Statt jeweils zwölf Menschen jüdischen Glaubens gab es nun nur noch zwei (Ruchheim) bzw. sechs (Rheingönheim).[830] Die Verfolgung beschleunigte ganz allgemein den Zerfallsprozess der pfälzischen jüdischen Landgemeinden. In der gesamten Pfalz war die Zahl der Juden vom 1. Oktober 1936 bis zum 1. Oktober 1938 von (ohnehin schon wenigen) 4 953 auf 3 302 Juden zurückgegangen, ein Rückgang von etwas über 23 Prozent in nur zwei Jahren.[831] Die Akten des Bayerischen Innenministeriums wiesen für den 1. Oktober 1938 3 712 „Geltungsjuden" in der Pfalz aus.

Eine ähnliche Fluchtbewegung wie vom pfälzischen Land in die Stadt der Chemie gab es übrigens auch von Ludwigshafen aus zur erheblich größeren jüdischen Gemeinde in Mannheim. Dort erhoffte beispielsweise nach dem Pogrom die Familie des seines Amtes enthobenen Justizinspektors Heinrich Michel ein Leben mit weniger Verfolgung. Die Hoffnung allerdings trog: im Haus, in das die Michels zogen, wohnten extrem antisemitisch eingestellte Menschen, die sie in jeder nur möglichen Weise beleidigten.[832]

Einschneidend für die Bevölkerungsentwicklung wirkten natürlich die „Polenaktion" und das Pogrom vom November 1938. Die Zahl der Menschen, die Deutschland verließen bzw. verlassen mussten, schwoll gegenüber den Jahren zuvor stark an. Flucht, Vertreibung, Auswanderung dezimierten die Zahl der jüdischen Bevölkerung. Waren 1933 in erster Panik – oder rechtzeitigem Erkennen des Kommenden – 37 000 deutsche Juden emigriert, so hatte sich die Zahl der Auswanderer zwischen 1934 und 1937 zwischen 21 000 und 25 000 eingependelt. 1938 schnellte dann die Zahl der jüdischen Emigranten von 23 000 (1937) auf

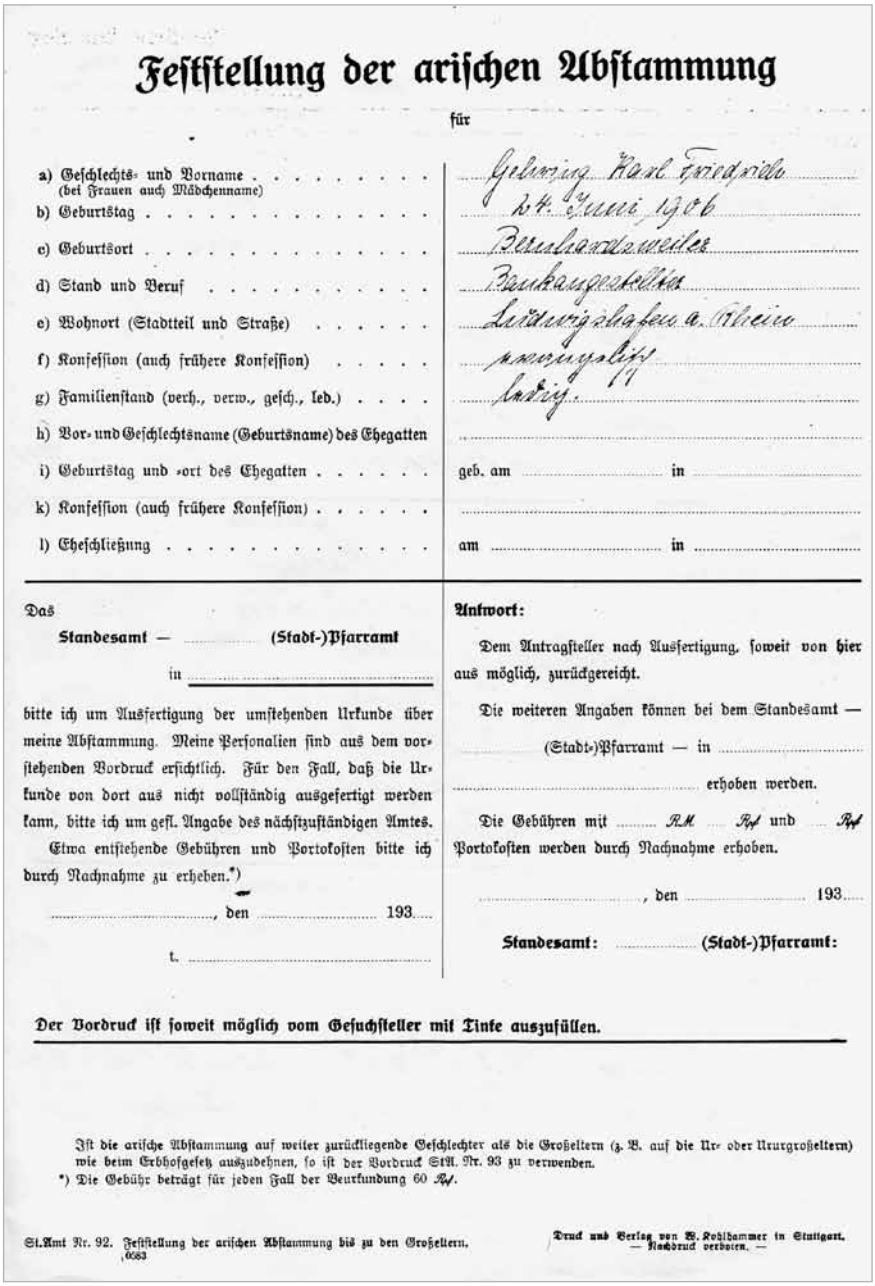
40 000 hoch. 1939 kehrten sogar 78 000 Juden der „Heimat", die keine mehr war, den Rücken.[833]

Die Massenauswanderung wurde von der Reichsregierung gefördert. Am 11. Februar 1939 wurde die „Reichszentrale für jüdische Auswanderung" in Berlin gegründet, die zunächst Heydrich und ab Oktober Adolf Eichmann unterstellt war. Am 4. Juli 1939 gründeten die Nazis die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" durch die „Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz." Ihre Aufgaben sollten die Beschleunigung der Auswanderung und die jüdische Wohlfahrtspflege sein. Neben dieser Zwangsvereinigung durften keine freiwilligen jüdischen Organisationen mehr bestehen. Einzig die jüdischen Kultusvereinigungen bestanden fort, als Unterorganisationen der „Reichsvereinigung." So wurde in Ludwigshafen 1940 die bisherige Israelitische Kultusgemeinde zur „Jüdischen Kultusgemeinde Ludwigshafen e.V." Gerade für Pfälzer Juden, denen es nicht gelang, die offizielle Genehmigung zur Auswanderung zu erhalten, bot die illegale Flucht ins nahe gelegene Frankreich eine Möglichkeit, den nationalsozialistischen Schergen zu entkommen.

Junge Juden, die ein Ausbildungs- und Umschulungsprogramm an den jüdischen Lehrwerkstätten begonnen hatten, hatten Deutschland teilweise schon vor dem Novemberpogrom verlassen. Die bereits erwähnte Liste über jüdischen Hausbesitz und jüdische Mieter verzeichnet bei einer Vielzahl von Ludwigshafener Familien, dass die Söhne, Töchter oder auch der Ehemann im Ausland seien. In der Zeitung fanden sich unter der Überschrift „Juden wandern aus" Namen und Adressen von Ludwigshafenern, die ihre Stadt verließen. Sie hatten bei der Devisen-Überwachungsstelle einen Antrag auf Devisenzuteilung zur Auswanderung gestellt und ihre Adressen wurden veröffentlicht, so die NSZ, „damit nicht der eine oder andere Jude unter Hinterlassung von Schulden sang- und klanglos verschwindet und seinen Gläubigern das Nachsehen gibt."[834]

Bei aller Verfolgung und Flucht zogen aber auch nach wie vor Juden in Ludwigshafen zu. Unmittelbar nach dem Pogrom kamen Juden von auswärts nach Ludwigshafen. So zog 1938 der Grünstadter Möbelfabrikant Albert Seelenberger mit seinem 25 Jahre alten Sohn Gustav nach Ludwigshafen, da sein Haus am 10. November völlig demoliert worden war. Er fand beim – ehemaligen – Schuhhändler Leo Alsbacher Unterschlupf.[835] Die Verlegung der jüdischen Wohlfahrtsstelle von Speyer nach Ludwigshafen Anfang 1939 schließlich bewirkte ebenfalls starken Zuzug, da die bedürftigen Juden aus der Pfalz auf Grund der Verordnung über die öffentliche Fürsorge für Juden hierher verwiesen wurden und zum Teil in der Stadt blieben.

Ein solcher Fall waren die Brüder August, Markus und David Camille Elikann. Sie gehörten zu „einer Anzahl von Einzelfällen, wo aus dem Bereich der Pfalz und aus Baden eine Anzahl von Juden in Ludwigshafen am Rhein zugezogen sind."[836] Bei ihrer Vernehmung schilderten sie, dass sie am 10. November 1938 in



Feststellung der arischen Abstammung

für

a) Geschlechts- und Vorname (bei Frauen auch Mädchenname)	Gehring, Karl Friedrich
b) Geburtstag	24. Juni 1906
c) Geburtsort	Bernhardsweiler
d) Stand und Beruf	Bankangestellter
e) Wohnort (Stadtteil und Straße)	Ludwigshafen a. Rhein
f) Konfession (auch frühere Konfession)	mosaisch
g) Familienstand (verh., verw., gesch., led.)	ledig
h) Vor- und Geschlechtsname (Geburtsname) des Ehegatten	
i) Geburtstag und -ort des Ehegatten	geb. am ... in ...
k) Konfession (auch frühere Konfession)	
l) Eheschließung	am ... in ...

Das

Standesamt — (Stadt-)Pfarramt

in .....

bitte ich um Ausfertigung der umstehenden Urkunde über meine Abstammung. Meine Personalien sind aus dem vorstehenden Vordruck ersichtlich. Für den Fall, daß die Urkunde von dort aus nicht vollständig ausgefertigt werden kann, bitte ich um gefl. Angabe des nächstzuständigen Amtes.

Etwa entstehende Gebühren und Portokosten bitte ich durch Nachnahme zu erheben.*)

....., den ..... 193....

t. .....

Antwort:

Dem Antragsteller nach Ausfertigung, soweit von hier aus möglich, zurückgereicht.

Die weiteren Angaben können bei dem Standesamt — (Stadt-)Pfarramt — in ..... erhoben werden.

Die Gebühren mit ..... RM ..... Rpf und ..... Rpf Portokosten werden durch Nachnahme erhoben.

....., den ..... 193....

Standesamt: (Stadt-)Pfarramt:

Der Vordruck ist soweit möglich vom Gesuchsteller mit Tinte auszufüllen.

Ist die arische Abstammung auf weiter zurückliegende Geschlechter als die Großeltern (z. B. auf die Ur- oder Urgroßeltern) wie beim Erbhofgesetz auszudehnen, so ist der Vordruck StA. Nr. 93 zu verwenden.

*) Die Gebühr beträgt für jeden Fall der Beurkundung 60 Rpf.

St.Amt Nr. 92. Feststellung der arischen Abstammung bis zu den Großeltern. 6083

Druck und Verlag von W. Kohlhammer in Stuttgart.
— Nachdruck verboten. —

Abb. 63: Was Juden ausgrenzte:
Der Nachweis der arischen Abstammung,
hier ein Beispiel aus Ludwigshafen

ihrem Heimatdorf Hagenbach verhaftet, über Nacht mit den anderen Juden des Ortes im Gemeindehaus festgehalten und am Morgen in den Zug nach Karlsruhe gesetzt worden waren. Dort habe man sie an die für sie zuständige Stelle nach Ludwigshafen verwiesen. Die Polizeidirektion warnte vor weiterem Zuzug und informierte die NSDAP-Kreisleitung auch darüber, dass in der Zollhofstraße 11 die Errichtung eines jüdischen Altersheimes geplant sei, als Ersatz für die in der „Reichskristallnacht" niedergebrannte Institution in Neustadt.[837]

Auf die „Bitte" von Oberbürgermeister Erich Stolleis „um Vorschläge, wie dieser Entwicklung entgegengetreten werden kann", antwortete eine städtische Dienststelle:

„1. Verhinderung der Zuteilung von Wohnraum in Wohnhäusern arischer Besitzer,
2. Verhinderung der Errichtung eines jüdischen Altersheimes durch Veranlassung der Partei, in diesem Fall einzugreifen,
3. Genaue Überwachung zuziehender Juden, belästigende Kontrollen, um ihnen den Aufenthalt in Ludwigshafen zu verleiden." [838]

Außerdem empfahl die Dienststelle, die Polizeiverordnung über das Auftreten von Juden in der Öffentlichkeit so zu interpretieren, dass das gesamte linksrheinische Grenzgebiet für Juden gesperrt würde.

44 frühere Bewohner des jüdischen Altersheimes in Neustadt waren vorübergehend in Mannheim untergekommen. Da die Behörden darauf bestanden, dass die obdachlos Gewordenen wieder in der Pfalz untergebracht werden mussten, entschied sich die Gauleitung für Ludwigshafen. Begründung: Dort, in der Zollhofstraße 11, war ein Gebäude noch in Besitz der jüdischen Kultusgemeinde. Außerdem war der einzige noch zugelassene jüdische Arzt in Mannheim und damit in unmittelbarer Nähe zu finden, sodass kranke Juden mit dem Motorboot über den Rhein gebracht werden könnten und nicht öffentliche Verkehrsmittel benutzen mussten, was dem gesunden Volksempfinden der „Arier" widersprechen würde, so die menschenverachtende Argumentation.[839] Außerdem liege das Haus auch etwas abseits vom Hauptverkehr „und die Insassen des Heimes werden kaum irgendwie auffälligerweise in Erscheinung treten können", meinte Gauwirtschaftsberater Bösing.[840]

Auch Vertreter der jüdischen Gemeinde setzten sich für die Errichtung des Altersheimes ein, um die Not ihrer Glaubensbrüder und -schwestern zu lindern. Dr. Rosenberg, früher Landgerichtsrat in Frankenthal und nun Leiter der jüdischen Wohlfahrtsstelle, verwahrte sich gegen Vorwürfe wegen des Zuzugs von Juden, weil dies nicht von den Betroffenen selbst zu verantworten sei. Und Oberrabbiner Marx flehte um Aufnahme der Senioren und versprach die Übernahme von Kosten durch die Ausreisegebühren jüdischer Bürger.[841] OB Stolleis verwies jedoch auf die Wohnungsnot, verwahrte sich gegen das „öffentliche Ärgernis" durch die Ansiedlung der Senioren, die einen schlechten Eindruck

in der Stadt als „Tor zur Saarpfalz" vermitteln würde.[842] So verweigerte die Stadtverwaltung kurzerhand die baupolizeiliche Genehmigung.

Auseinandersetzungen zwischen Stadtverwaltung und Gestapo-Leitstelle in Neustadt gab es auch um den Zuzug von 23 Juden nach Kriegsbeginn im August und September 1939. Eine Liste aus den Akten des Oberbürgermeisters im Stadtarchiv[843] verzeichnet die Namen von 23 Juden. Es waren vor allem Menschen aus den so genannten Freimachungsgebieten (der aus militärischen Gründen geräumten Westpfalz und dem Saarland), aber auch drei Juden, die aus Polen kamen, Feindesland also ab 1. September 1939. Nach Erhalt der Liste verfügte Stolleis am 23. September 1939, dass die Polen unter den Aufgelisteten – Klara Flaster nebst vier ungenannten Kindern, Aron Hinberg (genannt Adolf) und Chaja Rajgrodzki, verhaftet werden sollten, die 15 Juden aus dem Freimachungsgebiet vorzuladen und „in die maßgebenden Flüchtlingsräume zu transportieren seien, die restlichen drei Juden sollen zum Verlassen der Stadt aufgefordert und gegebenenfalls abtransportiert werden."[844] Gegen dieses ungesetzliche Vorgehen wandte sich die Gestapo-Leitstelle und teilte mit, dass der Zuzug rechtens sei und die Wohnräume des Verbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in der Zollhofstraße für Flüchtlinge und obdachlose Juden herzurichten seien. Trotzdem machte Stolleis seine Drohung wahr, forderte die „Neubürger" auf, innerhalb von drei Tagen die Stadt zu verlassen Eine Liste vom 27. September, auf dem die Betroffenen bestätigen mussten, die Aufforderung zum Verlassen der Stadt erhalten zu haben, trägt die Unterschriften von 14 Personen.[845] Die polnischen Juden ließ der Oberbürgermeister verhaften.[846] Die zornige Antwort der Gestapo: „Eine solche Maßnahme, die sich als Sondermaßnahme gegen Juden darstellt, ist unzulässig. Solange andere Personen aus den Freimachungsgebieten sich in Ludwigshafen aufhalten dürfen, müssen immer die allgemeinen Richtlinien eingehalten werden."[847] Stolleis gab nicht nach und wies kurzerhand am 3. Oktober 1939 den Polizeipräsidenten an, der Aufforderung zum Verlassen der Stadt „den eventuell notwendigen Nachdruck zu verleihen und für die Entfernung der Juden aus Ludwigshafen zu sorgen."[848] Die Polizei antwortete, dass die Betroffenen teilweise schon Visa zur Auswanderung hätten, ansonsten eine „letzte Frist von acht Tagen" erhielten. Noch einmal schaltete sich die Gestapo-Leitstelle ein, übersandte eine Stellungnahme des Sicherheitshauptamtes in Berlin, wonach „nichts gegen die Zuwanderung von Juden in die Städte zu unternehmen ist. Es ist vielmehr […] beabsichtigt, die Konzentration der Juden in den Großstädten zu fördern. Eine endgültige Regelung zur Durchführung eines geordneten Zuzugs der Juden in die Großstädte wird zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen."[849]

Auf jeden Fall ließ die Ludwigshafener Stadtverwaltung die Juden akribisch erfassen, listete jüdische Mieter und Untermieter auf, die teilweise sogar noch in „arischem" Hausbesitz lebten – aber unter welchen Bedingungen. In

einer einzigen Wohnung in der Wredestraße lebten 1939 sechs Familien mit zusammen 21 Personen! Andere, zuvor wohlhabende Eigenheimbesitzer, lebten in Notwohnungen oder zur Untermiete.[850] Dabei gibt es auch erstaunliche Wahrnehmungen: Die Witwe von Karl Rauner lebte mit ihren zwei Kindern mit einer „arischen" Familie in einer Wohngemeinschaft. Ein Zeichen von Mitmenschlichkeit?

Die Zahl der Juden in Ludwigshafen nahm unterdessen trotz des Zuzugs stetig weiter ab. Das Verzeichnis der Deportierten weist für den 22. Oktober 1940 noch 183 Namen aus, also gegenüber Januar 1939 noch einmal eine Abnahme von über 200 Personen, geht man davon aus, dass nur eine recht geringe Zahl von Ludwigshafener Juden der Deportation entging. Die Fluchtbewegung setzte sich stetig fort. Manchen fehlten aber die finanziellen Mittel zur Flucht, manche waren wohl letztlich unfähig, ihre Heimat zu verlassen oder sich ein Leben in der Fremde vorzustellen. Diese Gedanken bewegten auch die Familie Michel, die sich nach langer quälender Überlegung dazu durchrang, ihre ältesten Tochter Ursula einem der im ganzen Reich von kirchlichen Kreisen für rassisch verfolgte evangelische Christen organisierten „Kindertransporte" nach Großbritannien anzuvertrauen; Heinrich Michel war Jude, seine Frau und die beiden Töchter zwar jüdischstämmig, aber evangelisch. Ursula Michel gelangte im August 1939 mit einem der letzten derartigen Rettungstransporte nach England. Ihre Mutter brach nach dem Abschied auf dem Mannheimer Bahnhof schluchzend zusammen: „Ich werd mein Kind nie mehr wiedersehen." Sie, ihre erst 13-jährige jüngere Tochter und ihr Mann wurden 1942/43 deportiert und „im Osten" ermordet.[851]

Die Deportation am 22. Oktober 1940: Das Ende der jüdischen Gemeinde in Ludwigshafen

Das jüdische Leben in Ludwigshafen war durch die Ereignisse und die Folgen der „Reichskristallnacht" zum Erliegen gekommen. Viele waren geflohen oder verhaftet, eine Berufsausübung war für Juden kaum oder gar nicht mehr möglich. Jüdischer Besitz wurde enteignet oder verkauft. Die noch hier lebenden Menschen verarmten zusehends. Ihren religiösen Pflichten konnten gläubige Juden nur noch bedingt nachkommen – die Synagoge war zerstört. Auch Bezirksrabbiner Ernst Steckelmacher war in der Pogromnacht verhaftet und nach Dachau verbracht worden. Als er zurückkehrte, war auch seine Wohnung zerstört und er musste mit seiner Frau ein Zimmer in der Bismarckstraße beziehen.

Der Kriegsbeginn am 1. September 1939 verschlimmerte die Lage noch. Juden durften nur noch in bestimmten Lebensmittelgeschäften kaufen (ab dem 12. September 1939), der Zutritt zu den Bunkern war ihnen bei Luftangriffen verwehrt. Max Weilheimer musste mit seiner Familie in einem „nur für Juden" bestimmten Vorratskäfig im Keller Schutz suchen – und blieb einmal drei Tage eingesperrt.[852] Ab 1. September 1940 schließlich wurde die Ausgrenzung auch



Abb. 64: Die Organisatoren der Deportation vom Oktober 1940

äußerlich deutlich gemacht: Jeder Jude ab sechs Jahren musste einen gelben „Judenstern" deutlich sichtbar auf der Kleidung tragen.

Doch den in Ludwigshafen zurückgebliebenen Juden blieb nicht mehr viel Zeit. Am 22. Oktober 1940 versetzte Gauleiter Josef Bürckel der jüdischen Gemeinde endgültig den Todesstoß: In der „Wagner-Bürckel-Aktion", benannt nach Bürckel und seinem badischen Gauleiter-Kollegen Robert Wagner, wurden fast alle badischen und pfälzischen Juden, über 6 500 Menschen, in einer Nacht- und Nebel-Aktion zusammengetrieben und nach Süd-Frankreich ins Lager Gurs und seine Nebenlager deportiert. Der Weg in den Holocaust hatte im Deutschen Reich begonnen.

Die Massenauswanderung der Juden ging den Nationalsozialisten in Deutschland offenbar nicht mehr schnell genug. Die „Endlösung der Judenfrage", so der berüchtigte menschenverachtende Begriff, war noch nicht beschlossen, der Weg dahin jedoch geebnet.

Dass gerade die Pfälzer Juden von der ersten „großen" Deportation betroffen waren – wenige Tage zuvor waren die Stettiner Juden aus ihrer Heimatstadt verschleppt worden – mag auch in den Personen Josef Bürckel und Robert Wagner begründet sein. Sie orientierten sich offenbar an einer Bemerkung Adolf



Abb. 65: Die Würde eines Opfers: Professor Nathan aus Frankenthal

Hitlers, „dass er von den Gauleitern nach zehn Jahren nur eine Meldung verlange, nämlich dass ihr Gebiet deutsch, und zwar rein deutsch sei. Nicht aber werde er sie danach fragen, welche Methoden sie angewendet hätten, um das Gebiet deutsch zu machen und es sei ihm gleichgültig, wenn irgendwann in Zukunft festgestellt werde, dass die Methoden zur Gewinnung dieses Gebietes unschön oder juristisch nicht einwandfrei gewesen seien." [853]

Dies bedeutete nichts anderes als einen Freibrief für Bürckel und Wagner, sich „ihrer" Juden zu entledigen, und zwar auf schnellstem Wege.

Bürckels Ehrgeiz schien geweckt, nicht erst nach zehn Jahren die „Säuberung" seines Gaus vermelden zu können. So ist sicher auch richtig, dass Hitler von der Aktion wusste, die für maßgebliche Stellen der Reichsregierung eher überraschend kam. Schließlich hatte sich Bürckel auch schon in seiner Eigenschaft als „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Reich" vehement für die „Befreiung" Wiens von seinen jüdischen Einwohnern eingesetzt und dort eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung gegründet. Zudem hatte er sich ebenso eifrig darin hervorgetan, aus dem ihm am 2. August 1940 unterstellten Lothringen die Juden ins unbesetzte Frankreich zu vertreiben. Wagner verfuhr ebenso mit dem Elsaß. Denn im Waffenstillstandsabkommen von

Compiègne vom 22. Juni 1940 war auch festgeschrieben worden, dass das unbesetzte Frankreich Juden und missliebige Franzosen aus Elsaß und Lothringen aufnehmen müsse. Bürckel beschloss offensichtlich, diesen Beschluss eigenmächtig auf die pfälzischen Juden auszuweiten.

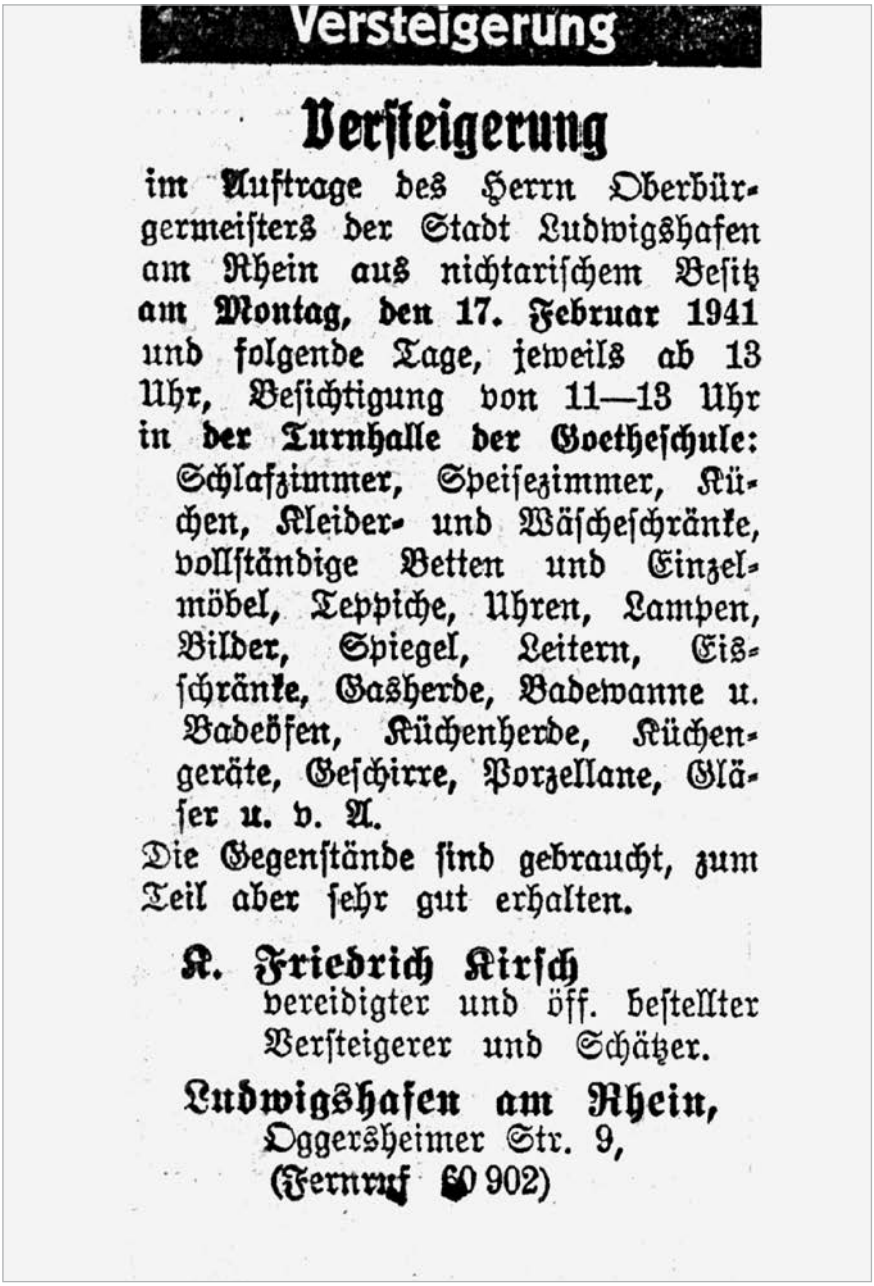
Den Ablauf dieses 22. Oktober 1940 schildert eine geheime Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 31. Oktober 1940: „Auf Anordnung des Führers sind am 22. und 23. Oktober 1940 sämtliche Juden der Gaue Baden und Saarpfalz in neun Sonderzügen in das unbesetzte Gebiet Frankreichs abgeschoben worden. Die Stapo-Leitstellen in Karlsruhe, Neustadt an der Haardt und Saarbrücken hatten den Befehl des RFSS,[854] diese Aktion im geheimen vorzubereiten und durchzuführen. Die Juden sind am 22. morgens um 6 Uhr geweckt worden, hatten die Möglichkeit, sich zu verpflegen und 50 Kilogramm Gepäck mitzunehmen. In neun Sonderzügen, davon sieben aus Baden und zwei aus dem Gau Saarpfalz, wurden die Juden über das Elsaß, bzw. Lothringen, abgeschoben, insgesamt sind 6 504 Juden erfasst worden. Die Aktion ist reibungslos und fast unbemerkt von der Öffentlichkeit verlaufen." [855]

Sie war auch von langer Hand vorbereitet. Die Ausweisungsbefehle für die Ludwigshafener und Pfälzer Juden trugen das Datum des 20. Oktober und waren von Josef Bürckel in Metz unterzeichnet worden. Von dort wurde auch ein umfangreiches Merkblatt verschickt, das denen, die die Juden zusammentrieben, an die Hand gegeben wurde. Darauf wurde auch festgehalten, dass die Deportation alle transportfähigen „Volljuden" zu erfassen habe. Juden, die mit Christen verheiratet waren, Mischlinge und ausländische Juden (sofern sie nicht aus „Feindstaaten" stammten) sollten nicht vertrieben werden. Nach dem „Verzeichnis der am 22. Oktober 1940 aus der Pfalz evakuierten Juden", das aus den Akten der Gestapo Neustadt zusammengestellt worden ist, sind aus der Pfalz 827 Juden aus 91 Orten verschleppt worden. 183 davon wurden in Ludwigshafen erfasst.

Hier war die Sammlung ähnlich verlaufen, wie im Rest der Pfalz. In Ludwigshafen war eine von drei Sammelstellen für die Pfälzer Juden errichtet worden. Die beiden anderen waren in Kaiserslautern und Landau. Das bedeutet, dass die Juden aus der Vorderpfalz an diesem Oktobermorgen – zum Teil mit Wehrmachts-Fahrzeugen, aber auch mit Bussen der Verkehrsbetriebe – nach Ludwigshafen gebracht und gesammelt wurden, bevor sie den Zug nach Frankreich besteigen mussten.[856]

Bis zu zwei Stunden hatten die Opfer der Nazi-Willkür Zeit, ihre Sachen zu packen. Neben den erwähnten 50 Kilogramm Gepäck durften sie lediglich 100 Reichsmark und ihre persönlichen Papiere mitnehmen. Alle Wertsachen mussten zurückgelassen werden.

In Ludwigshafen mussten sich die Juden im Hof der Maxschule an der Maxstraße sammeln, wo heute eine Gedenktafel an die Deportation erinnert.



Versteigerung

Versteigerung

im Auftrage des Herrn Oberbürgermeisters der Stadt Ludwigshafen am Rhein aus nichtarischem Besitz **am Montag, den 17. Februar 1941** und folgende Tage, jeweils ab 13 Uhr, Besichtigung von 11—13 Uhr in **der Turnhalle der Goetheschule:**

Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen, Kleider- und Wäscheschränke, vollständige Betten und Einzelmöbel, Teppiche, Uhren, Lampen, Bilder, Spiegel, Leitern, Eisschränke, Gasherde, Badewanne u. Badeöfen, Küchenherde, Küchengeräte, Geschirre, Porzellane, Gläser **u. v. A.**

Die Gegenstände sind gebraucht, zum Teil aber sehr gut erhalten.

K. Friedrich Kirsch
vereidigter und öff. bestellter Versteigerer und Schätzer.

Ludwigshafen am Rhein,
Oggersheimer Str. 9,
(Fernruf 60 902)

Abb. 66: Nach der Deportation: Anzeige in der NSZ vom 15. Februar 1941 über die Versteigerung von Möbeln und Wertgegenständen „aus nichtarischem Besitz"

Alte und transportfähige Kranke, Männer, Frauen und kleine Kinder wurden gleichermaßen zusammengetrieben. Zu Fuß mussten sie dann zum Hauptbahnhof gehen und den Güterzug besteigen.

Vier Tage und drei Nächte lang fuhren die Deportierten, zusammengepfercht in Güterwaggons, durch halb Frankreich. Sie wurden in der Nähe des Lagers Gurs – einst für Flüchtlinge des spanischen Bürgerkriegs am Fuß der Pyrenäen erbaut – auf Lastwagen geladen und ins Lager gebracht. Die Franzosen waren nicht informiert, wurden weiter im Unklaren gelassen über die wahre Identität der unfreiwilligen „Gäste." Am 29. Oktober 1940 erfuhr auch das Auswärtige Amt vom Chef der Sicherheitspolizei Heydrich, dass 6 500 Juden aus Baden und der Pfalz „im Einvernehmen mit den örtlichen Dienststellen der Wehrmacht, ohne vorherige Kenntnisgabe an die französischen Behörden" in den unbesetzten Teil Frankreichs gefahren worden waren.

„Zu Hause" in Ludwigshafen feierten die Nationalsozialisten die „Judenreinheit" der Stadt: „Wir haben für alle Zeiten und ohne die geringste Konzession mit diesen Versuchen einer fremden Rasse, die besten Früchte der Arbeit unseres Volkes zu ergaunern und ohne eigene Arbeit reich zu werden, Schluss gemacht. Die guten Erfahrungen, die wir damit machten, werden sicher manchen Völkern, die heute noch meinen, die Juden seien nicht ganz so schlimm, und die zur Zeit noch ihre eigenen Erfahrungen machen müssen, die Augen öffnen. Dass der Jude, der immer dort ist, wo er Not und Niederlage wittert, weil nur unglückliche Zeiten, die ‚mageren Zeiten' des biblischen Joseph für ihn ‚fette Jahre' sind, heute bei uns keine Betätigung mehr hat, dass er restlos ausgeschaltet ist, gibt uns umso größere Gewissheit des Sieges." [857]

Gleich nach der Deportation wurde das gesamte Vermögen der Juden beschlagnahmt. Umfangreiche Verkäufe, Versteigerungen und Überschreibungen wurden in die Wege geleitet. Die Akten im Ludwigshafener Stadtarchiv über „Einsatz des jüdischen Vermögens, Grundstücksveräußerungen" beinhalten alleine mehrere 1 000 Seiten Vorgänge über den Verkauf von Grundstücken, Wohn- und Geschäftshäusern.[858] Oberbürgermeister Erich Stolleis wurde vom „Treuhänder für das jüdische Vermögen im Gau Westmark" am 13. Januar 1941 als „Generalbevollmächtigter" für das Vermögen der Ludwigshafener Juden eingesetzt. Stolleis übersandte unter anderem eine pedantisch geführte Liste über 60 „Judenwohnungen", in denen der Stadt Kosten entstanden seien durch Öffnung, Räumung, Desinfektion und Abfahren von Schutt. Die Kosten beliefen sich auf fast 5 500 Reichsmark.

Die Möbel der Verschleppten wurden in öffentlichen Gebäuden untergestellt und versteigert, den Erlös verwaltete die Stadtkasse. Eines der Lager war die Turnhalle der Goetheschule. Als diese später in ein Arbeiterlager umgewandelt werden sollte, bestand die Deutsche Arbeitsfront auf der Desinfektion der Räume, „da das Möbel aus sehr verschmutzten jüdischen Haushaltungen

kam und eine Verwanzung derselben außer Zweifel stand."[859] Der Hass und die Verleumdung der Juden dauerten auch nach deren „Entfernung" fort.

Am 25. Februar 1942 ging die gesamte Verwaltung und Verwertung des Vermögens der Juden an die Finanzverwaltung über. Die Stadtverwaltung übergab sämtliche Vorgänge an das Ludwigshafener Finanzamt. Dabei kam auch ans Tageslicht, dass sich Beteiligte offensichtlich bereichert hatten, wie viele Nachfragen der Behörde an die Stadt demonstrieren. So waren beispielsweise sämtliche Möbel aus dem Anwesen von Nathan Strauß in der Oggersheimer Straße 26 spurlos verschwunden. Das jüdische Vermögen jedenfalls scheint trotz der Kriegswirren restlos „verwertet" worden zu sein.

Die Nachfrage aus der Bevölkerung war groß:
Ein Brief von Rechtsrat Schlich
(Stefan Mörz)

In den Kriegsjahren war der Jurist Dr. Hans Schlich Leiter des sogenannten „Grundstücksreferats" der Stadtverwaltung gewesen und hatte damit die Zuständigkeit für die in die Hände der Stadt gelangten jüdischen Immobilien gehabt. Auch „in die Verwertung des jüdischen Mobiliars" war er „aufsichtlich eingeschaltet."[860] 1945 hatten die Amerikaner ihn als Nationalsozialisten entlassen. Im Zeichen drängenden Fachkräftemangels in der Rechtsverwaltung der Stadt entschloss man sich 1949, Schlich wieder anzustellen. Zuständig für die Beurteilung war der inzwischen zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters avancierte Ludwig Reichert. Er verschloss die Augen nicht vor der NS-Vergangenheit Schlichs. Doch erinnerte er sich, dass er Schlich gegenüber während Urlauben von seinem Militärdienst „seine Ansicht, dass Deutschland unzweifelhaft den Krieg verlieren werde, […] unverblümt geäußert habe." Schlich habe ihn nicht angezeigt. Er solle künftig auch die etwa 100 anstehenden ‚Restitutionsfälle' bearbeiten, d.h. die Klagen der auf verschiedene Weise durch die nationalsozialistische Stadtverwaltung um ihre Häuser und Grundstücke gebrachten vorwiegend jüdischen Eigentümer. Schließlich kenne sich, fügte Reichert im Personalausschuss fast tückisch hinzu, der ehemalige Rechtsrat in diesen Fragen sehr gut aus, da er die Käufe zu viel zu schlechten Preisen oder Enteignungen ja selbst mit vollzogen habe. Schlich wurde 1956 Leiter des Rechtsamts und bekleidete diesen Posten bis zu seinem Ruhestand 1970.

Bei Anfragen von Überlebenden oder Nachfahren der Opfer zum Verbleib jüdischer Vermögenswerte und Mobilien verwandte Schlich eine Art Standardbrief, der die „Verwertung" sehr anschaulich und erstaunlich offen schilderte – ohne allerdings die Abgabe der Akten an die Finanzverwaltung zu erwähnen. Hier ein Beispiel:[861]

„Ihre Anfrage an die Stadtverwaltung Ludwigshafen a. Rh. vom 13.10.1958 wurde dem unterzeichneten Sachbearbeiter [d.i. Schlich] zur Beantwortung zugewiesen. Der Unterzeichnete war in den Jahren 1940/41 in die

Verwertung des jüdischen Mobiliars aufsichtlich eingeschaltet und kann daher teils aus der Erinnerung, teils aus den noch vorhandenen dürftigen Unterlagen zu Ihrer Anfrage folgendes mitteilen:

Durch die Gestapo wurden am 22.10.1940 die damals noch in der Stadt Ludwigshafen a. Rh. wohnenden Juden deportiert. […] Die Wohnungen der Juden wurden gleichzeitig von der Gestapo unter Anbringung einer Versiegelung an der Tür verschlossen. Unter dem 9.11.1940 ergingen Richtlinien des damaligen Reichsführers SS über die Erfassung, Verwaltung und Verwertung der zurückgelassenen jüdischen Vermögenswerte. Auf der Grundlage dieser Richtlinien wurde der Regierungspräsident beim Reichskommissar für die Saarpfalz mit der Durchführung der Erfassung und Verwertung betraut. Mit Entschließung vom 19.11.1940 übertrug der Regierungspräsident die gesamte Aufgabe dem Gauwirtschaftsberater in der NSDAP in Neustadt a. d. W. als Treuhänder. Als Untertreuhänder wurden auf Grund einer Weisung und Ermächtigung des Reichsinnenministers die Oberbürgermeister bzw. die Landräte bestellt.

Nach den näheren Weisungen der vorgenannten Stellen musste das gesamte Mobiliar in den jüdischen Wohnungen zunächst listenmäßig erfasst werden. Die anschließende Verwertung sollte grundsätzlich im Wege der öffentlichen Versteigerung und ausnahmsweise im Wege des freihändigen Verkaufs durchgeführt werden. In Ludwigshafen a. Rh. wurde auf Weisung des Gauwirtschaftsberaters der vereidigte und öffentlich bestellte Versteigerer und Schätzer Karl Friedrich Kirsch mit der Erfassung und Verwertung der inventarisierten Wohnungs- und Einrichtungsgegenstände beauftragt. Von der Versteigerung waren bestimmte Sachen ausgenommen, so insbesondere Edelsteine, Perlen, wertvolle Teppiche und ähnliches. Letztere Gegenstände wurden von dem Versteigerer nach spezieller Einzelanweisung des Gauwirtschaftsberaters verwertet.

Vor der Erfassung des jüdischen Mobiliars und Hausrats wurden die noch versiegelten Wohnungstüren von dem Versteigerer in Gegenwart eines Beamten des zuständigen Polizeireviers und eines Beauftragten der Stadtverwaltung geöffnet. Sodann wurde unter Kontrolle des Beauftragten der Stadtverwaltung eine genaue Liste über die vorgefundenen Sachen erstellt und von allen Beteiligten unterschrieben. Erst nach der Bestandsaufnahme wurden die Sachen in Räumlichkeiten, welche die Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt hatte, verbracht und gegen Diebstahl und Feuerschäden versichert. Diebstähle sind, soweit erinnerlich, nicht vorgekommen, da die Räumlichkeiten zusätzlich noch bewacht wurden. Ende Januar/Anfang Februar 1941 begannen die öffentlichen Versteigerungen, welche sich über mehrere Tage hinzogen. Nach den bestehenden Weisungen durften die Sachen nicht unter dem Zeitwert abgegeben werden. Die Nachfrage aus der Bevölkerung war auch so groß, dass meistens Überwerte erzielt wurden.

Die Abrechnung über den Versteigerungserlös und die einzelnen Freiverkäufe musste der Versteigerer direkt mit dem Gauwirtschaftsberater

vornehmen. Dorthin waren auf sogenannte Anderkonten, welche auf die Namen der einzelnen Juden lauteten, die Erlöse einzubezahlen. Ein Betrag von etwa 10% des Versteigerungserlöses wurde auf ein Generalunkostenkonto, das wohl auch vom Gauwirtschaftsberater verwaltet wurde, überwiesen. Der Versteigerer erhielt für seine Tätigkeit einen Betrag von 10% des Versteigerungserlöses, den er aber zusätzlich von den Steigerern einforderte.

Wie der zurückgebliebene Vertrauensmann der deportierten Juden – ein Herr Pinkus – wiederholt angab, hatten die Juden die Hoffnung, dass ihnen der Versteigerungserlös zufließe und dass sie mit diesen Mitteln ihre Auswanderung aus ihrem südfranzösischen Zwangslager nach den Vereinigten Staaten oder Südamerika finanzieren könnten. Nach einer später ergangenen Regelung, die hier aber weder vorliegt, noch näher bekannt ist, sollten die auf die Anderkonten der Juden eingezahlten Beträge vom Reich beschlagnahmt und eingezogen worden sein. Jedenfalls sind die Erlöse nicht in die Verfügungsgewalt der deportierten Juden gelangt.

Abschriften von Inventarverzeichnissen oder Abschriften der Versteigerungslisten befinden sich nicht im Besitz der Stadtverwaltung. Entweder mussten sie im Jahre 1941 zur Abrechnung oder Kontrolle an den Gauwirtschaftsberater abgegeben werden oder aber sie sind bei dem Brand im Stadthaus Ludwigstraße am 5.9.1943 restlos untergegangen. Die damals mit der Inventarisierung und Überwachung der Versteigerung betrauten Beamten – Oberinspektor Lengenfelder und Inspektor Schuhmacher – sind gegen Ende des Krieges gefallen. Herr Kirsch lebt auch nicht mehr [er beging Selbstmord].

Nach dem dargestellten Ablauf der seinerzeitigen Ereignisse darf also bedenkenfrei davon ausgegangen werden, dass die in den Wohnungen der deportierten Juden vorgefundenen Sachen teils im Wege der öffentlichen Versteigerung, teils durch freihändigen Verkauf in andere – heute nicht mehr feststellbare – Hände übergegangen sind.

Der Erlös dürfte nicht in die Verfügungsgewalt der Juden gelangt sein."

Nach der Deportation:
Elend im Lager und Verfolgung in der Heimat

Die Deportierten litten währenddessen bittere Not in Gurs und den Nebenlagern Rivesaltes, Drancy, Noé oder Les Milles. Die hygienischen und sozialen Verhältnisse in den Barackenlagern in Süd-Frankreich waren unbeschreiblich. Im nahenden Winter versanken die Baracken im Matsch, Wege waren unpassierbar. Seuchen verbreiteten sich, Hunger herrschte. Viele Internierte wurden durch mehrere Lager geschleust. Als Frankreich 1942 vollständig von deutschen Truppen besetzt war, die „Wannsee-Konferenz" außerdem die „Endlösung der Judenfrage" beschlossen hatte, begannen auch in Gurs die Transporte in die Vernichtungslager im Osten.

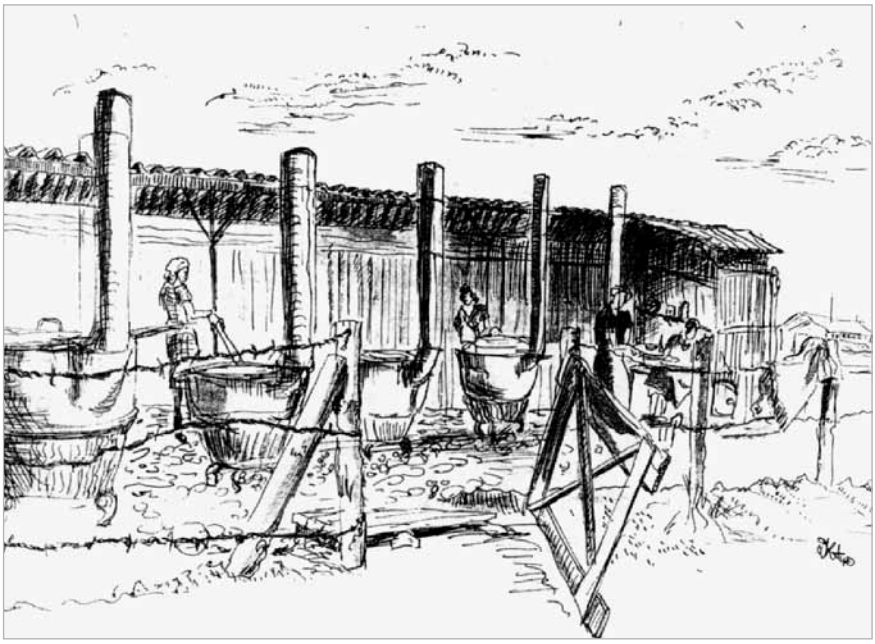


Abb. 67: Leben in Gurs:
Zeichnung von Lili R. Andrieux

Einige Menschen waren schon auf dem Transport in den überfüllten Güterzügen gestorben. Die Ludwigshafenerin Berta Kern, 63 Jahre alt, starb am Tag der Ankunft, am 25. Oktober 1940, entkräftet vom Transport. Die Ältesten der Deportierten aus Ludwigshafen, Sabine Rosenbaum und Ludwig Kullmann, waren 85 Jahre alt. Beide starben noch in südfranzösischen Lagern. Der Jüngste, Germann Pinkus, war am 22. Oktober 1940 gerade 15 Wochen alt. Er überlebte: Seine Mutter Edith floh aus Gurs nach Italien, wurde mehrmals verhaftet und blieb später mit ihrem Sohn in Italien.

Die meisten Deportierten, die ja nicht alle „alte" Ludwigshafener waren, sondern auch aus den genannten Gründen im „Dritten Reich" in die Stadt gekommen waren, hatten in der Innenstadt gewohnt. Aus Oggersheim wurde die 54jährige Rosa Mazet geholt (sie ist in Auschwitz verschollen), aus Rheingönheim wurden Albert Blum, Heinrich und Eugenie Weil, Manfred Weil, Emil und Bella Haas, Emilie und Flora Weil deportiert. Nur Bella Haas überlebte von ihnen das „Dritte Reich" – um ein Jahr. Aus dem damals selbständigen Dorf Ruchheim wurden Jakob Leva und seine Frau Klara verschleppt, die beiden letzten Juden im Dorf. Jakob Leva starb noch im Dezember in Gurs, seine Frau wurde in Auschwitz ermordet.

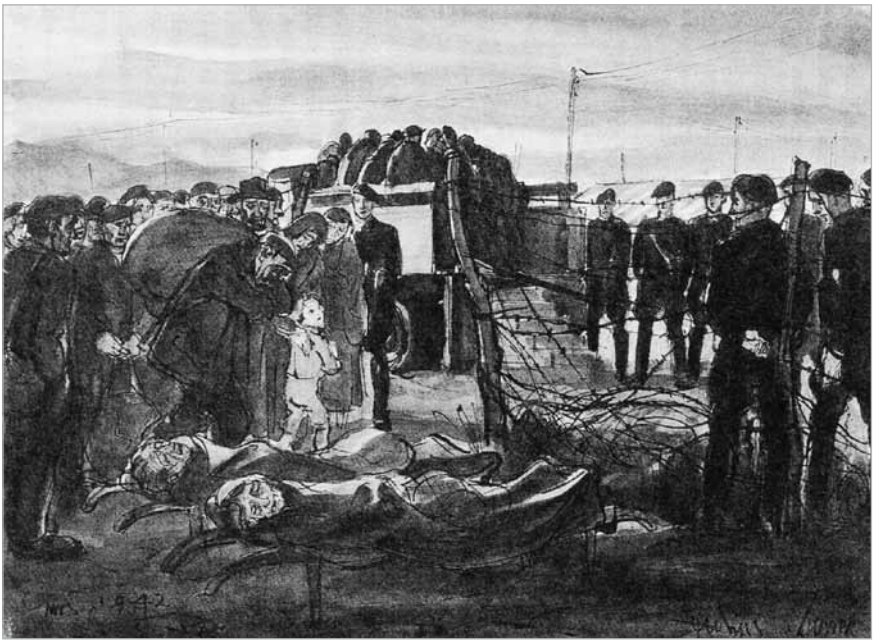
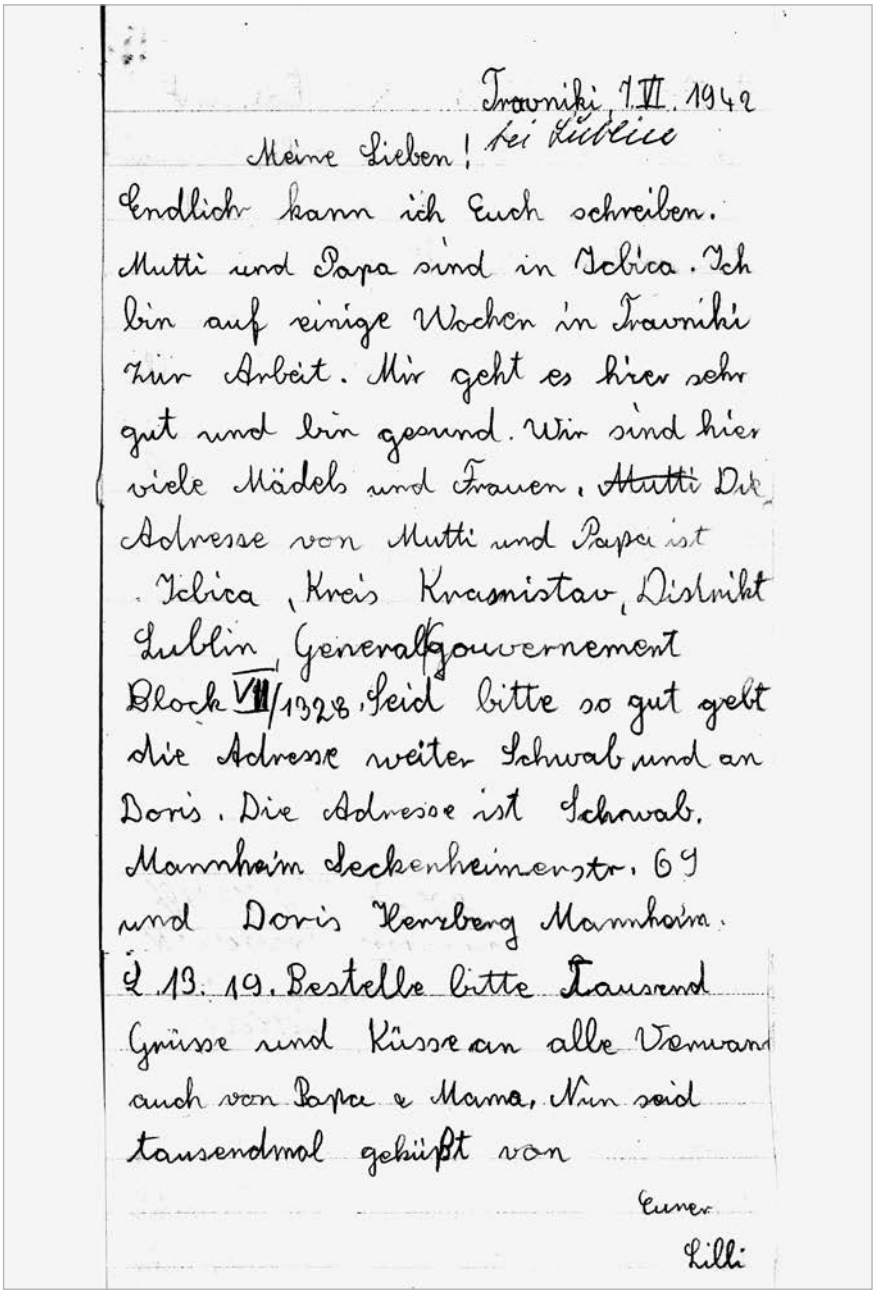


Abb. 68: Der Weg in die Vernichtung:
Zeichnung Julius C. Turner, Deportation 1942

Unter den Deportierten waren auch Bezirksrabbiner Ernst Steckelmacher und seine Frau Wera. Der bei der Deportation 59 Jahre alte Rabbiner, der mehrere französische Lager durchlief, ist 1943 im KZ Lublin-Majdanek verschollen. Seine Frau überlebte. Unter den Deportierten auch weitere bekannte Namen: Julius Rauner, der ehemalige Kolonialwarenhändler, verschollen in Auschwitz, Selma Sternlieb, die Witwe des Stadtbaudirektors, überlebte und floh in die USA. Der Geschäftsmann Max Greilsamer und seine Frau Klara, ebenso der bei der Deportation 16 Jahre alte Sohn Richard, der schon als einer der letzten jüdischen Schüler an einer öffentlichen Schule in Ludwigshafen Erwähnung fand – alle drei sind in Auschwitz verschollen. Nathan und Julius Strauß, die beiden früheren Inhaber der Eisenwaren-Großhandlung, wurden deportiert. Nathan wurde befreit, sein jüngerer Bruder starb 1941 in Gurs. Der Rechtsanwalt Dr. Leopold Kahn, seine Frau Frieda und der 1940 14 Jahre alte Sohn Hans – alle drei in Auschwitz ermordet. Die drei Brüder Elikann aus Hagenbach, deren Zuzug nach Ludwigshafen Oberbürgermeister Stolleis so ärgerte – deportiert und 1941 im Lager gestorben. Eugen Zivi, langjähriger Synagogendiener in Ludwigshafen – deportiert und verschollen in Auschwitz. Baruch Horendrechsler, der Sackhändler, und seine Frau Ida – verschollen in Auschwitz.



Travniki, 7.VI. 1942

Meine Lieben! bei Lublice

Endlich kann ich Euch schreiben. Mutti und Papa sind in Izbica. Ich bin auf einige Wochen in Travniki zur Arbeit. Mir geht es hier sehr gut und bin gesund. Wir sind hier viele Mädels und Frauen. ~~Mutti~~ Die Adresse von Mutti und Papa ist Izbica, Kreis Krasnistaw, Distrikt Lublin, Generalgouvernement Block VII/1328. Seid bitte so gut gebt die Adresse weiter Schwab und an Doris. Die Adresse ist Schwab. Mannheim Seckenheimerstr. 69 und Doris Herzberg Mannheim. 2.13.19. Bestelle bitte Tausend Grüsse und Küsse an alle Verwand auch von Papa e Mama. Nun seid tausendmal geküßt von

Euren

Lilli

Abb. 69: Der letzte Brief der schon von ihren Eltern getrennten 14jährigen Lilli Michel an ihre Verwandten in Berlin (?) aus dem Arbeitslager Travniki im besetzten Polen. Lilli Michel wurde im Osten ermordet.

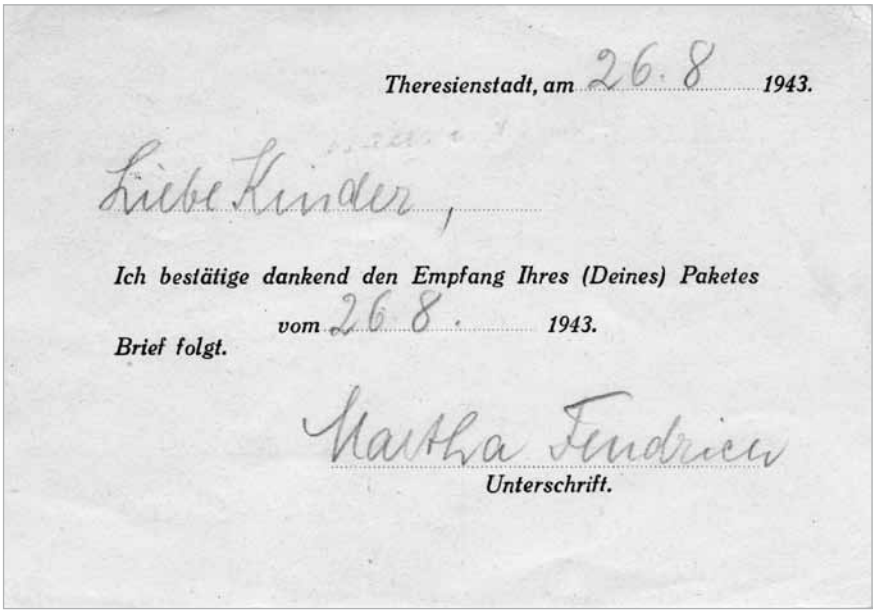
Von den 183 aus Ludwigshafen deportierten Juden starben rund 80 in Auschwitz oder anderen Vernichtungslagern, 42 ließen bereits in den südfranzösischen Lagern ihr Leben. 48 Ludwigshafener überlebten, doch einige von ihnen starben bald an den Folgen der Lageraufenthalte. Über das Schicksal von 13 Deportierten gibt es keine Nachricht.

Für viele Kinder wurden katholische Schwestern, Hilfsorganisationen und französische Widerstandskämpfer zur Rettung. Sie wurden aus dem Lager geschmuggelt, in katholischen Kinderheimen versteckt oder über die grüne Grenze in die Schweiz geschleust. So überlebte aus Ludwigshafen der bei der Deportation fünf Jahre alte Werner Rauner, dessen Eltern in Auschwitz verschollen sind. Er wurde von Franzosen aus Gurs geholt, zunächst in einem Kloster versteckt und mit 40 weiteren Kindern in einem Nachtmarsch in die Schweiz gebracht. Der zwei Jahre ältere Horst Wallenstein, dessen Vater in Lublin ermordet wurde, überlebte in einem katholischen Kinderheim. Die Schwestern Lore und Susanne Bermann, 13 und 15 Jahre alt, wurden von Resistance-Kämpfern gerettet und wanderten in die USA aus. Ihre Mutter Betty starb in Auschwitz.

Noch bis 1942 konnte das Kinderhilfswerk der französischen Juden sogar offen arbeiten. Es sicherte mit den im Lager operierenden Quäkern das Überleben zahlreicher Kinder, unter ihnen auch Richard und Ernst Weilheimer aus Ludwigshafen. Im Juli 1942 gelangten die beiden mit Hilfe der Quäker per Schiff in die USA. Ihr Vater Max Weilheimer durfte ihnen an Kai Lebewohl sagen. Bitter schrieb er danach, dass man seinen Kindern das Licht einer unbeschwerten Kindheit geraubt habe. „Aber auch uns Eltern hat man die Freude verwehrt, Kinder aufzuziehen." Max und seine Frau Lilly, die Tochter des Kantors Wetzler, kamen in Frankreich um bzw. wurden im Osten ermordet.[862]

Trotz der „gründlichen Säuberung" waren vereinzelt Ludwigshafener Juden in der Stadt und dem Umland geblieben. Über ihr Schicksal war lange wenig bekannt. Sie wurden zunächst verschont, weil sie in „Mischehen" mit „deutschen" Partnern lebten, oder weil sie getauft waren. Anderen gelang es vielleicht auch, unterzutauchen. Ab dem 1. September 1941 verpflichtete die Polizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden fast alle jüdischen Bürger im Alter ab sechs Jahren, einen gelben „Judenstern" „sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes in Herznähe fest aufgenäht zu tragen", so die Vorschrift. Sie sollten in der Öffentlichkeit sofort erkannt werden.

Einige Ludwigshafener Juden waren der Deportation auch entgangen, weil sie nach Mannheim gezogen waren. Zwar wurden auch die badischen Juden deportiert, doch offenbar waren sie nicht so flächendeckend erfasst worden wie die Pfälzer. Für viele von ihnen war es nur ein Aufschub vor dem gewaltsamen Ende. Kantor Josef Jacob etwa oder, wie bereits erwähnt, Heinrich, Gertrud und Lilli Michel – die Familie der durch einen Kindertransport geretteten Ursula



Theresienstadt, am 26. 8. 1943.

Liebe Kinder,

Ich bestätige dankend den Empfang Ihres (Deines) Paketes

vom 26. 8. 1943.

Brief folgt.

Martha Fendrich

Unterschrift.

Abb. 70: Korrespondenz aus Theresienstadt: Ein Beispiel von Martha Fendrich

Michel – wurden 1942 von Mannheim aus nach Theresienstadt (Jacob) beziehungsweise Treblinka deportiert und ermordet. Einigen jedoch gelang es zu überleben. Gemeinsam war ihnen ein Leben in Isolation und Angst, wie einige Beispiele zeigen.

Richard Müller war Rechtsanwalt und nach dem Verlust seiner Zulassung ab 1. Dezember 1938 Konsulent wie Emil Herz. Er war mehrfach ausgezeichneter Teilnehmer im Ersten Weltkrieg und kriegsversehrt. Müller wohnte mit seiner christlichen Frau und den ebenfalls katholisch getauften vier Kindern in der Schützenstraße in Ludwigshafen. Auch er war nach der Pogromnacht in Dachau und wurde dort misshandelt.[863] Seine Frau weigerte sich trotz mehrfacher Aufforderung, sich von „dem Juden" scheiden zu lassen. Das rettete Müller vor der Deportation. Jedoch wurde er mehrfach verhaftet wegen angeblicher Spionage, oder weil er den Judenstern nicht trug. Bei Luftangriffen durfte er nicht in den Luftschutzkeller. Dadurch konnte er das Wohnhaus einmal retten, weil er eine Brandbombe rechtzeitig löschen konnte.[864] 1943 wurde er von einer Nachbarin gewarnt, dass nun auch die Juden mit „arischen" Ehepartnern abgeholt würden. Die ganze Familie tauchte rechtzeitig auf dem Land unter und wurde gerettet.[865]

Ähnlich erging es Ernst Löb, Inhaber eines Tabakwaren-Großhandels und nach der Enteignung Betreiber eines kleineren Geschäfts in Oppau. Der getaufte

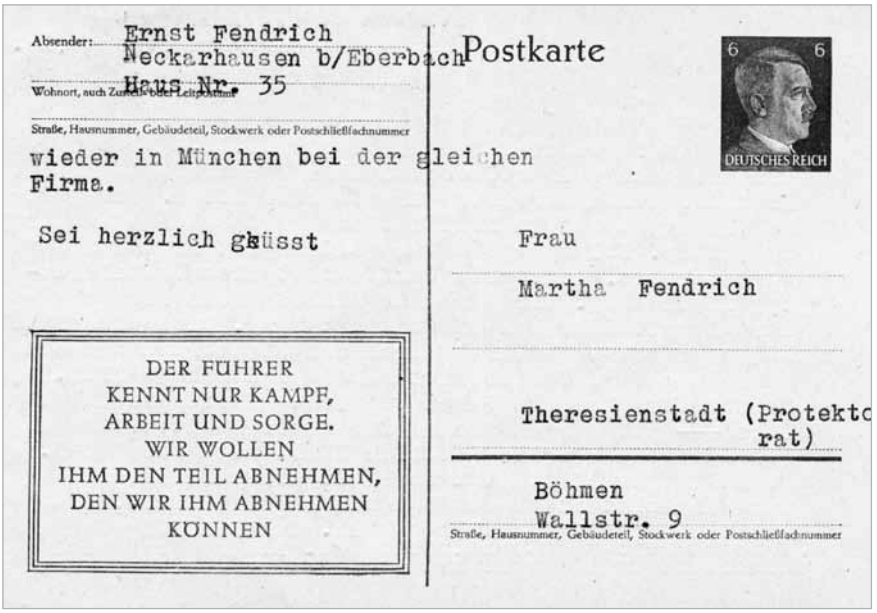


Abb. 71: Korrespondenz nach Theresienstadt: Ein Beispiel von Ernst Fendrich

Protestant jüdischer Herkunft war ebenfalls im Ersten Weltkrieg verwundet und 1938 in Dachau inhaftiert. Durch seine „Mischehe" zunächst geschützt, hatte er sich aber vieler Schikanen zu erwehren. Auch Löb wurde, vermutlich 1944, vor der bevorstehenden Verhaftung gewarnt und tauchte mit Frau und zwei Kindern in der Nordpfalz unter.[866]

Dr. Leo Katz, der 1932 zum Katholizismus übergetretene Arzt und seine Frau Maria, fanden 1941 mit Unterstützung eines ihnen persönlich bekannten Priesters Obdach im Oggersheimer Antoniushaus. Das verhinderte nicht ihre Verschleppung nach Theresienstadt.[867]

Auch Martha Fendrich landete im KZ. Die Jüdin und Witwe eines katholischen Rechtsanwaltes wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert. Einen vorher schon anberaumten „Abwanderungstermin" hatten die beiden (katholischen) Söhne noch verhindern können. Trotz ihres fortgeschrittenen Alters[868] und einer Gehbehinderung schaffte es die Ludwigshafenerin zu überleben. Und auch Selma Löser, verheiratet mit dem Maschinenbau-Unternehmer Ludwig Löser, erzählte nach dem Krieg von vielen Demütigungen, Verhören und Schikanen. Sie hatte die Buchhaltung erledigt und durfte nicht mehr ins Geschäft, weil dieses sonst als „jüdisches Unternehmen" behandelt worden wäre. Noch 1945 wurde die 40-Jährige wegen angeblicher Verweigerung eines Arbeitseinsatzes verhaftet und vom Gefängnis nach Theresienstadt deportiert.[869]

Ihre jüdische „Versippung" wurde auch Marie Regina Schuster, der Frau Curt Schusters, zum Verhängnis. Die Tochter des Richters am Reichsgericht Leipzig, Theodor Meyer, der einst als Amtsrichter in Ludwigshafen gewirkt hatte und später zum Protestantismus übergetreten war, wurde wie erwähnt im Mai 1943 mit ihrem Mann verhaftet. Im Amtsgerichtsgefängnis in Ludwigshafen wurden die beiden getrennt. Während des großen Luftangriffs auf die Stadt in der Nacht vom 5. zum 6. September 1943 öffnete ein barmherziger Wachtmeister die Zellen „und verwies die Häftlinge in den Keller. In dem verwirrten Gedränge dort stand plötzlich meine Frau vor mir und sagte nach wortloser Umarmung: ‚Nun bekommst Du doch noch ein Kuss zum Geburtstag' – denn der war am 6. 9. Dann wurden wir wieder getrennt. Es war das letzte Mal, dass wir uns gesehen haben und gesprochen haben." Als Schuster verlegt wurde, wurde ihm ein Abschied von seiner Frau verwehrt. „Im Februar 1944 wurde meine Frau Marie Schuster von Frankenthal nach Auschwitz verbracht. Versuche, durch Vermittlung von Kollegen ihre Beschäftigung als Chemikerin in dem Chemiewerk in Auschwitz, das zum Teil unter dem Einfluss der BASF stand, zu erwirken, blieben erfolglos. Im April brachte mir mein Bruder, Robert Schuster-Weiden, die Nachricht, dass meine Frau in Auschwitz gestorben sei. Die amtliche Sterbeurkunde vom Konzentrationslager Auschwitz nannte den 14. März als Todestag und als Todesursache Phlegmone. Es ist bekannt geworden, dass in Auschwitz medizinische Versuche an Phlegmonekranken gemacht wurden." Im Juni 1945 kehrte Schuster nach schrecklicher Zwangsarbeits-Haft und abenteuerlichen Reisen nach Ludwigshafen zurück. „Meine Tochter war auch kurz zuvor zurückgekehrt – aber ihre Mutter, meine liebe Frau Maria Regina, kehrte nicht mehr heim." [870]

Auf dem Gelände des Internierungslagers Gurs sind 1187 Deportierte begraben. 1979 fassten die deutschen und französischen Behörden den Beschluss, dort ein Museum zu errichten. Im Mai 1980 wurde dazu der „Verein der Freunde des Museums Gurs" gegründet. 1985 weihten die Mannheimer jüdische Gemeinde und Vertreter der Stadtverwaltung auf dem Friedhof in Gurs ein Mahnmal ein.



Abb. 72: Ohne jüdische Mitbürger: Das zerstörte Ludwigshafen. Blick vom Turm der Ludwigs- zur Lutherkirche, 1946. Im Vordergrund rechts ist an der Kaiser-Wilhelm-Straße das leere Grundstück der ehemaligen Synagoge sichtbar.

II.

Die Geschichte der Juden im Raum Ludwigshafen nach 1945

Nur wenige kehrten zurück:

Juden in der Stadt nach Kriegsende

Die jüdische Gemeinde in Ludwigshafen war vollständig vernichtet. Nur eine Handvoll Juden kam nach dem Zusammenbruch des Terrorregimes in das zerstörte Ludwigshafen zurück. Neben den bereits genannten Müller, Löb, Fendrich und Löser wurden elf Frauen, die allesamt kurz vor Kriegsende nach Theresienstadt deportiert worden waren, auf einer Liste von 1946 als Zuzüge in Ludwigshafen verzeichnet. Auch das Ehepaar Katz hatte überlebt und kehrte in das Oggersheimer Antoniushaus zurück. Leo Katz starb dort im Oktober 1945. Seine Frau zog zu ihrer Tochter nach Südafrika, die dort seit 1936 als Missionsärztin arbeitete.[871] Hermann und Elise Levy kamen 1946 in die Stadt. Auch der „Ostjude" Schrod Sztrum, der wohl zu den spät zugezogenen Juden gehörte, aus Ludwigshafen deportiert worden war und dessen Frau Fayge in Auschwitz ermordet wurde, lebte nach dem Krieg in Ludwigshafen und starb hier am 4. Dezember 1950. Eine Liste vom 1. Februar 1947 weist 19 Juden in Ludwigshafen auf.

Ernst Löb, der nach seiner Rückkehr seinen Oppauer Tabak-Groß- und Einzelhandel wieder aufbaute, starb bereits im März 1954. Der Nachruf für den „hierorts sehr gut bekannte[n] Kaufmann" im „Oppau-Edigheimer Anzeiger" deutete die Verfolgung während der NS-Zeit nur an. Zwischen den Zeilen erfuhr man, dass er frei von Rachegelüsten früheren NSDAP-Mitgliedern ‚Persilscheine' ausstellte. „Selbst als er vor und im Kriege mancher Anfeindung ausgesetzt war, blieb er in Oppau und behauptete sich so gut es ging. Ohne Gleiches mit Gleichem zu vergelten, sondern Böses durch die gute Tat heilend und verzeihend, ging er nach Kriegsende sofort wieder daran, Stammhaus und Großhandelsbetrieb neu auszubauen und geschäftlich zu beleben. Er half manchem nach dem Krieg politisch Verfemten durch Fürsprache und schrieb sich somit selbst ein Zeugnis aufrechter Gesinnung."[872]

Eine Ausnahme bildeten Leo und Lina Alsbacher. Das Ehepaar, das an der Ecke Ludwig- und Wredestraße ein Schuhgeschäft betrieben hatte, kehrte 1948 nicht nur nach Ludwigshafen zurück, sondern engagierte sich in der alten Heimat beim Wiederaufbau, erlebte Ehrungen und Würden – Leo Alsbacher erhielt unter anderem das Bundesverdienstkreuz erster Klasse –, fast als wäre nichts gewesen. Das betagte Paar lebte sogar im gleichen Haus in der Wredestraße wie vor dem Krieg. Wie selbstverständlich nahm die Stadt seine Erinnerungen und Kenntnisse zum Schicksal der Juden und jüdischen Eigentums in Anspruch und verwies Suchende an ihn. Von Alsbacher stammt auch das 1959 angefertigte Inventar der Ludwigshafener Synagoge. Über sein eigenes Schicksal nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten erzählte Alsbacher später, er sei nicht so massiv in wirtschaftliche Schwierigkeiten wie andere jüdische Geschäftsleute geraten. Auch sei sein Geschäft in der Pogromnacht verschont geblieben. Die Gründe dafür lassen sich heute nicht nachvollziehen. Es musste aber in der Folge trotzdem aufgegeben werden. Leo und Lina Alsbacher wurden 1940 mit ihren Glaubensbrüdern und -schwestern nach Gurs deportiert. Dort überlebten sie durch einen glücklichen Zufall: Ein französischer Offizier, der in den Zwanziger Jahren bei Alsbachers einquartiert gewesen war, entdeckte die beiden in Gurs und schützte sie. 1944 konnten sie befreit werden.[873]

Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung im Allgemeinen und des Ehepaars Alsbacher im Besonderen war in den Fünfziger und Sechziger Jahren kein großes Thema. Beide wurden – ganz ähnlich wie Ernst Löb – geachtet und gelobt dafür, dass sie „ohne Hass" zurückgekehrt seien. Dazu Alsbacher selbst: „Ich wollte durch Anzeigen und Anklagen niemand mehr behelligen, ich wollte keinen Hass säen. Mein Hauptbestreben war, in Ludwigshafen, meiner zweiten Heimat, in Ruhe und Beschaulichkeit meinen Lebensabend zu verbringen." Aus einem weiteren Zitat spricht Resignation: „Die Leute haben kein Interesse daran, Vergangenes wieder aufzufrischen und die Jugend kennt die Vergangenheit zu wenig, um sich zu engagieren. Außerdem hat die Jugend kein Interesse."[874] Die

Zeit für Gedenken, Aufarbeitung und Trauer war 17 Jahre nach Kriegsende noch nicht gekommen.

Leo Alsbacher starb am 15. September 1964, 89 Jahre alt, in Ludwigshafen, seine Frau acht Jahre später im Alter von 93 Jahren.

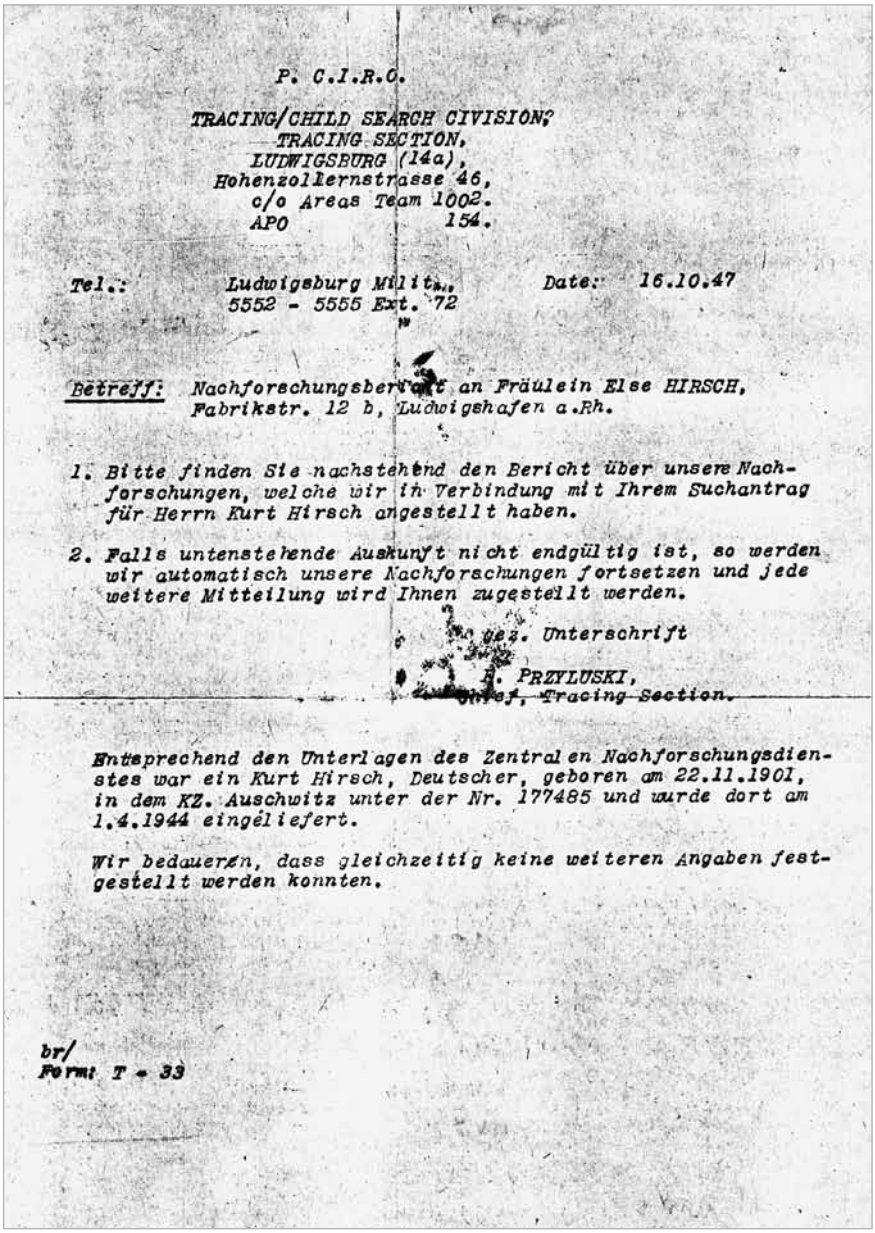
Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts

Nicht lange nach der vollständigen Niederlage Deutschlands und dem Ende des katastrophalen Weltkrieges setzte eine zunächst weitgehend aufs Juristische beschränkte Auseinandersetzung mit dem Unrechtsregime und der Wiedergutmachung ein. Die drei Westmächte erließen für ihre jeweiligen Besatzungszonen in den Jahren 1947 und 1949 Rückerstattungsgesetze. Darin sollte die Rückgabe oder die Entschädigung für Vermögen geregelt werden, das zwischen 1933 und 1945 den Verfolgten aus rassischen, religiösen oder politischen Gründen entzogen worden war. Am 26. April 1949 wurde das für alle Westzonen geltende „Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts" erlassen.

Für die Umsetzung dieses Gesetzes wurde für den Raum Ludwigshafen eine Restitutionskammer am Landgericht Frankenthal eingerichtet. Übergeordnet war die Einrichtung für das Sondervermögen für Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Koblenz. Zum Teil übernahm der Staatsanwalt in Frankenthal die Ermittlungen von Amts wegen, ohne dass Ansprüche Betroffener geltend gemacht wurden. Teilweise meldeten sich jedoch auch Überlebende oder Angehörige von Verfolgten und Vermissten in Ludwigshafen. Auf diese Weise lässt sich aus den vorhandenen Restitutionsakten der damaligen Stadtverwaltung manches Schicksal rekonstruieren – Tod im Konzentrationslager, Flucht und Überleben durch glückliche Fügung, aber auch die Zerstreuung der Familien und ehemaligen Mitglieder der jüdischen Gemeinde in aller Herren Länder. Für viele Betroffene waren die Wiedergutmachungsverfahren eine schmerzliche Begegnung mit den Schrecken der vergangenen Jahre.[875]

Die Gesamtsumme der in den Wiedergutmachungsverfahren geforderten Entschädigungen gegen die Stadt Ludwigshafen belief sich auf über drei Millionen D-Mark, so eine Bilanz nach der Währungsreform.[876]

Die juristische Aufarbeitung war kompliziert. Teilweise waren die Besitzverhältnisse der betreffenden Immobilien oder anderer Vermögenswerte wie Möbel, Schmuck oder Gemälde, unklar. Angehörige waren nicht auffindbar. Häuser, für die deren frühere Besitzer Entschädigung forderten, waren im Krieg zerstört worden, der genaue Wert war damit nicht mehr feststellbar. Mobiliar war unauffindbar verschwunden. Außerdem war es für die Opfer schwierig nachzuweisen, ob sie ihres Vermögens enteignet wurden, es unter Wert verkaufen mussten, ob sie vor dem Krieg einen reellen Preis für den Verkauf erzielt hatten oder ob sie überhaupt etwas vom Kaufpreis erhalten hatten – was offenbar oft nicht der Fall war.



P. C.I.R.C.

TRACING/CHILD SEARCH CIVISION,
TRACING SECTION,
LUDWIGSBURG (14a),
Hohenzollernstrasse 46,
c/o Areas Team 1002.
APO 154.

Tel.: Ludwigsburg Milit., 5552 - 5555 Ext. 72

Date: 16.10.47

Betreff: Nachforschungsbericht an Fräulein Else HIRSCH, Fabrikstr. 12 b, Ludwigshafen a.Rh.

1. Bitte finden Sie nachstehend den Bericht über unsere Nachforschungen, welche wir in Verbindung mit Ihrem Suchantrag für Herrn Kurt Hirsch angestellt haben.

2. Falls untenstehende Auskunft nicht endgültig ist, so werden wir automatisch unsere Nachforschungen fortsetzen und jede weitere Mitteilung wird Ihnen zugestellt werden.

gez. Unterschrift

B. PRZYLUSKI,
Chef, Tracing Section.

Entsprechend den Unterlagen des Zentralen Nachforschungsdienstes war ein Kurt Hirsch, Deutscher, geboren am 22.11.1901, in dem KZ. Auschwitz unter der Nr. 177485 und wurde dort am 1.4.1944 eingeliefert.

Wir bedauern, dass gleichzeitig keine weiteren Angaben festgestellt werden konnten.

br/
Formt T - 33

Abb. 73: Vergebliche Suche:
Else Hirsch in Ludwigshafen erhält Nachricht von ihres Vaters „Tod im Osten", 1947

In manchen Fällen argumentierte die Stadtverwaltung auch damit, dass es übergeordnete Notwendigkeiten waren, die eine Enteignung veranlasst hätten – wie der notwendige Abriss von Häusern wegen der Anlage des Jubiläumsplatzes und des Brückenaufganges, oder etwa die verordnete Anlage von Kleingärten zur Selbstversorgung der Bevölkerung wegen des aufkommenden Krieges. Diese Maßnahmen hätten auch die sonstige Bevölkerung getroffen.

Erschwert wurde die Aufarbeitung auch dadurch, dass einer der „Hauptabwickler" von Seiten der nationalsozialistischen Machthaber, ein Mann namens Friedrich Kirsch, der die Versteigerungen der enteigneten Vermögenswerte geleitet hatte, 1947 Selbstmord beging. Er konnte nicht mehr aussagen – die Akten waren verschwunden. Die Verhandlungen füllten unzählige Aktenordner.

Für die neue demokratische Stadtverwaltung war unter anderem Bürgermeister Ludwig Reichert als Chef der Rechtsverwaltung Verhandlungsführer. Vor Gericht wurde die Verwaltung größtenteils von Friedrich Wilhelm Wagner vertreten, dem Anwalt, sozialdemokratischen Politiker und späteren Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts – selbst ein Verfolgter des NS-Regimes.

Es waren bei weitem nicht nur jüdische Opfer, die Entschädigungen für ihr geraubtes Gut forderten. Auch die Arbeitervereine oder katholische Einrichtungen beispielsweise waren enteignet worden und forderten nun ihr Hab und Gut zurück, oder zumindest eine Entschädigung dafür – Vereinsheime, Grundstücke, die Vereinskasse, oder auch das ursprünglich von Dominikanerinnen geleitete Mädchenlyzeum, das heutige Geschwister-Scholl-Gymnasium. Der größte Teil der dokumentierten Wiedergutmachungsverfahren betraf jedoch jüdischen Besitz.

Besonders schwierig waren die Verhandlungen dort, wo die Stadt Ludwigshafen eine Immobilie oder ein Grundstück von Verfolgten – mehr oder weniger seriös – erworben und dieses dann an Privatleute weiterverkauft hatte. Wer sollte nun den entrechteten Vorbesitzer entschädigen? Bei der Stadtverwaltung zog man sich in diesen Fragen gerne auf die Formulierung zurück, dass die Zweiterwerber gewusst hätten, dass es sich um vormals jüdischen (und damit unrechtmäßig erworbenen?) Besitz handelte. Die neuen Inhaber dagegen nahmen die Stadtverwaltung in die Verantwortung.

Einer dieser Fälle betraf das einst der Israelitischen Kultusgemeinde gehörende Grundstück an der Kaiser-Wilhelm-Straße, auf der die in der Pogromnacht 1938 zerstörte Synagoge gestanden hatte. Die Gemeinde hatte das 670 Quadratmeter große Grundstück mit der Ruine, das im Kaufvertrag vom 17. März 1939 zynisch als „Bauplatz" bezeichnet wurde, wie bereits erwähnt für 7 500 Reichsmark an die Stadt Ludwigshafen verkaufen müssen. Von diesem ohnehin eher symbolischen Preis waren noch 3 316,57 Reichsmark abgezogen worden – wegen der Kosten für Abriss und Aufräumarbeiten. Die Stadtverwaltung wiederum hatte das dann brachliegende Grundstück 1942 an den Gauverlag der

NSZ Westmark verkauft – für 10 362 Reichsmark. „Der Käuferin war bekannt, dass es sich bei dem Grundstück um den Platz der ehemaligen Synagoge handelt", argumentierte der Rechtsvertreter der Stadtverwaltung. Der Prozess vor der Restitutionskammer in Frankenthal endete mit einem Versäumnisurteil gegen die Beklagten am 9. Februar 1950: Stadtverwaltung und der Gauverlag, der zu diesem Zeitpunkt unter französischer Sequesterverwaltung stand, teilten sich die Kosten.

Die Jüdische Kultusgemeinde strebte 1951 auch im Fall des Rheingönheimer Bethauses eine Klage gegen die Stadt Ludwigshafen als Rechtsnachfolgerin der Gemeinde Rheingönheim an, die im März 1938 das Gebäude erstanden und inzwischen weiterverkauft hatte.[877] Diese Klage wurde jedoch abgewiesen.

Nur in wenigen Fällen klagten die Entrechteten, um ihre Immobilie zurück zu erhalten. Meist wollten die Betroffenen oder ihre Erben nicht mehr nach Deutschland zurückkehren. Sehr vereinzelt nur überwanden sich die ehemaligen Ludwigshafener, selbst nur für kurze Zeit in ihre alte Heimatstadt zu kommen, um für ihre Rechte einzutreten. So war offenbar Julius Gimbel, einst Mitinhaber der Eisenwarengroßhandlung Gimbel und Neumond, 1949 aus seinem Zufluchtsort Mexiko City angereist, um seine Angelegenheiten zu regeln.[878] Andere ließen sich durch alte Freunde vor Ort vertreten, auch Leo Alsbacher war hier Ansprechpartner.

Zumeist wurde Geld ausbezahlt – wenn denn der Klage auf Wiedergutmachung überhaupt Erfolg beschieden war. Zwischen dem 1. Juli 1948 und dem 31. März 1952 wurde in 90 Fällen Klage gegen die Stadt Ludwigshafen erhoben. Davon waren 18 Klagen doppelt eingereicht worden: vom Oberstaatsanwalt am Landgericht Frankenthal und vom Sondervermögen im Falle von Verschollenen. Dabei ging es um zusammen 153 Objekte in Ludwigshafen mit dem bereits genannten Gesamtwert von rund 3,05 Millionen.[879]

Von diesen 90 Klagen wurden 32 abgewiesen. Dabei ging es um 52 Objekte mit einem Gesamtwert von rund 1,8 Millionen Mark. In 22 Fällen (68 Objekte) verglich man sich. Hier blieben die Stadtverwaltung oder der Zweiterwerber Eigentümer des strittigen Objektes, es wurde Geld auf den damaligen Kaufpreis nachbezahlt. Zehn Klagen ruhten zum Zeitpunkt jener Statistik noch. In den restlichen Fällen entschied die Restitutionskammer zugunsten der Verfolgten. „Die Gesamtaufwendungen aus Folge der Restitutionsgesetzgebung sind damit insgesamt zu veranschlagen auf rund 740 000 DM,"[880] errechneten die Statistiker – gegenüber ursprünglich eingeklagten 3,05 Millionen. Die Stadtverwaltung war glimpflich davon gekommen. „Dies bedeutet weniger als 25 Prozent, während in anderen Städten teilweise bis zu 80 Prozent der eingeklagten Werte erstattet werden mussten", hieß es in einem Pressebericht zu dieser Bilanz.[881]

Dass das Bewusstsein dafür, was den Verfolgten des NS-Regimes tatsächlich angetan worden war, noch nicht in den Köpfen verankert war, zeigten


Ludwigshafener Judenpogrome vor dem Frankenthaler Schwurgericht
Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit — Freispruch vor dem Schöffengericht Ludwigshafen

Abb. 74: Schlagzeile zum Prozess gegen die Täter vom 9. November 1938 in der Ludwigshafener „Rheinpfalz", 20. Juni 1950

Formulierungen in so manchen Schriftsätzen. So war auch durchaus einmal von „evakuierten Juden" die Rede. In einer Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Klage der Gebrüder Weilheimer auf Entschädigung für ihre Schrotthandlung und Immobilien hieß es auch: „Die Geschwister Weilheimer haben s. Zt. Ludwigshafen teils freiwillig (sic!) und teils durch Zwangsdeportierung verlassen." [882] Gerade im Falle Weilheimer wurden von der Gegenseite aber auch erstmals moralische Gründe ins Feld geführt, die eine Wiedergutmachung notwendig machen sollten. Ein Vertreter der früheren Hausbank der Weilheimers, der als Abwesenheitspfleger für die Betroffenen auftrat, verwies darauf, dass die Familie Weilheimer vor der Verfolgung seit Jahrzehnten in Ludwigshafen ansässig gewesen sei, alle fünf Söhne im Ersten Weltkrieg für Deutschland gekämpft hatten und dass schließlich Siegmund, Max und Ludwig sowie die Ehefrauen der beiden letzteren ermordet worden seien. Solche nachdenklichen Töne waren aber im offiziellen Schriftverkehr die Ausnahme.[883]

Wiedergutmachung bedeutete in jener Zeit nur eine finanzielle Entschädigung – von einer Aufarbeitung im Sinne von Moral und Gedenkarbeit war hier (noch) kaum die Rede. Der juristischen Aufarbeitung diente auch der Prozess gegen die Täter, die in der Pogromnacht die Synagoge in Brand gesteckt und jüdische Wohnungen und Geschäfte verwüstet hatten.[884]

Weitere Quellen zur Wiedergutmachung

In den letzten Jahren wurden immer weitere Quellen zur „Verwertung" des jüdischen Vermögens und der Wiedergutmachung entdeckt. Das Gros der Ludwigshafen betreffenden staatlichen Akten hat heute seinen Platz im Landesarchiv Speyer. Im Bestand J 6 (Landgericht Frankenthal) finden sich 207 Ludwigshafen betreffende Fälle. Der noch nicht voll erschlossene Bestand des „Regierungsbezirksamts Pfalz für Wiedergutmachung" (R 19) bietet ebenso weitere Informationen wie der des Finanzamts Ludwigshafen (L 27), wo 76 Akten zur Verwertung des jüdischen Vermögens aus der Zeit nach 1945 ruhen. Die erst nach 2 000 bei den von der französischen Besatzung nach Colmar verbrachten Akten entdeckten Unterlagen der „Saarpfälzischen Vermögensverwertungsgesellschaft" (Bestand T 104), einer NS-Organisation, enthält 35 Fälle aus Ludwigshafen. Letztlich beherbergt das Amt für Wiedergutmachung in Saarburg, eine Landesoberbehörde, ca. 40 Kilometer Akten zum Thema!

Zur Wiedergutmachung gehört im weiteren Sinne auch die Herrichtung des verwüsteten israelitischen Friedhofes. Ab 1941 durften auf Anordnung von Oberbürgermeister Stolleis auf dem jüdischen Friedhof in Ludwigshafen keine Bestattungen mehr vorgenommen werden. Die in der Stadt verbliebenen Juden mussten ihre Angehörigen in Mannheim beerdigen. Die Pflege der Friedhofsanlage durch die Stadtgärtner wurde eingestellt. Schlimmer noch: Wegen Platzmangels auf dem Hauptfriedhof plante der Leiter des damaligen Stadtgarten- und Friedhofsamtes, den älteren Teil des israelitischen Friedhofes abzuräumen und dem christlichen Friedhof anzugliedern. Darüber verhandelte der Gartenbauinspektor mit dem „die Belange der jüdischen Kultusgemeinde vertretenden Herrn Pinkus,"[885] der den Veränderungen angeblich zustimmte – unter welchen Druckmitteln, sei dahingestellt. Schließlich gelten Gräber nach jüdischem Glauben als unantastbar und ewig.

Die Liegefrist wurde aufrechterhalten, nur abgelaufene Gräber sollten wiederbelegt werden. Jedoch vermeldete Oberbürgermeister Stolleis: „Die Grabsteine wurden allerdings fast restlos entfernt, damit der Eindruck eines Judenfriedhofes baldmöglichst verwischt wird."[886]

Der geschäftstüchtige Leiter des Friedhofsamtes verkaufte sodann einen großen Teil der Grabsteine aus dem jüdischen Friedhof an einen Händler aus dem bayerischen Schwabmünchen, einen weiteren Teil an ortsansässige Grabsteingeschäfte. Die Reste des Friedhofes wurden gegen Ende des Krieges, im Februar 1945, durch die Explosion einer Luftmine und durch Spreng- und Brandbomben weitgehend zerstört. Die Begrenzungsmauer zum Hauptfriedhof war eingestürzt. Der an der Frankenthaler Straße gelegene nordöstliche Teil „bestand nur noch aus einem einzigen Bombentrichter", berichtete Oberbaudirektor Karl Lochner.[887]

Ab dem Jahr 1946 machte man sich bei der Ludwigshafener Stadtverwaltung auf die Suche nach den verschwundenen Grabsteinen der jüdischen Bestatteten. 35 davon befanden sich noch in dem Lager in Schwabmünchen, dessen Inhaber nach der Währungsreform aber von der Stadtverwaltung den gleichen Preis in D-Mark verlangte, wie er seinerzeit in Reichsmark bezahlt hatte.[888] 29 konnten bei vier Steinmetzbetrieben in Ludwigshafen sichergestellt werden. Jedoch waren die Inschriften zum großen Teil bereits entfernt. Auf dem verwüsteten Friedhof konnten laut einer undatierten Liste nach dem ersten Augenschein noch 36 Familiengräber zugeordnet werden.[889] Die verlorengegangenen Steine wurden durch einheitliche neue ersetzt, sofern man die Namen der Bestatteten kannte.[890]

Gegen den Leiter des Friedhofsamtes, der im „Dritten Reich" den Verkauf der Grabsteine veranlasst hatte, wurde bei der Staatsanwaltschaft Frankenthal ein Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit eingeleitet. Er wurde

jedoch am 12. Juni 1951 in zweiter Instanz wegen Mangels an Beweisen vom Landgericht Frankenthal freigesprochen.[891]

Eine ganze Anzahl von Beschwerden ging bei der Stadtverwaltung wegen des Friedhofes ein. So meldete sich ein Geschäftsmann, der von den Überlebenden der Familien von Moritz, Leopold und Karl Gimbel, sowie der Familie Jakob Wolf beauftragt worden war, die Grabstätten der Angehörigen wieder einzupflanzen und zu pflegen und sich wegen des beklagenswertes Zustands der Ruhestätte nicht dazu in der Lage sah.[892] Auch die Beratungsstelle für Opfer des Faschismus mahnte. Nach ihren Angaben lebten zu dieser Zeit – Juli 1946 – nur 30 Menschen jüdischen Glaubens in Ludwigshafen, darunter keine einzige vollständige Familie.[893]

Neben fehlender Geldmittel und Mangels an Baumaterial sorgte auch der Mangel an Arbeitskräften dafür, dass der Friedhof nicht gerade Priorität genoss. Außerdem war die Friedhofsverwaltung nach eigenen Angaben überlastet, weil sie im Auftrag der Militärregierung Hunderte französischer Toten für den Transport ins Heimatland exhumieren und dazu 330 deutsche Gefallene aus der amerikanischen Zone nach Ludwigshafen überführen musste.[894]

Dass relativ bald Vandalenübergriffe auf verschiedenen jüdischen Friedhöfen in der Pfalz – auch in Ludwigshafen – verzeichnet werden mussten, führten Verantwortliche weniger auf Antisemitismus, sondern auf die „nach dem Kriege allgemein festgestellte Verrohung der Sitten" zurück.[895]

Es zog sich in der Zeit des Wiederaufbaus der zerstörten Stadt noch einige Jahre hin, bis der israelitische Friedhof wieder hergerichtet werden konnte. Letztlich dauerte es bis zum Jahr 1989, bis alle noch aufgefundenen Grabmale auf dem jüdischen Teil des Hauptfriedhofes aufgestellt worden waren. Eine genaue Zuordnung zu den tatsächlichen Grabstellen war jedoch nicht in allen Fällen möglich.[896]

Gedenkarbeit und Annäherung

Orte und Aktionen des Gedenkens und der Versöhnung

1954 *Benennung einer neuen Paul-Ehrlich-Straße als Wiedergutmachung für rassistische Straßenumbenennungen*

1955 *Einweihung der ehemaligen Synagoge Ruchheim als protestantisches Gemeindehaus mit dem Segensspruch eines Judenchristen, aber ohne ein ausdrückliches Gedenken an die frühere Nutzung*

1958 *Erstmals Gedenkartikel in der Tageszeitung „Die Rheinpfalz" „Die Nacht der Schande wird unvergessen bleiben – Vor 20 Jahren brannten die Synagogen"*

Gründung Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Rhein-Neckar

1963 *Serie im „Mannheimer Morgen" zur „Geschichte der Juden in Ludwigshafen" – erste derartige Serie in Ludwigshafen*

Kranzniederlegung des DGB auf dem Jüdischen Friedhof Ludwigshafen zum 25. Jahrestag des Pogroms

1970 *Vortrag der Ortsgruppe des Historischen Vereins der Pfalz zur Geschichte der Juden im Rahmen der „Woche der Brüderlichkeit"*

1973 *Gedenkplatte am Ort der ehemaligen Synagoge in der Kaiser-Wilhelm-Straße*

1978 *40. Jahrestag des Pogroms: Die Stadtverwaltung legt erstmals einen Kranz vor der Gedenktafel in der Kaiser-Wilhelm-Straße nieder –*

Ausstellung der evangelischen Jugend zum Thema in der Melanchthonkirche

1980 *Gedenkstunde im Pfalzbau zum 40. Jahrestag der Oktoberdeportation*

1983 *Gedenkplatte an der ehemaligen Synagoge Rheingönheim*

1985 *Gedenkplatte an der ehemaligen Synagoge Ruchheim*

1986 *Erster offizieller Besuch ehemaliger jüdischer Mitbürger in Ludwigshafen (Programm bis 2001 fortgeführt)*

Gedenkplatte im Hof der Maxschule für die Opfer der Deportation 1940

1988 *„50 Jahre danach": Serie der Zeitung „Die Rheinpfalz" zur Geschichte der Juden in Ludwigshafen; Ausstellung zum Thema im Stadtmuseum; Ökumenische Gottesdienste*

1990 *Ausstellung und Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Oktoberdeportation*

1992 *Buch und Ausstellung „Juden in Ludwigshafen"; Beginn eines Video-Senioren-Projektes zum jüdischen Leben*



Die Nacht der Schande wird unvergessen bleiben

Vor 20 Jahren brannten die Synagogen — Vergeblich als spontane Reaktion getarnt — Empörung in aller Welt

Rp. Am 9. November 1938 wurde in Paris der Legationssekretär vom Rath, ein Mitglied der Deutschen Botschaft von einem jungen Juden ermordet. Wenige Stunden später gingen in Deutschland die ersten Synagogen in Flammen auf und während der folgenden Nacht, die als „Kristallnacht" in die Geschichte eingegangen ist, setzte in fast allen deutschen Städten die systematische Verfolgung der jüdischen Mitbürger ein. Geschäftshäuser wurden ausgeräumt, Wohnungen zerstört, Menschen aller Altersstufen durch die nächtlichen Straßen gehetzt.

Die nationalsozialistische Regierung gab sich später alle Mühe, diese Ereignisse vom 9. und 10. November als eine spontane Abwehrreaktion des deutschen Volkes gegen alles Jüdische innerhalb der Reichsgrenzen zu interpretieren. Aber schon vor dem Nürnberger Prozeß wurde bekannt, daß dieses war für ihn London das Zentrum der jüdischen Weltverschwörung, die immer schon seine Phantasie so erhitzt hatte . . .", schreibt Bullock.

Zweifellos hatte es selbst unter den Siegermächten des ersten Weltkrieges Stimmen gegeben, die bereit waren, bis zu einem ge-

was er hinweisen könnte. Was er hat, ist alles gestohlen . . . In seinem Trieb zur Zerstörung versucht er, das Nationalgefühl der Deutschen zu zerstören und ihr Blut zu verseuchen."

Der berüchtigte „Frankenführer" Julius Streicher organisierte elf Jahre später, zwei Monate nach der Machtübernahme Hitlers den ersten allgemeinen Judenboykott. Man wollte versuchen, jüdische Geschäftsleute zur Kapitulation vor der „Bewegung" und zum Auswandern zu veranlassen. Im Jahre 1935 wurden dann vom Reichstag die sogenannten „Nürnberger Gesetze" beschlossen, die allen Juden das Vollrecht als Reichsbürger

Abb. 75: Ein erster Schritt: Gedenkartikel zum 20. Jahrestag des Novemberpogroms in der „Rheinpfalz", 8. November 1958

1995 *Gesprächskreis Juden und Christen in Ludwigshafen und dem Rhein-Pfalz-Kreis*

1998 *Gedenkplatte für den Stifter Lazarus Morgenthau an der Lutherkirche*

Gedenktafel in der Ludwigstraße für den Schriftsteller Hermann Sinsheimer

2000 *„Juden in der BASF" von Friedhelm Borggrefe*

2001 *Benennung des „Kantor-Josef-Jacob-Platzes" in Rheingönheim*

2002 *Gedenkstein für Markus Sternlieb im Hof der Rheinschule*

2003 *Erstmalig Verleihung des „Abrahampokals" an Ludwigshafener Schulen*

2007 *Beginn der Aktion „Ludwigshafen setzt Stolpersteine": bis 2014 werden 166 Steine verlegt. Daneben zahlreiche andere Veranstaltungen und Aktionen, u. a. ein Filmprojekt zum Schicksal der Ludwigshafener jüdischen Familie Michel. Schwerpunkt: Einbeziehung der Jugend*

2008 *Stele mit den Namen von ermordeten/vertriebenen Ruchheimer Juden im Hof vor der ehemaligen Synagoge, heute prot. Gemeindehaus*

Temporäre Installation vor dem Rathaus im Gedenken an die „Polenaktion" 1938, Aktion des Arbeitskreises ›Ludwigshafen setzt Stolpersteine‹

2012 *Gurs-Schild auf dem Rathaus-Vorplatz*

Monographie zu Markus Sternlieb

Von privater Initiative zum öffentlichen Gedenken

Es waren zunächst Privatleute, die sich nach den Wirren der Nachkriegszeit und des Wiederaufbaus der verschwundenen Mitbürger und Freunde entsannen. Hier ist das Ludwigshafener Ehepaar Georg und Maria Haag zu nennen. Georg Haag war ein guter Freund von Bob Händler gewesen, einem Mitglied der verzweigten Familie Händler, dessen Eltern ein Schuhgeschäft des Konsumvereins in der Maxstraße betrieben hatten und als Altwarenhändler firmierten. Die Familie verließ bereits 1936 die Stadt und wanderte nach Palästina aus. Auf der Rheinbrücke hatten die beiden Freunde Abschied genommen. Aus dieser persönlichen Erfahrung heraus engagierten sich die Haags und machten sich auf die Suche nach verschollenen Freunden.

Ende der Fünfziger Jahre tauchten erstmals in der Presse Artikel auf, in denen der Geschehnisse im Dritten Reich gedacht wurde. Erster dokumentierter Anlass war der 20. Jahrestag der Reichspogromnacht, als „Nacht der Schande" bezeichnet.[897] 1958 gründete eine Reihe von Bürgern in Mannheim die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Rhein-Neckar, eine von inzwischen 82 derartigen Gruppierungen bundesweit. Sie schrieb sich die Aussöhnung und die Förderung jüdischen Lebens in Deutschland auf die Fahne. Die alljährliche „Woche der Brüderlichkeit" mit zahlreichen Veranstaltungen zeugt davon.

Eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Schicksal der jüdischen Bevölkerung begann, das von Leo Alsbacher festgestellte Desinteresse bröckelte. Zu den Jahrestagen des Pogroms oder der Deportation wurde vermehrt an die Verfolgung der Juden erinnert. 1973 schließlich ließ die Stadtverwaltung erstmals eine Gedenktafel erstellen, die Zeugnis geben sollte vom Geschehen. Sie wurde am rückwärtigen Verlagsgebäude der Tageszeitung „Die Rheinpfalz" in der Kaiser-Wilhelm-Straße angebracht, dem früheren Standort der Synagoge.[898] Da nach der Vertreibung keine Gemeinde mehr entstanden war, besann man sich der wenigen steinernen Zeugen der jüdischen Geschichte der Stadt. Das Schul- und Bethaus der Rheingönheimer Juden in der Hauptstraße war ebenso erhalten geblieben wie die frühere Synagoge in Ruchheim, das jetzige protestantische Gemeindehaus. An beiden Gebäuden wurden 1983 bzw. 1985 ebenfalls Gedenktafeln angebracht, die an die ursprüngliche Nutzung und an die Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung erinnerten.[899] In Ruchheim beschrieb Pfarrer Barth, der Initiator des Gedenktafel, dass 1955 bei der Einweihung des Synagogengebäudes als Gemeindehaus „innere Hemmungen und Scham über das, was in den Tagen um die sogenannte ‚Reichskristallnacht' geschehen ist, […] einen öffentlichen und feierlichen Gedenkakt mit Anbringung einer Gedenktafel verhindert" hätten.[900] Allerdings deutete die Tageszeitung „Die Rheinpfalz" in einem kleinen Kommentar an, dass Pfarrer Barth, nachdem er das Thema Gedenktafel in einem Interview mit der Zeitung angeschnitten hatte, „Meinungen zu hören [bekam], die ihm klar machten, dass der Antisemitismus immer noch lebt, dass die Unbelehrbaren längst nicht ausgestorben sind."[901]



Acht Israeli kommen nach Ludwigshafen

Eine Reise in die Vergangenheit soll Zeichen der Versöhnung setzen

Ein Wiedersehen mit der alten Heimat / Stadt ist Gastgeberin

Von unserem Redaktionsmitglied Sabine Harant-Müller

Wenn am Freitag, 18. September, auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen eine El-Al-Maschine aus Tel Aviv landet, wird am Ankunftstor auch ein Vertreter der Ludwigshafener Stadtverwaltung warten. Nach 15 Gästen aus Israel wird er Ausschau halten, um sie umgehend in die Chemiestadt zu fahren. Den Besuchern aus dem Heiligen Land ist Ludwigshafen nicht fremd. Acht von ihnen haben ihre Kindheit und Jugend hier verbracht, und obwohl ihre Erinnerungen an Ludwigshafen wahrscheinlich sehr schmerzlich sind, wollen sie doch ihre alte Heimat wiedersehen. Die Stadt will mit der erstmaligen und in Rheinland-Pfalz bislang seltenen Einladung von acht ehemaligen Juden Zeichen setzen und damit einen Austausch beginnen, der sich alle drei Jahre wiederholen soll.

Die Idee für diese Kontaktaufnahme Ort ihrer Kindheit zurückzukehren. Bei die Stadt Mannheim Besuch von ehemaligen jüdischen Mitbürgern, so daß manche Programmpunkte gemeinsam arrangiert wurden. Die Ludwigshafener werden unter anderem in der Mannheimer Synagoge an einem Gottesdienst mit anschließendem Empfang teilnehmen können. Zu der Pfalzrundfahrt sind auch die Gäste aus der Schwesterstadt eingeladen. In Verhandlungen steht Peter Bartel auch mit der BASF, um Karten für den 24. September zu bekommen, da an diesem Tag ein jüdisches Kammerorchester gastiert. Große Unterstützung erfuhr die Stadt

Abb. 76: „Zeichen der Versöhnung setzen." Ankündigung der ersten Einladung der Stadt an ehemalige jüdische Mitbürger im Juli 1986

Schließlich folgte eine weitere Gedenktafel im Hof der Maxschule, dem Sammelplatz für die zur Deportation am 22. Oktober 1940 zusammengetriebenen Juden aus Ludwigshafen und Umgebung. Sie wurde am 22. Oktober 1986, dem 46. Jahrestag der Deportation, durch den Oberbürgermeister und einen Vertreter der jüdischen Gemeinde Rheinpfalz enthüllt.

Die Hand zur Versöhnung reichen: Einladung ehemaliger Mitbürger durch die Stadtverwaltung

Ab Mitte der 1980er Jahre startete die Stadt Ludwigshafen ein Besuchsprogramm, zu dem die Verwaltung ehemalige jüdische Bürger und ihre Angehörigen einlud. Solche und ähnliche Aktivitäten waren in zahlreichen anderen Städten und Gemeinden in Deutschland schon früher begonnen worden und auf großes Interesse gestoßen. Ludwigshafen zog schließlich ab 1986 nach, nachdem es bereits zahlreiche Nachfragen und durchaus auch Kritik an der Verwaltung gegeben hatte. Laut dem damaligen Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig habe die Stadt Ludwigshafen schon in den 1970er Jahren ein derartiges Programm ins Auge gefasst. Dies sei aber durch die „negative finanzielle Entwicklung" zunächst zurückgestellt worden.[902]

Eine der Grundlagen für das hiesige Besuchsprogramm war der Kontakt zwischen Georg Haag und Bob Händler, den Haag 1977 tatsächlich wiedergefunden hatte und der unter dem Namen Emanuel Avidor in Israel lebte. Händler hatte eine Reihe von Adressen ehemaliger Ludwigshafener gesammelt, die den Organisatoren den Kontakt zu den in aller Welt verstreuten Emigranten erleichterten. Hinzu kamen Recherchen über den Deutschen Städtetag, das Bezirksamt für Wiedergutmachung oder etwa die Verbände ehemaliger Mannheimer und Ludwigshafener in Tel Aviv. Am 18. September 1986 schließlich machte eine

13köpfige Gruppe aus Israel, darunter sieben ehemalige Ludwigshafener und ihre Begleitungen, den Anfang einer Reihe von Besuchen ehemaliger Ludwigshafener. Mit dabei waren auch Bob Händler und sein Bruder Hugo.[903] Organisiert wurden die Reisen stets vom Büro des Oberbürgermeisters, der die Gruppen auch persönlich empfing. „Ich hoffe, dass dieser Besuch dazu beitragen wird, die Gräben zwischen Deutschen und Juden und zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen einzuebnen und die tiefen Wunden zu schließen, damit die, die nach uns kommen, zusammenfinden auf einem gemeinsamen Weg in eine bessere Zukunft", meinte Werner Ludwig bei der Begrüßung der ersten Besuchergruppe.[904]

Die ehemaligen Ludwigshafener suchten neben dem „touristischen" Programm nach ihren früheren Häusern, Schulen oder Arbeitsstätten. Sie besuchten den jüdischen Friedhof, wo mancher erstmals am Grab von Angehörigen stand, und forschten im Stadtarchiv nach Unterlagen über ihre Familien. Auf dem Programm standen bei allen Besuchergruppen der folgenden Jahre zudem Besichtigungen der jüdischen Stätten in Speyer und Worms, dazu ein Besuch in der jüdischen Gemeinde in Mannheim. Da über die Presse stets die Namen der Besucher aus aller Welt genannt wurden, gab es auch immer wieder Begegnungen und tränenreiche Wiedersehen mit alten Freunden und Bekannten, die den Aufrufen zur Kontaktaufnahme gerne folgten.

Es war eine schwierige Annäherung. Alle Gäste berichteten von der Überwindung, die es sie gekostet habe, den Boden der Heimatstadt wieder zu betreten, sich wieder auseinanderzusetzen mit den Schrecken des Erlebten. Auch die Gastgeber wurden mit Schicksalen und Berichten konfrontiert, die schwer zu verdauen waren. Maria Wettstein vom OB-Büro, die das Besuchsprogramm ab 1992 begleitete, fasste dies so zusammen: „Die Gäste waren durch ihre Entscheidung zum Besuch ihrer Heimatstadt sehr offen und bereit zur Aussöhnung. In den Begegnungen mit Bürgern waren die Gäste anfangs zurückhaltend, es entstanden aber sehr schnell herzliche Gespräche, die das Verständnis auf beiden Seiten förderten. Für die Gäste war es besonders wichtig, in ihrem Alter nochmals die Stätten ihrer Kindheit zu sehen." Mit einigen Teilnehmern entwickelte sich nach deren Rückkehr in ihre neue Heimat ein reger Briefverkehr mit den Betreuern aus dem Oberbürgermeister-Büro, mit Peter Barthel, Klaus Fett und Maria Wettstein, die die Besucher im Laufe der Jahre betreuten.

Nicht immer gelang es, die von Oberbürgermeister Ludwig angesprochenen Gräben zu überwinden. Nicht alle der Eingeladenen nahmen das Angebot an, manche aus alters- oder gesundheitsbedingten Gründen. Andere machten aber auch deutlich, dass sie es nicht fertigbrachten, Deutschland wieder zu betreten, dass Trauer und Zorn zu stark waren. Die Brüder Richard und Ernst Weilheimer, Söhne von Maximilian und Lilly Weilheimer und aus der bereits erwähnten Eisenhändler-Familie stammend, lehnten die Einladung zum Besuchsprogramm

1993 rundweg ab. Noch einmal nach Ludwigshafen kommen? „Das würde die Erinnerung an unsere ermordeten Eltern beschämen", lautete Richards deutliche Antwort. Einige Jahre später erfuhr Weilheimer bei einer Veranstaltung in seiner Synagoge, dass sein Gegenüber ebenfalls im Zug nach Gurs gefangen gewesen war. „Da platzte etwas in mir und ich musste meine Geschichte erzählen". 2005 veröffentlichte er seine Memoiren, ein Appell an seine Enkel, im Angesicht von so viel Leid das Leben wertzuschätzen – und auch die Menschen, die trotz großer Gefahr so viele jüdische Leben retteten, nicht zu vergessen. Das Buch wurde in den USA stark beachtet.[905]

Das Besuchsprogramm in Ludwigshafen wurde mit einer Pause zwischen 1994 und 1996 bis zum Jahr 2001 fortgeführt. Die Zahl der Teilnehmer wurde immer kleiner, wegen des Alters oder der Gesundheit der Betroffenen. Die Zeitzeugen starben. Rund 150 Personen waren bis dahin der Einladung der Stadtverwaltung gefolgt.

Auf vielen Schultern:
Stolpersteine und andere Formen des Gedenkens

Die Gedenkarbeit ruhte im Laufe der Jahre auf immer mehr Schultern. Zu der wachsenden publizistischen Auseinandersetzung mit lokalhistorischen Veröffentlichungen (siehe Vorwort, S. 1) und Ausstellungen kam beispielsweise auch die Einrichtung einer Judaica-Abteilung im Ludwigshafener Stadtmuseum, die das Leben von jüdischen Mitbürgern in Ludwigshafen anschaulicher machen will. Der Gesprächskreis Juden und Christen in Ludwigshafen und dem Rhein-Pfalz-Kreis widmet sich seit 1995 Fragen der Aussöhnung und der Zusammenarbeit.

Zu den Gedenkstätten für das Leiden der jüdischen Mitbürger trat im Laufe der Zeit auch die Erinnerung an hervorragende jüdische Mitbürger. Seit dem 3. Oktober 1998 erinnert eine Tafel am Lutherturm an den großzügigen Stifter Lazarus Morgenthau, der einst die Glocke für die Lutherkirche und das Portal der Ludwigskirche gestiftet hatte. In Rheingönheim wurde der zentrale Platz vor dem protestantischen Gemeindehaus am 14. Oktober 2001 nach Kantor Josef Jacob benannt. Ein Denkmal erinnert außerdem seit 2002 im Hof der Rheinschule an der Mundenheimer Straße an den Stadtbaudirektor Markus Sternlieb, der unter anderem auch dieses Gebäude plante und bauen ließ.

Im Hof des Ruchheimer Pfarrhauses steht seit Juni 2008 eine Stele, die die Namen von 14 vertriebenen und getöteten Ruchheimer Juden trägt – ein Gedenkort, der dann unglücklicherweise in die Streitigkeiten innerhalb des Stadtteils um die Restaurierung eines Jahre zuvor zerstörten denkmalgeschützten Kriegerdenkmals für den Deutsch-französischen Krieg 1870/71 geriet.

Seit der Jahrtausendwende bildete sich eine feste Tradition des „städtischen" Gedenkens unter Führung des Stadtoberhaupts. Am 9. November wird ein Kranz an der Gedenktafel für die Synagoge platziert, am 27. Januar, dem

Auschwitz-Befreiungstag, gedenkt man an der Tafel in der Maxschule der Deportierten des Jahres 1940. Dabei werden auch immer wieder Schülergruppen mit ihren Aktionen mit einbezogen.

Im Jahr 2007 wurden erstmals „Stolpersteine" im Pflaster von Ludwigshafener Straßen verlegt. Diese kleinen Pflastersteine aus Messing tragen die Namen von – nicht nur jüdischen – Opfern des Nationalsozialismus, die vertrieben, verfolgt oder ermordet wurden. Sie werden vor Gebäuden und Anwesen eingelassen, an denen diese Menschen zuletzt gelebt oder gewirkt haben. Diese Aktion geht zurück auf den Kölner Künstler Gunter Demnig, der überall in der Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit örtlichen Initiativen Stolpersteine verlegt. In Ludwigshafen hat sich dazu 2007 der Arbeitskreis „Ludwigshafen setzt Stolpersteine" gegründet, der von der „Initiative Lokale Agenda 21 Ludwigshafen" getragen wird. Bis zum Oktober 2014 sind in fast allen Stadtteilen Ludwigshafens zusammen 166 Stolpersteine verlegt worden, nicht nur für jüdische Opfer, sondern auch für zahlreiche politisch Verfolgte – Kommunisten, Sozialdemokraten, aber auch Freireligiöse und katholische Pfarrer. Diese Initiative geht einher mit begleitenden Veranstaltungen und der Zusammenarbeit mit Schulen als aktive Gedenkarbeit. Außerdem hat der Arbeitskreis ein Online-Gedenkbuch erstellt. In diesem sind die von Mitgliedern des Arbeitskreises und von Schulklassen recherchierten Schicksale der Verfolgten dokumentiert, für die Stolpersteine verlegt worden sind.[906]

Schülerinnen und Schüler sind auch die Zielgruppe bei der Verleihung des Abraham-Pokals durch die bereits erwähnte Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Rhein-Neckar. Seit 2001 (in Mannheim) und 2003 (in Ludwigshafen) wird der Pokal alljährlich an Schulen verliehen, die sich im und neben dem Unterricht um „Interreligiosität, Toleranz und gutes Miteinander" bemühen.[907]

Die dunkle Gegenseite des Gedenkens:
antijüdische Haltungen und Handlungen in Ludwigshafen
(Stefan Mörz)

Im November 1977 wurden Plakate des Stadtmuseums, die für eine Ausstellung „Arie Ogen – Jerusalem meine Stadt" warben, mit Hakenkreuzplakaten und dem Spruch „Deutschland erwache" überklebt.[908] *Am „Geburtstag des Führers" (20. April) des Jahres 1989 warfen Neo-Nazis bei Tabak-Löb in Oppau die Scheiben ein und schmierten „Juden raus" an den Tatort.*[909] *Einige der 2011 in der Mundenheimer Straße verlegten Stolpersteine wurden kurze Zeit nach ihrer Enthüllung zerstört und mussten noch einmal verlegt werden.*

Dies blieben isolierte Vorkommnisse – in einer Stadt praktisch ohne jüdische Präsenz nicht so verwunderlich. Über die Haltung der Bevölkerung zur nationalsozialistischen Judenvernichtung und zum Judentum überhaupt

sagt das allerdings nichts aus. Studien ergeben in Deutschland immer wieder einen Anteil von „latent antisemitischen" Menschen von etwa 20—25% der Einwohnerschaft. Für Ludwigshafen speziell liegen soweit bekannt keine einschlägigen Erhebungen vor.

Glasklar ist heute die Haltung aller öffentlichen Meinungsträger: ob demokratische Parteien, Kirchen, Presse, Gewerkschaften … Alle unterstützen die Gedenkarbeit, finden eindeutige Worte gegen antisemitische Ausfälle. Man unterscheidet sich allenfalls in Engagement, Gewichtungen und Wertungen; „Schlussstrich"-Debatten gibt es öffentlich keine. Ein bezeichnendes Detail war die nunmehr selbstverständliche Offenlegung der im Stadtarchiv vorhandenen Akten zur Judenverfolgung und den „Arisierungen". Jenseits des „offiziellen" Ludwigshafen sind Hunderte von Menschen in Initiativen der Gedenk- und Forschungsarbeit über das Dritte Reich und seine Opfer tätig.

Dennoch lässt sich der „latente Antisemitismus" natürlich auch in Ludwigshafen finden, und gerade ins Stadtarchiv als dem „Gedächtnis der Stadt" kommen immer wieder Menschen mit durchaus verschiedenen Auffassungen. Die heute – 2014 – alte Generation, das waren oft diejenigen, auf die in ihrer Kindheit die brutale antisemitische Propaganda der Nationalsozialisten in Schule, Jugendarbeit, Presse, Radio und Film niederging. Die nach dem Krieg initiierte „Erziehung zu Demokratie und Rechtsstaat", wie sie sich in Ludwigshafen etwa die von Bürgermeister Reichert gegründete Volkshochschule ganz besonders zum Ziel setzte, war keineswegs immer erfolgreich in der Bekämpfung des im NS-Staat gesäten Giftes. Unterschwellig bleibt ein Bodensatz des in der Kindheit und Jugend Aufgenommenen: Menschen kommen ins Archiv, die bitter das „Totschweigen" der Leiden der nicht-jüdischen Deutschen im Krieg beklagen, die entschuldigend feststellen, dass doch alle um sie herum „Nazis waren", die leise Zweifel am Holocaust äußern. Dem stehen Einwohner wie der Ehrenbürger Dekan Borggrefe gegenüber, die die Verstrickung der eigenen Familie in den NS-Staat gerade dazu anspornt, in der klarst-möglichen Weise an der Aufklärung nachwachsender Generationen über den Nationalsozialismus mitzuwirken.

Auch eine Neo-Nazi-Szene gibt es in Ludwigshafen: Unter einer Reihe kleinerer und größerer Gruppen und Grüppchen stach Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre Ernst Tag hervor. Er verbreitete mit einem privaten Telefondienst rechtsradikale, darunter auch antisemitische Botschaften; Flugblätter leugneten den Holocaust. Die Presse berichtete, Tag geriet immer wieder in den Fokus polizeilicher Ermittlungen – nicht nur wegen der antisemitischen Exzesse. Auch in Ludwigshafen tauchten Pamphlete und Flugzettel neonazistischer Organisationen aus den USA auf, darunter ein kleiner Zettel mit den Worten „Kauf nicht bei Juden" – eine in Ludwigshafen nach dem Holocaust weitgehend sinnlose Aufforderung.[910]

In der Breite der Bevölkerung fanden solche Aktivitäten so gut wie keine Resonanz. Bei Wahlen blieben und bleiben Rechtsextreme, abgesehen von

den Jahren 1967—69, wo sie bis zu sechs Prozent erhielten, auf 2—3% der Stimmen beschränkt. Die Partei der „Republikaner" war allerdings erheblich erfolgreicher und erhielt zeitenweise bis zu neun Prozent. Allerdings: wenn auch latenter Antisemitismus und Holocaust-Leugnung für den inneren Zusammenhalt dieser Gruppen nicht unbedeutend ist, bei den Wählern dürften sie nicht der zentrale Grund für die Wahlentscheidung sein: viel mehr zählen einfache, oft auch aggressiv auf angebliche Sündenböcke gerichtete Antworten auf Probleme und Fragen, die den Alltag weniger gut gestellter Bevölkerungskreise vergiften. Gewisse antijüdische Stereotype aber sind wohl auch weit über diesen Kreis hinaus verbreitet, wie manche Gespräche im Archiv nur allzu deutlich machen.

Die Einwanderer und ihre unmittelbaren Nachkommen, eine in den letzten fünfzig Jahren herangewachsene Bevölkerungsgruppe, die in wenigen Jahren die Mehrheit der Einwohner Ludwigshafens stellen wird, waren und sind oft die „Sündenböcke" rechtspopulistischer und rechtsradikaler Propaganda, von der eben die Rede war. Sie aber bringen ihrerseits den alten und neuen Antisemitismus ihrer Herkunftsländer mit in die Stadt. In den Schulen ist unter muslimischen Jugendlichen eine deutliche Judenfeindschaft zu spüren: da feixen männliche Jugendliche bei Berichten zur Reichspogromnacht; die Mädchen zeigen sich betroffen. Junge türkischstämmige Männer bieten im Gespräch im Archiv Erzählungen von der „jüdischen Weltverschwörung" zur Ermordung von Arabern und Deutschen. Nach der Brandkatastrophe in einem von Türken bewohnten Haus im Jahr 2008, die zahllose Verdächtigungen auslöste, wurden auch Anwürfe gegen „Juden", die in Ludwigshafen Türkenhass verbreiteten, laut. Der Krieg um den Gazastreifen des Jahres 2014 bereitet Lehrern in Ludwigshafen beim Umgang mit türkischstämmigen Jugendlichen größte Schwierigkeiten. Schüler wiederholen die Propaganda türkischer Sender, rufen laut „Tod den Juden" im Klassenzimmer.

Umfassende Information im Schulunterricht und kluges Gedenken mit Jugendlichen, auch und gerade aus Einwandererfamilien, sind damit umso wichtiger. Gerade die Einbeziehung in die Erforschung der Schicksale der mit einem Stolperstein Gewürdigten erweist sich als außerordentlich gute Idee. 2011 z.B. forschte eine Berufsschul-Gruppe junger Männer aus Russland, dem Irak und anderen Teilen des Nahen Ostens für die Aktion mit Sorgfalt und offenbar auch Begeisterung im Archiv. Nur Wissen kann der Greuel-Propaganda ihren Stachel nehmen.

Neue jüdische Gemeinde in der Stadt

Während im benachbarten Mannheim recht bald nach dem Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wieder eine jüdische Gemeinde entstand und Leben entfaltete, gab es in Ludwigshafen über Jahrzehnte kein „offizielles" jüdisches Leben. Die jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz mit Sitz in

Neustadt trat die Rechtsnachfolge der vernichteten jüdischen Gemeinden in der Pfalz, auch der Ludwigshafener, an. Doch sie zählte nur vergleichsweise wenige Mitglieder. Vereinzelt schlossen sich Menschen jüdischen Glaubens der Mannheimer Gemeinde an.

Die weltpolitische Entwicklung, der Zerfall der ehemaligen Sowjetunion und des früheren Ostblocks, änderte diese Situation. Recht abrupt folgte ein unerwarteter Zustrom jüdischer Menschen aus den betreffenden Ländern. Eine Vereinbarung des Zentralrates der Juden mit der Innenministerkonferenz bot die rechtliche und politische Grundlage, dass die in der Sowjetunion diskriminierten Juden ab 1991 als sogenannte Kontingentflüchtlinge nach Deutschland auswandern konnten. Die Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz „explodierte" von der Anzahl von 45 Mitgliedern im Jahr 1989 auf 593 im Mai 2008. In Deutschland stieg die Zahl der Menschen jüdischen Glaubens laut der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Frankfurt von 29 000 (1990) auf 107 330. Dabei bildeten die neuen Einwanderer überall außer in Frankfurt die eindeutige Mehrheit der Gemeindemitglieder.[911]

Diese Entwicklung sorgte für einige Irritationen in den im Land ansässigen jüdischen Gemeinden, ähnlich, wenn auch schon aufgrund der Anzahl der „Eingeborenen" und der Zuwanderer nicht vergleichbar, wie am Anfang des 20. Jahrhunderts. Die neuen Mitbürger waren oftmals der deutschen Sprache nicht mächtig und auch in religiösen Bräuchen nicht bewandert, weil sie ihre Religion in der alten Heimat nicht praktizieren durften.

Die angeblich „diskriminierende Behandlung" der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion durch die etablierte jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz führte dann im Jahr 1998 überraschend zur Neugründung einer jüdischen Gemeinde in Ludwigshafen. „Präsident" der neuen Gemeinde wurde ein damals 28jähriger Verwaltungsmitarbeiter, es gab auch einen Geschäftsführer.[912] Die Geschäftsstelle der Gemeinde, die nach eigenen Angaben Ende 1998 21 Mitglieder zählte, befand sich in der Von-Kieffer-Straße.

Als Ursache für die Neugründung wurde ein Beschluss der Kultusgemeinde genannt, neuen Mitgliedern erst nach drei Jahren Mitgliedschaft ein aktives und passives Wahlrecht in der Kultusgemeinde zuzugestehen, dies auch nur dann, wenn sie beschnitten seien. Außerdem sollten nur 40 Prozent der Vorstandspositionen durch Frauen besetzt werden.

Diese Regelungen stießen auf Protest. Sie träfen die osteuropäischen Zuwanderer, so der Vorwurf. Problematisch sei auch, so der neue Vorsitzende, dass die Zuwanderer oft auf die Hilfe der zentralen Wohlfahrtsstelle der Juden in Frankfurt angewiesen seien, dort aber nur Hilfe bekommen könnten, wenn sie als Gemeindemitglieder gemeldet seien. Daher habe man eine eigene Gemeinde gegründet. Es entstand sogar ein kurzlebiger Sportverein, der TuS Makkabi.

Harry Kindermann aus Ludwigshafen, der damalige Vorsitzende der jüdischen Kultusgemeinde, wies die Vorwürfe zurück. Die Ludwigshafener hätten gar keinen Antrag auf Mitgliedschaft in der Kultusgemeinde gestellt, es gebe keine Berührungsängste. Seiner Gemeinde sei es wichtig, dass die neuen Mitbürger zunächst wieder an ihre Religion herangeführt werden sollten. Außerdem könne eine Gemeinde nur dort entstehen, wo eine Synagoge, ein jüdischer Friedhof und ein jüdisches Bad existierten. Zudem könne keine zweite Gemeinde entstehen, wo bereits eine vorhanden sei – die Kultusgemeinde der Rheinpfalz eben.

Unterdessen kämpfte die neue Gemeinde mit finanziellen Engpässen, ihr fehlte jede Ausstattung.[913] Schnell hörte man nichts mehr von dem Zusammenschluss. Stattdessen entstand bald darauf ganz offiziell ein neues „Zuhause" für jüdische Bürger in Ludwigshafen. Am 2. Juli 2006 wurde in der Zollhofstraße 4 eine Heimstatt der jüdischen Kultusgemeinde Rheinpfalz eingeweiht. Die 400 Quadratmeter großen Gebets- und Versammlungsräume waren für jüdische Bürger in Ludwigshafen, Frankenthal und Umgebung bestimmt. Neben dem Betraum mit 100 Plätzen gab es einen Versammlungsraum, ein Büro und zwei kleine Küchen, um den koscheren Speisegesetzen zur Trennung von „milchiger" und „fleischiger" Speise zu genügen. Die Notwendigkeit einer Synagoge in Ludwigshafen habe sich aus dem Anwachsen der jüdischen Gemeinde durch die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion ergeben, sagte der inzwischen verstorbene Manfred Erlich, damals Geschäftsführer der jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz und bis 2002 Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Mannheim.[914] In Ludwigshafen zählte die Gemeinde zu dieser Zeit nach seinen Angaben etwa 100, in Frankenthal etwa 30 Mitglieder. Zwei Jahre zuvor waren es gerade einmal 23 jüdische Bürger gewesen. Mehr als 90 Prozent dieser Gemeindeglieder stammten aus der ehemaligen Sowjetunion. Dagegen gab es in der ganzen Pfalz im Jahr 2006 nur rund 50 „Alteingesessene" unter den Juden.

Die Einweihung der Gemeinderäume fand unter großem Zuspruch von offizieller städtischer und kirchlicher Seite statt. „Dass Oberbürgermeisterin Eva Lohse uns zur Einweihung eine Torarolle überreichte und der protestantische Dekan Michael Gärtner eine Rolle des Buches Esther, war für uns ein absolut symbolischer Akt. Schließlich waren hier 1938 unsere Torarollen auf die Straße geworfen worden", verwies Manfred Erlich später auf die Symbolkraft der neuen Niederlassung jüdischen Lebens in Ludwigshafen.[915]

Am 3. September 2006 stellte sich die Gemeinde unter ihrem Leiter Israil Epstein bei einem Tag der offenen Tür der Öffentlichkeit vor. Hier fanden auch Deutschkurse und Sozialberatung statt.

Der rapide Wandel der Gemeindestrukturen rief in Ludwigshafen auch eine zwielichtige Gestalt auf den Plan. Mit einem betrügerischen angeblichen Vertreter der jüdischen Gemeinde mussten sich Behörden und Gerichte in den Jahren 2008 und 2009 befassen. Ein selbst ernannter Rabbiner, der sich den

Namen Hiob Prätorius gab, gab an, Repräsentant der jüdischen Gemeinde Ludwigshafen und Vorsitzender eines jüdischen Bestattungsvereins zu sein, dessen Anerkennung bei Gericht, wie sich später herausstellte, durch Unterschriftenfälschungen erschwindelt worden war. Der Mann hatte Geschäftsräume im Stadtteil Süd angemietet und gab an, dass „sein" Verein Rechtsnachfolger der früheren jüdischen Gemeinde in Rheingönheim sei. Den Verein nutzte er für betrügerische Zwecke. Die jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz als tatsächlicher Rechtsnachfolger der pfälzischen jüdischen Gemeinden und die Stadt Ludwigshafen gingen gerichtlich gegen den dubiosen Geschäftsmann vor.[916]

Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen Beleidigung, Unterschriftenfälschung und Verstößen gegen das Gewerberecht. Wie sich herausstellte, war der Mann schon als Franziskaner und Freikatholik „aufgetreten" und hatte mit der jüdischen Gemeinde nichts zu tun. Er gab sein Gewerbe auf.[917]

Derweil ist die „richtige" jüdische Gemeinschaft in Ludwigshafen gegenüber 2002 noch weiter gewachsen, auf 120 Mitglieder im Jahr 2008 (118 im Jahr 2013).[918] Die Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz, zu der die Gemeindehäuser in Ludwigshafen, Kaiserslautern und Speyer gehören, wuchs seit 1989 von 45 auf jetzt über 620 Mitglieder an. Die Gottesdienste in Ludwigshafen hält zeitweise ein Kantor aus Heidelberg.

Schon im Juni 2013 ist die jüdische Gemeinde in Ludwigshafen erneut umgezogen und residiert nun in der Otto-Stabel-Straße 4, im ersten Obergeschoß des sogenannten „Mosch-Hochhauses" in der Innenstadt. Die zentralere Lage und ein günstiger Mietpreis gaben dafür den Ausschlag.[919] Zu den 118 jüdischen Bürgern in Ludwigshafen kommen etwa 25 aus Frankenthal und ebenso viele aus Neustadt, die teilweise die Räume in Ludwigshafen besuchen. Der Sitz der jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz ist von Neustadt nach Speyer verlegt worden. Dort sind eine neue Synagoge und ein Gemeindezentrum entstanden.

Die neuen Räume in Ludwigshafen verfügen neben dem Gebetsraum über einen Versammlungsraum, Büros, eine Küche und einen Computerraum, in dem Computerkurse stattfinden. Außerdem werden Deutschkurse angeboten, zweimal wöchentlich probt der Chor der Kultusgemeinde hier und es gibt eine Kindergruppe. Vorstandsvorsitzender der jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz ist der in Russland geborene Israil Epstein, als Geschäftsführer fungiert seit März 2010 der gebürtige Ukrainer Daniel Nemirovsky als Nachfolger von Manfred Erlich.[920]

Durch den Zuzug aus Osteuropa wird auch der jüdische Friedhof am Ludwigshafener Hauptfriedhof wieder verstärkt als Begräbnisstätte genutzt. Auf der 3156 Quadratmeter großen Fläche sind nun 166 Grabstätten zu finden.[921] Allein in den vergangenen acht Jahren seit 2005 sind dort elf Bestattungen vorgenommen worden.[922]



Abb. 77
Gedenkstele im Hof der ehemaligen Synagoge in Ruchheim, heute prot. Gemeindehaus. Im Entwurf des Künstlers Günter Hutter entsteht aus dem Unterschied der Materialien Eisen und Glas eine starke Spannung. Der Rahmen aus historischen Eisenbahnschienen der Deutschen Reichsbahn um 1940 – Grundlage, Symbol für die Deportationen in die Vernichtungslager. Dagegen Namen und Schicksal der Opfer auf einer schlanken Glastafel. In Form der Stele zitiert Hutter jüdische Grabmaltradition.

Es hat Jahrzehnte nach dem Vernichtungsfeldzug der Nationalsozialisten gedauert, bis wieder eine jüdische Gemeinde in Ludwigshafen entstanden ist. Sie ist jedoch nicht zu vergleichen mit der Gemeinschaft der Juden, die vor 1933 in der Stadt gelebt hat. Höchstens eine Handvoll der Mitglieder ist „alteingesessen" und diese sind betagt. Auch spielt die jüdische Gemeinde in der Stadt bei weitem nicht die Rolle, die die „alte" Gemeinde spielte, als ihre Vertreter als Ärzte, Anwälte und Geschäftsinhaber in der Öffentlichkeit präsent waren, das gesellschaftliche Leben prägten und als die Synagoge in der Stadtmitte zum Stadtbild gehörte. Jüdisches Leben findet im Bewusstsein der Bevölkerung in Ludwigshafen, wie an den meisten anderen Orten in Deutschland auch, kaum mehr statt.

Anmerkungen

1 Kaufmann 1997, S.16—67
2 Kreutz 1992, S.38f.
3 Arnold, S.35f
4 Löwenstein, S.44, 48
5 Mörz 2003, auch für das Folgende
6 Kukatzki 2008, S.341
7 Kopie der Statistik in StALu, M 581
8 Löwenstein, S.208, 302
9 Kukatzki 2008, S.342
10 Nach freundlicher Auskunft von Dr. Franz Maier, Landesarchiv Speyer, der die Rechnungen (LaSp, A 2, 1544/2) ausgewertet hat
11 StALu, Rgh. 97
12 Arnold, S.27
13 Kreiselmeier, S.4
14 Merk, S.146
15 StALu, Ru. 1059/4
16 StALu, Ru. 1059/4
17 Kreiselmeier, S.6f
18 StALu, Ru, 1059/28; Merk, S.164
19 StALu, Ru. 1059/4 (Auswanderungsfall 1780)
20 StALu, Ru 1059/4 (Untersuchung gegen Vagabunden 1810)
21 Kukatzki 2001, S.31, 38
22 Kukatzki 2001, S.23f
23 Mörz 1991, S.344f
24 Löwenstein, S.259
25 Kreutz 1992, S.35
26 Zit.n.Blinn, S.86
27 Blinn, S.86
28 Mathy, S.79f
29 Kreutz 1992, S.38f
30 Kreutz 1992, S.39
31 Kreutz 1992, S.62, 67f
32 Kukatzki 2008, S.344
33 StALu, Ru 1059/4
34 StALu, Ru 1059/4
35 Kreiselmeier, S.8
36 Kukatzki 2001, S.9, auch für das Folgende
37 Werner, S.11 ff.
38 Quelle 31, in: Dokumentation, Bd. 3, S.94f
39 Regierungsschreiben, 11.1.1832 (LASp, H 45/414)
40 Kukatzki 2001, S.20, Anm. 57
41 Kukatzki 2001, S.38
42 Kukatzki 2001, S.30

43 Zit.n. Kukatzki 2001, S.40
44 Karch, S.51
45 Schuhmacher, S.46
46 Kreutz 1992, S.35
47 Kreutz 1988, S.12f
48 StALu, Rgh 99
49 StALu, Rgh 486
50 StALu, Rgh 319
51 Vgl. Transier
52 StALu, Op 836. Ausnahmen bestätigten hier allerdings die Regel. Nach dem Oppauer Gewerberegister des Jahres 1845 zahlte der Fruchthändler Salomon Lurch 30 Gulden Gewerbesteuer – das Zehnfache der durchschnittlichen Steuerleistung.
53 Zit.n. Kukatzki 2008, S.343f. Alle Abkürzungen im Text aufgelöst.
54 Knopp, S.68 ff.
55 StALu, Rgh 315b; Poller, S.195
56 StALu, Og. 625; weitere Informationen gesammelt in StALu, M 290 sowie Informationen v. Friedemann Seitz (StALu, M 1092)
57 Verkäufer waren andere Mitglieder der Familie Bernays, die offenbar das Gut schon früher erworben hatten.
58 Hirsch, S.31; Informationen v. Friedemann Seitz (StALu, M 1092)
59 Knauber, S.43
60 Hirsch, S.30
61 Der deutsche Pionier, März 1880, S.459 (StALu, M 290)
62 Informationen von Friedemann Seitz (StALu, M 1092)
63 Ebd.
64 StALu, ZR I, 1025, Max Lippmann (1854)
65 ebd., Maier Thalmann (1853)
66 ebd., Abraham Binswanger (1854)
67 Hippel 1992, S.19
68 Breunig 2003, S.277
69 Becker/Mörz, Bd. 2, S.976; Unter Einschluss der größeren Bauernhöfe, die der neuen Ansiedlung ebenfalls zugeordnet waren, betrug die Einwohnerzahl 746
70 Zahlen und Namen, auch für 1848, in StALu, LUA 701
71 StALu, ZR I, 1025, Jakob Deutschmann (1854)
72 Breunig 2003, S.339
73 Ruf 1991, S.4; Kreuter, Ergänzungen, S.80f
74 Kukatzki 2000, S.214 und passim
75 Kukatzki 2000, S.193f, 204f
76 Breunig 2003, S.282f
77 1868 wurde die Witwe eines seit 1848 in der Schweiz ansässigen Aron Löwenthal aus Ludwigshafen Züricher Bürgerin (StALu, ZR I, 1027)
78 Ruf 1991, S.10
79 StALu, ZR I, 2481/8
80 Bürgergesuch Aron Rosenfelder, 1854 (StALu, ZR I, 1025)
81 Bürgergesuch Abraham Selinger, 1854 (StALu, ZR I, 1025)
82 Riehl, S.346

83 Vgl. Lübcke
84 Siehe allg. StALu, ZR I, 1025
85 Lübcke, S.14
86 StALu, ZR I, 1025, Alex Feibelmann (1858)
87 StALu, ZR I, 1025, Moses Frank (1859)
88 StALu, ZR I, 1025, Max Lippmann (1854—1859)
89 StALu, ZR I, 1025, Moses Frank (1859)
90 StALu, ZR I, 1025, Jakob Löwe (1855), Selinger, Abraham (1853)
91 StALu, ZR I, 1025, Max Lippmann (März 1854), Abraham Oppenheimer (1854), Emil Morgenroth (1854)
92 Riehl, S.315—325
93 StALu, ZR I, 1025, Jakob Deutschmann (1854), Maier Thalmann (1853)
94 Kukatzki 2000, S.212
95 StALu, ZR I, 1025, Jakob Löwe (1855)
96 StALu, ZR I, 1025, Aron Rosenfelder (Febr. 1854)
97 Liste in StALu, ZR I, 5530/2, ergänzt durch Informationen aus StALu, ZR I, 1025
98 Ludwigshafen 1903, S.589f, auch für das Folgende; zur Herkunft der Betreiber vgl.: Liste der Wahlberechtigten für die Stadtratswahl 1868 (StALu, ZR I, 11440/7)
99 StALu, ZR I, 1027
100 Anzeige in der in Ludwigshafen erscheinenden „Pfälzer Zeitung", 19.6.1855, zit.n. Benckiser-Chronik, Bd. 1, S.91, auch für das Folgende
101 StALu, ZR I, 1027
102 Borggrefe, S.9, Anm. 4; S.7, 13
103 StALu, ZR I, 5530/2
104 Werner, S.12—14, 91—94
105 StALu, ZR I, 5530/2, auch für das Folgende
106 ebd.
107 StALu, ZR I, 5530/1 und 5530/2
108 Protokoll der Gemeindeversammlung 21.10.1855 (StALu, ZR I, 3350/1, Bl. 7)
109 StALu, ZR I, 5530/2; LASp, H3/8217 und 8230
110 LASp, H 3/8217, Bl. 1
111 StALu, ZR I, 1025; MM, 2., 5.10.1998; Belitz, Bd. 1, Anm. 239, S.528
112 Artikel von Rainer Klein im MM, 12.7.1997
113 StALu, 4347/1
114 StALu, ZR I, 5530/1
115 STALu, ZR I, 5530/2
116 StALu, ZR I, 2481/8, auch für das Folgende
117 Hippel 1992, S.34f, 39
118 „Ben Chananja", 15.7.1867 (www.alemannia-judaica.org/ludwigshafen_texte.htm; Juli 2010)
119 StALu, ZR I, 5530/1, auch für das Folgende
120 LASp, H 3/8217
121 Synagogenausschuss an Bezirksamt, 25.10.1863 (StALu, ZR I, 3350/1)
122 Bgm.-amt an Synagogenausschuss, 10.8.1863 (StALu, ZR I, 3350/1)
123 Korrespondenz Bgm.-amt mit Lippmann in StALu, ZR I, 3350/2, Bl. 300ff
124 Synagogenausschuss an Bezirksamt, 25.10.1863 (StALu, ZR I, 3350/1)

125 Protokoll Stadtrat, 5.11.1863 (StALu, PA I, 3)
126 Synagogenausschuss an Bezirksamt, 29.9.1863 (StALu, ZR I, 3350/1)
127 Bezirksamt an Bgm.-amt, 25.10.1863 (StALu, ZR I, 3350/1)
128 Synagogenausschuss an Bezirksamt, 29.9.1863 (StALu, ZR I, 3350/1)
129 StALu, ZR I, 1027; ZR I, 5530/2 (betr. Selinger)
130 LASp, H 3/8217
131 Ludwigshafener Anzeiger, 17.6.1871
132 Grünebaum, auch für das Folgende
133 Wetzler, S.353
134 Gutherz an Bgm.-amt, 26.5.1865 (StALu, ZR I, 5530/2, Bl. 313)
135 „Ben Chananja", 15.7.1867 (www.alemannia-judaica.org/ludwigshafen_texte.htm; Juli 2010)
136 Werner, S.15
137 StALu, ZR I, 5530/2 (Bl. 180)
138 Hesse, S.95, Anm. 1; Amtsblatt der Pfalz, 1868, Sp. 764 (StALu, T 219/1868)
139 StALu, ZR I, 1025
140 Bayer, S.29ff
141 Prot. Armenpflegschaftsrat (StALu, PA I, 156). Salomon Kuhn taucht erstmals im Oktober 1872 auf.
142 Pfälzischer Kurier, 22.7.1870; Ludwigshafener Anzeiger, Januar bis März 1871, bes. 17.2.1871
143 Ludwigshafener Anzeiger, 17. Juni 1871
144 Kukatzki 2000, S.219
145 Zit.n. Kukatzki 2001, S.34
146 Prot. Gemeinderat Ruchheim, 21.1.1854 (StALu, Ru 14)
147 StALu, Ds 433/4 und 433/5
148 Queva, S.15, 19, 32
149 Um 1880 war vermutlich der Sohn von Marx, Friedrich, Direktor der Spinnerei. Er lebte in Oggersheim (Informationen von Friedemann Seitz, in StALu, M 1092).
150 Zit.n. Kukatzki 2001, S.20
151 Zit.n. Kukatzki 2001, S.22
152 Werner, S.11f
153 Kukatzki 2001, S.31
154 StALu, Ru 664
155 Zit.n. Kukatzki 2001, S.12
156 StALu, Rgh 486, auch für das Folgende
157 StALu, Rgh. 401
158 Enthalten in der Gemeinderechnung des Jahres 1868 (StALu, Ru 251)
159 Hippel 2003, S.384, 466ff
160 Belitz, Bd. 1, Anhang, S.44f
161 Aufaddiert aus den Angaben bei Belitz. Nach den Volkszählungsergebnissen betrug die Zahl der Juden 608.
162 LASp, H32/158; Offenbar wurden hier jeweils alle Zahler einer Familie als „eine Familie" gerechnet. In den Steuerlisten der Gemeinde erscheinen sie einzeln als Haushaltsvorstände.

163 vgl. die Zahlen der Statistik 1933 im Abschnitt zur Weimarer Republik; Gewerberegister 1904, Nr. 610 (StALu, LUA 13)

164 1933 stellten sie nur drei Prozent der jüdischen Beschäftigten der Stadt (s.u.)

165 Kreutz, S.13; Swiaczny, S.181ff

166 Zahl der Juden auf der Klassifikationsliste 1912 (StALu, ZR I, 5530/2) und über die Gewerberegister ermittelte übrige jüdische Einwohner

167 Ermittelt aus den Daten der Heiratswilligen, vgl. Hippel 1979, S.63

168 VB der Stadt Ludwigshafen 1905—1910

169 Heller-Karneth, S.325ff

170 Liste der Familienhäupter 1870 (StALu, ZR I, 5530/2), Liste der Wahlfähigen, 1868 (StALu, ZR I, 1440/7), Bürgerrechtsverleihungen (StALu, ZR I, 1025)

171 Hippel 1979, S.63

172 Soweit die Herkunft ermittelt bzw. mit gutem Grund vermutet werden konnte, was bei 239 jüdischen Einwohnern der Fall war.

173 Judenliste 1938 (StALu, LUA 583)

174 Gewerberegister 1905—1914 (StALu, LUA 13)

175 Gewerberegister 1912. Nr. 74 (StALu, LUA 13)

176 Gewerberegister 1909 bis 1912; Adressbuch 1913

177 Gewerberegister 1911, Nr. 163, Niederlegungen 1912, Nr. 183 (StALu, LUA 13)

178 Bürgerregister 1911 (StALu, ZR I, 1074/1)

179 Gewerberegister 1912: Nr. 226 (Sender), Nr. 261 (Weishaar) (StALu, LUA 13)

180 Judenliste 1938 (StALu, LUA 583)

181 StALu, ZR I 1025, Zacharias Morgenthau (1861)

182 StALu, ZR I, 1027

183 Nicht-jüdische Industriellen- und Großhandelsfamilien hingegen folgten natürlich ebenfalls solchen Mustern

184 Belitz, Bd. 2, S.423

185 Adressbücher 1893, 1913

186 Adressbuch 1893

187 Wunden der Nazi-Zeit sind vernarbt, nicht verheilt. Der einstige Kaufhausbesitzer Willibald Rothschild und seine Frau Irma …, in: Rh. 31.3.1986

188 Gewerberegister 1911, Nr. 114 (StALu, LUA 13)

189 Gewerberegister 1909, Nr. 203 (StALu, LUA 13)

190 Adressbbuch 1913

191 Ludwigshafen 1903, S. 587ff

192 Koebner war an der Entwicklung von Kunstharzen und Kunstharz-Pressmassen maßgeblich beteiligt. Von 1919 an war er auch Prokurist, vgl. Ihle, S.24

193 Nach frdl. Auskunft von Dr. Hans-Helmut Görtz; Degeners Zeitgenossen-Lexikon 1908, S.242; Kürschner Literatur-Kalender 1906

194 Diehl, S.163

195 Mitteilungen aus dem Verband der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur, 1912, S.3, 23; 1913, S.26

196 Gewerberegister 1905, Nr. 167 (StALu, LUA 13)

197 Gewerberegister 1902, Nr. 604 (StALu, LUA 13)

198 Gewerberegister 1904, Nr. 251, 559 (StALu, LUA 13)

199 Gewerberegister 1909, Nr. 109, 1910, Nr. 254

200 Paul Davidson in Wikipedia, Juli 2010

201 Baum, S.12f, 18

202 Gewerberegister 1908, Nr. 394, Gewerberegister-Abmeldungen 1912, Nr. 61 (StALu, LUA 13)

203 Watzinger, S.98

204 Ludwigshafen 1903, S.586

205 Gewerberegister 1895, Niederlegungen, Nr. 335 (StALu, LUA 13); Adressbuch 1899

206 Vgl. Liste in StALu, ZR I, 5530/2

207 Gewerberegister 1908, Nr. 326 (StALu, LUA 13)

208 Vgl. Liste im Branchenregister Adressbuch 1911

209 W. Schäfer: Das grüne Fabrickel (StALu, M 245)

210 Hippel 2003, S.418f

211 Anzeige in „Der Israelit", 9.11.1891, in alemannia-judaica/Ludwigshafen_texte

212 Information Paul Theobald, 7.5.2010 (StALu, M 1089)

213 PfR, 7.12.1909

214 Hippel 2003, S.423; Bürgerannahmen (StALu, ZR I, 1025)

215 Laudien, Wunder, S.61f

216 Gewerberegister 1912, Nr. 198 (StALu, LUA 13)

217 Firmenverzeichnis (StALu, LUA 14); Marx, S.70ff

218 Firmenverzeichnis I, S.97 (StALu, LUA 14)

219 Ludwigshafen 1903, S.571ff; Firmenverzeichnis I, S.9 (StALu, LUA 14)

220 Gewerberegister 1909, Nr. 76 (StALu, LUA 13)

221 Firmenverzeichnis I, S.143, 373 (StALu 14)

222 Firmenverzeichnis I, S.39, 211 (StALu 14)

223 Adressbuch 1913, Abt. III; Gewerberegister 1908, Nr. 747 (StALu, LUA 13); Firmenregister I, S.77 (StALu, LUA 14)

224 Gewerberegister 1905, Nr. 864 (StALu, LUA 13); Firmenverzeichnis I, S.39 (StALu, LUA 14)

225 Bei zwei Haushaltsvorständen war der Beruf nicht zu ermitteln, 16 waren Witwen bzw. Ehefrauen ohne Beruf, fünf „Privatiers", d.h. Menschen, die vom eigenen Vermögen lebten.

226 Adressbuch 1913, Gewerberegister 1901—1914 (StALu, LUA 13)

227 Auch ein Teil der „Agenten" und „Reisenden" wird in der Branche tätig gewesen sein.

228 Wahlliste für Synagogenrat 1870 (StALu, ZR I, 5530/2); Liste der Wahlfähigen zur Kommunalwahl 1868, 1869 und 1874 (StALu, ZR I, 1440/7)

229 Hippel 2003, S.466

230 Hippel 2003, S.754; Klassifikationsliste der jüdischen Gemeinde 1912 (StALu, ZR I, 5530/2)

231 Gewerberegister 1911, Nr. 32, Nr. 89, Nr. 45 (StALu, LUA 13)

232 Gewerberegister 1912, Nr. 38 (StALu, LUA 13)

233 StALu, ZR I, 5530/2

234 Jüd. Beschwerdeführer an Bezirksamt, 20.6.1874 (StALu, ZR I, 5530/2), auch für das Folgende; Stellenanzeige vom 23. Juni 1874 unter alemannia-judaica/Ludwigshafen_texte, Juli 2010

235 Synagogenausschuss an Bezirksamt, 9.7.1874 (StALu, ZR I, 5530/2)

236 Synagogenausschuss an Bezirksamt, 20.7.1877 (StALu, ZR I, 5530/2)

237 Anzeige in „Der Israelit", 25. Juli 1877,
in alemannia-judaica/Ludwigshafen_texte, Juli 2010

238 StALu, ZR I, 5530/1

239 Weingart an Leopold Herz, 9.1.1890 (in StALu, M 897). M 897 auch für das Folgende

240 Stadtratsprotokoll 22.3.1901 (StALu, PA I, 19, S.231)

241 LASp, H 3/8217 und 8230

242 StALu, Plansammlung, 5005

243 80 Jahre Gemeinde, S.3

244 80 Jahre Gemeinde, S.3; Kopie der Bauakte in StALu, Material f. jüd. Mitbürger;
Die Synagoge…, in: Pfälzische Rundschau, 28.8.1903

245 Aussage (Kopie aus Antifa-Archiv Morweiser), StALu, M 1124

246 80 Jahre Gemeinde, S.3; Pfälzische Rundschau, 30.8. und 1.9.1903

247 Erinnerungen der Töchter des Betreibers des „Rheingold"-Kinos gegenüber
dem Autor

248 Jüd. Beschwerdeführer an Bezirksamt, 20.6.1874 (StALu, ZR I, 5530/2)

249 80 Jahre Gemeinde, S.3

250 Jüd. Beschwerdeführer an Bezirksamt, 20.6.1874 (StALu, ZR I, 5530/2)

251 Fuhrer an Bezirksamt, 14.7.1874 (StALu, ZR I, 5530/2)

252 StALu, ZR I, 5530/2. Zur Wahl waren nur die bayerischen Staatsbürger unter den
Mitgliedern der Gemeinde zugelassen

253 USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997

254 Oberbaudirektor Sternlieb †, in: IGB, 20/1934, S.10

255 Melderegistereintrag Sternliebs in München, Kopie aus dem Stadtarchiv München
(Kopie StALu, N 69, 12)

256 Oberbaudirektor Sternlieb †, in: IGB, a.a.O, S.9f, hier S.10

257 Adressbuch 1911

258 Karch 1988, S.57; Adressbuch, z.B. 1907: Dr. Paul Goldschmit, Beamter der Süddt.
Bodenkreditbank; Geburtenregister Lu 1873 und 1879

259 Auskunft des Archivs der BASF. Wachenheim gab die Stelle schon 1919 wieder auf, als
sie ihren Kollegen Paul Heinrich Müller heiratete.

260 StALu, M 175 sowie Allgemeine Zeitung des Deutschen Judentums, 6.4.1906, in:
alemannia-judaica/Zweibrücken_texte

261 StALu, M 860

262 Breunig 1990, S.307, 342, 344, 361, 367, 464, 708

263 Gewerberegister 1904, Nr. 610 (StALu, LUA 13)

264 Verleihung der Staatsbürgerschaft 1905 (StALu, ZR I, 1025)

265 Akte Adler (StALu, ZR I, 1025)

266 Ludwigshafen am Rhein, Jüd. Gemeinde, S.2
in: alemannia-judaica/Ludwigshafen_Texte, Juli 2010

267 Stellenausschreibung für Kantor in der „Allgemeinen Zeitung des Judentums",
24.10.1871, in alemannia-judaica/Ludwigshafen_Texte, Juli 2010

268 Esselborn, S.271

269 Mitteilungen aus dem Verband der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur,
1908, S.38

270 Nach Angabe von 80 Jahre Gemeinde, S.3; Vereinsregister (StALu, LUA 106)

271 Mitteilungen aus dem Verband der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur, 1903,
S.48, 1905, S.38, 1906, S.36, 1907, S.38

272 „Im Deutschen Reich." Zeitschrift des Centralvereins, Heft 6, Juni 1909, S.384ff
273 „In Ost und West", Zs. der AIU, 1909, Heft 12, Sp. 771f
274 Jahresberichte der Schulen (StALu, Ds 15, 17)
275 Nach dem Zeugnis der im Druckschriftenbestand des StALu erhaltenen verschiedenen Mitgliederverzeichnisse
276 150 Jahre Schützenverein (in Bibl. StALu), S.26; 50 Jahre TV Ludwigshafen (StALu, Ds 79/4)
277 50 Jahre LRV (StALu, Ds 75/11)
278 Listen in StALu, PGV 29, 6+8
279 Mitgliederliste 1913 (StALu, Ds 62/2)
280 StALu, Ds 87/1
281 Z.B. Leopold Schnurmann beim Turnverein 1861, G. Wolf beim Pfälzerwaldverein (StALu, Ds 62/2, 79/14)
282 25 Jahre „Verein gegen…" (StALu, DS 95/7)
283 Mitgliederverzeichnis (StALu, LUA 584)
284 StALu, V 420q
285 Scheeder, S.16
286 Ludwigshafen 1903, S.604
287 25 Jahre Kolonialgesellschaft 1916 (StALu, Ds 90/6)
288 Pfälzische Rundschau, 4.6.1913
289 StALu, ZR I, 1440/15
290 StALu, Zs 22/1, p. 5
291 Laudien, Haus, S.23
292 Bericht des Hilfscomitees (in Bibl. StALu)
293 StALu, Ds 84
294 VB 1911, S.11
295 StALu, Ds 84
296 Protokollbuch (StALu, M 193; ein Mitgliederverzeichnis ist leider nicht vorhanden)
297 Belitz, Bd.1, Anhang, S.45
298 Möglicherweise nur in Bezug auf das Deutsche bzw. die nicht-hebräische Schrift, da die meisten (Ost-)Juden eine religiöse Erziehung genossen, die natürlich auch das Lesen der heiligen Schriften mit umfasste.
299 Nach dem Zeugnis der Gewerberegister (Analphabeten) bzw. der Adressbücher (Wohnort)
300 Bericht Gerbers in Belitz, Bd. 1, Anhang
301 Kukatzki 2001, S.43f
302 Brief Sternliebs an Verwandte (StALu, N 69, 8)
303 Adressbuch 1913
304 Errechnet aus Listen in StALu, LUA 317
305 Bürgerregister (StALu, ZR I, 1074/3)
306 Oberbaudirektor Sternlieb †, in: IGB, 20/1934, S.9f
307 Mitteilungen aus dem Verband der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur, 1906, S.36
308 StALu, DsP 244
309 Register 1867ff (StALu, Rgh 401)
310 Ebd. 1871

311 Walter Schäfer, in StALu, M 245
312 StALu, Rgh 413
313 StALu, Rgh 319; Beschäftigtenzahlen in StALu, Rgh 413
314 In der Gewerbesteuerliste taucht der Betrieb nicht mehr auf. Marx hatte lt. dem Gewerberegister ab 1913 praktisch keine Beschäftigten mehr.
315 Die Zuckerfabrik Friedensau, die um die 300 Menschen Arbeit bot, taucht im Gewerbesteuerregister nicht mehr auf, da sie schon lange ein Zweigwerk der Frankenthaler Zuckerfabrik war.
316 StALu, DsP 244
317 Kukatzki 2001, S.13
318 Kukatzki 2001, S.14
319 Zit.n. Kukatzki 2001, S.27f
320 StALu, Ru 664
321 Ebd.
322 Siehe Liste im Anhang
323 StALu, Ru 89
324 Informationen von Dror Weil, einem Nachkommen, Oktober 2012 (StALu, M 1091, mit Quellenangaben)
325 Kukatzki 2001, S.17
326 Ebd., Anm. 48
327 StALu, Ru 71, Kukatzki 2001, S.41
328 Zit.n. Kukatzki 2001, S.14
329 Kukatzki 2001, S.41; Kreiselmeier, S.23—28
330 Kukatzki 2001, S.41
331 StALu, Rgh. 795
332 Ebd., unter 1882
333 StALu, Rgh 721
334 Kukatzki 2001, S.25
335 80. Geburtstag Guggenheims, in: „Der Israelit", 28.12.1896 (Alemannia-judaica: Rheingönheim). 1869 hatte es (noch) keinen Kantor gegeben: Liste in LASp, H 45/414
336 LASp, H 3/8224
337 Ebd.
338 Zit.n. Kukatzki 2001, S.44
339 Zit.n. Kukatzki 2001, S.42f
340 Der Israelit, 28.12.1896 (Alemannia-judaica: Rheingönheim)
341 Zit.n. Pfanz-Sponagel, S.274
342 StALu, Rgh 486
343 StALu, Rgh. 795, S.142
344 Bezirksamt Frankenthal, 10.2.1910 (LASp, H 3/8251/VI)
345 Anzeige in der Zeitschrift „Der Israelit", 21.10.1909 (in: Alemannia-judaica: Rheingönheim)
346 LASp, H 32/158
347 Kukatzki 2001, S.37
348 Allgemeine Zeitung des Judentums, 4.2.1898 (in: Alemannia-judaica.de: Ruchheim)
349 Kukatzki 2001, S.26
350 Kern, S.35 ff.

351 StALu, M 245

352 Vgl.: StALu, Ru 913. Das Versammlungsregister zeigt das Vorherrschen rechter Versammlungen im Dorf. Schepua, S.108 ff.; Kern, S.49

353 StALu, M 245

354 VB 1914

355 Protokoll, 3.11.1914 (StALu, LUA 584)

356 GA, 31.8.1914 ff.

357 Eckstein, S.70, 72. Zu den jüdischen Soldaten aus der Stadt kamen noch 16 aus Rheingönheim-Neuhofen und Ruchheim.

358 Segall, S.14

359 Prot. nicht-öffentl. Senatssitzung, 20.3.1934 (StALu, PA I, 101, S.187ff); Gewerbeabmeldungen 21/1916 (StALu, LUA 13)

360 StALu, M 715; Eckstein, S.70

361 Eckstein, S.70

362 Erinnerungen Altschüler (StALu, M 1093)

363 Kleinschnitger; Wunden der Nazi-Zeit sind vernarbt, nicht verheilt. Der einstige Kaufhausbesitzer Willibald Rothschild und seine Frau Irma …, in: Rh. 31.3.1986

364 Vgl. Lebensbild Kaufmann, S.172

365 Listen 1912 und 1917 in StALu, ZR I, 5530/2

366 WuZ, 1/1935, Nr. 10 (StALu, Ds 251/15)

367 Maurer, S.65

368 Gewerberegister 1919, Nr. 176 (StALu, LUA 13)

369 Friedrich, S.857

370 Nachruf „Kommerzienrat Mann" im „General-Anzeiger", 31.10.1929

371 StALu, LUA 306; Firmenregister, Bd. I, S.67 (StALu, LUA 14)

372 Firmenregister, Bd. I, S.188, 307 (StALu, LUA 14)

373 StALu, M 520

374 Firmenregister, Bd. I, S.15, 21, 215 (StALu, LUA 14)

375 Fabrikenregister, Bd. I, S.39, 77, 83, 97, 143, 153, 161, 211 (StALu, LUA 14)

376 Thalmann, S.363ff

377 Den selbstverständlichen Nationalstolz der alteingesessenen Juden betont auch Adolf Koebner in: USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997

378 Weiler, S.31

379 USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997

380 Vgl. allg. Braun

381 Pommerin, S.316

382 Ähnliche Industriestädte mit Zahl der jüdischen Einwohner und Anteil an der Gesamtbevölkerung 1925: Bochum 1211 (0,5%), Buer (heute Teil von Gelsenkirchen) 171 (0,2%), Gelsenkirchen 1422 (0,7%), Hagen 580 (0,6%), Hamborn 818 (0,6%), Mülheim/Ruhr 626 (0,6%), Mönchen-Gladbach 951 (0,8%), Oberhausen 513 (0,5%)

383 Jüdisches Lexikon, Bd IV/2, Sp. 640 ff., auch für das Folgende; weitere Zahlen für verschiedene Großstädte aus www.verwaltungsgeschichte.de: Ortslexikon

384 Von 1910 bis Juli 1914 von 747 auf ca. 850—900, 1914 bis Oktober 1919 von 850/900 auf 927, von Oktober 1919 bis 1925 von 927 auf 1241.

385 Nur die jüdischen Gemeinden in der von Thyssen geprägten „Stadt" Hamborn und im sächsischen Chemnitz wuchsen mit 137 bzw. 74 Prozent noch stärker. Dabei blieb die Zahl der Hamborner Juden mit 818 deutlich hinter der der Ludwigshafener zurück (Nach frdl. Auskunft des Stadtarchivs Duisburg, zu dem Hamborn seit 1929 gehört. Die Stadt wuchs von 4 000 Menschen 1890 auf über 100 000 im Jahr 1910 und 126 000 fünfzehn Jahre später).

386 Kreutz 1988, S.14

387 um zwölf bzw. drei Prozent

388 Zahlen aus: Amtlicher Anzeiger, Beilage zur Bayer. Israelit. Gemeindezeitung, 8.2.1926, auch für das Folgende

389 Nach dem Zeugnis der Gewerberegister 1918—1924 (StALu, LUA 13)

390 Statist. Berichte Ludwigshafen (StALu, DS 241/1—10); 1920 kamen etwa 90 Personen, im Jahr darauf 106, 1922 dann 120. Auch 1923 und 1924 blieb die Zuwanderung aus Osteuropa mit ca. 85 noch recht stark.

391 Ergebnisse der Volkszählung 1933, in: Statistik d. Dt. Reiches, Bd. 451, bes. 451/4 und 5 (StALu, DSD, 132/9+10)

392 Statistik d. Dt. Reiches, Bd. 451/4, S.53 (StALu, DSD, 132/10)

393 Gewerberegister 1922, Nr. 567 (StALu, LUA 13)

394 Statistische Berichte Lu (StALu, DS 241/1—10); zur ostjüdischen Auswanderung vgl. Maurer, S.68 ff.

395 Kreutz 1988, S.22

396 Statistik d. Dt. Reiches, Bd. 451/4, S.47 (StALu, DSD, 132/10); Juden in Lu, S.22 (StALu, Ds 241/15)

397 Statistik d. Dt. Reiches, Bd. 451/5, S.51 (StALu, DSD, 132/10)

398 Tomaszewsky, S.40

399 Herz, S.39, Anm. 1; Die israelitische Kultusgemeinde Ludwigshafen …, in: Der Israelit, 23.4.1936

400 Geburtenüberschuss 1925—1929 ca. 50 insgesamt, dazu eine nicht mehr sehr starke Zuwanderung

401 vgl. www.alemannia.judaica: Rheingönheim (August 2010)

402 Statist. Berichte, auch für die Zuwanderung (StALu, Ds 241/11—13)

403 1918—1922 ca. 100 ostjüdische Gewerbeeinträge, davon Sack-, Lumpen- etc. -handel 45, Hausieren/Vertretung, Textil etc. 24 (StALu, LUA 13)

404 Firmenregister 1920—1924, Bd. I, S.70 (StALu, LUA 14)

405 Adressbücher 1920—1933; Gewerberegister 1919, Nr. 68 (Lebowitsch), 1920, Nr. 18 (Sender), 1921, Nr. 110 (Goldkorn)

406 Gewerberegister 1920, Nr. 67/238 (Friedmann), 1922, Nr. 470 (Dziza), 1921, Nr. 123, 1922, Nr. 826 (Lassmann), 1921, Nr. 51 (Aaron) (StALu, LUA 13)

407 1919/20 23 west- und fünf ostjüdische einschlägige Gewerbeeinträge (StALu, LUA 13), vgl. auch Zigarren„Fabriken" im Firmenregister 1920—24, S.181 ff. (StALu, LUA 14)

408 Staatsbürgerschaftsakte Beer (StALu, LUA 708)

409 Firmenregister 1920—24, Bd I (StALu, LUA 14)

410 Firmenregister 1920—24, Bd I (StALu, LUA 14)

411 StALu, LUA 570/1

412 Adressbücher 1913 und 1929

413 StALu, M 520

414 Emil Netter verstorben, in: GA, 19.10.1931

415 Adressbücher 1919—1933. Die Bücher nennen für die meisten Jahre die Vorstände bzw. höheren Beamten und z.T. Aufsichtsratsmitglieder der Bankinstitute

416 Erweiterung 1925 und 1927, in: 35 Jahre Fa. Wronker, General-Anzeiger, 7.3.1928

417 Firmenregister 1920—1924, Bd. I, S.446ff (StALu, LUA 14)

418 Dachgarten bei Wronker, in: GA, 10.4.1930

419 Eröffnung des Erfrischungsraums…, in: OEA, 13.7.1929

420 Kaufhaus Rothschild, in: GA, 12.11.1929

421 Erinnerungen Altschüler (StALu, M 1093)

422 Kaufhaus Rothschild, in: GA, 12.11.1929

423 StALu, M 3

424 Baum, S.38f

425 StALu, LUA 691

426 Glaubensjuden, S.70, 102 (StALu, Ds 132/10)

427 Glaubensjuden, S.101 (StALu, Ds 132/10)

428 Ausbürgerung Neubauer, Senatsprotokoll 8.5.1934 (StALu, PA I, 101); Adressbuch 1929, S.600f; Konzert- und Theaterzeitung vgl. StALu, Z 187

429 WuZ 1937, S.5 f. (StALu, Ds 141/15); Glaubensjuden, S.76 (StALu, DS 132/10)

430 „Verband…", in: Bayerische Israelitische Gemeindezeitung, 22/1930, S.350

431 WuZ 1936, S.26 (StALu, Ds 241/15)

432 Gewerberegister 1919—1924 (StALu, LUA 13)

433 Rede des NS-Bürgermeisters Foerster bei einer Kundgebung am 23.6.1933, zitiert in NSZ, 24.6.1933

434 Purim wird am 14./15. Adar des jüdischen Jahres gefeiert

435 Informationen von Frau Neu-Sokol aus mündlich mitgeteilten Erinnerungen einer alteingesessenen jüdischen Familie der Stadt, Mai 2011; USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997

436 Judenliste 1938 (StALu, LUA 583)

437 Brief Auerbach an Stadtverwaltung (StALu, ZgOB 1214)

438 Erinnerungen Zilla Hoyda, 1991 (StALu, M 325)

439 StALu, M 1006

440 Informationen zu Henry Feingold (StA, M 1123)

441 Maurer, S.587, 593

442 Satzung der Jüd. Gemeinde Ludwigshafen 1929 (StALu, Ds 688/7); Maurer, S.616

443 IGB 13.12.1929

444 bis 1920 drei Mitglieder, 1920—1929 fünf Mitglieder

445 IGB, 23.1.1930, S.22

446 IGB, 22/1935, S.4

447 Die Stelle wurde bereits ausgeschrieben (vgl. Anzeige in www.alemannia-judaica.org/ludwigshafen_texte.htm; Juli 2010); Prot. Personalausschuss Lu, 6.5.1924 (StALu, PA I, 194, S.484)

448 Wetzler, S.353; www.alemannia.judaica: Rheingönheim

449 Satzung der Jüd. Gemeinde Ludwigshafen 1929 (StALu, Ds 688/7); Brenner, S.63

450 Adressbuch 1930, S.626; Liste der Gemeindeglieder 1912 (siehe Anhang)

451 Gewerberegister 1921, F-I, Nr. 33 (StALu, LUA 13)

452 Der Israelit, 30.10.1924 (www.alemannia-judaica.org/ludwigshafen_texte.htm; Juli 2010)

453 Gewerberegister 1922, Nr. 103 (StALu, LUA 13)
454 Der Israelit, 27.11.1924 (www.alemannia-judaica.org/ludwigshafen_texte.htm; Juli 2010)
455 Der Israelit, 2.4.1925 (www.alemannia-judaica.org/ludwigshafen_texte.htm; Juli 2010); Liste der Gemeindeglieder 1912 (siehe Anhang)
456 GA, 5.8.1914, kleine Notiz unter „Lokales"
457 Bauordnungsamt, Akte Kaiser-Wilhelm-Straße 49; Kaufvertrag 10.7.1936 (LASp, K 28/738)
458 Erinnerungen Doris Diamant (StaLU, M 1124)
459 IGB 21/1935
460 1932 stv., 1934 Vorsitzender (IGB 12/1932; 5/1934)
461 www.alemannia-judaica.org/ludwigshafen_Geschichte der jüdischen Gemeinde; Juli 2010
462 Bauordnungsamt, Bauakte Heinigstraße 36
463 Verkaufsurkunde 10.7.1936 (LASp, K 28/738); IGB 1932/11, 1934/5, 1937/9
464 IGB, 17.2.1930, S.18
465 IGB, 25.6.1930
466 Der Israelit, 30.5.1930
467 Siehe Liste im Anhang
468 Insgesamt 189, aber nur bei 186 Beteiligung mindestens eines gebürtigen Juden
469 Judenliste 1938 (StALu, LUA 583)
470 IGB, 2/1933, S.7
471 Die Jugendgemeinde, Beilage des IGB, 21. Jan. 1927
472 Brenner, S.66ff
473 Die Jugendgemeinde, Beilage des IGB, 21. Jan. 1927
474 z.B. IGB, März 1927, S.16
475 z.B. IGB 8/1932, S.18
476 IGB, 7 und 9/1931
477 Er kaufte Boden in Palästina für die jüdischen Siedler
478 IGB, 18.4.1929, S.26
479 alemannia-judaica.org/Ludwigshafen/synagoge, August 2010, S.2
480 Wunden der Nazi-Zeit sind vernarbt, nicht verheilt. Der einstige Kaufhausbesitzer Willibald Rothschild und seine Frau Irma …, in: Rh. 31.3.1986
481 Vgl. Mitteilungen des Literar. Vereins (StALu, Z 53)
482 Betten/Du-nour, S.67
483 Nach einem Gespräch mit Bettina Scheeder (Mitteilung an den Autor, Herbst 2010)
484 StALu, N 34, 77
485 Karl Latteyer: Bilder aus meiner Tätigkeit (Bibl. StALu, Gb 20)
486 Motorsport in Ludwigshafen, in: GA, 31.10.1929
487 StALu, M 891
488 StALu, Ds 75/11; USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997
489 Generalversammlung RJF, IGB 1932/7
490 IGB 7/1932, S.16
491 Den Gefallenen zum Gedächtnis, in: GA, 4.11.1929
492 Mörz 2012, S.111ff

493 Weiler, S.32f
494 Erinnerungen Zilla Hoyda, 1991, in: StALu, M 325
495 USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997
496 StALu, ZR I, 1430/2; 1440/19; Die ersten Kandidatenlisten, in: GA, 5.11.1929
497 Wetzler, S.353
498 StALu, Antifa-Archiv Morweiser, Ordner 17
499 Pommerin, S.316
500 GA, 6.10.1922
501 Pfälzische Post „Weitere antisemitische Lausbubereien", 28.10.1922
502 Neue Pfälzische Landeszeitung „Die Nationalsozialisten in Ludwigshafen", 22.12.1922
503 StALu, M 1094
504 Die Wahlen fanden im rechtsrheinischen Bayern schon im April 1924 statt, in der Pfalz aufgrund der politischen Wirren rund um den Separatismus erst im Mai zusammen mit der Reichstagswahl.
505 Schwarz, S.485
506 Illik, S.12f
507 Vgl. ihre „Zeitung" „Der Eisenhammer"
508 Berichte zu finden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, München, Bestände MK; Minor/Ruf, S.69f
509 USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997; Erwin Weilheimer (Aharon Doron) in: Betten/Du-nour, S.29
510 Personalakte Weiler (StALu, LUN 4408)
511 Mörz 2012, S.198
512 Mörz 2012, S.204f
513 StALu, N 69, 5
514 IGB, April 1927 („Berücksichtigt die jüdischen Handwerker"), Sept. 1928 („Ein ernstesWort")
515 Pfälzische Post („Die Geschichte der Juden in der Pfalz"), 31.10.1929
516 Jahresbericht IHK 1931, S.3 (StALu, Ds 98/25)
517 Becker, S.69f
518 Braun, S.148
519 Jahresbericht der IHK 1929, S.3f (StALu, Ds 98/23)
520 Braun, S.160
521 Braun, S.157
522 Zahlen 1933, zit. nach Meinzer, S.158
523 Braun, S.157, 165ff
524 Jahresbericht IHK 1931, S.3 (StALu, Ds 98/25)
525 Auszählungen nach den Adressbüchern 1929, 1932 und 1933
526 Großfeuer bei Kuhn & Adler, in: GA, 7.6.1928; Abbruch der ‚Lumpenzwick', in: GA, 18.5.1935
527 Geschäftsbericht Walzmühle 1932, S.5 (StALu, Ws 14/30)
528 Braun, S.161; Pfanz-Sponagel, S.313
529 Senatsprotokoll, 27.7.1933 (StALu, PAI, 101)
530 Zur jüdischen Wirtschafts- und Berufssituation, in: IGB 5/1931, S.9
531 Die Arbeit des israelitischen Wohlfahrts- und Jugendamts im Jahre 1931—32, in: IGB 9/1932, S.14f

532 Ebd.
533 IGB, 4/1931, S.25
534 IGB, 12/1931, S.18
535 Wunden der Nazi-Zeit sind vernarbt, nicht verheilt. Der einstige Kaufhausbesitzer Willibald Rothschild und seine Frau Irma …, in: Rh. 31.3.1986
536 IGB 2/1933, S.19
537 Bauordnungsamt, Hausakte Kaiser-Wilhelm-Straße 49; Kaufvertrag 10.7.1936 (LASp, K 28/738)
538 IGB 7/1932, S.34
539 IGB 6/1932, S.15 und 10/1932, S.18
540 IGB 17.2.1930, S.18
541 Eigene Auszählung nach Gewerbeanmeldungen 1929 (StALu, LUA 13/37) und Adressbuch 1933
542 Siehe Tabelle im Anhang
543 IGB 5/1931, S.14
544 Zu den Stadtratswahlen. Nationalsozialistische Versammlung, in: GA, 8.11.1929
545 Zu den Stadtratswahlen. Nationalsozialistische Versammlung, in: GA, 15.11.1929
546 Die Not des Gastwirtsgewerbes, in: GA, 13.11.1929
547 Illik, S.58
548 Bayer. Israelit. Gemeindezeitung, 18/1930, S.292
549 Illik, S.67
550 Illik, S.78
551 Berichte zu finden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, München, Bestände MK; Minor/Ruf, S.70
552 Illik, S.74
553 IGB 2/1931, S.10
554 IBG 7/1932, S.16
555 IGB 2/1931, S.10
556 Bayerische Israelit. Gemeindezeitung 19/1932, S.295f
557 IGB 11/1932, S.19
558 Mörz 2012, S.216—218
559 Illik, S.86f
560 IGB 7/1932, S.16
561 Illik, S.90
562 Wahlergebnisse in Bibl. StALu, Fa 38
563 Aus den Memoiren von Mark, zit.n. Borggrefe, S.74
564 IGB 11/1932, S.19
565 Zit. bei Illik, S.95
566 Den Gefallenen zum Gedächtnis, in: GA, 14.11.1932
567 Auszug aus IGB 11/1932, S.19
568 IGB 1/1933, S.20
569 Goebbels, S.757
570 Fackelzug in Ludwigshafen, NSZ 1.2.1933
571 Mörz 2007, S.111ff, auch f.d. Folgende, wenn Reichert als „Kronzeuge" erwähnt wird.
572 IGB 24.1.1933, S.13
573 IGB 14.3.1933, S.12

574 NSZ, 24.2.1933
575 GA, 7.3.1933
576 Tk Reichert 1933, 18.3. (StALu, N 24, 138)
577 GA, 22.3.1933
578 Stockert, S.306
579 Ebd., S.307
580 Watzinger, S.128f
581 Stockert, S.307
582 Watzinger, S.129
583 Ernst Bloch: Über prägende Erlebnisse der Jahrhundertwende.
(= Fernsehinterview des Südwestfunks mit Manfred Buchwald vom 12.10.1970) in:
Bloch-Almanach, 1 / 1981, S.15.
584 Zudeick, S.13.
585 Ernst Bloch: Spuren. (= Gesamtausgabe Band 1.) Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1969, S.67. Die ungesicherte Gattung der „Spuren" eröffnet allerdings auch den Spielraum, das Sprecher-Ich als Fiktion zu interpretieren.
586 Karola Bloch: Brief an Ronald Pierre vom 25.9.1966. Zitiert nach: Karlheinz Weigand: Eine Vorbemerkung zum Thema ‚Judentum bei Ernst Bloch'. In:
Bloch-Almanach, 13/1993, S.35.
587 Ernst Bloch: Ein Marxist hat nicht das Recht, Pessimist zu sein. Gespräch mit Jean-Michel Palmier. In: Arno Münster (Hg.): Tagträume vom aufrechten Gang. Sechs Interviews mit Ernst Bloch. Frankfurt am Main 1977, S.110.
Vgl. Daniel Krochmalnik: Ernst Blochs Exkurs über die Juden. In: Bloch-Almanach, 13/1993, S.39ff.
588 Ernst Bloch: Ludwigshafen – Mannheim (1928). In: ders.: Erbschaft dieser Zeit.
(= Gesamtausgabe Band 4) Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main 1962, S.210f
589 Ernst Bloch: Geist der Utopie. Erste Fassung. (= Gesamtausgabe Band 16.)
Frankfurt am Main 1971, S.319.
590 Christen, S.36.
591 Theodor W. Adorno: Henkel, Krug und frühe Erfahrung. In: Siegfried Unseld (Hg.): Ernst Bloch zu ehren. Frankfurt am Main 1965, S.9—20.
592 Hofer, S.297f
593 Bastemeyer, S.3
594 Hofer, S.296
595 Hofer, S.300
596 Hippel 2003, S.250
597 Hofer, S.295
598 Hippel 2003, S.309f
599 Borggrefe, S.4f
600 Heine, S.32f
601 IG Farben, S.52
602 StALu, ZR II, 3211, Akte Bunsenstraße
603 Heine, S.48f
604 Heine, S.49
605 Stokes, S.327, 331
606 Wagner, S.59
607 IG Farben, S.80

608 Stokes, S.328, auch für das Folgende

609 IG Farben, S.84f

610 Hayes, S.365

611 Heine, S.172f

612 Scharff, S.48

613 Scharff, S.50

614 Heine, S.278

615 Die komplexe Persönlichkeit und Rolle Fritz Habers behandelt ausführlich: Dietrich Stoltzenberg: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude; Weinheim 1998

616 Siehe S.342ff. Über das Schicksal der Aufgeführten geben zahlreiche Quellen Auskunft: Die Zivilregister, Adressbücher und Melderegister der Stadt Ludwigshafen sowie Unterlagen zur Belegung des jüdischen Friedhofs der Stadt im Friedhofsamt, die dem Archiv dankenswerter Weise überlassene Auswertung verschiedener Quellen zu den jüdischen Einwohnern Ludwigshafens aus privater Hand, die großartige Arbeit von Roland Paul vom Institut für Pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern zum Schicksal der nach Gurs deportierten pfälzischen Juden, die Judenliste und Meldekartei der Stadt Mannheim, die einschlägigen Verzeichnisse zum Schicksal der jüdischen Bürger in Deutschland beim Bundesarchiv, die Suchfunktionen auf den Homepages von Yad Vashem oder des Suchportals Ancestry. Im Landesarchiv Speyer einzelne Personalakten und die Unterlagen zur Entschädigung überlebender jüdischer Mitbürger. Einige Aufschlüsse fanden sich auch in den einschlägigen Ludwigshafener Akten. Auskünfte kamen darüber hinaus von Paul Theobald und Herbert Baum, beide Frankenthal sowie von Nachkommen und Verwandten, die vor allem im Rahmen der Stolpersteinverlegungen in Ludwigshafen mit dem Archiv oder dem Arbeitskreis „Ludwigshafen setzt Stolpersteine" in Kontakt traten.
Zu den Grünstadter Juden 1933: Lampert, S.162—165

617 Zahlen bei Emigration/Tod in der Verfolgung einschließlich wahrscheinlicher Fälle (etwa je 10 % der Summen). Von 34 Menschen auf der 1912er Liste ließ sich kein Schicksal ermitteln.

618 Einschließlich zwei Emigranten in den europäischen Osten. Einer wurde mit ziemlicher Sicherheit ermordet, das Schicksal des anderen ist ungewiss.

619 StALu, M 325

620 Personalakte LASp

621 Vgl. im Netz: Corner of the Tapestry. A History of the Jewish Experience in Arkansas (im Netz im Juni 2014 unter Google: Samuel Oberdorfer, Stuttgart, Arkansas). Mörz 2012, S.233; Mitteilung Clotilde Wimmer, Mühldorf/Inn.

622 Görtz, S.351

623 USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997 sowie Informationen von Ms Marion Koebner

624 Erich Hirschler im März 2012 (StALu, M 1124)

625 Frankfurter Zeitung, 21. September 1935, StALu, ZS 92a

626 Nationalsozialistische Zeitung (NSZ) Rheinfront, Ausgabe 20.3.1933.

627 Ebd. Näheres zur Person und zur Vita Dr. Kaufmanns in seiner Kurzbiographie auf Seite 172.

628 NSZ, 15.3.1933

629 IGB, November 1932

630 NSZ, 7. April 1933

631 Schriftliche Auskunft von Edgar Strauss an die Autorin, 1987

632 Zu Markus Sternlieb: Biographie auf Seite 174; Mörz, 2007, S.225f
633 Die Stadtratsprotokolle befinden sich im StA Lu, PA I
634 Stadtratsprotokoll, 13.9.1933, S.268
635 Ebd.
636 Personalakte Weiler, StALu, LUN 4408
637 Stadtratsprotokoll 24.4.1934, S.444
638 Richartz, S.365
639 NSZ, 27. Juli 1935
640 Berichte zu finden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, München, Bestände MK.
641 GA, 15. Mai 1933; NSZ, 16. Mai 1933
642 Vgl. Lebensbild im Online-Gedenkbuch „Ludwigshafen setzt Stolpersteine" www.erinnerungen-bewahren.de
643 Berichte zu finden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, München, Bestände MK.
644 Ebd.
645 LASp, H3, 6871
646 Reichsgesetzblatt (RGBl) 1, S.225
647 Persönliche Auskunft von Jakob Schamir an die Autorin.
648 LASp, Bestand H3, Nr. 9017
649 Ebd.
650 LASp, H3, Nr. 59
651 Berichte zu finden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, München, Bestände MK.
652 Rudolf Goldmann, 1924 in Ludwigshafen geboren, emigrierte mit seinen Eltern im April 1939 nach Brasilien. Sein Vater Alfred war zuvor Inhaber der Kaffeegroßhandlung Scharff gewesen, die er 1936 verkaufen musste. Goldmann starb nach Recherchen des Arbeitskreises Stolpersteine 1986 in Toronto, Kanada.
653 Schreiben Goldmanns an das Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde in Kaiserslautern von 1981, zitiert nach Unterlagen des Arbeitskreises Ludwigshafen setzt Stolpersteine. Alte deutsche Rechtschreibung des Originals erhalten.
654 StA Lu, ZR 6408/6
655 Berichte zu finden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, München, Bestände MK.
656 Watzinger, S.48 ff
657 Auskunft von Edgar Strauss an die Verfasserin.
658 Auskunft von Jakob Schamir an die Verfasserin.
659 Mommsen, S.78 f.
660 LASp, H 74, Nr. 33
661 Meinzer, S.221
662 IGB, 22. Juni 1933
663 Ernst Steckelmacher wurde am 22. Oktober 1940 nach Gurs und später ins KZ Lublin-Majdanek deportiert und ermordet. Als Todestag wurde später der 31. Dezember 1943 festgesetzt.
664 StALu, M 1123
665 IGB, 18. März 1937
666 Der Israelit, 18.3.1937
667 NSZ, 19. April 1933
668 Verzeichnis der am 22. Oktober 1940 aus der Pfalz evakuierten Juden, in: Dokumentation, Bd. 7, hier S.151; Zivilregister Rheingönheim (Heirat Karpfen 1/1910)

669 Fandel, S.576

670 So ein in der NS-Zeit aufgewachsener katholischer Ludwigshafener gegenüber dem Stadtarchiv 2013

671 Borggrefe 2014

672 Fandel, S.586ff

673 NSZ, 11., 12. und 13. Februar 1933

674 RGBl 1, S.661

675 „Hakenkreuzbanner", 11. August 1933

676 „Hakenkreuzbanner", 28.6.1935

677 NSZ, 29. August 1936

678 Persönliche Auskunft von Selma Löser (1987) an die Verfasserin. Sie wurde 1943 zunächst mit ihren Schwiegereltern und ihren drei Kindern nach der Ausbombung in den Odenwald evakuiert, von dort im Februar 1945 nach Theresienstadt deportiert und im Mai befreit. Sie kehrte nach Ludwigshafen zurück.

679 Persönliche Auskunft durch Edgar Strauss

680 Vernehmungsprotokoll vom 13.8.1939, abgedruckt bei Simmert, S.196

681 Zu Bürckels abenteuerlichen Presseunternehmungen und der Zeitungslandschaft in Ludwigshafen zur NS-Zeit allgemein siehe Mörz 1994, S.107 ff

682 Mörz 1994, S.121

683 Mündliche Auskunft von Aharon Doron (Erwin Weilheimer)

684 NSZ, 15. August 1935. Weilers Tochter Ilse, die später in Montevideo, Uruguay, lebte, besuchte 1990 Ludwigshafen im Rahmen des städtischen Besuchsprogramms für ehemalige jüdische Mitbürger.

685 Ebd.

686 NSZ, 16. August 1935

687 NSZ, 29. Juli 1935

688 NSZ, 22. April 1936

689 Mörz 2007, S.121, auch für das Folgende

690 Frank S.Heilbrunner an Reichert, 15.11.1946 (StALu, N 24, 132)

691 Mörz 2007, S.144f; vgl. auch Bericht Schusters, StALu, M 176

692 Mündliche Auskunft von Heinrich Kuhn, Ludwigshafen

693 „Stürmer", Oktober 1935, StALu, Zs 58 c; zu Stubenrauch auch Personalakte LASp, H14, 1521

694 NSZ, 5. Dezember 1935

695 Übel, S.222

696 Gebauer/Mörz, Straßennamen, S.69f, 93f

697 Gesetz zum Schutz des Einzelhandels vom 12. Mai 1933

698 GA, 25. Februar 1931

699 NSZ, 14. März 1933

700 Schreiben von OB Ecarius an die Polizeidirektionen in Hamburg vom 25. März 1933 und in Pirmasens vom 31. März 1933, Stalu, LUA 403

701 Schreiben der Tietz AG an die Regierung der Pfalz vom 18. Mai 1933, Stalu, LUA 146

702 NSZ, 17. März 1933

703 Schreiben der Genannten an die Regierung der Pfalz, Stalu, LUA 146

704 Schreiben der Regierung der Pfalz an das Bürgermeisteramt vom 22. Mai 1933, ebd.

705 Beschwerdebrief des Betriebsrates Hans Finkel (Kaufhaus Brandt) an den Sonderkommissar, 26. Mai 1933, ebd.

706 Schreiben der Gebrüder Rothschild an Oberbürgermeister Ecarius vom 27. Mai 1933. Außerdem mussten 17 im Erfrischungsraum tätige Angestellte entlassen werden. Ebd.

707 Zufügung vom 11. Juli 1933, RGBL I, S.493

708 Stadtratsprotokoll vom 2. August 1933

709 Schreiben der Ehape-Zentrale Köln an das Bürgermeisteramt vom 5. August 1933, Stalu, LUA 146

710 NSZ, 24. Juni 1933

711 Schreiben Abels an die Stadtverwaltung vom 10. Juli 1933, Stalu, LUA 146

712 Schreiben an das Bürgermeisteramt vom 12. Juli 1933, ebd.

713 Schreiben an das Bürgermeisteramt vom 12. Juli 1933, Stalu, LUA 146

714 Schreiben an das Bürgermeisteramt vom 12. April 1933, ebd.

715 GA, 3. Mai 1933

716 PfR, 3. Oktober 1933

717 Beschwerdebrief des Reichsverbandes des Nahrungsmittelgroßhandels an das Bürgermeisteramt vom 8. August 1933, Stalu, LUA 146

718 Schreiben vom 23. März 1934, ebd.

719 Rundbrief von Kreisfachschaftsleiter Heckmann an die Mitglieder des NSDAP-Amtes für Beamte vom 21. April 1934, Stalu, LUA 169

720 persönliche Auskunft von Edgar Strauss

721 persönliche Auskunft von Jakob Schamir

722 Beschwerdebrief des Inhabers Arthur Gottschalk an das Bürgermeisteramt und die Regierung der Pfalz vom 12. Juni 1933 und 31. Juli 1933, Stalu, LUA 146

723 Schreiben an das Bürgermeisteramt vom 18. und 24. Mai 1933, ebd.

724 Schreiben des Inhabers, Ingenieur Julius Leiser, an das Bürgermeisteramt vom 3. Juni 1933, ebd.

725 Schreiben an die Stadtverwaltung vom 20. November 1933, ebd.

726 ebd.

727 NSZ, 28. März 1933

728 GA, 1. April 1933

729 NSZ, 2. April 1933

730 Schreiben an die NSDAP-Stadtratsfraktion vom 30. März 1933, StALu, LUA 146

731 IGB, 6. April 1933

732 ebd.

733 Stalu, M 3. Moll stand in deutlicher Distanz zum Regime und geriet wiederholt in Konflikte

734 So teilte Schuhhändler Rudolf Altschüler in einem Brief an das Bürgermeisteramt vom 18. August 1933 mit, dass er seine alten Stammkunden in jüdischen Schuhgeschäften in Mannheim treffe. Stalu, LUA 146

735 Schreiben von Innenminister Frick vom 14. März 1934 an die Regierung der Pfalz, Stalu, LUA 169

736 Bekanntmachung Bürckels in der NAZ vom 8. August 1935

737 NAZ, 28. Juli 1935

738 NSZ, 28. Juli 1935

739 Wunden der Nazi-Zeit, in Rh. 31.3.1988

740 LASp, I 6, 1242g, Restitution Auerbacher, Bernhard, Darstellung der Rechtsanwälte vom 21.12.1949.

741 Ebd.

742 Ebd.
743 Wunden der Nazi-Zeit, in Rh. 31.3.1988
744 RGBL I, S.404
745 RGBL I, S.414, Gesetz vom 26. April 1938
746 RGBL I, S.627, Gesetz vom 14. Juni 1938
747 RGBL I, S.1044
748 Stalu, ZR I 6408/16
749 Ebd.
750 Schreiben an die Stadtverwaltung vom 13. Juli 1938, Stalu, ZR I 6408/3
751 NSZ, 20. März 1933
752 GA, 24. Juni 1933
753 Protokolle über geheime Senatssitzungen, StALu, PA I, 101
754 RGBl I, S.480
755 NSZ, 28. Mai 1935
756 Protokolle über geheime Senatssitzungen, Stalu, PA I, 101
757 NSZ, 28. Mai 1935
758 Die Druckerei Neubauer wurde an den Verlag Waldkirch verkauft.
759 Online-Gedenkbuch www.erinnerungen-bewahren.de
760 Siehe Anhang
761 Liste der Deportierten zu finden unter www.ludwigshafen setzt stolpersteine. materialien
762 Mündlich an die Autorin überlieferte Erinnerung von Jakob Schamir, 1990
763 Tomaszewski, S.73 ff
764 Rh. 20.6.1950. Weitere Berichte über die drei Prozesstage am 21. und 22. Juni 1950.
765 NSZ, 11. November 1938
766 Persönliche Auskunft von Selma Löser an die Verfasserin, 1987
767 Mörz 2007, S.232
768 Manuskript des HNO-Arztes Dr. Walter Roggenkamp, Stalu, M 325; Weilheimer, S.19f
769 Bericht des städtischen Mitarbeiters Emil Köhler, Stalu, M 404, Schreibweisen aus dem Original übernommen.
770 Stalu, M 325
771 Fandel, S.575. Nach einigen Tagen wurde er auf Bitten des pfälzischen Landesbischofs freigelassen. Das eingeleitete Verfahren wegen „Heimtücke" wurde später eingestellt. Auch der Ludwigshafener evangelische „Stadtmissionar" Ludwig Bollenbach wurde wegen seiner offenen Ablehnung der antijüdischen Aktion verhaftet.
772 Denkschrift des früheren Ortsgruppenleiters Rumetsch, Stalu, M 633
773 Das Gebäude selbst wurde verschont und beherbergt heute das Gemeindehaus der Prot. Gemeinde in Ruchheim.
774 Recherchen von Willi Kern, Ruchheim
775 Während des Kriegs wurde das frühere Bethaus als Unterkunft für Mitglieder des weiblichen Arbeitsdienstes benutzt und auf dem Grundstück wurde ein Luftschutzbunker errichtet.
776 Liste der Deportierten zu finden unter www.ludwigshafen-setzt-stolpersteine.materialien
777 Verzeichnis der am 10.11.1938 im Stadtbezirk Ludwigshafen am Rhein in Schutzhaft genommenen und am 11.11.1938 nach dem Konzentrationslager Dachau verbrachten „Juden", StALu, Materialsammlung

778 Verzeichnis der am 22. Oktober 1940 aus der Pfalz evakuierten Juden, StALu, Materialsammlung

779 Rauner wurde später in Auschwitz ermordet.

780 Persönliche Auskunft von Edgar Strauss an die Verfasserin, 1987

781 StALu, M 325

782 Persönliche Auskunft von Edgar Strauss an die Verfasserin, 1987

783 Simmert, Dokumente Nr. 122 a—c

784 Schreiben des Verbandes der Israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz an „alle pfälzischen Juden in Mannheim", Simmert, Dokument Nr. 121, S.147

785 StALu, LuA 2607

786 Persönliche Auskunft von Edgar Strauss an die Verfasserin, 1987. Edgar Strauss fand schließlich in Montreal, Kanada, eine neue Heimat. Im Jahr 1990 besuchte er auf Einladung der Stadt Ludwigshafen in deren Besuchsprogramm seine Heimatstadt noch einmal. Er verstarb 2008.

787 RGBL I, S.1573

788 RGBL I, S.1579

789 RGBL I, S.1581

790 Zahlreiche Fälle und vergebliche Proteste sind dokumentiert. StALu, ZR I 6408/9

791 RGBL I, S.1580

792 RGBL I, S.1642

793 NSZ, 14. November 1938

794 NSZ, 11. November 1938, unter der Überschrift „Schlussstrich unter die Judenhetze."

795 RBGL I, S.1649

796 RGBL I, S.1709

797 RGBL I, S.282

798 Für die Juden aus Ludwigshafen war dies vermutlich die kommunale Pfandleihanstalt in Mannheim, StaLU, ZR II, 1008

799 RGBL I, S.864

800 Amtliches Rundschreiben der Verwaltung vom 6. Mai 1939, Stalu, ZR I 6408/7

801 RGBL I, S.1676

802 StALu, ZR I, 6408/3

803 Heute die Hans-Böckler-Straße

804 StALu, ZR I, 6408/6

805 Ebd.

806 Schreiben an die Stadtverwaltung vom 10. Januar 1939, StALu, ZR I 6408/6

807 Schreiben an Oberbürgermeister Stolleis vom 10. November 1938, Stalu, ZR I, 6408/7

808 Ebd.

809 StALu, ZR II, 1008 (Restitutionsakten)

810 Ebd.

811 Ebd.

812 Stalu, ZR II, 1008

813 Verzeichnis vom 12.1.1939, in: StALu, ZR II, 6408

814 NSZ, 14. November 1938

815 Schreiben an Oberbürgermeister Stolleis vom 11. Oktober 1940, StALu ZR I 6408/31

816 Stalu, ZR II, 1008. Das Ehepaar Tobias floh im Oktober 1939 nach Palästina. Vom Kaufpreis für das Haus, das bei der Anlage des Jubiläumsplatzes 1941 abgerissen wurde, erhielt es nichts.

817 Die Akten wurden von einem Privatmann im Trümmerschutt eines Hauses gefunden und dem Stadtarchiv übergeben. Stalu, N 29

818 Zitiert nach MM, „Zur Person: Georg Haag", 18.9.1986. Herz-Sohn Rudolf erkundigte sich 1956 aus den USA bei der Stadtverwaltung nach dem Verbleib seiner Eltern.

819 Stalu, N 29

820 Es waren bei Summen bis 300 Reichsmark 90 Prozent, bei Summen über 1 000 Reichsmark gar nur 30 Prozent.

821 StaLU, N 29

822 Liste zu finden unter www.ludwigshafen-setzt-stolpersteine. materialien

823 Auskunft seiner Tochter Ilse Lewin an die Autorin, 1987

824 siehe Tabelle im Anhang, S.326 bzw. Originalliste in StALu, LUA 583

825 StA, 8.7.1939

826 USC Shoah Foundation: Adolf Koebner Testimony, 6.3.1997 sowie Informationen von Ms Marion Koebner

827 www.alemannia-judaica.de/ludwigshafen_texte.htm

828 „Der Israelit" vom 18. März 1937
(www.alemannia-judaica.de/ludwigshafen_texte.htm)

829 „Verzeichnis der in Ludwigshafen am Rhein wohnenden Juden, mit Juden verheiratete und Judenmischlinge", Stalu, LUA 583

830 Siehe Anhang, S.323

831 „Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Rheinpfalz", ein nur von 1937 bis 1938 bestehendes Organ des Verbandes der israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz.

832 Erinnerung Frau Rosenfelder, Mannheim
(Interview im Film „Koffer gepackt und überlebt", 2013)

833 Richartz, S.53. Insgesamt wanderten zwischen 1933 und 1945 etwa 275 000 Juden aus, wobei von 1941 bis 1945 nur noch 16 500 Juden das Land verlassen konnten. 132 000 gingen in die USA; 55 000 nach Palästina, 40 000 nach England, je 10 000 nach Brasilien und Argentinien, 8 000 nach Shanghai, 5 000 nach Süd-Afrika, je 2 000 nach Kanada und Australien. Der Rest verteilte sich in anderen Gebieten der Erde.

834 NSZ, 19. November 1938

835 Ebd.

836 Stalu, ZR I 6408/5, Schreiben der Polizeidirektion am 13. Februar 1939 an die Kreisleitung der NSDAP.

837 Ebd.

838 Stalu, ZR I 6408/5, Schreiben aus der Verwaltung an OB Stolleis vom 9. März 1939

839 Schreiben an OB Stolleis vom 24. April 1939, StALu, ZR II, 4233

840 Schreiben an OB Stolleis vom 5. Mai 1939, ebd.

841 Niederschrift einer Besprechung vom 31. Mai 1939, ebd.

842 Schreiben an die Kreisleitung der NSDAP vom 24. Mai 1939, ebd.

843 StALu, ZgOB 1216

844 Schreiben des Oberbürgermeisters, StALu, ZR I 6408/4

845 StALu, ZgOB 1216

846 Schreiben vom 28. September 1939, ebd.

847 Ebd.

848 Ebd.

849 Schreiben aus der Gestapo-Leitstelle vom 20.12.1939, ebd.

850 Liste in StaLU, ZgOB 1216

851 Film „Koffer gepackt und überlebt. Das Leben der Ursula Michel", 2013

852 Weilheimer, S.25

853 Äußerungen des Hitler-Sekretärs Martin Bormann Anfang Oktober 1940 zum Reichsjustizminister, zitiert nach Adam, S.278

854 Abkürzung für Reichsführer SS – Heinrich Himmler

855 Zitiert nach Düwell, S.295

856 Teilweise scheinen die Bescheide zur Deportation auch schon früher verschickt worden zu sein. Die Ludwigshafenerin Selma Löser, die durch ihre „Mischehe" der Deportation entging, berichtete der Verfasserin 1987, dass ihre beiden Schwestern schon am 21.10.1940 über ihre Deportation informiert wurden und selbst mit der Straßenbahn zum Sammelplatz fuhren.

857 Stadtanzeiger, 17. Januar 1941

858 StALu, ZR I 6408/33—81

859 Schreiben vom Juli 1941, StALu, ZR 6408/11

860 Mörz 2007, S.144, 208

861 StALu, ZR II, 6408, Hängeordner „Verwertung …", Bll. 117ff

862 Weilheimer, S.49ff, 82ff, 89ff, 97

863 Aussage seiner Tochter Lieselotte Ellen Müller, StALu M 833

864 Erinnerung des Arztes Dr. Roggenkamp. StALu M 325

865 Müller kehrte 1945 nach Ludwigshafen zurück und war von 1946 bis 1949 Oberstaatsanwalt in Frankenthal.

866 Löb kehrte Anfang 1946 nach Oppau zurück und führte sein Geschäft fort. Er starb 1954. Das Geschäft besteht noch heute unter anderem Namen im Familienbesitz. Kukatzki in: Die Geschichte der Ludwigshafener Stadtteile Oppau-Edigheim-Pfingstweide, S.349 ff

867 Wetzler, S.154

868 Martha Fendrich war 1878 geboren. Sie kehrte im Juni 1945 nach Ludwigshafen zurück und verstarb hier 1960. StALu, N 59

869 Auch Selma Löser kehrte nach der Befreiung Theresienstadts nach Ludwigshafen zurück. StALu, M 406

870 Bericht von Dr. Curt Schuster, StALu, M 176

871 StALu, N 59, 70; Wetzler, S.154; LASp, I 6

872 Kukatzki 2008, S.352

873 Verschiedene Zeitungsartikel und Berichte in StALu, N 92

874 GA, 14. März 1962

875 Die Akten über die Restitutionsverfahren gegen die Stadtverwaltung sind im Stadtarchiv Ludwigshafen zu finden (Bestand ZR II, 1008). Für die Erstauflage des vorliegenden Buches im Jahr 1992 waren diese noch unter Verschluss und durften nicht eingesehen werden.

876 Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen vom 7. April 1952, StALu, ZR II, 1008

877 Das Gebäude war 1949 vom neuen Besitzer umgebaut und renoviert worden.

878 StALu, ZR II, 1008

879 Die genaue Summe belief sich auf 3 055 166 D-Mark.

880 Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen vom 7. April 1952, StALu, ZR II, 1008

881 Rh. 6. März 1953. Ob allerdings die Schlussfolgerung des Autors zutrifft, dies sei ein Zeichen dafür, „dass die Stadt Ludwigshafen im Dritten Reich den heutigen Klägern einen verhältnismäßig günstigen Preis bezahlte", ist doch in Frage zu stellen.

882 Der „freiwillig" gegangene Alfred Weilheimer war in die USA geflüchtet und strengte dort gemeinsam mit zwei überlebenden Kindern seiner ermordeten Brüder Siegmund, Max und Ludwig die Klage gegen Ludwigshafen an.

883 Die Stadt Ludwigshafen hatte das Gelände der Schrotthandlung an der Bleichstraße für den städtischen Fuhrpark gebraucht, außerdem nutzten die Verkehrspolizei und die Wehrmacht zeitweise das Gelände. Erst am 8. März 1956 endete der Prozess mit einem Vergleich. Die Stadt behielt die Grundstücke und zahlte 10 000 DM an die Erben aus.

884 Siehe an anderer Stelle im Buch, Kapitel „Das Pogrom"

885 Manuskript im Ordner „Friedhöfe" im StALu . Oberbaudirektor Lochner schilderte diese und die folgenden Vorgänge in einem Antwortschreiben vom 17. August 1949 an den früheren Ludwigshafener Dr. Mainzer aus London, der sich im Juli 1949 bei einem Besuch in der alten Heimat über den Zustand des Friedhofes beklagte, ebd.

886 Schreiben vom 11. Februar 1943 aus dem Oberbürgermeisteramt an das Bürgermeisteramt Neustadt an der Weinstraße, das ähnliche Eingriffe plante und um Informationen bat. StALu, ZR II, 4345.

887 Siehe Anm. 226.

888 Es handelte sich um 2 300 Mark.

889 StALu, ZgOB 1216

890 „Abgetragen, zerbombt, wiederhergestellt", Rh. 19. November 1994

891 Ebd.

892 Schreiben vom 18. Juli 1946, StALu, ZR II, 4345.

893 Schreiben vom 23. Juli 1946 an Bürgermeister Reichert, ebd.

894 Antwortschreiben an Karl Thomer vom 29. Juli 1946, ebd.,

895 Schreiben des Regierungspräsidenten an die Oberbürgermeister und Landräte vom 15. Juli 1950, ebd.

896 Schreiben von Klaus Fett, Referent von OB Ludwig, an Hugo Händler vom 11. April 1990, StALu, ZgOB 1226

897 Rh. 9.11.1958

898 Enthüllung war am 24. September 1973

899 In Rheingönheim im März 1983, in Ruchheim am 18. August 1985. Das frühere Bethaus in Rheingönheim wurde 2008 noch einmal umfassend umgebaut und dient heute als Vereinsheim der Karnevalgesellschaft Klotzgrumbeer.

900 Barth, S.5

901 Denkmal in Bronce. Nach 30 Jahren, in: Rh. 19.8.1985

902 Rede zur Begrüßung der Gäste am 19. September 1986, StALu, ZgOB 1217.

903 Händler hatte in Palästina den Namen Emanuel Avidor angenommen. Er kämpfte mit anderen jüdischen Freiwilligen im Zweiten Weltkrieg an der Seite der Alliierten gegen die Deutschen und machte später eine steile Karriere beim israelischen Militär. Händler-Avidor starb am 18. November 1989.

904 Siehe Anmerkung 902

905 Schreiben an das Oberbürgermeister-Büro, StALu, ZgOB 1214. Informationen zum Weilheimer-Buch: articles.sun-sentinel.com/2007-12-30/community/0712270373_1_holocaust-survivor-books-national-book-month-childhood-and-family

906 Das Gedenkbuch ist zu finden unter der Internet-Adresse www.erinnerungen-bewahren.de.

907 So die Beschreibung der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Rhein-Neckar auf der Homepage ww.gcjz-rhein-neckar.de

908 Morweiser, S.4

909 Kukatzki 2008, S.352

910 Morweiser, S.4ff, Dok. 22, 34, 43, 51

911 „Jüdische Gemeinde wächst rasant", Rh. (Marktplatz LU) 14. Mai 2008

912 „Jüdische Gemeinde aus Protest gegründet", Rh. 16.9.1998.

913 „Junge jüdische Gemeinde mit Alltagssorgen", MM 28.1.1999

914 „Synagoge für jüdische Bürger. Erstmals nach der Zerstörung in der Nazizeit wieder Gebetsraum in der Stadt", Rh. 1. Juli 2006

915 „Mehr Leben in Gemeinde", Interview mit Manfred Erlich, Rh. 14.5.2008.

916 „Mit richterlichem Segen", Rh. 4. Oktober 2008

917 „Rabbiner"-Affäre: Geschäftsräume in Süd aufgegeben", Rh. 21. Februar 2009.

918 Auskunft der Leiterin der Sozialabteilung der jüdischen Kultusgemeinde, Marina Nikiforova, Stand September 2013.

919 Ebd.

920 Nähere Informationen auf der Homepage der Jüdischen Kultusgemeinde der Rheinpfalz: www.jkgrp.de

921 Stand Oktober 2013. Es handelt sich dabei um 154 Einzelgräber, elf Doppelgräber und ein Fünfer-Grab. Auskunft des Bereichs Grünflächen (Friedhofsamt) der Stadtverwaltung Ludwigshafen.

922 2005 waren es nach Angaben aus der Stadtverwaltung zwei Bestattungen, 2006 keine, 2007 zwei, von 2008 bis 2010 jeweils eine Bestattung, 2011 drei Bestattungen, 2012 keine und im Jahr 2013 bis Oktober eine Bestattung.

Zur Bevölkerungsstatistik der Juden im Raum Ludwigshafen

Tabelle 1
Juden in den Gemeinden des heutigen Stadtkreises [1791—1939]
(Angaben in Klammern) in %

Jahr	Edigheim	Friesenh	Maudach	Mundenh	Oggersh	Oppau	Rheingönh	Ruchheim
1791[1]	1 (0,9)	—	—	—	—	1 (0,6)	3 (2,65)	10[7]
1801[2]	7 (1,9)	—	—	—	—	6 (0,7)	8 (1,8)	?
1808	10 (1,7)	—	—	—	—	6 (0,6)	13 (2,5)	74 (10,2)
1825	11 (1,4)	—	—	—	8 (0,5)	15 (1,1)	31 (3,6)	100 (11,5)
1830[3]	8 (0,9)	—	—	—	9 (0,6)	11 (0,75)	30 (3,3)	99 (10,3)
1835	10 (1,2)	?	?	?	?	12 (0,8)	?	109 (10,7)
1849	14 (1,86)	3[5] (0,14)	—	12[6] (0,6)	—	19 (1,17)	40 (3,5)	161 (15,4)
1857	14 (1,83)	—	—	—	6 (0,25)	?	50 (3,8)	157 (15,2)
1861[4]	14 (1,6)	—	—	—	3 (0,09)	16 (1,0)	49 (3,5)	141 (13,3)
1867	11 (1,2)	—	—	—	1 (0,03)	21 (1,22)	39 (2,6)	131 (12,4)
1871	10 (1,0)	—	—	—	—	20 (1,0)	41 (2,6)	121 (11,8)
1875	10 (0,97)	—	—	—	—	23 (1,1)	48 (2,62)	109 (10,2)
1880	4 (0,34)	—	—	—	14 (0,36)	29 (1,28)	52 (2,57)	87 (7,9)
1885	3 (0,23)	6 (0,16)	—	8 (0,23)	3 (0,07)	31 (1,27)	57 (2,57)	72 (6,50)
1890	3 (0,22)	8 (0,2)	—	6 (0,14)	—	29 (1,13)	47 (2,09)	65 (5,8)
1895	1 (0,06)	s u Lu	—	7 (0,14)	—	19 (0,67)	43 (1,8)	47 (4,3)
1900	—	s u Lu	—	s u Lu	1 (0,02)	7 (0,2)	37 (1,18)	40 (3,6)
1905	—	s u Lu	—	s u Lu	3 (0,04)	—	38 (1,0)	38 (3,44)
1910	—	s u Lu	—	s u Lu	3 (0,03)	—	37 (0,9)	27 (2,35)
1925	—	s u Lu	—	s u Lu	20 (0,2)	5 (0,07)	19 (0,4)	18 (1,36)
1933	—	10 (0,09)	—	s u Lu	3 (0,03)	2[6] (0,02)	12 (0,22)	12 (0,9)
1937	?	?	—	?	?	?	?	7[9]
1939	—	s u Lu	—	s u Lu	—	2[8] (0,02)	6[8] (0,11)	2[10] (0,13)

Tabelle 2
Juden in der Gemeinde/Stadt Ludwigshafen [1845—1939]
(Angaben in Klammern) in %

Jahr	Ludwigshafen	Mitte	Hemshof/Nord	Süd	Friesenheim	Mundenheim
1845, Dez.[11]	14 (2,6)	14 (3,8)	—	—	—	—
1848, Jan.[12]	46 (4,8)	46 (6,3)	—	—	—	—
1849, Dez.[13]	?	3[18] (0,8)	—	—	—	—
1852, Juni[14]	13 (0,8)	13 (1,5)	—	—	—	—
1855[15]	107 (4,7)	?	—	—	—	—
1858[16]	186 (6,7)	?	—	—	—	—
1861	198 (6,3)	?	—	—	—	—
1864[17]	124 (3,3)	?	—	—	—	—
1867	115 (2,35)	?	?	—	—	—
1871	181 (2,3)	?	?	—	—	—
1875	200 (1,65)	?	?	—	—	—
1880	210 (1,4)	?	?	—	—	—
1885	271 (1,3)	?	?	—	—	—
1890	318 (1,1)	?	?	—	—	—
1895[19]	401 (1,0)	339 (2,0)	38 (0,2)	—	26 (0,58)	—
1900	505 (0,81)	416 (2,0)	42 (0,16)	?	29 (0,39)	10 (0,12)
1903[20]	553 (0,77)	448 (1,85)	57 (0,20)	?	35 (0,36)	13 (0,14)
1905	608 (0,85)	487 (2,06)	73 (0,26)	?	22 (0,2)	12 (0,11)
1910	754 (0,90)	577 (2,2)	112 (0,35)	?[28]	15 (0,12)	43 (0,34)
1919[21]	963 (1,05)	749 (2,6)	116 (0,35)	?	16 (0,11)	82 (0,53)
1925[22]	1211 (1,19)	918 (2,9)	164 (0,47)	?	27 (0,15)	102 (0,6)
1933[23]	1070 (1,0)	632 (3,44)	196 (0,53)	217 (1,43)	15 (0,08)	10 (0.05)
1938[24]	640 (0,58)	362 (2,05)	129[27] (0,41)	130 (0,89)	15 (0,08)	4 (0,02)
1939, Jan.[25]	376 (0,26)	201 (1,14)	73 (0,23)	72 (0,49)	15 (0,08)	9 (0,04)
1939, Mai[26]	300 (0,20)	?	?	?	?	?

Anmerkungen zu Tabelle 1 und 2

1 Zahl der Familien und Anteil an der Gesamtzahl der Familien, Zahlen nach der kurpfälzischen Statistik (Kopie in StALu, M 581)

2 Zahlen 1801, 1808 und 1825 nach Kreutz, S.47, 49

3 Zahlen 1830 bis 1857 nach Verzeichnissen der Beamten etc. (StALu, T 213), 1835 aus Frey, Beschreibung des kön. bayer. Rheinkreises, Teil 2, Speyer 1836 (StALu, Bibl. De 1/3/2)

4 Zahlen 1861 bis 1933 nach Ergebnissen der Volkszählungen (StALu, Bibl. Ga 28)

5 Vermutlich die in Ludwigshafen wohnhaften Juden, da der Friesenheimer Teil Ludwigshafens 1849 noch bei der Volkszählung bei Friesenheim mitgerechnet wurde.

6 Ein Teil der hier gezählten Juden könnte in Ludwigshafen ansässig gewesen sein, da der Mundenheimer Teil Ludwigshafens 1849 noch bei der Volkszählung bei Mundenheim mitgerechnet wurde.

7 Familien 1795, nicht aus kurpfälzischer Statistik (nach Kukatzki, S.58)

8 Zahl nach Judenliste der Stadt Lu 1939 (StALu, LUA 583)

9 1936—39, nach Kukatzki, S.58

10 Nach Kukatzki, S.58

11 Zahlen aus Bevölkerungsliste 1845 (StALu, LUA 32), Meßzahl für „Mitte" 1845, 1848 und 1852 = Einwohnerzahl der eigentlichen Ansiedlung Ludwigshafen ohne die zugeordneten Bauernhöfe (Hemshof etc.)

12 Zahlen aus Bevölkerungsliste 1848 (StALu, LUA 701)

13 Verzeichnis der Beamten etc. 1851 (StALu, T 213/1851)

14 Zahlen aus Bevölkerungsliste 1852 (StALu, LUA 701)

15 Zahlen 1857—1890 aus Verzeichnisse der Beamten etc. (T 213)

16 Aus Stadtgeschichte 1903, S.208

17 Belitz, Bd. 1, Anhang, S.44

18 Möglicherweise zu kleine Zahl, da im Mundenheimer Teil von Ludwigshafen ansässige Juden vergessen sein könnten

19 Gesamtzahlen für Ludwigshafen 1895—1910 aus Ergebnissen der Volkszählungen (StALu, Bibl. GA 28); Einwohnerzahl und Zahl der Juden in den Stadtteilen nach Belitz, Anhang, S.45

20 Zahlen Mai 1903, nach Stadtgeschichte 1903, S.208

21 Nach Ergebnis der Volkszählung 1919, StALu, Ds 242/36

22 Gesamtzahlen für Ludwigshafen nach WuZ 1936, S.26 (StALu, Ds 241/15), Zahl der Einwohner und Juden in den Stadtteilen bei Belitz, Bd. 2, S.423

23 Zahlen nach WuZ 1936, S.26 (StALu, Ds 241/15)

24 Einwohnerzahl für Gesamt-Ludwigshafen aus Statistik Januar 1938 (StALu, Ds 241/16), der Stadtteile nach Volkszählung 1939 (Statist. Inf. Lu, 1965/7, StALu, Ds 243/1965); Zahl der Juden aus Judenliste 1938 (StALu, LUA 583)

25 Zahl nach Judenliste, Januar 1939 (StALu, LUA 583); Bezugsgröße Ludwigshafen nach den Eingemeindungen 1938; Bezugsgrößen Stadtteile: Volkszählung 1939

26 Volkszählung Mai 1939; Zahl nach Statist. Jahrbuch Lu 1963, S.18 (StALu, Ds 242/21)

27 Bezugszahl Einwohnerzahl Nord/Hemshof ohne Stadtteil West

28 Zahlen für den Stadtteil Süd bis 1933 teilweise bei Mitte, teilweise bei Mundenheim

Zahl der Juden nach den Angaben in der jüdischen Publizistik der Jahre 1936/37 [1]

31.3.1936	836
1.1.1937	772

Zahl der Juden in Ludwigshafen 1937—1939 nach dem rassistischen Judenbegriff der Nationalsozialisten

A. Von der Regierung der Pfalz weitergegebene Daten

	Gesamtzahl	davon deutsch	Ausländer
1.1.1937	843	453	390
1.4.1937	830	447	383
1.7.1937	801	431	370
1.10.1937	779	432	347
1.1.1938	768	426	342
1.4.1938	741	402	339
1.7.1938	773	430	343
1.10.1938	757	431	326

B. „Judenlisten" der Stadt vom 1.1.1938 und 1.1.1939 [2]

	Januar 1938	Januar 1939
Glaubensjuden	640	376
Sonstige „Juden"		
Protestanten	10	10
Katholiken	3	2
Ohne Bekenntnis	7	7
„Deutschblütige" Ehegatten	39	41
„Mischlinge" (1. und 2. Grad)	34	40
Von den Glaubensjuden waren		
Deutsche Staatsbürger	363	306
Ausländer	277	70
davon Polen/Staatenlose	262	65

1 Zahlen bei www.alemannia-judaica.de. Gemeinde Ludwigshafen

2 StALu, LUA 583

Volkszählung vom 29.10.1946	11[3]
Volkszählung 1950	18[4]
Volkszählung 1961	14
Volkszählung 1970	60[5]
Juni 2000	27 (davon 12 Ausländer)[6]
2002	100[7]
Ende 2006	130 (90% aus der ehem. Sowjetunion)[8]
2008	120[9]
2013	118

3 WUZ 1949, Sonderbeitrag 19 (StALu, Ds 241/19)

4 1950 und 1961 in Statist. Jahrbuch Lu, S.18 (StALu, Ds 242/21)

5 Informationen zur Stadtentwicklung Lu 1972/4 (StALu, Ds 243/5)

6 Nach Angaben des Statist. Amtes der Stadt (StALu, Ds 242/34)

7 „Synagoge für jüdische Bürger. Erstmals nach der Zerstörung in der Nazizeit wieder Gebetsraum in der Stadt", Rh. 1. Juli 2006

8 In Ludwigshafen und seiner unmittelbaren Umgebung, Angaben der jüdischen Gemeinde

9 2008/2013: Auskunft der Leiterin der Sozialabteilung der jüdischen Kultusgemeinde, Marina Nikiforova, Stand September 2013.

(Quellen: 1905—1914 Verwaltungsberichte der Stadt Ludwigshafen, 1919—1930 Statistische Vierteljahresberichte und ergänzend Verwaltungsberichte der Stadt Ludwigshafen; 1931/32 allgemeine Zahlen aus WuZ 1938, S.42; jüdische Zahlen: IGB)

In den Jahreszeilen: obere Zeile Gesamtbevölkerung,
untere Zeilen: jüdische Bevölkerung

	Einwohnerzahl	Geburten	Heiraten	Sterbefälle
1905	72 538	3 182	766	1 454
	594	22	3/4[1]	7
1906	77 094	3 203	740	1 547
	—	12	4/4	5
1907	81 301	3 289	843	1 460
	676	23	7/7	7
1908	83 101	693	3 263	12
	812	2/1	1 429	7
1909	84 997	2 872	763	1 313
	—	18	7/7	5
1910	83 307	2 728	821	1 136
	747	15	3/4	4
1911	87 096	2 564	834	1 170
	—	15	4/5	7
1912	90 061	2 595	896	1 209
	—	16	5/4	2
1913	93 968	2 544	923	1 104
	—	24	5/7	8
1914	94 685	2 563	888	1 401
	—	24	2/5	10
1919	90 779	1 958	1 253	1 138
	927	(19)[2]	(7)[3]	9(4)
1920	94 400	2 169	1 724	1 004
	—	26	18/4[4]	2
1921	96 900	2 127	1 459	903
	—	27	23/3	8
1922	99 600	1 875	1 503	972
	—	(12)[5]	45/7	10
1923	99 600	1 828	1 186	948
	—	?	26/5	12

Daten zur Bevölkerungsbewegung der jüdischen Gemeinde [1905—1932]

	Einwohnerzahl	Geburten	Heiraten	Sterbefälle
1924	101 700	1 911	928	818
	—	?	25/1	12
1925	102 200	1 763	1 012	839
	1 211	32	6/1	11
1926	102 500	1 740	1 066	848
	—	20	8/3	15
1927	103 300	1 712	1 159	844
	—	18	9/3	11
1928	104 400	1 785	1 163	868
	—	22	8/2	11
1929	105 400	1 786	1 197	923
	—	16	4/2	9
1930	106 200	1 718	1 052	864
	—	9	5/1	14
1931	106 900	1 553	972	839
	—	2[6]	?	3
1932	107 200	1 463	971	829
	—	0[7]	?	8

1 1905—1914 Zahl jüdischer Männer bzw. Frauen, die sich verheirateten
2 Nur zweites Halbjahr
3 Nur zweites Halbjahr
4 1920—1930 erste Zahl: rein jüdische Ehen; zweite: Mischehen
5 Nur erstes und drittes Vierteljahr
6 1931/32 Zahlen aus den Veröffentlichungen im IGB
7 Bei Geburten und Sterbefällen nur zweite Jahreshälfte verfügbar

Zur jüdischen Wirtschaftsgeschichte in Ludwigshafen

Gewerbeanmeldungen[1]

	gesamt	jüdische Anmeld.	in % der Gesamtzahl aller Anmeldungen	ostjüdische[2]	in % der Gesamtzahl der jüd. Anmeld.
1901	775	34	4,4	17	50,0
1902	745	16	2,2	7	43,7
1903	771	16	2,1	9	56,2
1904	706	23	3,3	8	34,7
1905	1255	35	2,8	11	31,4
1906	789	25	3,2	12	48
1907	737	34	4,6	12	35,3
1908	750	22	2,9	8	36,4
1909	786	40	5,1	18	45
1910	707	32	4,5	13	40,6
1911	745	31	4,2	16	51,6
1912	995	35	3,5	23	65,7
1913	829	38	4,6	25	65,8
1914	698	33	4,7	23	69,7
1916[3]	183	19	10,3	11	57,9
1917	271	11	4,0	1	9,0
1918	384	15	3,9	3	20,0
1919	834	64	7,6	18	28,1
1920	1135	60	5,3	26	43,3
1921	779	58	7,4	37	63,7
1922	911	61	6,7	36	59,0
1924	1543	83	5,4	50	60,2
1925	1448	57	3,9	37	64,9
1926	1188	54	4,5	28	51,8
1927	1443	67	4,6	37	55,2
1928	1139	63	5,5	28	44,4
1929	1369	82	6,0	45	54,9

1 Aus den Jahren 1915 und 1923 sind keine bzw. nur höchst unvollständige Listen erhalten

2 1901—1911 sowie 1922—1924 geschätzt aufgrund der Namen der Antragsteller und weiterer Informationen, 1912—1921 weitgehend aufgrund der präzisen Angaben im Gewerberegister

3 Nur Buchstaben A—F und S—Z erhalten

Berufsstatistik der jüdischen Familienhäupter bzw. Haushaltsvorstände 1912

	Zahl	in %
Freie Berufe/Öffentlicher Dienst	27	11,4
Rechtsanwälte	9	3,8
Lehrer	5	2,1
Ärzte	4	1,7
Bahn- und Postbedienstete	4	1,7
Steuer- und Justizverwaltung	2	0,8
Vorbeter/Synagogendiener	2	0,8
Stadtbaumeister	1	0,4
Handel und Industrie unspezifisch[1]	4	1,7
Prokuristen[2]	2	0,8
Großhandel[3]	22	9,3
Landwirtschaftliche Produkte/Mühlenbedarf	16	6,7
Einzelhandel/Dienstleistungen	146	61,6
Einzelhandel mit Laden (ohne Trödel etc.)[4]	79	33,3
Textil/Accessoires	43	18,1
Eisenhandlung/Eisenwaren	12	5,1
Schuhe	10	4,2
Möbel	6	2,5
Lebensmittel	5	2,1
Trödel-, Alteisen-, Lumpen-, Sackhandel[5]	20	8,4
Kaufleute/Händler ohne nähere Beschreibung	17	7,2
Kommission/Agentur	7	2,9
Handel im Umherziehen (alle handelten mit Textilien bzw. Kurzwaren)	10	4,2
„Geschäftsreisende"	6	2,5
Pferde-, Viehhandel	3	1,2
Dienstleistungen (Auktionator, Immobilienmakler, Kinobetrieb, Kostgeberei)	4	1,7

1 Neben den genannten Geschäftsführer und Kontorist

2 Bei denen der Arbeitgeber nicht ermittelt werden konnte

3 Neben der erwähnten Branche noch Papier, Kolonial-, Kurz-, Eisenwaren und Kaffeegroßhandel

4 Neben den erwähnten noch Spielwaren, Glas und Porzellan

5 Dabei auch ein „Haararbeiter" (Vermutlich Handel mit Haaren)

Berufsstatistik der jüdischen Familienhäupter bzw. Haushaltsvorstände 1912

	Zahl	in %
Bank- und Kreditgewerbe	2	0,8
Bankkommission	1	0,4
Bankbeamter	1	0,4
„Industrie"	20	8,4
a) nach Branche[6]		
Textil	5	2,1
Landesproduktenverarbeitung/Nahrungs-, Genussmittel	4	1,7
Druckerei	3	1,2
Holzverarbeitung/Möbel	3	1,2
Chemie	2	0,8
Industrie unspezifisch	1	0,4
b) nach „Stand"		
„Fabrikanten"	14	5,9
Chemiker	2	0,8
Prokurist	1	0,4
Reisender/Kommissionär	2	0,8
Arbeiter	1	0,4
Handwerker[7]	15	6,3
Metzger	4	1,7
Polsterer	2	0,8
Uhrmacher	2	0,8
Tüncher	2	0,8
Nicht in die Berufsstatistik aufgenommen		
„Privatiers"	5	
Witwen/Ehefrauen	16	
Beruf nicht zu ermitteln	2	

6 Neben den erwähnten noch Elektroanlagen und Mühlsteinfabrikation

7 Neben den erwähnten Bäcker, Heizungsinstallateur, Schuhflicker, Näherin

Berufs- und Sozialstatistik der Ludwigshafener Juden 1933

Tätigkeit der Ludwigshafener Juden nach Wirtschaftsabteilungen

Beschäftigte in Prozent. Ohne Klammer: Ludwigshafen, in Klammern Zahlen für das gesamte Deutsche Reich. Kursiv: Zahl der jüdischen Beschäftigten bzw. – nach dem Schrägstrich – der Angehörigen in Ludwigshafen.

		Juden	Gesamtbevölkerung
Industrie und Handwerk	*70/77*	15,3 (23,1)	56,9 (40,4)
Handel und Verkehr	*315/345*	68,6 (61,3)	25,2 (18,4)
Öffentlicher Dienst und Private Dienstleistungen	*68/75*	14,8 (12,5)	10,8 (8,4)
Häusliche Dienste	*5/2*	1,1 (1,4)	5,9 (3,9)
Landwirtschaft	*0/0*	0,0 (1,7)	1,0 (28,9)
Daneben: berufslose Selbständige	*71/42*		

Die jüdischen Ludwigshafener Beschäftigten im Vergleich zu denen der Pfalz bzw. der deutschen Großstädte (Prozentsätze)

	Ludwigshafen	Pfalz (ohne L.)	Großstädte allgemein
Industrie und Handwerk	15,3	16,6	25,0
Handel und Verkehr	68,6	72,9	58,2
Öffentlicher Dienst etc.	14,8	5,7	15,0
Häusliche Dienste	1,1	2,0	1,4
Landwirtschaft	0,0	2,9	0,3

Anteil der jüdischen Ludwigshafener Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen an denen der Pfalz (in Prozent)

Anteil an der jüd. Bevölkerung der Pfalz	16,5
Industrie und Handwerk	14,2
Handel und Verkehr	14,5
Öffentlicher Dienst etc.	31,9
Häusliche Dienste	9,1
Berufslose Selbständige	10,3

Tätigkeit der Ludwigshafener Juden nach sozialer Stellung

Erste Spalte (kursiv): Zahl der jüdischen Beschäftigten in Ludwigshafen [ZjBL], zweite Spalte: Zahl der jüdischen Beschäftigten in Prozent aller jüdischen Beschäftigten in Ludwigshafen. Dritte Spalte: Vergleichsprozentzahlen für die Ludwigshafener Gesamtbevölkerung

	ZjBL	Juden	Gesamt
Selbständige	*236*	51,5	10,3
Mithelfende Familienangehörige	*36*	7,9	2,7
Beamte und Angestellte	*168*	36,7	31,1
Arbeiter	*13*	2,8	50,2
Hausangestellte	*5*	1,1	5,6

Anteil der jüdischen Selbständigen und Angestellten an der Gesamtzahl der jüdischen Beschäftigten in Ludwigshafen

	Selbständige*	Angestellte und Beamte
Industrie und Handwerk	44,2	42,8
Handel und Verkehr	66,3	33,3
Öffentlicher Dienst/ Priv. Dienstl.	47,0	48,5

* einschließlich mithelfender Familienangehöriger

Anteil der jüdischen Beschäftigten nach sozialer Stellung an der Gesamtzahl der Ludwigshafener Beschäftigten (in Prozent)

Anteil an der Gesamtbevölkerung	1,0
Selbständige	5,0
Mithelfende Familienangehörige	2,9
Beamte und Angestellte	1,4
Arbeiter	0,01
Hausangestellte	0,2

Berufstätigkeit der Ludwigshafener Juden
nach Wirtschaftsgruppen

Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung	4
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	6
Elektrotechnische Industrie	1
Chemische Industrie	10
Textilindustrie	2
Druckerei, Fotografisches Gewerbe	5
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	12
darunter Fleischerei	8
Bekleidungsgewerbe	9
Bau- und Baunebengewerbe	5
Handelsgewerbe	303
darunter Waren- und Produktenhandel	291
darunter Immobilienhandel Vermittlung, Auskunft	8
Bank-, Börsen-, Versicherungswesen	9
Gast- und Schankgewerbe	1
Verwaltung, Kirche, Bildung, Erziehung	41
Gesundheitswesen	20
Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge	3
Musik, Schausteller, Rundfunk, Lichtspiele	4

Tätigkeit
in verschiedenen Berufen

Handel bzw. vorwiegend Handel	
„Eigentümer und Pächter" (meist im Handel)	158
Kaufmännische und Büroangestellte (meist wohl Handel)	49
spezielle Berufe des Handels	
Mithelfende Familienangehörige	32
Abteilungsleiter, Prokuristen	7
Reisende, Vertreter, Agenten	39
Makler, Kommissionäre	1
Verkäufer	26
Buchhalter, Stenotypisten etc.	18
Industrie bzw. vorwiegend Industrie	
„Fach- und technische sowie leitende Angestellte" (meist wohl Industrie)	18
Ingenieure und Techniker	4
Chemiker	2
Papierverarbeitung	4
Metallgewinnung	1
Handwerk	
Mithelfende Familienangehörige	4
Goldschmied	1
Optiker, Uhrmacher	5
Mechaniker, Klempner etc.	2
Tischler	1
Fleischer und Wurstmacher	6
Schneider	1
Hutmacher	1
Schuhmacher	3
Maler/Lackierer	3
Glaser	1
Polsterer	2
Fotografen	1

Tätigkeit
in verschiedenen Berufen

Verwaltung, freie Berufe	
Rabbiner	3
Rechtsreferendare	1
Studienräte	9
Volks-/Mittelschullehrer	1
Privat-, Hauslehrer	1
Rechtsanwälte/Konsulenten	11
Musiker, Sänger etc.	2
Andere Berufe der Verwaltung	4
Gesundheitswesen	
Ärzte	13
Zahnärzte	2
Dentisten/Zahntechniker	4
Apotheker	1
Sonstiges Pflegepersonal	4
Häusliche Dienste	
	5
Nicht zuordenbar	
(4 Beamte,1 Arbeiter, 2 Werkmeister etc.)	12

„Arisierungen" am Beispiel der Geschäfte in jüdischem Besitz in der Ludwigstraße (Angaben aus den Adressbüchern)
J: in jüdischer Trägerschaft; A: arisiert

Haus-Nr.	Geschäft März 1932	April 1936	Mai 1938
11	Tietz, Kaufhaus	A	A
23	Liebling, Eierhalle	A	A
41	Alsbacher, Schuhe	J	J
55	Schuhbaum AG	J	J
57	Kaufmann, Theodor, Konfektion	J	A
—	Ziegler, Herrenkonfektion (Adresse: Kaiser-Wilhelm-Straße 9a)	A	A
63	Weiler, Schuhe	A	A
65	ehem. Textil-Goldkorn	Schuhbaum	A
67	Kälbermann, Herren-Konfektion	J	J
69—73	Wronker, Kaufhaus	A	A
81	Weilheimer, Schuhe	J	J
83	Durlacher, Schuhe	J	J
83	Strauß, Nestor, Anilina Bekleidung	Abraham, Schuhe	A
6	Türkheimer, Eisenhandlung	A	A
10	Grombacher, Betten	J	J
12	Freisleben, Modehaus Merkur	A	A
16	Weil, Haushaltsartikel	J	A
26	Hirsch, Betten	A	A
28	Oberdorfer, Manufakturwaren	J	J
30	Auerbacher, Manufakturwaren	A	A
30a	Rothschild, Kaufhaus	A	A
34/36	Altschüler, Schuhe	A	A
38	Meyer, Damenkonfektion	A	A
42	Frank, Herrenkonfektion	J	J
42a	Rubel/Berg, Möbel	J	J
54a	Ehape, Warenhaus	A	A
54b	Beer, Haushaltswaren	J	A

Das Verschwinden des jüdischen Hausbesitzes am Beispiel der Ludwigstraße
(kursiv: nicht-jüdische Besitzer)

Die Angaben sind den Adressbüchern entnommen. Ein Blick in die Restitutionsakten der Stadt Ludwigshafen (ZR II 1008) zeigt, dass die Besitzgeschichte teilweise noch erheblich komplexer war. So ging das Haus Ludwigstraße 39 zeitweise in die Verwaltung der „Saarpfälzischen Vermögensgesellschaft" über, bevor es dann von dieser an die Stadt veräußert wurde. Das Haus Grombacher (Ludwigstraße 10) wurde ebenfalls von der Gesellschaft „übernommen", an die Stadt veräußert und danach von dieser an Defièbre verkauft.

Nr.	Besitzer März 1932	Besitzer Mai 1938	Besitzer Januar 1940
5	Familie Jakob	G. Jakob, Wwe	dies.
11	Tietz	*Kaufhof AG*	*dies.*
31	Schnurmann Erben	dies.	*Stadt Ludwigshafen*
39	Tobias, G.	ders.	*Stadt Ludwigshafen*
45/47	Netter, A./E.	*Woolworth*	*ders.*
49	Alsbacher, L.	*Illinger, Notar*	*ders.*
57	Kaufmann, Th.	ders.	ders.
59	Kaufmann, Th.	ders.	ders.
63	Weiler, I.	Weiler, S., Wwe	dies.
65	Goldkorn, Wwe	*Salamander*	*ders.*
71	Hirsch, R.	ders.	ders.
81	Weilheimer	Weilheimer, Berta	dies.
6	Türkheimer, S.	*Borchert & Pitz*	*ders.*
10	Grombacher, A.	ders.?	*Saarpfälz. Vermögensverw.*
12	Freisleben, L.	*Trabold, Herrenkonf.*	*ders.*
26	Hirdt, A., Hdbg.	ders.	ders.
28	Stern	Stern, Julius, Frankfurt/M.	ders.
30	Auerbacher, B.	ders.	*Demuth GmbH*
30a	Rothschild, L., Mannheim	ders.	*Schuh, Bernh., GmbH*
34	Weil, L.	ders.	*1940/42 „wird von Grund- und*
36	Altschüler, Z.	ders.	*Liebler, G.*
38	Meyer, M.	ders.	*Saarpfälzische Vermögensve*
40	Kaufmann, M.	?	*Bauer, Offenbach*
42	Tempelhof, F.	*Bayer. Hypo-Bank*	*Bachmann, A.*
42a	Berg, M.	Neubauer, F. & R.	dies.
50	Adler, M., Speyer	ders.	ders.

	Besitzer 1942	Besitzer Febr. 1956
	Stuttgarter Bank	*—*
	dies.	*dies.*
	abgerissen	*—*
	abgerissen	*—*
	ders.	*ders.*
	ders.	*ders.*
	Bobzien & Co.	*Hassinger, Philadelphia/USA*
	Elleser, Installateur	*Hassinger, Philadelphia/USA*
	Orlik-Diehl	*Hassinger, Albert, Ludwigshafen*
	ders.	*ders.*
	ders.	*Klebs KG*
	Fahrbach, H., „Hausverwalter"	*Aktienbrauerei*
	Stadt Ludwigshafen	*Cutivel, W.*
	Defièbre, W., Vermögensverwalter?	*ders.*
	Hilzinger, Geschw.	*Latteyer & Koch, Architekten*
	ders.	*Latteyer & Koch, Architekten*
	ders.	*Latteyer & Koch, Architekten*
	ders.	*ders.*
	dies.	Rothschild, Erben, Mexiko
Haus-Besitzer-Verein verwaltet"		*Waldmann, J.*
	ders.	*ders.*
erwaltung	*Grüner, G.*	*Laubner, E.*
	ders.	*ders.*
	ders.	*Nordsee AG*
	Bauer, G., Mannheim	*Joos, Ludwig (zuvor wieder Neubauer, New York)*
	ders.	*—*

Die in Ludwigshafen wohnhaften jüdischen Haushaltsvorstände des Jahres 1912 und ihr Schicksal

Abkürzungen:

AB	Adressbuch der Stadt Ludwigshafen
Absch.	„Polenaktion" Oktober 1938
Dep.	Deportation (unbek. Dep. = Deportation und Ermordung an nicht genau bekanntem Ort)
Emigr.	Emigration
ev.	eventuell
Gurs	Deportation nach Gurs Oktober 1940
IntL	Internierungslager
Lu	Ludwigshafen
Ma	Mannheim
sp.	später
(Zahl)	Steuerklasse nach der Steuerliste 1912
◊	bayerischer Staatsbürger (eventuell auch mit Jahr des Erwerbs)
∫	Erwerb des Ludwigshafener Bürgerrechts im Jahr (wie angegeben)
≠	nicht in der Steuerliste der Kultusgemeinde 1912 (also in der Regel durch Gewerberegister und Adressbücher belegt)

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
1	Abraham, Moritz (17)	*1872 Börsborn/ Homburg, ◊	Möbel-magazin	†14.2.1938 Lu
2	Adler, Moritz/Moses (3)	*1882 Wertheim	Kaufmann	†27.12.1941 Ma
3	≠Agert, Sender	*1883 Tarnagrod/ Lublin/Russ.-Polen	Säcke und Gummi	†17.11.1915 Lu
4	Alsbacher, Leo (12)	*1875 Würzburg, ◊	Rhein. Schuhhaus	Gurs, Rückkehr nach Lu, wo er bis zum Tod lebt, †15.9.1964 Bad Kissingen
5	Altschüler, Zacharias (27)	*1862 Grünstadt, ∫ 1913, ◊	Schuhwaren	Gurs, †1.9.1942 Uruguay

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
6	Auerbach, Oskar (5)	*1884 Woloczyska/ Rußland	Eierhandlung	Juni 1938 nach Argentinien
7	Auerbacher, Barbara Wwe (7)	*ca. 1840 Diersberg/ Offenburg	—	†26.1.1927 Lu
8	Auerbacher, Bernhard (22)	*1876, Kippenheim/ Ettenheim, ◊ 1919	Manufakturw. u. Hemdenfabr.	1939 GB, 1940 USA, †21.7.1955 St. Louis/USA
9	Auerbacher, Lazarus gen. Ludwig (31)	*1865 Kippenheim/ Ettenheim	siehe A. Bernhard	†20.1.1921 Lu
10	Baum, Ernst (16)	*1876 Dt.-Kralup/ Böhmen, ∫ 1911, ◊	Schuhe, Kleider	1919 nicht mehr AB, sp. Prag, 1941 Ghetto/Lodz
11	Baum, Julius (5)	*1879 Mannheim	Geschäfts- reisender	Gurs, †14.4.1957 Chicago
12	Baum, Dr. Philipp (5)	*1876 Hassfurt/Obfr., ∫ 1909, ◊	Realschul- professor	†12.11.1918 Ma Lebt bis zum Tod in Lu
13	Baumwollspinner, Abraham gen. Adolf (6)	*1880 Drühobycz b. Przemysl, Galizien	Manufak- turwaren	1938 Absch./ unbek. Dep.
14	Berg, Max (22)	*1880, Sembach b. Rockenhausen, ◊	Manufakturw. Ausstattung	1939 Emigr. Argentinien 1950 Buenos Aires
15	Bernstein, Alfred (2)	*1872 Bad Ems, ∫, ◊	Postsekretär	Gurs, †13.10.1944 Nexon/IntL
16	≠Bialski, Abraham	*1881 Radom/ Russ.-Polen	Galanterie- waren/Messe	1919 nicht mehr AB
17	≠Birnberg, Karl	*1887, aus Kolomea/ Galizien	Hausdiener	†5.5.1925 Lu
18	Bloch, Markus (18)	*1853, Gauersheim/ KIB, ∫ 1889, ◊	Bahn- verwalter	†13.11.1926 Lu
19	Bohrmann, Gottlieb (7)	*1846 Haßloch, ◊	Landes- produkte	†13.10.1921 Lu

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
20	Bohrmann, Theodor (16)	*1857 Haßloch, ∫ 1896, ◊	Pferde-händler	†9.1.1926 Haßloch
21	Brann, Artur (4)	*1878 Schweidnitz	Kaufhaus	bis 1934/35 AB
22	Cohn, Markus (Martin) (8)	*1880 Ortelsburg/ Ostpr., ◊ 1919	Herren-bekleidung	†31.12.1932 Lu
23	≠Cohn, Max	*1882 Alt-Karbe/ Ost-Brandenburg	Herren-konfektion	1919 nicht mehr AB, sp. Berlin, 1942 Ghetto Riga
24	Dannheiser, Dr. Ernst (4)	*1863 Landau, ∫ 1893, ◊	Oberreal-schul-Professor	†30.9.1920 Lu
25	David, Albert (2)	(?) *1857 Eberbach	Kaufmann	†21.10.1935 Ma
26	Dellheim, Theodor Wwe, Dorothea (3)	*1854 Münsterappel/ Rockenhausen	—	†14.3.1934 Mutterstadt
27	≠Dellheim, Alfred	*1882 Mutterstadt	Kaffee-geschäft	vor 1925 weg, †27.2.1948 Heldburg
28	Diamand, Israel (3)	*1864 Lemberg/ Galizien	Reisender	1919 nicht mehr AB ermordet im Osten
29	Dobschiner, Tobias (2)	*1857 Plock/Polen	Haar-arbeiter	†26.7.1930 Lu
30	Dosenheimer, Frieda, Ehefrau (4)	*1884 Mannheim	Frau d. Amtsrichters	†um 1970 New York
31	Durlacher, Salomon gen. Siegmund (10)	*1879 Münzesheim/ Bretten	Schuhwaren	Gurs, †31.8.1942 Auschwitz
32	≠Ehrenreich, Markus	*1867 Dukla/Galizien	Kurzwaren/ Messe	1919 nicht mehr AB, sp. Pirmasens?
33	Eilenberg(?) Sally (2)	*1883 Jarotschin/ Posen	Kaufmann	1919 nicht mehr AB, †5.5.1944 Theresienstadt
34	Engel, Leon (Leib) (7)	*1854 Solotwina/ Galizien	Manufak-turwaren	bis 1936 AB, sp. Ma, †5.11.1939 Ma
35	≠Faß, Meilach gen. Emanuel	*1889 Ulanow/ Galizien	Trödel-handel	1938 Absch./ unbek. Dep.

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
36	Feith, Sigmund (3)	*1869 Neustadt/W.	Rechtsanwalt	1919 nicht mehr AB, ev. Emigration, USA?
37	≠Fisch, Jakob	*1876 Krzywoklystary	Reisender	1938 Absch.
38	Fisch, Salomon (18)	*1879, Münzesheim/ Bretten, ∫ 1910, ◊	Möbel/ Betten	1919 nicht mehr AB
39	Fischer, Benno (7)	*1876 Neuhofen, ◊	Möbel/ Zigarren	vor 1928 weg, †1.10.1942 Theresienstadt
40	Fischer, Eduard (3)	*1878, Neuhofen, ◊	Druckerei	bis 1930 AB, 1938 Dachau, 1938—1940 Buchenwald, dort †28.2.1940
41	Frank, Louis/ Ludwig (10)	*1876, Glan-Münchweiler, ◊(??)	Herren-konfektion	bis 1938 AB, ev. Emigr. USA, Chicago?
42	Frank, Louis Wwe (4)	*1852 Rahden/ Westfalen	—	†29.4.1939 Lu
43	Freisleben, Louis (11)	*1883 Tachau/ Böhmen, ◊ 1915	Konfektions-haus „Merkur"	1933 Emigr., 1930er Budweis
44	Fried, Dr., Richard, (24)	*1878, Ingenheim/ Bergzabern, ◊	prakt. Arzt	Emigr., 1942 in New York
45	Fromann, Abraham (13)	*1861 Winnweiler, ◊	Manufak-turwaren	†13.9.1926 Lu
46	Gärtner, David (4)	(?)*1885 Mayen	Metzger	1919 nicht mehr AB, 1945 für tot erklärt
47	≠Gärtner, Max	*1884 Simmern	Pferde-handlung	vor 1925 aus AB verschwunden
48	Gelber, Hermine Wwe (2)	*1858 Devecser/ Ungarn	—	†5.1.1919 Lu
49	Gerstle, Dr. Eugen (20)	*1875, Memmingen, ◊	prakt. Arzt	Gurs, †25.1.1950 USA
50	≠Getreide, Heinrich	*1891	Schuhe	1919 nicht mehr AB

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
51	Gimbel, Julius (6)	*1890 Ludwigshafen	Mehl-handlung	1939 über Frk./USA nach Mexiko, †2.9.1968 Mexico City
52	Gimbel, Karl (39)	*1858 Biedesheim/ KIB, ∫ 1906, ◊	Eisenwaren	†vor 1925
53	Gimbel, Lehmann, Wwe (5)	*1829 Mehlingen bei Kaiserslautern	—	†2.5.1913 Lu
54	Gimbel, Leopold (32)	*1864 Biedesheim/ KIB, ∫ 1896, ◊	siehe Gimbel, Julius	†30.4.1925 Lu
55	Gimbel, Ludwig (6)	*1889 Ludwigshafen	siehe Gimbel, Julius	†28.8.1916 Arosa
56	Gimbel, Moritz (29)	*1860 Biedesheim, ∫ 1896	Mühlstein-fabrik	†12.10.1932 Lu
57	≠Goldkorn, Heinrich	*1892 Sosnowitz	Trödler	†1929 (Autounfall bei Mannheim)
58	Goldschmit, Julius (29) Wwe, Rosa	*1844 Lichtenfels/ Franken	—	1919 aus AB verschwunden
59	Goldschmit, Moritz (5)	?	Kaufmann	bis 1921 AB
60	≠Goldstein, Aaron	*? Warschau	Sattler	1919 nicht mehr AB
61	≠Goldstein, Dr. Max	*1883 Maßbach/ Kr. Kissingen	Oberreal-schulassessor	†14.9.1916 (gefallen)
62	Goßmann, Ismar (3)	*1882 Breslau, s. 1912 in Lu	Kontorist	vor 1928 aus AB verschwunden
63	≠Greilsamer, Max	*1877 Breisach	Eisenwaren (G. & Lefor)	Gurs, Auschwitz † um 1943
64	Grombacher, Adolf (7)	*1880 Obergimpern/ Sinsheim	Manufak-turwaren	Gurs †11.8.1942
65	Grübel, Ludwig (4)	*1874 München, ∫ 1909, ◊	Kaufmann	†3.6.1939 Lu
66	Grünenbaum, Simon (13)	*1867 Bindsachsen, Kr. Büdingen	Kurz-, Weiß- u. Wollwaren	Gurs, †24.10.1941 Récébédou
67	Grünhut, Josef (10)	*1877 Devecser, Vezprem/Ungarn	Bazar Sally Graetz	†28.5.1937 Lu

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
68	Günzburg, Artur (2)	?	?	1919 nicht mehr AB
69	Guthmann, Salomon bzw. Siegfried (15)	*1873 Groß-Gerau, s. 1898 in Lu, ◊ 1923	Metzger	nach 1937 Mannheim, Frankfurt †7.11.1938 Ma
70	≠Händler, Leib Moses	*1855 Dukla/Galizien	Händler	Absch. 1938, 1945 für tot erklärt
71	≠Händler, Viktor	*1877 Dukla/Galizien	Tuchabfälle etc.	1936 Emigr. Palästina, †3.12.1959 Kiryat Amal, Israel
72	Hamburger, Julius (8)	*1881, Burgsinn/Gemünden (Ufr.)	bei Frank, Herrenkonfektion	1945 Theresienstadt, 1946 in Mannheim, Überlebender, †4.4.1961 Newark/USA
73	≠Hankin, Hirsch	*1882 Lojew/Weißrussland	Zigarettenfabrik	1939 via Triest Emigr., New York
74	Heilborn, Ludwig	*1854 Rybnyk	Weiß- und Wollwaren	†4.7.1936 Lu
75	Heilbronner, Abraham gen. Adolf (32)	*1854 Ihringen/Breisach, ∫ 1905, ◊	Glasurfabrikant	†16.6.1925 Lu
76	Heinemann, Artur (18)	*1860 Altena/Westf.,	Glas, Porzellan	†24.3.1935 Lu
77	Heinemann, David (8)	*1872, Kleinsteinach/Ufr., ◊	Oberrealschul-Professor	Gurs, Emigr. 1942 Montevideo, dort †13.8.1963
78	≠Heiselbek, Markus	*1893 (ev. Heidelberg)	Kurz-, Galanteriewaren	1919 nicht mehr AB
79	Herold, Max (8)	*1880 Oppau, ◊	Metzger	1919 nicht mehr AB
80	Herold, Salomon (3)	*um 1844 Roxheim, ◊	Metzger	†7.4.1921 Lu
81	Herz, Abraham (28)	*1843, Ruchheim, ∫ 1881, ◊	Bauunternehmer (Privatier)	†8.6.1913 Lu

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
82	Herz, Albert (4)	*1882, vermutl. Oestringen/Bruchsal	Manufaktur-Modewaren (E. J. Stutzmann Nachf.)	1919 nicht mehr AB
83	Herz, Alfred (8)	*1879 Ludwigshafen, ∫ 1903, ◊	Öl- u. Fettwarenhandel	sp. Ma, 1938 Nizza, dort †8.5.1957
84	Herz, Dr. Emil (9)	*1878 Ludwigshafen, ∫ 1909, ◊	Rechtsanwalt	Gurs, †10.12.1940
85	Herz, Hermann (6)	*1845 Ruchheim, ◊	Kommissionsgeschäft	†7.11.1915 Lu
86	Herz, Jakob (20)	*1873 Dierdorf, Kr. Neuwied, 1909, ◊	Rolladenfabrikant	†5.12.1930 Lu
87	Herz, Samuel Wwe, Babette (6)	*1842 Ruchheim	—	†11.2.1937 Ma
88	Herz, Myrtill (4)	*1883, Oestringen/Bruchsal	siehe Herz, Albert	bis 1940 AB, nicht Gurs
89	Heumann, Paula, sp. verh. Hirsch	*1885 Hoffenheim	Inh. Kaufhaus Wronker	sp. Gurs, Auschwitz
90	Hilsenrad, Karl (4)	?	Reisender	1919 nicht mehr AB
91	Hirsch, Emanuel	*1844, Roxheim, ∫ 1906, ◊	Synagogendiener	†8.2.1929 Lu
92	Hirsch, Heinrich (4)	*1874, Ruchheim, ∫ 1910, ◊	Dekorateur/Polsterer	Gurs, †26.4.1943 Toulouse
93	Hirsch, Hermann (6)	*1872, Ruchheim, ◊	Prokurist Manuf. Mann	1941 vorübergehend Ma
94	Hirsch, Max (4)	*1876 Ruchheim, ∫ 1912, ◊	Tapezier, s. Hirsch, Heinrich	Gurs, †16.7.1943 Auschwitz
95	Hirsch, Rudolf (16)	*1884 Mähren	Kaufmann	bis 1940 AB, vermtl. 1941 Ghetto Lodz, ermordet

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
96	Hirsch, Sigmund (3)	? *1884 Edenkoben	Kaufmann	1919 nicht mehr AB, sp. Wiesbaden, 1942 Auschwitz
97	Hirschler, Bernhard (12)	*1848, Edigheim, ∫ 1908, ◊	Mehl und Futter en gros	†2.3.1929 Lu
98	Hirschler, Josef (6)	*1879, Frankenthal	Prokurist, s. H., Bernhard	1919 nicht mehr AB, sp. Ma, 1939 Argentinien, †5.12.1952 Buenos Aires
99	Hirschler, Sigmund (12)	*1878, Frankenthal, ∫ 1909, ◊	Prokurist (Wolf Netter)	1934 Emigr. Argentinien
100	Hirschmann, Gustav (25)	*1882 Hanau	Fabrikant (Teilhaber D. Neuschäfer)	Emigr., 1942 in Baltimore
101	Hochstädter, Leopold (7)	*1861 Lampertheim	Zigarren/ Likörhandlung	†26.5.1939 Lu
102	Hochherr, Nathan (12)	*1864 Berwangen/ Eppingen, ∫ 1914, ◊	Papierwaren en gros	†1.2.1930 Lu
103	Hoffmann, Israel (2)	*1886, Brzozow/ Galizien, 1910 in Lu	Trödelhändler	1919 nicht mehr AB, zul. Belgien, †1944 Auschwitz
104	≠Horendrexler, Baruch gen. Bernhard	*1888 Janowo/ Galizien	Sack-handlung	Gurs, †Auschwitz
105	Jakob, Bernhard (19)	*1857 Ludwigshafen, ∫ 1889, ◊	Leder und Häute	†24.5.1935 Lu
106	Jakob, Eduard (4)	*1866 Ludwigshafen, ∫ 1894, ◊	Kommissions-geschäft	†2.3.1921 Lu
107	Jakob, Gustav (17)	*1862 Ludwigshafen, ∫ 1894, ◊	siehe J., Bernhard	†vor 1939
108	Jakob, Hermann (4)	*1866 Ludwigshafen, ∫ 1894, ◊	Kaufmann	vor 1925 aus AB verschwunden
109	Jakobi, Jakob (4)	*1843 Kindenheim	Agent	†19.12.1929

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
110	Kälbermann, Hugo (12)	*1884 Großeicholzheim/Nordbaden	Herrenkonfektion	†1.9.1917 (gefallen)
111	Kälbermann, Julius (6)	*1888 Großeicholzheim/Nordbaden	siehe K., Hugo	1939 Emigr. nach New York, lebt noch 1954
112	Kahn, Adolf (11)	*1873 Lambsheim(?)	Mehl/Landesprodukte (L. Friedensreich)	bis 1931 AB, †vor 1938?
113	Kahn, Dr., Leopold (7)	*1882 Kaiserslautern, s. 1909 in Lu, ◊	Rechtsanwalt	Gurs, †16.9.1942 Auschwitz
114	Katz, Dr. Leo (12)	*1874 Neustadt/W., s. Juni 1912 in Lu, ◊	—	nach 1941 Verschleppung nach Theresienstadt, †1.10.1945 Lu
115	Katz, Max (9)	*1854 Steinbach/Kr. Gießen	Geschäftsführer bei Löb, Lazarus	†27.7.1922 Lu
116	Kaufmann, Theodor (17)	*1887 Ladenburg	Manufakturwaren/Konfektion	Flucht nach Schanghai, †14.12.1958 New York
117	≠Kiriasefer, Sigmund	*1878 Jekaterinoslaw/Ukraine	Zigarrenfabrikation	1919 nicht mehr AB, sp. Berlin, †Ghetto Lodz
118	Kirschbaum, Max (18)	*1871 Wassertrüdingen b. Dinkelsbühl, ∫ 1907, ◊	Kurz,- Weiß-, Modewaren	Gurs, †31.8.1942 Toulouse
119	Kling, Max (Bernhard?) (3)	*1872 Herschberg	Reisender	Gurs, †Apr. 1945 Montelimar/Frk.
120	≠Klugmann, Nathan	*1875 Konczuga	Tüncher	1938 Absch. ermordet
121	Koburger, Josef (17)	*1878 Bamberg, ∫ 1909	Bank/Mathematiker	†5.1.1939 Ma
122	≠Kochane, Wolf Daniel	?	Lumpensammler	1919 nicht mehr AB

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
123	Köbner, Johanna, Wwe (4)	*1834 Prawnitz/ Milisch/Schlesien	—	†23.5.1916 Lu
124	Köbner, Dr. Max (8)	*1872 Münsterberg/ Schlesien?, ◊	Chemiker	1937 Emigr., †19.2.1947 Marylebone/ London/GB
125	Koppel, Salomon (2)	*1877 Lodz	Viehhändler/ Milchhdlg.	bis 1936 AB, Emigr. USA?
126	Korn, Willi (4)	*1880 Kassel, s. 1906 in Lu, ◊ 1913	Chemiker (b. Raschig)	†30.12.1916 Lu
127	≠Kupfer, Saul	*1872 Karczin/ Galizien	Kurzwaren/ Messen	1933 Ausweisung, Emigr. Palästina
128	Landecker, Michael (32)	*1861 Thalmasing/ Oberpfalz, ∫ 1885, ◊	Hopfenhandlung	1921 aus AB verschwunden
129	≠Langnas, Bernhard	*1877 Lodz	Tuchreste	1921 nicht mehr in AB, sp. Berlin, †26.4.1942 Berlin
130	≠Lederberger, Josef	*1862 Wisnitz/ Galizien	Weißwaren	†vor 1938
131	Lefor, Isidor (11)	*1881 Bachfeld/ Thüringen (H.-Nassau)	Eisenwaren en gros	Gurs, †ca. 1944 Auschwitz
132	Leiser, Julius (24)	*1874 Kulm/ Westpreußen, ◊ 1919	Ingenieur, Fabrikant (Süddeutsche Elektrizitätsgesellschaft)	†3.6.1935 Lu
133	Levi, August (7)	ca.*1878 Haßloch(?)	Kaufmann	†13.8.1914 (Haßloch?)
134	Levy, Eugen (2)	(?)*1865 Zweibrücken	Geschäftsführer	1919 nicht mehr AB
135	≠Levy, Hermann	*1872 Albersweiler	Tüncher	Gurs, 1946 zur. n. Lu
136	Lewkowitz, Salomon gen. Emanuel (5)	*1869 Steinersdorf/ Schlesien, ◊ 1919	Auktionator	†5.1.1937 Lu

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
137	≠Lichtenstein, Paula	?	Kostgeberin (Privatiere)	vor 1925 aus AB verschwunden
138	Löb, Jakob (15)	*1866 Ungstein, ∫ 1913, ◊	Weißwaren	Gurs, †3.9.1942 Récébédou
139	Löb, Lazarus (9)	*1857 Philippsburg	Pflanzenbutter, Öl, Landesprodukte	†12.11.1926 Lu
140	Löw, Hugo (8)	*1883 Ruchheim, ∫ 1914, ◊	I. Löw & Söhne (Landesprodukte, Mehl, Futterartikel)	Gurs, †um 1943 Auschwitz
141	Löw, Isaak (29)	*1849 Ruchheim, ∫ 1902, ◊	siehe L., Hugo	†10.6.1927 Lu
142	Löw, Jakob (20)	*1879 Ruchheim, ∫ 1911, ◊	siehe L., Hugo	1948 in Argentinien
143	Lustig, Adolf (6)	*1875 Krakau	Käsehändler	1938 Absch.
144	Magath, Samuel Wwe, Berta (6)	*? Gonbach/Pfalz	—	†18.3.1923 Lu
145	≠Maier, Johann, Ehefrau	?	Eierhandlung	?
146	Mann, Ferdinand (34)	*1850 Wattenheim, ∫ 1884, ◊	Manufakturwaren en gros und Wäschefabrikation	†13.3.1939 Ma
147	Mann, Isidor (8)	*1877 Hahnheim/ Kr. Oppenheim	Kaufmann	Gurs, †14.2.1943 Limoges
148	Mann, Josef (32)	*1852 Wattenheim, ∫ 1884, ◊	siehe M., Ferdinand	†11.4.1929 Lu
149	Mann, Karl (6)	*1881 Ludwigshafen, ∫ 1904, ◊	Prokurist Trikotweberei Mann	†5.4.1915 (gefallen)
150	≠Mann, Otto	*1888 Rheinhessen	Weißwaren in Kommission	†ermordet Osten

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
151	Mann, Rudolf (14)	*1877 Ludwigshafen, ∫ 1911, ◊	siehe M., Ferdinand	†31.5.1938 Lu
152	Mannsberg, Friedrich (Julius?) (3)	ev. *1889 Messinghausen	Kaufmann	1919 nicht mehr AB
153	≠Marger, Chaim	*1886 Galizien, sicher Osten	Kurzwaren/ Märkte	sp. Ma, 1938 Absch., †31.1.1945 Osten
154	Marx, Moses (7)	*1864 Oppau	Manufaktur- und Weißwaren	†23.10.1933 Ma
155	≠Marx, Johanna	*1885	Damen- und Kinderhüte	bis AB 1925 eindeutig nachweisb.
156	Marx, Seligmann, sp. Sigmund (24)	*1879 Baierthal/ Wiesloch	Mühlenfabrikate	Emigr. USA, 1942 in New York
157	Mayer, Adolf (4)	*? vermutlich Franken, ◊	Bürobeamter (Walzmühle)	bis 1933 AB
158	Mayer, Albert (17)	*1865 Dürkheim, ∫ 1899, ◊	Rechtsanwalt	†6.2.1919 Lu
159	Mayer, Hugo (11)	*1862 Guntersblum	Bäcker	Gurs, †19.12.1941 Rivesaltes
160	Mayer, Hugo Wwe, Rosa, geb. Weil (11)	Hugo, heimatber. Ihringen, Oa. Breisach/Baden	Frankfurter Konfektionshaus z. König von England	1919 nicht mehr AB
161	Mayer, Moses gen. Max (3)	*1856 Neuleiningen, ∫ 1913, ◊	Agent	†22.12.1925 Lu
162	≠Mayer, Otto	*1862 Ludwigshafen	Kaufmann, Centralheizungen	?
163	≠Mehrl, Baruch	*1880 Galizien	Kurzwaren/ Messe	vor 1925 aus AB verschwunden, †7.4.1942 Buchenwald (?)

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
164	≠Meisel, Hirsch gen. Hermann	*1869 Wojutyeze/ Galizien	Trödel-handel	bis 1929 AB, †1943 Theresienstadt
165	Meller, David (6)	*1857 Brzozow/ Galizien	Trödel-handel	1936 Jüd. Altersheim Würzburg †7.12.1936 Würzburg
166	Mentel (Mendel) Wwe, Anna, geb. Simon (2)	(?)*1862 Lambsheim	—	sp. Wiesloch, Gurs, Schicksal ungekl.
167	Metzger, Julius (4)	*1843 Landau	Lokomotivführer	†14.12.1928 Lu
168	Meyer, Moritz (16)	*1870 Trebur/ Gr.-Gerau, ◊	Damenkonfektion	Gurs, †um 1944 Auschwitz
169	Michel, Heinrich Jakob (2)	*1884 Oberlustadt, ◊	Notariatsassessor	†um 1943 Treblinka
170	Michel, Julius (4)	*? Koblenz, ◊	Agenturen	1919 nicht mehr AB
171	Mohr, Dr. Heinrich (12)	*1868 Gochsheim/Ufr., s. 1910 in Lu, ◊		bis 1940 AB, nicht Gurs
172	≠Moos, Nathan (Wwe in 1939 Liste)	*1872 Rüdesheim	Trödel-(Altmöbel-)handel	†1938
173	Neubauer, Ludwig (4)	*1863 Tachau/ Böhmen, ∫ 1909	Druckereibesitzer	†2.2.1921 Ma
174	Neubauer, Moritz (7)	*? Tachau/Böhmen	siehe N., Ludwig	?
175	Neumond, Dr. Ludwig (7)	*? Kaiserslautern, s. 1912 in Lu	Rechtsanwalt	Gurs, †25.3.1942 Aix-en-Provence
176	Neumond, Jakob (3)	*1832 Mehlingen bei Kaiserslautern	Rentier	†21.4.1913 Lu
177	≠Nord, eigtl. Schweid Mayer Nusye	*1877 Dembica/ Krosno/Galizien	Kurzwaren/ Messen	†17.6.1919 Lu
178	Nussbaum, Gustav (13)	*1880 Wüstensachsen/Rhön, ◊, 1915 nach Frankfurt/M.	Betten, Ausstattungen	†30.11.1938 Buchenwald

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
179	Oberdorfer, Samuel (5)	*1886 Essingen, ◊	Manufakturwaren	1938 Emigr. USA, 1942 in Stuttgart/ Arkansas, dort †1948
180	Oberländer, Jakob Wwe, Emilie (12)	*1849 Frankenstein	—	†21.1.1924 Lu
181	≠Pinkus, Louis	*1872 Briest Brandenburg	Kaufmann	Gurs, †29.4.1947 Aix-le-Bains
182	≠Rappaport, Elias	*1884	Scherzartikel/ Spielzeug	bis 1929 in AB
183	Rauner, Moses (4)	*1863 Laufersweiler/ Simmern, ∫ 1912, ◊	Kaufmann	†18.12.1918 Lu
184	Rauner, Wolf (2)	*ca. 1865 Laufersweiler/Simmern, ◊	Warenagentur	†18.5.1930 Lu
185	Rawinsky, David (3)	*1861 Wilna	Trödelhändler	†16.9.1918 Frankenthal
186	≠Rawinsky, Isidor	*1891 Neckarsteinach	Uhrmacher	†5.5.1924 Mainz
187	≠Rawinsky, Paul	*1886 Wilna (?)	Kleinmöbelhandel (Trödel)	1919 nicht mehr AB
188	≠Reichmann, Feigla	*1877 im Osten	Kurzwaren/ Messen	1919 nicht mehr AB
189	≠Rosenberger, Emil	*1891 Karlsruhe	Eisenwarenhandlung	†Izbica
190	≠Rosenberger, Michael	*1888	siehe R., Emil	1919 nicht mehr AB
191	Rosenstiel, Max (12)	*1857 Dahn, ∫ 1909, ◊	Steuereinnehmer	†24.3.1932 Lu
192	Rosenzweig, Sigmund (3)	*1871 Köln	Reisender f. Thalheimer	sp. Berlin, †26.4.1941
193	Rothschild, Ludwig (30)	*1856 Neustadt/ Erbach/Hessen, ∫ 1910, ◊	Kaufhaus	†14.1.1939 Frankfurt
194	≠Rothschild, Simon	*1844 Würzweiler/ Rockenhausen	Wolle-Hausierer	†20.7.1922 Lu

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
195	Rubel, Rudolf (30)	*1867 Imsbach, ◊	Manufakturwaren	†11.5.1920 Lu
196	Scharff, Abraham (14)	*um 1843 Freisbach/ Germersheim, ◊	Leder- und Schuhwaren	†11.8.1918 Lu
197	≠Scharff, Ludwig	*1878 Freisbach/ Germersheim	Prokurist, siehe S., Abraham	Gurs, †um 1943 Auschwitz
198	Scharff, Theodor (14)	*1876 Freisbach/ Germersheim, ◊	siehe S., Abraham	Gurs, †um 1944 Auschwitz
199	≠Schindler gen. Bergmann, Manasse	*1874 Brzesko/ Galizien	Kurzwaren/ Messe	1938 Absch., †ermordet im Osten (Krakau)
200	≠Schottland, Abraham	*1880 (?)Brzeziny/ Piotrkow/Rußland	Lumpenhändler	1919 nicht mehr AB, †vmtl. ermordet im Osten
201	≠Schmerler, Moritz	*1886 Neutomischel/ Posen	Alteisen-, Lumpenhandel	†ermordet im Osten
202	Schnurmann, Elias (9)	*1883(1885?) Schmieheim, ◊	Schuhhandel	Emigr. Frankreich/USA
203	Schnurmann, Karl Wwe (18)	*1849 Neuleiningen	—	†22.9.1930 Lu
204	Schnurmann, Leopold (14)	*1841 Schmieheim, ∫ 1884, ◊	Eisen-, Stahlwaren	†6.2.1913 Lu
205	Schnurmann, Sigmund (19)	*1877 Ludwigshafen, ∫ 1905, ◊	siehe S., Leopold	1941 Emigr. USA via Fkr. und Spanien, †14.8.1948
206	Schultz, Dr. Gustav (29)	*1881 Frankenthal, ◊	Rechtsanwalt	†3.12.1958 New York
207	Schwab, Otto (6)	*1871 Grünstadt, Sohn in Ft. geboren	Pfälzer Schuhhaus	†10.1.1929 Lu
208	See, Barbara Wwe (3)	*um 1819 Untermerzbach	—	†26.1.1917 Lu

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
209	≠Sender, Fella gen. Siegmund	*1881 Kolomea/ Galizien	Spielwaren und Leder	bis 1931 AB
210	≠Sender, Israel	*1882 Kolomea/ Galizien	Gesch.führer Möbel Scheiering	bis 1932 AB, †ermordet, zuvor Kolomea
211	Simon, Cäsar (4)	*1822 Lambsheim, ∫ 1889, ◊	Privatier	†7.5.1914 Lu
212	Simon, Sigmund (2)	*1860 Lambsheim, ∫ 1894, ◊	Kaufmann (Reisender)	†20.5.1915
213	Sinsheimer, Hermann (7)	*1883 Freinsheim, s. 1910 in Lu	Rechtsanwalt	†29.8.1950 London
214	≠Spengler, Josef Simon	?	Kessel-schmied	immer wieder in AB
215	≠Spielmann, Pinkus	*um 1868 Mszana Dolna/Limanowa/ Galizien	Lumpen-handel	†11.1.1919 Lu
216	Spinner, Wilhelm (Josef Wolfgang) (5)	*1871 Lemberg/ Galizien	Schweizer Stickereien	†16.11.1941 Gurs
217	≠Spiro, Moses	*1881 Rosenibyi (?)/ im Osten	Schuh-flicker	1919 nicht mehr AB, ev. sp. Breslau, 1942 Auschwitz?
218	≠Stemmer, David Leip	*? Auschwitz/ Galizien	Uhrmacher	bis 1930 AB, †23.7.1943 Sobibor
219	≠Stern, Karl Wwe, Rachel, geb. Thalheimer	*1879 Lehren-steinsfeld	—	sp. Hannover, Emigr. Schweiz 1938
220	Stern, Rudolf (26)	*1862 Siegelsbach/ Sinsheim/Baden	Manufaktur- und Modewaren	bis 1933 AB
221	Stern, Julius (35)	*1870 Siegelsbach/ Baden	siehe S., Rudolf	sp. Frankfurt/M, 1942 Auschwitz
222	Stern, Wilhelm (35)	heimatber., Siegelsbach/Baden	siehe S., Rudolf	†11.2.1942 Rivesaltes (?)

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
223	Sternlieb, Markus (8)	*1877 Braila/ Rumänien, ∫ 1914, ◊	Stadtbaumeister	†23.10.1934 Lu
224	≠Stieglitz, Josef	*1877 Biecz/Galizien	Kurzwaren en gros	1938 Absch., noch 1939 IntL Bentschen
225	Strauß, Dr. Heinrich (9)	*1876 Kindenheim/ Frankenthal, ◊	Rechtsanwalt	Gurs, †9.2.1941 Noé
226	Strauß, Jakob (32)	*1869 Obergimpern/ Sinsheim, ∫ 1905, ◊	Immobilienmakler	†26.4.1939 Lu
227	Strauß, Julius (10)	*1878 Schöllkrippen/ Unterfranken, ◊	Eisenwaren en gros	†19.1.1942 Gurs
228	Strauß, Nathan (22)	*1876 Schöllkrippen/ Unterfr., ∫ 1914, ◊	siehe S., Julius	Gurs, 1944 befreit
229	Strauß, Nestor (7)	*1880 Hammelburg/ Unterfr., ∫ 1915, ◊	Rheinische Mützenfabrik	Gurs, †1942 Auschwitz
230	Tauber, Eisig gen. Artur (10)	*1883 Nazurne/ Polen	Möbelhandel	1938 Absch., noch 1939 IntL Bentschen
231	Thalheimer, Gustav (34)	*1871 Lehrensteinsfeld/◊ Weinsberg/ Württ., ∫ 1911	Fabrikant: Thalheimer & Herz,Kehlleisten und Möbelverzierungen	sp. Wiedenbrück, Ma, Emigr. Schweiz, 1940 via Cadiz n. Montevideo
232	Tobias, Gustav (16)	*1874 Waren/ Mecklenburg, ∫ 1912, ◊	Jenni Herz, Kurz-, Weiß-, Manufakturwaren	1939 Petah Tiqva, Palästina
233	Türkheimer, Sigmund (14)	*1864 Munzesheim/ Bretten, ∫ 1915, ◊	Manufakturwaren	ab 1937 Altersheim Neustadt, Lungenentzündung durch Flucht aus brennendem Heim, †12.4.1939 Ma
234	Vogel, Jakob (2)	?	?	1919 nicht mehr AB

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
235	≠Waldbott, Cäsar	*1886 Ruchheim	Kaufmann	†1.7.1953 Cincinnati
236	Waldbott, Josef (7)	*1853 Kirchheim/ Teck, ∫ 1909, ◊	Lehrer i. R.	†8.6.1924 Lu
237	Waldbott, Jakob (5)	*1882 Ruchheim	Prokurist	Gurs, 1941 in USA
238	≠Weichselbaum, Bernhard	*1892 Galizien	Kurzwaren/ Messe	1919 nicht mehr AB, sp. Frankreich, †1943 Auschwitz
239	Weil, Abraham (12)	*1840 Ellerstadt, ◊	Privatier	†1916??
240	Weil, Leopold (23)	*1870 Steinsfurt, Sinsheim, ∫ 1913, ◊	Hüte, Pelzwaren	†26.4.1934 Lu
241	Weil, Dr. Ludwig (8)	*1882 Lu, ∫ 1910, ◊	Rechtsanwalt	seit 1935 Johannesburg/Südafrika †18.3.1958 Haifa
242	Weil, Richard (27)	*1879 Friedelsheim, ∫ 1911, ◊	Bank- und Komiss. geschäft	†1932/33 (in AB 1934/35 Wwe?)
243	Weil, Sigmund (20)	*1845 Kusel, ∫ 1884, ◊	Privatier	1919 nicht mehr AB
244	Weiler, David (7)	*1879 Saarwellingen/ Saarlouis	Kaufmann	†1942/43 Auschwitz, vorher Frk.
245	Weiler, Isidor (29)	*1870 Ottweiler, ∫ 1913, ◊	Inhaber Schnurmann, Karl Kleider/Schuhe	†31.1.1938 Wien (Lainz)
246	Weilheimer, Aron (16)	*1857 Dossenheim/ Heidelberg, ∫ 1905, ◊	Schuhwaren	†5.4.1915 Lu
247	Weilheimer, Otto (4)	*1884 Lu, ◊	Eisen-, Metall-, Faßhandlung	†28.2.1938 Lu

	Namen, Vornamen	Geburtsjahr und Ort	Beruf Geschäft	Schicksal/Tod
248	Weilheimer, Seligmann Wwe, Fanny (20)	*um 1854 Trabelsdorf/Bamberg	Hadern-, Metall-, Faßhandlung	†30.11.1929 Lu
249	≠Weinreb, Mendel	*1857 Bez. Dolina/Galizien	Kinobetrieb	†19.9.1934 Lu
250	≠Weißhaar, Agatha	*1884 Lodz	Näherin	?
251	Wenk, Emil (3)	*1879 Otterstadt, ◊	Spengler/Eisenhandlung	Gurs, Auschwitz †um 1944
252	Wetzler, Salomon	*1874 Binswangen/Heilbronn	Kantor	†31.10.1941, Jüd. Krankenhaus Mannheim
253	Winter, Georg (2)	*1890 Guben	Kaufmann	sp. Berlin, 1942 Auschwitz
254	Wolf, Rudolf (7)	*1877 Dahn	Postsekretär	†4.7.1933 Tegernsee, Selbstmord
255	Wolff, Markus Wwe, Eva (11)	*1838 Lambsheim	—	†6.4.1927 Lu
256	Wolff, Jakob (31)	*1863 Lambsheim, ∫ 1896, ◊	Kolonialwaren en gros	†23.7.1939 Lu
257	Wolff, Max (17)	*1873 Neckarbischofsheim/Heidelberg	Herrenbekleidung	bis 1921 ein deutig AB
258	Wolff, Moritz (44)	*1854 Lambsheim, ∫ 1884	Kaffeegroßhandel	†29.11.1925 Lu
259	Ziegler, Julius (34)	*1860 Buttenheim/Bamberg, ∫ 1908, ◊	Herrenkleidung	sp. Ma, Heidelberg †4.4.1939
260	≠Zwickler (Stiel) Leibsch gen. Leopold	*1883 Galizien, (?) Slomka/Limanowa	Alteisen/Lumpen	†29.5.1936 Lu

Ungedruckte bzw. archivalische Quellen

Bestände des Stadtarchivs Ludwigshafen (StALu):

Antifa-Archiv Morweiser
Ausstellungskataloge (V)
Gesetzblättersammlung (T)
Ludwigshafen alt (vor 1945; LUA oder ZR I)
Ludwigshafen nach 1945 (LUN)
Ludwigshafen, Oberbürgermeister-Registratur (ZgOB)
Manuskriptsammlung (M)
Nachlass Löser (N 59)
Nachlass Ludwig Reichert (N 24)
Nachlass Sternlieb (N 69)
Nachlass Willy Weber (N 34)
Bestand Oppau (Op)
Protokollabteilung I (vor 1945; PA I)
Verschönerungsverein (PGV 29)
Plakatsammlung
Plansammlung
Bestand Rheingönheim (Rgh)
Bestand Ruchheim (Ru)
Unternehmensschriftgut Walzmühle (WS 14)
Zeitungsschnittsammlung (ZS)
Zeitungsverkartung und Zeitungssammlung
Zentralregistratur II (vor allem 1933—1960; ZR II)
Zivilregister

Materialsammlungen zu jüdischen Mitbürgern und zum Friedhof
Archiv des Bauordnungsamts Ludwigshafen

Bestände des Landesarchivs Speyer (LASp)

Bezirksamt Dürkheim (H 32)
Bezirksamt Speyer (H 45)
Kurpfalz, Akten (A 2)
Landgericht Frankenthal (I 6)
Notariat Ludwigshafen (K 28)
Polizeipräsidium Ludwigshafen (H 74)
Regierung der Pfalz, Kammer des Inneren (H 3)

Bestände des Hauptstaatsarchivs München

Außenministerium
Innenministerium
Kultusministerium (MK)
Reichsstatthalter
Wirtschaftsministerium

80 [Achtzig] Jahre Gemeinde – 70 Jahre Synagoge in Ludwigshafen a. Rhein, in: Israelitisches Gemeindeblatt Mannheim-Ludwigshafen, 22/1935, S.2—4

Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972

Arnold, Hermann: Juden in der Pfalz, Landau 1986

Barth, Friedrich: Die Geschichte der Juden in Ruchheim (Erweiterter Nachdruck des entsprechenden Abschnitts in Barths Geschichte des Dorfes Ruchheim), Ludwigshafen 1985

Bastemeyer, Sarah: Wiederherstellung psychischer Gesundheit im Krieg. Ist die „Kaufmann-Methode" mit Folter gleichzusetzen?, Norderstedt 2009

Baum, Herbert: Lebende Bilder in unserer Stadt. Ein Jahrhundert Ludwigshafener Kinogeschichte, Ludwigshafen 2003

Bayer, A.: Die Einführung der Simultanschule in Ludwigshafen, Ludwigshafen 1930

Becker, Klaus-Jürgen/Mörz, Stefan (Hg.): Geschichte der Stadt Ludwigshafen, Bd. 1, Ludwigshafen 2003

Becker, Klaus-Jürgen/Mörz, Stefan (Hg.): Geschichte der Stadt Ludwigshafen, Bd. 2, Ludwigshafen 2004

Becker, Susan: Eine „Sonderkrise"? Die pfälzische Wirtschaft in der Weltwirtschaftskrise, in: Nestler/Schaupp/Ziegler (Hg.): Vom Scheitern der Demokratie. Die Pfalz am Ende der Weimarer Republik, Leinfelden-Echterdingen 2010, S.69—96

Belitz, Hans-Joachim: Evangelische Kirche in Ludwigshafen am Rhein. Eine Chronik. 1. Band: 1853—1918 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 8), Ludwigshafen 1981

Belitz, Hans-Joachim: Evangelische Kirche in Ludwigshafen am Rhein 1919—1945 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 13), Ludwigshafen 1989

Betten, Anne/Du-nour, Myriam: Wir sind die Letzten. Fragt uns aus. Gespräche mit den Emigranten der dreißiger Jahre in Israel, Gerlingen 1995

Blinn, Dieter: Zwischen kultureller Eigenständigkeit und dekretierter Akkulturation: Pfälzer Juden und das napoleonische Namensdekret vom 20. Juli 1808, in: Kuby, 1992, S.85—108

Borggrefe, Friedhelm: Juden in der BASF (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 27), Ludwigshafen 2000

Borggrefe, Friedhelm: „Im Gleichschritt Marsch …" Evangelisch in Ludwigshafen 1933—1945 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 41), Ludwigshafen 2014

Braun, Günter: Eine Großstadt wird korrigiert. Ludwigshafen in der Weimarer Republik, in: Becker/Mörz, Geschichte der Stadt Ludwigshafen, Bd. 2, S.1—182

Brenner, Michael: Jüdische Kultur in der Weimarer Republik. Aus dem Englischen übersetzt von Holger Fliessbach, München 2000

Breunig, Willi: Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistische Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869—1919 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein 5, 2. Auflage), Ludwigshafen 1990

Christen, Anton F.: Ernst Blochs Metaphysik der Materie, Bonn 1979

Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945, hg. Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz und Landesarchiv Saarbrücken, 9 Bde, Koblenz 1970 ff.

Doll, Anton: Der Weg zur Gleichberechtigung der Juden. Die Bayerische Pfalz, in: Dokumentation, Bd. 2, 1979, S.269—296

Düwell, Kurt: Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942, Bonn 1968

Eckstein, A.: Haben die Juden in Bayern ein Heimatrecht?, Berlin 1929

Fandel, Thomas: Konfession und Nationalsozialismus. Evangelische und katholische Pfarrer in der Pfalz 1930—1939 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 76), Paderborn 1997

Friedrich, Claudia: Burgfrieden und Brotunruhen. Ludwigshafen im Ersten Weltkrieg, in: Becker/Mörz, Geschichte der Stadt Ludwigshafen, Bd. 1, S.845—893

Gebauer, Andreas/Mörz, Stefan: Ludwigshafener Straßennamen (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen am Rhein 40), 2013

Görtz, Hans-Helmut, u.a. (Hg.): Hermann und Christobel Sinsheimer. Briefe aus England in die Pfalz (Stiftung zur Förderung der pfälzischen Geschichtsforschung, Reihe E, Kleine Quellenreihe, Bd 1), Neustadt/W. 2012

Grünebaum, Elias: Rede zur Einweihung der Synagoge in Ludwigshafen, Landau 1865

Hauck, Ulrike (heute Minor, Ulrike): Die Judenverfolgung in Ludwigshafen 1933—1940, Magisterarbeit, Fakultät für Sozialwissenschaften, Universität Mannheim, 1987 (in Bibl. StALu)

Hayes, Peter: Industry and Ideology. IG Farben in the Nazi Era, Cambridge 1995

Heine, Jens Ulrich: Verstand & Schicksal. Die Männer der I.G. Farbenindustrie A.G., Weinheim 1990

Heller-Karneth, Eva: Drei Konfessionen in einer Stadt. Zur Bedeutung des konfessionellen Faktors im Alzey des Ancien Regime, Würzburg 1996

Herz, Reinhold: Juden in der Pfalz, Philippsburg 1937

Hesse, Horst: Die sogenannte Sozialgesetzgebung Bayerns Ende der sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, München 1971

Hippel, Wolfgang v.: Regionale und soziale Herkunft der Bevölkerung einer Industriestadt. Untersuchungen zu Ludwigshafen a.Rh. 1867—1914, in: Conze, Werner/Engelhardt, Ulrich (Hg.): Arbeiter im Industrialisierungsprozess, Stuttgart 1979, S.51—69

Hippel, Wolfgang v.: Zum Wohle der Kranken. Vom Hospital zum Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein. 100 Jahre Städtisches Krankenhaus 1892—1992, Ludwigshafen 1992

Hippel, Wolfgang v.: Zwischen kleindeutscher Reichsgründung und Weltkriegs-Katastrophe. Ludwigshafen 1870/71—1914, in: Becker/Mörz, Geschichte der Stadt Ludwigshafen, Bd 1, 2003, S.365—774

Hirsch, Helmut: Freund von Heine, Marx/Engels und Lincoln. Eine Karl Ludwig Bernays Biographie, Frankfurt/M. 2002

Hofer, Hans-Georg: Nervenschwäche und Krieg. Modernitätskritik und Krisenbewältigung in der österreichischen Psychiatrie (1880—1920), Wien 2004

Hoffmann, Josef: Kurze Geschichte des Handelsplatzes Ludwigshafen von ihrer frühesten Erinnerung bis zum Jahre 1868, Reprint Ludwigshafen 1967

IG Farben. Von Anilin bis Zwangsarbeit. Zur Geschichte von BASF, Bayer, Hoechst und anderen deutschen Chemie-Konzernen. Hg. Coordination gegen Bayer-Gefahren, Stuttgart 1995

Ihle, Ernst: Raschig. 75 Jahre chemische Forschung, Technik, Fertigung (1891—1966), Ludwigshafen 1966

Illik, Gabriele: Die Entwicklung der NSDAP in Ludwigshafen 1922—1933. Magisterarbeit Universität Mannheim 1987 (in Bibl. StALu)

Inventar der Quellen zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800/1815 bis 1945, Band 4 Kommunalarchive, Koblenz 1982

Karch, Helga: Die politische Partizipation der Juden in der Pfalz, in: Kuby, 1988, S.49—64

Karch, Helga: Zur demographischen und sozialen Entwicklung der israelitischen Kultusgemeinde Ludwigshafens (1855 bis 1922/1933), in: Kuby, 1992, S.151—169

Kaufmann, Uri R.: Über die jüdische Geschichte der Kurpfalz, in: Schweickert, Alexander (Hg.). Kurpfalz, Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 25, Stuttgart 1997, S.165—176

Keddigkeit, Jürgen: Der Landesverteidigungsausschuss und die Provisorische Regierung der Pfalz im Frühjahr 1849, in: Fenske, Hans u.a. (Hg.), Die Pfalz und die Revolution 1848/49, Kaiserslautern 2000, S.3—62

Kern, Willi: Kein Vergessen. Gedenkstele für die Ruchheimer Juden, Ludwigshafen 2010

Kleinschnitger, Monika: Koffer gepackt und überlebt. Die Geschichte der Ursula Michel. Unterrichtsmaterial, Ludwigshafen 2013

Knauber, Jakob: Josef Anton Krebs. Lebensbild, in: Kirsch, Friedrich: Die St. Josefspflege in Ludwigshafen-Mundenheim, Ludwigshafen 1991, S.1—52

Knopp, Werner: Statistische Materialien zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung, in: Dokumentation, Bd. 5

Kreiselmeier, Kurt: Geschichte der Juden in Ruchheim, Ludwigshafen-Ruchheim 1994

Kreuter, Karl: Ergänzungen zur Geschichte der Stadt Oggersheim, Oggersheim 1923

Kreutz, Wilhelm: Die Entwicklung der Berufs- und Sozialstruktur der pfälzischen Juden (1818—1933), in: Kuby, 1988, S.9—32

Kreutz, Wilhelm: Die pfälzischen Juden der napoleonischen Ära: Bevölkerungsentwicklung, regionale Ausbreitung und Sozialstruktur, in: Kuby, 1992, S.33—83

Kuby, Hans-Alfred (Hg.): Juden in der Provinz. Beiträge zur Geschichte der Juden in der Pfalz zwischen Emanzipation und Vernichtung, Neustadt a. d. W. 1988

Kuby, Hans-Alfred (Hg.): Pfälzisches Judentum gestern und heute. Beiträge zur Regionalgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Neustadt a. d. W. 1992

Kukatzki, Bernhard: Die pfälzischen Juden und ihre Beteiligung an der Revolution 1848/49, in: Fenske, Hans u.a. (Hg.): Die Pfalz und die Revolution 1848/49, Kaiserslautern 2000, S.193—220

Kukatzki, Bernhard: Juden in Ruchheim. Spuren ihrer Geschichte 1706—1940, 2001

Kukatzki, Bernhard: In den Zeiten verloren. Zur Geschichte der Juden in Oppau und Edigheim, in: Verein zur Förderung des K.O.Braun-Museums (Hg.): 1200 Jahre Oppau. Die Geschichte der Ludwigshafener Stadtteile Oppau-Edigheim-Pfingstweide, Ludwigshafen 2008, S.340—357

Lampert, Walther: Bewegte Jahre. Grünstadt 1918—1948. Grünstadt 1985

Laudien, Hedwig: Von den kleinen Wundern unserer Stadt. Von der Alten Straße zum Großen Tor 1, Otterbach 1956

Laudien, Hedwig: Es war ein Haus mit vielen Fenstern. Von der Alten Straße zum Großen Tor 7, Otterbach 1964

Ludwigshafen 1903: Bürgermeisteramt Ludwigshafen (Hg.): Die Geschichte der Stadt Ludwigshafen a.Rh. Entstehung und Entwickelung einer Industrie- und Handelsstadt in fünfzig Jahren 1853—1903. Mit einem geschichtlichen Rückblick, Ludwigshafen 1903

Lübcke, Heino: Bürgeraufnahme der Stadt Ludwigshafen am Rhein in den Jahren 1853—1874. Jahresarbeit des Altsprachlichen Gymnasiums 1964/65 (in Bibl. StALu)

Löwenstein, Leopold: Geschichte der Juden in der Kurpfalz, Frankfurt a.M. 1895

Mathy, Helmut: Die Juden in der Französischen Zeit, In: Dokumentation, Bd. 1, 1982, S.67—96

Maurer, Trude: Ostjuden in Deutschland 1918—1933, Hamburg 1986

Meinzer, Lothar: Die Reihen fast geschlossen. Ludwigshafen im Nationalsozialismus 1933—1939, in: Becker/Mörz, Geschichte der Stadt Ludwigshafen, Bd. 2, S.185—248

Merk, Ernst: Ortsgeschichte von Fußgönheim, 1925

Minor, Ulrike/Ruf, Peter: Juden in Ludwigshafen (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 15), Ludwigshafen 1992

Mörz, Stefan: Aufgeklärter Absolutismus in der Kurpfalz 1742—1777, Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg, Reihe B 120, Stuttgart 1991

Mörz, Stefan: Vom Westboten zur Rheinpfalz. Die Geschichte der Presse im Raum Ludwigshafen (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 19), Ludwigshafen 1994

Mörz, Stefan: Das Ende der alten Welt. Der Raum Ludwigshafen vom Ende des 17. Jahrhunderts bis zur Französischen Revolution, in: Becker/Mörz, Geschichte der Stadt Ludwigshafen, Bd. 1, 2003, S.133—197

Mörz, Stefan: Weit über das übliche Maß hinaus. Das Leben des Ludwigshafener Bürgermeisters Ludwig Reichert (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 36), Ludwigshafen 2007

Mörz, Stefan: Der Baumeister Ludwigshafens. Markus Sternlieb (1877—1934), hg. GAG Ludwigshafen, Ludwigshafen 2012

Mommsen, Hans: Der nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1939, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1962, S.68ff

Morweiser, Hermann: Naziterror endlich stoppen. Eine Dokumentation der VVN, Ludwigshafen 1984

Pfanz-Sponagel, Christiane: Eingemeindung als Schicksal? Die Randgemeinden Ludwigshafens 1900—1938/74, in: Becker/Mörz, Geschichte der Stadt Ludwigshafen, Bd. 2, S.273—340

Pommerin, Reiner: Die Ausweisung der „Ostjuden" aus Bayern 1923. Ein Beitrag zum Krisenjahr der Weimarer Republik, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1986, S.312—340

Queva, Josef: Auf geht die Saat, in: Bei uns daheim. Beilage der ‚Pfälzischen Post', 4. Jg., 1928, S.15 ff.

Richartz, Monika (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918 bis 1945, Stuttgart 1982

Riehl, Wilhelm Heinrich: Die Pfälzer. Ein rheinisches Volksbild. Neuausgabe nach der Erstausgabe von 1857, Ludwigshafen 2007

Ruf, Peter: 1848/49 Revolution in Ludwigshafen (Katalog der Ausstellung im Stadtmuseum Ludwigshafen), Ludwigshafen 1991

Scharf, Eginhard: Man machte mit uns, was man wollte. Ausländische Zwangsarbeiter in Ludwigshafen am Rhein 1939—1945 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 33), Ubstadt-Weiher 2004

Scheeder, Bettina: Geschichte des Kunstvereins Ludwigshafen von den Anfängen in den Zwanziger Jahren bis heute, Mannheim 1997 (in Bibl. StALu)

Schepua, Michael: Nationalsozialismus in der pfälzischen Provinz … in den Gemeinden des heutigen Landkreises Ludwigshafen 1933—1945, Mannheimer Historische Forschungen 20, Mannheim 2000

Schuhmacher, Georg: Die Emanzipation der pfälzischen Juden im Spiegel der Neuen Speyerer Zeitung und der Debatten der bayerischen Kammern (1819—1851), in: Kuby, 1988, S.33—48

Schwarz, Albert: Die Zeit von 1918—1933, in: Spindler, Max (Hg.): Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 4, München 1979, S.387—453

Segall, Jacob: Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege, Berlin 1922

Simmert, Johannes: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in Rheinland-Pfalz 1933—1945, in: Dokumentation, Bd. 6, S.3—256

Stockert, Harald: Die dritte Stadtgründung und Wiederaufbau, in: Nieß/Caroli (Hg.), Geschichte der Stadt Mannheim, Bd. 1, Ubstadt-Weiher 2007, S.268—331

Stokes, Raymond G.: Von der I. G. Farbenindustrie bis zur Neugründung der BASF, in: Abelshauser, W. (Hg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, München 2002

Swiaczny, Frank: Die Juden in der Pfalz und in Nordbaden im 19. Jahrhundert und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten in der Tabakbranche, Altendorf 1996

Thalmann, Heinrich: Die Pfalz im Ersten Weltkrieg. Der ehemalige bayerische Regierungskreis bis zur Besetzung Anfang Dezember 1918 (Beiträge zur Pfälzischen Geschichte 2), Kaiserslautern 1990

Tomaszewsky, Jerzy: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938. Aus dem Polnischen von Victoria Pollmann, Osnabrück 2002

Transier, Werner: Drei Torawimpel aus dem jüdischen Bet- und Schulhaus in Ludwigshafen-Rheingönheim, in: Koordinationsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg (Hg.): Beiträge öffentlicher Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland zum Umgang mit Kulturgütern aus ehemaligem jüdischem Besitz, Magdeburg 2001, S.287—293

Übel, Brigitte: Der Verwahrlosung entgegenwirken. Die Entwicklung der Kleinkinderfürsorge in Ludwigshafen am Rhein 1860—1930 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Ludwigshafen 39), Ludwigshafen 2011

Wagner, Bernd C.: IG Auschwitz. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941—1945, München 2000

Watzinger, Otto: Geschichte der Juden in Mannheim 1650—1945 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim 12), Stuttgart 1984

Weiler, Otto: Separatisten und Franzosen, in: Pfälzische Rundschau (Hg.): Niemals! Dokumente aus dem Befreiungskampf der Pfalz, Ludwigshafen 1930, S.31—33

Weilheimer, Richard: Be Happy, Be Free, Dance!: A Holocaust Survivor's Message to His Grandchildren, Altadena/Kalifornien 2005

Werner, Kristine: Organisation und Rechtsstellung der jüdischen Gemeinden, in: Dokumentation, Bd. 3, S.3—25

Wetzler, Eva: Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus in Ludwigshafen 1933—1945, Band I: Die Geistlichen, Speyer 1987

Wetzler, Salomon: Die Israelitische Kultusgemeinde Ludwigshafen, in: Christian Weiß (Hg.), Ludwigshafen am Rhein. Monographien deutscher Städte 21, Berlin 1927, S.353—355

Zudeick, Peter: Der Hintern des Teufels. Ernst Bloch – Leben und Werk, Moos & Baden-Baden 1985

FS Fotosammlung des Stadtarchivs Ludwigshafen

A) Abbildungen in den Abbildungsteilen

1/2 Historisches Museum der Pfalz, Speyer; 3 FS 24910; 4/5 aus: Hirsch, Bernays; 6—9 Fotografische Inventarisierung jüd. Friedhof Fußgönheim; 10 StALu, ZR I 1025, Moses Frank; 11 FS 21139; 12 FS 23423; 13 FS 5295; 14 FS 10884; 15 FS 17554; 16 FS 512; 17 FS 17592; 18 FS 17543; 19 FS 32294; 20 Sammlung Karl Senck (aus: Kern, Stele); 21 FS 17982; 22 FS 27264; 23 FS 12320; 24 mit frdl. Gen. Prot. Pfarramt Ruchheim; 25 FS 2488; 26 FS 17069; 27 FS 36446; 28 FS 18598; 29 StALu, M 891; 30 FS 22308; 31 FS 6264; 32 FS 35161; 33 FS 6259; 34 FS 21990; 35 FS 22217; 36 FS 6293; 37 FS 6276; 38 FS 17749; 39 FS 17591; 40 FS 27262; 41 FS 6250; 42 FS 22039; 43 FS 28607; 44 FS 17583; 45 FS 6256; 46 FS 17751; 47 FS 7933: 48 FS 32185; 49 FS 36040; 50 FS 15169; 51 FS 23210; 52/53 FS, Fotoalbum 11; 54 FS 382; 55 FS 20800; 56 FS 30; 57 FS 4121; 58 FS 37235; 59 FS 37238; 60 FS 37236; 61 FS 10470; 62 Fotosamml. Stadtarchiv Mannheim; 63 FS (noch unverz.); 64 FS, Fotoalbum 11; 65 FS 35800a; 66 mit frdl. Gen. von Marion Koebner, London; 67 mit frdl. Gen. von Judith Rhodes, Leeds; 68 StALu, De 3/15; 69 aus: Karl Latteyer, Ausgeführte Bauten (in Bibl. StALu); 70 FS 4328; 71 FS 28365; 72 FS 35802a; 73 FS 3192; 74 FS 3182; 75 FS 2375; 76 BASF-Unternehmensarchiv (aus: Borggrefe, 2000); 77 Reiß-Engelhorn-Museen Mannheim; 78 FS 3167; 79 Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin; 80/81 BASF-Unternehmensarchiv (aus: Borggrefe, 2000); 82 FS 4041; 83 FS 21442; 84 FS 18663; 85 FS 20716; 86 mit frdl. Gen. von Doris Diamant, Mannheim; 87 FS 17343; 88 mit frdl. Gen. von Doris Diamant, Mannheim; 89 FS 24397; 90 FS 24343; 91 FS 3568b; 92 mit frdl. Gen. von Manfred Wendel, Lu.-Oggersheim; 93 FS 24384; 94 FS 26221; 95 FS 26230; 96 FS 18002; 97 mit frdl. Gen. von Doris Diamant, Mannheim; 98 FS 21169; 99 FS 21172; 100 FS 36305b; 101 FS 10244; 102 FS 11786; 103 FS 11788; 104 FS 11791; 105 FS 11805; 106 FS 32313; 107 FS 22204; 108 StALu, N 81, noch unverz.; 109 FS 15764 (vermittelt von Walter Schäfer); 110 FS 14289; 111 FS 14289a; 112 mit frdl. Gen. Gerhard Kaufmann, Ludwigshafen; 113 StALu, N 59, 15; 114 FS 2921; 115 FS 19508; 116 FS 20582; 117 FS 14183; 118 FS (unverz.); 119 FS 20582; 120 FS 20391; 121 FS 37172; 122 FS 37174; 123 FS 10703; 124 StALu, Fotoarchiv Meinberg; 125 FS 13228; 126/127 StALu, Fotoarchiv Meinberg; 128 FS 25889; 129 FS 24734; 130 FS 30284; 131 FS 31981; 132 FS 28165; 133 FS 35654a; 134 FS 27726; 135 mit frdl. Gen. von Herbert Baum, Frankenthal

B) Abbildungen im Text

1 Stadtarchiv Mannheim; 2 StALu, T 1402; 3 FS 10261; 4 aus: Kreuter, Kurze Heimatkunde Oggersheims, 1939; 5 FS 16007; 6 StALu, DS 1; 7 StALu, ZR I, 5530/2; 8 Material zu Buch „Juden in Ludwigshafen" (StALu, M 1124); 9 FS 11060; 10 StALu, DS (unverz.); 11 LASp; 12 FS 11478; 13 mit frdl. Gen. v. Doris Diamant, Mannheim; 14 N 69, 13; 15 FS 35447a (urspr. StALu, ZR I, 2330); 16 aus: Der Hafen Ludwigshafen am Rhein, 1929 (in Bibl. StALu); 17 StALu, DS 1/8; 18 Der Israelit, 9.11.1891 (aus Website: Alemannia judaica); 19 FS (unverz.); 20 aus Website: Alemannia judaica; 21 StALu, Plansamml. 5005; 22 FS 4779; 23 StALu, ZR I, 5330/2; 24 aus Website: Compact Memory; 25 StALu, Plakatsamml., 1916/3; 26 FS 29520; 27 StALu, LUA 708; 28/29 aus: Ludwigshafener Geschenk-Kochbuch (in Bibl. StALu); 30—33 GA, Dez. 1928 (StALu, Zeitungssamml.); 34 GA, 21.9.1928 (StALu, Zeitungssamml.); 35 Der Israelit, 2.4.1925 (aus Website: Alemannia judaica); 36 Der Israelit, 21.2.1924 (aus Website: Alemannia judaica); 37 IGB, 16.5.1933 (StALu, Mikrofilme); 38 FS 21175c; 39 aus: Christian Weiß (Hg.), Ludwigshafen am Rhein. Monographien deutscher Städte 21, Berlin 1927, S.345; 40 StALu, M 1006; 41 FS 26441; 42 FS 26227; 43 FS 26222; 44 StALu, DS 17/50; 45 NSZ, 19.4.1933 (StALu, Zeitungssamml.); 46 NAZ, 29.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 47 StALu, Antifa-Archiv Morweiser, Nachlass Hirsch (Ordner Lu 16); 48 NSZ 4.9.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 49 NAZ 21.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 50 NSZ 22.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 51 NAZ 6.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 52 NSZ 28.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 53 NAZ 8.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 54 NSZ 22.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 55 NAZ 25.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 56 NAZ 15.8.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 57/58 NSZ Juli 1936 (StALu, Zeitungssamml.); 59 NSZ 10.9.1935 (StALu, Zeitungssamml.); 60 StALu, Mikrofilmsamml.; 61 StALu, N 69, 10; 62 StALu, DS 241/5; 63 StALu, Schriftbeispiele; 64 FS 11792; 65 FS 11801; 66 NSZ 15.2.1941 (StALu, Zeitungssamml.); 67/68 aus: Mittag, Gabriele: Es gibt Verdammte nur in Gurs, Tübingen 1996; 69 mit frdl. Gen. v. Judith Rhodes, Leeds; 70 StALu, N 59, 16; 71 StALu, N 59, 20; 72 FS 33819; 73 StALu, Antifa-Archiv Morweiser, Nachlass Hirsch (Ordner Lu 17); 74 Rh. 20.6.1950 (StALu, Zeitungssamml.); 75 Rh. 8.11.1975 (StALu, Zeitungssamml.); 76 Mannheimer Morgen 12.7.1986 (StALu, Zeitungssamml.); 77 Foto: Günter Hutter

Abkürzungen

CV	Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
GA	General-Anzeiger Ludwigshafen
IGB	Israelitisches Gemeindeblatt
IHK	Industrie- und Handelskammer
NAZ	Neue Abendzeitung Ludwigshafen
NSZ	Nationalsozialistische Zeitung Ludwigshafen
OB	Oberbürgermeister
PfR	Pfälzische Rundschau Ludwigshafen
RGBL	Reichsgesetzblatt
Rh	Die Rheinpfalz Ludwigshafen
VB	Verwaltungsbericht der Stadt Ludwigshafen

Zu den Autoren

Ulrike Minor ist Historikerin und Redakteurin der Tageszeitung ›Die Rheinpfalz‹
Dr. Stefan Mörz ist Leiter des Stadtarchivs Ludwigshafen
Dr. Friedhelm Borggrefe ist protestantischer Altdekan und Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen
Dr. Frank Degler ist Leiter des Ernst-Bloch-Archivs im Ernst-Bloch-Zentrum Ludwigshafen
Rainer Klein (†) war Redakteur der Ludwigshafener Redaktion der Tageszeitung ›Mannheimer Morgen‹
Peter Ruf war Leiter des Stadtmuseums Ludwigshafen
Dr. Werner Transier ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Museum der Pfalz in Speyer und Sammlungsleiter für Judaika und Geldgeschichte